This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

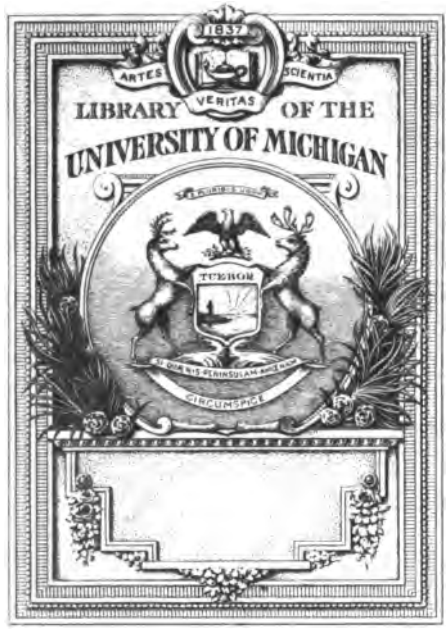
+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.


1837
ARTES
SCIENTIA
VERITAS
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TUEBOR
SI QUAERIS PENINSULAM AMOENAM
CIRCUMSPICE

D
.D49

Deutscher Geschichtskalender 1892

2.

Deutscher

Geschichtskalender

für 1892

Sachlich geordnete Zusammenstellung

der

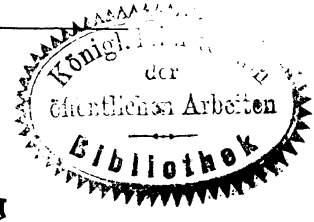
politisch wichtigsten Vorgänge im In- und Ausland

Von

Dr. Karl Wippermann

Zweiter Band

J. Bd. 11174



Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow
1893

III B.
171.

Inhalt.

Das deutsche Reich und Preußen.

Erster Abschnitt: Kaiser Wilhelm II. und seine Familie.

Seite

Reise des Kaisers nach Norwegen 1
Ankunft in Wilhelmshaven 1
Besuch Helgolands 1
Besuch am englischen Hofe 2
Ansprache an Generale 2
Dankerlaß für Glückwünsche zum Geburtstage der Tochter 3
Telegramm an O.-B. Zelle in Berlin 3
Der Kaiser in Wien 4
Erlaß an den Kultusminister bezüglich der Choleragefahr 4
Taufe der Kaisertochter 5
In Kiel 5

Zweiter Abschnitt: Reichskanzler und andere höhere Beamte 7

Dritter Abschnitt: Kaiserliche Verordnungen, Erlasse des Reichskanzlers und preußischer Minister.

I. Ueberweisungen an die Gemeinden 8
II. Bericht des Reichskanzlers über die Frage einer Weltausstellung in Berlin 8
III. Maßregeln bezüglich der Choleragefahr 9
IV. Ergebnisse der ersten Anwendung des preußischen Einkommensteuergesetzes von 1891 9
V. Verordnung über die Führung der Reichsflagge 10
VI. Erlaß über die Unparteilichkeit der Richter und die Handhabung der Sitzungspolizei der Gerichte 10

Vierter Abschnitt: Militärische Angelegenheiten.

I. Landheer.
Ansprache des Kaisers an Generale 12
Schreiben desselben an den General Grafen Waldersee . . . 13

Seite

II. Kriegsmarine:
Stapellauf des „Heimdall“ 13
Stapellauf des „Hildebrand“ 13
Stapellauf des „Wörth“ 14
Stapellauf des „Komet“ 14

Fünfter Abschnitt: Deutsche Schutzgebiete.

I. Schutzgebiet in Ostafrika.
1. Die vom Antisklaverei-Komitee veranlaßten Unternehmungen:
a) Baumannsche Unternehmung 14
b) Die sogenannte Vorexpedition 15
c) Borchertsche Unternehmung 16
d) Wißmannsche Unternehmung 17
2. Vorgänge im Schutzgebiet 18
3. Lage im Kilimandscharogebiet 18
II. Schutzgebiet Kamerun 18
III. Schutzgebiet in Südwestafrika 18
IV. Kolonialrat 20

Sechster Abschnitt: Fürst Bismarck.

Nochmalige Erörterungen der Presse über des Fürsten Rücktritt . . . 22
Dank des Fürsten an den Prinz-Regenten von Bayern 23
Aeußerung des Fürsten bezüglich eines zweiten Sedan 23
Schreiben des Königs von Sachsen an den Fürsten 23
Der „Reichsanzeiger“ zur Verteidigung des Reichskanzlers 26
Veröffentlichung von Erlassen des Reichskanzlers bez. des Fürsten . . 27
Die „Hamburger Nachrichten“ gegen den „Reichsanzeiger“ 28
Ansprache des Fürsten in Kissingen an Württemberger 30
Die „Hamburger Nachrichten“ über die Stellung des Fürsten zum Kanzler 33
Polemik über die Veröffentlichung obiger Erlasse 35
Besuch des Grafen Westarp beim Fürsten 37
Ansprache des Fürsten in Kissingen an fränkische Sänger 38
Ansprache des Fürsten in Kissingen an Badenser, Pfälzer, Hessen, Thüringer 39
Ansprache des Fürsten in Kissingen an eine Abordnung aus Jena . . 44
Ueber die Tendenz des Auftretens des Fürsten 44
Die „Germania“ über die Ansprachen des Fürsten 45
Die englischen Blätter über ihn 45
Ansprachen des Fürsten bei seiner Ankunft in Jena 46
Rede des Fürsten auf dem Marktplatz von Jena 50
Ansprache des Fürsten auf der Durchreise durch Erfurt 53
Ebenso in Halle 54
Erklärung des Professors Häckel in Jena 54
Stimmen über die Bedeutung der Reise des Fürsten 55
Empfang von Magdeburgern in Schönhausen 55
Erläuterung der Jenaer Rede des Fürsten durch die „Hamburger Nachrichten“ 56
Dankerlaß des Professors Häckel in Jena 57
Reise des Fürsten nach Varzin 57
Ansichten der „Nation“ und der „Kreuzzeitung“ über die Reisen des Fürsten 58
Ansichten der „Germania“ sowie der „Saar- und Bliezeitung“ . . . 60

Seite

Die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" über das preußische Ministerpräsidium 61
Der „Reichsanzeiger" gegen eine auf Weimar geübte Pression 61
Ueber „Unabsetzbarkeit" des Reichskanzlers 62
Die „Preußischen Jahrbücher" über des Fürsten Kritik der Reichsregierung 62
Die „Grenzboten" über diese Kritik 62
Bericht des Schriftstellers Harden über seinen Besuch des Fürsten . . 63
Bericht des Rechtsanwalts Blum in Leipzig über seinen Besuch beim Fürsten 66
Ueber die Vorgänge bezüglich der Emser Depesche von 1870 72
Bericht über Herbsttage in Varzin 74
Bericht des Herrn des Houx vom „Matin" über seine Unterredung mit dem Fürsten 75

Siebenter Abschnitt: Parteibewegung.

I. Konservative Partei.
Die Presse über Aenderung des Parteiprogramms 76
Erklärung des Hofpredigers a. D. Stöcker bezüglich „monarchischer Agitation" 79
Entwurf eines Parteiprogramms 79
Parteitag 81
Erklärung von v. Helldorff und Genossen 84
II. Antisemitische Partei.
Prozeß Ahlwardt 87
Löwesche Gewehrfabrik 89
III Freikonservative Partei 90
IV. Nationalliberale Partei.
Mitteilungen für die Vertrauensmänner über die Parteilage . 91
V. Ultramontane Partei.
1. Katholische Versammlungen und der „Moniteur de Rome" 92
2. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands.
Rede des Bischofs Haffner von Mainz über die Behandlung der Katholiken durch die Gesetzgebung 94
Rede des Abgeordneten Bachem über Kirchennot . . . 96
Rede des Abgeordneten v. Schorlemer über Sozialismus 96
Rede des Abgeordneten Lieber über den katholischen Volksverein 97
Rede des Abgeordneten Gröber über Männerorden . . 98
Rede des Abgeordneten Lieber für Aufhebung des Gesetzes gegen die Jesuiten 99
Rede des Abgeordneten Grafen Ballestrem über die Lage des Papstes, den Dreibund und den preußischen Volksschulgesetzentwurf 101
Beschluß über Kirche und Schule 103
3. Eindruck der Verhandlungen des deutschen Katholikentags.
Mahnung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" zur Mäßigung 103
Die „Nationalliberale Korrespondenz" über wachsende Ueberhebung des Katholikentags 104
Ueber den Ausspruch „Katholisch ist Trumpf!" . . . 105
Der „Schwäbische Merkur" über „den Frühling, der die Jesuiten bringt" 105

Seite

Die „Nation“ über „Roms Vormundschaft über deutsches Geistesleben 106
Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ über die Bedeutung der „Einigkeit des Zentrums“ 107
Appell an die protestantischen Orthodoxen 108
Die „Hamburger Nachrichten“ über „das Gesamtauftreten der ultramontanen Partei“ 109
Die „Kölnische Zeitung“ über die Meinung der Zentrumspartei „von der Widerstandsfähigkeit der leitenden Staatsmänner“ 109
Hinweis auf „sozialpolitische Kurse“ von Jesuiten in M.-Gladbach 110

4. Fernere Katholikenversammlungen.
Rede des Abgeordneten Lieber in Erfurt gegen den Fürsten Bismarck 110
Sozialpolitische Kurse in M.-Gladbach 112
Rede des Abgeordneten Lieber in Neustadt (Schlesien) . 113

VI. Partikularistische Rechtsparteien.
Ueber Anwachsen der Reichspartei im früheren Kurhessen . . 114
Feier des Klubs „Jung-Hannover“ 115

VII. Polnische Partei.
Polnische Wünsche 115
Der „Reichsanzeiger“ über polnische Agitation 116
Erzbischof v. Stablewski über die Polenfrage 117
Ueber die letzten Grenzen der Zugeständnisse an die Polen . 118

VIII. Sozialdemokratische Partei.
Bebel in Wien 119
Liebknecht in Marseille 119
Beschlüsse des Parteitags:
Zum allgemeinen Notstand 119
Zum Antisemitismus 120
„Vorwärts“ über den Welfenfonds 121

IX. Die Parteien über den Rücktritt des Ministers Herrfurth . . 121

X. Die Parteien und die Militärfrage.
Ueber eine Aeußerung des Kaisers bezüglich der zweijährigen Dienstzeit 123
Ueber einen Widerstreit zwischen der Reichsregierung und dem preußischen Staatsministerium 124
Veröffentlichung der Militärvorlage durch die „Kölnische Zeitung“ 125
Urteile der Presse darüber 127
Das „Militärwochenblatt“ über die Verjüngung der Feldarmee 129
Frage der „Schwarzmalerei“ 130
Ueber die Rede des Kanzlers bei Einbringung der Militärvorlage 131
Rede des Abgeordneten Lieber in Montabaur 134
Zur Frage der zweijährigen Dienstzeit im Jahre 1865 . . 135

Achter Abschnitt: Evangelische Kirche.

I. Evangelischer Bund.
Erklärungen des rheinischen Hauptvereins bez. der Mischehen und bez. des „Anteils der Jesuiten an der preußischen Königskrone“ 135 136

Seite

Erklärung des Zentralvorstandes bezüglich des Katholikentages in Mainz 136
Ansprache des Gesamtvorstandes über die innere Lage des Vaterlandes 137
II. Streit wegen des apostolischen Glaubensbekenntnisses.
Aus einem Aufsatz des Professor Harnack in Berlin in der „Christlichen Welt“ 140
Erklärung von Geistlichen gegen „ungläubige Professoren“ . 141
Erklärung des Vorstandes der evangelisch-lutherischen Konferenz in den preußischen Landeskirchen 142
Gegenerklärung von Geistlichen und Universitätsprofessoren . 143
Schrift des Professor Harnack über das Apostolikum . . . 143
Erklärung des Vorstandes des landeskirchlichen Vereinigung der Freunde der positiven Union 146
Erklärung evangelischer Vereine in Berlin 146
Aeußerung des Professor Ziegler in Straßburg 147
Erlaß des Evangelischen Oberkirchenrats 147

Neunter Abschnitt: Katholische Kirche . . . 155

Zehnter Abschnitt: Denkmäler und Erinnerungstage 156

Elfter Abschnitt: 2. Session des 17. preußischen Landtags.

I. Eröffnung 156
II. Präsidentenwahl 159
III. Fraktionen 159
IV. Abgeordnetenhaus.
Steuergesetze.
1. Vorlegung 159
2. Aufhebung direkter Staatssteuern 160
3. Kommunalabgabengesetz 165
V. Herrenhaus.
Erleichterung von Stadterweiterungen 166

Zwölfter Abschnitt: 2. Session des 8. Reichstags.

I. Eröffnung 167
II. Fraktionen 168
III. Präsidium 168
IV. Finanzielle Angelegenheiten.
1. Reichshaushaltsetat für 1893—94.
a) Der vorgelegte Entwurf 169
b) Erste Beratung 170
2. Reichsinvalidenfonds 173
3. Silberentwertung 173
V. Militärische Angelegenheiten.
1. Die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres 175
2. Die Ersatzverteilung 208
3. Ueber die Wachtposten im Gebrauch der Schußwaffen . . 210
4. Die neue Bewaffnung der Infanterie 210

Seite

VI. Justizgesetzgebung.
1. Wiederaufnahme des Verfahrens und Entschädigung für unschuldig erlittene Strafen 211
2. Zuhälterwesen 211
VII. Gesetzgebung über Handel und Verkehr.
1. Regelung der Abzahlungsgeschäfte und des Hausirhandels . 213
2. Handwerkerstand, Lehrlingswesen, Innungen 213
VIII. Soziale Gesetzgebung.
Krankenkassenversicherung 214
XI. Einführung einer einheitlichen Zeitbestimmung 214

Die nichtpreußischen deutschen Staaten.

Bayern.
I. Landtag 215
II. Die königliche Familie 217
III. Militärische Angelegenheiten 218
IV. Katholisches 218
V. Parteiwesen 221
Sachsen.
I. Die königliche Familie 222
II. Landtag 222
III. Parteibewegung 223
Württemberg.
I. Die königliche Familie 225
II. Kirchliche Angelegenheiten 226
III. Die deutsche Partei 227
IV. Finanzen 228
V. Personalien 229
VI. Festlichkeiten 229
Baden.
I. Die großherzogliche Familie 229
II. Landtag 230
III. Parteibewegung 232
Hessen-Darmstadt.
I. Regierungswechsel und großherzogliche Familie 233
II. Kirchliches 234
III. Landtag 234
IV. Erlaß in Betreff der antisemitischen Bewegung 234
Mecklenburg-Schwerin 235
Sachsen-Weimar 235
Braunschweig 236
Sachsen-Meiningen 236
Anhalt 237
Lippe 237
Schaumburg-Lippe 238
Schwarzburg-Rudolstadt 238
Reuß ältere Linie 238
Reuß jüngere Linie 238
Freie Städte 238

Seite

Elsaß-Lothringen.
I. Landesausschuß 240
II. Verwaltung 242
III. Parteiwesen 243

Oesterreich-Ungarn.

A. Oesterreich.
I. Angelegenheiten Böhmens 244
II. Reichsrat 245
III. Landtage 251
IV. Judenfeindliche Bewegung 252
V. Die kaiserliche Familie 253
VI. Personalien 253
B. Ungarn.
I. Reichstag 254
II. Festlichkeiten 256
III. Aenderung des Ministeriums 258
IV. Kirchliche Angelegenheiten 259
V. Nebenländer 261
C. Gemeinsame Angelegenheiten 262

Rußland.

I. Notstand 267
II. Getreideverhältnisse 268
III. Militärische Angelegenheiten 268
IV. Polen 269
V. Ostseeprovinzen 269
VI. Finnland 270
VII. Finanzministerium 270
VIII. Panslavisten 270
IX. Kundgebungen für Frankreich 271
X. Die kaiserliche Familie 272
XI. Mittelasien 273

Frankreich.

I. Erste Session der Kammern 273
II. Nationalfeste 275
III. Kundgebungen für Rußland 278
IV. Generalräte 278
V. Carnot 278
VI. Monarchische Parteien 279
VII. Anarchisten 281
VIII. Militärische Angelegenheiten 282
IX. Zweite Session der Kammern 283
X. Kirchliche Angelegenheiten 286
XI. Panama-Angelegenheit 287
XII. Krieg gegen Dahomeh 298

Seite

Großbritannien und Irland.

I. Parlament 299
II. Wechsel des Ministeriums 300
III. Irland 301
IV. Arbeiterbewegung 302
V. Kolonien 303

Italien.

I. Das Ministerium Giolitti 303
II. Die Kolumbusfeier 304
III. Sonstige Festlichkeiten 306
IV. Auflösung des Parlaments 307
V. Wahlbewegung 307
VI. Neuwahlen 310
VII. Rede Crispis 310
VIII. Das neue Parlament 311
IX. Die königliche Familie 313
X. Aenderung im Ministerium Giolitti 313
XI. Papst 314

Spanien.

I. Zollangelegenheiten 316
II. Anarchisten 316
III. Cortes 317
IV. Aenderung im Ministerium 318
V. Kolumbusfeste 318
VI. Katholikenkongreß 319
VII. Ministerium Sagasta 320
VIII. Evangelische Kirche 320

Portugal.

I. Wechsel des Ministeriums 321
II. Finanzen 321
III. Aenderungen im Ministerium 322
IV. Die Staatsschuldfrage 323
V. Neuwahlen 324
VI. Die königliche Familie 324
VII. Kolonien 325

Belgien.

I. Die Kammern 325
II. Neuwahlen 327
III. Parteibewegung 327
IV. Verhältnis zu Frankreich 329
V. Die neuen Kammern 330

Seite

Niederlande.

I. Generalstaaten 332
II. Parteiwesen 332
III. Die Königinnen 332
IV. Heeresreform 333

Luxemburg 333

Dänemark.

I. Reichstag 334
II. Neuwahlen 334
III. Die königliche Familie 335
IV. Reichstag 335

Schweden.

I. Reichstag. Erste Session 337
II. Aenderung im Ministerium 338
III. Die königliche Familie 339
IV. Arbeiterkongreß 339
V. Außerordentlicher Reichstag 339

Norwegen 340

Schweiz.

I. Bundesversammlung. Erste Session 342
II. Bundesrat 343
III. Kantone 343
IV. Festlichkeiten 344
V. Parteibewegung 345
VI. Bundesversammlung. Zweite Session 345
VII. Zollkrieg mit Frankreich 346
VIII. Sonstige Mißhelligkeiten mit Frankreich 346
IX. Kongresse.
Institut für internationales Recht 347
Internationaler Altkatholikentag 347
Zentralamt für internationales Eisenbahnfrachtrecht . . . 348

Osmanisches Reich.

I. Unruhen in Tripolis 349
II. Kreta 349

Seite

III. Syrien 350
IV. Arabien 350
V. Aegypten 350
VI. Bulgarien.
1. Der Chadourne-Fall 351
2. Der Regent 352
3. Verhältnis zur Pforte 353
4. Die Landesvertretung 356

Rumänien.

I. Neuwahlen zu den Kammern 358
II. Die königliche Familie 358
III. Die Kammern 359

Serbien.

I. Die Landesvertretung 361
II. Die königliche Familie 362
III. Die Regierung 363

Griechenland.

I. Die königliche Familie 363
II. Die Landesvertretung 364
III. Wechsel des Ministeriums 364
IV. Neuwahlen 365
V. Die neue Kammer 365

Montenegro 366

Marokko 366

Uganda 367

Südafrikanische Republik 368

Kongostaat.

I. Zölle 369
II. Streit mit Frankreich 369
III. Expedition van Kerkhoves 369
IV. Einverleibung Katangas 370
V. Die Araber am Kongo 371

Seite

Persien 371
Afghanistan 371
China 372
Japan 372
Sandwich-Inseln 373

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

I. Der Kongreß 374
II. Arbeiterkrieg 375
III. Kolumbusfeier 376
IV. Die Frage der Fischerei im Beringsmeer 377
V. Präsidentenwahl 378

Mexiko 379
Mittelamerika 381
Colombia 382
Ecuador 382
Bolivia 383
Peru 383
Venezuela 384
Brasilien 385
Uruguay 387
Paraguay 387
Argentinien 387
Chile 389

Internationale Versammlungen.

I. Fünfte Internationale Konferenz der Vereine vom Roten Kreuz 390
II. Internationale Sanitätskonferenz 395
III. Internationaler Arbeiterkongreß 395
IV. Fünfter Internationaler Binnenschiffahrtskongreß 396
V. Sozial- und handelspolitischer Kongreß 396
VI. Internationaler Friedenskongreß 397
VII. Internationale Münzkonferenz 399

Das deutsche Reich und Preußen.

Erster Abschnitt.

Kaiser Wilhelm II. und seine Familie.

1. Juli. Auf seiner Fahrt an die norwegischen Küsten trifft der Kaiser auf der Jacht „Kaiseradler“ in Christiansand ein.

3. Juli. Ankunft desselben in Bergen.

4. Juli. Ankunft in Drontheim, wo er mit dem erbgroßherzoglichen Paare von Oldenburg zusammentrifft.

6. Juli. Ankunft in Digermulen.

7. Juli. Der Kaiser ersteigt die Höhe, von der das Berliner Nordlands-Panorama aufgenommen ist, den Digermulenkollen, wo eine Marmorsäule mit der Inschrift errichtet wird, welche besagt, daß er mit Gefolge am 21. Juli 1889 und 7. Juli 1892 hier geweilt hat.

8. Juli. Landung in Hadleson.

12. Juli. Ankunft in Tromsö und bei der Insel Karlive, deren höchste Spitze der Kaiser besteigt.

14. Juli. Renntierjagd desselben auf der Insel Andammen.

15. Juli. Fahrt des Kaisers an Bord eines Walfischfängerdampfers.

16. Juli. Der Kaiser besteigt eine Anhöhe auf der Insel Skaarö.

18. Juli. Jagdausflug nach der Insel Karlsö.

22. Juli. Ankunft in Drontheim.

27. Juli. Ankunft in Wilhelmshaven, wo der Kaiser die Taufe des Panzerfahrzeugs U auf den Namen „Heimdall“ vollzieht.

30. Juli. Auf Helgoland besichtigt der Kaiser die Festungsbauten des Oberlands.

1. August. Der Kaiser und Prinz Heinrich landen in Cowes auf der Insel Whigt und besuchen die Königin Viktoria in Osborne.

3. August. Die deutsche Jacht „Meteor," an deren Bord sich der Kaiser befindet, nimmt bei Cowes teil am Wettsegeln um den Pokal der Königin. Abends wohnt er einem von der Königin veranstalteten Festmahl auf der Jacht „Viktoria and Albert" bei.

5. August. Ausflug des Kaisers von Cowes aus an Bord eines Rettungsboots; dann besucht er den Jacht-Geschwaderklub. Festmahl zu Ehren des Kaisers im indischen Saale des Schlosses Osborne.

6. August. Prinzessin Viktoria von Schaumburg-Lippe, Schwester des Kaisers, vollzieht in Kiel die Taufe des Panzerfahrzeugs R auf den Namen „Prinzeß Wilhelm."

8. August. Auf der Heimkehr von England nähert sich der „Kaiseradler" der Insel Norderney, von wo die drei ältesten kaiserlichen Prinzen ihren Vater besuchen.

18. August. Nach der Herbstparade des Gardekorps empfängt der Kaiser in Berlin ein Abordnung der Helgoländer. — Nach Angabe der „Nationalzeitung" hält der Kaiser eine Ansprache an die Generale und an höhere Offiziere, worin er erklärt, alle Gerüchte über die bevorstehende Einführung der zweijährigen Dienstzeit seien unbegründet. Er wolle lieber eine kleinere Armee mit längerer als eine größere mit kürzerer Dienstzeit. — Beim Parade-Festmahl in Potsdam bringt der Kaiser einen Toast auf den Kaiser von Oesterreich aus.

Wolffs Depeschenbureau verbreitet, der Trinkspruch habe den Sinn gehabt: Es gereiche dem Kaiser zur größten Freude, daß der Ehrentag des Gardekorps mit dem Geburtstage des Kaisers Franz Joseph zusammenfalle, der als ein leuchtendes Vorbild militärischer und Herrschertugenden sowie edelster Pflichterfüllung hervorrage. Das Bündnis zwischen dem Kaiser Franz Joseph und ihm sei der sicherste Hort des europäischen Friedens.

19. August. Der Kaiser läßt dem Berliner Magistrat telegraphiren, er habe dem Oberpräsidenten v. Achenbach befohlen, bei jetziger Temperatur den Nachmittagsunterricht in den Schulen bis auf weiteres auszusetzen, und bitte, ein gleiches für die öffentlichen Schulen Berlins schon heute anzuordnen. Der Magistrat beschließt, unverzüglich die betreffenden Anordnungen zu treffen.

30. August. Der neu ernannte italienische Botschafter General Lanza wird vom Kaiser feierlich empfangen.

1. September. Prinz Albrecht in Bromberg zur Besichtigung von Truppen.

2. September. Früh vier Uhr trifft der Kaiser zu Pyritz im hinterpommerschen Bezirke Stargard ein, wohnt einem Manöver bei und begiebt sich über Swinemünde zu dem Marinegeschwader bei Heringsdorf.

3. September. Der Kaiser bei einem größeren Flottenmanöver nördlich von Rügen.

5. September. Rückkehr nach Potsdam.

10.—12. September. Der Kaiser bei Manövern in der Gegend von Frankfurt a. O.

13. September. Geburt einer Tochter des Kaisers.

15. September. Der Kaiser bei Manövern der dritten Division in der Gegend von Anklam.

18. September. Der Kaiser besucht seine Mutter, die Kaiserin Friedrich, in Homburg.

23. September. Der Kaiser trifft über Königsberg i. Pr. im Jagdhaus in der Rominter Heide (in den Kreisen Stallupönen und Goldap) ein.

24. September. Der „Reichs- und Staatsanzeiger" veröffentlicht folgenden Erlaß des Kaisers an den Reichskanzler: „Aus den zahlreichen telegraphischen und schriftlichen Segenswünschen, welcher Mir aus Anlaß der glücklichen Entbindung Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin, Meiner Gemahlin, von einer Prinzessin zugegangen sind, habe Ich zu Meiner lebhaften Freude ersehen, welch herzlicher Teilnahme dieses durch Gottes Gnade Uns beschiedene Familienglück in allen Kreisen des engeren wie des weiteren Vaterlandes begegnet ist. Mögen alle, welche Mir bei dieser Gelegenheit so liebevolle Aufmerksamkeit erwiesen haben, Meines aufrichtigen Dankes versichert sein!"

4. Oktober. Prinz Heinrich und Gemahlin treffen in Balmoral ein, Prinz Friedrich Leopold und Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein treffen als Distanzreiter von Berlin in Wien ein.

6. Oktober. Anläßlich des Ablebens des Vizeadmirals Deinhard schreibt der Kaiser an den kommandirenden Admiral in Wilhelmshaven: Ich bin tief erschüttert und überrascht von der unerwarteten Nachricht über Deinhards Ableben. Ich beklage dasselbe auf das tiefste. Die Marine verliert einen ihrer fähigsten Führer; Ich einen Mir nahestehenden geachteten Freund.

7. Oktober. Telegramm des Kaisers an den zum Oberbürgermeister von Berlin gewählten Herrn Zelle in Berlin:

Spreche Meinen Glückwunsch zur Wahl aus, die Ich um so freudiger bestätige, als Ich weiß, wie sehr Ihnen das Wohl Meiner Residenzstadt am

Herzen liegt. Ich hoffe, Sie recht lange an der Stelle zu sehen und mit Ihnen manches schöne Werk zusammen zur Verschönerung Berlins und zu seiner Fortentwicklung durchzuführen. Ihre treuen Gesinnungen gegen Mich und Mein Haus wohl kennend, bin ich der Ueberzeugung, die Wahl konnte keinen Besseren und Geeigneteren treffen.

11. Oktober. Bei seiner Ankunft in **Wien** wird der Kaiser vom Kaiser Franz Joseph, den Erzherzögen und dem Publikum freudig begrüßt. Beim Festmahl in **Schönbrunn** überreicht er dem Ministerpräsidenten Grafen **Taaffe** den Schwarzen Adlerorden.

12. Oktober. In Wien besichtigt er das kunstgeschichtliche Museum und besucht die Cholerabaracke der freiwilligen Rettungsgesellschaft.

13. Oktober. Der Kaiser mit dem Erzherzoge **Franz Ferdinand** auf der Donauinsel „Am Kreuzgrund" zur Jagd; er verleiht dem Erzherzog **Friedrich** den Schwarzen Adlerorden.

17. Oktober. Der König richtet an den Kultusminister **Bosse** folgenden Erlaß:

Ich habe von Ihrem Mir unterm 4. d. M. erstatteten Bericht über die Choleragefahr in Preußen und die zu ihrer Bekämpfung angeordneten Maßnahmen mit lebhafter Befriedigung Kenntnis genommen. Die getroffenen Vorkehrungen finden Meine volle Billigung. Ich bin sehr erfreut, daß die auf wissenschaftlicher Forschung und praktischer Erfahrung beruhenden Anordnungen von allen dazu berufenen staatlichen und kommunalen Organen mit großer Umsicht und regem Eifer zur Ausführung gebracht sind und auch bei der Bevölkerung verständnisvolle Aufnahme und Beachtung gefunden haben. Wenn es unter des Allmächtigen gnädigem Schutze und sichtlichem Beistande bisher gelungen ist, **die Choleragefahr** im Lande so erfolgreich zu bekämpfen, und die zuversichtliche Hoffnung auf ein baldiges völliges Erlöschen der Seuche berechtigt erscheint, so hat hierzu, wie Mir wohl bewußt ist, die aufopferungsvolle Pflichttreue und zielbewußte Arbeit der Behörden und einzelnen Beamten wesentlich beigetragen. Ich kann mir daher nicht versagen, allen Beteiligten Meinen wärmsten Dank und Meine besondere Anerkennung hiermit auszusprechen, und ersuche Sie, dies in geeigneter Weise zu ihrer Kenntnis zu bringen.

(Reichsanzeiger vom 22. Oktober.)

18. Oktober. In der Frühe legt der Kaiser einen Kranz am Sarge seines Vaters, des Kaisers Friedrich nieder, der an diesem Tage sein 61. Lebensjahr vollendet haben würde. Sodann wohnt der Kaiser nebst der Prinzessin Friedrich Leopold der Grundsteinlegung zur **Kaiser-Friedrich-Gedächtniskirche** im Berliner Tiergarten bei. Hiernach begiebt sich der Kaiser nach **Spandau**, wo er der feierlichen Enthüllung eines Denkmals für Kaiser Friedrich beiwohnt.

21. Oktober. Der Kaiser bei der Weihe der **Erlöserkirche** in Rummelsburg.

22. Oktober. Am Tage, an dem die Kaiserin Viktoria Augusta ihr 34. Lebensjahr vollendet, findet in Potsdam die **Taufe** ihrer

am 13. September geborenen Tochter auf die Namen Viktoria Louise Adelheid Mathilde Charlotte statt. Bei der Feier sind u. a. anwesend: die Großherzogin von Baden, der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz nebst Gemahlin, Prinz Leopold von Bayern nebst Gemahlin, Herzog Theodor von Bayern, die Erbgroßherzoge von Baden und Oldenburg nebst Gemahlinnen u. a. Gnadenerlaß: Der König erläßt 400 weiblichen Personen, die sich gegen die Strafgesetze vergangen hatten, die verwirkten, noch unvollstreckten Freiheits- und Geldstrafen.

23. Oktober. Der neuernannte österreichisch-ungarische Botschafter, Graf Szögyeni, wird vom Kaiser empfangen.

24. Oktober. In Wittenberg besucht der Kaiser abermals die hergestellte Schloßkirche; dann begiebt er sich zur Jagd nach Blankenburg im Harz.

27. Oktober. Er nimmt in Berlin teil an einem Festmahl der „Vereinigung Prinz Friedrich Karl" und rühmt in seiner Ansprache bei Tafel die hohen Verdienste des verstorbenen Prinzen und Feldmarschalls.

30. Oktober. Eröffnung der Dom-Interimskirche in Berlin in Gegenwart des Kaisers.

31. Oktober. Das Kaiserpaar bei Einweihung der Schloßkirche in Wittenberg.

14. November. Der Kaiser bei den Feierlichkeiten zur Beerdigung der Königin-Witwe Olga von Württemberg in Stuttgart.

5. November. Auf der Rückkehr hält er eine Jagd in Piesdorf ab.

6. November. Verleihung des Ordens vom Schwarzen Adler an den Fürsten Günther von Schwarzburg-Sondershausen und an den Prinzen Johann von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg.

7. November. Der Kaiser und die Kaiserin begeben sich nach Stettin und Kiel, letztere von hier nach Schloß Grünholz zum Besuch ihrer Schwester.

8. November. Der Kaiser wohnt in Kiel der Vereidigung der Marinerekruten bei und richtet dann an sie eine Ansprache.

9. November. Er begiebt sich auf dem Flaggschiff „Baden" von Kiel aus in See, begleitet von mehreren Kriegsschiffen.

10. November. Der Bürgermeister von Altona macht bekannt, Se. Majestät der Kaiser habe befohlen, der Bevölkerung Altonas kundzugeben, daß er für das harte Geschick, welches infolge der Cholera die Stadt betroffen, lebhafte Teilnahme hege und der

Hebung der wirtschaftlichen Lage der Stadt besondre Fürsorge zuwende, er erwarte aber auch von der Bevölkerung, daß sie ihrerseits mit Energie die Erwerbsthätigkeit zu fördern bestrebt sein werde.

11. November. Der Kaiser mit dem König und dem Prinzen Georg von Sachsen auf der Jagd bei Königs-Wusterhausen.

12. November. Empfang des neuen österreichischen Botschafters v. Szögyeni zur Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens.

14. November. Empfang des Präsidiums beider Häuser des Landtags. Der Kaiser giebt der Erwartung Ausdruck, daß die parlamentarischen Arbeiten, insbesondre betreffs der Reform der Steuergesetzgebung, guten Fortgang nehmen würden. Der Landtag sei ja mit Rücksicht auf diese schwierige Aufgabe in diesem Jahre besonders früh berufen worden.

15. November. Der Kaiser mit dem Fürsten von Stolberg zur Jagd bei Wernigerode. — Einweihung der Segenskirche in West-Reinickendorf in Gegenwart der Kaiserin.

16. November. Verleihung des Ordens vom Schwarzen Adler an den Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein.

18. November. Der Kaiser mit dem Großfürsten Wladimir auf der Jagd in der Göhrde.

19. November. Der „Reichsanzeiger" stellt in Abrede, daß der Kaiser, als er seine Zustimmung zur Militärvorlage gab, dem Reichskanzler gegenüber geäußert habe: „Sehen Sie zu, wie weit Sie damit kommen."

27. November. Empfang des Präsidiums des Reichstags.

28. November. Der Kaiser beim Fürsten v. Pleß in Schlesien zur Jagd.

2. Dezember. Der Kaiser zum Besuch des königlich sächsischen Hofes in Strehlen.

3. Dezember. Jagd desselben sowie des Königs und der Prinzen von Sachsen bei Schloß Moritzburg.

7. Dezember. Kaiser Wilhelm, Kaiserin Friedrich sowie der Großherzog und Großherzogin von Baden lassen den Hinterbliebenen des verstorbenen Geheimrats v. Siemens ihre Teilnahme an dem Verlust, der sie betroffen, zu erkennen geben.

8. Dezember. Der Kaiser mit den Truppen der Garnison Hannover zur Felddienstübung bei Bothfeld.

10. Dezember. Der Kaiser auf der Jagd bei Barby.

15. Dezember. Derselbe auf der Jagd bei Letzlingen.

20. Dezember. Weihe der neugebauten Sophienkirche in Berlin in Gegenwart des Kaiserpaares.

29. Dezember. Verleihung des Ordens vom Schwarzen Adler an den Landgrafen und den Prinzen Friedrich Karl von Hessen sowie den Herzog Friedrich Ferdinand von Glücksburg.

Zweiter Abschnitt.
Reichskanzler und andre höhere Beamte.

18. Juli. Der preußische Gesandte beim päpstlichen Stuhl, v. Schlözer, wird abberufen, und es wird ihm das Großkreuz des roten Adlerordens verliehen. An seine Stelle wird der bisherige Gesandte in Bern, Wirkl. Geheimrat v. Bülow (geb. 1827), und an seine Stelle in Bern wird Graf Karl v. Wedell ernannt.

9. August. Rücktritt des preußischen Ministers des Innern, Herrfurth.

30. August. Generalmajor v. Villaume wird von seiner Stellung als Militärbevollmächtigter in Petersburg abberufen und zum Befehlshaber der 2. Feldartilleriebrigade in Stettin, der Wirkl. Legationsrat v. Nordenflycht wird zum Generalkonsul in Kapstadt ernannt.

18. September. Der Reichskanzler Graf v. Caprivi hält beim Empfang von Landwehroffizieren und Kriegervereinen zu Grünberg in Schlesien, nach der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung," folgende Ansprache:

Es sei ein schönes Zeichen für eine Armee, wenn ihre alten Soldaten gerne der Zeit gedächten, die sie in der Truppe verlebt haben. Sie würden von da das Bewußtsein mitgenommen haben, was es wert sei, und am meisten in schwierigen Lagen, einen Befehlshaber zu haben, dem man mit Vertrauen folge. Das sei stets ebenso im preußischen Staate, der sich unter schwierigen Verhältnissen Dank seinen Königen zu Deutschland entwickelt habe.

11. Oktober. Bei einem Mahle zu Ehren von österreichisch-ungarischen „Distanzreitern" in der Kaserne des Kaiser-Franz-Garde-Grenadier-Regiments in Berlin bringt der Reichskanzler Graf v. Caprivi einen Trinkspruch aus, in dem er u. a. sagt, er schätze sich glücklich, sich in seiner Stellung zu befinden, in der ihm Gelegenheit geboten sei, die zwischen Oesterreich und Deutschland bestehenden herzlichen Verbindungen zu hegen und zu pflegen.

15. Oktober. Generalsuperintendent Brückner in Berlin wird von seinen Stellungen als geistlicher Vizepräsident des evangelischen Oberkirchenrats und als Generalsuperintendent entlassen. In ersterer Stelle erhält er den Oberkonsistorialrat v. d. Goltz zum Nachfolger.

Dritter Abschnitt.

Kaiserliche Verordnungen, Erlasse des Reichskanzlers und preußischer Minister.

I.

Ueberweisungen an die Gemeinden.

29. Juli. Die Minister des Innern und der Finanzen, Herrfurth und Miquel, erlassen eine Bekanntmachung über die Verteilung der Ueberweisungen an die Gemeinden. Darin heißt es:

Nachdem der aus dem Ertrage der Getreide- und Viehzölle für das Etatsjahr 1891/92 auf Preußen entfallende Anteil auf die Summe von 72 035 130 Mk. ermittelt ist, wird nach Abzug des der Staatskasse verbleibenden Betrages von 15 000 000 Mk. der auf Grund des Gesetzes vom 14. Mai 1885 den Kommunalverbänden zu überweisende Betrag auf 57 035 130 Mk. hiermit festgesetzt. Die nach der gesetzlich vorgeschriebenen Verteilung dieses Betrages auf die einzelnen Kreise und die Hohenzollernschen Lande entfallenden Summen haben wir durch gemeinsame Verfügungen vom heutigen Tage festgestellt und deren Veröffentlichung durch die Amtsblätter angeordnet.

II.

Bericht des Reichskanzlers über die Frage einer Weltausstellung in Berlin.

13. August. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht den Bericht des Reichskanzlers an den Kaiser in Sachen der Berliner Weltausstellung.

In diesem Bericht wird betont, die von den Industriellen eingegangenen Antworten ließen erkennen, daß die inländische Industrie nur zu ihrem geringeren Teile eine solche Ausstellung für wünschenswert erachte. Die Bundesregierungen müßten davon ausgehen, daß die Frage frei von allen politischen Erwägungen nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten beantwortet werde. In ganz überwiegender Zahl sei das wirtschaftliche Bedürfnis zu einer Ausstellung verneint. Insbesondre habe Preußen sich gegen dieselbe ausgesprochen. Im ganzen schließen die Beurteilungen der Bundesregierungen derjenigen der industriellen Kreise sich an. Wenn man das Ergebnis nach der Zahl der Stimmen zusammenfasse, die den Regierungen im Bundesrate verfassungsmäßig zustehen, so seien 40 Stimmen gegen und 7 für die Ausstellung abgegeben, während 11 Stimmen unentschieden lauteten. Eine erfolgreiche Durchführung des Unternehmens habe die allgemeine und einmütige Ueberzeugung von seinem Nutzen für die deutsche Industrie und dem opferwilligen

Zusammenwirken aller beteiligten Kreise zur unbedingten Voraussetzung. Da diese fehle, müsse der Reichskanzler von einem Eintreten der Reichsregierung abraten.

III.

Maßregeln bezüglich der Choleragefahr.

15. September. Der Reichskanzler trifft folgende Bestimmungen über die Cholerakommission:

1. Für die Dauer der gegenwärtigen Cholerainvasion tritt im kaiserlichen Gesundheitsamt eine Cholerakommission zusammen. Dieselbe besteht aus dem Direktor des kaiserlichen Gesundheitsamts, welcher den Vorsitz führt, und aus einem oder mehreren von dem Reichskanzler berufenen Fachmännern. Den Bundesregierungen sowie der preußischen Militär-Medizinalverwaltung wird es anheimgegeben, Vertreter zu bezeichnen, welche im Bedürfnisfall zur Teilnahme an den Verhandlungen eingeladen werden können. Der Vorsitzende ist befugt, Mitglieder des Gesundheitsamts mit beratender Stimme zuzuziehen. Bei Behinderung des Direktors des kaiserlichen Gesundheitsamtes tritt dasjenige Mitglied dieser Behörde an seine Stelle, welches ihn in der Leitung des Gesundheitsamts vertritt. 2. Der Cholerakommission liegt es ob, den Gang und die Verbreitung der Cholera zu verfolgen. Sie ist ermächtigt, in geeigneten Fällen den Behörden des Reichs und den Bundesstaaten durch Vermittelung des Gesundheitsamts Auskunft und Rat zu erteilen. Ihr liegt es ob, in gleicher Weise Erhebungen zu veranlassen und das gewonnene Material zu verarbeiten, um die gegenwärtige Epidemie zur Festigung und Erweiterung der wissenschaftlichen Kenntnisse über die Cholera zu benutzen. Die Cholerakommission ist berechtigt, sich behufs Erlangung von Auskunft durch Vermittelung des kaiserlichen Gesandheitsamts mit den ihr bezeichneten Behörden des Reichs und der Bundesstaaten unmittelbar in Verbindung zu setzen und Sachverständige zu Erhebungen an Ort und Stelle zu entsenden.

IV.

Ergebnisse der ersten Anwendung des preußischen Einkommensteuergesetzes von 1891.

12. Oktober. Ueber die Ergebnisse des neuen Einkommensteuergesetzes für das Veranlagungsjahr 1892/93 veröffentlicht der „Reichsanzeiger" eine amtliche Zusammenstellung.

Die Einkommensteuer hat mit 124842848 Mark ein Plus von 45284021 Mk. ergeben. Die eingeführte Doppelbesteuerung der Aktiengesellschaften und Genossenschaften ist an diesem Plus mit 10560743 Mk. beteiligt. Von statistischem Interesse ist die Mitteilung, daß das Kapital dieser Gesellschaften zusammen 4231 Millionen Mk. beträgt mit einem steuerpflichtigen Einkommen von 333 Millionen Mk. Bei den physischen Personen ist ein Gesamteinkommen veranlagt worden von 5724 Millionen Mk. gegen 4274 Millionen Mk. im Vorjahre. Hiervon entfallen auf die Städte 3873 Millionen (im Vorjahre 2885 Millionen Mk.), auf das platte Land 1851 Mil-

lionen Mk. (im Vorjahre 1339 Millionen Mk.). Das Durchschnittseinkommen stellt sich mithin für jeden Zensiten in den Städten auf 2746,89 Mk. (2483,53 Mk.), auf dem platten Lande auf 1804,47 Mk. (1710,15 Mk.). Das Sollaufkommen der Steuern von den physischen Personen verteilt sich auf die Städte mit 84 Millionen Mk. (58 Mill. Mk.) und auf das platte Land mit 30½ Millionen Mk. (21½ Millionen Mk.). Das Durchschnittseinkommen ist mithin gestiegen in den Städten von je 100 auf 145,8 und auf dem platten Lande von je 100 auf 141,6 Mk. Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen in den Städten 7,13 (im Vorjahre 4,09) und auf dem platten Lande 1,69 (im Vorjahre 1,21 Mk.). Mit einem Einkommen von mehr als 3000 Mk. sind veranlagt 316889 (im Vorjahre 254270) Zensiten.

V.

Verordnung über die Führung der Reichsflagge.

8. November. Das „Reichsgesetzblatt" veröffentlicht eine kaiserliche Verordnung, in der gesagt wird:

§ 1. Die Bundesflagge in der durch die Verordnung vom 25. Oktober 1867 für die Schiffe der deutschen Handelsmarine festgestellten Form bildet die deutsche Nationalflagge. § 2. Die deutsche Kriegsflagge wird nach näherer Bestimmung des Kaisers von der kaiserlichen Marine und von den im unmittelbaren Reichsdienst befindlichen Behörden und Anstalten des deutschen Heeres geführt. Unberührt bleibt die Bestimmung in dem kaiserlichen Erlaß, betreffend die Führung der Kriegsflagge auf den Privatfahrzeugen der deutschen Fürsten vom 2. März 1886. § 3. Zum Gebrauche derjenigen Reichsbehörden, welche nicht die deutsche Kriegsflagge zu führen haben, dient die Reichsdienstflagge. Sie besteht aus der deutschen Nationalflagge mit einem in der Mitte des weißen Feldes angebrachten, die dienstliche Bestimmung und den Verwaltungszweig kenntlich machenden Abzeichen. Abzeichen sind: 1. im Bereiche des auswärtigen Amtes, einschließlich der kaiserlichen Behörden und Fahrzeuge in den deutschen Schutzgebieten, der Reichsadler mit der kaiserlichen Krone, 2. im Bereiche der kaiserlichen Marine, sofern daselbst nicht die Kriegsflagge zu führen ist, ein gelber unklarer Anker mit der kaiserlichen Krone darüber, 3. im Bereiche des Reichspostamtes ein gelbes Posthorn mit der kaiserlichen Krone darüber, 4. im Bereiche der übrigen Verwaltungszweige die kaiserliche Krone. § 4. Zur Führung der Reichsdienstflagge sind nur die Behörden des Reichs berechtigt.

VI.

Erlaß über die Unparteilichkeit des Richters und die Handhabung der Sitzungspolizei der Gerichte.

21. Dezember. Der Justizminister richtet an die Oberlandesgerichtspräsidenten folgenden Erlaß:

Die Unparteilichkeit des Richters soll sich auch in der strengen Sachlichkeit des dem Richterspruch vorausgehenden Verfahrens bethätigen. In Strafsachen, welche zu den politischen oder sozialen Parteikämpfen der Gegenwart

in Beziehung stehen, ist diese Bethätigung besonders notwendig. Aber hier gerade haben wir mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Für den Angeschuldigten liegt die Versuchung nahe, die Verteidigungsmittel, die ihm das Gesetz der Anklage gegenüber gewährt, in der öffentlichen Verhandlung zu Aeußerungen zu benutzen, um die Anhänger seiner Bestrebungen im Lande zu ermutigen oder zu vermehren. Es bedarf der ganzen Umsicht und Langmut des leitenden Richters, um einem solchen Bestreben gegenüber den Anschein einer Voreingenommenheit zu vermeiden und andererseits die Verhandlungen über künstlich bereitete Hemmnisse hinwegzuführen, die an und für sich zur Sache nicht gehören. Man darf von der Hingebung der Gerichtspräsidenten erwarten, daß sie sich bemühen werden, diesen Anforderungen gerecht zu werden. Ich halte es daneben für angemessen, auf einige Gesichtspunkte hinzuweisen, die für die strengste Beobachtung dieser Grundsätze von Nutzen sein werden. Vor allem empfehle ich die strenge Handhabung der Sitzungspolizei und die Durchführung einer der Würde des Gerichts entsprechenden Redeordnung. Wenn jeder bei der Verhandlung, die Mitglieder des Gerichts nicht ausgeschlossen, erst sprechen darf, wenn er zum Worte zugelassen ist, werden die Aergerlichkeiten vermieden werden, zu denen ein frei laufendes Wechselgespräch führt. Es ist die Pflicht des Vorsitzenden, die Wahrheit zu erforschen, und es wird nicht vermieden werden können, Zeugen und Angeklagte auf Widersprüche und Unwahrscheinlichkeiten hinzuweisen und andre zur Aufklärung der Sache dienende Bemerkungen zu machen. Der Vorsitzende wird jedoch gut thun, sein Verhalten in eine dem Ernste der Sache angemessene Form zu kleiden und sich jeder sarkastischen Färbung zu enthalten. Unter allen Umständen soll er es vermeiden, eine Haltung einzunehmen, welche seine persönliche Stellung zur Schuldfrage als eine bereits feststehende erscheinen läßt. Die Sachlichkeit in der Leitung der Verhandlungen ist insbesondre dem Verteidiger gegenüber zu beobachten, in dessen Mitwirkung das Gericht ein nützliches Element zur Findung der materiellen richtigen Entscheidung zu erblicken hat. Aus dieser Auffassung des Verhältnisses zum Verteidiger entspringt aber die Pflicht des Vorsitzenden, im einzelnen Falle auf die Einhaltung der der Verteidigung gesetzlich gezogenen Grenzen zu achten. Insbesondre ist einem Verhalten der Verteidigung, welches der Würde des Gerichts oder der Ehre der bei der Verhandlung beteiligten Personen zu nahe tritt, mit Entschiedenheit entgegen zu treten. Im Laufe der Verhandlung kann die Verteidigung Anträge und Fragen stellen, es ist aber nicht gestattet, hieran Bemerkungen zu knüpfen, welche in den Schlußvortrag gehören. Insbesondre ist der Verteidiger nicht befugt, Aussagen der Zeugen auf ihre Glaubwürdigkeit einer Beurteilung zu unterwerfen und durch Hereinziehung persönlicher Verhältnisse Zeugen oder fremde Personen bloßzustellen. Ew. . . . ersuche ich, diese meine Auffassung den Gerichtspräsidenten zur Beachtung mitzuteilen. Mit Bestimmtheit erwarte ich, daß nur solche Justizbeamte zu Präsidenten- und Direktorenstellen in Vorschlag gebracht werden, hinsichtlich deren eine nähere Beobachtung ergeben hat, daß sie die zur Erfüllung dieser Pflicht erforderlichen Eigenschaften besitzen.

Vierter Abschnitt.

Militärische Angelegenheiten.

I.

Landheer.

17. August. Das erste Garde-Dragoner-Regiment feiert in Berlin den Jahrestag, an dem es sich in der Schlacht bei Mars la Tour ausgezeichnet hat.

18. August. Nach der Herbstparade über das Gardekorps bei Berlin hält der Kaiser eine Ansprache an die Generale. Die Meldung der „Nationalzeitung," daß er sich hierin gegen die zweijährige Dienstzeit ausgesprochen habe, wird von der „Kreuzzeitung" „in der Hauptsache bestätigt." Die „Frankfurter Zeitung" bringt folgende Mitteilung hierüber:

Die Ansprache des Kaisers an die höheren Offiziere nach der letzten Parade wird jetzt glaubhaft bekannt, und es ergiebt sich, daß diese hochwichtigen Aeußerungen doch einen wesentlich andern Sinn und daher auch eine ganz andre Bedeutung und Tragweite für die politische Situation haben, als man nach den bisherigen unvollkommenen Berichten annehmen konnte. Der Kaiser hat zunächst im Anschluß an die Kritik über die Parade in sehr lebhaften, nicht mißzuverstehenden Worten sein Erstaunen ausgedrückt, daß in letzter Zeit in steigendem Maße militärische Interna in die Tagespresse gelangten, darunter solche, die rein theoretischer Natur sind, wie über die Schießversuche mit Gewehren neuen Kalibers. Besonders mißbilligte er die Preßerzeugnisse, die nur rein militärischen Federn entsprungen sein könnten und welche die geplante Heeresvermehrung sehr verschiedenfach beurteilten, insbesondre aber weitgehende organisatorische Einschränkungen aus Ersparnisrücksichten bei einer etwaigen Einführung der zweijährigen Dienstzeit als möglich erörtern. Derartige Erörterungen über eine Militärvorlage, der er noch gar nicht zugestimmt habe, gehörten ins Gebiet der Phantasie. Die zweijährige Dienstzeit erscheine weiten Kreisen als eine zeitgemäße Einrichtung; sie sei aber ohne Gewährung ganz besondrer Gegenleistungen nicht denkbar. Sollte etwa die Mehrheit des Reichstages nicht patriotisch genug sein, mit einer Vorlage, die auf der zweijährigen Dienstzeit beruht, gleichzeitig die erwähnten notwendigen Ergänzungen zu bewilligen, dann erkläre er, daß ihm immer noch eine kleine gut disziplinirte Armee lieber sei als ein großer Haufe.

2. September. Der Kriegsminister Generallieutenant von Kaltenborn-Stachau wird zum General der Infanterie ernannt.

5. September. Kaiserlicher Erlaß wegen Ausfalls der Kaisermanöver des 8. und 16. Armeekorps im Reichslande.

11. Oktober. Nach Angabe der „Post" richtete der Kaiser ein Schreiben an den kommandirenden General des 9. Armeekorps,

Grafen Walbersee, und spricht darin „seine vollste Anerkennung aus für die große Umsicht und Energie, mit der er die Truppen des Armeekorps durch die mit dem Auftreten der Cholera verbundenen Gefahren hindurch geführt hat," sowie die Hoffnung, daß seine so fürsorglichen Anordnungen dazu führen werden, das Armeekorps auch ferner vor Cholera zu bewahren.

9. **September.** Das Halberstädter Kürassier-Regiment Nr. 7 begeht auf dem Schlachtfelde von Roßbach eine Feier zur Erinnerung an diese Schlacht.

10. **Oktober.** Der erste Sieger in einem militärischen Distanzritt, Oberstlieutnant Graf Starhemberg, erhält den Ehrenpreis.

II.

Kriegsmarine.

27. **Juli.** In Wilhelmshaven findet der Stapellauf des Panzerfahrzeugs U statt. Der Kaiser, soeben von England zurückgekehrt, tauft das Schiff mit folgenden Worten:

Ein neues stattliches Fahrzeug Meiner Marine sollst du hinabgleiten in dein Element, wohl vorbereitet, deine Aufgabe zu erfüllen. Du sollst die guten Eigenschaften, die in der kaiserlichen Marine vertreten sind, zur Geltung bringen, Gehorsam, Disziplin und vor allem Treue im Beruf. Möge deine Besatzung stets ihre Schuldigkeit thun! Es gilt nun, dem Schiff einen Namen zu geben. Er wird genommen aus der Urgeschichte unsrer Vorväter im Norden. Du sollst den Namen erhalten des Gottes, dem als Hauptaufgabe die Wache übertragen war, desjenigen, dem es oblag, die goldnen Thore Walhallas vor jedem bösen Eindringling zu schützen und zu bewahren. Wie jener durch sein goldnes Horn weithinschallend, wenn Gefahr im Anzuge, die Götter herbeirief zum Streit in der Götterdämmerung, und durch sein Horn Verwirrung und Verderben in die Reihen seiner Feinde brachte, so sei es auch mit dir! Gleite hinab in dein Element, sei du stets ein treuer Hüter der Meere, sei stets ein treuer Hüter der Ehre unsrer Nation, der Ehre unsrer Flagge. Und wenn du dereinst zum Kampfe berufen sein wirst, so bringe auch Zerstörung und Verwüstung in die Reihen deiner Feinde. Trage in Ehren den Namen „Heimdall!"

6. **August.** In Kiel findet der Stapellauf des Panzerfahrzeugs R auf der kaiserlichen Werft statt. Vizeadmiral Knorr tauft das Schiff mit folgenden Worten:

Das vorstehende stattliche Panzerschiff, ein Erzeugnis fleißiger Arbeit dieser kaiserlichen Werft, eine willkommene Vermehrung unsrer Wehrkraft zur See, begleiten unsre besten Hoffnungen bei seinem heutigen ersten Einlaufen in sein Element. Fahre glücklich dahin, Wind und Wellen seien dir dienlich. Wie der Held und alte Waffenmeister, dessen Namen du trägst, in der deutschen Sage allezeit treu zu seinem Herrn Dietrich von Bern gestanden hat, so sei der Geist deiner zukünftigen Bestrebungen. Sei allezeit erfüllt und getragen von hingebendem Opfermut und Treue zu unserm allergnädigsten Kaiser bis

zum Tode. So wehe die kaiserliche Kriegsflagge über dir, dem Feinde zum Trutz, dem Vaterlande zum Schutz. Das walte Gott! Ich taufe dich im Namen und im Auftrage Seiner Majestät des Kaisers: „Hildebrand."

Auf der Werft der Schiffbaugesellschaft „Germania" findet der Stapellauf des Schlachtpanzerschiffs B statt. Zur Taufe desselben betritt die Prinzessin Viktoria von Preußen mit ihrem Gemahle, dem Prinzen Adolf von Schaumburg-Lippe und dem Vizeadmiral v. d. Goltz die Taufkanzel. Dieser hält eine Ansprache, worauf Prinzessin Viktoria das Schiff „Wörth" tauft.

Die deutsche Jacht „Meteor" gewinnt im Wettsegeln bei der Insel Whigt den Preis.

20. September. Auf der Höhe von Stolpemünde in der Ostsee findet ein Zusammenstoß der deutschen Panzerschiffe „Friedrich Karl" und „Württemberg" statt. Dieses wird dadurch unfähig zum ferneren Manövriren.

4. Oktober. Ableben des Vizeadmirals Deinhard in Kiel. An seine Stelle wird Kontreadmiral v. Valois zum Vizeadmiral und Chef der Marinestation der Ostsee ernannt.

15. November. Stapellauf des Avisos „Komet" in Bredow.

Fünfter Abschnitt.

Deutsche Schutzgebiete.

I.

Schutzgebiet in Ostafrika.

1.

Die vom Antisklaverei-Komitee veranlaßten Unternehmungen.

a.

Die Baumannsche Unternehmung.

Vorbemerkung. Dr. Baumann, durch seine früheren Reisen in Ostafrika und sein Werk über Usambara bekannt, hatte von der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft den Auftrag erhalten, eine Reise in das Innere von Ostafrika zu unternehmen, um die für eine etwaige Fortführung der geplanten Eisenbahn Tanga-Korogwe nach dem Viktoriasee einerseits und nach Tabora andrerseits maßgebenden Verhältnisse zu erforschen. Zwischen der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft und der Ausführungskommission der Antisklavereilotterie wurde

dann ein Abkommen getroffen, wonach die Baumannsche Expedition, unter Leistung eines Zuschusses seitens der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft, auf die Fonds der Antisklavereilotterie übernommen wurde. Zugleich erfuhr der Zweck der Expedition eine Erweiterung dahin, daß das Ländergebiet zwischen dem Kilimandscharo und dem Viktoriasee erforscht und dabei die Möglichkeit einer besseren und kürzeren Verbindung zwischen der Küste und dem Viktoriasee, als sie der jetzt übliche Karawanenweg über Mpwapwa-Tabora darbietet, erkundet werden sollte. Baumann zog am 15. Januar mit 25 Soldaten und 175 Trägern, einem Kamel und einer Anzahl Lastesel von Tanga ins Innere ab und traf bereits am 12. April am Viktoriasee, und zwar in Katoto am Spekegolf, ein. Von Katoto aus machte Baumann mit Lieutenant Langheld im April einen Ausflug nach Muanza am Südende des Viktoriasees.

21. Juli. Baumann kommt von seiner Reise zur Erforschung der östlichen Küstenländer des Viktoria Nyanza wieder in der Station Muanza am Südostufer des Sees an. Von hier berichtet er, daß er die ganze Küste des Viktoria Nyanza vom Spekegolf bis zur englischen Grenze durchforscht habe. Er glaubt darnach die Ansicht aufstellen zu können, daß der See zum mindesten in diesem Teile tief genug ist, um auch größere Dampfer tragen zu können. Dagegen hebt er hervor, daß sich seinem Transport sehr große Schwierigkeiten entgegenstellen würden und bemerkt weiter, daß ihm die Anwesenheit eines großen Dampfers auf dem See, insoweit er zur Verhinderung des Sklavenhandels dienen solle, zwecklos erscheine, da der Sklavenhandel sich gar nicht des Seewegs bediene.

b.

Die sog. Vor-Expedition.

Im Jahre 1890 waren zwei Dampferunternehmungen für den Viktoriasee geplant: Das eine von Major v. Wißmann, das andre von der Petersstiftung. Wißmann sammelte Beiträge für einen großen Dampfer, der auf dem Viktoriasee die deutsche Flagge entfalten, dem Sklavenhandel entgegentreten und Handelsverbindungen zwischen den deutschen Besitzungen und den übrigen Uferländern des Sees herstellen sollte. Das Komitee der Petersstiftung wollte zu ähnlichen Zwecken und zugleich zu Ehren des von seinem kühnen und gefahrvollen Zuge zurückgekehrten Peters einen leichter gebauten Dampfer nach dem Viktoriasee schicken. Von dieser Seite wurde, gestützt auf die Angaben von Peters und andern Reisenden, behauptet, daß ein Dampfer von solchem Tiefgang wie der Wißmannsche für den Viktoriasee nicht verwendbar sei. Dem Antisklavereikomitee gelang es, sowohl mit Wißmann als mit der Petersstiftung Vereinbarungen zu treffen, wodurch der Zwiespalt zwischen den beiden mit patriotischem Eifer betriebenen Unternehmungen beseitigt wurde. Wißmann erklärte sich bereit, sein Unternehmen, für das aus dem Ertrage der Antisklavereilotterie 300 000 Mark bewilligt wurden, nunmehr namens des Antisklavereikomitees und nach dessen Beschlüssen weiterzuführen. Das Komitee der Petersstiftung lieferte die von ihm gesammelten Beiträge mit etwas über 58 000 Mark an das Antisklavereikomitee ab, wogegen dieses, unter Bewilligung der gleichen Summe wie für den Wißmanndampfer, den Plan der Petersstiftung auszuführen und die Leitung dieses Unternehmens dem von dem Komitee der Stiftung dazu bereits ausersehenen Borchert anzuvertrauen versprach. Mit

Rücksicht auf die Bedenken, die gegen die Verwendbarkeit des Wißmanndampfers auf dem Viktoriasee erhoben waren, beschloß das Antisklavereikomitee zugleich, schleunigst eine Vorexpedition zur Erforschung der Tiefenverhältnisse des Viktoriasees abzusenden und es von dem Ergebnisse dieser Erforschung abhängig zu machen, ob auch der Wißmanndampfer nach dem Viktoria- oder nach dem Tanganyikasee geschafft werden sollte. Mit der Führung dieser Vorexpedition wurde der württembergische Eisenbahnbauinspektor Hochstetter beauftragt. Ihm war der früher bei der Schutztruppe angestellte Lieutenant Meyer beigegeben. Freiwillig schloß sich der ungarische Baron Fischer von Nagy-Szalatnya an. Außerdem gehörte noch der Steuermann Bladt zu der Expedition. Hochstetter starb bald nach der Ankunft in Ostafrika. An seiner Stelle wurde Fischer zum Führer ernannt. Erst Anfang Dezember 1891 konnte die Expedition mit 23 Soldaten und 118 Trägern von der Küste nach dem Innern abmarschiren. Am 23. Dezember vereinigte sie sich mit einer unter Führung des Lieutenant Hermann nach Tabora marschirenden Ablösungskolonne der Schutztruppe. Ende März 1892 kam die Expedition in Tabora und Anfang Mai in Ukumbi am Viktoriasee an; am 2. Juli starb dort Fischer. Zur Hilfeleistung bei der Erforschung der Tiefenverhältnisse des Viktoriasees war der „Vorexpedition" im Dezember 1891 Kapitän Spring nachgesandt worden. Dieser sollte im Januar 1892 mit der Borchertschen Expedition reisen. Wegen Verzögerung des Abmarschs dieser Expedition brach Kapitän Spring am 22. Februar von der Küste auf, und zwar als Führer einer ihm anvertrauten Gouvernementskarawane. Er brachte die Karawane trotz großer Schwierigkeiten am 9. Mai wohlbehalten nach Tabora und nahm mit dem Lieutenant Meyer und dem Grafen Schweinitz an den Kämpfen gegen den Häuptling Sikki teil.

19. September. Die Expeditionen unter Führung des Grafen Schweinitz, der Lieutenants Meyer und Spring treffen am Viktoria Nyanza ein.

c.

Borchertsche Unternehmung.

Uebersicht. Aufgabe dieser Expedition war ursprünglich, den Petersdampfer nach dem Viktoriasee zu bringen. Da sich indessen ergab, daß dieser Dampfer, wenn er zweckentsprechend hergestellt sein sollte, erst im Frühjahr 1892 zur Versendung nach Ostafrika bereit sein konnte, so wurde Borchert beauftragt, sich einstweilen ohne den Dampfer nach dem Viktoriasee zu begeben, dort eine Schiffswerft zu errichten und Segelboote zu bauen, dann aber mit den für den Transport des Dampfers nötigen Trägern an die Küste zurückzukehren, um dort den inzwischen fertig gestellten und nach Ostafrika beförderten Dampfer abzuholen. Zu diesem Zweck begab sich Borchert im Dezember 1891 nach Ostafrika, nachdem ihm Graf Schweinitz und Lieutenant Lutteroth vorangegangen waren. Die Vorbereitungen der Expedition verzögerten sich so, daß der Aufbruch von Bagamoyo erst Anfang März 1892, unmittelbar vor Eintritt der großen Regenzeit, stattfinden konnte. Lutteroth hatte das Unglück, sich schwer am Auge zu verletzen, und mußte umkehren. So blieb Graf Schweinitz als einziger Offizier bei der Expedition. Außer ihm noch von Europäern der Rechnungsführer Wiegand und fünf Schiffshandwerker. Die militärische Begleitung bestand aus 41 Somalis und 21 Sudanesen, sämtlich mit Repetiergewehren bewaffnet; auch führte Borchert ein 3,7 cm-Schnellfeuergeschütz, ein Geschenk Krupps in Essen, mit sich. In der Nähe von Mpwapwa sah sich Borchert durch Krankheit gezwungen, zur Küste

zurückzukehren. Die Führung der Expedition übernahm an seiner Stelle Graf Schweinitz. Anfang Juni d. J. traf Graf Schweinitz mit der Expedition in Tabora ein und vereinigte sich dort mit Kapitän Spring. Der an die Stelle des Lieutenants Sigl zum Stationschef von Tabora ernannte Dr. Schwesinger hatte sichere Kunde erhalten, daß der deutschfeindliche mächtige Häuptling Sikki von Uniamwesi die benachbarten Häuptlinge zu einem Ueberfall der Station Tabora und zur Vernichtung der Deutschen aufgefordert hatte. Er beschloß, dem Feinde mit Hilfe des Kapitäns Spring und des Grafen Schweinitz zuvorzukommen. Am 6. Juni wurde der Sturm auf die Tembe Sikkis ausgeführt, bei welcher Graf Schweinitz einen Schuß in die Brust erhielt. Inzwischen war Lieutenant Meyer, der den Baron v. Fischer nach dem Viktoriasee begleitet hatte, von dort nach Tabora zurückgekehrt, um hier zurückgebliebene Lasten nachzuholen. Er setzte den Kampf gegen Sikki und die demselben befreundeten Häuptlinge bis zum 13. Juli mit Erfolg fort. Der Petersdampfer ist mittlerweile fertig gestellt und nach Ostafrika geschafft worden.

21. Dezember. Lieutenant Langheld, bisher in der Schutztruppe Ostafrikas, wird zum Vertreter der Gesellschaft am Viktoriasee bestellt, um eine einheitliche Leitung aller in den letzten Jahren in das Seengebiet entsandten Expeditionen herbeizuführen.

d.

Wißmannsche Unternehmung.

Vorbemerkung. Für das Wißmannsche Dampferunternehmen waren durch freiwillige Beiträge rund 230 000 Mark gezeichnet worden, zu dem das Komitee vorläufig die Summe von 300 000 Mark zur Verfügung stellte. Nachdem die Vorbereitungen für den Abmarsch der Expedition in Saadani getroffen waren, machte die Vernichtung des Expeditionskorps der Schutztruppe unter Zelewski mit seinen Folgen die Weiterführung der Expedition unmöglich. Nach vorläufiger Auflösung der Expedition begab sich Wißmann nach Kairo, um durch schleunige Anwerbung von Sudanesen einen Ersatz für die Gefallenen zu holen. Der Umstand, daß vor dem Hochsommer 1892 an die Wiederaufnahme der Expedition nicht zu denken war, andrerseits das enorme Steigen der Trägerlöhne, endlich die Thatsache, daß die Sklavenjagden am Tanganyika und Nyassa in erschreckender Weise zunahmen, brachte die Ausführungskommission zu dem Beschluß, den Dampfer auf der Sambesi-Schireroute, die der Major aus eigner Anschauung kannte, zunächst nach dem Nyassa und dann eventuell nach dem Tanganyikasee bringen zu lassen. Wißmann kam im Anfang Juni in Ostafrika an, ließ den Dampfer sofort auf einen Küstendampfer der deutschen Ostafrikalinie verladen und fuhr nach Chinde, der neuen Ansiedlung am nördlichsten Arm des Sambesi, auf dem man in den Fluß gelangen kann, herunter, wo er Ende Juni ankam. Seine Expedition umfaßte an zwanzig Europäer. Zur Lösung der Transportfrage auf dem Sambesi-Schire sind vier Schleppkähne hergestellt. Zugleich ist ein Schleppdampfer erbaut, der unzerlegt auf einem eignen Wagen über das Schirehochplateau gebracht werden und nachher auf dem Nyassa Verwendung finden soll, für dessen Seegang er entsprechend gebaut ist. Major von Wißmann führt ferner eine starke, gut bewaffnete Schutztruppe mit sich, einen Artilleriepark von vier 3,7 cm Schnellfeuergeschützen mit reichlicher Munition an Kartätschen und Granaten und zwei Maximgeschütze.

14. Juli. Der erste Teil der Expedition unter Major von Wißmann bricht von Chinde auf; nach einigen Wochen sollte Bumiller einen weiteren Teil der Expedition nachführen und v. Eltz den Rest.

27. September. Wißmann gelangt bis Chiromo am Zusammenfluß des Schire und Buo. Die gesamte Expedition mit Ausnahme Wißmanns und des Dampfers „Pfeil" befindet sich in Port Herald. Wegen des ungemein niedrigen Wasserstandes und der niedrigen Lohnsätze für Träger teilt Wißmann die Expedition in zwei Teile, in das Expeditionskorps und in den für den Transport des Dampfers, ersteren unter Führung von Eltzs, letzteren unter der Dr. Bumillers.

Anfang Oktober. Wißmann meldet, daß er, wenn er alles bis Port Herald gebracht habe, mit einer leichten Expedition nach dem Nyassa und dem Tanganyikasee gehen wolle, um hier Stationen zu gründen.

2.

Vorgänge im Schutzgebiete.

27. August. Die Schutztruppe unter Lieutenant Johannes hat bei Mhunzi ein Gefecht mit dem Volksstamm der Mahenge-Mafiti.

30. September. Der Gouverneur v. Soden erläßt eine Verordnung über die Haftbarkeit und Sicherheit der Karawanen.

Anfang Oktober. Der Volksstamm der Whahelis, der den Deutschen in Ostafrika schon viel zu schaffen gemacht und dem Zuge des Hauptmanns v. Zelewski eine Niederlage beigebracht hat, überfällt die Station Kilossa. Lieutenant Brüning wird infolge der Flucht der Sulusoldaten getötet.

Ende Oktober. Oberstlieutenant von Schele vom preußischen Kriegsministerium wird zum Befehlshaber der Schutztruppe und zum Stellvertreter des Gouverneurs ernannt an Stelle des im Juni auf Urlaub nach Europa gegangenen Korvettenkapitäns Rüdiger.

3.

Lage im Kilimandscharo-Gebiete.

24. Juli. Beim Auswärtigen Amte in Berlin langt ein Bericht des Gouverneurs des ostafrikanischen Schutzgebiets, v. Soden, an mit näheren Angaben über den Kampf eines Teils der deutschen Schutztruppe mit Sultan Meli von Moschi.

Ein Bericht des Lieutenants Wolfrum von der Kilimandscharo-Station vom 30. April klagte über das feindliche Verhalten des Sultans Meli. v. Bülow, Vorstand der Schutztruppe, beschloß darauf, Hilfe dorthin zu schicken, und sagte in seinem darüber an den Gouverneur v. Soden erstatteten Berichte: „Wenn die englischen Missionare auch nicht direkt gegen die Deutschen wirken, so glaubt doch ein solcher Häuptling, der sich mit dem und jenem ab und zu an die Engländer wendet, diese seien seine eigentlichen Freunde.“ Soden fährt in seinem Berichte mit der Bemerkung fort, er habe v. Bülows Gründe für ein Vorgehen zum Angriff gegen den Sultan nicht für genügend gehalten, aber es sei zu spät gewesen, um v. Bülow von der Unternehmung zurückzuhalten. Der Verlust bei Bülows Niederlage bestehe in 2 weißen Offizieren und 32 Soldaten.

29. Juli. Die Station am Kilimandscharogebirge wird vom Kompagnieführer Johannes wieder besetzt.

II.

Schutzgebiet Kamerun.

17. September. Die kaiserliche Schutztruppe hat am Malimbaflusse und dem Kwakwa ein siegreiches Gefecht mit dem Volksstamme der Bakoks.

III.

Schutzgebiet in Südwest-Afrika.

12. September. Die Regierung verleiht dem Mitgliede des Kolonialrats Dr. Scharlach und dem Kaufmann C. Wichmann aus Hamburg in Damaraland, Deutsch-Südwestafrika, Grundeigentum- und Bergwerksgerechtigkeiten über ein Gebiet, welches die Otawi-Kupfererzminen einschließt, und sichert den Genannten das Recht zur Erbauung einer Eisenbahn von der Küste bis an die Otawi-Minen und darüber hinaus bis an die östliche Grenze des Schutzgebietes. Die Konzessionare übertragen mit Zustimmung der Regierung die ihnen verliehenen Rechte auf eine unter ihrer maßgebenden Beteiligung in England zu bildende Gesellschaft.

15. September. Der „Reichsanzeiger“ meldet: Das herrenlose, zwischen den Herero und Ovambo innerhalb der deutschen Interessensphäre in Südwestafrika gelegene Gebiet ist nach erfolgter Genehmigung des Kaisers unter den Schutz des deutschen Reiches gestellt.

14. November. Obige Konzession vom 12. September wird dahin geändert, daß in Ausführung derselben die Gesellschaft ver-

pflichtet wird, deutschen Einwanderern den Vorzug vor solchen andrer Nationalität zu geben, Lieferungen von Eisenbahnmaterial u. s. w. vorzugsweise deutschen Werken zu übertragen, die besonders wasserreichen Gebiete von Grootfontain ausschließlich für deutsche Ansiedler freizuhalten, unter gewissen Bedingungen Eisenbahnen nach den von uns bereits besetzten Hauptorten bezw. andern für uns wichtigen Punkten zu bauen.

24. November. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine kaiserliche Verordnung vom 8. November betreffend die Eheschließung und die Beurkundung des Personenstandes für das südwestafrikanische Schutzgebiet. Danach tritt das Gesetz betreffend die Eheschließung und die Beurkundung des Personenstandes von Reichsangehörigen im Auslande vom 4. Mai 1870 für das südwestafrikanische Schutzgebiet bezüglich aller Personen, die nicht Eingeborne sind, am 1. Januar 1893 in Kraft.

IV.

Kolonialrat.

24. Oktober. Nach der Eröffnung giebt der Wirkl. Geh. Leg.-Rat Kayser eine allgemeine Uebersicht über die Entwicklung aller Schutzgebiete. Dann werden mehrere Denkschriften über deren Verhältnisse verteilt.

25. Oktober. Bei Beratung des Etats der Schutzgebiete kommt der Wunsch nach einer Vermehrung der Schutztruppe zum Ausdruck.

Beschlüsse: 1. In Erwägung, daß nach den Erfahrungen der letzten Jahre die Schutztruppe in Deutsch-Ostafrika nicht ausreichend erscheint, um wichtige bedrohte Karawanenwege hinreichend zu sichern und gefährdete Vorposten der deutschen Interessensphäre genügend stark zu besetzen, hält der Kolonialrat es für notwendig, die Schutztruppe entsprechend zu vermehren und demgemäß den Reichszuschuß zu erhöhen. Zugleich spricht der Kolonialrat aus, daß es nicht seine Absicht ist, durch die Vergrößerung der Schutztruppe die kriegerischen Aktionen zu vermehren, sondern daß er damit erstrebt, die friedlichen Beziehungen zu den eingebornen Häuptlingen zu entwickeln, dadurch den deutschen Einfluß und die deutsche Herrschaft mehr zur Geltung zu bringen und das Wirtschaftsleben zu fördern. Der Kolonialrat empfiehlt besonders von diesen Gesichtspunkten aus organisatorische Maßnahmen zum Zwecke der Vorbereitung der für den Kolonialdienst bestimmten Offiziere, Beamten und Mannschaften. 2. Der Kolonialrat ist der Ansicht, daß die fortschreitende Entwicklung des deutsch-ostafrikanischen Schutzgebiets die Aufwendung größerer Mittel für öffentliche Kulturarbeiten, Wegebauten, Telegraphenanlagen, Hafenanlagen u. s. w. erfordert; insbesondre erscheint es wünschenswert, Vorarbeiten zur Anlage einer Eisenbahn in der Richtung auf Mpwapwa in Angriff zu nehmen. 3. Der Kolonialrat ersucht die Regierung, die durch das Abkommen mit Frankreich im Jahre 1885 bestimmte Grenze zwischen der deutschen und französischen Interessensphäre im Hinterlande von

Kamerun bis zum Tschadsee gegen Uebergriffe zu schützen und im übrigen dafür Sorge zu tragen, daß auch von Westen her die Ausdehnung nach dem südwestlichen Teile des Tschadsees gesichert bleibt.

28. Oktober. Beschlüsse bezüglich des südwestafrikanischen Schutzgebiets:

Die sogenannte Damaraland-Konzession steht nicht im Einklang mit den in der vorigen Session gefaßten, in dem amtlichen Teile des „Kolonialblattes" veröffentlichten Beschlüssen betreffend Zulassung ausländischer Gesellschaften zum Geschäftsbetrieb in den deutschen Schutzgebieten. Es wäre zu wünschen gewesen, daß dem Kolonialrat Gelegenheit gegeben worden wäre, vor Erteilung derselben über die Gründe unterrichtet zu werden, aus welchen mit Rücksicht auf die besonderen Umstände des Falles eine Abweichung von jenen Beschlüssen gerechtfertigt gewesen. Nachdem die Konzession indes erteilt worden ist, sieht der Kolonialrat sich formell außer stande, auf den Inhalt derselben durch seine Ratschläge noch einen Einfluß zu üben.

Bezüglich der Ausführung und soweit der ihm zur Beratung vorgelegte Etat für Südwestafrika dazu Anlaß bietet, faßt er folgende Beschlüsse:

1. Der Kolonialrat hält, auch im Hinblick auf das neuerdings unter den Schutz des Reichs gestellte Otaviland eine baldige bedeutende Verstärkung der Schutztruppe für unumgänglich geboten. 2. Der Kolonialrat ersucht die Regierung, die Mittel zur Verstärkung der Schutztruppe, soweit eine Erhöhung des Reichszuschusses für Südwestafrika nicht für angezeigt gehalten wird, durch Vermehrung der eignen Einnahmen des Schutzgebiets zu beschaffen und zu diesem Zweck sowohl die Einführung einer Abgabe vom Viehbestand der ansässigen Bevölkerung, als den Erwerb und die Verwertung von Kronländereien in Erwägung zu ziehen. In der letzteren Hinsicht wird der kaiserlichen Regierung insbesondre empfohlen, mit der beliehenen Gesellschaft eine Vereinbarung dahin zu treffen, daß diese Gesellschaft durch eine der beiden von ihr entsendeten Expeditionen möglichst bald und, wenn irgend thunlich, schon vor Ablauf eines Jahres die ihr nach Artikel 9 der Konzession unentgeltlich überlassene Bodenfläche aussuche und bezeichne, damit die Regierung die übrigen Teile des Otavilandes als Kronländereien schon vor Ablauf von drei Jahren verkaufen oder verpachten kann. 3. Der Kolonialrat ersucht die Regierung ferner, die Grenze zwischen Otaviland und Hereroland so festzusetzen, daß der Breitengrad von Grootfontain 19 Grad 30 Minuten südlicher Breite die südliche Grenze des Otavilandes bildet, und zugleich Vorsorge zu treffen, daß die südlich gelegene Gegend einschließlich der Umgebung des Waterberg für deutsche Besiedelung freigehalten wird; sie wolle zu gleichem Zweck auch andre Teile des Schutzgebiets, namentlich in der Gegend von Gobabis, ferner im Gebiet der roten Nation von Hoachanas und weiter südlich an sich bringen und deutschen Ansiedlern zu billigen Preisen überlassen, sowie den in diesen Teilen bereits angesiedelten oder sich in Zukunft ansiedelnden deutschen Einwanderern dieselben Vergünstigungen schon jetzt zusichern, welche den Ansiedlern im Gebiet der South-West-Africa-Company eingeräumt sind.

Sechster Abschnitt.

Fürst Bismarck.

1. Juli. Veranlaßt durch die am 27. und 28. Juni erschienenen Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" (s. I. S. 247 und 248) über Fürst Bismarcks Aeußerungen zum Leiter der „Neuen Freien Presse" in Wien (s. I. S. 239—243), entsteht in der politischen Presse eine nochmalige Erörterung über des Fürsten Rücktritt und seine Kritisirung seines Amtsnachfolgers.

Die Münchner „Allgemeine Zeitung" sagt: „Sachlich war sein Rücktritt ja von ihm selbst eingeleitet, aber die Entlassung in Form einer Exmission, die noch heute fortbestehende Unbekanntschaft mit den Gründen dieses Verfahrens, das Erscheinen des Nachfolgers gleichzeitig mit der Entlassungsordre, die Nötigung zum Umzuge in kürzester Frist — dies alles macht jeden Gedanken an eine Wiederkehr absolut unmöglich. Die Entlassung selbst war ja ein zweifelloses Recht der Krone, aber die Vollziehung in einer Form, wie sie sonst bei langjährigen Dienern nicht üblich ist, muß jeden derartigen Gedanken als dauernd ausgeschlossen erscheinen lassen. Die Frage nach dem Zweck der Bismarckschen Kritik ist also vollständig unberechtigt; ebenso die sittliche Entrüstung darüber, daß gerade der frühere Reichskanzler seinen Nachfolger kritisirt. Durch seine politische Erfahrung ist Fürst Bismarck wohl mehr als jeder andre seiner Mitbürger dazu berufen, und wenn man behauptet, daß er als Kanzler gegen Kritiker dieser Art mit allen Hilfsmitteln des Gesetzes vorgegangen sei, so ist das zum mindesten eine arge Uebertreibung. Fürst Bismarck ist nicht mehr Beamter, wie es Graf Arnim war, als er seinen Feldzug gegen seinen dienstlichen Vorgesetzten eröffnete, und für die Härte des damaligen Urteilsspruchs der Gerichte ist Fürst Bismarck nicht verantwortlich zu machen." — Die Kölner „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" knüpft an den Hinweis der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" an, daß die Regierung mit der Veröffentlichung bisher zurückgehaltener Aktenstücke vorgehen könnte: „Wir wollen der Regierung alle diese Aktenstücke schenken, wenn sie nur ein einziges Aktenstück, das Entlassungsgesuch des Fürsten Bismarck, veröffentlichen wollte." — Die „Post" bemerkt: Geändert wird durch die Veröffentlichungen in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" an dem Urteile weder des In- noch des Auslandes etwas. Mißtrauen bannt man nicht mit Zeitungsartikeln; sofern man annimmt, daß solches mit Absicht und Erfolg gesäet wird, so liegt das wirksamste Gegenmittel in einer Regierung, welche zu berechtigter Kritik keinen Anlaß giebt; unberechtigte und tendenziöse Kritik aber fällt, von wem immer sie ausgeht, notwendig bald auf ihren Urheber zurück. In dem vorliegenden Falle wäre es ein Gebot der Staatsklugheit gewesen, dem In- und Auslande das Schauspiel eines Kampfes der Gegenwart gegen die große Vergangenheit zu ersparen. — Die freisinnige „Vossische Zeitung" äußert: „Wir müßten es beklagen, wenn persönliche Empfindlichkeit der gegenwärtigen Reichslenker oder Sorge um wirkliche oder vermeintliche Reichsinteressen zur Anwendung der äußersten Macht-

mittel des Staates gegen den Mann führen würden, dessen unvergeßliches Verdienst es trotzdem und alledem ist, Deutschland zu dem gemacht zu haben, als was es Graf Caprivi bei seinem Amtsantritte vorgefunden hat." — Die demokratische „Frankfurter Zeitung" sagt zu des Fürsten Aeußerungen in Wien: „Kann dieser Pfeil ein andres Ziel haben und finden als die Krone? Schon geht der Wallenstein durch die Spalten der Kölnischen Zeitung. Fürst Bismarck mag daraus das Schicksal lesen, das ihm beschieden sein wird, wenn er seine Anhänger vor die Wahl stellen sollte, zwischen dem Kaiser und dem Freunde zu wählen." — Die „Kölnische Zeitung" bestreitet, daß Fürst Bismarck dasselbe Recht zur Kritik habe, wie jeder innere oder auswärtige Minister eines Staates; er habe bei der Kritik seines Nachfolgers ganz andre Rücksichten zu beobachten als jeder andre.

Die „Allgemeine Zeitung" teilt mit, der Fürst habe nach seiner Ankunft in Kissingen (26. Juni) dem Prinz-Regenten von Bayern seinen Dank für die überaus herzliche Aufnahme, die er überall in Bayern gefunden, ausgesprochen, und der Regent habe mit einem sehr huldvollen Telegramm geantwortet.

2. Juli. Die „Frankfurter Zeitung" sucht auszuführen, daß Fürst Bismarck nicht ein zornig rebender Greis sei, mit dem man sich herumzuschlagen brauche, sondern daß er politische Pläne verfolge, gegen die eine Regierung, in diesem Falle auch der Monarch, sich zur Wehre setzen müsse, wenn sie nicht gewillt seien, sich zu unterwerfen. — Die freisinnige „Nation" in Berlin meint, vom Fürsten sei weiter nichts übrig geblieben, als „der große Hasser." Nur noch Haß scheine diese geistige Maschine in Bewegung zu erhalten. Die malitiöse Verunglimpfung überwiege jetzt bei ihm vollends. Es kennzeichne ihn eine trostlos gallige Gemütsverfassung. Bezüglich aller Thatsachen sei er die personifizirte Vergeßlichkeit. Eine Demagogie wie die des Fürsten begnüge sich damit, Unzufriedenheit aus persönlichen Gründen zu erregen.

3. Juli. Die Huldigungen, wie sie dem Fürsten auf seiner Reise durch Süddeutschland dargebracht wurden (I. S. 243—246), werden in Kissingen, wo er zum Kurgebrauch weilt, fortgesetzt. Ein Männerquartett aus Wiesbaden hält ihm Liedervorträge. Der Fürst bewirtet die Sänger an seiner Frühstückstafel. Ein Gast des Fürsten gedenkt des 3. Juli als des Tages von Königgrätz und des alten Kaisers Wilhelm. Der Fürst äußert darauf: „Einen Tag von Königgrätz werden wir wohl nicht mehr erleben, aber auf ein zweites Sedan werden wir noch gefaßt sein müssen."

6. Juli. Nach der „Post" hat König Albert von Sachsen ein äußerst huldvolles Schreiben an den Fürsten gerichtet als Antwort auf ein Schreiben des Fürsten vor seiner Abreise aus Friedrichsruh, in welchem er sich bei dem König wegen des Unterlassens der persönlichen Meldung mit der Kürze des bevorstehenden Aufenthalts in Dresden entschuldigt habe. — Im königlichen Theater zu Kissingen wird dem anwesenden Fürsten Bismarck eine große Huldigung dargebracht. — Die Münchner „Allgemeine Zeitung" äußert gegen obige Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung":

Fürst Bismarck ist der erste Reichskanzler außer Dienst, und Graf

Caprivi der erste Nachfolger eines Kanzlers; gegen die preußischen Minister aber ist in den wenigen Jahrzehnten des preußischen Verfassungslebens sowohl in der Presse wie im Parlament eine ganz andre Sprache geführt worden als jetzt. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" braucht nur die Reden der zweifellos monarchischen Opposition von Bincke, Simson, Beseler und andern gemäßigten Liberalen gegen alle Minister bis 1866 nochmals durchzusehen, um das Maß ihrer Empfindlichkeit, das sie, wie wir glauben, mit Unrecht den heutigen Ministern zuschreibt, als unverträglich mit den verfassungsmäßigen Zuständen zu erkennen. Wir glauben, daß die heutigen Minister, wenn sie auf ihren bisherigen Wegen fortfahren, und wenn die praktischen Folgen ihrer Maßregeln sich dem Lande erst mehr als bisher fühlbar gemacht haben werden, noch ganz andre Dinge zu hören bekommen werden als die, welche die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" jetzt zu ihrem Verdruß in dem Interview der „Neuen Freien Presse" gelesen hat. Und wenn Fürst Bismarck seinen Platz im Reichstage einnähme, so glauben wir nicht, daß seine Kritik an den Maßregeln, die er nicht billigt, sich in den Grenzen der ihm zugeschriebenen Wiener Aeußerungen halten würde. Auch die englischen Blätter finden, daß es der kaiserlichen Regierung frei stehe, den Fürsten Bismarck durch gerichtliche Klage zum Schweigen zu bringen. Es würde im höchsten Grade interessant sein, wenn der Versuch dazu gemacht würde. Daß er dem Fürsten Bismarck selbst unwillkommen wäre, glauben wir nicht. Er hat schwerlich gegen einen dramatischen Abschluß seiner politischen Laufbahn etwas einzuwenden, auch wenn die Folgen für ihn ernster sein könnten, als es nach Lage der Gesetzgebung möglich ist. Weiter heißt es in diesem Blatte: Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erinnert an eine frühere Aeußerung des Fürsten Bismarck, welche er im Februar 1881 im Herrenhause gethan: „Möge ein gütiges Geschick mich davor bewahren, daß ich in die Versuchung gerate, meinen Kollegen oder Nachfolgern, deren schwierige Arbeiten ich aus Erfahrung kenne und lange mitgemacht habe, meinerseits die Geschäfte zu erschweren." In diese Versuchung sei Fürst Bismarck nun allerdings, wenn auch sehr gegen seinen Wunsch und Willen, geraten; einmal durch die Politik des neuen Kurses, welche den Altmeister der deutschen Politik zu einer berechtigten Kritik herausforderte, sodann durch die Art und Weise, in welcher von Berlin aus sein Empfang durch Kaiser Franz Joseph hintertrieben sei. „Diese Behandlung stillschweigend hinnehmen zu sollen, ist für einen Mann von den Verdiensten des Fürsten Bismarck eine zu starke Zumutung, und das Verlangen an den ehemaligen Reichskanzler, sich der Kritik zu enthalten, darf doch nicht auf das Verlangen stillschweigender Hinnahme persönlicher Beleidigungen ausgedehnt werden. Man darf sich nicht wundern, daß er diesen ihm hingeworfenen Handschuh aufgenommen hat. Wer den Fürsten kannte, mußte wissen, daß eine solche Behandlung einer Herausforderung gleichkommt, der er sich versagen weder will noch kann, und wer die seitdem entstandene Preßfehde beklagt, hat die Ursache lediglich in den von Berlin aus in Wien gethanen Schritten zu suchen, die ihn von jeder weiteren Rücksichtnahme befreien mußten. Es war jedenfalls ein nicht sehr würdiger und geschickter Schritt, den um Deutschland und das Haus Hohenzollern verdienstvollsten Staatsmann, den Schöpfer des Verhältnisses, in dem wir heute zu Oesterreich stehen, einem Souverän gegenüber, zu dem er seit vierzig Jahren persönliche Beziehungen hat, in solcher Weise bloßzustellen."

Die „Hamburger Nachrichten" bringen folgenden Artikel gegen die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung," der u. a. auch wegen der bisher in dem Blatte nicht gebrauchten öfteren Wiederholung

von bestimmteren Wendungen wie „Fürst Bismarck bestreitet," „Fürst Bismarck ist überzeugt," „ist der Ansicht" auffällt. Der Artikel lautet:

Herr Pindter (Name des Redakteurs der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung") schreibt: „Eine Aeußerung des Fürsten Bismarck, welche den Kaiser mittelbar beschuldigt, bereits im Herbst 1890 von der Absicht, den Fürsten Bismarck zu entlassen, den Kaiser von Rußland unterrichtet zu haben, widerstrebt so sehr dem monarchischen Gefühl, daß wir dabei nicht verweilen mögen." Fürst Bismarck bestreitet, jemals die Aeußerung gethan zu haben, daß der Zar auf die angegebene Weise von den Plänen der Zukunft unterrichtet worden sei; der Fürst hat keine Vermutung darüber ausgesprochen, woher der Kaiser von Rußland bereits im Oktober 1889 das Bedürfnis gehabt hat, über die Dauer des Bismarckschen Ministeriums beruhigt zu werden. Herr Pindter fährt in Bezug auf Aeußerungen, die dem Fürsten Bismarck in der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" zugeschrieben worden sind, fort: „Wiederum wird die Ehrfurcht vor dem Kaiser durch die vollkommen willkürliche Behauptung verletzt, der verstorbene Windthorst könne seine vor der Entlassungskrise gethane Aeußerung, daß General von Caprivi der Nachfolger sein werde, nur aus dem Munde des Kaisers gehabt haben." Es ist ein Irrtum, daß Fürst Bismarck die Vermutung ausgesprochen habe, Windthorst habe die Kunde von der Kandidatur Caprivis aus dem Munde des Kaisers gehabt. Der Fürst hält eher das Umgekehrte für möglich und glaubt, daß Caprivi der Kandidat des Zentrums weit früher gewesen sei als der des Kaisers, da die antibismarckschen Beziehungen des jetzigen Reichskanzlers zum Zentrum bis in die Zeit der „Reichsglocke" zurückreichen und uns nichts darüber bekannt ist, daß ihre Fortsetzung später unterbrochen worden ist. Für die Beziehungen Caprivis zum Zentrum spricht auch die Erinnerung daran, daß unmittelbar nach seinem Eintritt ins Amt das Zentrum zur Hauptstütze der Regierung befördert wurde und die Intimität zwischen dieser Partei und der Regierung die Steigerung erfuhr, die in der Apotheose Windthorsts bei dessen Tode gipfelte, demnächst den Polen als Zentrumsgästen zu gute kam und durch Einbringung des Schulgesetzes handgreiflich zum Ausdruck gelangte. Nach Zurückziehung dieser Vorlage ist dem äußeren Anscheine nach das Wohlwollen des Zentrums für den heutigen Kanzler unverändert dasselbe geblieben. — Wenn Windthorst in seiner letzten Unterredung mit dem Fürsten Bismarck den General v. Caprivi als Nachfolger im preußischen Präsidium bezeichnet hat, so braucht er die Nachricht hierüber nicht aus dem Munde des Kaisers gehabt zu haben, wohl aber verfügt das Zentrum über manche Verbindungen bei Hofe, auch abgesehen von der französischen und katholischen Frau eines zur Zeit des Kanzlerwechsels bei Hofe sehr angesehenen Pädagogen. — Pindter spricht von der Kritik des Fürsten Bismarck an den jetzigen Regierungsmaßregeln als von einem „verderblichen Beginnen." Fürst Bismarck ist umgekehrt überzeugt, daß vielmehr das Beginnen der heutigen Minister dem Staate zum Verderben gereicht; diese Ansicht wird in Deutschland vielfach geteilt und nur von den früheren Reichsfeinden bekämpft. — Pindter äußert endlich: „So stehen die Männer, denen die ehrenvolle Berufung zu teil geworden, das Werk des Fürsten Bismarck fortzuführen, vor der Aufgabe, ihre Arbeit vor allem zu schützen vor dem Manne, dessen Schöpfung sie erhalten sollen." Fürst Bismarck ist der Ansicht, daß die heutigen Minister sein Werk nicht fortsetzen und alles andre eher betreiben als sein Werk; — er verwahrt sich gegen die Mitverantwortlichkeit, die darin läge, daß dies sein Werk sei.

7. Juli. Der „Reichsanzeiger" enthält folgendes:

Einige Zeitungen fahren fort, Aeußerungen zu bringen, welche durch den Umstand, daß sie auf den Fürsten Bismarck zurückgeführt werden, Interesse erregen, deren sachlicher Wert aber der Regierung keinen Anlaß giebt, sich mit ihnen zu beschäftigen. Nur folgende Aeußerung der „Hamburgischen Nachrichten" kann, weil sie geeignet ist, den ersten Beamten des Reichs zu verdächtigen, und weil sie jeder thatsächlichen Begründung entbehrt, nicht ohne Widerlegung bleiben. Dies Blatt sagt in Nr. 158 vom 6. Juli d. J.:

„Es ist ein Irrtum, daß Fürst Bismarck die Vermutung ausgesprochen habe, Windthorst habe die Kunde der Kandidatur Caprivis aus dem Munde des Kaisers gehabt. Der Fürst hält eher das Umgekehrte für möglich und glaubt, daß Caprivi der Kandidat des Zentrums weit früher gewesen sei als der des Kaisers, da die antibismarckschen Beziehungen des jetzigen Reichskanzlers zum Zentrum bis in die Zeit der »Reichsglocke« zurückreichen und uns nichts darüber bekannt ist, daß ihre Fortsetzung später unterbrochen worden ist."

Der Reichskanzler General der Infanterie Graf von Caprivi hat bis zu dem Augenblick, in welchem Seine Majestät der Kaiser ihn zum Reichskanzler ernannte, nie nach einer politischen Wirksamkeit gestrebt und nie Beziehungen — auch nicht antibismarcksche — zu irgend einer politischen Partei gehabt oder gesucht.

Die „Hamburger Nachrichten" sprechen sich also aus:

Der „Westfälische Merkur" behauptet vom Fürsten Bismarck, dieser suche den Kampf um jeden Preis, er müsse seinem Groll Luft machen und zugleich seinem Ehrgeiz genügen, der die Verschollenheit und Vergessenheit nicht vertrage. Darin liegt eine Uebertreibung. Thatsache ist, daß Fürst Bismarck auch außer Dienst den Kampf nicht eben scheut. Sein thätiger Geist kann nicht plötzlich aufhören, sich mit dem Inhalte seines früheren Lebens zu beschäftigen, der Fürst kann es nicht schweigend mit ansehen, wenn er das Werk seines Lebens für gefährdet hält. Er ist der Ansicht, daß diese Gefährdung nicht in seiner Kritik der Regierung liegt, sondern in den Maßregeln der letzteren, und er hält es für seine Pflicht, vor ähnlichen Maßregeln, wie die von ihm getadelten, zu warnen.

8. Juli. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht folgende Schriftstücke:

1. Erlaß vom 23. Mai 1890 an sämtliche Kaiserlich deutsche und Königlich preußische Missionen:

Euer (Titel) wird nicht entgangen sein, daß gegenwärtige Stimmungen und Anschauungen des Fürsten von Bismarck, Herzogs von Lauenburg, mehrfach durch die Presse an die Oeffentlichkeit gebracht worden sind. Wenn die Regierung Seiner Majestät in vollster

Anerkennung der unsterblichen Verdienste dieses großen Staatsmanns hierzu unbedenklich schweigen konnte, so lange jene Aeußerungen sich auf persönliche Verhältnisse und innere Politik beschränkten, mußte sie sich, seit auch die auswärtige Politik davon berührt wird, die Frage vorlegen, ob solche Zurückhaltung auch ferner zu rechtfertigen sei, ob sie nicht im Auslande schädlichen Mißdeutungen unterliegen könnte. Seine Majestät der Kaiser sind indes der Ueberzeugung, daß entweder von selbst eine ruhigere Stimmung eintreten oder aber der thatsächliche Wert des von der Presse wiedergegebenen mit der Zeit auch im Auslande immer richtiger werde gewürdigt werden. Es sei nicht zu befürchten, daß aus der Verbreitung subjektiver, mehr oder weniger richtig aufgefaßter, hie und da zweifellos absichtlich entstellter und zum Teil zu Personen von anerkannter Feindschaft gegen Deutschland gethaner Aeußerungen ein dauernder Schaden entstehen könnte. Seine Majestät unterscheiden zwischen dem Fürsten Bismarck früher und jetzt und wollen seitens Allerhöchstihrer Regierung alles vermieden sehen, was dazu beitragen könnte, der deutschen Nation das Bild ihres größten Staatsmanns zu trüben. Indem ich Euer (Titel) hiervon mit der Ermächtigung, erforderlichen Falls demgemäß sich zu äußern, in Kenntnis setze, füge ich ergebenst hinzu, daß ich mich der Hoffnung hingebe, es werde auch seitens der Regierung, bei welcher Sie akkreditirt sind, den Aeußerungen der Presse in Bezug auf die Anschauungen des Fürsten Bismarck ein aktueller Wert nicht beigelegt werden. von Caprivi.

2. Depesche vom 9. Juni 1892 an den Kaiserlichen Botschafter in Wien, Prinzen Reuß:

Im Hinblick auf die bevorstehende Vermählung des Grafen Herbert Bismarck in Wien teile ich Euer u. s. w. nach Vortrag bei Seiner Majestät folgendes ergebenst mit: Für die Gerüchte über eine Annäherung des Fürsten Bismarck an Seine Majestät den Kaiser fehlt es vor allem an der unentbehrlichen Voraussetzung eines ersten Schrittes seitens des früheren Reichskanzlers. Die Annäherung würde aber, selbst wenn ein solcher Schritt geschähe, niemals soweit gehen können, daß die öffentliche Meinung das Recht zur Annahme erhielte, Fürst Bismarck hätte wieder auf die Leitung der Geschäfte irgendwelchen Einfluß gewonnen. Falls der Fürst oder seine Familie sich Eurer Durchlaucht Hause nähern sollte, ersuche ich Sie, sich auf die Erwiderung der konventionellen Formen zu beschränken, einer etwaigen Einladung zur Hochzeit jedoch auszuweichen. Diese Verhaltungsmaßregeln gelten auch für das Botschaftspersonal. Ich füge hinzu, daß Seine Majestät von der Hochzeit keine Notiz nehmen werden. Euer u. s. w. sind beauftragt, in der Ihnen geeignet scheinenden

Weise sofort hiervon dem Grafen Kalnoky Mitteilung zu machen. Graf von Caprivi.

Die „Hamburger Nachrichten" wenden sich gegen obige Auslassung des „Reichsanzeigers" vom 7. Juli, worin dieser ihre Bemerkungen über das Verhältnis des Grafen Caprivi zur Zentrumspartei als der Begründung entbehrend bezeichnet hatte.

„Wir haben," so schreiben die „Hamburgischen Nachrichten," „in unserem ersten Artikel von Bestrebungen v. Caprivis gar nicht gesprochen, sondern nur von Stimmungen und Bestrebungen der Zentrumspartei, welcher der General ein willkommener Nachfolger des Fürsten Bismarck gewesen sei; wir haben gesagt, daß die Politik des Grafen v. Caprivi, wie sie noch bei Lebzeiten Windthorsts, bei dessen posthumer Ehrung, bei Behandlung der polnischen Angelegenheiten und beim Schulgesetzentwurfe zu Tage getreten sei, das Vertrauen des Zentrums zu Caprivi vollkommen gerechtfertigt habe. — In der letzten Unterredung, die Windthorst mit dem Fürsten Bismarck gehabt hat, sprach ersterer — aufrichtig oder nicht — den Wunsch aus, der damalige Reichskanzler möge im Amte bleiben und die Geschäfte fortsetzen; wenn dies aber nicht möglich sei, nannte Windthorst nicht nur den General von Caprivi als Nachfolger, sondern empfahl ihn auch lebhaft, sodaß man, da Windthorst Leiter des Zentrums war, vollkommen berechtigt war, zu sagen, Graf Caprivi sei der Kandidat des Zentrums gewesen, mit andern Worten: General von Caprivi habe das Vertrauen des Zentrums und seines allmächtigen Führers Windthorst besessen. Wie groß der Wert ist, den das Zentrum auf Herrn von Caprivi legt, bewies es im vorigen Jahre, als es, ohne Rücksicht auf seine zahlreichen ländlichen und industriellen Wähler, den dieselben schwer schädigenden Handelsverträgen zustimmte, nur um Herrn v. Caprivi am Ruder zu erhalten. Die Kölner Rede des Abgeordneten Lieber (I. S. 249), von der ein rheinisches Blatt sagt, sie singe mit vollen Tönen den Ruhm Caprivis, beweist, daß das Vertrauen des Zentrums zum jetzigen Reichskanzler auch heute noch, ungeachtet der Zurückziehung des Schulgesetzentwurfes, unerschüttert fortbesteht, wenn auch Lieber vielleicht nicht mit derselben Autorität, wie früher Windthorst, die Ueberzeugung des gesamten Zentrums zum Ausdruck bringt. Die Besorgnisse, mit denen wir der Zukunft unsrer Politik entgegensehen, beruhen auf der Befürchtung, daß das Zentrum und dessen Bestrebungen vorwiegenden und leitenden Einfluß auf die deutsche Politik gewinnen könnten, weil die geschlossene Einheit dieser Fraktion, ihre Unverzagtheit und die Erinnerung an das Geschick, mit dem sie durch Windthorst geleitet wurde, nicht ohne Anziehungskraft für eine Regierung sind, die des parlamentarischen Beistandes nicht entbehren kann. Die Unterstützung der Regierungspolitik durch das Zentrum ist, wenn sie ohne Schaden des Staates gewonnen werden kann, ja wünschenswert, aber einen leitenden Einfluß dieser Partei auf die Staatspolitik, das Regieren nach der Politik des Zentrums, halten wir für gefährlich."

9. Juli. Zu den vom „Reichsanzeiger" am 8. Juli veröffentlichten Erlassen bemerken die „Hamburger Nachrichten": „Wir bezweifeln, daß die nach Wien ergangenen Mitteilungen hiermit erschöpft sind" und wenden sich dann abermals gegen die Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 27. und 28. Juni mit dem Bemerken:

Wenn die Minister mit einem solchen Nimbus der Unfehlbarkeit umgeben werden, wozu sind dann Verfassung, Preßfreiheit u. s. w. vorhanden? Wenn man sich darauf beruft, daß Fürst Bismarck früher selbst die Opposition eines ehemaligen Ministers mit den Worten als unberechtigt bezweifelt habe, er werde seinem Nachfolger nie entgegentreten, so haben wir dies dahin zu berichtigen, daß der Fürst lediglich gesagt hat, er hoffe zu Gott, daß er der Versuchung dazu nicht ausgesetzt werde. Diese Hoffnung ist eben nicht in Erfüllung gegangen. Das ist nicht seine Schuld.

Zu der Mitteilung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung," daß die Ordre aus dem Jahre 1883 (s. I. S. 249) aufgehoben worden sei, bemerken die „Hamburger Nachrichten":

Fürst Bismarck würde jeden Kanzler, der diese Ordre nicht wieder herstellte, des Mangels an hinreichender eigener Ueberzeugungstreue anklagen. Fürst Bismarck glaubt auch gar nicht, daß Graf Caprivi sie aufgehoben hat, und wenn doch, so rät er, sie schleunigst wiederherzustellen. Wenn jeder Unterchef Hilfsarbeiter nach eignem Belieben anzunehmen berechtigt ist, so entsteht ein solches Sammelsurium von Räten aus berufenen Hilfsarbeitern, daß schließlich der Kanzler in die Lage gerät, die Politik, für die er allein verantwortlich ist, mit Räten zu betreiben, die ihrer eignen Ueberzeugung Gewalt anthun müssen, wenn sie Anordnungen des Kanzlers auszuführen haben, sie also lax ausführen. Und wenn Beamte sich ihrer Aufgabe nicht gewachsen erweisen, wie zum Beispiel bei Abschluß der Handelsverträge vorgekommen sein mag, so fällt die Verantwortlichkeit für die Anstellung dieser unfähigen Beamten immer dem Reichskanzler zu.

Das „Leipziger Tageblatt" schreibt u. a.: „Die ungeheuern Wogen, die durch die letzten Kundgebungen des Fürsten Bismarck bis über den Kanal hinüber aufgerührt worden sind, haben sich noch immer nicht geglättet, immer noch brandet es, als ob ein furchtbares Unwetter über der Hälfte des Erdteiles gewütet hätte. Und was ist eingentlich, bei Lichte betrachtet, geschehen?

Nichts, als was man im größten Teile der europäischen und außereuropäischen Staaten fast täglich erlebt, ohne es tragisch zu nehmen oder auch nur verwunderlich zu finden. Ein gestürzter Minister hat gesprächsweise eine über ihn in Umlauf gesetzte Legende zerstört und außerdem bekräftigt, was längst alle Welt wußte: daß er die russische und polnische Politik seines Nachfolgers nicht billigt, die abgeschlossenen Handelsverträge für unvorteilhaft und die Brücke zwischen Friedrichsruh und Berlin für abgebrochen hält. Wenn in Belgien, in Frankreich, in Italien, England, Oesterreich und Ungarn etwas derartiges sich ereignet, kräht kein Hahn darnach. Dort ist man ganz andre Dinge gewöhnt und hält es für selbstverständlich, daß ein gestürzter Minister mit schonungsloser Kritik die wirklichen oder vermeintlichen Schwächen seines Nachfolgers beleuchtet. In unserm Vaterlande wirken die Worte Bismarcks wie ein verheerender Orkan. Die stolzesten Säulen der „unveräußerlichen Volksrechte" knicken zusammen wie Binsen; die keckſten Maulhelden, die unter dem Schutze der parlamentarischen Redefreiheit bis in die Privatverhältnisse des kaiserlichen Hauses dringen, die Opposition zum Sport und die Verhetzung der Massen gegen jede Autorität zum Berufe machen, brüllen nach dem Staatsanwalte, der die Aeußerungen patriotischer Sorge der gestürzten Größe zum Landesverrat stempeln und den Mund des „altersschwachen" und „unzurechnungsfähigen" Mannes hinter Schloß und Riegel

verstummen machen soll. Der große Teil der Zaghaften, die nicht zu denken und zu reden wagen, wenn ihnen nicht von oben vorgedacht und vorgeredet worden ist, verstummt bebend, obgleich er noch wenige Tage vorher in der großen Masse dem „Wiederaufrichter des deutschen Reiches“ begeistert zugejubelt hat. Was Bismarck durch seine Worte hervorgerufen, ist die beißendste Kritik, die an einem großen Teil der Nation und an dem Kurse, den wir jetzt steuern, geübt werden konnte. So hat das Ausland während des Bismarckschen Regiments Deutschland nie gesehen. So hat dieses von der Wurzel bis zur Spitze sich nie gekrümmt, auch wenn gegen den „eisernen Kanzler“ von ehemaligen Ministern und Diplomaten die giftigsten Pfeile geschleudert wurden. Und wer bei dieser fast allgemeinen Verwirrung der Geister den Kopf nicht verloren hat, der wird jetzt mehr als jemals inne, was Deutschland an dem Fürsten Bismarck trotz seiner weltbekannten Ecken, Kanten und Schroffheiten besessen, was es an ihm verloren und für ihn eingetauscht hat.

Ueber diesen ganzen Streit spricht sich die „Post“ also aus: „Wir müssen uns wohl oder übel nunmehr mit der Thatsache eines scharfen und unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen dem Fürsten Bismarck und seinem Nachfolger abfinden. Es erwächst daraus die nicht leichte Aufgabe, der großen Vergangenheit zuliebe nicht die Anforderungen, die die Gegenwart an die Vaterlandsliebe der Bürger stellt, unberücksichtigt zu lassen und umgekehrt in der Erfüllung der patriotischen Pflicht gegenüber der Gegenwart der Vergangenheit nicht zu vergessen, sondern ihr ihr volles Recht zu Teil werden zu lassen.“

10. Juli. Huldigung der Württemberger. Ueber 600 Württemberger Herren und Damen aus Heilbronn, Stuttgart und Ulm, meist der deutschen Partei angehörig, langen mittelst Extrazuges in Kissingen an. Ueber ihren Empfang durch den Fürsten Bismarck wird der „Allgemeinen Zeitung“ berichtet: „Im weiten Innenhof der obern Saline sammelten sich um 2 Uhr die Teilnehmer, und als nun der Fürst nebst seiner Gemahlin an den Fenstern seiner Wohnung erschien, da erscholl ein grenzenloser Jubel, der Minuten dauerte und noch stürmischer sich wiederholte, als Bismarck im Hofe selbst erschien. Als Stille eingetreten war, begrüßte Fabrikant Schiedmeyer aus Stuttgart den Fürsten im Namen seiner schwäbischen Freunde, der anwesenden und der unendlich viel zahlreicheren, die fern seien, Kaufmann Pfleiderer von Heilbronn brachte ein Hoch aus auf die Fürstin, Professor Güntter verlas ein Gedicht. Nun ergriff Bismarck das Wort. Seine Rede, oft durch begeisterten Zuruf unterbrochen, hatte folgenden Wortlaut:

Meine Herren! Ich danke Ihnen von Herzen für die freundlichen Grüße für meine Frau und mich. Sie vervollständigen das Bild der Erinnerung aus den letzten Wochen, wo mir in Sachsen und Bayern ähnliche Beweise der Anerkennung und Zeichen des Wohlwollens von meinen Landsleuten entgegengebracht wurden. Ich bin nach Schwaben hinein nur bis Augsburg gekommen, aber auch dort habe ich den schwäbischen Herz-

schlag fühlen können. Auf der ganzen Reise bis hierher nach Franken hat man mich so wohlwollend empfangen, bin ich mit einem solchen Kreis wohlwollender Gesinnungsgenossen in Beziehung getreten, wie ich das nicht habe vermuten können. Wenn ich denen, die mir übel wollen, das Maß von Köpfen zuzähle, das sie angeblich vertreten sollen, wenn mit ihnen alle die einverstanden wären, in deren Namen sie zu sprechen scheinen, so könnten so viele Freunde, wie ich sie habe, gar nicht übrig bleiben. Es beweist mir das also, daß in all den Unfreundlichkeiten und Bosheiten nicht die Meinung der großen Masse meiner Landsleute vertreten ist. Alle diese Angriffe lese ich daher mit Ruhe, ohne Erregung. Man hat das Bestreben, mich als einen üblen und beschränkten Charakter darzustellen, und stellt sich dabei so, als wenn man an den Ergebnissen meiner Arbeit nicht rütteln, sondern im Gegenteil dieselbe Richtung aufrecht erhalten wolle. Man sucht also etwas an meiner Person, die ich gern preisgebe, wenn nur das Wohl des Vaterlandes erhalten bleibt. Etwas nun flößt mir Vertrauen ein an der Dauer dessen, was geschaffen ist, das ist der Anteil, den die deutschen Frauen an dieser Bewegung haben. Eine Bewegung, die durchgeschlagen hat bis in die Häuslichkeit, die muß eine tiefe und wahre sein. Zwischen den beiden Geschlechtern repräsentirt die Frau das Herz und der Mann den Verstand, womit nicht bestritten sein soll, daß nicht auch der Mann Herz haben kann. Aber in der nationalen Politik ist das Herz immer stärker als der Verstand. Die deutsche Frau hält ihre Begeisterung fest und überträgt sie auf ihre Kinder und läßt sich nicht so leicht durch spitzfindige Raisonnements irre machen, wie wir das an uns haben. Deshalb danke ich den Damen und Ihnen allen und bin sicher, daß Sie mich nicht fallen lassen. Das Herz ist eben stärker. Wenn ich nach den Gründen suche, die mir diese Zustimmung erworben haben, so finde ich in erster Linie die nationale Einigung, an der ich mitgewirkt habe, die uns früher gefehlt hat — die Beseitigung der unfaßbaren Bestimmungen, die zwischen Nord und Süd herrschten. Zu Zeiten des Bundestages, als ich in Frankfurt war, im Zentrum der damaligen deutschen Politik, damals war kaum ein Wohlwollen für Preußen in Sachsen, in Bayern oder sonst im Süden. Solche Gefühle sind verschwunden, jetzt deckt uns alle das landsmannschaftliche Gefühl, und daß dies erreicht ist, darauf bin ich stolz. Die Süddeutschen werden heutzutage im reisenden Berliner keine Erscheinung sehen, die ihnen unangenehme Empfindungen hervorruft; was Heiterkeit verdient, wird mit Heiterkeit aufgenommen, ohne daß die gemeinsamen Gefühle des Germanentums darunter leiden. Was ist nun der Grund des Wertes des Einheit? Die Möglichkeit der vollen Entwicklungsfähigkeit im Innern. Wir können das Leben eines großen Volkes leben. Ein Herr aus Weimar hat mir erst heute noch erzählt, daß er früher auf einer Reise von Berlin nach Köln viermal Gepäckrevision und viermal Geldwechsel gehabt habe. Der Hauptgrund ist aber die Sicherung des Friedens. Wenn wir einig bleiben, so wird das Ausland uns nicht mit der Leichtfertigkeit angreifen, wie das 1870 und früher hundertmal geschah. Bleiben wir einig, so bilden wir einen harten und schweren Klotz in der Mitte von Europa, den keiner anfaßt, ohne sich die Finger zu quetschen. So ist der Friede gesichert. Und Friede ist uns allen ein Bedürfnis; Krieg ist eine Sache, an der niemand von uns eine Freude hat, aber in die man mit freudigem Gefühl gehen kann, wenn sie aufgezwungen ist: dem deutschen Charakter ist das Kriegführen und Renommiren mit kriegerischen Leistungen kein Bedürfnis. Der Friede ist gesichert, wenn wir einig bleiben, deshalb ist die Einheit bei uns populär. Außerdem ist der Friede gesichert, weil der Weg von der Grenze bis nach Stuttgart z. B. um einiges verlängert ist. Ihr alter König Wilhelm I. sagte mir im Jahre 1854, die Franzosen seien

von Straßburg her bälder in Stuttgart, als die deutschen Bundestruppen — „deshalb bin ich in einer schwierigen Lage.“ Das ist jetzt ganz anders. Und in diesem Gefühl der größern Sicherheit — der deutsche Bürger verlangt nach ruhiger Sicherheit —, in diesem Gefühl beruht ein großer Teil des Wertes, den wir auf die Einigung legen müssen. Und daß es mir gelungen ist, den Frieden zwanzig Jahre lang zu erhalten, während man 1870 sagte, in höchstens fünf Jahren ist der Krieg wieder da, das sehe ich als einen der Hauptgründe für die Gefühle an, die Sie mir entgegenbringen. Ich habe ja die Schlachten nicht gewonnen, aber ich habe den Frieden erhalten helfen. Ich glaube, daß er auch zu erhalten ist. Daß man von Osten her angreift, glaube ich nicht, wenn unsre Diplomatie so geschickt ist, wie sie sein könnte. Die württembergischen Truppen habe ich vor 1866 gekannt und dann wieder 1870. Ein solcher Fortschritt ist mir noch nie vorgekommen für ein militärisches Auge. Diesen Fortschritt haben sie vor Paris gezeigt am 2. Dezember, wo die württembergischen Truppen den Hauptstoß ausgehalten haben und der uralten germanischen Tüchtigkeit voll entsprachen. Den alten Ruf der Schwaben, als Träger der Reichssturmfahne anzugreifen, konnten sie damals nicht bewähren, denn es galt damals das viel schwierigere, auszuhalten in einem überlegnen feindlichen Feuer, wo Mann neben Mann fiel und sogar Verwundete sich wieder aufrichteten — ich habe das gesehen. Ich weiß meine dankbare Anerkennung für diese Leistung der Württemberger nicht besser zu bethätigen, als indem ich Sie bitte, ein Hoch auf ihren regierenden Herrn auszubringen, in dankbarer Anerkennung des württembergischen Heeres, der württembergischen Tapferkeit und der württembergischen Reichstreue. Se. Majestät König Wilhelm II. von Württemberg lebe hoch!

Noch dreimal spricht der Fürst, dem die Begeisterung der Gäste einen Rundgang im Hof bei den einzelnen Gruppen verwehrt. So stellt er sich auf der Treppe des Portals auf, unermüdlich Sträuße annehmend und mit liebenswürdigem Händedruck quittirend. Von allen Seiten ertönt der Zuruf, er solle nach Stutigart kommen.

„Ich komme gern,“ entgegnet er. „Den Neckar und sein freundliches Gelände habe ich seit dreißig Jahren nicht wieder gesehen. Ich wäre vor vierzehn Tagen hingekommen, aber meine körperliche Leistungsfähigkeit war erschöpft. Ich war zehn Tage auf Reisen gewesen, in fremdem Bett, immer auf dem Präsentirteller. Ich hätte eine weitere Ausdehnung doch nicht ohne Schaden an meiner Gesundheit ertragen können. Aber die Hoffnung, Stuttgart zu sehen und mich dort an der wohlthuenden Liebe — so kann ich doch sagen? — herzlich zu erfreuen, gebe ich nicht auf. Ob es mir in diesem Jahre nach dem Bade hier vom Arzt erlaubt wird, weiß ich nicht. Aber ich hoffe zu Gott, das nächste Jahr zu erleben. Ich danke Ihnen von Herzen für Ihren Besuch und den wohlthuenden Eindruck, den er auf mich haben muß zur Bewahrung meiner heitern Ruhe. Die Freude meiner Gegner, daß sie mir die Laune verderben, ist irrtümlich. Mit der Ruhe des Naturforschers, der die Menschen und ihre Leidenschaften beobachtet und — ich will nicht sagen seit siebzig Jahren, aber seit einem halben Jahrhundert beobachtet hat, registrire ich diese Erscheinungen ohne Zorn.“

Während dieser Worte hatte sich ein Mitglied der Jenenser Abordnung, die gekommen war, Bismarck zum Besuch ihrer Stadt einzuladen, hinter dem Fürsten aufgestellt und wandte sich nun, als dieser schwieg, an seine „süddeutschen Brüder“ mit der Aufforderung, mit den Thüringern die Bahn weiter zu gehen, die

Bismarck gewiesen, Treue zu schwören „unserm lieben deutschen Vaterlande und in diesem dem Fürsten Bismarck, dem deutschen Nationalheros, für immer.“ Ihm antwortet der Fürst:

„Ich bin überzeugt, daß nach dem Wunsch des Herrn Vorredners hinter mir das deutsche Reich unbewegt und unentwegt seinen Weg fortsetzen wird, so wie es ihn begonnen hat, denn die Eindrücke der Befriedigung über seine Herstellung, die Geleise, in denen es seit zwanzig Jahren geleitet worden ist, sind zu tief geworden, als daß sie der Reichswagen je wieder verlassen könnte. Das Gesamtergebnis unsers siebziger Krieges und unsers ganzen Weges durch die Wüste, den wir vorher geführt worden sind, wird uns keine Macht wieder entreißen.“

Ein Herr aus Ungarn giebt den Gefühlen „des intelligenten Teils seiner Landsleute“ für den großen Kanzler des verbündeten Reiches Ausdruck. Der Fürst erwidert:

Mein Herr, ich rechne unser heut bestehendes Bündnis mit Oesterreich-Ungarn zu denjenigen Reichsinstitutionen, an denen uns allen liegt, und die wir alle zu pflegen entschlossen sind. Es ist eine alte geschichtliche Tradition — wir haben seit Jahrhunderten mit Oesterreich-Ungarn zu demselben Reich gehört. Es ist das ein historisches Vermächtnis der Vergangenheit, aber auch ein Bedürfnis der modernen Politik. Ich rechne darauf, daß wir den österreichisch-ungarischen Freunden, diesem verbündeten Reich alle Treue halten werden in jeder Not und Gefahr, die es bedrohen könnten. Ich habe an diesem Bündnis nicht ohne große Schwierigkeit gearbeitet, und es ist eine ungeschickte Verleumdung, wenn man behauptet, es sei mir leid, und ich wolle dieses natürliche, im europäischen Gleichgewicht nötige Bündnis schädigen, das ich für fest begründet halte in unsern nationalen Antecedentien und unsern heutigen Bedürfnissen, und zu dem wir immer wieder zurückkommen müßten. Wir haben uns mit Oesterreich, wie sie dort sagen, „gerauft“ fast in jedem Jahrhundert einmal, aber wir sind immer wieder als Brüder zusammengekommen, und werden es, so Gott will, jetzt bleiben.

11. Juli. Die „Hamburger Nachrichten“ knüpfen an den Hinweis des „Hamburger Korrespondent“ an, daß Fürst Bismarck noch Ende Mai und Anfang Juni 1890 sich gegenüber Interviewern über Herrn von Caprivi sehr anerkennend ausgesprochen habe. Die „Hamburger Nachrichten“ erwidern:

Die zitirten Aeußerungen beweisen, daß der Fürst eine günstige Meinung von dem Charakter des jetzigen Reichskanzlers gehabt hat, deren Aenderung auch noch heute nirgends nachgewiesen ist. Im Mai und Juni 1890 hat Fürst Bismarck ohne Zweifel die Ueberzeugung gehabt, daß die Politik des alten Kurses — wie das aus ministeriellen, amtlichen Kundgebungen in der ersten Zeit nach seiner Entlassung zu schließen war — fortgeführt werden würde. Die Enttäuschung darüber, daß dies nicht der Fall war, konnte wohl sein Urteil über die Richtigkeit der neuen Politik beeinflussen, brauchte aber in keiner Weise dasjenige über den persönlichen Charakter seines Nachfolgers zu modifiziren. Wir haben den jetzigen Kanzler

niemals als einen persönlichen Feind seines Vorgängers bezeichnet, auch niemals geglaubt, daß er sich um seine jetzige Stellung bemüht oder auch nur sie gern übernommen habe, wir sind aber der Ansicht, daß er in dieser Stellung getragen ist von dem Vertrauen solcher Parteien, deren Bestrebungen wir dem Reiche für nachteilig halten. Ob ihn selbst dieses Vertrauen freut oder nicht, gehört nicht zur Sache. Daß seine Ernennung zum Reichskanzler eine vollständige Ueberraschung für ihn war, glauben wir noch heute, aber nicht, daß sie es für Herrn Windthorst war. Wenn die Wünsche und das Vertrauen des Zentrums sich für den Fall eines Kanzlerwechsels Herrn Caprivi zuwandten, und wenn dieser, als der Fall eintrat, die kaiserliche Ernennung in soldatischem Gehorsam annahm, so wird ihm niemand daraus einen Vorwurf machen. Auch wir haben es nicht gethan, sondern nur die Thatsache konstatirt, daß Graf Caprivi dem Zentrum genehm ist und von ihm gestützt wird. Die Ernennung des Generals Caprivi zum Chef der Admiralität geschah auf Militärbefehl des Kaisers; der damalige Reichskanzler aber hat aus seinen Erinnerungen an Caprivis frühere Beziehungen zu seinen reichsglöcknerischen Gegnern keinen Grund entnommen, die Entscheidung des Kaisers in Zweifel zu ziehen. Die „Reichsglocke" war ein wesentlich vom Zentrum gefördertes Unternehmen, bei dem der Ultramontanismus Beistand fand von seiten der Feinde des ersten Kanzlers im Lager der „Kreuz-Zeitung" und zwar in der Richtung Diest-Daber und in der Richtung des damaligen vortragenden Rates im Ministerium des Innern, Herrn von Lebbin. Versucht wurde es, zu dieser Opposition auch den verstorbnen Feldmarschall v. Manteuffel heranzuziehen und namentlich dessen unmittelbare Beziehungen zum König Wilhelm I. in Mitwirkung zu nehmen zur Fruktifizirung der Fiktion, als ob die kanzlerische Thätigkeit der „Armee" schade. Die Verdächtigungen gingen so weit, daß dem Kanzler eine unerklärliche Feindschaft gegen die Armee zugeschrieben wurde. Manteuffel weigerte sich, beim König gegen den Fürsten Bismarck thätig zu sein, und machte letzterm nähere Mitteilungen über die betreffende Angelegenheit und den Versuch, ihn dafür zu gewinnen. Die „Reichsglocken-Erinnerungen" haben auf die wohlwollende Beurteilung des persönlichen Charakters seines frühern Kollegen beim Fürsten Bismarck niemals Einfluß geübt.

Wir haben neulich (s. oben, 9. Juli) angedeutet, daß wir die Mitteilungen, die in Sachen des Empfanges des Fürsten Bismarck durch den Kaiser von Oesterreich von Berlin nach Wien ergangen sind, durch den vom „Reichsanzeiger" veröffentlichten Erlaß nicht für erschöpft hielten. Wenn wir dabei nur von Wien sprachen, so haben wir damit die nach Pest, wo sich zu jener Zeit das Hoflager des Kaisers Franz Joseph befand, gerichteten Vorstellungen natürlich nicht ignoriren wollen. — Der Erlaß vom 9. Juni d. J. ist früher ergangen, als das amtliche Nachsuchen des Fürsten Bismarck um eine Audienz beim Kaiser Franz Joseph; diese Bitte um Audienz konnte somit am 9. Juni in Berlin noch nicht bekannt sein. Um den Fürsten Bismarck bei seinem Besuche am österreichischen Hofe zu diskreditiren, wäre allerdings die Instruktion an den Prinzen Reuß, sich gegen den Grafen Kalnoky — der natürlich seinem Souverän davon Mitteilung machte — in dem vorgeschriebnen Sinne zu äußern, schon hinreichend gewesen, wenn die diplomatischen Eröffnungen an den Grafen Kalnoky sofort ein gleichgestimmtes Entgegenkommen gefunden hätten. Es wird aber behauptet, daß man in Wien auf die erste Einwirkung hin keine Neigung gehabt habe, d'épouser de rancune étrangère, und daß der stärkere Druck zwecks Versagung einer Audienz erst später geübt worden sei, nachdem Prinz Reuß nach Berlin gemeldet hatte, daß der Fürst um eine Audienz beim Kaiser

Franz Joseph amtlich nachgesucht habe. Dies kann aber nach den Zeitverhältnissen erst mehrere Tage nach dem 9. Juni der Fall gewesen sein.

14. Juli. Ueber den Zweck der Veröffentlichung der den Fürsten Bismarck betreffenden Erlasse im „Reichsanzeiger" äußern die „Hamburger Nachrichten":

Zur Zeit, als der Erlaß vom 23. Mai 1890 an die auswärtigen Missionen versandt wurde, lag von politischen Aeußerungen des entlassenen Reichskanzlers nichts vor, als die friedliebenden Unterhaltungen mit dem Russen Lwow, durch die Fürst Bismarck den Russen von der Friedlichkeit und Freundschaft Deutschlands zu überzeugen und den russischen Publizisten zu veranlassen suchte, falsche Vorstellungen seiner Landsleute in dieser Hinsicht zu beseitigen, was auch geschehen ist. Wir glauben, daß der Fürst damit der Reichspolitik einen Dienst erwiesen hat. Der ziemlich freie Bericht des Franzosen Henri des Houx im „Matin" über seine Unterredung mit dem Fürsten Bismarck lag vielleicht ebenfalls schon vor, als der Erlaß vom 23. Mai 1890 erging, aber auch in Bezug auf ihn gilt das Gesagte. Sonach sind wir nicht imstande, uns ein sicheres Urteil darüber zu bilden, was der Zweck der beiden jetzt im Reichsanzeiger publizirten Erlasse war. Ein bestimmtes Ziel, ein Petitum derselben ist uns kaum erfindlich. In unsrer Verlegenheit, ein solches zu finden, wird uns von Berlin aus der Gedanke eingegeben, das Hauptgewicht bei den Erlassen resp. bei ihrer Veröffentlichung sei in dem Satz zu suchen, daß dem Fürsten Bismarck niemals wieder „irgendwelcher" Einfluß auf die Politik eingeräumt werden würde. Es ist wahrnehmbar gewesen, daß unter dem Einfluß von Gerüchten über eine Annäherung des Fürsten Bismarck an das heutige Regime die Besorgnis seiner Gegner und insbesondre der Gefolgschaft des Zentrums, der frühere Kanzler könne wieder Einfluß gewinnen, im Steigen war. Es ist wohl denkbar, daß das Zentrumskartell, als Stütze der Caprivischen Politik, der Regierung gegenüber irgend eine Bürgschaft gegen die Wiederkehr des Fürsten Bismarck verlangt hat, eine öffentliche, amtliche Absage, ein Versprechen, daß niemals wieder ein Einfluß des alten Kurses in Kraft treten solle. Das Zentrumskartell mag sich die Frage vorgelegt haben: wer bürgt uns dafür, daß, wenn wir parlamentarisch den neuen Kurs durch unsre Stimmen unterstützen, wenn wir seine Wünsche befriedigen, daß man uns nicht, nachdem dies geschehen ist, als entbehrlich behandelt und zum alten Kurse zurückkehrt? Das Versprechen der Regierung, dergleichen nicht zu thun, liegt allerdings in dem betreffenden Satze des veröffentlichten Aktenstückes vom 23. Mai 1890. Es würde uns Beruhigung gewähren, wenn wir einen andern praktischen Zweck der Veröffentlichung dieser Erlasse uns denken könnten, aber unser Nachdenken weist uns keinen andern auf, als den oben als wahrscheinlich bezeichneten, dem Zentrumskartell eine Bürgschaft der Dauer der antibismarckschen Politik zu geben, dem Zentrum Urfehde zu schwören und es über die Rückberufung des Fürsten Bismarck öffentlich zu beruhigen. Wenn uns unsre Gegner helfen wollen, andre Motive dieser Veröffentlichungen zu entdecken, so werden wir dies als ein lediglich im Interesse der geschichtlichen Eindrücke unsrer nationalen Entwicklung liegendes Bestreben anerkennen und ihm entgegenkommen.

15. Juli. In weiterer Verteidigung des Fürsten Bismarck gegen verschiedne Angriffe sagen die „Hamburgischen Nachrichten":

Die Kreuzzeitung ist der Ansicht, jedermann dürfe die Regierung kritisiren, nur nicht Fürst Bismarck; während die Worte andrer wir-

kungslos verhallten, habe das Urteil des Staatsmannes, der die Politik des Staates gemacht und alle Geheimnisse des Staates kenne, eine ganz andre Wirkung. Der Versuch, den Fürsten wegen seiner besondern Bedeutung mundtot zu machen, ist ebenso thöricht, wie der seit zwei Jahren immer wiederkehrende Hinweis auf die Schädigung, die die frühern Verdienste des Fürsten Bismarck dadurch erlitten. Auf „olympische Ruhe des großen Dichters," die die Kreuzzeitung ihm empfiehlt, macht er keinen Anspruch; er hat sein Leben im Kampf um reale Dinge verbracht und ist an den Kampf gewöhnt. Ein Berliner Blatt hat kürzlich auf eine frühere Aeußerung des Fürsten verwiesen, daß er auch mit einem Unrecht habenden Könige gehen würde. Es ist anzunehmen, daß bei solchen Aeußerungen an Lagen gedacht ist, wie sie bei uns schwerlich vorkommen, nämlich wo der König einer Unterstützung dringend bedarf und sie von seiten andrer nicht stattfindet, sei es im Vollbesitz des Thrones wie König Wilhelm 1862, sei es bei Gefährdung des Thrones. Wir glauben keineswegs, daß König Wilhelm 1862 zu den Unrecht habenden Königen gehörte, aber wir glauben, daß er schon in die Lage gekommen war, wo ein persönlicher Anhänger die Frage nach Recht oder Unrecht des Königs nicht mehr juristisch so genau untersuchte, um ein Haar darin zu spalten. Von ähnlichen Lagen ist heute keine Rede; der Kaiser befindet sich glücklicherweise im Vollbesitz seiner Macht, und es fehlt demselben nicht an Dienern, die bereit sind, seinen Willen zu vollziehen.

Das „Deutsche Wochenblatt" in Berlin bringt einen Artikel „Bismarck und Caprivi," der von dem Satze ausgeht, bei dem gegenwärtigen Stande der Polemik sei die Person des Grafen Caprivi mehr hervor-, die des Kaisers mehr zurückgetreten. Es werde überdies versichert, daß die Veröffentlichung im Reichsanzeiger, die erfolgte, während Se. Majestät schon zur See war, vom Reichskanzler allein angeordnet sei. Das Wochenblatt vertritt hier die Anschauung, daß Graf Caprivi trennend zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck stehe:

Die Volksempfindung geht dahin, daß die Verdienste des ersten Reichskanzlers um Krone und Vaterland so groß sind, daß sie durch kein Verschulden des Fürsten Bismarck ausgelöscht werden können. Das scheint Graf von Caprivi nicht einzusehen, denn andernfalls ist nicht zu begreifen, wie er einen Streit mit dem Fürsten Bismarck führt, als ob es sich zwischen ihm und dem Fürsten um gleichstehende Fechter handelte. Daß eine Verständigung zwischen dem Kaiser und dem Fürsten näher erschien, als allseitig geglaubt wurde, war während der Anwesenheit des Grafen von Caprivi in Karlsbad unzweifelhaft der Fall. Man darf als sicher annehmen, daß der Kaiser den Bismarckstreit auf das schmerzlichste empfindet. Trotz allem, was darüber geschrieben ist, ist der Rücktritt des Fürsten Bismarck noch nicht völlig klargestellt. Es scheint, daß dabei Mißverständnisse eine wichtige Rolle spielten und daß, wenn diese Mißverständnisse aus der Welt geschafft werden könnten, die Verständigung zwischen dem Kaiser und dem bis in das Mark seiner Knochen monarchischen Altreichskanzler durchaus nicht so schwer ist, als sie jetzt von denen gemacht wird, die ein Interesse daran haben, sie zu hintertreiben. Wer die Dinge näher kennt, weiß, daß die Gegnerschaft gegen den Fürsten Bismarck ausschließlich im Reichskanzleramt und im Auswärtigen Amt, hier aber nicht nur von den leitenden Spitzen, gepflegt wird. Es kann als sicher angenommen werden, daß zwischen Kaiser Wilhelm und dem Fürsten Bismarck über

die Thatsache des Rücktritts des letztern ein volles Einvernehmen bestand, nur sollte dieser Rücktritt langsam vorbereitet werden. Die Form, nicht die Thatsache des Rücktritts verschuldet die feindselige Haltung des Fürsten Bismarck, und eben hier scheinen Mißverständnisse eine wichtige Rolle zu spielen. Wie leicht hätte eine Unterredung zwischen dem sächsischen König oder dem bayrischen Prinzregenten und dem Fürsten Bismarck zu einer Aufdeckung der Mißverständnisse führen können.

16. Juli. Graf Westarp berichtet in der „Allgemeinen Zeitung" über seinen dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh abgestatteten Besuch. Es heißt in dem Berichte u. a.

Die Zeitungen, die hereingebracht wurden, enthielten die ersten Nachrichten über die Kaiserzusammenkunft in Kiel. „Ich bin jedesmal froh," äußerte der Fürst, „wenn eine solche Entrevue ohne Zwischenfall verläuft und die hohen Herren erst wieder auseinander sind." Er kam auf seine Entlassung zu sprechen. Schon bald nach dem Regierungsantritt Kaiser Wilhelms sah er ein, daß ein Zusammengehen mit dem neuen Herrn für ihn nicht möglich würde. „Die Reden des Kaisers machten mich stutzig, und ich erwog in schlaflosen Nächten, wie meine Pflicht mit meinen Ueberzeugungen zu vereinen sei. Ich war in dem qualvollen Zwiespalt schon bis zu der »Feigheit« gelangt, meinen Posten verlassen zu wollen, als ich plötzlich zweimal an einem Tage aufgefordert wurde, meine Entlassung einzureichen." „Das Unglück unsrer Tage," fuhr der Fürst nach einigen Zwischenbemerkungen fort, „ist, daß die leitenden Männer nicht an ihrem rechten Platze sind. Caprivi wäre sicherlich ein tüchtiger Kriegsminister oder Generalstabschef geworden. Die Armee hatte Vertrauen zu ihm. Der leitet die Politik. Marschall, der frühere Staatsanwalt, den ich wohl mal für das Reichsjustizamt im Auge hatte, erhält die auswärtigen Angelegenheiten. Zedlitz, wahrscheinlich ein guter Minister der Innern, kommt als homo novus in die schwierigen Materien der Schulfrage, die der Kaiser selbst ein halbes Jahr lang auf das gründlichste studirt hatte!" Auf Kaiser Wilhelm I. übergehend rief er mit bewegter Stimme: „Dem alten Herrn zu dienen, ja das war eine Freude! Und er war doch sehr eingenommen von seiner hohen Stellung und seinem Herrscherberufe. Aber für ihn hätte ich alles gethan. Und wenn es sonst nicht anders ging, wäre ich Kammerdiener bei ihm geworden." Dann las er mit erhobener Stimme folgende Zeilen aus dem Gedichte „Männer": „Männer (nämlich brauchen wir), die auch nicht vor Fürsten beugen ihres höchsten Herren Recht, nicht wie jeder feile Knecht, wenn die Fürsten irren, schweigen." — „Solche Männer giebt es heute nicht mehr!" sagte der Fürst; „sie werden nicht geduldet. Wie werden die Parlamente behandelt! In acht Tagen drückt man die Handelsverträge durch." Ein Lächeln trat auf seine Lippen. „Ich bin wohl selbst an dieser Verrückung der Gewalten nicht ganz ohne Schuld. Als ich Anno 62 die Geschäfte übernahm, fand ich den alten Herrn vor der Abdankung. Da war mein Bestreben während meiner ganzen Amtsdauer, die Macht der Krone gegenüber der Volksvertretung zu heben und zu stärken. Es scheint, das ist mir fast zu gut gelungen."

17. Juli. Die „Hamburger Nachrichten" bringen einen Artikel über Mißverhältnisse, der sich wieder mit den Erlassen im Reichsanzeiger beschäftigt. Sie bemerken, die Ueberschätzung einer privaten Hochzeitsfeierlichkeit, wie sie amtlich durch den Erlaß vom 9. Juni bekundet worden sei, habe namentlich im Auslande Ver-

wunderung erregt. Besonders in Wien finde man, daß der Erlaß vom 9. Juni eine kränkende Spitze nicht bloß gegen den Fürsten Bismarck, sondern auch gegen den Grafen Palffy, die Gräfin Andrassy und den Grafen Hoyos als Gastgeber gehabt habe, die es als Kränkung hätten empfinden müssen, daß die Mitglieder der Botschaft die bereits dankend angenommene Einladung ohne Angabe triftiger Gründe nach einigen Tagen wieder absagten.

Wir vermissen, schreiben die „Hamburger Nachrichten," bei den Einwirkungen in Wien und bei den Erlassen das wünschenswerte Augenmaß bezüglich der Stellung der Politik eines großen Reiches zu Vorkommnissen des alltäglichen Lebens — und dies Mißverhältnis wird noch erheblich erweitert durch die Veröffentlichung der Erlasse. Wir vermögen für diese noch immer kein andres Motiv als logisch zulässig zu entdecken, als die Herstellung einer Bürgschaft gegen Wiederkehr irgend welchen Einflusses des Altreichskanzlers. Warum der erste Erlaß heute, nach zwei Jahren, veröffentlicht wurde, ist uns noch weniger erkennbar, wenn die Veröffentlichung nicht etwa unter dem Eindruck erfolgt ist, daß der zweite kleinere Erlaß nicht hinreichend Fälle und äußeren Umfang habe.

18. Juli. 2000 Sänger aus Schweinfurt bringen dem Fürsten ihre Huldigung dar.

19. Juli. Wiederum erscheinen 500 Sänger vor der Wohnung des Fürsten in Kissingen und huldigen ihm. Dem „Hannoverschen Courier" wird darüber berichtet:

Als der Fürst nach dem Bade aus dem Hause tritt, feiert ihn einer der Sänger als den Gründer des Reiches, der erfüllte, was das deutsche Lied ersehnt. Alle, welch politischen Glaubens sie auch seien, würden wohl freudig dem „Schöpfer des Reiches" ein Hoch bringen. Fürst Bismarck erwidert:

Ich danke Ihnen herzlich für ihre Huldigung, die wohl mehr meinen politischen, als meinen musikalischen Leistungen gegolten hat. Man spricht heute viel von Ueberlastung der Schulen; zur Zeit, als ich noch in die Schule ging, war sie noch größer, und ich bedaure, daß damals gerade die Pflege der Musik fallen mußte. Die Politik hat ja eine mäßige Verwandtschaft zur Musik in dem Bestreben, Harmonie herzustellen, und auch Noten hat man in der Politik genug zu schreiben. Die Noten, die ich geschrieben, haben auf einem materielleren Gebiet, als dem der Musik, Akkorde herzustellen und diese, wo sie vorhanden waren, zu erhalten gehabt. Wenn meine Arbeit als Komponist und Notenschreiber in deutschen Angelegenheiten gelungen ist, dann ist mein Lebenszweck, soweit er für die Oeffentlichkeit von Wert ist, erfüllt. Mein Wirken ist belohnt durch den Dank und die Anerkennung, die mir nun zu teil werden. Viele persönliche Freunde kann man sich als Minister in Deutschland, wenn man nicht gerade eine Schlafmütze ist, ohnedies nicht erwerben, eher die Freunde, die man hat, verlieren Daß dies nicht mein Schicksal ist, beweisen die mir täglich werdenden Ovationen. Diese Quittung über meine Vergangenheit ist

mir genügend. In Franken und Thüringen hat die Musik immer eine besondre Pflege gefunden, ich habe in meiner Berührung mit der Armee und den Musikkorps bemerkt, daß die Musik tief in diesem deutschen Zentrum wurzle. Möchten diese Musikkorps, wenn sie einmal an der Spitze geladener Gewehre in den Krieg marschieren, siegreichen Truppen voranziehen! Hoffen wir jedoch, daß dieser Fall recht spät eintrete. Wir wünschen ja alle die Erhaltung des Friedens! Ich danke Ihnen nochmals herzlich für ihre Huldigung.

24. Juli. Huldigung von Badensern, Pfälzern, Hessen und Thüringern.

In fünf Sonderzügen mit 111 Wagen langen in Kissingen 4239 Personen aus diesen Ländern an und begeben sich, mit der Musik des 9. Infanterieregiments von Würzburg an der Spitze, in einem Zuge, der eine Strecke von einem Kilometer bedeckt, zur oberen Saline, in deren Hofraum etwa 5000 Menschen Aufstellung nehmen. Der Fürst erscheint mit seinem Sohne Herbert und dem Prof. Schweninger. Geh. Rat Prof. Erdmannsdörfer aus Heidelberg tritt als erster Redner auf.

Alle Welt solle es wissen, daß man in süddeutschen Landen gegen den Miterbauer des Reichs nicht weniger dankerfüllt sei als in andern Gauen. Den Mann, der den Deutschen den ehedem verloren gegangenen Stolz wiedergegeben, begrüße er mit einem Hoch auf Kaiser und Reich, mit einem Hoch, in dem zugleich das Gelübde liegen solle, festzuhalten an dem Errungenen. — Bankpräsident Eckhard aus Mannheim begrüßt den Fürsten namens der Badenser, die aus dem Breisgau, dem Schwarzwald und vom Bodensee hierher geeilt. Die Badenser wüßten es dem Altreichskanzler besonders zu danken, was er Großes geschaffen. Sie erinnerten sich wohl noch der bangen Stunden vor dem großen Entscheidungskampfe. Was 1890 und vieles, was später geschehen sei, sei dem süddeutschen Kopf und Herzen unverständlich gewesen und geblieben. Ein alter Satz sage, der Norden habe den Kopf, der Süden das Herz. Diesen Satz erkenne er, Redner, in seiner Ganzheit nicht an, er müsse diese Mainlinie zurückweisen. Er sei höflich genug, den Norddeutschen auch Gemüt zuzuerkennen, und bedürfe es keines Beweises für ihn: Fürst Bismarck sei ein Mann, der Kopf und Herz am rechten Fleck habe. Wir Süddeutsche wüßten manches, was die Norddeutschen vielleicht nicht wissen: Wir wissen, daß es in der Weltgeschichte nichts Selbstverständliches giebt, sondern daß hinter jeder großen That auch ein Thäter, ein großer Mann stehen muß. Solche Männer zu ehren ist Ehrenpflicht, und es ist eine Schande, große Männer der eignen Nation zu verunglimpfen und zu schmähen. Bismarck habe stets das Beispiel größter Pflichttreue und heißester Vaterlandsliebe gegeben, der Dank für ihn liege in dem Gelöbnis, an dem geschaffenen Werke festzuhalten. Daran müßten auch die Frauen mithelfen. Redner traue den Frauen nicht so ganz. Er fürchte, daß außer dem furor teutonicus, der die Feinde nach außen abwehre, der clamor teutonicus, die Zanksucht, die uns schon Tacitus zur Freude der Römer vorgehalten, im Innern Unheil stiften könne. Hierin sollten wir in uns gehen und stets des für das große Einheitswerk vergossenen Blutes uns erinnern. Mit Segenswünschen für den Fürsten und einem brausend wiederhallenden Hoch auf den-

ſelben ſchließt der oft von Beifall unterbrochene Redner. Die Damen überreichen nun in großer Zahl prächtige Blumenſpenden. — Rechtsanwalt Schmeel aus Darmſtadt überbringt die Grüße der anweſenden Heſſen, Kommerzienrat Knöckel aus Neuſtadt a. Haardt bringt namens der Pfälzer ein Hoch auf den Mann, der uns das ſtolze Wort gelehrt: „Wir Deutſchen fürchten Gott und ſonſt nichts in der Welt.“ Ferner ſpricht Oberſt a. D. Enneccerus für die Frankfurter und ein Koburger für die Thüringer. Rechtsanwalt Wörter aus Karlsruhe bringt der Fürſtin ein Hoch, die am Fenſter des Saales erſcheint, jubelnd von allen begrüßt. Auch der Fürſt winkt bei dieſem Hoch der Gattin freundlich zu, die in Geſellſchaft ihrer Schwiegertochter und deren Eltern am Fenſter ſteht. Nach dem Hoch auf die Fürſtin ergreift Fürſt Bismarck das Wort zu einer Rede, in der er folgendes ſagt:

Zuvörderſt ſage ich Ihnen meinen herzlichſten Dank für Ihre Begrüßung, die in dieſer Großartigkeit, wie ich glaube, wohl niemals einem deutſchen Miniſter neuerer Zeit in und außer Dienſt zu teil geworden iſt und, wie ich beſcheiden hinzufüge, auch mir nicht, ſo lange ich im Dienſte war. Ich habe das Gefühl, daß ich dieſe Ihre Anerkennung nicht in vollem Umfange für mich in Anſpruch nehmen kann, natürlich nicht für meine Perſon, ſondern das Werk, an dem ich mitgearbeitet habe. Ich bin langlebiger geweſen und jünger zur Arbeit gekommen als meine Mitarbeiter, von denen ich noch der Ueberlebende bin, und denen ein weſentlicher Anteil an dieſen Ehren gebührt. Von dieſen Mitarbeitern, die ich mir in langen Jahren erworben, iſt das Gelingen des Werkes mit abhängig geweſen. — Bei einem Rückblick auf die Vergangenheit dürfte man nicht vergeſſen, daß zu Anfang dieſes Jahrhunderts noch die dynaſtiſche Politik geherrſcht habe; die nationale Politik habe erſt im vorigen und in dieſem Menſchenalter ſich zu entwickeln angefangen. Der Einzelne kann den Strom der Zeit nicht herſtellen, nicht einmal lenken, er kann das Steuer des Staatsſchiffes nur nach feſter Ueberzeugung führen; wenn er dabei Glück hat, ſo hat er ſeinem Lande gedient. Thut er es mit Ungeſchick, gerät er in Vergeſſenheit. Das Drängen der deutſchen Nation entſtand, als ich geboren wurde, in den Freiheitskriegen, es wurde wieder belebt und galvaniſirt 1830 und 1848 bei der Bewegung im weſtlichen Nachbarlande. Es gelangte nur nicht zum Durchbruch beim Volke, es gelang nicht, dieſem Strome freien Lauf zu gewinnen. Die erſten Verſuche „brannten von der Pfanne,“ um mich als Jäger auszudrücken. Wenn wir zurückdenken an die Beſtrebungen von 1830, 1833 und 1848 — und gerade die Anweſenden wiſſen das noch —, an den Kampf in Baden und der Pfalz um die Reichsverfaſſung, 1849, ſo können wir ſagen, daß dieſe Beſtrebungen verfrüht und zum Glück nicht ſiegreich waren. Wären die Preußen von den Aufſtändiſchen geſchlagen

worden, so hätte doch kein haltbarer Zustand geschaffen werden können. In Gottes Vorsehung lag es, daß auch 1866 die unitarischen Bestrebungen nicht die Oberhand gewannen, es wäre damals unter dem Eindruck eines Gottesurteils, das man in der Lage der Dinge hat erblicken wollen, die volle Einheit, die man gesucht, nicht so befriedigend und dauernd geworden, wie heute. Gott hat es so eingerichtet, daß alle deutschen Völker den Hammer nach dem Amboß geschwungen haben, auf dem die deutsche Einheit geschmiedet wurde. Wir haben uns das deutsche Reich und die Kaiserkrone sozusagen aus den französischen Bataillonen herausgeholt, und daran haben auch Hessen und Badenser ehrenvollen Anteil. Der Krieg war nötig; wir konnten das Verhältnis zum deutschen Bunde, das unter der übelwollenden Fürsorge Frankreichs geschlossen war, nur mit dem Schwerte lösen. In diesem Sinne war es eine meiner Aufgaben, dem deutschen Schwerte zum Losschlagen Bahn zu brechen, was mir auch bei meinem alten Herrn gelungen ist. Schon als Bundestagsabgeordneter in Frankfurt hatte ich das Gefühl, daß die nationale Politik nur gelingen könne, wenn der König von Preußen und sein Heer sich in ihren Dienst stellen. Meinem alten Herrn fiel schon der Kampf mit Oesterreich sehr schwer, und er war doch nicht zu vermeiden. Begreiflicherweise zeigte der alte Kaiser mit 73 Jahren auch keine Kriegslust gegen Frankreich, und doch war auch dieser Krieg für die Herstellung der deutschen Einheit unentbehrlich. So lange Frankreich Elsaß und damit Straßburg besaß, hatte es eine große Macht, die ihm über Paris genommen werden mußte. Es war ein Glück, daß wir diesen Krieg allein führen konnten, denn es war damals in Europa keine Macht, der es erwünscht gewesen wäre, eine neue Großmacht erstehen zu sehen. Man mußte in der politischen Thätigkeit auch Koalitionen entgegensehen, denen unsre militärische Macht nicht gewachsen war. Heute ist das, so hoffen wir zu Gott, nicht mehr der Fall. Der französische Krieg mußte abgewartet werden, so lange bis die Franzosen die Geduld verloren und ihn erklärten. Wie für das deutsche Reich der Krieg unentbehrlich war, so war im Innern für den Anfang etwas Diktatur nicht zu vermeiden. Ein Sprichwort sagt: „Wenn man Eierkuchen backt, muß man Eier entzwei schlagen" — das geht nicht ohne Verstimmung ab, es ist eben nicht möglich, alle Interessen zu schonen. Es ist eine Notwendigkeit und ein Geschick für jeden leitenden Minister, daß er Feinde nicht nur im Auslande, sondern auch im Vaterlande hat. Bei den Eigentümlichkeiten der Deutschen im Vergleiche mit der slawischen und romanischen Nation wird er noch mehr Feinde haben als dort einer. Ich habe nun

sehr viel Eier zu zerschlagen gehabt, darum sind mir meine Gegner auch treu geblieben, und es würde mich beunruhigen, wenn ich Zustimmung und Schutz in meiner bürgerlichen Ruhe vor den Leuten fände, gegen die ich als Kanzler immer den schwersten Kampf zu führen hatte. Daß diese mich heute noch hassen, ist mir eine Befriedigung. Ihr Wohlwollen galt wohl nicht so sehr meiner Person, als der Teilnahme an meiner Arbeit. Der Süden ist stets lebhafter für jede Idee; diese Lebhaftigkeit ist bei den Alemannen seit der Reformation vorhanden, sie haben eine gewisse Herzlichkeit, die sie auszeichnet, denn der Verstand, der nicht vom Herzen mit geleitet wird, irrt doch häufiger, als er selbst annimmt. Ich möchte nicht auf die Geschichte der Vergangenheit eingehen und nur eine Seite der auswärtigen und inneren Politik, von der mein zweiter Herr Vorredner gesprochen, berühren. Wir Deutschen, in der Mitte Europas gelegen, müssen mehr zusammenhalten als andre Nationen, wenn wir uns auch dazu weniger fügen. Wir müssen eins sein, wenn wir nicht verloren sein wollen. Rußland, im Rücken gedeckt durch Asien, Frankreich, den Ozean hinter sich, haben nur eine Fronte offen; wir haben keinen natürlichen Schutz und müssen Rücken an Rücken stehen, wenn nicht alle Opfer der Vergangenheit für uns verloren sein sollen. Unser Parteiwesen ist bedauerlich; der Vorredner meinte auch die Damen zur Heilung dieser Mißstände heranziehen zu können; ich zweifle, ob das ganz gelingen wird, denn naturam expellas furca, tamen usque recurret („Treibst du die Natur auch gewaltsam aus, sie kehrt doch wieder"). Gegen das Ausland werden wir wohl einig sein, aber in der inneren Politik ist das schwerer, und wir dürfen wohl diese Fehler vergegenwärtigen. Die Sucht nach Selbständigkeit macht sich bei der Partei so fühlbar wie beim Individuum. Jede Partei glaubt eine Selbstherrschaft erringen zu sollen und macht keine Konzessionen, und doch beruht das ganze Verfassungsleben auf Konzession. Die extremen Parteien sind nicht regierungsfähig, wir können weder eine katholische noch eine protestantische Theokratie brauchen. Konfessionelle Streite sind zu bedauern, zu einer ruhigen dauernden Regierung führt nur der Verzicht auf extreme Meinungen und eine Regierung im Sinn der Durchschnittsanschauung der gebildeten Deutschen. Ich sage absichtlich der „gebildeten Deutschen," denn wir können von unten herauf eben so wenig regiert werden wie die Theokratie, und das Stimmwerben unter den Massen ist eine bedauerliche Zeiterscheinung. Schon als Minister glaubte ich durch eine Verschmelzung der Mittelparteien den bestehenden Uebelständen abzuhelfen. Die dann im Kartell erstrebte Einigung zwischen Konservativen und

Nationalliberalen war aber nicht von Bestand. Alle nun, denen an der Festigung des großen Werkes liegt, ermahne ich, dazu beizutragen, daß die Gegensätze zwischen den reichstreuen Fraktionen sich verflachen, damit der Reichstag der Brennpunkt der deutschen Einheit und auf der ihm zugedachten Höhe erhalten bleibe. Die Autorität des Reichstags ist nur zu heben, wenn eine noch größere Verschmelzung des Bürgerstandes, wobei ich den höchsten Bürger des Reiches nicht ausgeschlossen wissen will, mit dieser Institution eintritt.

Ich bitte um Entschuldigung, daß ich eine förmliche politische Rede — hier auch den Damen — gehalten habe, aber „wovon das Herz voll ist, des geht der Mund über." Ich kann mich von der Politik, die ich vierzig Jahre getrieben, nicht lossagen, und werde es auch nicht; wenn man mir auch den Mund verbieten will, ich werde ihn nicht halten. Meine Gegner finden, daß ich mich in der Geschichte besser ausnehmen würde, und bringen meinem Widerstreben gegen die Zumutung zu schweigen die härtesten Urteile gegenüber, von denen die offiziösen die schlimmsten sind. Dabei ist mir nur das nicht klar, wenn man mich für einen übeln Menschen erklärt, schon kurz nachdem ich mein Amt verlassen, so muß etwas von dem Gift, das gegen mich gespritzt wird, zurückspritzen auf die Arbeit, die ich gethan, auf Kaiser und Reich. Wenn man den Schöpfer dieser Errungenschaften als eine Art von Narren erklären will, der nicht weiß was er will, so muß mit dieser Beschimpfung des Autors auch das Werk mitbeschimpft werden. Dieses Vorgehen der Mitarbeiter der heutigen Regierung ist ein bedauerlicher Irrtum. Ich möchte schließen, wie diese Feier begonnen, mit einem Hoch auf Kaiser und Reich, aber auf das Reich in seiner Gesamtheit, die deutschen Fürsten und die freien Städte, den Reichstag mit inbegriffen.

Thorbecke, Großindustrieller aus Mannheim, erinnert daran, wie Bismarck das Deutschtum im Auslande gehoben, wie er die Industrie wieder zu Ehren gebracht, und wie er den Frieden geschützt, zu einem guten Teil durch die Herstellung des Bündnisses mit Oesterreich, dessen Verkörperung Redner in dem jungen Ehepaar Graf Herbert—Hoyos erblicke, auf das er ein Hoch ausbringe.

Fürst Bismarck ergreift nochmals das Wort: „Es sei eine der größten Unehrlichkeiten, die man gegen ihn ausgespielt, daß er ein Gegner des österreichischen Bündnisses sei. Man müsse an dem jetzigen Verhältnis, das für beide Teile ein besseres sei als das frühere Band, natürlich festhalten."

Empfang einer Abordnung aus Jena. Bürgermeister Singer und Prof. Häckel von Jena halten Ansprachen an den

Fürsten, mit der Einladung, dorthin zu kommen. Auf diese Ansprachen erwidert Fürst Bismarck:

Eine Einladung aus Thüringen sei ihm ganz besonders sympathisch; wenn er allein zu entscheiden hätte, würde es ihm eine große Freude bereiten, ihr Folge zu leisten; allein er sei abhängig von den beiden Gewalthabern zu seiner Linken — hierbei deutete er auf die Fürstin und Prof. Schweninger —, und diese übten eine sehr energische Herrschaft über ihn aus, sodaß der Ausschlag in dieser Frage bei ihnen stehe. Hierzu komme, daß er halbe Versprechen seines Besuches einer ganzen Reihe von Städten, so Kassel, Düsseldorf, Hannover, Osnabrück u. a. bereits erteilt habe. Besonders aber fühle er sich verpflichtet, einmal seinen Wahlkreis zu besuchen. Es sei schwierig, dies alles möglich zu machen, und er stehe deshalb vor keiner leichten Entscheidung, und es werde ihm schwer, ein bindendes Ja oder Nein zu sagen. Er liebe den Frieden im Hause; aber ohne Einwilligung seiner Gemahlin und seines Arztes könne er nicht bestimmt zusagen. (Sich zu Herrn Schweninger wendend:) Professor, wie denken Sie über Jena? „Ganz ausgezeichnet, Durchlaucht," erwidert derselbe. Heiter fährt Bismarck fort: Zustimmungen aus Thüringen seien ihm besonders lieb; dieses Land habe in der vergangnen Zeit unter der Zerrissenheit am meisten zu leiden gehabt, darum habe auch hier der Einheitsgedanke früh starke Wurzeln geschlagen. Seinen Ausdruck habe er bereits in der Gründung der deutschen Burschenschaft gefunden, einer edeln, wenn auch damals noch verfrühten Bestrebung für die deutsche Einheit. Gerade in Jena sei dieser Gedanke immer lebendig geblieben, dieser Gedanke, dessen Verwirklichung er Zeit seines Lebens seine ganze Kraft geweiht habe. Was die von dem Vorredner berührte Sage betreffe, so sei dieselbe historisch. Er habe als Student Thüringen mehrfach kennen gelernt und sich an seiner schönen Natur erfreut; er denke namentlich gern an die Tage zurück, wo er als Göttinger Student — vor sechzig Jahren — nach Jena gekommen sei. Die Ausweisung aus dieser Stadt sei thatsächlich richtig; aber sie sei erfolgt noch vor Beginn eines beabsichtigten Zweikampfes, den die akademischen Behörden rechtzeitig entdeckt hätten. Mit andern Teilnehmern habe er das Schicksal der Ausweisung geteilt. Als Mitglied des Erfurter Parlaments habe er sodann wiederum Gelegenheit gehabt, mit den thüringischen Abgeordneten in nähere Berührung zu treten, und ebenso habe er später als Gesandter zum Bundestag in seinen auf Einigung der deutschen Stämme abzielenden Bestrebungen gerade von seiten der mitteldeutschen Diplomaten vielfache Unterstützung erfahren. Dann gedenkt der Fürst der großen Bedeutung, die vor allem Weimar, dann aber auch Jena in der deutschen Kulturentwicklung eingenommen haben. In der zweiten Hälfte des vorigen und in der ersten dieses Jahrhunderts bilde Weimars Litteratur das einzige Band nationaler Einigkeit für Deutschland.

25. Juli. Die Berliner „Post" spricht sich also aus: Die Mahnung, welche Fürst Bismarck am 24. d. M. anläßlich der ihm von mittel- und süddeutschen Nationalliberalen dargebrachten Ovation an deren Teilnehmer und insbesondre an die anwesenden Parlamentarier dahin richtete, daß die regierungsfreundlichen Parteien fest zusammengehen möchten, ist in der Kette unerquicklicher Vorfälle der letzten Zeit unter verschiednen Gesichtspunkten ein Lichtblick. Sie bringt in den Zwiespalt der letzten Tage insofern ein versöhnendes Element, als sie als Zweck des Zusammengehens der gemäßigten bürgerlichen Parteien ausdrücklich die Bildung einer

festen Regierungsmajorität bezeichnet. Es wird damit einerseits klargestellt, daß der Fürst nichts weniger als Opposition quand même bezweckt. Auch wer den Standpunkt des Regierungsaktes vom 17. März d. J. nicht teilt, wird doch anerkennen müssen, daß durch diese weitaus bedeutendste Kundgebung ein fester und großer Zug einender und staatserhaltender Politik geht, der in der Betonung der Notwendigkeit der Unterstützung der Regierungspolitik zugleich den Widerstreit der letzten Wochen versöhnlich ausklingen läßt.

26. Juli. Die Berliner „Germania" spricht sich über den Empfang der südwestdeutschen Besucher des Fürsten Bismarck in Kissingen also aus:

7000 Nörgler, deren Gewissen durch keinerlei Vorwürfe über das Frivole ihrer Handlungsweise beengt wird, waren am Sonntage nach Kissingen gezogen, um, als richtige Quertreiber und Reichsschädlinge, vor ihrem Abgott zu demonstriren und dem geschwätzigen Alten Gelegenheit zu einem neuen galligen Erguß, zu neuen Angriffen auf die die Reichsgeschäfte ruhiger, sicherer und erfolgreicher, als es unter dem Bismarckschen Regiment der Fall war, führenden heutigen Leiter der Regierung und natürlich auch wieder auf den Kaiser selbst zu geben. Und man muß es ihm lassen: er hat diese Gelegenheit weidlich ausgenutzt, er hat sich gehörig expektorirt und gewettert und geschimpft, daß es so seine Art hatte. Es ist vielleicht gut, daß man ihn und seinen wahnwitzigen Koryphantenchor austoben und sie ihren Groll gründlich Luft machen läßt, um so klarer wird es dem bessern, anständigern Teile des deutschen Volkes, dem das Gefühl für Ehre und wahre Vaterlandsliebe noch nicht abhanden gekommen ist, was für Leute es sind, die fortgesetzt in der frivolsten Weise gegen die wichtigsten Interessen des Vaterlands ankämpfen und dabei noch die Stirn haben, zu behaupten, daß sie gleichwohl treu zu Kaiser und Reich stünden. Im übrigen erbringt auch diese Rede wieder einen Beweis für den erschreckend rasch fortschreitenden Geistesverfall des verbitterten, im grimmigsten Haß gegen seine wirklichen und vermeintlichen Gegner sich verzehrenden Mannes. Und mit der Geistesverfassung seiner lärmenden und demonstrirenden Anbeter ist es auch nicht besser bestellt, sonst würden sie sich schämen, ihren Götzen immer wieder zu einem ebenso das Mitleid wie die Verachtung herausfordernden Auftreten zu provoziren.

27. Juli. Die englischen Blätter, namentlich die Salisbury befreundeten, fahren, so sagen die „Hamburger Nachrichten," fort, den Fürsten Bismarck mit Heftigkeit anzugreifen. Das Motiv dazu liegt in der englischen Empfindung, daß der frühere Reichskanzler der entschiedenste Gegner einer Politik ist, die die deutsche Armee den englischen Machtbestrebungen zur Verfügung gestellt wissen will. Es giebt in England Leute, die es heute noch wie zur Zeit des Krimkrieges als eine Auflehnung betrachten, wenn Deutschland nicht die Kriege Englands führen und nicht dessen Feindschaften in Europa auf sich nehmen will. Sie schließen die Augen vor der Thatsache, daß Deutschland mit seiner

Militärorganisation niemals Kriege für fremde Zwecke führen kann, sondern nur solche, zu denen es durch direkte Verletzung deutscher Interessen gezwungen ist, also wesentlich defensive Kriege, wie sie dem publizirten Texte des deutsch-österreichischen Bündnisses entsprechen, der hoffentlich inzwischen keine Abänderung erfahren hat.

30. Juli. Abreise des Fürsten von Kissingen. Er wird auf der Durchreise in Meiningen feierlich und durch Ansprachen begrüßt, worauf er erwidert:

Es freut mich, hier an der Schwelle Thüringens so herzlichen Empfang zu finden. Seit fünf Wochen hatte ich, so zuletzt wieder in Bayern, den wärmsten und herzlichsten Empfang gefunden, und ich kann sagen, es hat dies meinem Herzen wohl gethan. So darf ich denn auch glauben, daß das, was ich im Dienste des Vaterlandes geleistet, im deutschen Volke Anerkennung gefunden, daß es Wurzel geschlagen hat im Herzen des deutschen Volkes. Und ich darf wohl auch hoffen, daß diese Wurzeln so festen Boden gefaßt, daß aller Neid, aller Haß und alle Verleumdung und Verhetzung, die sich in letzter Zeit so vielfach gegen mich gerichtet, nicht hinreichen, um dies aus dem Herzen des deutschen Volkes zu verdrängen.

In gleich feierlicher und begeisterter Weise wird der Fürst auf dem Bahnhofe zu Weimar empfangen. Auf die Ansprachen erwidert er:

Daß er sehr erfreut und dankbar sei für den ihm in Weimar bereiteten Empfang, der an Herzlichkeit nicht zurückbleibe hinter den Begrüßungen, die ihm in Schwaben, Franken und sonst in Thüringen zu teil geworden seien. Weimar habe ihm stets besonders nahe gestanden als der geistige Mittelpunkt Deutschlands, die ihm gebrachten Blumen erinnerten ja an Goethe und an die andern Dichter Weimars. Aber auch in politischer Beziehung habe ihm Weimar durch seine stets nationale Regierung nahe gestanden. Zu besondrer Dankbarkeit fühlt er sich verpflichtet dem Großherzog gegenüber, der ihm während seines amtlichen Wirkens viele Zeichen von Wohlwollen gegeben habe. Der Fürst endet seine Ansprache mit einem Hoch auf den Großherzog Karl Alexander.

Abends trifft Fürst Bismarck in dem festlich geschmückten Jena ein. Auf die auf dem Bahnhof an ihn gerichteten Ansprachen erwidert er:

Es sei für ihn ein erhebendes Gefühl, diesen Ausdruck nationalen Dankes auf klassischem Boden zu empfangen. Die Universität Jena sei freilich klein, aber berühmter und auch im Auslande bekannter als manche andre. Jena habe auch stets den nationalen Gedanken gepflegt wie ganz Thüringen, das trotz Zersplitterung in verschiedne Territorien stets ein warmes Herz für alle nationalen Aufgaben bewiesen habe. Die Verschiedenheit der Gebiete sei auch ein Zeichen unverwüstlicher deutscher Volkskraft, deshalb sei aber nie das nationale Gefühl der Thüringer der großen Allgemeinheit entfremdet worden. Thüringens Lande seien umrankt von Gesängen und Sagen aus uralter Zeit, er erinnere nur an die Wartburg; ohne Poesie und Romantik würde der Deutsche zum Franzosen werden. Es sei sehr erfreulich, daß die Vorsehung es so gefügt habe, daß in Deutschland eine Anzahl von Stätten existiren, welche Bildung weiter zu verbreiten mit Erfolg thätig sind und ihre urdeutschen Eigenschaften bewahren. In großen Staaten, in denen alles sich

um ein Zentrum bewege, sei es nicht so gut bestellt. Er könne noch vieles sagen, aber er wisse nicht, welches Tagewerk die Herren über ihn beschlossen hätten, er wolle nicht lange aufhalten.

Nachdem der Fürst im Gasthof „Zum Bären" abgestiegen ist, tritt er auf den Balkon und hält an die auf dem glänzend erleuchteten Lutherplatz versammelten Bürger und Studenten folgende Ansprache:

Ich danke Ihnen herzlich für den glänzenden Empfang, den mir die Bürger von Jena und die thüringische Bevölkerung bereitet haben. Er reiht sich ebenbürtig der wohlwollenden Aufnahme an, die ich bei den süddeutschen Volksstämmen gefunden habe. Sie ist mir ein Beweis, daß auch nördlich vom Thüringer Walde meine Beziehungen zum deutschen Volk nicht durch die gegen mich gerichteten Verdächtigungen erschüttert werden können. Es erfüllt mich dies mit größerer Befriedigung und größerem Stolze, als Befriedigungen des persönlichen Ehrgeizes vermöchten.

Darauf erscheint eine Abordnung der Universitätsprofessoren beim Fürsten, in deren Namen der Prorektor Professor Brockhaus eine längere Ansprache hält. Er sagt u. a.:

In begeisterter Bewunderung blicken wir zu dem Manne auf, der das Riesenwerk der Einigung Deutschlands vollbracht hat. Die Universität Jena hat ein gutes Recht, Eurer Durchlaucht ihre ehrfurchtsvolle Huldigung darzubringen, denn an dieser Universität hat der patriotische Gedanke seit den Freiheitskriegen niemals geschlummert. Studenten und Professoren haben das leuchtende Ziel der nationalen Einheit niemals aus den Augen verloren. Auch in trauriger Zeit, als die leidenschaftlichen Wünsche der Patrioten in schmerzlicher Resignation verstummten, lebte hier die Hoffnung unerschütterlich fort: das zerstoßene Rohr wird nicht zerbrochen, der glimmende Docht nicht ausgelöscht werden. Und unsre Hoffnung wurde nicht getäuscht; wie ein glänzender Stern stiegen Eure Durchlaucht an dem umwölkten Himmel unsers Vaterlandes auf. Licht, Glanz, Freudigkeit verbreiteten sich über unser Volk. Der lange gedemütigte Nationalstolz erwachte, als wir von der Höhe herabblickten, auf welche Euer Durchlaucht im Dienste eines großen Fürsten und im Bunde mit einem großen Feldherrn das deutsche Volk gehoben hatten. Was vor einem halben Jahrtausend die Deutschen ersehnt hatten, Euer Durchlaucht haben es uns gegeben. In den Aufruhr der Meinungen, in das Chaos vieltausendköpfigen Streites war die Heroengestalt Eurer Durchlaucht getreten, und Ihre Thaten hatten gerufen: Ihr aber sollet die Läden nicht verschließen, denn siehe, der Tag ist angebrochen! Sie sehen vor sich ein Volk voll begeisterter Erinnerungen an Ihre weltgeschichtliche Wirksamkeit. Wir aber sehen in warmer Freude Euer Durchlaucht heute vor uns in voller Kraft, ungebrochen durch die Arbeit zweier Menschenalter, voll schweren Kampfes und ruhmreichen Sieges. Im dem Hause, in dem einst der reformator ecclesiae gewohnt, dürfen wir heute den reformator Germaniae begrüßen, die Jahrhunderte reichen sich die Hände, und die leuchtende Fackel der Vaterlandsliebe, die vor drei Jahrhunderten ein Deutscher entzündete, ist unverlöscht in die Hand des Deutschen übergegangen, dem wir heute die Versicherung unsrer treuen Verehrung darbringen. Möge die Fackel der Begeisterung für unser Volk und seine Zukunft niemals erlöschen, und möge die starke Hand, die in rastloser opfervoller Arbeit das deutsche Reich zu errichten vermocht, sie uns noch viel Jahre vorantragen. Se. Durchlaucht der Fürst Bismarck lebe hoch!

Erwiderung des Fürsten Bismarck:

Das Hoch, das mir soeben von autoritativer Seite und mit so erhebenden Worten dargebracht wurde, könnte mich nach allen Ovationen, die ich erfahren habe, stolz machen, wenn ich es auf meine Person allein beziehen dürfte. Ich bin aber nur der Erbe der Verdienste meiner Mitarbeiter, die vor mir gestorben sind, in erster Linie meines alten Herrn, des Kaisers Wilhelm I., der nicht für den deutsch-nationalen Gedanken erzogen und in ihm aufgewachsen war, den aber das deutsche Gefühl nie verlassen, dem man nur allmählich und langsam den Weg zeigen durfte, den er zu gehen hatte, und dessen er sich in seiner Bescheidenheit lange verwehrt hat. Ich habe viel Mühe gehabt, dem alten Herrn klar zu machen, welcher Zauber im Kaisertitel, in der Repräsentation der alten Zeit lag. Diese Arbeit hinter den Coulissen ist eine schwierige für mich gewesen, und die Diplomatie im eignen Hause ist für mich fast komplizirter gewesen als die mit dem Auslande, dem gegenüber ich immer genau wußte, was ich zu thun hatte. Ich kann in dem ganzen Gange, den uns Gottes Vorsehung geführt hat, nur eine besondre Vorherbestimmung erkennen. Selbst die Schlacht bei Jena, die für das preußische Herz schmerzliche Erinnerungen erweckt, war notwendig, wenn die geistige Reaktion in Preußen erfolgen sollte, wenn es in Preußen überhaupt möglich sein sollte, ein königlich preußisches Heer in den Dienst der nationalen Idee zu stellen. Das alte friderizianische Heer war dazu nicht imstande. Ebenso notwendig war der bedauerliche Bürgerkrieg von 1866 zur Erledigung unsrer innern Streitigkeiten. Es ging nicht anders. Notwendig war auch der Krieg 1870 und 1871. Ohne Frankreich geschlagen zu haben, konnten wir das deutsche Reich nicht in Ruhe ausbilden. Frankreich würde später Bundesgenossen gefunden haben, um uns daran zu verhindern. Diese ganze Entwicklung dürfen Sie nicht meiner vorausbedachten Geschicklichkeit zuschreiben. Es wäre Ueberhebung von mir, wenn ich behaupten wollte, das vorausgesehen zu haben. Man kann Geschichte überhaupt nicht machen, aber desto mehr kann man aus ihr lernen, wie man das politische Leben eines großen Volkes seiner Entwicklung entsprechend wenigstens leitet. Das ist das ganze Verdienst, das ich für mich in Anspruch nehme. Es gehört dazu noch mehr Freiheit, Bescheidenheit und Verzicht auf eigne Ueberhebung als eine überlegne Intelligenz, die alles voraussagt. Ich bin also nicht unbescheiden genug, ein Verdienst für mich in Anspruch zu nehmen, das mir nicht zukommt. Ich habe nie einen Moment in meinem Leben gehabt, in dem ich in strenger Selbstprüfung darüber nachgedacht habe, was ich zu thun hatte, um meinem Vaterlande und meinem verstorbnen Herrn nützlich zu sein. Man hat gesagt, ich hätte viel Glück. Das ist richtig. Aber ich kann dem deutschen Reich nur wünschen, daß es immer Kanzler haben möge, die Glück haben. Meine Vorgänger im Dienste des preußischen Staats haben es nicht gehabt, und ich glaube nicht, daß irgend einer von ihnen hier in Jena den Empfang gefunden hätte, wie er heute mir zu teil geworden ist. Ich kann nur wünschen, daß ich einen Nachfolger habe, den Sie mit derselben feurigen, spontanen Begeisterung dermaleinst empfangen, wie ich sie erlebt habe. In meinem Herzen lebt dieselbe Liebe zum Vaterlande wie vor zehn Jahren, wo ich entscheidenden Einfluß auf die Politik hatte. Meine Ansichten über die Richtigkeit und Zweckmäßigkeit dessen, was wir zu thun haben, sind auch heute noch dieselben. Warum ich dies nicht aussprechen sollte, sehe ich nicht ein. Das Wesen der konstitutionellen Monarchie, unter der wir leben, ist eben das Zusammenwirken des monarchischen Willens mit der Ueberzeugung des regierten Volkes, die gegenseitige Uebereinstimmung unter-

einander. Der Geheimrat am grünen Tisch wird korrigirt durch die Presse, wenn sie frei ist, aber sie bleibt nicht frei. Es ist ein gefährliches Experiment, wenn man im Zentrum Europas absolutistischen Ideen und Velleitäten zustrebt, gleichviel ob sie von Priestern unterstützt werden oder nicht. Im letztern Falle ist die Gefahr um so größer, da man glaubt Gott zu dienen, während man in Wirklichkeit dem Geheimrat dient. Wir haben in letzter Zeit öffentlich gehört, daß der Unteroffizier der Stellvertreter Gottes auf Erden ist. Warum sollte es nicht auch ein gebildeter Geheimrat sein? Ich bin in meinem Leben nie Absolutist gewesen und werde es auf meine alten Tage erst recht nicht werden. Ich bin zum Teil in der Notwendigkeit gewesen, wenn auch nicht in öffentlicher Wirksamkeit, dem unmonarchischen Gebahren in den verschiedensten Situationen entgegenzutreten, die öffentliche Stimme niederzuschlagen, kann ich nicht sagen, aber ihr entgegenzutreten, um wenigstens die einheitliche Ausbildung des deutschen Reiches aufrecht zu erhalten. Ohne die zehn Jahre der betreffenden Gesetzgebung weiß ich nicht, ob heute das deutsche Reich so fest stünde, wie es jetzt geworden ist. Für die Zukunft haben wir für die Kräftigung der öffentlichen Meinung in der Presse und im Parlament zu wirken. Dazu ist aber notwendig, daß namentlich im Parlament die Parteien einheitlicher werden, wenn es gilt, im Parlament die öffentliche Meinung zum Ausdruck zu bringen. Bis jetzt ist jede Fraktion bestrebt gewesen, ihre Ansicht rücksichtslos zur Geltung zu bringen! Das geht nicht! Außerdem erlangen die Parteiführer auf diesem Wege zu großen Einfluß und herrschen absoluter als der Monarch selbst. Ein fernerer Uebelstand ist es, daß die Wähler zu wenig erfahren, wie ihre Vertreter im Parlament thätig sind. Früher waren die Wähler mißtrauischer und verlangten eine sorgfältigere Berichterstattung von ihren Vertretern, da sie jetzt von diesen nur das hören, was ihnen selbst gut scheint. Und jetzt, wenn ich einen Rückblick auf meine bisherige Thätigkeit werfe, so muß ich bemerken, daß ich stets bemüht gewesen bin, mir klar zu machen, ob meine Thätigkeit vielleicht dem Vaterlande schade. Vielleicht habe ich selbst unbewußt dazu beigetragen, den Einfluß des Parlaments auf sein jetziges Niveau herunterzubringen, auf dem ich wünsche, daß es auf die Dauer nicht bleiben möge, Ich möchte aber dazu beitragen, daß das Parlament sich wieder zu einer konstanten Majorität und Autorität erhebe. Unwillkürlich bin ich jetzt akademisch geworden. Ich komme mir fast vor, als ob ich auf dem Katheder stehe, es ist leicht erklärlich. Doch ich halte mich verpflichtet zu sagen, in der höhern Politik unter unsern Landsleuten derjenige zu sein, der am meisten Erfahrung hat — wenigstens haben sollte. Deshalb ist es gegen mein Gewissen, zu schweigen, wenn die Eindrücke meinen Erfahrungen entgegengehen. Als Reichskanzler habe ich stets nach meinem Gewissen gehandelt, als Privatmann werde ich es um so mehr, ohne zu fragen, was daraus für mich entstehen könnte.

31. Juli. Morgens unternimmt der Fürst eine Rundfahrt durch Jena. Vormittags findet ein Fest auf dem Marktplatze statt. Es sind etwa 7000 Personen anwesend Der Bürgermeister begrüßt hier den Fürsten, der mit seinen Angehörigen, dem Gemeinderat, den Universitätsangehörigen und dem Festkomitee in dem reizend geschmückten Festzelt Platz nimmt. Dann begrüßen die Studentenvertreter und auswärtige Deputationen den Fürsten; dieser hält folgende Rede:

Meine verehrten Mitbürger im Thüringer Lande! Ich danke Ihnen zuvörderst herzlich für den überaus freudigen Empfang, den ich bei Ihnen gefunden habe, und kann die Gedanken, die mich bewegen, nicht besser zum Ausdruck bringen, als indem ich Ihnen meine Beziehungen zu diesem schönen Lande aus früheren Zeiten schildre. In Thüringen habe ich als Kind zuerst Felsen, Berge, Burgen und derartige geschichtliche Erinnerungen kennen gelernt, die ich in unserm flachen Pommern und Brandenburg noch nicht gesehen hatte. Diese Eindrücke der Kindheit haben in meinen Empfindungen in den Begriff „Thüringen" notwendig den Begriff der Romantik legen müssen, der namentlich auch getragen wurde durch die Erinnerung an die Wartburg, an die Vorzeit und an Luther. In reiferer Kindheit auch durch die Erinnerungen nicht nur an die Reformation, sondern auch an die Entwicklung unsrer deutschen Sprache durch die hier zu Tage geförderte erste deutsche Bibelübersetzung. Es war dies der erste Anfang einer sprachlichen Einheit in unserm Vaterlande. In meiner reifern Jugend lernte ich, welche Bedeutung für unsre geistige und nationale Empfindung das Thüringerland in der Gestalt von Weimar und Jena ausgeübt hatte, an der Universität, an der Schiller Professor war, und die unter der Leitung Goethes lange Zeit gearbeitet hat. Es ist somit erklärlich, daß für mich der Begriff Thüringen auch stets mit dem Begriff „romantisch" verbunden war. Lassen Sie mich jetzt einen Rückblick auf einige Vorgänge werfen. — Der Name Jena hat für mich, als Sohn einer preußischen Militärfamilie, einen schmerzhaften und niederdrückenden Klang, und erst in reifern Jahren habe ich einsehen gelernt, welche Wirkung die Vorgänge vor und nach der Schlacht von Jena auf die ganzen Verhältnisse unsers Vaterlandes ausgeübt haben. Ich kann mich nicht freuen bei dieser Erinnerung! Mein Herz kann es nicht, wenn auch mein Verstand mir sagt, daß, wenn Jena nicht gewesen wäre, Sedan vielleicht auch nicht in unsrer Geschichte seinen glorreichen Platz gefunden hätte. Als Thatsache könnte man annehmen, daß damals die fridericianisch-preußische Monarchie ihre Zeit ausgelebt hatte, und ich glaube nicht, daß wir, wenn wir bei Jena gesiegt hätten, eine ähnliche gedeihliche Entwicklung aufzuweisen gehabt hätten. Ich weiß das nicht, aber die Zertrümmerung des morsch gewordnen Baues — morsch, wie die Kapitulationen erwiesen haben — war notwendig geworden, um Platz zu schaffen für den erforderlichen Neubau, und das zerschlagne Eisen der deutschen Monarchie wurde unter dem schweren und schmerzhaften Hammer der Fremdherrschaft zum Stahl, der diese Fremdherrschaft mit scharfer Elastizität zurückschlug. Ohne diesen Druck der Fremdherrschaft wäre die Entwicklung des deutschen Nationalgefühls im preußischen Reiche kaum möglich geworden. Daß es nachher doch zu der allgemeinen Erhebung gekommen, möchte ich hier nicht weiter entwickeln, um mich nicht von neuem dem Vorwurf der greisenhaften Geschwätzigkeit auszusetzen. Ich will nur erwähnen, daß ich, als ich im Jahre 1832 die Universität bezog, mehr burschenschaftlich als landsmannschaftlich empfand, und daß mich nur rein äußerliche Umstände vor der Eventualität bewahrten, in diese Bewegung hineingezogen zu werden. Damals war auf dem märkischen Sandboden das Gefühl der deutschen Nationalität nicht so absolut fremd, daß ein irgendwie lebendiger Geist nicht in diesem Sinn empfunden und gewirkt hätte. Ich bin an dieser Hineinziehung gehindert worden durch meine Familienbeziehungen. Zu diesen kamen später dann die Ereignisse von 1848. Dieser Kampf gegen unsre eignen Landsleute in den Straßen von Berlin — ich trug damals Farben, die ich als Offizier mit Stolz trug — hatte einen weitern Rückschlag auf meine Gefühle, der noch nicht vollständig überwunden war, als wir zum Erfurter Parlament vereinigt waren. Damals sah ich Thüringen zuerst wieder. In Erfurt war die Frucht der deutschen

Einheit noch nicht reif. So lange wir im Dualismus mit Oesterreich lebten, konnte die Verschiedenheit der Individualitäten nur zur Trennung von Nord und Süd führen. Das wäre das Ende vom Liede gewesen, wenn das betreffende Band nicht durch das Schwert gelöst worden wäre. Ich knüpfe hieran die Behauptung, daß der Bürgerkrieg mit Oesterreich 1866 ganz unvermeidlich war. Wir mußten uns eben einem Gottesurteil unterwerfen, und mußten uns mit Oesterreich schlagen. Dies ist geschehen. — Geschehen mit all der Zurückhaltung, die Landsleute einander schuldig sind. Wir haben auf beiden Seiten keine unversöhnliche Stimmung nachbehalten und sind mit Oesterreich nachträglich in ähnliche Beziehungen gelangt, wie sie die Frankfurter Verfassung angestrebt. Wir haben sie ja heute. — Man mußte dem lieben Gott Zeit lassen, seine liebe deutsche Nation durch die Wüste zu führen, um das gelobte Land zu erreichen, in dem wir jetzt zu sein glauben. Wir mußten diesem Kriege den Krieg mit Frankreich folgen lassen, zu dessen Führung wir nicht nur der Zustimmung Oesterreichs, sondern auch der des ganzen europäischen Seniorenkonvents bedurften. Diese Zustimmung würde uns nicht verweigert worden sein. Wir hatten aber das Bedürfnis, den Krieg allein zu führen. Gegen eine Koalition, wie sie der siebenjährige Krieg gekannt hatte, wäre die Aufgabe schwieriger gewesen. Es gehört zu den göttlichen Fügungen für die deutsche Nation noch die Thatsache, daß Zufälle, die niemand voraussehen konnte, den engen Zusammenhang zwischen Oesterreich und Rußland gestört hatten, und eine solche Fügung war es auch, daß wir die seinerzeitige Aufhebung des Olmützer Vertrages für unsre nationalen Zwecke politisch benutzen konnten. Hätten im Jahre 1866 Oesterreich und Rußland noch in der Geschlossenheit gestanden, wie sie der Olmützer Vertrag verlangt hatte, Gott weiß, ob der Erfolg derselbe gewesen wäre. — Auch dieser deutliche Hinweis auf den Weg göttlicher Fügung gehörte dazu, um zu dem erhofften Resultate zu gelangen. Der Bruch der Olmützer Gemeinschaft mußte unserm Siege vorangehen, oder derselbe wäre unvollkommen geblieben, denn wir hätten im Kriege mit Frankreich in wesentlicher Minderheit gestanden. Dann wäre derselbe vielleicht nicht so glücklich abgelaufen. Ich hatte das Bedürfnis, diese Gelegenheit zu benutzen, um einige Blicke auf unsre neue Zeitgeschichte zu werfen, und mußte zunächst darauf hinweisen, daß die von uns geführten Kriege notwendig waren. Nachdem der Krieg jedoch glücklich zu Ende geführt war, halte ich es nicht für nötig, weitere Kriege zu führen. Ich halte es für frivol oder ungeschickt, uns in fernere Kriege einzulassen, wenn wir nicht durch fremde Angriffe dazu gezwungen werden. In einem solchen Falle werden wir auch stark genug sein, dem Nachbarn gewachsen zu sein. Wir müssen uns aber in der Defensive befinden. Aggressive Kriege dürfen wir nicht führen. Ich glaube, Nationen, die sich zu Kabinetskriegen zwingen lassen, haben niemals dauernden Erfolg erzielt. Eine solche, sich zwingen lassende Nation hat auch nicht die richtige Verfassung. Wir haben uns, nachdem wir den notwendigen Krieg von 1870 glücklich beendet hatten, angelegen sein lassen, zu verhindern, daß weitere Kriege geführt werden, und zwar deshalb, weil der innere Ausbau des Reiches unsre Thätigkeit voll in Anspruch nahm, ja sogar eine gewisse diktatorische Thätigkeit verlangte, die ich jedoch nicht als dauernde Institution betrachtet sehen möchte. Wir haben unsre ganze Aufmerksamkeit in der auswärtigen Politik in der Erhaltung des Friedens, in der innern in der Konsolidirung der Reichseinrichtungen gesehen, in dem Sinne, daß alle Deutschen sich in den geschaffnen Verhältnissen wohl befinden mögen. Inwieweit uns das gelungen ist, muß die Zeit lehren. Fertig ist die Aufgabe vielleicht noch nicht. Sie kann erst dann fertig werden, wenn wir wirklich

ein starkes Parlament haben. Dies kann aber so lange nicht der Fall sein, als dasselbe von Parteien zerrissen wird, als aus denselben Fraktionen und Fraktiönchen entstehen, deren Ueberzeugung vielleicht durch ihnen gebotene Fraktionsvorteile zu haben sein könnte. Es ist unbedingt ein Unglück, wenn wir einen Fraktionshandel im Reichstage zulassen, dessen Tendenz unsrer Verfassung nicht entspricht. Ohne einen Reichstag, der vermöge einer konstanten Majorität imstande ist, die Pflichten der Volksvertretung dadurch voll zu erfüllen, daß sie die Regierung kritisirt, kontrollirt, warnt, unter Umständen sogar führt, der imstande ist, dasjenige Gleichgewicht gegen die Regierung zu verwirklichen, das unsre Verfassung in demselben wirklich hatte schaffen wollen; — ohne einen solchen Reichstag bin ich in Sorge für die Solidität unsrer Arbeiten, für die Institutionen unsrer Nation. Wir können heutzutage nicht dynastische Politik hegen, sondern müssen nationale Politik treiben, wenn wir bestehen wollen. Dies ist ein Ergebnis der politischen Entwicklung, die in den letzten Jahren stattgefunden hat. Um nationale Politik treiben zu können, müssen wir eine nationale Volksvertretung haben, die die Bedürfnisse der Nation kennt und zur Richtschnur für ihre Abstimmungen nimmt. Wir können aber nicht regiert werden unter dem Einfluß und unter der Leitung einer einzelnen der bestehenden Fraktionen, am allerwenigsten unter derjenigen des Zentrums. Das Verhältnis der betreffenden Kreise zum Zentrum erscheint mir jedoch als ein recht platonisches. Ich glaube sogar behaupten zu können, daß selbst unsre katholischen Landsleute in ihrer Mehrzahl unabhängig von der Zentrumsleitung in Berlin regiert zu werden wünschen. Ich glaube, wir werden mit der Kurie und der ganzen katholischen Frage leichter fertig werden, wenn wir durch einen Nuntius zu verhandeln hätten, als wenn dessen Stelle, wie es jetzt der Fall ist, durch die Zentrumsleitung in Berlin vertreten wird. Ich halte diese für gefährlicher, als uns je ein Nuntius werden könnte. Ich sehe diese von mir ausgesprochenen Worte nur als den Ausdruck des Urteils an, welches ich über die heutige Leitung des Zentrums mit mir herumtrage. Ich halte das Zentrum für gefährlich, nicht nur in konfessionellen, sondern auch hauptsächlich in nationalen Fragen, wie dies in den Vorgängen in den polnischen Provinzen zu Tage getreten ist. Sie bröckeln uns langsam alles wieder ab, was wir mühsam aufgebaut haben. Wir hätten sogar den ganzen Kulturkampf unterlassen können, wenn die polnische Frage nicht vollständig an denselben geknüpft gewesen wäre. Der Papst braucht übrigens Nuntien nicht mehr zu senden, seitdem wir in Folge des Kulturkampfes in der Mitte des Ministeriums eine Abteilung besitzen, welche die Rechte der Kurie und der Polen sogar der Regierung gegenüber vertritt. Eines aber können und müssen wir vom Zentrum lernen. Das ist die Disziplin. Die Aufopferung aller nebensächlichen Parteizwecke für einen großen, ihnen von der Leitung bezeichneten Zweck. Sie sehen im Zentrum die heterogensten politischen Elemente vertreten, frühere reaktionäre Edelleute, absolutistische Konservative, sogar Freisinnige bis zu den Sozialdemokraten herunter. Sie alle stimmen geschlossen wie ein Mann für Dinge, von denen ihr Vorstand sagt, das Interesse der Kirche erfordere es. Können wir nicht, da wir doch einmal eine nationale Kirche nicht besitzen, eine ähnliche dominirende Partei schaffen, in welcher wir, ohne Rücksicht auf Fraktionsvorgänge, festhalten, und in welcher wir geschlossen für alles dasjenige stimmen, was die nationale Entwicklung fördert, und gegen alles, was dieselbe hindert? Es müßte ein neues Kartell geschaffen werden, in welchem die Interessen des Vaterlandes über alles gestellt werden und jede Frage, analog dem Vorgehen des Zentrums, zunächst unter diesem Gesichtspunkte geprüft werden müßte! Im Zentrum werden die

größten Widersprüche fallen gelassen! Wenn die Autoritäten erklären, das kirchliche Interesse verlange es, so zögert man keinen Augenblick. Wenn wir auf nationalem Gebiete etwas ähnliches erreichen wollen, weshalb sollte dies unmöglich sein? Warum sollten wir unsern nationalen Ueberzeugungen nicht mit derselben Energie und Ausschließlichkeit Folge leisten, wie die Mitglieder des Zentrums von Lieber und Hitze bis Schorlemer-Alst hinauf, welche alle auf einen Schlag stimmen. Man muß sich die Regel vorhalten: „Vom Feinde soll man lernen," und das Zentrum halte ich für einen Gegner des Reichs in seiner Tendenz, wenn auch nicht in allen seinen Mitgliedern, unter denen es ja auch eine Masse guter, ehrlicher Deutsche giebt. Für ein Unglück und eine Gefahr halte ich es jedoch, wenn die Regierung ihre leitenden Ratgeber der Zentrumsrichtnng entnimmt und ihre Tendenz darauf zuspitzt, dem Zentrum zu gefallen, eine Tendenz, welche keinen dauernden Bestand haben kann. Ich will in Frieden leben mit meinen katholischen Mitbürgern, aber mich nicht ihrer Leitung unterziehen. Ich bin eingeschworen auf die weltliche Leitung eines evangelischen Kaisertums, und diesem hänge ich treu an. Dies ist das Ergebnis meiner fünfzigjährigen Erfahrung in der Politik. Wenn man mir den Vorwurf macht, ich triebe antimonarchische Politik, so muß ich einfach auf unsre bestehende Reichsverfassung hinweisen, nach welcher die Verantwortlichkeit für alle Maßnahmen der Regierung nicht bei dem Monarchen, sondern bei den Ministern resp. bei dem Reichskanzler liegt. Diese Auffassung ist schon eine uns in Fleisch und Blut liegende, mit welcher wir uns befreundet hatten, lange ehe wir noch eine Verfassung hatten. Ich kann Ihnen ein Beispiel hierfür aus den Werken des großen Geistes anführen, dessen Manen uns hier umschweben, nämlich Goethes. Derselbe stellt uns im Götz von Berlichingen einen kaisertreuen Ritter dar, der für seinen Kaiser eine solche Anhänglichkeit und Verehrung besitzt, daß er in dem Augenblicke, wo er einen seiner Beleidiger niederschlagen will, in die Worte ausbricht: Trügst du nicht das Wappen Seiner Majestät, welches mir auch in seinem besudeltsten Konterfei Verehrung abzwingt, so würde .... Es war dies derselbe Ritter, der kein Bedenken trug, dem kaiserlichen Kommissar, der ihn zur Uebergabe seiner belagerten Burg aufforderte, die Ihnen allen wohlbekannte, sehr scharfe Kritik seines Thuns aus dem Fenster entgegenzuschleudern. Es zeigt dies also klar, daß Goethe beide Empfindungen keineswegs zusammengeworfen oder identifizirt hat. Man kann ein treuer Anhänger seiner Dynastie und seines Kaisers sein, ohne von der Weisheit aller Maßregeln seiner Kommissare überzeugt sein zu müssen. Ich bin letzteres nicht und werde auch in Zukunft diese meine Ueberzeugung keineswegs zurückhalten.

Fürst Bismarck verläßt Jena und wird auf seiner weitern Heimreise auf dem Bahnhofe zu Erfurt von vielen Tausenden freudig begrüßt. Auf ein auf ihn ausgebrachtes Hoch erwidert er, nach der „Thüringer Zeitung," etwa Folgendes:

Angenehme Erinnerungen an die schöne Stadt Erfurt riefe diese Stunde in ihm wach. Eine politische Rede möge man heute nicht von ihm erwarten. Vor 42 Jahren habe er in Erfurt mehr solche Reden gehalten, als vielleicht manchem wünschenswert erschienen. Damals wäre er noch ein Saulus gewesen, der sein Damaskus noch nicht gefunden, später sei er aber zum Paulus geworden. Von der Kur und der Reise sei er etwas angestrengt, darum wolle er für jetzt nur den Erfurtern, die zu seiner Begrüßung erschienen seien, herzlichen Dank aussprechen. Er werde auch ferner gerne der Stadt gedenken.

Auch bei der Durchfahrt durch Halle wird der Fürst von einer großen Volksmenge, insbesondre von Abordnungen der Vorstände des nationalliberalen Wahlvereins, der Ordnungspartei und des Vereins deutscher Studenten begrüßt. Auf dem Bahnhof von Magdeburg empfangen ihn Tausende mit dem Gesang des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles!" Auf eine Ansprache des Dr. Fischer spricht der Fürst seine Freude aus, daß er auch in der Hauptstadt seiner heimatlichen Provinz, deren Ehrenbürger er sei, in so überaus herzlicher Weise empfangen werde. Ueberall, wo er auf seiner letzten Reise eintraf, in Dresden, Wien, Süddeutschland und auch heute auf der Fahrt von Jena hierher sei er mit Jubel begrüßt worden. Er nehme an, daß diese Huldigungen nicht sowohl seiner Person gelten, als vielmehr dem festgefügten Werke, das er unter dem verstorbnen glorreichen Kaiser Wilhelm mit dem Aufbau des Reichs mitgeschaffen habe. Alle Anwesenden möchten auch fernerhin treu zu Kaiser und Reich stehen.

Endlich wird dem Fürsten noch in Stendal ein begeisterungsvoller Empfang zu teil, und abends $9^1/_4$ Uhr trifft er von der Reise nach Wien in Schönhausen ein. — Die „Kreuzzeitung," Gegnerin des Fürsten, erkennt an, die von den Süddeutschen nach Kissingen unternommenen Huldigungsfahrten hätten „gezeigt, daß der große Staatsmann sich in weiten Volkskreisen noch einer großen Popularität, einer fast rührenden Verehrung erfreut."

2. August. Die „Hamburger Nachrichten" tragen aus den Jenaer Bismarcktagen noch Folgendes nach:

Als am 30. Juli der Empfang der Senatsabordnung der Universität geendet hatte, wurden dem Fürsten die Dekane und der 87jährige Senior der Universität, Geheimrat Stickel, vorgestellt. Der Fürst fragte ihn nach seinem Alter. Stickel entgegnete: „Ich habe noch Napoleon I. gesehen, Deutschland im Zustande tiefster Erniedrigung. Ich habe auch Goethe gesehen und damit Deutschland auf der Höhe litterarischer Entwicklung und sehe nun in Ew. Durchlaucht den, der unser Vaterland auf den Gipfel politischer Entwicklung gehoben hat. Nun will ich gern sterben!" Der Fürst dankte dem alten Herrn mit der Bemerkung, er hoffe, daß es mit dem Sterben noch gute Weile haben werde.

Professor Häckel in Jena erläßt eine Entgegnung auf die Berliner „freisinnige Zeitung." In dieser war mitgeteilt, Häckel habe, bevor die Jenaische Deputation sich nach Kissingen begab, um den Fürsten Bismarck nach Jena einzuladen, die Genehmigung des Großherzogs dazu eingeholt. Häckel erklärt nun, er habe erst von Kissingen aus dem Großherzog telegraphisch den vom Fürsten Bismarck auf den Großherzog ausgebrachten Toast mitgeteilt und der Großherzog ihm seinen Dank dafür ausgesprochen. Die Behauptung von der Anfrage beim Großherzog sei erfunden.

Die „Nationalliberale Korresponb." äußert sich über die Reise des Fürsten Bismarck also:

Die Reise des Fürsten Bismarck geht jetzt zu Ende und damit eine der merkwürdigsten Episoden der zeitgenössischen deutschen Geschichte. Die Wucht begeisterter Kundgebungen, die dem Altreichskanzler allerwärts in Mittel- und Süddeutschland entgegengebracht, hat schließlich auch den Gegnern Achtung eingeflößt, sofern sie nicht, wie Ultramontane und Demokraten, von einem giftigen Haß gegen diesen Mann beherrscht sind. Und auch hier wurden die Ausbrüche des Spottes und der Wut, von denen jedes Wort des Fürsten begleitet wurde, mit jedem Tage krampfhafter und bewiesen nur den starken innern Eindruck, den diese mächtige Bewegung auch auf widerwillige Gemüter hervorrief. Es ist bemerkenswert, daß die Freude am Vaterland, der Stolz über das Errungne und der Dank an den letzten großen Mitarbeiter gerade im Süden und in der Mitte unsers Vaterlandes am mächtigsten zum Ausbruch kommt, in Staaten, mit deren Bekämpfung das große nationale Werk Bismarcks seinen Anfang nahm. In den deutschen Mittel- und Kleinstaaten ist darum auch die Dankbarkeit und Verehrung für den großen Staatsmann, an dessen Namen sich die stolzesten Erinnerungen der neuen deutschen Geschichte knüpfen, tiefer und nachhaltiger als im Norden.

3. August. Nach dem konservativen „Reichsboten" hätte die Regierung aus den Kissinger und Jenenser Vorgängen mancherlei zu lernen:

Sie muß lernen, wie man als konstitutionelle Regierung thatsächlich in Wechselwirkung mit den Stimmungen des Volkes bleiben und sie nach großen Zielen hinlenken muß, wie es für die leitenden Staatsmänner nicht angeht, daß sie in stolzer und vielleicht bitterer Einsamkeit abseits stehen. Die Krone kann lernen, wie auch sie ein festes System und einen zielbewußten Weg für ihre Politik einschlagen und in zäher organischer Ausdauer ernste und weitschauende Vorarbeit zu leisten hat, vor allem aber, daß die subjektive Ueberspannung des dynastischen Machtbewußtseins nicht nur der rechten, sittlichen Auffassung des Gottesgnadentums widerstreitet und dieses mitschädigt, sondern auch den parlamentarischen Gegnern der Krone Waffen in die Hand spielt.

Der „Hannoversche Courier" hält den Tag von Jena für einen befriedigenden Abschluß der Reise des Fürsten und bemerkt mit Bezug auf die dort erfolgten Ansprachen:

Die Mahnungen und Warnungen, die Fürst Bismarck ausspricht, verdienen entschieden Beachtung: denn er ist in unserm Vaterlande in der That der Staatsmann, dem jeder billig denkende die größte Erfahrung zugestehen wird, und der, wie ein auswärtiges Blatt hervorhebt, ein Recht darauf hat, daß seine Ratschläge nicht deshalb grundsätzlich abgewiesen werden, weil er augenblicklich mit den leitenden Kreisen sich nicht in Uebereinstimmung befindet, und weil er in seinem Verhalten sich nicht nach den Formen richtet, die sonst in Preußen für einen gestürzten Minister üblich sind. Im höchsten Grade frivol aber ist es, wenn die „Germania" in ihrem blindwütigen Toben über die Aeußerungen des Fürsten Bismarck und die Huldigungen, die ihm dargebracht worden sind, ihre Leser glauben machen will, der Kampfesruf sei nun geworden: „Hie Kaiser — hie Bismarck." Die Jenenser Reden des Fürsten sind die treffendste Abwehr dieser schmählichen und gehässigen Unterstellung.

Der Fürst empfängt in Schönhausen eine Abordnung aus Magdeburg, die ihm Ehrenspenden überbringt.

Die „Magdeburger Zeitung" berichtet: Auf die Ansprache dankte der Fürst herzlich und gab besonders seiner Freude darüber Ausdruck, wie ungemein ihm der unvorbereitete Empfang am 31. Juli in dem alten guten Magdeburg gefallen hätte, zu dem er schon ganz alte Beziehungen habe; er sei zur 500jährigen Domfeier auch zugegen gewesen und habe in dem Gedenkbuche bei der Einschreibung seines Namens auch einen v. Bismarck gefunden, der sich fünfhundert Jahre früher, als er selbst, eingetragen hätte.

Der „Schwäbische Merkur" in Stuttgart befaßt sich mit den von ultramontaner Seite gegen den Fürsten gerichteten Angriffen und sagt dazu:

Wenn der Fürst jetzt dem gläubigen Volk als der Ausbund niedriger Leidenschaften und Gesinnungen geschildert werden darf, so giebt es hierfür nur die einzige Erklärung, daß die Ultramontanen von ihm jetzt nichts mehr zu hoffen und nichts mehr zu fürchten haben, daß sie dagegen bei dem Zwiespalt, in den Bismarck mit der Reichsregierung geraten ist, ein gutes Geschäft zu machen hoffen, wenn sie in dem Kampf gegen den Fürsten sich in das Vordertreffen stellen. Je gehässiger die Angriffe gegen den Altreichskanzler sich gestalten, desto größer wird die Zahl derjenigen, die — wie die ultramontanen Blätter in einer nicht gerade glücklichen Ausdrucksweise spötteln — zum Fürsten Bismarck „wallfahrten."

Die Wiener „Neue Freie Presse" nimmt den Fürsten Bismarck nach seinen jüngsten Reden ganz für den Liberalismus in Anspruch.

5. August. Eine Art von Erläuterung der Jenaer Rede des Fürsten Bismarck bringen die „Hamburger Nachrichten." Der Artikel knüpft an die Auslegung an, die besonders die Stelle aus der Ansprache des Fürsten über das Verhältnis von Regierung und Parlament gefunden hat. So hatte die Presse des Zentrums und der Demokraten dem Fürsten Bismarck unterstellt, er habe sich jetzt für Parlamentsherrschaft erklärt. Dies bezeichnen die Hamburger Nachrichten als eine Unwahrheit und fahren dann fort:

Ueber die richtige Verteilung der Macht zwischen Ministerium und Parlament kann ein allgemeines, für alle Zeiten giltiges Rezept nicht festgelegt werden. Wenn ein Minister sein Geschäft tadellos betreibt, so kann das Land mit geringerm parlamentarischem Einflusse, und wenn es eine vollkommene Regierung gäbe, mit gar keinem auskommen. Der Bedarf an parlamentarischer Mitwirkung steht im umgekehrten Verhältnisse zu der Einsicht der jedesmal leitenden Staatsmänner. Bei fachkundiger ministerieller Leitung kann das Land die parlamentarische Autorität und deren Korrektur in höherm Maße entbehren, als beim Mangel sachverständiger Geschäftsführung. Es ist, wie gesagt, eine Unehrlichkeit, dem Fürsten Bismarck vorzuwerfen, er habe im Amte nur für Königsherrschaft, jetzt nur für die Macht des Parlaments gesprochen. In der langen Amtsführung des ersten Reichskanzlers ist kein Fall vorgekommen, wo er dem Reichstage zugemutet hätte, sich über schwerwiegende wirtschaftliche Fragen in einer so kurzen Frist schlüssig zu machen, daß eine Prüfung materiell unmöglich wurde. Wäre so etwas geschehen, so würde die Entrüstung damals gegen den Reichskanzler allgemein stark und berechtigt gewesen sein. Damals kämpften beide Gewalten (Regierung und Reichstag) ebenbürtig mit einander, heftig, aber doch gleich-

berechtigt. Dieses Gleichgewicht sollte immer vorherrschend sein; und das ist es, was Fürst Bismarck erstrebt. Dieses Gleichgewicht ist verfassungsmäßig.

Professor Häckel in Jena erläßt in der „Jenaer Zeitung" einen „öffentlichen Dank" für die vielen ihm aus Anlaß der Bismarckfeier zugegangnen Zuschriften und sagt dann weiter:

Zugleich wiederhole ich meinen lieben Landsleuten die Hoffnung, daß das herrliche Gelingen unsers großartigen Nationalfestes nicht ohne segensreiche Folgen für die weitere politische Entwicklung Deutschlands bleiben wird. Vergessen wir nicht die ernsten Mahnungen, die Fürst Bismarck auf unserm herrlichen Marktfeste in seinen denkwürdigen Reden an uns gerichtet hat. Es gilt vor allem, das gesunkne Ansehen des deutschen Reichstages dadurch wieder zu heben, daß wir eine große Nationalpartei schaffen, die über den kleinlichen Hader der Fraktionen hinwegsieht; ohne Rücksicht, ob „liberal oder konservativ," muß sie geschlossen jenen feindlichen Parteien gegenübertreten, deren Streben auf Untergrabung der bestehenden Bundesverfassung gerichtet ist, den Ultramontanen, Polen und Welfen, den Ultrakonservativen, Radikalfreisinnigen und Sozialdemokraten. Hoffen wir, daß der mächtige Ausbruch des deutschen Nationalgefühls, der sich in den erhebenden Bismarckfesten von Dresden bis Jena so unzweideutig geäußert hat, zur Gründung einer solchen einheitlichen mächtigen Nationalpartei führen wird, feststehend im Sinne unsers größten Staatsmannes „Zu Kaiser und Reich."

Die „Hamburger Nachrichten" erwähnen, daß nach einem Berichte der Hallischen „Saalezeitung" am 31. Juli ein von der Eisenbahndirektion in Magdeburg entsandter Kommissar in Halle die Eröffnung gemacht habe, er hätte „Befehl erhalten, jeden feierlichen Empfang des Fürsten zu verhindern." Das Hamburger Blatt fügt hinzu:

Auch von andern Stationen der berührten Strecke kommen eigentümliche Meldungen über falsche Gerüchte betreffs der Durchreise des Fürsten, die, wenn man sie zusammenhält, den Eindruck erwecken, als ob auch mit solchen Mitteln gearbeitet worden sei, alles in der wunderlichen Tendenz, die Bevölkerung von der Begrüßung zurückzuhalten. Zur Vervollständigung dieses Bildes dient dabei, daß auch auf die weimarische Regierung ein starker diplomatischer Druck geübt worden ist, um die Beteiligung der Bevölkerung an der Begrüßung des alten Kanzlers abzumindern. Es ist bekannt, daß diese Pression dort nicht denselben Erfolg gehabt hat wie seiner Zeit in Wien.

6. August. Fürst Bismarck tritt in Schönhausen eine Reise nach Varzin in Pommern an. Nachdem er auf der Durchreise in Spandau von der Bevölkerung aufs lebhafteste begrüßt ist, kommt er auf dem Stettiner Bahnhof zu Berlin an. Ueber den Empfang, der dem Fürsten hier zu teil wird, schreibt die „Kölnische Zeitung":

Der etwa anderthalbstündige Aufenthalt war ausgefüllt von Huldigungskundgebungen, die weitaus alle bei frühern Durchreisen Bismarcks vorangegangnen übertrafen. Zu mehreren Tausenden waren die Ansammlungen bereits geraume Zeit vor Ankunft des fürstlichen Salonwagens angewachsen, sodaß nicht nur der Bahnsteig, sondern, soweit es der Betrieb gestattete, auch die angrenzenden Geleise und die Dächer und Trittbretter der umherstehenden Eisenbahnwagen dicht besetzt waren. Auch auf den Dächern der benachbarten Ge-

bäude tauchten zahlreiche Gruppen auf. Eine ganze Wagenburg, zumeist von Privatequipagen, war auf dem Platz vor dem Bahnhof aufgefahren. Eine größere Anzahl von höhern und jüngern Offizieren, deren einer, ein Major, durch sein weißgekleidetes Töchterchen einen Rosenstrauß überreichen ließ, befanden sich unter der Menge, die Haltung des Publikums war eine stürmisch herzliche. Dasselbe war ersichtlich beeinflußt, wie das auch späterhin ebenso beredt als sinnig zum Ausdruck gebracht wurde, durch die Kundgebungen der Süddeutschen und der Thüringer.

Auf verschiedne Ansprachen erwidert der Fürst:

Ich danke Ihnen für Ihren freundlichen Empfang, den Sie mir hier bereitet. Vor sieben Wochen bin ich durch Berlin gekommen, und nun kehre ich in befriedigter Stimmung nach Hause zurück. Hocherfreut bringe ich ein neues Mitglied meiner Familie in die Heimat mit. Es freut mich, daß ich mich davon überzeugen konnte, daß überall im deutschen Reiche das Reservekapital an Reichstreue so sehr groß ist. Alle haben das Reich lieb gewonnen. Ihre freundliche Begrüßung ist für mich ein wohlthuender Abschluß meiner Reise, die ich lediglich als Privatmann unternommen. (Zwischenruf: Auch als Politiker!) Nun ja, freilich, ich kann mich ja von den Interessen des Reichs als Politiker nicht ganz lossagen.

Aus dem Publikum wird dem Fürsten der Rat gegeben, sich durch die Angriffe der Presse den Schlaf nicht rauben zu lassen. Darauf erwidert der Fürst:

Die Angriffe der Presse sind mir nichts Neues. Von 1862 bis 1892, es ist ein langer Zeitraum von dreißig Jahren, habe ich sie erfahren, oft noch schlimmer als jetzt. (Zwischenruf: Leider!) Nein, nicht leider! das hat mich gerade abgehärtet, und ich bin jetzt so unempfindlich dagegen, daß die Druckerschwärze gar nicht mehr durchgeht. Ich mache mir nichts aus den Angriffen der Presse. Es sind noch jetzt wie in den letzten dreißig Jahren zum Teil dieselben Redensarten, dieselben Artikel und auch zum Teil dieselben Verfasser der Artikel. Seitdem ich nicht mehr im Amte bin, habe ich mehr Zeit, die Zeitungen zu lesen, und ich lese mit Vorliebe die Artikel, die mich kritisiren. Das macht mir Vergnügen; es verdirbt mir den Schlaf nicht und auch den Appetit nicht!

In der freisinnigen Berliner Zeitschrift „Die Nation" spricht sich der Herausgeber, der Abgeordnete Barth, u. a. also aus:

Man hat ein sentimentales Geschrei darüber erhoben, daß Graf Caprivi sich einer Aussöhnung zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck in den Weg gestellt habe. Kann es einen kindischeren Vorwurf geben? Der jetzige Reichskanzler müßte die personifizirte Naivität sein, wenn er bei einer solchen Aussöhnung den Leuchter halten würde. Aussöhnung kann nach Lage der Sache nichts andres heißen als Beseitigung des jetzigen Kanzlers und Ersatz desselben durch eine Regierung, die mittels eines geheimen Drahts mit Friedrichsruh in dauernder Verbindung stände. Die ganze Aussöhnungskampagne war deshalb nicht andres, als der Versuch, die Sentimentalität des deutschen Volks in den Dienst der Intrigue zu stellen. Und die Popularitätstournee der letzten Wochen war eine Fortsetzung dieses Versuchs; nur die Tonart ist aus Moll in Dur verwandelt. Bismarcks Popularität sollte die Aengstlichsten schrecken. Das deutsche Volk sollte erscheinen wie loyale Petenten, die vom Kaiser eine Wiederaufnahme Bismarcks zu Macht und Einfluß verlangten. Weder die Nationalliberalen als solche, noch die Extrazügler von Kissingen, noch die Demonstranten vom

Marktplatz bis Jena: sie wollen keine politische Konsequenz aus ihren Ovationen ziehen; sie wollen entweder nur „Dankbarkeit an sich“ produziren oder durch ihre Begeisterung für Bismarck eine schwächliche indirekte Opposition gegen den Kaiser und den jetzigen Kanzler zum Ausdruck bringen. Man ist deshalb berechtigt, diese Ovationen politisch äußerst niedrig einzuschätzen. Sie verlieren erst ihre Harmlosigkeit durch die Aufpuffung zu politischen Manifestationen, denn erst damit werden sie geeignete Objekte der Fruktifikation durch die politische Intrigue.

Die „Kreuzzeitung“ dagegen erkennt an, daß nur blinder Haß die Bedeutung und Ursprünglichkeit der in Süd- und Mitteldeutschland bei den Kundgebungen für den Fürsten Bismarck hervorgetretenen Begeisterung mit allerlei spöttischen und boshaften Gründen, an die man selbst nicht glaube, könne leugnen wollen, und sie zweifelt keinen Augenblick: „auch in Preußens Städten hätte man dem Fürsten Bismarck entgegengejubelt, und es ist gut, daß unser Volk die Verdienste seiner Heroen noch bei deren Lebzeiten ehrt und sich nicht kalt auf das kritische Urteil der Geschichte vertröstet.“ Die „Kreuzzeitung“ fährt dann fort:

Traurig aber ist es, zu sehen, in welcher Art unsre freisinnige und demokratische Presse bemüht ist, nicht nur die Thaten des Fürsten Bismarck zu verkleinern, sondern ihn persönlich in den Schmutz zu zerren. Daß sie nicht in das Lob des Mannes einstimmen mögen, der sie oft genug schonungslos angefaßt und mit seinem scharfen Worte verletzt hat, ist menschlich; daß sie an sein politisches Wirken auch jetzt noch ihr kritisches Messer legen, ist begreiflich, ja ganz in der Ordnung; daß sie dabei ganz vergessen, was er für Deutschlands Einheit und Größe gethan, zeugt von ihrer Kurzsichtigkeit; daß sie ihn aber mit schier unsagbaren Gemeinheiten persönlich beschimpfen, ist ein Beweis ihrer Herzens- und Gefühlsroheit.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ in Essen läßt sich ebenfalls über die Haltung der freisinnigen Presse gegenüber dem Fürsten Bismarck aus. Sie sagt:

Daß der rohe Ton, den die meisten Freisinnsorgane gegen den Fürsten Bismarck anzuschlagen belieben, im eignen Lager nicht überall gebilligt wird, beweist die anständige Haltung der Vossischen Zeitung gegenüber dem frühern Reichskanzler. Aber auch sonst fehlt es nicht an Stimmen von dieser Seite, die angenehm von der Richterschen Tonart abweichen. So hat der Schriftsteller Mauthner, sonst ein leidenschaftlicher Anhänger Eugen Richters, in der von einem Redakteur des gleichfalls bismarckfeindlichen Berliner Tageblatts herausgegebnen Zeitschrift „Magazin für Litteratur“ der freisinnig-demokratischen Presse gehörig den Text gelesen. Er bemerkt: Für die Einigung Deutschlands danken wir ihm alle, Hand aufs Herz; auch die wildesten, freisinnigen Gegner möchten nicht um dreißig Jahre zurücktauschen. Vor dem aufmerksamen Ausland aber macht es sich schon lange nicht mehr schön, wenn angesehene Blätter den Mann, der Europa Respekt vor Deutschland gelehrt hat, als einen Menschen schildern, der silberne Löffel gestohlen hat. Das Ausland glaubt es nicht, hat aber doch seine Freude daran.

In Naugard wird Fürst Bismarck aufs festlichste empfangen. Nachdem er den Zug verlassen hat, wird ihm auf dem Platze vor

dem Bahnhofsgebäude, wo alle Vereine der Stadt und die Schuljugend Aufstellung genommen, der Ehrenbürgerbrief der Stadt überreicht.

7. August. Nachdem der Fürst in Külz übernachtet, setzt er die Reise nach Varzin fort. In Kolberg wird er mit Begeisterung begrüßt. Der Bürgermeister, das Offizierkorps des in Kolberg garnisonirenden 54. Infanterieregiments, der Kriegerverein, zahlreiche Badegäste, viele Einwohner sind auf dem Bahnhof anwesend und bringen stürmische Hochs auf den Fürsten aus. — Abends 6 Uhr trifft der Fürst in Varzin ein.

9. August. Die Berliner „Germania" bemerkt: „Wir sagten schon vor zehn Tagen: Dynastie Hohenzollern — Dynastie Bismarck lautet der Gegensatz. Jeder hat Farbe zu bekennen, die immense Mehrheit des Volkes hat es auch ohne Schwanken gethan, nur — es war zu erwarten — ein Teil der Mittelparteien steht im Lager des Frondeurs Bismarck bei dem Rachezuge gegen den Monarchen." — Die „Saar- und Blieszeitung" äußert sich über das Verhältnis des Fürsten Bismarck zur Regierung. Sie sagt u. a.

Wie soll man es anders auffassen, wenn Fürst Bismarck in Jena von zu bekämpfenden absolutistischen Velleitäten und von einer größern Stärkung der parlamentarischen Macht spricht? Wir haben von absolutistischen Velleitäten bisher nichts bemerken können; sollten sie auf einzelne Reden oder Aeußerungen des Kaisers zurückgeführt werden, so ist dagegen zu bemerken, daß dieselben einen ganz andern Sinn hatten, als ihnen eine feindselige Polemik untergelegt hat. Es ist ein seltsamer Widerspruch, auf der einen Seite die Machtfülle der Krone als zu stark ausgebildet zu bezeichnen und derselben auf der andern Seite den Vorwurf zu machen, zu viel Rücksicht auf das Zentrum als den ausschlaggebenden Faktor im Parlament zu nehmen. Jedenfalls haben die Aeußerungen des Fürsten dazu beigetragen, die Unzufriedenheit der radikalen Parteien in erhöhtem Maße in die Reihen der bisher gut monarchisch gesinnten Parteien hineinzutragen. Kommt dagegen nicht bald eine Reaktion aus dem gesunden Sinne unsrer patriotisch gesinnten Volkskreise heraus, so sehen wir schwarz für die weitere Entwicklung unsrer bisher im Vergleich zu andern Ländern im großen und ganzen so gesunden innern Verhältnisse, mit denen unsre Stellung nach außen naturgemäß steigt und fällt.

11. August. Die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" kommt in einer Besprechung des am 9. August eingetretenen Wechsels in der Person des Ministers des Innern zur Frage, ob das preußische Staatsministerium in Wahrheit einen Präsidenten habe. Das Blatt sagt:

Die Frage ist durchaus nicht ohne weiteres zu bejahen. Dem Titel nach bestand ja die preußische Ministerpräsidentschaft schon vor der konstitutionellen Verfassung und besteht auch nach dem Rücktritt des Fürsten Bismarck, einen Inhalt aber hat sie erst bekommen durch die königliche Kabinetsordre vom 8. September 1852. Wie man weiß, hat diese Kabinetsordre oder

vielmehr die vom jetzt regierenden König gewünschte Aufhebung derselben zum Rücktritt des Fürsten Bismarck führen sollen. Diese Episode aus dem März 1890 ist bisher noch nicht sachgemäß dargestellt worden. Die Versäumnis mag heute an dieser Stelle nachgeholt werden. Fürst Bismarck hatte, als ihm der jetzige König zumutete, diese Kabinetsordre aufzuheben, ein persönliches Interesse an dem Bestande der Ordre nicht; denn damals war nur noch die eine Kombination in Frage, daß Fürst Bismarck Reichskanzler bleiben, General von Caprivi — oder ein andrer — preußischer Ministerpräsident werden solle. Wäre es dem Fürsten Bismarck nur darum zu thun gewesen, seinen persönlichen Einfluß möglichst groß zu erhalten, so würde er ohne weiteres bereit gewesen sein, jene Kabinetsordre rückgängig werden zu lassen, die einmal den akuten Konflikt zwischen ihm und dem Kaiser beseitigt und ihm die Möglichkeit, in der gewünschten Stellung als Reichskanzler zu verbleiben, gewährt hätte, bei gleichzeitiger Verminderung des Uebergewichts des preußischen Ministerpräsidenten. Persönlich hätte unter den damaligen Umständen Fürst Bismarck die Aufhebung der obenerwähnten Verfügung vom Jahre 1852 nur willkommen heißen können. Allein der Fürst erkannte, daß mit dieser Verfügung die ganze Einrichtung des preußischen Ministerpräsidiums stand und mit ihr fallen würde, um dem perlichen Regiment, das immer, so lange es eine Geschichte giebt, in Wahrheit das Regiment der Kamarilla, gegen die die Minister Schatten waren, bedeutet hat, Platz zu schaffen. Langjährige Geschäftserfahrung, die viele schwere Konflikte mit sich gebracht hat, verschaffte dem Fürsten Bismarck die Ueberzeugung, daß es für Preußen nicht ersprießlich sei, die Stellung der Minister durch Hofbeamte oder Hofgünstlinge okupiren zu lassen, und darum setzte er dem Verlangen des Königs nach Beseitigung jener Kabinetsordre passiven Widerstand entgegen. Er hat dadurch am Schlusse seiner amtlichen Laufbahn gegen seine persönlichen Interessen ein Zeugnis für die Nützlichkeit unsrer konstitionellen Zustände abgegeben, für das ihm die aufrichtigen Freunde der Verfassung und der durch sie gewährleisteten Anteilnahme des Volkes und seiner Vertreter an der Regierung nicht genug dankbar sein können. Fürst Bismarck ist aus dem Amte geschieden, ohne daß die Verfügung vom Jahre 1852 aufgehoben wäre, und es ist bis zur Stunde nicht bekannt gegeben worden, daß jene Verfügung aufgehoben sei. Ist sie aufgehoben worden, so existirt die Einrichtung des preußischen Ministerpräsidiums nicht mehr; besteht sie noch, so war die Aufforderung an den Fürsten Bismarck zu deren Beseitigung entweder eine Uebereilung oder eine persönliche Ungnade. Es wäre auffallend, wenn sich die preußische Volksvertretung nicht verpflichtet fühlen sollte, Aufklärung über Bestehen oder Aufgeben der Verfügung vom Jahre 1852 und damit der Institution des preußischen Ministerpräsidiums zu wünschen.

13. August. Die „Hamb. Nachrichten" bringen eine Richtigstellung bezüglich der Rede des Fürsten in Erfurt. Sie sagen, einige Blätter behaupteten, für den Fürsten sei Jena anscheinend sein Damaskus geworden. Das beruhe auf einer irrtümlichen Auffassung. Als der Fürst von Damaskus sprach, hatte er nur den Bundestag in Frankfurt im Auge, zu dessen Zeit er zur richtigeren Erkenntnis des Notwendigen gekommen sei.

14. August. Der „Reichsanzeiger" stellt in Abrede, daß von der preußischen auf die weimarische Regierung ein Druck aus-

geübt sei, größere Huldigungen für den Fürsten Bismarck möglichst zu verhindern.

15. August. In den „Hamb. Nachrichten" wird die Nachricht des katholischen Blattes „Tremonia" zu Dortmund in Zweifel gezogen, wonach im Sommer 1890 ein Pfarrer vom Abgeordneten Windthorst gehört haben wolle, daß Fürst Bismarck diesem im März 1890 selbst seine Entlassung mitgeteilt habe. „Der Fürst," heißt es in den „Hamburger Nachrichten," „hatte damals noch durchaus keinen Grund zu dem Glauben, daß ihm der Rücktritt geboten werden würde, und er selbst war der Ueberzeugung, daß dies in Betreff der reichskanzlerischen Stellung überhaupt nicht stattfinden werde und bezüglich des Ministerpräsidiums die Entscheidung bis nach den ersten Verhandlungen mit dem neuen Reichstage vertagt sei." Im übrigen gehe aus den Erzählungen des fraglichen Pfarrers hervor, daß Herr v. Caprivi schon 1885 der Kandidat der Zentrumspartei gewesen sei.

19. August. Die „Hamburger Nachrichten" schreiben:

Der „Reichsanzeiger" versucht in seinem nichtamtlichen Teile unsre Mitteilung über die auf Weimar geübte Pression zu dementiren. Auf Grund der uns vorliegenden schriftlichen, von Ende Juli datirenden Aeußerungen dabei beteiligter Personen halten wir unsre Mitteilung aufrecht und auch die Redaktion des „Reichsanzeigers" für mangelhaft unterrichtet.

29. August. Die Berliner „Nationalzeitung" wendet sich gegen die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" in Köln, die die Unabsetzbarkeit des Reichskanzlers staatsrechtlich zu entwickeln versucht und gegen deren Aeußerungen sich Fürst Bismarck in seiner Unterredung mit dem Leiter der Wiener „Neuen Freien Presse" ausgesprochen hatte.

25. September. Zu Düren (Regierungsbezirk Aachen) wird ein Standbild des Fürsten Bismarck feierlich enthüllt.

Anfang Oktober. Die „Preußischen Jahrbücher" besprechen die Kritik, die Fürst Bismarck an der Reichsregierung geübt hat, und sagen u. a.:

Schmerzlich und bedauerlich bleibt darum für die Empfindung des Patrioten der Anblick des grollenden und scheltenden Patriarchen. Hätte sich das nicht vermeiden lassen? Hätte die Regierung und hätte der Kaiser persönlich trotz allem und allem, was sie Veranlassung hatten, dem Altkanzler übel zu nehmen, nicht dennoch immer wieder die Form eines freundlichen äußern Verkehrs bewahren und aufnehmen sollen? Es wird doch ein dunkler Punkt in der Geschichte sein, daß die Fürsten des Reichs den Schöpfer unsrer Größe am Abend seines Lebens gemieden haben, während das Volk ihm zujubelte. Die Antwort, die die Regierung auf die Anklagen des Fürsten Bismarck in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" hat ergehen lassen, war ja würdig gehalten und wohl unvermeidlich. Aber die öffentliche Meinung ist auf dem Punkte „Bismarck" sehr empfindlich; die leiseste Wendung, welche über die strenge Abwehr hinaus zur Offensive gegen

ihn schreitet, wird mit äußerstem Unwillen aufgenommen. Schon die Veröffentlichung jener Ordre vom Jahre 1883 war zu viel; schon die Wendung, nach Zurückweisung seiner Anklage „ist das patriotisch?“ war zu stark. Wer seid ihr denn, die ihr es wagen dürft, einen Bismarck nach seinem Patriotismus zu fragen? Was habt ihr denn geleistet für das Reich, die ihr ihn wegen „Mißbrauchs“ des Rechts der Kritik zurechtweist?

In demselben Sinne sprechen sich die „Grenzboten“ aus, indem sie sagen:

Offen gesagt, was Hunderttausende denken. Es ist nicht anders: das felsenfeste Vertrauen, das die Nation früher auf die Reichsregierung setzte, so lange Fürst Bismarck das Ruder führte, hat sich auf seinen Nachfolger nicht übertragen, denn es ist etwas Persönliches und will in langer, erfolgreicher Arbeit erworben sein. Und wenn die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ in Uebereinstimmung mit Ultramontanen, Sozialdemokraten und Freisinnigen die vorwurfsvolle Frage hinzufügt, ob eine solche Kritik „patriotisch“ sei, oder wenn gar andre Leute, die die freiheitliche Gesinnung in Erbpacht genommen haben, gegen ein freies Wort des größten Deutschen nach dem Staatsanwalt rufen und von „an Vaterlandsverrat streifenden“ Handlungen faseln, so fragen wir entgegen: Darf man dem Mitbegründer des Reichs, und zwar in demselben Augenblicke, wo er immer und immer wieder, in Dresden, München und Augsburg, seine patriotische Freude über das Gelingen seines Lebenswerkes in den wärmsten Worten und oft in tiefster Bewegung ausgesprochen hat, zutrauen, daß er etwas Unpatriotisches thue? Und wir fragen weiter: Ist die Kritik der Regierung an sich etwa unpatriotisch? Handelte der Freiherr vom Stein unpatriotisch, als er vor der Katastrophe von 1806 die Kabinetsregierung Friedrich Wilhelms III. in der denkbar schärfsten Weise angriff? Wir beklagen aufs allertiefste den, wie es nach dem letzten, vor wenigen Wochen wohl unzweifelhaft unternommenen Ausgleichsversuche leider scheint, unheilbar gewordnen Bruch zwischen dem Kaiser und dem Kanzler, denn die Verpflichtung des deutschen Volks gegen den Fürsten Bismarck ist so groß, daß es nichts giebt, was unsre Dankbarkeit auslöschen kann und darf, und wir sind viel zu gut monarchisch gesinnt, als daß wir es nicht peinlich empfinden sollten, wenn seinem Nachfolger, der das Vertrauen des Kaisers hat, das Vertrauen der Kreise fehlt, mit deren Hilfe das Reich aufgerichtet worden ist. Aber das möge man bedenken: wer gegen den Fürsten Bismarck in der Weise vorgeht, wie es die offiziöse Presse in den letzten Tagen gethan hat, der greift hunderttausenden deutscher Männer ans Herz, und der erweist der monarchischen Sache einen schlechten Dienst. Es ist ein schweres Verhängnis, daß sich die Wege des jungen Kaisers und des greisen Kanzlers geschieden haben und vielleicht haben scheiden müssen, denn ein Mann von der Bedeutung und der Vergangenheit des Fürsten Bismarck hat kaum eine andre Wahl, als der Leiter oder der Gegner der Regierung zu sein. Der Popularität des Kanzlers hat das allerdings nichts geschadet. Aber man möge sich hüten, daß es nicht da verletzt werde, wo es am empfindlichsten ist: in der Verehrung für seine nationalen Helden.

22. Oktober. Das vierte Heft der seit dem 1. Oktober in Berlin erscheinenden Wochenschrift „Zukunft,“ herausgegeben von Max. Harden, enthält folgende Mitteilungen über ein Gespräch, das Fürst Bismarck mit dem Herausgeber in Varzin gehabt habe. Er soll hier u. a. gesagt haben:

„Jetzt habe ich ja Ruhe, allmählich fangen selbst meine guten Freunde wohl an, zu glauben, daß ich nicht wieder ins Amt zurück will, dafür reiten sie nun desto mehr auf meinem Sohn herum. Erst hieß es, er wolle Botschafter werden in London, glaube ich; als ob er sich danach sehnen könnte, von einem Troupier oder von einem Staatsanwalt Instruktionen zu erhalten über englische Verhältnisse, die er doch viel besser als diese Herren kennt. Und nun heißt es wieder, er wolle mit aller Gewalt Minister werden, und ich hätte eine fürchterliche Intrigue gesponnen, um ein Kompagniegeschäft Waldersee-Herbert in der Wilhelmstraße zu etabliren. Ich weiß nicht, wie weit der politische Ehrgeiz des Grafen Waldersee geht; ich halte ihn für fähiger und geschickter als die jetzigen Herren, die ja auch nicht böswillig sind, aber oft eine subalterne Auffassung, eine Unteroffizierauffassung von ihrem Amt haben. Mein Sohn ist wirklich kein Stellenjäger; er ist das verwöhnte Kind einer erfolgreichen Politik, und ich wüßte nicht, was ihn heute nach Berlin locken sollte. Man hat sich im März 1890 Mühe genug gegeben, ihn im Amte zu halten, auch an mich trat die Bitte heran, ich möchte nach dieser Richtung meinen Einfluß anwenden, aber ich habe mit Octavio geantwortet: Mein Sohn ist mündig. Er ist jung, deshalb weit weniger resignirt als ich, und er hat längst eingesehen, daß man heute mit einzelnen Ministern nur konkurriren kann, wenn man vorher einige Jahre lang Livree getragen hat." — Ich erzählte, berichtet Harden, von Posen und von den versöhnlichen Worten des neuen Erzbischofs. „Die Tonart kenne ich!" erwiderte der Fürst, „die ist nur für den Anfang, um den Kaiser und die Regierung zu beschwichtigen; Ledochowski hat das eine Weile auch sehr geschickt gemacht; aber mein Herr Nachfolger brauchte mich doch nicht gerade da zu kopiren, wo ich einen Fehler begangen habe; einmal kann schließlich jedem das passiren, ich habe nie wie gewisse Leute behauptet, in einem besondern Geheimratsverhältnis zu unserm lieben Herrgott zu stehen, aber zweimal ist zu viel und sehr vom Uebel. Als ich mich damals wegen Ledochowski in Rom erkundigte, schrieb mir Pius der Neunte zurück: »Ich biete Ihnen einen Edelstein, und Sie schicken erst noch zum Juwelier, um ihn taxiren zu lassen!« Na, und nachher mußte ich den Edelstein fassen; er war immer derselbe geblieben, der er in Bogota war, und er wurde erst in Ostrowo etwas still. Ich habe gegen Stablewski persönlich nichts, obgleich er ja im Kulturkampf einer von den Wildesten war. Aber seine Ernennung war eine Ermutigung für die polnischen Wünsche, und das vertragen die gewaltthätigen Elemente unter den Polen nicht."

Bismarck verbreitete sich dann noch des Längern über die Polen, deren letztes Ziel sei, nach der Besiegung Rußlands durch Deutschland die polnische Republik wieder herzustellen, und fuhr fort:

Bei uns scheint man von alledem gar nichts zu merken. Man hält es mit dem Hofmeister des Candide und glaubt, daß wir in der besten aller Welten leben. Es fehlt an Rückgrat und auch an Detailkenntnis, Leute, die ich als wandelnde Repertorien benützte, juristisch sattelfeste Menschen, die man nachschlagen konnte, werden jetzt als Repräsentanten der germanischen Vormacht in die Welt geschickt und sollen mit ihren beschränkten Mitteln womöglich wilden Völkern imponiren. Andre wieder werden durch die Rücksicht auf eine große Familie und dergleichen zu einer besonders starken Klebung gezwungen und wollen um keinen Preis von dem Posten weichen, der sie nährt. Außerdem ist die Sorte zu zahlreich vertreten, von der Friedrich der Große zu sagen pflegte: „Amüsant bei Tische, dann rausschmeißen!" Jetzt werden sie nicht immer rausgeschmissen. Und aus diesen Kreisen rührt zum Teil auch die Verstimmung mit Rußland her, deren Gründe ganz ähnlich denen sind, die zum siebenjährigen Kriege führten: Klatschereien, angeb-

liche oder wirkliche Bonmots Friedrichs über die Kaiserin Elisabeth und die Pompadour. *Man läßt sich jetzt durch die Ruhe täuschen.* Aber in solchen Situationen muß ich immer an die Geschichte von dem Bataillon denken, das 48 mit den Barrikadenleuten fraternisirte. Großes Erstaunen. Plötzlich wurde dem Kommandeur eine Meldung gebracht, und sofort hieß es: „So, Kinder, nun haben wir wieder Patronen, nun gehts los!“ Auch Rußland kann nicht eher an eine aktive Politik in großem Stil denken, als bis es Geld und die richtige Waffe hat. Aber die *Verstimmung* ist da, und doch wäre sie gerade jetzt sehr leicht zu vermeiden gewesen. Rußland hat das natürliche Bedürfnis, sich durch Liebenswürdigkeiten über die Schwierigkeiten im Innern hinweg zu helfen. Wir geben ihm keinen Anlaß dazu, deshalb ist es liebenswürdig mit Italien, mit Oesterreich, mit dem Papst, vielleicht allzu sehr mit Rumänien, und es tändelt mit Frankreich wie Don Juan mit einer neuen Schönen. Ein aggressives Vorgehen in Europa oder in Asien entspricht wohl bestimmt nicht den Absichten des Zaren, der ein ruhiger, besonnener und im familiären Glück behaglicher Herr ist; wenn er aber auf deutscher Seite eine unfreundliche Gesinnung und eine Stärkung des Polentums zu erkennen glaubt, dann kann er schließlich auch im Hieb die beste Parade sehen. Die Sehnsucht nach dem Besitz *Konstantinopels* ist unter Alexander dem Zweiten etwas zurückgetreten; er fürchtete eine Schwächung des Reiches — von Byzanz ist noch niemand fett geworden — und eine Erschwerung der Verwaltung, die jetzt schon fast unübersehbar ist. Für die rein deutschen Interessen kann es im Grunde gleichgiltig sein, ob Rußland eines Tages den Schlüssel zu den Dardanellen in die Tasche steckt, dem Sultan sein Serail und seine Sicherheit garantirt und dann abwartet, bis ihm Europa den Krieg erklärt. Ich weiß nicht, ob Frankreich diese Probe bestehen würde, denn im Orient hat es doch eigne Ambitionen; und ein Bündnis mit den Muhammedanern würde in Rußland, wo das religiöse Empfinden immer noch das stärkste Movens ist, sicher nicht besonders populär sein. Meine Politik ist heute noch dieselbe wie im Krimkrieg; ich würde sagen: Laßt mich mit euren Geschichten zufrieden, sie gehn mich nichts an, und ich will damit nichts zu thun haben. *Ich bin stets dafür, sich nicht einzumischen*, dann laufen einem die andern nach. Aber bei uns möchte man jetzt am liebsten *überall die Hand im Spiel haben* und nur ja nicht allein bleiben. Das erinnert mich an ein Hausmädchen, das meiner Frau den Dienst kündigte mit der Motivirung: „An allem kann ich mir gewöhnen, nur an dem Einsamen nicht.“ — Das Schlimmste ist, daß die jetzige Regierung das Rechte zu thun glaubt, weil sie *Unterstützung* findet. Wer unterstützt sie denn aber? Doch zunächst die Parteien, die mit den historisch gewordnen Verhältnissen unzufrieden sind. Wir werden das bei der *Militärvorlage* vielleicht wieder erleben. Die Konservativen beteuern ihre Unabhängigkeit vom Zentrum, aber sie werden dem Druck der Regierung nachgeben, und die Regierung wird sich vom *Centrum* stimmen lassen, das mit seinen polnischen und welfischen Dependenzen gern jede Unpopularität trägt, wenn diese Unpopularität in erster Reihe die bestehenden Reichseinrichtungen trifft. Die Regierung weiß auch ganz genau, daß sie auf das Zentrum angewiesen ist; daher in der Norddeutschen der Artikel über den Katholikentag, zu dem allerdings Herr Pindter als Katholik und mit der leisen Rancune gegen Preußen, die auch ich stets zu überwinden hatte, noch einigen eignen Honig gethan haben mag. Zur Klärung der Lage, wie die Zeitungen sagen, werden ja *die Militär- und Steuergeschichten* immerhin etwas beitragen. *Ich werde nur dann im Parlament erscheinen, wenn es unumgänglich notwendig ist.* Berlin ist Garnisonstadt, und ich müßte als einziger in des Königs Rock nach Pflicht und Gewissen Sr. Majestät Regierung

Opposition machen. Das ist eine fatale Rolle für mich, und ich habe eine Scheu davor, wie früher, als ich noch in offenem Wasser badete, wenn ich auf dem Sprungbrett stand. Auch würde die Presse ja doch alles entstellen, was ich sage. Es ist ja so leicht, ohne Fälschung, nur durch Weglassungen und Striche den Sinn einer Rede vollkommen zu ändern. Ich habe mich selbst einmal in diesem Fache versucht, als Redakteur der Emser Depesche, mit der die Sozialdemokraten seit zwanzig Jahren krebsen gehen. Der König schickte sie mir mit der Weisung, sie ganz oder nur teilweise zu veröffentlichen, und als ich sie nun durch Striche und Zusammenziehungen redigirt hatte, rief Moltke, der bei mir war, aus: „Vorhin wars eine Chamade, jetzt ists eine Fanfare." Vor allen Dingen aber erschwert eine Wahrnehmung mir das Hervortreten im Parlament. Die Persönlichkeiten der jetzigen Minister sind so dünn, die deckende Scheibe, die sie bieten, ist so durchsichtig, daß die Person des Monarchen immer hindurchscheint. Ich sehe für die Zukunft des monarchischen Gedankens eine Gefahr darin, wenn ein Herrscher, selbst in der besten Absicht, allzu häufig vor der Oeffentlichkeit sich ohne ministerielle Bekleidungsstücke zeigt. Und weil mir diese Gefahr sehr nahe scheint und ein Kampf mit Strohmännern mich nicht lockt, deshalb sage ich, wie Chamisso, als die Franzosen in Deutschland waren: Für mich hat die Situation kein Schwert.

30. Oktober. Der Leipziger Rechtsanwalt Dr. Hans Blum besucht den Fürsten in Varzin und berichtet darüber in den „Leipziger Neuesten Nachrichten" vom 3. bis 5. November Folgendes über seine Unterredung mit dem Fürsten:

Ich begann, nachdem der Fürst uns fragend anblickte und gleichsam mit den Augen das Wort gab: „Die nationalliberale Partei steht vor einer großen und folgenschweren Entscheidung. Sie werden ihr das Zeugnis nicht versagen, daß sie alle Zeit das Vaterland über alles gestellt hat, namentlich über jedes Eigen- und Parteiinteresse. So wird und muß sie auch betreffs der Militärvorlage entscheiden, d. h. sie wird und muß dem Vaterlande gewähren, was sie für notwendig erachtet zur Erhaltung und Vervollkommnung seiner Wehrkraft, wenn auch mit thunlichster Schonung seiner Bürger in Bezug auf Opfer und Lasten." — „Gerade die erste Voraussetzung für eine unbedigte Annahme der Militärvorlage ist nicht vorhanden: die Notwendigkeit," entgegnete Fürst Bismarck. „Womit wird denn die Vorlage begründet? Mit der großen Vermehrung der Kriegsstärke unsrer Nachbarn im Osten und Westen. Man will uns so stark machen, als die beiden zusammen sind, oder daß wir an zwei Fronten zugleich schlagen können. Warum an zwei Fronten und nicht lieber gleich an dreien? Wir werden höchst unwahrscheinlicherweise den Krieg an zwei Fronten zugleich haben. Denn Rußland wird keineswegs den Kriegsfall gegeben sehen, wenn ihn Frankreich vom Zaun brechen sollte, und für den höchst unwahrscheinlichen Fall, daß Rußland uns allein angriffe, wird Frankreich erst mal zusehn, wie sich die Sache entwickelt, und dann entweder mitthun oder nicht. Und warum sollen wir nun diese ungeheure Friedenspräsenzstärke bewilligen? Wer wird denn in dem künftigen Kriege siegen? Derjenige, der die ersten zwei bis drei Schlachten gewinnt. Und diese Schlachten werden doch nicht, so wenig wie bisher, von Millionen gleichzeitig auf einem Schlachfelde geschlagen, sondern höchstens von 2—300000 Mann. Eine größere Zahl von Menschen, von Kämpfern, läßt sich ja gar nicht gleichzeitig leiten, auch nur übersehen, nicht auf einem Schlachtfelde aufstellen. Selbst diese Massen könnte man nur von einem Luftballon übersehen. Es kommt also, wie bisher, auf

gute Führung, auf überlegene Taktik an, und die wird nicht gewährleistet durch eine ungeheure Vermehrung der Heere. Mit unsrer jetzigen Heeresstärke können wir bei richtiger Führung sehr wohl, sogar an zwei Fronten, erfolgreich operiren. Graf Caprivi selbst hat sich ja schon überzeugt und überzeugend vor unlanger Zeit gegen die rage des nombres ausgesprochen. Weshalb soll also die Zahl, die Ueberzahl, plötzlich den zukünftigen Sieg verbürgen? — „Sodann wird die Militärvorlage begründet mit der angeblich gesteigerten Kriegsgefahr. Ich vermag durchaus nichts zu erkennen, was diese Gefahr jetzt dringlicher erscheinen läßt, als im Jahre 1888. Im Gegenteil. Ich glaube, daß der Krieg vor zwei bis drei Jahren keinesfalls ausbricht. Denn Frankreich ist heute ungleich friedlicher gesinnt und weniger schlagbereit, als 1888. Damals trieb »die Boulange« ihr Unwesen in Frankreich. Boulanger war unmittelbar daran, eine Dynastie Boulanger zu gründen. Er brauchte nur an den Knopf zu drücken, so war er Herrscher Frankreichs, und dann gab es Krieg. Die Franzosen lassen sich von solchen Abenteurern sofort mitreißen. Ich erinnere mich eines Falles aus dem Anfang des Jahres 1871, als Gambetta den Abschluß der Friedenspräliminarien verzögern wollte, da kam eines Tages ein bekannter Bonapartist zu mir und sagte, er sei entschlossen, nach Bordeaux zu reisen und dort Gambetta mit dem Revolver niederzuschießen, dann werde er an den Knopf drücken und den Dienern befehlen: »Schafft das Schwein hinaus!« und den Besitz der Regierung ergreifen für den Kaiser. Er brauchte nur sechs Leute, die so dächten wie er, um unter dem ersten Schrecken die Macht zu ergreifen. Ich glaube, daß der Mann Recht hatte. Wir ließen uns aber doch auf das Abenteuer nicht ein. Denn jede Monarchie in Frankreich ist für den Frieden mit Deutschland gefährlicher als die Republik. Die Monarchie findet leichter Bündnisse mit den monarchischen Staaten, namentlich mit Rußland, und besitzt an sich selbst mehr kriegerischen Explosionsstoff. Daß die jetzigen französischen Machthaber jetzt nicht an Krieg denken, verrät uns am deutlichsten die Thatsache, daß sie den päpstlichen Segen für ihre Republik erbeten und erhalten haben — der Papst hat uns damit gar keinen Tort angethan! Denn das geschah doch nur, um die inneren Gegensätze und Spannungen in Frankreich auszugleichen, zu beseitigen, dem großen lebhaften und allgemeinen Friedensbedürfnis des französischen Volkes zu entsprechen und den Machthabern Frankreichs ein möglichst bequemes, friedliches Leben zu bereiten. Außerdem wissen diese Herren ganz genau, daß der erste bedeutendere General sie mit seiner Diktatur sofort endgiltig ablösen und hinwegfegen würde."

„Nun zu Rußland. Rußland schildert man immer so, als ob dort nahezu die ganze Bevölkerung in blindem Ungestüm einen Krieg mit Deutschland verlange. Aber wer will denn eigentlich in Rußland den Krieg? Der Zar nicht. Denn er ist ein bedächtiger Herr, der nichts mehr liebt, als seinen ruhigen, bequemen Hausfrieden, so lange er ihn nur halten kann. Das russische Volk in seiner ganz überwältigenden Mehrheit will den Krieg auch nicht. Es sind nur drei Elemente, die in Rußland zum Kriege hetzen: die Presse, die Polen und die Juden. Die Presse nur in so weit, als sie vom Auslande, von Polen und Juden beeinflußt ist, oder von Polen und Juden bedient wird. Die Seele aller Kriegshetzerei in Rußland aber sind die Polen. Und nicht etwa deshalb, weil sie meinen, daß Rußland in dem Kriege siegen werde, sondern weil sie denken, daß Rußland geschlagen und zerschlagen werde und es dann den Polen möglich werde, ihr Polenreich wieder aufzurichten. Die Juden, die in der russischen Presse und sonst mit in das Kriegsgeschrei

einstimmen, thun dies aus demselben Grunde wie die Polen; ihnen geht es in Rußland schlecht, und sie hoffen, daß, wenn es Rußland im Kriege schlechter geht, es dann den russischen Juden besser gehen werde. Wie viele Polen in der russischen Presse, in hohen russischen Aemtern, selbst in der russischen Armee sich einzunisten verstanden haben, das wäre genauerer Forschung wert. Ich halte ihre Zahl für sehr bedeutend und auch ihren Einfluß. Viele haben freilich, um sich als Polen unkenntlich zu machen, ihre Endsilben »owski« abgelegt, aber z. B. Wannowski ist ein echter Pole, auch der Chef des russischen Generalstabes — freilich fällt mir augenblicklich sein Name nicht ein —, und selbst der General Gurko entstammt einer polnischen Familie Weißrußlands. Rußland ist aber — ganz abgesehen von seiner Hungersnot, seinen Choleraverheerungen und seiner Finanzlage — für mindestens drei Jahre am Kriege verhindert, weil es eher seine Ausrüstung mit dem neuen Gewehr und Pulver nicht vollendet hat. Es kann also von unmittelbarer Kriegsgefahr von diesen beiden Seiten gar keine Rede sein."

„Nun soll die Militärvorlage schmackhaft gemacht werden durch die zweijährige Dienstzeit. Ich halte diese Operation für höchst bedenklich. Man sollte doch meinen, daß der alte Kaiser Wilhelm, Moltke und Roon auch etwas von der Sache verstanden haben und nicht gegen Windmühlen kämpften, nicht grundlos dreißig Jahre lang mit aller Kraft an der dreijährigen Dienstzeit unerschütterlich festhielten, als Grundlage der deutschen Wehrkraft. Man solle sich doch daran erinnern, welche Opfer unser hochseliger Kaiser und König Wilhelm es sich hat kosten lassen, um die Grundlage unsrer Wehrverfassung zu behaupten. Als ich, aus Paris von ihm berufen, am 19. September 1862 nach Berlin kam und Audienz bei ihm erlangte, da hatte er bereits seine Abdankung unterzeichnet! Die Urkunde lag vor ihm, als ich eintrat und er mir sein Ministerium anbot. Er war willens, den Kronprinzen rufen zu lassen und die Abdankungsurkunde und die Regierung in dessen Hand zu legen, falls ich mich dem königlichen Rufe versagte! Ich aber sagte sofort zu. »Ja, wollen Sie denn auch gegen die Majorität des Landes Ihr Amt antreten und führen?« fragte mich der König. »Ja,« erwiderte ich. »Und auch ohne Budget?« »Ja, Majestät.« Nun zerriß er die Abdankungsurkunde, und später auch ein Programm von sechzehn Seiten, das er entworfen hatte, um meinem »Junkertum« einige Zügel anzulegen, und war wieder voller Mut und Hoffnung. Aber ein vierzehntägiger Aufenthalt in Baden-Baden bei seiner Gemahlin veränderte seine Stimmung wieder durchaus. Er schrieb mir äußerst niedergeschlagen. Ich reiste ihm bis Jüterbogk entgegen, dessen Bahnhof damals noch gar nicht fertig war. Als ich ankam, war alles dunkel. Niemand wußte Bescheid, nicht einmal, ob der König komme. Ich setzte mich auf eine umgestülpte Karre und wartete auf den Zug, mit dem der König kommen wollte. Der Zug fuhr ein. Immer noch kein Licht. Ich lief den Zug entlang, niemand wollte vom König wissen. Es war ein gewöhnlicher Zug — damals fuhr man noch nicht im Sonderzug, wie mans jetzt nennt —, endlich fand ich den König in einem Coupé erster Klasse. Er war fast noch gebeugter, nach den zwei Wochen Baden-Baden, als zuvor. Seine Gemahlin hatte ihn beim Rüffel der Weltgeschichte erfaßt. Ich faßte ihn nun beim preußischen Portespée. »Ja, was soll denn werden?« fragte er mich. »Ich sehe weit genug von meinem Schlosse, um auf dem Platz davor Ihr Haupt fallen zu sehen, und dann fällt das meinige.« — »Nun, was mich betrifft, Majestät, kann ich mir denn einen schöneren Tod denken, als diesen und den auf dem Schlachtfelde? Ich würde dann fallen wie Lord Strafford und Eure Majestät nicht wie ein Ludwig der Sechzehnte, sondern wie ein Karl der Erste. Das ist doch eine ganz

anständige historische Figur.« — »Et après?« fragte er. — »Würden Eure Majestät als Kompagnieführer denn Ihre Kompagnie im Gefechte im Stiche lassen wollen?« fragte ich zurück. »Nein!« rief er, gerade und fest aufspringend. Damit hatte ich ihn wiedergewonnen. Das preußische Porteépée hatte gesiegt! — So ernst waren jene Tage, und so viel hat mein hoher Herr für die Grundlage der deutschen Wehrverfassung gewagt und gethan, die jetzt in Frage gestellt wird."

„Und wie denkt man sich diese zweijährige Dienstzeit? Jetzt bilden unsre Elitetruppe die dreijährig Gedienten. Diese Truppe soll in Zukunft zu einer Art von »Strafbaiern« gemacht werden — der Herr (Rödiger) aus Hessen wird den Ausdruck ja von 1850 her in Erinnerung haben und verstehen — in welchem Ansehen werden diese Leute in Zukunft bei den Rekruten stehen? Jetzt betrachtet der Rekrut sie mit Achtung, als die im Dienst erfahrensten, die statt der Unteroffiziere die Rekruten militärisch ausbilden. In Zukunft sähe er in den Leuten, die ihn ausbilden, in den Dreijährigen, nur Leute mit einer Nota levis maculae, Leute, die wegen ihres schlechten und straffälligen Verhaltens länger als zwei Jahre bei der Fahne festgehalten sind."

„Endlich, wie soll die ungeheure Mehrausgabe von wahrscheinlich neunzig Millionen, die die Militärvorlage verlangen würde, aufgebracht werden? Diese Frage findet keine Antwort in dem Entwurfe und dessen Begründung. Eines nur ist gewiß: durch Matrikularbeiträge ist das nicht zu machen; die Einzelstaaten sind dazu nicht imstande, und der bloße Versuch schon, ihnen eine so große Mehrbelastung aufzubürden, würde eine Mißstimmung im ganzen Reiche hervorrufen, die der nationalen Sache äußerst gefährlich wäre."

„Die Mängel unsrer jetzigen militärischen Einrichtungen erkenne ich vollständig an. Sie bestehen aber nicht in einer zu kleinen Zahl der Mannschaft im Vergleich zu der Zahl der Mannschaften in Frankreich und Rußland, sondern in einer zu geringen Zahl von Unteroffizieren, Offizieren und Friedenspferden, namentlich bei der Artillerie. Es wäre meines Erachtens die richtige Lösung der ganzen Frage, die hier aufgeworfen wird — und zwar aufgeworfen wird mit einer unglaublichen Durchsichtigkeit der Männer, die sie vortragen —, daß der Reichstag nicht etwa die Vorlage unbedingt ablehnt, sondern sich bereiterklärt, diesen wirklich vorhandenen Mängeln unsrer Heeresverhältnisse abzuhelfen, sobald man ihm die richtigen Quellen nachweist, aus welchen die Mehrbedürfnisse für diese Verbesserungen entnommen werden können, ohne die Einzelstaaten des Reiches unerträglich zu belasten. Diese Notwendigkeit: erst die Quellen für neue Steuern zur Deckung der Militärlasten nachzuweisen, ehe die erhöhten Militärbedürfnisse bewilligt werden können, hat namentlich Miquel genauer nachgewiesen."

Auf eine nach dieser Auseinandersetzung seitens des Amtsrichters Dr. Kind an den Fürsten gerichtete Frage, ob er nicht in diesem Sinne seine gewichtige Stimme im Reichstage vernehmen lassen und abgeben wolle? Dort könne der Fürst wohl den Krystallisationspunkt für die große Mehrheit bilden, rief der Fürst:

„Nein! da kennen Sie die Mehrheit des jetzigen Reichstages nicht! Die Mehrheit würde mich meiden wie einen Pestkranken. Ein Hamburger Cholerakranker wäre im Vergleich zu mir eine begehrte Persönlichkeit. Die allermeisten würden die Befürchtung hegen, daß der Umgang mit mir sie der Einladung zu Hofe beraube, der Beförderung ihrer Söhne nachteilig sei — und was sich die Leute sonst einbilden würden. Außerdem würde ich im Reichstag einige Stunden warten können, bis ich zu Wort käme, und dann nochmals einige Stunden, ehe ich meinen Gegnern antworten könnte. —

Der Schmutz, mit dem mich meine Feinde bewerfen würden, wäre mir zwar ganz gleichgültig. Mein Erscheinen in Berlin brächte mir aber die größten Unannehmlichkeiten."

Der Fürst kam hierauf bei einem geschichtlichen Rückblick, zu dem ihn mehrere gestellte Fragen führten, auch auf die Friedensverhandlungen des Jahres 1866 und die Gründung des Norddeutschen Bundes zu sprechen und entwickelte in sehr interessanten und teilweise neuen Ausführungen die Gründe, die Preußen 1866 veranlaßten, das Königreich Sachsen in vollem Umfang und in voller Selbständigkeit innerhalb des Norddeutschen Bundes fortbestehen zu lassen. Der Fürst sagte etwa:

Se. Majestät König Wilhelm war geneigt, ein Stück von Sachsen zu nehmen, aber auch nur ein Stück von Hannover und Kurhessen. Von Hannover wollte er nur den nördlichen Teil in Preußen einverleiben, den Süden, sogar den für unsre Verbindung mit dem Westen wichtigen Kreis Göttingen dem König Georg überlassen. Ebenso wollte er nur die Hälfte von Kurhessen nehmen und den Kurfürsten als souveränen Herrn mit der Residenz in Hanau fortregieren lassen. Entscheidend für eine andre — die geschichtlich feststehende — Lösung der Frage war für mich die Frage nach der Bundestreue der Fürsten, um deren Land es sich hier handelte. Diese Bundestreue hätten wir bei den Herren von Hannover und Kurhessen nach 1866 keineswegs mit völliger Sicherheit gefunden. Dagegen war sie sicher zu erwarten von dem ehrwürdigen, aufrichtigen König von Sachsen. Zudem hätte, wenn wir Sachsen genommen hätten — außer Hannover, Hessen, Nassau, Frankfurt —, von einem norddeutschen „Bunde" eigentlich nicht mehr die Rede sein können. Denn dann hätte nur ein sehr großes Preußen einer Anzahl von Kleinstaaten gegenübergestanden. Auch wäre die französische Kriegslust, ebenso wie die Neigung Oesterreichs, ein zweites mal das Glück der Waffen gegen uns zu versuchen, bei weitem größer gewesen, wenn wir Sachsen genommen hätten. Ja, Oesterreich — Graf Karolyi erklärte mir mit wackerer Gesinnung geradezu, daß Oesterreich den Krieg fortsetzen werde, wenn wir nicht die Selbständigkeit und Integrität Sachsens zusagten, denn Sachsen sei der einzige deutsche Staat, der mit rühmlicher Tapferkeit und Treue an Oesterreichs Seite gekämpft habe, und diesen Bundesgenossen könne Oesterreich nicht im Stiche lassen. Oesterreich hatte deshalb von uns in den Friedensverhandlungen in Nikolsburg die gewünschte Zusage bezüglich Sachsens erhalten. Durch das Ungeschick der österreichischen Unterhändler war allerdings diese Zusage nicht so scharf formulirt worden, daß es nicht in unsrer Hand gelegen hätte — auch dieser Vorschlag tauchte damals auf —, „das Unrecht," das einst der Ernestinischen sächsischen Linie zur Zeit Karl des Fünften und des Kurfürsten Moritz zugefügt worden war, „wieder gut zu machen," indem man etwa den Großherzog von Weimar oder den Herzog von Koburg-Gotha auf den sächsischen Königsthron setzte. Aber so zweifelhaft die betreffende Klausel auch lauten mochte, wir hielten uns an eine ehrliche Auslegung gebunden und dazu verpflichtet, die Klausel so auszuführen, wie Oesterreich sie zweifellos verstanden hatte, und Preußen und Deutschland hat es nie zu bereuen gehabt!

In ihrer Nummer vom 4. November berichten die „Leipziger Neuesten Nachrichten" über Blums fernere Unterredung mit dem Fürsten. Die Anknüpfung bot ein Artikel in dem Novemberhefte der „Deutschen Revue," betitelt „Die russisch-französische Allianz und der Dreibund in geschichtlicher

Beleuchtung." In diesem Artikel war gesagt, Fürst Bismarck habe 1875 den Krieg mit Frankreich geplant und sei nur durch das entschiedene Machtwort Kaiser Wilhelms davon abgehalten worden. Dies sei aber für Deutschland verhängnisvoll geworden, weil die Einmischung Rußlands zur Aufrechterhaltung des Friedens von eben diesem Jahre 1875 an Rußland und Frankreich einander genähert hätte. Es sei daher unwahr, wenn Bismarck in seiner Wiener Ansprache im Sommer 1892 gesagt habe, die Beziehungen Deutschlands zu Rußland seien erst seit seinem Ausscheiden schlechter, die Beziehungen Rußlands zu den Franzosen günstiger geworden. Inzwischen hat die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" vor einiger Zeit die Ausführungen des Artikels der Deutschen Revue desavouirt und sie als beweislose Behauptungen bezeichnet. Fürst Bismarck wußte von diesem Desaveu noch nichts, als er sich Herrn Blum gegenüber nach dessen Bericht folgendermaßen ausließ:

Die „Deutsche Revue" scheint auch an einer hochgradigen Offiziosität zu leiden. Sie beschuldigt mich, 1875 den Krieg mit Frankreich gewollt zu haben. Der Anonymus, der das zu drucken wagt, hat, nach vielen seiner Mitteilungen, scheinbare Beziehungen zum Auswärtigen Amte. Aber alles, was er vorbringt, sind nur unrichtige Schlüsse aus falschen Behauptungen. Das Auswärtige Amt verwahrt die vollständigen urkundlichen Nachweise, um diese Lügen als solche festzunageln. Ich besitze die Urkunden natürlich nicht einmal in Abschrift. Aber ich kann eine Fülle andrer Zeugnisse und Beweismittel gegen diese Verleumdung anrufen. Frankreich war im Frühjahr 1875 so schwach, daß, als das Kriegsgeschrei sich erhob, die französischen Generale nach amtlichen Versicherungen offen erklärten, sie würden sich im Felde gar nicht stellen, gar nicht schlagen, um die Frivolität des deutschen Angriffs vor aller Welt zu beweisen. Ich habe nun immer den Beginn eines Krieges, den wir, anders als gezwungen und gedrungen, aufnahmen, für eine Ruchlosigkeit gehalten und dieser Empfindung entsprechend, gehandelt. Ich habe das bewiesen 1867 bei der luxemburger Frage, wo ich gegen starke Strömungen den Krieg vermied, in der Meinung, daß beim Tode des Kaisers Napoleon — der damals früher erwartet wurde, als er wirklich eintrat — der Widerstreit aller französischen Parteien an seinem Sarge sich ein mehr oder minder freundliches Rendezvous geben würde und uns dadurch vielleicht überhaupt den Entscheidungskrieg gegen Frankreich ersparen könne.

Im Gegensatze zu dieser meiner Auffassung ging der deutsche Generalstab, an dessen Spitze der vortreffliche Moltke, 1875 von der Ansicht aus, Frankreich wolle ja doch einmal den Krieg, also müsse man ihm zuvorkommen, so lange es unvorbereitet sei. Moltke und auch Radowitz — der alle Ihnen bekannten Eigenschaften seines Vaters geerbt und die für einen Diplomaten sehr ungünstige hinzuerworben hat, nach dem dritten Glase Wein seiner Zunge die Zügel schießen zu lassen, und dem ich nach der Deutschen Revue meine tiefsten Geheimnisse damals anvertraut haben soll — erklärten offen bei Tische, daß wir Frankreich bekriegen würden. Ich dachte gar nicht an Krieg — ich war damals vom Kulturkampf vollständig in Anspruch genommen, der auf seiner Höhe stand — und verlangte sehr entschieden vom König, daß er dem Generalstab erkläre, er habe sich nicht in die Geschäfte des Auswärtigen Amts zu mischen, und ich erreichte das, wenn auch auf Umwegen und nach einigem Wider-

streben seitens des Königs, da der eigentliche Uebelthäter, wie gesagt, der auch von mir hochverehrte Moltke war. Die Urkunden für diesen Verlauf der Sache liegen im Auswärtigen Amt. Es läßt sich daran gar nicht rütteln.

Die Sendung des Herrn von Radowitz nach Petersburg hatte einen ganz andern Zweck, als den, welchen der kundige Thebaner der Deutschen Revue ermittelt hat. Diese behauptet, ich hätte Radowitz beauftragt, „dem Fürsten Gortschakoff vertraulich zu eröffnen, daß meiner Ansicht nach Frankreich einen Angriff auf Deutschland plane und letzteres in die Notwendigkeit sich versetzt sehen könne, demselben zuvorzukommen; in diesem Falle hoffe ich, daß Rußland dieselbe wohlwollende Neutralität beobachten werde, wie 1870, zumal es dann in der Lage sein werde, seine großen Projekte im Orient auszuführen. „Es ist schwer zu begreifen, wie der Kanzler an den Erfolg eines solchen Schrittes glauben konnte!" ruft der Anonymus der Deutschen Revue. Ja, ich würde mich selbst nicht begriffen haben, wenn ich an den Erfolg eines solchen Schrittes hätte glauben können. Aber ich habe ihn nicht gethan, sondern Herr von Radowitz sollte unsern Vertretern in Petersburg, dem Stellvertreter des Prinzen Reuß, unsers Botschafters, der beurlaubt war, und unsrem Militärbevollmächtigten, dem General v. Werder, vorstellen, ich müsse mir entschieden verbitten, daß sie sich von dem Fürsten Gortschakoff so wie bisher mißbrauchen oder geradezu notzüchtigen ließen, mir alle indiskreten Fragen, welche der russische Premier an mich zu richten für gut finde, auf Kosten des preußischen Staates zu telegraphiren. Fürst Gortschakoff hatte nämlich im russischen Budget ein Pauschquantum zur Deckung seiner Auslagen für amtliche Depeschen zugewiesen erhalten. Was er an dieser Pauschsumme sparte, fiel in seine Tasche. Und nun benutzte er in unverschränktester Weise unsre Botschaft und Militärvertretung in Petersburg, um auf preußische Kosten Telegraphenauslagen zu sparen; schließlich also den Herrn sagen, wenn ihnen Gortschakoff wieder solche Zumutungen mache, sollten sie ihn einfach an den russischen Botschafter in Berlin weisen.

12. November. Die Vorgänge bei der Veröffentlichung der Emser Depesche sind, sagen die „Hamburger Nachrichten," aus bekanntem Anlasse in der Presse aufs neue erörtert worden; dabei hat man das Verhalten des Grafen Bismarck häufig als eine bedenkliche und tadelnswerte Sache dargestellt. Logisch wäre daraus zu schließen, daß alle diejenigen, die so sprechen, es lieber sehen würden, wenn der Krieg überhaupt nicht geführt worden wäre. Wenn Graf Bismarck damals durch die Veröffentlichung der Depesche darauf hingewirkt hat, die Franzosen bis zur vollen Uebernahme der Initiative und der Schuld am Kriege zu reizen, so glauben wir, daß der damalige Leiter der Politik sich damit um Deutschland wohl verdient gemacht hat. Wäre die französische Kriegserklärung damals nicht erfolgt, wäre der ganze Krieg unterblieben, so blieb die Thatsache bestehen, daß Deutschland in einer spanischen Angelegenheit von Frankreich grundlos bedroht, in öffentlichen französischen Verhandlungen beschimpft und herausgefordert war und sich vor diesen Drohungen und Beschimpfungen von seiner eingenommenen Stellung zurückgezogen hätte. Es wäre in eine ähnliche Lage gekommen, wie sie 1850 den nationalen und liberalen Politikern als

das Ergebnis von Olmütz erschien. Thatsächlich wäre die Lage 1870 aber demütigender gewesen als die der Olmützer Zeit, weil in Olmütz Oesterreich im Bunde mit Rußland auftrat und der österreichischen Politik wirkliche österreichische Interessen zu Grunde lagen, während die französischen Herausforderungen 1870 rein mutwillig und händelsüchtig waren. Nur durch den gemeinsamen Krieg war die deutsche Einheit zu vollenden. Erfolgte der Kampf nicht, so hatte Norddeutschland eine schwere Schädigung seiner nationalen Ehre und seiner nationalen Aufgaben weg und konnte sich aus der ehrverletzten Lage, in die es geraten war, nur durch Neuschaffung vielleicht ungeschickter Kriegsfragen retten, die nicht bloß im Auslande unverstanden geblieben oder unliebsam aufgenommen worden wären. Nicht um „den Krieg noch heißer zu entflammen," wie sich ein nationalliberales Blatt ausdrückt, sondern um demütigende Friedenssituationen und die Lahmlegung der nationalen Entwicklung zu hindern, und um diese nationale Entwicklung in den günstigen Weg gemeinsamer Kämpfe aller Deutschen gegen erneute französische Uebergriffe zu leiten, war der Krieg notwendig. Wäre er unterblieben und an seine Stelle ein fauler Friede mit Beibehaltung der Maingrenze getreten, so wäre damit auch die junge Blüte des Norddeutschen Bundes wahrscheinlich geknickt gewesen, ohne die Frucht der Reichseinigung zu bringen.

15. November. Der katholische „Westfälische Merkur" äußert die Ansicht, Fürst Bismarck scheine „seine Fälschung," die er nach dem Grundsatz „der Zweck heiligt die Mittel" vorgenommen, für eine Großthat zu halten. Ein trauriger Mangel an Gewissen und Schamgefühl, eine arge Rücksichtslosigkeit gegen das Andenken des alten Kaisers verrate sich da.

16. November. Das Berliner sozialdemokratische „Vorwärts" bemerkt: Der Fälscher fühlt das Bedürfnis, sich zu verteidigen — oder zu entschuldigen. Er schreibt in seinen „Hamburger Nachrichten" (folgt obiger Artikel dieses Blattes vom 12). Der Fälscher hätte besser gethan, zu schweigen. Um die Fälschung zu beschönigen, lügt er, daß Deutschland oder Preußen gedemütigt gewesen sei, wenn die Depesche nicht gefälscht und Frankreich zum Krieg getrieben worden wäre. Auch wenn das wahr wäre, wäre es Schinderhannes-Moral. Das Gegenteil ist aber wahr. Frankreich, d. h. Napoleon, war in Ems gedemütigt, denn Benedetti hatte sich mit der entschieden ablehnenden Antwort des Königs Wilhelm „zufrieden gegeben," wie es in der echten Emser Depesche ausdrücklich heißt. Der Fälscher fühlt auch, daß diese faustdicke Lüge von niemand geglaubt wird. Und da läßt er denn, um das Urteil zu blenden, die Glorie des „heiligen Krieges" mit seinen vielen Siegen und den Juwelen des neuen deutschen Kaiserreichs vor den Augen des Publikums blinken und funkeln. Das ist das Verteidigungssystem jener hochstapelnden Buhldirne, die dem Gerichtshof als letztes Argument zurief: Ja hätte ich nicht betrogen und geschwindelt, so hätte ich diese Diamanten und Prachtkleider nicht. Die Hochstaplerin ward ins Zuchthaus geschickt. Und der Fälscher der Emser Depesche? —

Die „Hamburger Nachrichten" lassen sich also vernehmen: Bezüglich der Mitteilung, Fürst Bismarck habe sich deshalb gegen

eine unbedingte Annahme der Militärvorlage ausgesprochen, weil zur Steigerung der deutschen Heeresmacht keine politische oder militärische Notwendigkeit vorliege, war behauptet, der Fürst habe schon im Winter 1889/90 eine außerordentliche, durch das Militärgesetz vom Frühjahr 1890 keineswegs erschöpfte Verstärkung der Wehrmacht unter Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht aus politisch-militärischen Gründen für unbedingt erforderlich gehalten. Dazu wird in den „Hamburger Nachrichten" bemerkt:

Aber doch nicht die jetzt in Frage stehende Militärvorlage hat Fürst Bismarck damals empfohlen. Eine Verstärkung unsrer nationalen Wehrmacht hielt er 1890 allerdings, und hält sie gewiß noch heute für geboten, jedoch nicht die, welche jetzt erfolgen soll. Und sich „unbedingt" für irgend eine demnächst einzubringende Vorlage auszusprechen, war er nach allem, was über die damaligen Vorgänge bekannt ist, schon deshalb nicht in der Lage, weil sein Ausscheiden aus dem Dienste zu Anfang Februar 1890 absehbar, wenn auch bereits früher ohne seine Mitwirkung vorbereitet war, und sein Widerspruch gegen oder sein Eintreten für kriegsministerielle Vorlagen, welche mit kaiserlicher Genehmigung an das Staatsministerium gelangten, für die Mehrheit seiner Kollegen in demselben nicht mehr entscheidend war.

17. November. Der geschäftsführende Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Verbands spricht dem Fürsten Bismarck Dank aus dafür, daß er ausgesprochen habe, solange er die Politik geleitet, würde Sansibar niemals englisch geworden sein.

18. November. Unter der Ueberschrift „Herbsttage in Varzin" schildert der Historiker Kämmel zu Leipzig in den „Grenzboten" seinen Besuch beim Fürsten Bismarck. Darin heißt es über die Art von dessen Entlassung:

Trotz allem äußern Gleichmut aber ging es doch fast wie ein Zug von Wehmut durch das Ganze, und erschütternd wirkte es, als er rasch und scheinbar leichthin bemerkte: „Ich sehe sehr trübe in die Zukunft." Daß ihn die reinste Vaterlandsliebe bei jedem Wort erfüllte, und daß sein Urteil nicht etwa von dem Groll über seinen Sturz beherrscht wurde, sondern von der Sorge um des Reiches Wohl und Wehe, das trat mit greifbarer Deutlichkeit hervor. — Von der Unterhaltung bei der Tafel wird erzählt: Und doch, obwohl die Tafel von Behagen glänzte, klang es wie ein wehmütiger Ton hindurch, als der Fürst einmal äußerte: „Ja früher, da interessirte ich mich für alles mögliche, Landwirtschaft, Jagd, Pferde u. s. w.; jetzt ist das alles weg, ich interessire mich nur noch für Politik!" Die Fürstin, meine Nachbarin, wollte das nicht gelten lassen, aber man fühlte, was in diesem Augenblicke die Seele des großen Mannes drückte.

19. November. Nach einem Berichte des Pariser „Gaulois" hat Graf Benedetti, an den das Blatt einen Berichterstatter geschickt hatte, die deutsche Auffassung des Vorgangs in Ems vom 13. Juli 1870 bestätigt.

3. Dezember. Auf der Reise von Varzin nach Friedrichsruh berührt Fürst Bismarck wieder Berliner Bahnhöfe und wird hier durch eine große Menge begrüßt.

12. Dezember. Im Pariser „Matin" veröffentlicht Herr des Houx Mitteilungen über eine Unterredung, die er neuerdings mit dem Fürsten Bismarck in Varzin gehabt:

Die Emser Depesche kam zur Sprache. „Es war mir nicht in den Sinn gekommen," sagte Bismarck, „daß die Wahl des Prinzen von Hohenzollern Napoleon III. hätte beleidigen können. Der Vater dieses Prinzen war ein Freund des französischen Kaisers, sein Großvater war durch die Verbindung mit einer Murat mit der Familie der Bonaparte verwandt. Ich glaubte, daß im Gegenteil diese Nachbarschaft der kaiserlichen Regierung angenehm wäre. Für uns Deutsche war der Vorteil, in Madrid einen König unsrer Nationalität zu haben, von geringer Bedeutung. Wir werden nie sagen können wie Ludwig XIV.: Es giebt keine Pyrenäen mehr; zwischen Deutschland und Spanien giebt es etwas andres als Berge, und das ist Frankreich. Am 6. Juli 1870 war ich hier in Varzin, ruhig wie in Arkadien. Man schickte mir den Sitzungsbericht aus dem gesetzgebenden Körper, und da glaubte ich an den unbedeutenden Gründen, die man geltend machte, zu erkennen, daß es in Frankreich beschlossene Sache sei, uns zu bekriegen. Das schüttelte mich vom Kopf bis zu den Füßen. Ich eilte zu meinem Könige, ich stellte ihm den Ernst der Lage vor, die Notwendigkeit, sofort zu rüsten, den offenkundigen Willen der kaiserlichen Regierung, mit uns Streit zu suchen. Ich war," fuhr Bismarck fort, „durch zwei Vorgänge gereizt. Einmal mißfiel es mir, daß Graf Benedetti in Ems unmittelbar mit dem Könige, meinem Herrn, verhandelte, und dann erhielt ich Nachrichten aus Paris, die mich erregten. Unser dortiger Gesandter war Graf Werther, ein verhängnisvoller Mann, denn er war 1866 in Wien und 1870 in Paris. Er zog den Blitz an, aber nicht wie die Blitzableiter. Ich hörte, er habe den Text eines Briefes entgegengenommen, für den man die Unterschrift meines Königs erlangen wollte. Dieser Brief war in solchen Ausdrücken abgefaßt, daß man sagen konnte: Preußen zieht den Schwanz ein. Aber Preußen durfte den Schwanz nicht einziehen. Ich war der Meinung, daß man alle Zugeständnisse machen solle, die mit der Ehre verträglich wären, und daß man den Krieg noch hintanhalte, obgleich wir fertig waren. Wie ich Ihnen schon sagte, habe ich diesen Grund nie für ausreichend gehalten, einen Krieg zu erklären, aber wir hatten schließlich keine Ursache, vor der Drohung zu weichen, wir wußten uns stark genug, um Herren unsrer Entschlüsse zu sein. Ich berief Herrn von Werther sofort ab. Man hat das für einen Bruch der Beziehungen angesehen, aber das war es nicht. Ich berief ihn ab, weil er zuließ, daß die Verhandlungen in St. Cloud eine Form annahmen, die mir nicht paßte, und die für mein Land demütigend war. Inzwischen war Herr Benedetti, wie Sie wissen, beauftragt, den König mit einer Verpflichtung für die Zukunft zu ersuchen, die Verzichtleistung des Prinzen von Hohenzollern zu bescheinigen. Der König setzte dem die allbekannte Weigerung entgegen und der Vorfall wurde in einer sehr langen und ziemlich unklaren Depesche wiedergegeben, die mir mitgeteilt wurde, bevor sie an die übrigen Regierungen gesandt werden sollte. Das ist die Depesche, deren Fassung ich geändert habe, wie es mein Recht als Minister des Auswärtigen war, indem ich sie kürzte, indem ich sie kategorischer und klarer machte, ohne aber an die Sache selbst zu rühren, ohne ein Wort einzufügen, das nicht wahr gewesen. Ich weiß die genauen Ausdrücke meiner Depesche nicht mehr, aber sie verhielt die Einwilligung des Königs, mit dem ich damals einer Meinung war. (Die geschilderte Unterredung fand vor der Reichstagsverhandlung vom 28. November 1892 statt, in der Reichskanzler Graf Caprivi die Depeschen vorlas.) Ich habe auch das Bewußtsein, nach besten Kräften die Würde meines Souveräns und meines

Landes gewahrt zu haben. Waren denn die Verhandlungen des gesetzgebenden Körpers und die Volkskundgebungen in Paris und ganz Frankreich keine Drohungen und Herausforderungen? Konnten wir unter diesen Verhältnissen Aufforderungen nachkommen, die wie Befehle lauteten? Und meinen Sie, der Krieg wäre vermieden worden, die, welche Ihren Kaiser dazu drängten, hätten ihn nicht erklärt, wenn ich eine Depesche durchgelassen hätte, die dieselben Dinge weniger kurz und weniger genau gesagt hätte? Glauben Sie, daß das Schicksal der Welt an einer Frage über die Redaktion gehangen, daß der Grund der Dinge mit den Worten eines Telegramms geändert worden wäre?" — Zum Schluß teilt des Houx mit, wie Bismarck ihn auf den Boden gewiesen, auf dem früher oder später eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich erwünscht und politisch wie gesellschaftlich geboten erscheine: in der gemeinsamen Abwehr der sozialistischen Gefahr.

Ziemlich verspätet ist die in Teil II von 1891, Seite 142, übergegangene Notiz, daß der Reichsgerichtspräsident v. Simson den Kaiser in Leipzig auf die Gefährlichkeit des Fürsten Bismarck aufmerksam gemacht habe, in Abrede gestellt worden.

Siebenter Abschnitt.

Parteibewegung.

I.

Konservative Partei.

18. Juli. Zur Frage der Aenderung des konservativen Parteiprogramms äußert sich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung," indem sie zu sorgsamer Ueberlegung dieses Schrittes nach allen Seiten hin rät. Man müsse auf die obersten feststehenden Prinzipien des Konservatismus zurückgehen und dann prüfen, welche Gedanken und Bestrebungen damit in Einklang zu bringen seien, und welche nicht. Die Lösung der Frage wünscht das Blatt nach folgenden Gesichtspunkten:

„Das nationale Bedürfnis des deutschen Volkes erheischte die Errichtung und innere Einrichtung des deutschen Reiches. Wenn nun auch hierbei im großen und ganzen in konservativer Weise, d. h. mit möglichster Schonung der Form und des Geistes überlieferter Organisationen vorgegangen worden ist, so läßt sich doch andrerseits nicht verkennen, daß unter dem Druck historischer Notwendigkeit Bestrebungen aufgeregt, Kräfte entfesselt worden sind, zu deren weiterer Förderung beizutragen als ein Widerspruch gelten müßte gegen das konservative Prinzip. Wenn die Hingabe an die beherrschende Zeitaufgabe es erklärlich macht, daß vielfältig die „nationale" Gesinnung in einer einseitigen, zu demokratischen Deutungen Anlaß gebenden Ausprägung des Begriffs, zum obersten, ja einzigen Kriterium für Wert und Tüchtigkeit des Staatsbürgers gemacht wurde, so lag darin doch auch eine

Gefahr der Irreleitung in der Auffassung der Sittlichkeit, die ja, richtig erfaßt, als eine Geist und Charakter bildende Lebensmacht sich darstellt und vorzugsweise im allgemein Menschlichen und im Göttlichen wurzelt. Wie viel Selbstsucht und innere Auflehnung gegen göttliche Ordnung hat nicht die nationale Phrase decken sollen. Noch weit bedenklichere Folgen für die Sittlichkeit des Volkes hat aber die Beseitigung fast aller Schranken des wirtschaftlichen Wettbewerbs mit sich gebracht, zunächst durch übermäßige Anreizung des Erwerbstriebes, der die Gesellschaft zu einem Schlachtfelde zu machen drohte; sodann, nach allmählich eingetretener größerer Beruhigung, durch ein die wirtschaftlich Schwächeren bedrohendes Uebergewicht des Stärkeren, wodurch hinwiederum Rückschläge hervorgerufen werden.

20. Juli. Bezüglich der Programmforderungen der „Kreuzzeitung" bemerkt die freikonservative „Post":

Sie bezwecken, den scharfen Gegensatz, den der gescheiterte Entwurf eines Volksschulgesetzes innerhalb des Volkes hervorgerufen hat, zu verewigen. Enthält die Forderung, den in dem Programm von 1876 vorangestellten deutschnationalen Gesichtspunkt, der eines der inneren Bindemittel für das Zusammengehen der Kartellparteien bildete, in der Folge zurückzustellen, auf der einen Seite eine deutliche Absage an Freikonservative und Nationalliberale, so enthält die weitere Forderung, an Stelle desselben als Mittelpunkt des Programms den christlichen Staat im Sinne der Kreuzzeitung zu stellen, nichts andres, als die Forderung, den Staat in ähnlicher Art hierarchischen Bestrebungen dienstbar zu machen, wie dies seitens des Zentrums für die katholische Kirche erstrebt wird.

10. August. Zur Frage eines neuen Programms der konservativen Partei erläßt Freiherr von Plettenberg-Mehrum eine öffentliche Erklärung, in der er sagt:

Die deutsch-konservative Partei ist eine politische Partei. Den nationalen Gesichtspunkt nicht mehr in die vorderste Linie zu rücken, das hieße dem Konservatismus im deutschen Volke die Wurzel abgraben. Das deutsche Volk ist stolz und glücklich in seinem neu gewonnenen nationalen Bewußtsein und eifersüchtig auf die Wahrung desselben. Gottlob, daß wir endlich so weit sind!

12. August. Hierzu bemerkt der konservative „Reichsbote," Plettenberg ereifere sich ohne Not und werde nur den Mittelparteien Wasser auf die Mühle liefern. Mit der Voranstellung des christlichen Gesichtspunkts vor den nationalen habe nur gesagt werden sollen, „daß die nationale Arbeit an der innern Erneuerung des Volkes, die allein auf den Ideen der christlichen Weltanschauung aufgebaut werden kann, die nationale Arbeit, die bisher überwiegend der äußern Machtstellung und Kultur des Reiches galt, fortführen soll. Die letztere konnte eher ohne Hinzuziehung spezifisch christlicher Gesichtspunkte vor sich gehen, die erstere nicht. National im besten Sinne des Wortes ist aber auch diese."

19. August. Der „Reichsbote" setzt die Forderungen bezüglich des künftigen Programms fort, indem er sagt:

Zu keiner Zeit ist die Notwendigkeit einer starken, selbständigen konservativen Partei so einleuchtend hervorgetreten als jetzt, wo alles ins Schwanken

geraten ist. Die konservative Partei muß es aufgeben, Schutz und Stütze bei der Regierung zu suchen. Die Regierung darf keine Parteiregierung sein und wird deshalb immer bestrebt sein, von der Partei, die ihre Unterstützung sucht, eine Neutralisirung und Vergleichgiltigung ihrer Anschauungen zu verlangen. So werden stets die gouvernementalen Parteien ruinirt. Davor muß die konservative Partei sich hüten; sie wird zwar jederzeit — das liegt in ihrem Wesen — die Regierung, das Königtum im Interesse des Ganzen zu stärken suchen, sie braucht deshalb auch gar nicht gouvernemental zu sein und muß sich eben deshalb auch mehr wie jede andre Partei davor hüten, es zu werden. Selbst die konservativsten, regierungsfreundlichsten und königstreusten Kreise wenden sich von ihr ab, sobald sie gouvernemental wird.

20. August. Gegen diese Ansichten wendet sich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung." Sie meint, der „Reichsbote" müsse von seinem Standpunkte zu dem gerade entgegengesetzten Schlusse kommen und für seine Partei das Recht wie die Pflicht in Anspruch nehmen, so gouvernemental wie möglich zu sein. — In den „Hamburgischen Nachrichten" wird darauf hingewiesen, daß die Sommermonate auf die Gährung innerhalb der konservativen Partei von verschärfendem Einfluß gewesen seien, und daß die Frage nach dem Ausgange dieser Gährung große Bedeutung für die weitere politische Entwicklung habe. Dann heißt es weiter:

Es handelt sich darum, ob das Gros der Kräfte von rechts und links in Zukunft wieder soll zusammenwirken können, wie es in den fruchtbarsten Zeiten unsrer nationalen Gesetzgebung unter dem Fürsten Bismarck der Fall gewesen ist, oder ob die konservative Partei in ihrer Gesamtheit jenen bisher glücklicherweise ohne maßgebenden Einfluß gebliebenen Elementen folgen will, die das Ziel einzig und allein im Zusammenwirken mit der ultramontanen Partei erblicken. Käme es zu dieser „großen Scheidung der Geister," die die „Kreuzzeitung" seit zwei Jahren predigt, und die die reaktionären Heißsporne im letzten Winter bereits erreicht zu haben glaubten, käme es zur Erfüllung jener Verheißung, daß nur noch zwei Parteien bestehen würden, eine „christliche," nach dem Sinne der Ultramontanen und der unduldsamsten protestantischen Orthodoxen, und eine „antichristliche," dann würde allerdings für jene breite Schicht gemäßigter Männer, denen das Gemeinwohl höher steht als die Partei, und ohne deren ausschlaggebende Mitwirkung ein ersprießlicher Fortgang des konstitutionellen Lebens auf die Dauer nicht denkbar ist, kein Raum mehr bleiben, dann würde sich für unser Vaterland eine bisher nicht gekannte Aussicht auf fanatische Parteikämpfe eröffnen, deren verderbliche Wirkung gar nicht abzusehen wäre. Die Blutbrüderschaft der Ultramontanen mit den Konservativen ist in letzter Zeit noch viel eifriger als von den „Junkern," von dem „Demokraten" Lieber gepredigt worden. Den Freisinnigen wird also wohl nichts übrig bleiben, als endlich einmal einzusehen, daß sie von ihren Antikartellgenossen hinters Licht geführt sind, und vielleicht geht ihnen dann auch eine Ahnung von der verbrecherischen Thorheit auf, die sie begingen, als sie dem Zentrum im Reichstage zu seiner heutigen beherrschenden Stellung verhalfen. Diese Stellung ist in der That die Wurzel allen Uebels. Ohne sie wäre der unglückliche Schulgesetzentwurf mit seinen verwirrenden und vielleicht unheilvollen Konsequenzen nicht ans Licht gekommen.

11. November. In einer Versammlung der christlich-sozialen Partei zu Berlin erklärt der frühere Hofprediger Stöcker:

Der König wollte unsre Arbeit nicht und verlangte von mir, daß ich mich von der Berliner Bewegung zurückziehen oder mein geistliches Amt aufgeben solle. Ich wählte das letztere; denn bloß gegen die Wand rennen, um mir Löcher in den Kopf zu stoßen, das thue ich nicht. Wir können nicht monarchisch wirken, wenn der König es nicht will. Vor wenigen Wochen sandte der König ein Telegramm an Zelle, des Inhalts, daß die Stadt Berlin einen besseren Oberbürgermeister nicht haben könne. Ich nehme das Wort mit Ehrerbietung hin. Aber unter diesen Umständen kann man doch keine monarchische Agitation treiben. Wenn der König einen der Kirche abgeneigten, fortschrittlichen Mann für den besten, geeignetsten Mann erklärt, dann wird jeder sagen müssen, daß wir unter diesen Umständen keine monarchische Agitation treiben können.

1. Dezember. Der Vorstand des Wahlvereins der deutschen Konservativen veröffentlicht folgenden Entwurf eines Programms, der dem konservativen Parteitag zur Beschlußfassung vorgelegt werden soll:

Die deutsche konservative Partei, unter Aufrechterhaltung ihres Programms von 1876, hält es für geboten, in Anlehnung an diese bewährten Grundsätze zu den wesentlichen Aufgaben der Gegenwart in nachstehendem Programm Stellung zu nehmen:

1. Wir wollen die Erhaltung und Kräftigung der christlichen Lebensanschauung in Volk und Staat und erachten ihre praktische Bethätigung in der Gesetzgebung für die unerläßliche Grundlage jeder gesunden Entwicklung. Staat und Kirche sind von Gott verordnete Einrichtungen; ein Zusammenwirken beider ist die notwendige Vorbedingung zur Gesundung unsers Volkslebens. Wir erkennen einerseits dem Staate das Recht zu, kraft seiner Souveränetät sein Verhältnis zur Kirche zu ordnen; andrerseits wollen wir keinen Gewissenszwang und deshalb kein Uebergreifen der staatlichen Gesetzgebung auf das Gebiet des innern kirchlichen Lebens. In diesem Sinne werden wir auch für das gute Recht der evangelischen Kirche auf selbständige Regelung ihrer innern Einrichtungen eintreten. Die konfessionelle christliche Volksschule erachten wir für die Grundlage der Volkserziehung und für die wichtigste Bürgschaft gegen die zunehmende Verwilderung der Massen und die fortschreitende Auflösung aller gesellschaftlichen Bande.

2. Wir bekämpfen den vielfach sich vordrängenden und zersetzenden jüdischen Einfluß auf unser Volksleben. Wir verlangen für das christliche Volk eine christliche Obrigkeit und christliche Lehrer für christliche Schüler. Wir verwerfen die Ausschreitungen des Antisemitismus. Wir wollen die für unser Vaterland gewonnene Einheit auf dem Boden der Reichsverfassung in nationalem Sinne stärken und ausbauen. Wir wollen, daß innerhalb dieser Einheit die berechtigte Selbständigkeit und Eigenart der einzelnen Staaten und Stämme gewahrt werde. Wir wollen in Provinz, Kreis und Gemeinde eine Selbstverwaltung erhalten, gegründet nicht auf das allgemeine Wahlrecht, sondern auf die natürlichen Gruppen und organischen Gliederungen des Volkes.

3. Wir wollen die Monarchie von Gottes Gnaden unangetastet erhalten wissen und bekämpfen, bei gesetzlich gesicherter bürgerlicher Freiheit für alle und bei wirksamer Beteiligung der Nation an der Gesetzgebung, jeden Versuch, die Monarchie zu Gunsten eines parlamentarischen Regiments zu beschränken.

4. Wir können nur eine solche Weiterbildung unsers öffentlichen und privaten Rechtes als segensreich anerkennen, welche, auf den realen und geschichtlich gegebenen Grundlagen fußend, den Bedürfnissen der Gegenwart gerecht wird und damit die Stetigkeit unsrer gesamten politischen, sozialen und geistigen Entwicklung sichert. Wir erwarten, daß das neue bürgerliche Gesetzbuch von deutsch-nationalem Rechtsbewußtsein getragen werde.

5. Für die gebotene Sparsamkeit bei allen öffentlichen Ausgaben in Reich und Staat treten wir ein zur Erhaltung der wirtschaftlichen Wohlfahrt und der Steuerkraft des Volkes.

6. Wir sehen in der vollen Wehrkraft des deutschen Volkes eine unerläßliche Bedingung für die Machtstellung der Nation und für die Erhaltung des Friedens.

7. Die maßvolle Fortführung einer zielbewußten Kolonialpolitik unter dem Schutze des Reiches werden wir unterstützen.

8. Wir stehen auf dem Boden der Allerhöchsten Botschaft vom 17. November 1881, welche die Grundsätze des praktischen Christentums in der Gesetzgebung zur Geltung bringt. Die auf Grund dieser Botschaft erlassenen Gesetze, betreffend die Einrichtung von Krankenkassen, die Versicherung gegen Unfall und die Invaliditäts- und Altersversicherung bedürfen der Vereinfachung. Wie wir für die Besserung der Lage der Arbeiter, unter erheblicher Belastung der Arbeitgeber, eingetreten sind, so halten wir nach wie vor die Stärkung des Mittelstandes in Stadt und Land und die Beseitigung der Bevorzugungen des großen Geldkapitals für die dringensten Aufgaben der Sozialpolitik. Wir fordern ein wirksames Einschreiten der Staatsgewalt gegen jede gemeinschädliche Erwerbsthätigkeit und gegen die undeutsche Verletzung von Treu und Glauben im Geschäftsverkehr.

9. Wir erstreben eine Gestaltung des Erb- und Familienrechts, welche die Erhaltung eines kräftigen Bauernstandes gewährleistet. Die Einführung einer zweckentsprechenden Heimstätten-Gesetzgebung für den kleinern Grundbesitz und die Ueberführung der auf dem Grundbesitz lastenden Hypothekar-Verschuldung in zu amortisirende Rentenschuld erachten wir als wünschenswert.

10. Für die Landwirtschaft, welche unter der Ungunst des Weltmarktes, der internationalen Währungsverhältnisse und der innern wirtschaftlichen Entwicklung leidet, ist der bestehende Zollschutz aufrecht zu erhalten, im weitern aber ein ausreichender Zollschutz für die Zukunft anzubahnen; auch ist für die Umgestaltung der Gesetzgebung, betreffend den Unterstützungswohnsitz im Sinne ausgleichender Gerechtigkeit, Sorge zu tragen.

11. Für die Industrie ist der durch die Konkurrenz des Auslandes bedingte Zollschutz aufrecht zu erhalten und, wo nötig, zu verstärken.

12. Für das Handwerk erscheint vornehmlich die Einführung des Befähigungsnachweises, die Stärkung der Innungen und Innungsverbände, die Begründung und Förderung genossenschaftlicher Vereinigungen geboten. Redlicher Handel und Gewerbebetrieb ist zu schützen durch Beschränkung und Beaufsichtigung des Hausierhandels und der Abzahlungsgeschäfte sowie durch die Beseitigung der Wanderlager und der Wanderauktionen.

13. Die Börsengeschäfte sind durch eine Börsenordnung wirksamer staatlicher Aufsicht zu unterstellen; insbesondre ist dem Mißbrauch des Zeitgeschäftes als Spielgeschäft, namentlich in den für Volksernährung wichtigen Artikeln, entgegen zu treten.

14. Die Anhänger der Sozialdemokratie und des Anarchismus, deren vaterlandslose und auf den Umsturz gerichtete Bestrebungen weite Kreise unsers Volkes gefährden, sind als Feinde der staatlichen Ordnung durch die Gesetzgebung zu kennzeichnen und demgemäß mit den Machtmitteln der Staatsgewalt zu bekämpfen.

15. Einer gewissenlosen Presse, welche durch ihre Erzeugnisse Staat, Kirche und Gesellschaft untergräbt, ist nachdrücklich entgegenzutreten. Hochhaltung von Christentum, Monarchie und Vaterland, Schutz und Förderung jeder redlichen Arbeit, Wahrung berechtigter Autorität, das sind die obersten Grundsätze, welche die deutsche konservative Partei auf ihre Fahne geschrieben hat.

2. Dezember. Ueber diesen Programmentwurf bemerkt der konservative „Reichsbote":

Nach dem einleitenden Anfangssatze würde die konservative Partei nunmehr eigentlich zwei Programme haben: das von 1876, das beibehalten werden soll, und dieses neue, das sich an jenes anlehnt. Wir halten das für bedenklich; denn das erstere würde hiernach das allgemeine Hauptprogramm sein, und das letztere würde nur eine Anwendung des erstern auf die jetzigen Zeitfragen sein. Wir fürchten, daß das zu einer Quelle von Streitigkeiten werden könnte.

Die „Nationalzeitung" läßt sich über das Programm also vernehmen:

Um das Fiasko, das dieser Entwurf bedeutet, voll zu würdigen, muß man sich der Vorgänge und Erörterungen erinnern, aus denen das Verlangen nach einem neuen Programm entsprang. Es geschah nach dem Fall des Schulgesetzentwurfs; die Kreuzzeitung und ihre Gesinnungsgenossen verlangten damals, daß die konservative Partei, im Gegensatz zu den Helldorff und Genossen, sich in eine „Volkspartei" verwandle, die den heiligen Zorn über den Fall des Grafen Zedlitz fortan in entsprechender oppositioneller Haltung bekunden und, um „volkstümlich" zu sein, den Wind der antisemitischen Agitation in ihre Segel einfangen sollte. Aus den so eingeleiteten Beratungen aber ist der Wunschzettel hervorgegangen, in dem, neben leeren, allgemeinen Redewendungen, die altbekannten, teils berechtigten, teils unberechtigten Wünsche der Konservativen wieder einmal zusammengestellt werden. An den Ausgangspunkt des Verlangens nach einem neuen Programm erinnert das Bekenntnis zu der „konfessionellen christlichen Volksschule," die ja thatsächlich besteht. Von den wichtigen Neuerungen des Zedlitzschen Entwurfs, von der Herrschaft des Klerus in der Volksschule und von der „Freiheit der Schule" ist dagegen in dem Programm keine Rede.

4. Dezember. Das „Konservative Wochenblatt" von Helldorffs stellt das konservative Programm von 1876 und die dem Parteitag vorzulegende neue „programmatische Erklärung" neben einander und bemerkt dazu:

Da ausdrücklich ausgesprochen wird, daß die deutsch-konservative Partei ihr Programm von 1876 „aufrecht erhält," so ist es natürlich ein abzuweisender seltsamer Fall einiger Preßorgane, auch diese programmatische Erklärung für ein vollgiltiges, dem alten gleichwertiges Programm ausgeben zu wollen. Zwei Programme, etwa eins für den Sommer- und eins für den Wintergebrauch, kann die konservative Partei doch nicht besitzen. Das hieße, wie uns dünkt, den Gegnern mehr Stoff zu fortlaufender Satire liefern, als vor den ernsthaften und intelligenten Parteigenossen im Lande, die die Kosten des witzigen Gedankens tragen müßten, verantwortet werden könnte.

8. Dezember. Der konservative Parteitag tritt unter Vorsitz v. Manteuffels in Berlin zusammen. 1200 Parteiangehörige aus allen Teilen des Reichs sind anwesend. Es finden, nach Mitteilung der „Kreuzzeitung," folgende Verhandlungen statt:

v. Manteuffel: Schon das Schicksal des Schulgesetzes, das zweifellos in allen konservativen Kreisen mit Befriedigung begrüßt wurde, habe den Gedanken nahegelegt, einen Parteitag einzuberufen. Dieser Gedanke trat dann dringender nach dem konservativen Parteitage in Sachsen an uns heran. Wir sahen ein, daß das Programm von 1876 den veränderten Zeitverhältnissen nicht mehr entspricht. So z. B. mußte aus unserm Programm die Stelle betreffs des Kulturkampfes verschwinden. Wir wollen hoffen und dafür wirken, daß die Zeit des Kulturkampfes niemals wiederkehrt, damit wir mit unsern katholischen Mitbürgern, mit denen wir ja viele Berührungspunkte haben, in Frieden leben können. Wir sind im weitern genötigt, zu der Judenfrage Stellung zu nehmen, denn es ist unmöglich, daß eine konservative Partei an dieser Frage vorübergehen kann. Ferner ist es erforderlich, Stellung zu der sozialen und zu der wirtschaftlichen Frage überhaupt zu nehmen. Das konnte auch 1876 noch nicht berücksichtigt werden, da damals weder die Schutzzölle noch die kaiserliche Botschaft vorhanden waren. Es ist im weitern notwendig, angesichts der so sehr anwachsenden Sozialdemokratie gegenüber dieser Stellung zu nehmen. Wenn das Programm von 1876 mit Recht die nationale Einigung an die Spitze stellt, so ist dieselbe heute so fest begründet, daß es nicht mehr notwendig ist, das Festhalten daran besonders zu betonen: dafür mußten wir die Stellung der konservativen Partei zum Christentum an erster Stelle klar legen. Ich hoffe, daß der heutige Parteitag der konservativen Sache in jeder Beziehung zum Segen gereichen wird. — Abgeordneter v. Minnigerode betont die Schwierigkeiten, die bei Aufstellung des neuen Programms zu überwinden waren. — Landrat a. D. v. Diest-Daber: Er sei ein Gegner aller Programme, wenn man aber ein Programm aufstelle, so müsse es möglichst kurz sein. Man müsse mit kurzen Worten sagen, was man wolle. Ganz besonders müsse der Passus betreffs der antisemitischen Ausschreitungen gestrichen werden, wenn man nicht weite Volkskreise der konservativen Partei entfremden wolle. Es müsse zur Judenfrage ganz entschieden Stellung genommen werden. Auch betreffs der wirtschaftlichen Frage müsse mit größerer Entschiedenheit vorgegangen werden. Man müsse der Regierung sagen, daß die Gesetzgebung die Pflicht habe, nicht bloß das liberale Manchestertum zu fördern. — Fabrikant Ulrich (Chemnitz) empfiehlt ein schnelleres Vorwärtsgehen. Die konservative Partei könne bloß dann im Volke Boden finden, wenn sie im wahren Sinne des Worts eine Volkspartei werde, die es mit den sozialen Reformen ernst nehme. — Rechtsanwalt Klasing (Bielefeld): Der konservative Parteitag sei einer der wichtigsten Wendepunkte für die konservative Sache. Die konservativen Wähler im Lande hofften, daß der Opportunismus aus dem konservativen Programm verschwinden und das Prinzip siegen werde. Allzulange habe der Opportunismus die konservative Partei beherrscht. Die konservative Partei müsse mit aller Opportunitätspolitik brechen. Ganz besonders müsse der Parteitag zur Judenfrage Stellung nehmen, denn es sei kein Zweifel: die Juden seien die Todfeinde der konservativen Sache. Der Kampf zwischen den Juden und den Konservativen könne nur mit der gänzlichen politischen Niederlage eines von beiden Teilen endigen. Wenn das jüdische Kapital dem Freisinn entzogen werde, dann sei der Freisinn tot. Die konservative Partei sei verpflichtet, die Führung der antisemitischen Bewegung zu übernehmen, dieselbe in die richtigen Bahnen zu leiten, dann werden die antisemitischen Ausschreitungen von selbst aufhören. Deshalb sei der Passus im Programm, wonach die antisemitischen Ausschreitungen verurteilt würden, überflüssig. Allerdings müsse mit denjenigen Antisemiten, die das Heiligtum des Alten Testaments bekämpfen, das Tafeltuch zerschnitten werden. Auch er wolle keineswegs, daß die antisemitische Partei vollständig in die

konservative Partei aufgehe, da eine Parteivermischung selten etwa Gutes bringe. Soviel als möglich müsse aber die konservative Partei die Führung der Antisemitenbewegung in die Hand nehmen, und mit den nicht zur konservativen Partei gehörenden Antisemiten müsse die Partei vereint marschieren. — v. Manteuffel verliest eine von 21 Mitgliedern der deutschkonservativen Reichstagsfraktion unterzeichnete Erklärung, nach der dieselben an dem Programm von 1876 festhalten und den heute verhandelten Entwurf nur als eine Deklaration desselben betrachtet wissen wollen. — Kammerherr v. Blumenthal (Dresden): Ein Zusammengehen mit den Antisemiten würde nur Verwirrung hervorrufen. Die konservative Partei würde aufhören das zu sein, was sie sein will, wenn sie die Führung der antisemitischen Bewegung in die Hand nehmen wolle. Es ist unmöglich, konservativ und „Ahlwardt" gleichzeitig zu wählen. (Stürmischer Widerspruch, Schluß! Schluß!) Es ist doch unmöglich, alle Forderungen der Antisemiten zu vertreten. (Rufe: Warum nicht!) Wir würden aufhören, eine ernsthafte Partei zu sein, wenn wir uns mit den Antisemiten verbinden wollten. (Heftiger Widerspruch.) Ich kenne keinen Unterschied zwischen antisemitischer Agitation und der antisemitischen Partei. Im übrigen wird Ihnen Ihr Zusammengehen mit den Antisemiten nichts nützen. Die Antisemiten werden bei den nächsten Wahlen selbständig vorgehen, und wie sie bereits angekündigt haben, wollen sie bemüht sein, den Konservativen eine Reihe von Mandaten zu entreißen. Das werden die Antisemiten thun, wenn Sie sich auch noch so sehr denselben nähern. Eine Probe hat der Antisemitismus bereits im Wahlkreise Friedeberg-Arnswalde geliefert. Es ist ein arger Irrtum, zu glauben, die Antisemiten werden uns sofort gerührt in die Arme fallen, wenn wir ihre Bestrebungen unumwunden billigen. Selbst Stöcker, der doch gewiß eine entschiedne Stellung zur Judenfrage einnimmt, ist von den Radauantisemiten als Schutzpatron der Juden bezeichnet worden. Ich ersuche Sie, sich von dem konservativen Programm nicht zu entfernen. — Rechtsanwalt Krause (Arnswalde): Ich bin aus Arnswalde. (Lebhafter Beifall.) Ich bin ebenso konservativ, wie der Vorredner, ich kann aber sagen, daß ich nicht nur für Ahlwardt gestimmt, sondern auch mit allen Kräften für seine Wahl agitirt habe. (Stürmischer Beifall.) — Rittergutsbesitzer v. Waldow (Arnswalde): Ich bin der Gegenkandidat Ahlwardts gewesen, ich habe bei der Stichwahl für Ahlwardt gestimmt, denn ich bin der Meinung, lieber zwei Ahlwardts als einen Freisinnigen. (Stürmischer Beifall.) — Pastor Burkhardt (Berlin) tadelt, daß der Vertreter der konservativen Partei im Reichstage für die Kasernirung der Prostitution gesprochen habe. Sie widerspreche den christlichen Grundsätzen. — Abgeordneter Stöcker: Dem Passus 14 des Entwurfs kann ich nicht zustimmen, da es eine große Anzahl Sozialdemokraten giebt, die sich nur zu dieser Partei bekennen, weil sie der Meinung sind, daß dies die Partei des kleinen Mannes sei, in Wahrheit stehen aber diese Leute der konservativen Partei näher, als Bebel und Liebknecht. Wenn die Arbeiter, die Kleinhandwerksmeister, die Kleinbauern u. s. w. sehen werden, daß die konservative Partei in Wahrheit dem kleinen Mann helfen wolle, dann werden sich viele Anhänger der Sozialdemokratie der konservativen Partei zuwenden. Die Sozialdemokratie müsse mit andern Mitteln als mit denen der Unterdrückung bekämpft werden, und zwar so lange, bis sie besiegt zu den Füßen des Thrones und des Vaterlandes liegt. — v. Gerlach und noch mehrere andre Redner äußern sich in demselben Sinne. Die konservative Partei, so wird mehrfach bemerkt, wolle nicht ein neues Sozialistengesetz schaffen. — Malkewitz (Stettin) wendet sich gegen die Erklärung der 21 Abgeordneten und bezeichnet sie als „die elendeste Deklaration, die er je erlebt habe." — Seminardirektor Besing (Friedeberg): Er sei für Bekämpfung des jüdischen Einflusses, müsse aber sich ganz entschieden gegen jede Ver-

bindung mit den Antisemiten Ahlwardtscher Richtung erklären. (Heftiger Widerspruch.) — v. Rauchhaupt: Es sei der konservativen Partei der Vorwurf gemacht, daß sie Opportunitätspolitik treibe. Im Parlament lasse sich nicht immer ohne diese auskommen. Die konservative Partei habe stets nur mit Widerstreben nachgegeben und habe, wenn sie es gethan, gute Gründe dazu gehabt. Er unterschreibe durchaus nicht alles, was die Antisemiten erstreben, wolle sich aber der Majorität unterordnen.

Beschlüsse: I. In Erwägung, daß die Einleitung zu dem Programmentwurf zu dem Mißverständnisse führen kann, daß nunmehr zwei Programme bestehen, den einleitenden Satz wie folgt zu fassen: „Die deutsche konservative Partei hält es für geboten, in Anlehnung an die bewährten Grundsätze, welche in ihrem Programm von 1876 ausgesprochen sind, zu den wesentlichen Aufgaben der Gegenwart in nachstehendem Programm Stellung zu nehmen"; in fernerer Erwägung, daß die deutsche konservative Partei Ausschreitungen jeder Art bekämpft, in Punkt 1 des Programmentwurfs den Satz: „Wir verwerfen die Ausschreitungen des Antisemitismus" zu streichen." Es wird alsdann der gesamte Programmentwurf mit der weiteren Aenderung angenommen, daß es unter 14 heißt: „Diejenigen Anhänger der Sozialdemokratie, deren vaterlandslose und auf den Umsturz gerichtete Bestrebungen weite Kreise unsers Volks gefährden, sind als Feinde der staatlichen Ordnung zu bekämpfen." — II. In Anbetracht, daß die deutschkonservative Partei sich auf die natürlichen Gruppen und organischen Gliederungen des Volkes aufbaut, scheint es geboten, auch dieses dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß dem Bürger- und Bauernstande eine breitere Grundlage zur Mitarbeit eingeräumt wird. Dies muß insbesondre geschehen: 1. bei Zusammensetzung des Vorstandes des Wahlvereins der deutschen Konservativen, 2. bei den Wahlen zu den Parlamenten durch Aufstellung von Kandidaten aus dem Bürger- und Bauernstande in einer der Bedeutung dieser Stände entsprechenden Anzahl. — III. Der bisherige Vorstand wird mit der Leitung betraut und beauftragt, eine aus 48 Personen bestehende Kommission, die den verschiedensten Berufsständen angehören, zu wählen, die zur Agitation u. s. w. mit herangezogen werden sollen.

Die im Parteitag verlesene Erklärung von v. Helldorff und Genossen lautet vollständig:

Die Fraktion der deutschen Konservativen des Reichstages hat widerspruchslos den Beschluß gefaßt: 1. an dem bisherigen Programm festzuhalten, 2. den Vorstand des Wahlvereins der deutschen Konservativen zu ersuchen, dem Parteitage eine Erklärung vorzulegen, in welcher Stellung zu den konkreten, zur Zeit das öffentliche Leben beherrschenden Fragen zu nehmen ist. — Wir erklären, daß wir auch auf diesem Standpunkt verharren, demzufolge wir an dem Programm von 1876 festhalten und den dem Parteitag vorzulegenden Entwurf lediglich als den Entwurf einer Erklärung zu den gegenwärtig das öffentliche Leben beherrschenden Fragen betrachten. Ackermann, Graf Douglas, v. Helldorff, v. Flügge, Schier, v. Steinrück, Klemm, Graf Saldern-Ahlimb, v. Holleuffer, v. Gerlach, Dobillet, v. Wrisberg, Graf Kleist-Schmenzin, Graf Schlieffen-Schwandt, Uhden, Bock, Graf Holstein, Hultzsch, Hartmann.

9. Dezember. Die „Vossische Zeitung" äußert sich über diesen Parteitag also:

Unwillkürlich drängt sich dem unbeteiligten Zuschauer der Vergleich zwischen dem konservativen und dem sozialdemokratischen Parteitage auf. Die Sozialdemokraten werden als die Demagogen, die Wühler, die

ungebildeten Proletarier behandelt. Wie viel sachlicher und leidenschaftsloser haben sich gleichwohl ihre Verhandlungen abgespielt als diejenigen der Junker, Pastoren, Beamten und sonstigen gebildeten Leute auf der konservativen Versammlung! Die Sozialdemokraten nehmen gewiß kein Blatt vor den Mund, sie sind keine Leisetreter und Rechnungsträger. Aber daß sie derartigen Lärm gemacht, derartige Rufe ausgestoßen hätten, wenn ihnen ein Ausspruch oder eine Person nicht gefiel, daß sie in die Gewohnheiten der schlimmsten Winkelversammlungen verfallen wären, wie ein Teil, der maßgebende Teil des konservativen Parteitages, das wird man ihnen so wenig nachsagen können, wie daß sie mit gleicher Oberflächlichkeit nahezu den ganzen Inhalt ihres Parteiprogramms erledigt hätten.

Die „Freisinnige Zeitung" spricht sich also aus:

Der Geist Ahlwardts schwebte über dieser Versammlung, welche die Edelsten der Konservativen aus ganz Deutschland umfaßte. Es fehlte nichts, als daß man sich trennte unter dem Gesang nach bekannter Melodie: „Ahlwardt, Ahlwardt über alles, über alles in der Welt." Früher hieß es auf konservativen Parteitagen, man müsse die Fahne des Königtums hoch halten. Davon und von dem Königtum war jetzt überhaupt nicht die Rede. Dagegen forderte Herr Ulrich-Chemnitz auf, die Fahne des Antisemitismus hoch zu halten. Für so heruntergekommen hätten wir, offen gestanden, die konservative Partei doch nicht erachtet, wie sie sich in dieser Versammlung Deutschland vorgestellt hat. In die Notwendigkeit versetzt, sich als selbständige Partei zu konstituiren, haben die Konservativen herausgefunden, daß ihren bisherigen Programmen alle und jede Zugkraft abgeht. Mit der Zünftlerei lockt man nicht mehr, und selbst das Agrariertum will nicht in weiteren Volkskreisen verfangen. Da bleibt denn für die Konservativen kein andrer Rettungsgedanke mehr übrig als die Judenhetze.

Die „Kreuzzeitung" spricht sich also aus:

Wenn der zersetzende jüdische Einfluß auf unser Volksleben gebrochen oder doch wenigstens eingedämmt werden soll, so kann es nur in der Richtung geschehen, in der sich jene Forderungen bewegen, ohne deren durchgreifende Berücksichtigung wir unsrerseits auf die Aufhebung des die Gleichberechtigung des Judentums anerkennenden Gesetzes vom 3. Juli 1869 nicht das Gewicht legen könnten, welches es in den Augen der Juden selber hat. Die konservative Partei ist das Werkzeug, mit denen die Hohenzollern den preußischen Staat geschaffen und erhalten haben, bis eine neue Zeit auch andre Elemente zur Teilnahme an dieser Arbeit berufen hat. Aber den Grundstock für alles, was in vergangnen Jahrhunderten aufgebaut worden ist, haben doch die geliefert, deren Nachkommen sich heute Konservative nennen. Ein lächerliches Beginnen ist es darum und nichts mehr, wenn Juden und Judengenossen uns heute die Ausschreitungen einer Richtung „an die Rockschöße hängen" möchten, die wir im Grundsatz billigen, d. h. insoweit sie sich christliche, deutsche und nationale Ziele setzt, mit deren einzelnen Vertretern wir jedoch nichts gemein haben, insofern wir sie diesen Zielen in ungeeigneter Weise nachgehen sehen.

12. Dezember. Ein Teilnehmer am konservativen Parteitage, **Ulrich aus Chemnitz**, richtet an den Reichskanzler einen offnen Brief, in dem er sagt:

Ew. Exzellenz würden breite Schichten des kerndeutschen, monarchischen und wahrhaft christlichen Volkes, welches in der Schulgesetzfrage hinter Ew. Exzellenz gestanden, welches aber im übrigen an dem neuen Kurs noch keine rechte Freude erlebt hat, fast gewaltsam vom Throne, dem es so

nahe steht, abdrängen, wenn sogar gegen diese Art von „Demagogie" mit der Strenge des Gesetzes gedroht wird.

Gegen den konservativen Parteitag äußert sich das „Konservative Wochenblatt" des Abgeordneten v. Helldorff in folgender Weise:

Das Charakteristische des Parteitages sei in noch höherem Maße im „Tone, der die Musik machte," zu suchen. Dieser sogenannte konservative Parteitag, dessen Art der Zusammensetzung für uns ein Rätsel ist und ganz ohne Zweifel sehr kritikfällige Stellen gehabt haben muß, war nicht eine Versammlung ruhiger Männer, die in ernster Arbeit und von hohen politischen Zielen geleitet der Herausgestaltung des ihnen Gemeinsamen obliegen, die auch äußerlich die gesammelte, vornehme Haltung an den Tag legen, auf die man in der konservativen Partei sonst Wert legte, sondern ein treuer Abzug von dem Typus der Berliner Antisemiten-Versammlungen. Diese Anfänge eines Ostrazismus, der gegen Parteigenossen verübt wurde, und dessen massivste Rebeblüten selbst die „Kreuzzeitung" sich wiederzugeben scheut, diese Art, mehr mit lärmendem Geräusch als mit Gründen Beweise zu führen, diese jubelnden Beifallskundgebungen für die Herren, die sich als Wähler von Ahlwardt vorstellten, die Hochrufe, die auf Ahlwardt selbst angestimmt wurden, das alles sind Züge, die dem Produkt dieser Versammlung, dem neuen Programm, welches die konservative Partei acceptiren soll, seinen eigenartigen Charakter aufdrücken. Wir fürchten, daß dieser Tag als ein dies nefastus schwärzester Art in den Annalen der Partei dastehen wird.

Der Reichskanzler giebt im Reichstag Erklärungen ab über die Stellung, welche die Regierung zum konservativen Parteitag und dem dort zu Tage getretenen Antisemitismus nehme.

20. Dezember. Der „Reichsbote" kommt nochmals auf den Parteitag zurück und äußert insbesondre zur Semitenfrage:

Ist es denn wirklich so schmachvoll, wenn das deutsche Volk nicht von Juden regiert, gerichtet und erzogen werden und nicht sehen will, wie die Juden infolge einer falschen wirtschaftlichen Gesetzgebung in ganz unverhältnismäßiger Weise die Gewerbe, den Handel und den Besitz namentlich in den Städten an sich reißen, und wenn durch das alles in unser ganzes wirtschaftliches Leben ein Geist der gewinnsüchtigen Spekulation kommt, der dem deutschen christlichen Bewußtsein widerstrebt, weil er nicht aus deutscher und christlicher Empfindungs- und Denkungsart geboren ist? Giebt es wirklich keine andre Beurteilung, als daß es eine Schmach sei, wenn Tausende von banger Sorge für unser Volksleben erfüllt werden angesichts der Thatsache, daß die Juden infolge ihres Reichtums in unsre Bildung, unsre Kunst, unsre Wissenschaft und die öffentliche Meinung einen Geist tragen, der nicht deutscher Art ist? Hat sich der deutsche nationale Geist denn mit der Herstellung des Reichs so erschöpft, daß er nun zu Gunsten des jüdischen Geistes abdanken sollte? Ist es nicht vielmehr ein tief berechtigtes und erfreuliches Streben, wenn der deutsche christliche Volksgeist sich ermannt, um das deutsche Reich für den deutschen Geist zu reklamiren, es nach seiner Art auszubauen und die deutsche Kultur mit deutschem Geiste zu durchdringen?

28. Dezember. Polizeidirektor Wessel in Danzig macht bekannt, der Sieg des polnischen Kandidaten bei der Reichstags-Ersatzwahl vom 29. November im Bezirk Stuhm-Marienwerder sei

dadurch herbeigeführt, daß ein Teil der Konservativen einen zweiten Kandidaten aufgestellt habe.

II.

Antisemitische Partei.

28. November. Vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts Berlin I beginnt ein Prozeß gegen den Rektor a. D. Ahlwardt aus Pommern, der am 5. November von demselben Gericht wegen Beleidigung mehrerer Personen zu vier Monaten Gefängnis verurteilt war, wegen seiner Schrift „Judenflinten," die im April in Berlin erschien. Im Mai folgte ein zweiter Teil.

Diese Schriften richteten heftige Angriffe gegen die Juden im allgemeinen, besonders aber gegen die in Martinikenfelde bei Berlin befindliche Filiale der Löweschen Waffenfabrik, gegen deren Hauptinhaber Isidor Löwe, den Oberstlieutenant a. D. Kühne und die königlichen Büchsenmacher Roener, Klatt und Holz, sowie gegen den Zeughausbüchsenmacher Kirch in Spandau. Die Broschüren behaupten, daß der Staat in der gröblichsten Weise durch Lieferung kriegsunbrauchbarer, die Soldaten gefährdender Gewehre betrogen sei, daß die Flintenläufe oft zersprungen seien ꝛc. Besonders wird erklärt, daß die Löwe und Kühne mit Wissen und Willen unbrauchbare Gewehre zu hoch- und landesverräterischem Zwecke den deutschen Soldaten in die Hand gegeben haben. Die Broschüre sagt: „Hier handelt es sich um einen großartigen Betrug, nicht allein um des direkten Erwerbes willen, sondern in der Absicht, unsre ruhmreiche Armee, diese mächtige Stütze unsrer Hohenzollernmonarchie und des Vaterlandes, wehrlos zu machen; denn nur auf den Trümmern des deutschen Vaterlandes läßt sich die jüdische Weltherrschaft aufrichten." Hier spricht die Broschüre auch von dem korrumpirenden Einfluß der Alliance israelite, in der Löwe eine große Rolle spiele. In der Broschüre heißt es weiter: „Zunächst kam es darauf an, die königlichen Büchsenmacher zu gewinnen, und das gelang denn auch. Während der ganzen Dauer der Fabrikation erhielten die königlichen Büchsenmacher Holz, Roener und Klatt monatlich zweimal zusammen je 135 Mk., die regelmäßig als »für Revision 135 Mk.« gebucht wurden und noch in den Büchern stehen. Die Auszahlung erfolgte durch die Meister Stangenberg und Leschock. Das Geld kam direkt aus der Hollmannstraße von der Direktion. Den königlichen Büchsenmachern war die Annahme von Geldgeschenken streng verboten. Ferner wurden dieselben täglich mit allem reichlich bewirtet, und da war von ihnen nicht viel zu befürchten. Vor den Offizieren schützte man sich in der Art, daß man beständige Lauerposten aufstellte, die natürlich ihre regelmäßige Bezahlung erhielten. So wurde deren Ankunft stets so zeitig bekannt, daß alle Unregelmäßigkeiten beseitigt werden konnten. Alle Offiziere waren gerecht, einige ungemein streng und peinlich bei ihren Revisionen und wiederholt auf dem besten Wege, den ganzen ungeheuern Schwindel aufzudecken, aber dem Vertreter der Fabrik, dem seitherigen Direktor der Gewehrfabrik in Spandau, Oberstlieutenant a. D. Kühne, und den Büchsenmachern gelang es doch, die Unklarheit aufrecht zu erhalten. In der Fabrik sprach man sehr offen davon, daß Kühne für jedes durchgeschossene Gewehr 50 Pfg., für 425000 Gewehre also 212500 Mk., außer seinem Gehalt, beziehe. Der

Oberbüchsenmacher Schleicher in Martinikenfelde war unbestechlich und hat wiederholt Unregelmäßigkeiten festgestellt. Anders war es mit dem Oberbüchsenmacher Kirch in Spandau, der schließlich die Gewehre abnahm. Ihm wurde für jedes durchschossene Gewehr von Kühne 5 Pfg. geboten, in Summa also 21250 Mk. die er allerdings ablehnte. Aber er hat dann etwa allmonatlich für Reparaturen eine Rechnung von 120 bis 180 Mk. eingesandt und die Rechnung regelmäßig unter Zurückgabe der Originalrechnung bezahlt erhalten. Dies ist immerhin auffallend, da Reparaturen auf Rechnung der Firma ja gar nicht vorkommen konnten, weil die Gewehre abgenommen waren." — Die Beschuldigung des Landesverrats erhebt die Broschüre mit folgender Stelle: „Gleich zu Beginn der Fabrikation sind mindestens drei Gewehre, mit regelrechtem Passe versehen, ins Ausland gegangen, und jetzt beim Abschluß der Löweschen Lieferungen gehen Tausende, in Kisten verpackt, als »Eisenteile mit Holz verbunden« nach Hamburg, wo sie jedenfalls nicht liegen bleiben. In Frankreich und Rußland weiß man sehr genau, was bei Löwe vorgegangen ist." Sofort nach dem Erscheinen der Broschüren veranlaßte die Reichsanwaltschaft das gerichtliche Ermittelungsverfahren gegen die vom Verfasser beschuldigten Personen, ebenso die Militärbehörde. Alle Untersuchungen aber führten zur Einstellung des Verfahrens. Darnach kamen die Strafanträge der Behörden und der beteiligten Personen; da die völlige Grundlosigkeit der Beschuldigungen erwiesen sein soll, wurde Anklage gegen den Verfasser erhoben.

5. Dezember. Während dieses Prozesses wird der Angeklagte Rektor a. D. Ahlwardt bei der Reichstagsersatzwahl an Stelle des verstorbenen Landrat Meyer-Arnswalde mit 11206 von 14512 abgegebenen giltigen Stimmen gegen den freisinnigen Kandidaten Drawe (3306 Stimmen) zum Abgeordneten gewählt.

Hierzu bemerkt die „Nationalzeitung": Nachdem ein Teil der konservativen Partei und Presse die antisemitische Agitation großgezogen in der Hoffnung, sie als Mittel für ihre Zwecke benutzen zu können, ist es die angemessene Vergeltung, wenn konservative Mandate an Persönlichkeiten wie Ahlwardt verloren gehen. Dieses Bild ist im Wahlkreise Arnswalde-Friedeberg durch einen Zug wahrhaft grotesker Selbstironie vollständig geworden, indem die konservativen Wahlkomitees sich dort, um in der Stichwahl die Möglichkeit eines Sieges des deutsch-freisinnigen Kandidaten auszuschließen, genötigt glaubten, selbst ihre Gesinnungsgenossen zur Abstimmung für Ahlwardt im zweiten Wahlgange aufzufordern, nachdem sogar die extremsten Organe der Partei diese Persönlichkeit abzuschütteln für notwendig befunden. Als ein öffentlicher Skandal, zu dem ein Seitenstück uns nicht erinnerlich ist, muß es bezeichnet werden, daß der Landrat des Friedeberger Kreises, von Bornstedt, einen dieser Aufrufe für Ahlwardt unterzeichnet hat.

6. Dezember. Das „Konservative Wochenblatt" führt die Wahl Ahlwardts vor allem auf die innerhalb der konservativen Partei und Presse um sich greifende Demagogie, die Wirksamkeit Stöckers und die „Kreuzzeitung" zurück und bemerkt:

Die konservative Parteileitung blieb, nach ihrer Umformung im Frühjahr d. J., stumm; sie veröffentlichte in ihrem Organ lediglich von Zeit zu Zeit eine Erklärung gegen das „Konservative Wochenblatt" oder, wenn die Ausfälle auf sie selbst zu massiv wurden, bewegte Versicherungen, daß sie doch alles thäte, um „sich Vertrauen zu erwerben." Es ist klar, was aus einer solchen Art, die konservative Partei zu leiten, allein hervorgehen konnte:

die Vorstellung, daß jetzt das Hauptquartier der konservativen Partei und der Kern für ihre „Neubildung" bei den antisemitischen Richtungen zu suchen sei, und ein allgemeines Hinüberdrängen nach dieser Seite. Die Aufhetzungen gegen den besonnenen Flügel der Partei galten als legitimirt, und da dieser Flügel thatsächlich zu stark ist, um den Lärmmachern den Gefallen thun zu können, sich zu verflüchtigen, so konnte das Endergebnis nur der jetzt in der Partei unter den Wählern herrschende heillose Wirrwarr sein. Mit der Entfesselung dieses Chaos, mit der Versäumung auch der besten Gelegenheiten — so der Ahlwardtprozesse —, den Strom zurückzustauen und mit dem Wechsel der Stellungnahme zu den alten Gegensätzen in der Partei, der unter den vorliegenden Verhältnissen bei einem lauernden, erbschaftslüsternen Nachbar, wie den Antisemiten, ein doppelter Fehler war, hat die gegenwärtige Parteileitung eine uns unbegreifliche Kurzsichtigkeit bewiesen. Der Wahlausgang in Arnswalde-Friedeberg war die erste Quittung über diese Strategie der Mißgriffe.

8. Dezember. Die Presse bringt die Nachricht, der Minister des Innern habe das Verhalten des Landrats v. Bornstedt gemißbilligt.

9. Dezember. Verurteilung Ahlwardts zu 5 Monaten Gefängnis.

14. Dezember. Ein Telegramm der „Nationalzeitung" aus Paris meldet: Der „Figaro" veröffentlicht die Abschrift eines Briefes des Schwiegersohnes Boulangers an diesen als den damaligen Kriegsminister, worin Ludwig Löwe u. Comp. in Berlin schreiben: Sie hätten erfahren, daß der Minister einen Offizier nach Amerika geschickt, um Einrichtungen für die Massenfabrikation neuer Gewehre zu kaufen. Die Fabrik Löwe beschäftige sich seit langer Zeit mit der Herstellung von Maschinen für die Massenfabrikation von Gewehren, die vervollkommneter als die amerikanischen seien, weshalb sie vorschlage, der Minister möge einen Offizier nach Berlin schicken und sich überzeugen, daß es unnötig ist, Maschinen in Amerika zu kaufen, die vorteilhafter in Europa zu beschaffen wären. Der „Figaro" fügt hinzu, das Original dieses Briefes stehe zur Verfügung des Advokaten Ahlwardts. Die „Nationalzeitung" hat das Telegramm der Firma Löwe vorgelegt, und diese hat darüber folgende Auskunft gegeben: Der im „Figaro" veröffentlichte Brief ist echt, er datirt vom 20. November 1886, während die Fabrikation der Gewehre für die deutsche Regierung im Jahre 1889 begann; der Brief habe also mit der Gewehrfabrikation nichts zu thun. Die Löwesche Fabrik beschäftigte sich 1886 lediglich mit Maschinenfabrikation.

Die „Nationalzeitung" bemerkt dazu: Es ist darnach allerdings zweifellos, daß der veröffentlichte Brief die vor Gericht zurückgewiesenen Beschuldigungen nicht betrifft, daß diese so grundlos bleiben, wie das Urteil sie kennzeichnet; wir müssen aber sagen, daß wir ein im November 1886 nach Paris gerichtetes Anerbieten von Maschinen zur Massenfabrikation sehr ungehörig finden. Es war die Zeit des parlamentarischen Kampfes um die Septennatsfrage, und die deutsche Regierung war damals der Meinung, daß Boulanger Krieg gegen Deutschland beabsichtige.

In ähnlichem Sinne sagt die „Vossische Zeitung“:

Bedauerlich bleibt, daß die Fabrik, die seit geraumer Zeit im Mittelpunkte leidenschaftlicher Erörterungen steht, ihren Gegnern eine solche Blöße gegeben hat, doppelt bedauerlich, daß die unerwartete Enthüllung vielfach dem Eindruck, den das Urteil des Gerichtshofes und das Auftreten des Reichskanzlers gemacht hat, entgegenwirken muß. Die Erklärung der Fabriksverwaltung erscheint nicht ausreichend, um ihre Haltung zu rechtfertigen. Es konnte kein Zweifel darüber bestehen, daß jede französische Regierung ihre Kriegsbereitschaft in erster Reihe gegen Deutschland richtet. Deutsche Fabriken können und dürfen daher nicht den Franzosen die Waffen schmieden helfen, die über kurz oder lang gegen die deutsche Nation geführt werden sollen.

Die „Staatsbürgerzeitung“ bemerkt:

Man kann nur bedauern, daß dieses Schreiben der Firma Löwe nicht zehn Tage früher veröffentlicht wurde. Der Prozeß Ahlwardt dürfte dann doch wohl noch eine andre Wendung genommen haben. Denn angesichts dieses Schreibens der Firma Löwe u. Co. an den französischen Kriegsminister Boulanger, den ärgsten chauvinistischen Revancheschreier, gewinnen die von Ahlwardt in seiner Druckschrift gemachten Angaben über die Beschlüsse der Konferenz der Vorstände der Alliance israelite 1883 in Koblenz eine ganz andre Bedeutung, als man ihnen vorher beizumessen gewillt war.

21. Dezember. An diese Betrachtungen knüpft die „Vossische Zeitung“ die Erinnerung, daß auch die Firma **Krupp** in Essen 1868 der französischen Regierung ihre Gußstahlkanonen angeboten habe; es stellt sich jedoch heraus, daß dies bereits 1858 der Fall gewesen ist.

III.

Freikonservative Partei.

29. Juli. Das Hauptorgan, die Berliner „Post,“ wendet sich gegen das zu dieser Partei gehörende „Deutsche Wochenblatt“ in Berlin, das seit längerer Zeit einen heftigen Kampf gegen den Reichskanzler v. Caprivi führt und nun sagte, dieser könne ohne ernste Gefahr für das Reich nicht länger der erste Ratgeber der Krone bleiben. Man würde, sagt die „Post,“ fehl gehen, wenn man dieses Endergebnis eines seit nahezu Jahresfrist von dem genannten Wochenblatte geführten Feldzuges als den Ausdruck der in freikonservativen Kreisen herrschenden Auffassung betrachten wollte.

16. September. Unter der Ueberschrift: Wohin steuern wir? verbreitet sich das „Deutsche Wochenblatt“ über die gegenwärtige Haltung der Regierung und die dadurch geschaffene innere Lage. Das Blatt beharrt bei der abfälligen Kritik und schreibt:

Das Land muß doch endlich klar sehen, wohin die Regierung steuert, oder ist die Programmlosigkeit jetzt das einzige Regierungsprogramm? Die Verwaltung fortzuführen und die Gesetzgebung notdürftig in Gang zu

halten, kann doch nicht die einzige Aufgabe der Regierung eines großen Landes sein, namentlich bei einem konstitutionellen System, welches der öffentlichen Meinung durch die Wahlen einen so erheblichen Einfluß gewährt hat. Wie soll das Volk denn wählen, wenn es nicht weiß, was die Regierung eigentlich will? Welch eine Wandlung in kurzer Zeit gegenüber dem festen Programm, das der Name Bismarck allein in sich schloß!

IV.

Nationalliberale Partei.

12. September. Zur Parteilage äußern sich die „Mitteilungen für die Vertrauensmänner der nationalliberalen Partei" wie folgt:

Auf dem Mainzer Katholikentage hat der demokratische Teil des Ultramontanismus seine Vergangenheit abgeschworen, und mit seltener Wandlungsfähigkeit sind inzwischen die ultramontanen Wähler in Niederschlesien nach der konservativen Seite abgeschwenkt, so einmütig, wie es unmöglich geschehen wäre, wenn die Parole nicht auch von hoher kirchlicher Stelle ergangen wäre. Den Parteibefehl, gleichviel ob er von der Breslauer Provinzial- oder von der Zentralleitung der Zentrumspartei erging, hat der niedere Klerus gerade in jenem Teile von Schlesien wiederholt für nichts geachtet. Und so rückt das Zentrum geschlossen in seine neuen Stellungen ein und schließt sich aufs engste mit der konservativen Partei zusammen. Daß innerhalb dieser Partei noch Auseinandersetzungen darüber im Gange sind, ob die gemäßigte, nach der Mitte hin zur Verständigung und Fühlungnahme geneigte Richtung grundsätzlich verlassen werden soll oder nicht, scheint bei der Zentrumsleitung kein Bedenken mehr zu verursachen. Man lebt dort offenbar der sichern Erwartung, daß jene gemäßigt-konservative Richtung demnächst ihre Rolle ausgespielt haben wird, und greift dieser Entwicklung der Dinge in einer Art und Weise voraus, die den Gipfel der Unvorsichtigkeit bedeuten müßte, wenn das Ende der erwähnten Auseinandersetzungen innerhalb der konservativen Partei nicht bereits abzusehen wäre. Welche Bürgschaften das Zentrum dafür besitzt, daß die gemäßigt-konservative Richtung zur Bedeutungs- und Einflußlosigkeit gebracht wird, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls müssen solche Bürgschaften gegeben sein, denn es ist den Nachfolgern Windthorsts in der Leitung des Zentrums nicht zuzutrauen, daß sie in so unwiderruflicher Art und Weise den Bund mit der Rechten vollzögen und an ihrem Teile zuerst die aus diesem Bunde erwachsenden Pflichten erfüllten, wenn in der Rechnung noch irgend ein unsicherer Faktor stände. Damit ist denn ein so bedeutsamer Wandel in den parteipolitischen Beziehungen gekennzeichnet, wie er im neuen Reiche noch nicht erlebt wurde. Nicht minder bedeutsam ist die öffentliche Schwenkung des Zentrums für die deutschfreisinnige Partei. Deren Verhältnis zum Zentrum war namentlich entscheidend für den Ausfall der Reichstagswahlen von 1890. Eine erhebliche Anzahl von Mandaten verdankt sie selbst der ultramontanen Unterstützung; das Zentrum dagegen hätte zum mindesten in Baden nicht derart sich verstärken können, wenn die Deutschfreisinnigen nicht überall den Nationalliberalen als den allerschlimmsten Gegner bekämpft hätten. Jetzt, nach dem Vorgang in Niederschlesien, ist die deutschfreisinnige Partei in der Zwangslage, dort, wo sie bisher vom Ultramontanismus unterstützt wurde, sich gegen dessen An-

griff zu behaupten. Dafür sind ihre Verpflichtungen gelöst, anderwärts den Angriff des Zentrums insbesondre auf die nationalliberalen Stellungen zu unterstützen oder doch durch Nebenbewegungen zu begünstigen. Es ist somit der deutschfreisinnigen Partei durchaus ermöglicht, ihrerseits wieder auf den tiefen und grundsätzlichen Gegensatz des bürgerlichen Liberalismus zu den ultramontan-partikularistischen Strebungen sich zu besinnen.

V.

Ultramontane Partei.

1.

Katholische Versammlungen und der „Moniteur de Rome."

4. Juli. Die in den letzten Zeiten des vorigen Halbjahrs in verschiedenen Kundgebungen, namentlich in Versammlungen von Katholiken hervorgetretene Haltung der Zentrumspartei wird in der Presse der Mittelparteien lebhaft besprochen. Nach Ansicht des „Hannoverschen Courier" liest man aus jenen Kundgebungen die Absicht, so nachdrücklich wie nur möglich zu zeigen, daß die Partei zur Verständigung mit der Regierung geneigt sei, und der „Schwäb. Merkur" bemerkt:

Das Zentrum als Säule der Reichspolitik — das ist in diesem Augenblicke mehr als je der Kern aller Reden in ultramontanen Volksversammlungen, aller Betrachtungen in der ultramontanen Presse. Die bedeutendste der neuesten Agitationsveranstaltungen, die am 29. Juni in Köln gehaltene Versammlung (I. S. 185), hat sogar in einer feierlichen Resolution beschlossen, daß sie sich in dem Kampfe zwischen der Regierung und dem Fürsten Bismarck auf die Seite von Kaiser und Reich stelle. Der unbefangene Beobachter wird sich von dieser Art, tief bedauerliche Vorgänge im Parteiinteresse auszunützen, mit Widerwillen abwenden; aber das Zentrum ist nun einmal, teils durch seine Stellung inmitten der Parteiverhältnisse des gegenwärtigen Reichstags, teils durch das Ansehen, das ihm die Regierung durch ein übertrieben entgegenkommendes Verhalten verliehen hat, ein Faktor in unserm politischen Leben geworden, dessen Bethätigung mit verdoppelter Aufmerksamkeit verfolgt werden muß, wenn er sich als Stütze der Reichsregierung anbietet und demgemäß die Politik derselben mehr oder weniger zu beeinflussen hofft. Und da ist denn von ganz besonderm Interesse, daß in der Kölner Resolution, unmittelbar anschließend an die Erklärung, daß sich das Zentrum auf die Seite von Kaiser und Reich stellt, an die Reichsregierung das Ansinnen gerichtet wird, ihre Stellung im Dreibunde zu benutzen, um auf diplomatischem Wege die territoriale Unabhängigkeit des Papstes zu erlangen. Mit andern Worten, Deutschland soll durch einen Druck auf Italien dieses zur Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes zwingen. Es ist nicht zu befürchten, daß unsre Regierung, selbst bei der größten Neigung, dem Zentrum gefällig zu sein, diesem Ansinnen irgendwie stattgeben werde, aber wenn eine geschickte Agitation in der Lage wäre, auch nur mit einiger Wahrscheinlichkeit den Anschein zu erwecken, als ob die deutsche Regierung die Be-

strebungen des Zentrums auf Wiederherstellung eines Kirchenstaates begünstigte, so könnte daraus für die Sache des Dreibundes ein unberechenbarer Schaden entstehen.

v. Schorlemer-Alst erhält wegen seiner auf dem Verbandsfeste der katholischen Vereine Dortmunds am 28. Juni gehaltenen Rede (I. S. 184) eine schlechte Note im „Moniteur de Rome." Schorlemer habe die Bedeutung des Kriegsrufes nicht verstanden. Das Septennat habe nichts mit der französischen Politik des Papstes zu thun; es sei unverschämt und pietätlos, das Andenken daran aufzufrischen. Das Zentrum habe nicht die beste Rolle dabei gespielt, obschon es das glaube. Schorlemer verteidige den Dreibund, der ein Kriegsinstrument gegen den Papst, die Religion und die weltliche Herrschaft des Papstes sei. Wer das leugne, sei nicht aufrichtig. Das Zentrum habe die Bahnen Windthorsts verlassen. Seine Verteidigung des Dreibundes sei eine unglückliche Taktik. Die Sympathien Europas für das Zentrum hätten sich seit zwei Jahren sehr vermindert. Es sei Zeit, daß das Zentrum auf die rechte Bahn zurückkehre, zur Verteidigung der Freiheit des Papstes.

5. Juli. Darauf antwortet die „Kölnische Volkszeitung":

Der „Moniteur de Rome," welcher die Phrase anbringt, Deutschland werde „gallikanisch," besitzt keinerlei kirchliche Autorität. Es steht ihm in keiner Weise zu, über die kirchliche Treue der deutschen Katholiken ein Urteil zu fällen. Der „Moniteur de Rome" ist ein im französischen Interesse in Rom unterhaltenes Blatt, welches auch die kirchlichen Fragen durch die französische Brille betrachtet und neuerdings mit einem fast blinden Eifer dem deutschfeindlichen französischen Chauvinismus huldigt.

Noch stärker wendet sich der katholische „Westfälische Merkur" in Münster gegen den „Moniteur de Rome," indem er sagt:

Wir Katholiken wissen zwar, daß die Leute, die Elsaß-Lothringen meinen, wenn sie „Freiheit des Papstes" sagen, und sich den Henker um das Wohl der Kirche scheren, wenn Frankreich nur seine Revanchegelüste befriedigen kann, mit französischem Gelde bezahlt werden; unsre Gegner aber sind von dem Glauben nicht abzubringen, daß hinter dem ganzen Treiben der heilige Vater selbst stehe und seine weltliche Herrschaft wieder haben wolle, selbst um den Preis eines allgemeinen europäischen Umsturzes und eines Meeres von Blut und Elend. So kann man es, dank dem „Moniteur de Rome", in allen Blättern lesen. Man will nicht glauben, daß die Angriffe gegen den Dreibund, gegen den deutschen Kaiser, gegen die deutschen Katholiken nicht von oben gebilligt seien und mit der Politik des Vatikans in Einklang ständen. Dahin also hat es die Franzosenpresse in Rom gebracht, daß man vom heiligen Vater glaubt, er sei den Franzosen und Russen in die Falle gegangen, erwarte von diesen die Wiederherstellung seiner weltlichen Herrschaft und gebe ihr zuliebe die Interessen der Kirche in den Dreibundstaaten preis.

2.

Generalversammlung der Katholiken Deutschlands.

18. Juli. Papst Leo richtet ein Breve an Dr. Geier in Mainz, Präsidenten des vorbereitenden Komitees, worin es heißt: „Daß die Versammlung auch wirklich den besten Verlauf verspricht, das schließen Wir schon im Voraus mit vollem Recht aus den Gesinnungen des Glaubens und der Frömmigkeit, des Eifers, der Klugheit und der kindlichen Ergebenheit gegen den apostolischen Stuhl, welche aus deinem Briefe hervorleuchten."

28. August. Beginn der Versammlung in Mainz. Segensandacht im Dom. In der ersten Versammlung redet der Abgeordnete v. Heereman. Große Fragen, sagt er, bedürfen der Erledigung in katholischem Sinne: die Freiheit der Kirche in Bezug auf die Orden und die Anstellung der Geistlichen, die Schulfrage u. a. Auch auf politischem und sozialem Gebiete handle es sich um den großen Kampf über die Auffassung des christlichen Glaubens. Wir werden auf dem eingeschlagenen Wege weiter gehen.

29. August. Die erste öffentliche Versammlung wird vom Präsidenten Dr. Porsch mit einem Rückblick auf die Geschichte der Generalversammlungen der Katholiken eröffnet, deren erste am 3. Oktober 1848 ebenfalls in Mainz tagte. Hiernach tritt der Bischof Haffner von Mainz auf. *) Er wirft zunächst einen Rückblick auf seine Beteiligung an diesen Versammlungen und fährt dann (nach der „Germania") also fort:

---

*) Ueber den Bischof Haffner teilte früher, am 16. und 17. Juni 1886, die „Wiesbadner Presse" mit, er habe 1884 in Wiesbaden drei Vorträge über deutsche Aufklärung gehalten und darin u. a. gesagt: „Die Geschichte der deutschen Aufklärung ist eine Geschichte der deutschen Verfinsterung. Die Lehren der Reformatoren steigen tief unter die Linie der Vernunftwahrheit hinab, auf der die katholische Kirche ihre Geheimnisse aufbaut. Die Reformation ist eine Quelle des Aberglaubens und ein wahrer Rückschritt in der Zivilisation. Die katholische Kirche hat der Reformation gegenüber das Gewissen, die Vernunft und die Freiheit verteidigt. Der vielbewunderte Friedrich II. ist der böse Dämon Deutschlands, der das deutsche Reich in seinem Lebensnerv durchschnitten hat. In Lessing konzentrirt sich der Geist des Unglaubens. Wenn es einen Luther gab, so mußte es einen Lessing geben. Das Wort Toleranz ist eine leere und hohle Phrase, welche die Leichtfertigkeit erfunden und die Schwäche angenommen hat. In dem Heiligtum der katholischen Kirche kann die Aufklärung nur die Natur einer Komödie an sich tragen. Das katholische Bewußtsein ist die einzige Geistesmacht, die in allen Stürmen dieselbe bleibt und in allen Bewegungen sich aufs neue befestigt."

Der Kulturkampf ist gerichtet. Es ist einmal ein Büchlein geschrieben worden mit dem Titel „Verzeihen, aber nicht vergessen," in dem die wahrhaft schmachvollen Verletzungen katholischen Gefühls gesammelt sind, die in jenen Zeiten von den verschiedensten Seiten erfolgten. Ja, verzeihen, aber nicht vergessen! Es hat noch nie eine Bevölkerung gegeben in einem Lande Europas, welche in einer so schmachvollen Weise mißhandelt worden war wie die Katholiken in der Gesetzgebung des Kulturkampfes. Die Soldaten, die eben von den Schlachtfeldern Frankreichs nach Hause kamen, mußten erfahren, daß die Erfolge, die sie errungen, das Blut, das sie vergossen, ausgenutzt wurden gegen ihre heiligen Rechte und ihre religiöse Freiheit. Wie wird es weiter gehen? Es hat den Anschein, als ob wir in eine neue Periode übergehen, in der die Verfolgungen der Welt und hoffentlich auch die Tröstungen Gottes in neuer Weise sich mischen. Verfolgung der Welt! — o, was ist nicht alles unter dieses Wort zu bringen, was in diesen Tagen sich darbietet. Man haßt die Kirche auf solcher Seite, auf der man von dem wahren Christentum spricht, man haßt sie auf einer Seite, wo von Patriotismus die Lippen überfließen, und man haßt sie am allermeisten auf der Seite, wo man den Umsturz aller religiösen und sozialen Ordnung beschlossen hat. Ein Abgrund der Religions- und damit der Sittenlosigkeit thut sich vor uns auf und droht die christliche Gesittung und Zivilisation zu verschlingen. Dieser grauenhafte Abgrund ist der Atheismus. Diese Erkenntnis ist mehr und mehr gewachsen, und bei Beratung des preußischen Schulgesetzes hat ein ritterlicher und edler Mann, der an der ersten Stelle des Reiches steht, das schöne Wort gesprochen: Christlich oder atheistisch (I. S. 159). Ein großes Wort, ein schönes Wort, das soll nicht mehr verhallen in der Geschichte des deutschen Volkes, wenn auch vorübergehend düstere Wolken es verdunkelt haben. Ja, christlich oder atheistisch! Sind wir denn endlich so weit gekommen, daß von der Höhe des Reichskanzleramts, des preußischen Kultusministeriums dieses Wort gesprochen werden konnte! Mir kommt es vor wie ein Märchen. Hat man denn nicht bis jetzt den Atheismus gepredigt auf den Hochschulen, ihn nicht wenigstens in schönem Bilde dargestellt auf den Gymnasien, hat man nicht bis jetzt jene Philosophen und Dichter gerühmt, die nichts andres als Apostel des Atheismus sind, haben nicht hochbesoldete Staatsbeamte und Lehrer die Theorie von der dogmenlosen Morallehre ohne Gott aufgestellt! Aber jetzt: christlich oder atheistisch! Gepriesen sei die Stunde, wo dieses Wort einmal in Berlin ausgesprochen ist. Freilich, das „christlich" muß noch einen kleinen Beisatz haben. Der hohe Herr, der es gesprochen, hat gesagt, es könnte christliche Religion nicht anders geben als durch die Konfession und Konfession nicht anders als in der Kirche. Aber welche Kirche! Wenn wir unserm katholischen Glauben folgen, so giebt es nur eine Kirche, die heilige katholische apostolische Kirche. Ja, diese Kirche pflegt das Christentum und stützt die Moral und die soziale Ordnung. Leider macht aber bei vielen die Einsicht über die Notwendigkeit des Christentums Halt vor den Stufen von Sankt Peter. Nun, mögen die andern es machen wie sie wollen, mögen sie auf ihre Weise die christliche Autorität zu pflegen versuchen. Wenn es aber eben nicht geht, so mögen sie sich besinnen, ob sie nicht zu uns zurückkehren wollen. Wir drängen sie nicht, wir werden aber nicht aufhören, unsern Glauben zu bekennen. Möge Gott auch die Worte der Redner dieser Versammlung segnen, damit sie Eindruck machen auf die Herzen unsrer armen Mitbrüder, die nicht unsers Standpunktes sind, damit sie erkennen, daß man die Religion nicht anders findet als in der Kirche und die Ordnung der Welt nicht anders als in der Religion.

Das Wort erhält hierauf Bachem, welcher an das Wort des Grafen Balleſtrem erinnert, daß wir erſt jetzt einen Präliminarfrieden mit Demarkationslinie hätten.

Was ſei, ſagt er (nach dem katholiſchen „Weſtfäliſchen Merkur“ vom 31. Auguſt), während des Waffenſtillſtandes wichtiger, als die Wiederherſtellung der Schäden, welche der Kampf hinterlaſſen? Wir können nicht nachlaſſen, dahin zu wirken, daß wir auch der letzten Feſſeln, insbeſondre bezüglich der Orden, ledig werden. Bis dahin aber müſſen wir alles thun, um die Schäden zu mildern und ſo das „ultramontane Retabliſſement“ vorzubereiten. Dieſe Aufgabe habe ſich der Bonifaziusverein geſtellt. Immer mehr ſiedeln ſich in ganz proteſtantiſchen Gegenden katholiſche Familien an, und es müſſe Vorſorge getroffen werden, daß das Pflänzlein des Glaubens, hinweg gefegt, nicht verdorre. Und namentlich müſſen wir immer und immer wieder hinweiſen auf den größten Schaden, die Kirchennot in Berlin, die recht eigentlich eine Folge des Kulturkampfes ſei. Während des Kulturkampfes habe ſich eine Kirchennot in Berlin herausgebildet, wie an keinem andern deutſchen Orte, ja keinem Orte der Welt. Die Katholiken vermehren ſich in Berlin ſtärker als an irgend einem andern Orte. Sie haben von 1885 bis 1890 um 34 Prozent, in den Vororten ſogar um 76 Prozent zugenommen. Mit dieſer unerhörten Vermehrung haben die kirchlichen Verhältniſſe nicht Schritt halten können. Die Berliner Katholiken ſind aber zum größten Teile keine gebornen Berliner, ſondern eingewandert aus allen Teilen Deutſchlands. Deshalb haben die Glaubensgenoſſen in ihrer Heimat die Pflicht, mitzuwirken zur Linderung ihrer Kirchennot. Von 54000 Katholiken, die in der Ehe leben, leben 26000 in Miſchehen. Von den Kindern aus dieſen Ehen werden 85 Prozent proteſtantiſch getauft. Wir verlangen keine Prachtkirchen in Berlin, aber doch ſolche, die würdig ſind der katholiſchen Kirche Deutſchlands. Denn darnach werden wir beurteilt. Es handelt ſich um ein Intereſſe der geſamten katholiſchen Kirche Deutſchlands. Wie klein erſcheinen dagegen die kirchlichen Intereſſen in den Städten und Dörfern unſrer Heimat!

Der Abgeordnete v. Schorlemer-Alſt hält ſodann eine Rede über den Sozialismus. Nach dem katholiſchen „Weſtfäliſchen Merkur“ vom 31. Auguſt ſagt er u. a.:

Wir gedenken des Biſchofs v. Ketteler von Mainz, der bahnbrechend vorangegangen iſt, ſo weitblickend und tieferfaſſend, daß er noch heute unſer Leitſtern iſt. Und dann erinnere ich an Papſt Leo XIII., der im vorigen Jahre die ſoziale Frage in einem Rundſchreiben behandelt hat, das nicht nur ſeinem reichen Wiſſen, ſondern auch ſeinem edeln Herzen zur Ehre gereicht. Dankbar gedenken wir auch des Kaiſers, der, allen Widerſtand brechend — und dieſer war ſehr mächtig — durch ſeine Erlaſſe freie Bahn gemacht hat. Dieſe ſind für uns um ſo wichtiger, als ſie die Politik des Zentrums gerechtfertigt haben. Die ſoziale Frage beginnt mit dem Gebote: Im Schweiße deines Angeſichtes ſollſt du dein Brot eſſen. Sie hat zu allen Zeiten beſtanden und wird nicht verſchwinden. Heute tritt ſie uns beſonders frappirend entgegen, erſtens durch den kraſſen Atheismus der Sozialdemokratie, zweitens dadurch, daß ſie ſich nicht gegen einzelne Uebelſtände, ſondern gegen die geſamte Ordnung, Krone und Altar, Staat und Familie richtet. Sehe ich nach den Urſachen des heutigen Sozialismus, ſo muß ich ſtets an die bibliſche Erzählung vom Tanz um das goldne Kalb denken. Herrſcht nicht das goldne Kalb auch in unſrer Zeit? Mächtiger als einſt bei den Juden. Es gebietet vielen Fürſten und Völkern, beherrſcht

Wissenschaft, Presse und Kunst — die Komponisten machen sogar die Musik zu dem Tanze ums goldne Kalb. Auch die Sozialdemokraten huldigen ihm, wenn sie den Eigentumsbegriff aufheben wollen. Und dann — ist es weit vom Unglauben der Hochschulen, der „Gebildeten" — in Gänsefüßchen — bis zum Atheismus der Sozialdemokratie? Wer ist der Urheber? Die Revolution von oben! Die „Gebildeten," deren Hauptorgan die „Kölner Zeitung" ist, frohlockten, daß sie mit der Beseitigung des Schulgesetzes uns einen schweren Schlag versetzt hätten. Aber wenn es lange keine Nationalliberalen, Freikonservativen und Deutschfreisinnigen mehr giebt, wird die katholische Kirche noch ungeschwächt stets dieselbe Wahrheit lehren. Ist es denn weit vom Liberalismus bis zur Sozialdemokratie? Von den Zivilehen, die so leicht zu schließen und noch leichter wieder zu lösen sind, bis zu den Ansichten Bebels? . . . Ist eine Rettung noch möglich? Ja, denn das deutsche Volk ist in seiner Mehrheit treu der Religion und seinen Fürsten. Darauf gebe ich mehr als auf die „nationale" Gesinnung der „Gebildeten," die sogleich von ihren republikanischen Erinnerungen befallen werden, wenn der König nicht „ihren Willen thut." Die Heilmittel sind Religion und Organisation. Minister Bosse hat das Christentum als die einzige Rettung erklärt. Ich will ihn nicht dafür loben, sonst gilt er wieder als eine „Zentrumskreatur." . . . Weil die Religion das vornehmste Heilmittel ist, verlangen wir Freiheit der Kirche, territoriale Unabhängigkeit des Papstes, weil sie die Gewähr für die Freiheit der Kirche ist, konfessionelle Schule und Erziehung, überhaupt daß die ganze Gesetzgebung auf das Gottesgesetz sich stützt, mit einem Wort den christlich-germanischen Staat!

30. August. Nach dem Hochamt im Mainzer Dom findet eine Generalversammlung des katholischen Volksvereins statt.

Rechtsanwalt Trimborn aus Köln berichtet über den Geschäftsstand des Vereins. Im Jahre 1891 sind eine Million Schriften verteilt worden, 1892 wird es auf zwei Millionen kommen. Eine Erzählung, „Opfer der Verführung," von dem verstorbenen Kölner Schriftsteller Koch, ist in 150 000 Exemplaren verbreitet worden. Ebensoviel hat jetzt schon der „rote Quacksalber" erreicht von einem süddeutschen Verfasser. Ueberhaupt hat sich gezeigt, daß die Süddeutschen es im allgemeinen viel besser verstehen, den Volkston zu treffen als die Norddeutschen, bei denen leider die Gesellschaftsklassen weiter auseinandergeraten sind und mit dem Volksgeist keine Fühlung mehr haben. Sehr günstig begrüßt werden die Mitteilungen über die in M.-Gladbach demnächst beginnenden sozialpolitischen Vorlesungen und ein Plan, dessen Ausführung für 1893 in Aussicht genommen ist, nämlich die Errichtung einer Art von Volksbureau, wo der kleine Mann Aufklärung und Auskunft findet über alle die Fragen, die ihn angehen, besonders juristische, agrarische u. s. w.

Bischof Haffner von Mainz ergreift nochmals das Wort:

Vor allem braucht man die Artillerie, der oberste Artilleriegeneral war Bischof Ketteler, und die katholischen Schriftsteller sind die Artilleristen; die Kavallerie aber bildet die Tagespresse und die Fußtruppen das katholische Volk. Man muß auch einen guten Generalstab haben, und den haben wir in den Leitern des Volksvereins.

Der Abgeordnete Lieber erörtert die Frage: Was ist die Bedeutung des Volksvereins für das katholische Deutschland in der heutigen Zeit, und was ist die Aufgabe, die er an sich und alle seine Mitglieder gestellt hat?

Man könne sagen, zur Bekämpfung der sozialen Gefahr reichten die seitherigen Organisationen aus. Indes versprächen diese Mittel keinen augenblicklichen Erfolg, während wir uns in einer augenblicklichen dringenden Gefahr befänden, für die Schlag auf Schlag wirksame Abhilfe geschaffen werden müsse, in der Gefahr nämlich, daß die unermüdliche Kleinarbeit der Sozialdemokratie uns die Armee hinter dem Rücken wegstiehlt. Die Aufgabe des Volksvereins sei es wesentlich, diese Armee bei der katholischen, bei der christlichen Fahne zu halten. So lange nur der Liberalismus am Werke gewesen sei, die sogenannte gebildete Gesellschaft zu entchristlichen, so lange man die Sicherheit gehabt habe, daß die überwiegende Mehrheit des Volkes noch gut christlich sei, habe man nicht das Bedürfnis empfunden, die Fahne des Christentums besonders zu erheben und aufzupflanzen. Erst als die Sendboten der Sozialdemokratie kamen und die Fahne der Gottesleugnung nicht nur, sondern des Gotteshasses in die breiten Massen des Volkes trugen, erst da habe man eingesehen, was alles auf dem Spiele stand. Nicht nur wir sahen es ein, sondern selbst diejenigen, die die Religion für sich selbst für unnötig hielten. Deshalb lassen sie uns unbeschrieen gewähren in unsern Anstrengungen, dem Volke die Religion zu erhalten. Wenn es nur um die in der heutigen Gesellschaft Herrschenden und Tonangebenden ginge, wäre man fast versucht, der Gewissenserforschung, die die Sozialdemokratie mit der heutigen Gesellschaft auf offnem Markte anstellt, mit verschränkten Armen zuzusehen. Aber das wäre nicht christlich und auch deshalb nicht erlaubt, weil es sich nicht bloß um die Sünder, sondern um die ganze menschliche Gesellschaft handelt. Deshalb hat der Volksverein die Aufgabe, diesen Sendboten der Sozialdemokratrie unser herrliches, christliches deutsches Volk zu entreißen. Redner richtet einen Appell an alle Versammelten, Sendboten Christi zu werden, alle Aengstlichkeiten und Bedenken beiseite zu schieben und sich mit voller Kraft in den Dienst des katholischen Volksvereins zu stellen. Wenn es gilt, die bedrohte menschliche Gesellschaft vor der Vernichtung durch die Sozialdemokratie zu retten, dann wird der Volksverein das erste Gardedragonerregiment in diesem Todesritt sein. So werden wir denn in das Blachfeld ziehen, Heer gegen Heer, Fahne gegen Fahne.

In der zweiten öffentlichen Versammlung hält der Reichstagsabgeordnete Groeber eine Rede über die Frage der Männerorden in der oberrheinischen Kirchenprovinz. Hierüber berichtet die katholische „Kölnische Volkszeitung“ vom 3. August:

Nur zwei Staaten überhaupt ließen keine Männerorden zu: Württemberg und Baden. Am besten seien die Verhältnisse noch in Preußen, am schlechtesten in Baden. Die württembergische Gesetzgebung lasse zwar Missionen zu, aber nach vollbrachter Arbeit müßten die Väter wieder die schwarz-roten Grenzpfähle verlassen. Baden gestatte nicht einmal Missionen. Eine Ausnahme von einem barbarischen Gesetze sei, daß Mönche in Notfällen die Sakramente spenden dürften. Diese Ausnahme aber werde im großherzoglichen Baden durchaus nicht großherzig gehandhabt. Als eine Prozession aus Baiern mit einem leibhaftigen Kapuziner an der Spitze in Baden einbrach, wurde nach langem Ueberlegen gestattet, daß letzterer den Bayern die Beichte abnehmen dürfe, aber beileibe nicht den Badensern. Das sei badisches Reservatrecht. Die badischen Staatsmänner seien konsequent bis zur Absurdität und Lächerlichkeit. Es sei doch ein wahres Glück, daß das Reich dem Staate Baden so viele hohe politische Sorgen abgenommen habe, und so hätten die Herren Zeit, schwierige Fragen mit der erforderlichen Vorsicht zu behandeln. Ein junger Mann habe in Triberg zur Primiz nur eine stille

Messe halten dürfen. Hätte er auch gesungen, so würde das Credo in den Ohren der Herren zu Karlsruhe wohl zu sehr gesaust haben. In Hessen sei man weniger konsequent. Nur die Krankenpflegeorden habe man hier zulassen wollen; wenn die Cholera komme, seien sie zu sehr angenehm. Aber in Wirklichkeit sei die Suppe nicht so heiß gegessen worden, man habe auch andre zugelassen. Sei es aber ein würdiger Zustand, daß sie zwar thatsächlich, aber nicht rechtlich sich dort aufhalten dürften? Die Lage in den verschiednen Ländern möchte er in die Reime zusammenfassen: In Preußen erträglich, in Hessen kläglich, in Württemberg traurig, in Baden schaurig.

31. August. In der dritten öffentlichen Versammlung spricht Siben aus Deidesheim in der Rheinpfalz über die konfessionelle Volksschule. Redner geht aus von dem Fall der Zedlitzschen Schulvorlage, der das Vertrauen auf die Stetigkeit der deutschen Politik im Innern und draußen erschüttert habe. Die kleinern Staaten erwarteten von der Festlegung der Konfessionalität in Preußen eine Rückwirkung auf ihre eignen Verhältnisse. Diese Hoffnung sei getäuscht worden. Nun müsse das ganze deutsche Volk für die Konfessionalität der Volksschule eintreten. — Pfarrer Wacker knüpft an Schorlemers Wort an: Wir müssen es dahin bringen, daß auch gute Katholiken Oberpräsidenten in Münster werden können. — Abgeordneter Lieber hält eine Rede für Aufhebung des Reichsgesetzes gegen die Jesuiten. Er sagt, nach der katholischen „Kölnischen Volkszeitung" vom 1. September u. a.:

Ich stehe hier, um über die Gesellschaft Jesu zu reden, infolge eines ganz bestimmten Ereignisses und infolge eines ganz bestimmten Auftrages. Wer war nicht überrascht, in dem Sitzungsbericht über den denkwürdigen Schulkampf im preußischen Abgeordnetenhause zu lesen, wie der Ministerpräsident von damals erklärte, die preußische Regierung werde einem Antrage auf Zurückberufung der Jesuiten ihre Zustimmung versagen, was zur Beruhigung dienen solle? Der Herr ist mit seinen Beruhigungsversuchen außerordentlich weit gekommen, so weit, daß er den Ministerpräsidentensitz verlor. Wer war nicht überrascht, aus dem Munde des Grafen Caprivi jene Worte zu hören, aus demselben Munde, der Tags zuvor mit dem Worte „Christentum oder Atheismus" die Lage so treffend gekennzeichnet? Noch mehr aber hat dann der Beschluß des Zentrums überrascht, auf die Beratung des Jesuitenantrags zu verzichten. Die Zentrumsfraktion kennt voll ihre Verpflichtung an, hierüber dem katholischen Volke Deutschlands Rechenschaft abzulegen, aber nur dem katholischen Volke, niemandem sonst. Es war die durch das Volksschulgesetz geschaffne Lage, die alle Mitglieder der Zentrumsfraktion, die süddeutschen so gut wie die preußischen, zu dem einstimmigen Beschlusse führte, den Antrag auf Abschaffung des Jesuitengesetzes zurückzuziehen, um jene Lage nicht zu erschweren. Wir glauben, daß es nur eines kurzen Hinweises auf jene Lage bedarf, um die Billigung des katholischen Volkes zu erhalten. Man konnte erwarten, daß, wenn es gelang, in Preußen die konfessionelle Volksschule aufzurichten, sie bald auch in den kleinern deutschen Staaten, in Oesterreich-Ungarn, in allen Kulturstaaten zum Siege gelangt wäre. Nicht nur wir, sondern auch unsre Gegner sagen dies, die überall mit fieberhafter Unruhe auf die Entscheidung harrten. Auch Graf Caprivi erkannte dies an. Wir

waren uns der Verantwortung zu wohl bewußt, um auch nur das geringste zu thun, um eine günstige Entscheidung zu gefährden. Und das war mit dem Jesuitenantrage nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich, ja nahezu gewiß. Nun ist leider nichts geeigneter, das protestantische Gefühl gegen die Katholiken aufzuregen, als die Jesuitenfrage. Selbst gutgesinnte Konservative hätten nicht mehr wagen dürfen, mit uns ein Schulgesetz zu machen, wenn hinter ihnen das wegen der Jesuitenfrage in konfessionelle Erregung versetzte protestantische Volk gestanden hätte. Nun aber ist die erste Frage der Gegenwart und einer absehbaren Zukunft die Frage der Bekenntnisschule, weil sie ein Bestandteil der Frage des Jahrhunderts, der sozialen Frage ist. Im Lichte der sozialen Frage hat die Schulfrage eine Bedeutung gewonnen, die sie vordem nicht besessen hat. Wenn Europa vor dem Vandalismus der zukunftsstaatlichen Ideen bewahrt werden soll, dann muß die heranwachsende Jugend auf christlicher, konfessioneller Grundlage erzogen werden. Deshalb handelt es sich um die Entscheidung über die Zukunft von Kirche, Staat und Gesellschaft. Da konnte unsre Wahl nicht zweifelhaft sein. Nun hätte man ja sagen können, wir hätten den Jesuitenantrag nach Zurückziehung des Schulgesetzes wieder einbringen sollen. Aber ganz abgesehen von der geschäftlichen Lage, mußten wir die dringende Verpflichtung fühlen, den Versuchen, das Kartell oben wieder in Aufnahme zu bringen, durch nichts Vorschub zu leisten. War die Lage vorher schlimm, so war sie nachher noch viel schlimmer. Der Liberalismus hat sich inzwischen unsre Köpfe darüber zerbrochen, was wir nun beginnen werden; man sagte schon, wir würden über die Jesuitenfrage fortan nur noch in unsern Volksversammlungen verhandeln. Dem gegenüber erkläre ich ganz entschieden im Auftrag des Vorstandes der Zentrumsfraktion: Das Zentrum wird den Antrag Windthorst als Antrag Graf Ballestrem wieder einbringen. Und es wird ihn dann keiner Vorlage, keiner politischen Lage zuliebe wieder außer Verhandlung setzen. Ich erkläre ferner: das Zentrum wird seine Jesuiten zu verteidigen wissen gegenüber allen wenn auch noch so schmachvollen Verleumdungen. Wir werden die Aufhebung des Jesuitengesetzes verlangen, nicht etwa, weil auch das Sozialistengesetz gefallen ist, obgleich wir anerkennen müssen, daß, nachdem das Sozialistengesetz verschwunden ist, es eine bis zur Lächerlichkeit getriebene Konsequenzmacherei der Jesuitenfurcht ist, die Jesuiten jenseits der Grenze zu halten. Ich spreche von den Jesuiten, meine dabei aber die Redemptoristen, Lazaristen, die ehrwürdigen Väter vom göttlichen Geiste und unsre guten Frauen vom heiligen Herzen Jesu. Ist es nicht geradezu lächerlich, einen Bebel und Liebknecht ihre Brandreden halten zu lassen, und diese unschuldigen Frauen als reichsgefährlich fern zu halten. Wir fordern die Aufhebung des Jesuitengesetzes als unser gutes Recht und werden nicht müde werden, es zu fordern. Wir bedauern, daß der Reichskanzler, der sonst so viel Sympatisches für uns hat, insbesondre wenn wir ihn mit seinem Vorgänger vergleichen, dafür bis jetzt sich nicht hat zugänglich finden lassen; aber wir geben uns der Hoffnung hin, es werde das noch geschehen. Und wenn ihn etwas dazu bringen kann, so werden es wohl die Erfahrungen mit dem Schulgesetz und gelegentlich der Wiener Hochzeitsreise besorgen. Ja, wir werden nicht aufhören, die Aufhebung des Jesuitengesetzes zu verlangen. Wenn sie uns heute nicht wird, so werden wir deshalb nicht morgen unsre monarchische Gesinnung einer Nachprüfung unterziehen. Aber wir werden nicht ablassen, unsre Stimme zu erheben, bis dieses Gesetz verschwunden ist. Und wenn der Frühling auch noch lange auf sich warten lassen sollte, wenn der Winter seine Herrschaft auch noch lange ausüben sollte, wir

deutschen Katholiken werden immer sagen: Und es wird doch Frühling werden!

1. September. In der vierten öffentlichen Versammlung hält der schweizerische Nationalrat Decurtius eine Rede zur Erinnerung an den frühern Bischof Ketteler von Mainz und Peter Wolff aus Prag eine Rede über die christliche Kunst. — Es folgt eine Rede des Abgeordneten Grafen Balleſtrem. Er führt aus, nach einem Rückblick auf das erste Jahr ohne Windthorst richte sich der Blick der Katholiken zuerst nach Rom und fährt dann (nach der katholischen „Kölnischen Volkszeitung" vom 2. September) also fort:

Nach Rom, wo der Hoheprieſter der ganzen Christenheit seines hohen Amtes waltet, von wo aus die katholische Welt mit Milde, Weisheit und Standhaftigkeit die Jahrhunderte hindurch regiert worden ist; das Rom aber, das in der letzten Zeit widerrechtlich dem Papsttum entrissen worden ist, wo der heilige Vater ein Gefangener ist, der seinen Palast nicht verlassen darf, ohne die schmählichsten Beschimpfungen befürchten zu müssen. Auf dieses Rom können wir nur mit tiefer Betrübnis blicken. Im letzten Jahre ist die Lage des heiligen Vaters keine bessere geworden. Sind doch treue Söhne des heiligen Vaters, als sie die Büste des Columbus bekränzen wollten, von liberalen Banden überfallen und auseinander getrieben worden. Man strebt auch nach der Abschaffung des sogenannten Garantiegeſetzes. Nun ist freilich dieses vom heiligen Stuhle niemals anerkannt worden und kann niemals anerkannt werden, da der heilige Stuhl eine souveräne Macht ist, der keine andre Macht Gesetze vorschreiben darf. Es ist kein internationales Abkommen, sondern ein einseitiges Gesetz, das jederzeit wieder abgeschafft werden kann. Wir proteſtiren daher auch in diesem Jahre gegen die unwürdige Behandlung, die man dem Oberhaupte der Christenheit zu teil werden läßt. Der heilige Vater hat ein Recht auf Rom, auf territoriale Souveränetät, weil er das legitimſte Besitztum und die berechtigtſte Herrschaft besitzt, die je auf der Welt existirt hat. Wenn diese Herrschaft nicht mehr sicher ist, dann hat kein Kaiserreich und kein Königreich eine Sicherheit mehr zu erwarten. Aber die territoriale Souveränetät des heiligen Vaters ist eine Notwendigkeit. Der zweite Teil unsrer Resolution beschäftigt sich mit dem hohen Schiedsrichteramte, das dem Papſte zukommt, das auch in solchem Maße anerkannt wird, daß es Fürst Bismarck selbst in Anspruch nahm. Was er dabei für Absichten etwa verfolgte, das will ich nicht untersuchen. Wie aber soll der Papst dieses Amt ausüben, wenn er Unterthan einer besondern Macht ist? Deshalb müssen wir immer wieder den Proteſt erneuern und immer an erster Stelle die Forderung stellen: man gebe dem heiligen Vater sein Eigentum zurück; denn Eigentum ist Eigentum, auch wenn es dem Papste und der katholischen Kirche gehört. Nun kommen aber von verschiednen Seiten Aeußerungen, die sagen, wie könnt ihr mit diesem Proteſte die Anerkennung des Dreibundes vereinen? Das fragen unsre Gegner, und ein Blatt hat sogar einen Artikel mit der geschmackvollen Ueberschrift gebracht: „Der Papſt eine Verlegenheit für das Zentrum." Es ist eine Beleidigung der Katholiken, einen solchen Satz zu schreiben. Der Papst ist für uns das hochverehrte Oberhaupt der Kirche, dem wir Liebe, Treue, Gehorsam schuldig sind. Der Papst kann nie eine Verlegenheit für uns sein; wir werden uns immer offen zu ihm bekennen. Ich möchte den Katholiken sehen, der noch diesen Namen verdient, dem der Papst je eine Verlegenheit wird. Aber auch das Zentrum wird nie eine Verlegenheit für den Papst sein, es wird sich immer offen und mannhaft zum

Papst bekennen. Wir sind unzertrennlich vom Papst, wir betrachten uns als eine Garde Seiner Heiligkeit in Rom. Das schließt aber nicht aus, daß wir die völkerrechtlichen Verträge, die die gesetzlich dazu berufnen Faktoren mit andern Mächten wegen Erhaltung des Friedens abgeschlossen haben, als giltig und zur Zeit notwendig anerkennen. Im vorigen Jahre hatten wir Grund, zu glauben, daß die Regierung entschlossen sei, das Staatswesen auf christlich-konservativem Grunde zu organisiren. Wir hatten Grund, das zu glauben, besonders wegen der Person, die in die bedeutungsvollsten Aemter berufen war. Wir waren entschlossen, die Regierung auf diesem Wege aufs kräftigste zu unterstützen, und wir haben es daran auch nicht fehlen lassen. Da kam der Märzschnee. Auf das Frühlingstreiben fiel ein Reif, und alles erfror. Es ist ja schon gesagt worden, daß das Schulgesetz keineswegs unsern Enthusiasmus erregte. Es fehlte sehr vieles darin, was wir durchaus verlangen müssen; aber der Grundgedanke, die Schule auf konfessioneller Grundlage gesetzlich zu organisiren, war gut, und deshalb waren wir entschlossen, dem Entwurf zuzustimmen. Der Entwurf war eingebracht von der Regierung, eine Mehrheit war ihm gesichert. Die erste Lesung war als glänzende Geisterschlacht geschlagen worden. Bei dieser war es ja, als das ewig denkwürdige Wort: „Kampf zwischen Atheismus und Christentum“ vom Grafen Caprivi ausgesprochen wurde. Dieses Wort, das von unsrer Seite ja schon früher gesprochen wurde, gewinnt eine ganz besondre Bedeutung, wenn es vom deutschen Reichskanzler gesprochen wird. Dieses Wort werden wir dem Grafen Caprivi nie vergessen. Brauche ich Sie noch an den ritterlichen Kultusminister zu erinnern, der, ein wahrer Edelmann vom Kopf bis zu den Zehen, auch seinem gemeinsten Gegner imponirte? Die Sache kam in die Kommission und wurde dort langsam aber sachgemäß behandelt; die Anträge der vereinigten Konservativen und Zentrumsleute gingen alle durch, die Liberalen waren immer in der Minderheit. Da fiel der Märzschnee. Wie schon einmal vor vierundvierzig Jahren, 1848, wurde eine siegreich vordringende Truppe beordert, das Feuer zu stopfen und sich zurückzuziehen. Diesmal aber waren es nicht nur die Truppen des Königtums, sondern des Königtums und des Christentums, die sich zurückziehen mußten. An jenem Tage hat das Christentum keinen Echec erlitten. Es sind zwar die Bekenner des wahren Christentums beleidigt worden, aber es selbst hat keinen Echec erlitten; denn es ist einig. Aber das Königtum, das hat einen Echec erlitten. Das Vertrauen in die stetige Führung der Geschäfte ist verloren gegangen, nicht bloß bei uns, sondern bei allen, auch bei den Gegnern, die sich auch auf feste Verhältnisse einrichten wollen, denen es auch nicht recht ist, daß, was heute schwarz ist, morgen für weiß erklärt wird. Es ist ja möglich, daß diese Angelegenheit mit dem Schulgesetz nur ein vorübergehendes Sympton war, und zu dieser Hoffnung berechtigt mich der Umstand, daß zur Leitung des Kultusministeriums wieder ein gläubiger Christ berufen worden ist. Aber ob es ihm möglich sein wird, das durchzusetzen, was ein Graf Zedlitz nicht hat durchsetzen können, das erfüllt mich doch mit banger Sorge. Oeffentlich giebt man als Grund der Zurückziehung an die große Aufregung, die im Lande geherrscht hat. Wenn man in einzelnen Teilen unsers Vaterlandes große Massen zusammenbrachte, die gegen das Schulgesetz protestirten, so hatte das doch einen eigentümlichen Zusammenhang: die Einberufer und Redner waren meist Nationalliberale, die Leute aber, die ihnen zujubelten, Sozialdemokraten. Die Verbrüderung aller liberalen Elemente, der sogenannte Rütlibund von Bennigsen bis Bebel, der hat die Aufregung gemacht, und deshalb ist das Gesetz

zurückgezogen worden. Das Zentrum hat sich in dieser Sache benommen, wie es sich benehmen mußte. Es hat die Regierungsvorlage verteidigt, es ist aber nicht aus dem Häuschen gekommen, wie sie zurückgezogen wurde. Infolge des langjährigen Kulturkampfes ist das Zentrum auf alles gefaßt, es läßt sich nicht so leicht aus dem Häuschen bringen. Und als die christlichen Truppen geschlagen worden waren — denn geschlagen worden sind wir, das ist gar keine Frage —, und als bei unsern konservativen Bundesgenossen eine gewisse Unsicherheit bemerkbar wurde und der Rückzug etwas schnell wurde, da schwenkten die Zentrumstruppen ein, machten Front und deckten den Rückzug. Und diese Deckung des Rückzuges hat den Feinden so imponirt, daß sie nicht gewagt haben, die Verfolgung fortzusetzen. Diese Deckung dauert noch heute fort, und unter dem Schutze derselben suchen sich unsre Verbündeten zu organisiren.

Beschluß über Kirche und Schule:

Die Christenheit betrachtet es seit den Tagen Julians als eine grausame Verfolgung, wenn den Söhnen christlicher Eltern der Zugang zur höhern Bildung nur um den Preis ihres Glaubens ermöglicht ist. Die Generalversammlung beklagt es deshalb aufs tiefste, daß die antichristliche Weltanschauung auf so vielen Kathedern der deutschen Hochschulen ungescheut der Jugend vorgetragen und durch ungläubige Lehrer mehr und mehr auch in den Gymnasien und Realschulen eingeführt wird. Sie erblickt in dieser namens des Staates gelehrten antichristlichen Weltanschauung die größte Gefahr für Staat, Kirche und Gesellschaft und die mächtigste Förderung der sozialdemokratischen Bestrebungen. Sie spricht die Ueberzeugung aus, daß alle andern Mittel, die soziale Auflösung zu verhindern, wirkungslos bleiben werden, wenn nicht der Verbreitung der Irreligion unter der Jugend durch vom Staate bestellte Lehrer der Wissenschaft nach Kräften Einhalt gethan wird. Die Versammlung betont ferner das unveräußerliche Recht katholischer Eltern auf katholische (d. h. römische) Erziehung ihrer Kinder und erklärt, daß eine katholische Erziehung ohne geordnete Mitwirkung der Kirche unmöglich ist. Sie verlangt deshalb die Erhaltung bezw. Wiederherstellung der konfessionellen Volks- und höhern Schulen und die Anerkennung des göttlichen Rechts der Kirche auf Erteilung und Leitung des Religionsunterrichts in allen Schulanstalten. Sie erwartet auch, daß an allen Anstalten, die von katholischen Schülern besucht werden, für die profanen Fächer nur solche Bücher zugelassen werden, die in keiner Weise das katholische Bewußtsein verletzen. Die Versammlung fordert endlich die Katholiken auf, nicht zu ermüden im Kampfe um die Unterrichtsfreiheit, bis das Recht der Kirche, der kirchlichen Gemeinden, Fonds und Genossenschaften, Schulanstalten jeder Art zu errichten, anerkannt ist.

3.

Eindruck der Verhandlungen des deutschen Katholikentages.

30. August. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" richtet an den Katholikentag in Mainz eine Mahnung zur Mäßigung. Das Blatt sagt u. a.: In Fragen des Jesuitengesetzes, des Volksschulgesetzes, der Sonntagsruhe und andern Fragen ihrer Stellung zweifellosen Ausdruck zu geben, hat die Mainzer

Versammlung in Anbetracht der welthistorischen Stellung der katholischen Kirchengemeinschaft ein Recht, das wir am allerletzten geneigt sein würden, irgendwie verkümmern zu wollen. Nur möchten wir bezweifeln, daß es wohlgethan war, zu Versammlungen, wie sie hier in Rede stehen, die Stimmung der Versammlung von vornherein in einer, wir möchten sagen, zelotischen Weise an- und aufzuregen, wie es beispielsweise von der „Germania" in folgender Weise geschah:

Der akute, plumpe und brutale Kulturkampf ist zu Ende. An seine Stelle ist der chronische, stille und schleichende Kulturkampf getreten, der auf mehr denn einem Gebiet, namentlich aber auf dem Gebiet der Schule und überhaupt des niedern und höhern Unterrichts, arge Verheerungen und Verwüstungen anrichtet und, einer geistigen Phylloxera gleich, allmählich den Leib der Kirche in Deutschland zu zerfressen droht. In den ersten Monaten dieses Jahres hatten wir gehofft, daß das von der preußischen Regierung eingebrachte neue Schulgesetz die Morgenröte einer neuen christlichen Aera heraufführen werde, und wie Worte der Erlösung von einem unheimlichen Banne klangen uns die herrlichen, von tiefer Religiosität wie von echt staatsmännischer Weisheit zeugenden Reden des Reichskanzlers und des Kultusministers v. Zedlitz. Unsre Hoffnungen sind getäuscht worden! Das projektirte Schulgesetz ist dem Ansturm des Unglaubens und der Gottlosigkeit zum Opfer gefallen!

Dem gegenüber können wir, und zwar vom Standpunkte der Kirche nicht minder wie dem des Staates, nur aufs dringendste wünschen, daß die Katholikenversammlung bei ihren Verhandlungen es in keinem Punkte an weiser Mäßigung wie an wahrem Verständnis der großen staatserhaltenden Aufgaben fehlen lassen möge, welche dem Reiche und den Einzelstaaten obliegen, um ihren Angehörigen nicht bloß ein möglichst erträgliches Dasein auf den Wandelgängen des wirtschaftlichen Lebens zu bereiten, sondern denselben namentlich auch, sofern sie im Glauben getrennt sind, ein friedliches Nebeneinanderwohnen zu ermöglichen.

31. August. Die „Nationalliberale Korrespondenz" läßt sich also vernehmen:

Der Verlauf der Mainzer Katholikenversammlung und die dort gehaltenen Reden zeugen von der wachsenden Ueberhebung und Siegeszuversicht, die im ultramontanen Lager herrschen. Eine bewußte Herausforderung geht durch alle Ansprachen. Wozu jetzt, nachdem die katholische Kirche alles erreicht hat, was nur möglich ist, ihr zu gewähren, ein so fanatisches Gezeter, wie es z. B. in der Rede des Bischofs Haffner herrschte? „Verzeihen, aber nicht vergessen" war die Parole dieses harten zornigen Priesters. Wozu Töne aus der erbittertsten Kulturkampfzeit, wie: „Es hat noch nie eine Bevölkerung gegeben in einem Lande Europas, welche in einer so schmachvollen Weise mißhandelt worden war, wie die Katholiken in der Gesetzgebung des Kulturkampfes." Der Höhepunkt dieser Rede bestand in der frechen Zumutung, wir möchten gefälligst alle katholisch werden.

Die „Vossische Zeitung" spricht sich also aus:

Aus der Rede des Mainzer Bischofs kann der Kanzler entnehmen, was

das Schulgesetz des Grafen Zedlitz und seine Verteidigung bedeuten; die ultramontane Partei hatte Grund zu triumphiren. Wenn man erst zu der Billigung eines solchen Entwurfes gekommen ist, weshalb dann Halt machen „vor den Stufen von Sankt Peter"? Dann kann und muß man sich schon noch den „kleinen Beisatz" gefallen lassen und statt „christlich" „katholisch" sagen. Auch Luther gilt den Ultramontanen als ein abtrünniger, atheistischer, liederlicher, ehebrecherischer Mönch. Haffner wird den Mut haben, das nicht zu leugnen. Die Regierung des preußischen Staates und des deutschen Reiches aber kann neuerlich prüfen, auf welchem Wege sie sich mit dem Schulgesetzentwurfe befand und — noch befindet, falls sie darauf spekuliren sollte, ihre Geschäfte mit dem Zentrum zu machen. Eine Politik, die sich auf die ultramontane Partei stützt, kann auf ihr Banner nur die Worte schreiben, zu denen sich ein Gesinnungsgenosse des Bischofs Haffner auf dem Mainzer Katholikentage begeisterte: Katholisch ist Trumpf!

Zu der Kundgebung über „die atheistischen Professoren" bemerkt die „Kölner Zeitung":

Eine Regierung, welche versuchen wollte, an der Neige des 19. Jahrhunderts den Finsterlingen zu Gefallen zu sein, würde hinweggefegt werden von einer Entrüstung, wie sie Deutschland noch nicht erlebt hat. Es giebt keinen Punkt, an welchem das deutsche Herz so empfindlich wäre, wie in der Freiheit des inneren Forums. Bei jedem echten deutschen Mann bäumt sich der ganze innere Mensch zähneknirschend auf bei dem bloßen Gedanken daran, sein freies Denken staatlich bevormunden zu lassen. Nein, geehrte Herren in Mainz, Sie ahnen nicht, wie dreist zugleich und wie erbärmlich verzagt Sie sind, wenn Sie verlangen, der Staat solle die stolzen Hochburgen deutscher Wissenschaft mit augenverdrehenden Heuchlern besetzen, um ihren Söhnen die harte Arbeit des Denkens zu ersparen. Lassen Sie Ihre Söhne ruhig hinabtauchen in den frischen, vollen Strom der voraussetzungslosen, der vorurteilsfreien Forschung.

2. September. Die Reden in Mainz, sagt die „Weser-Zeitung," legen Zeugnis ab von den hochgeschwellten Hoffnungen, mit denen die Zentrumspartei in den Kampf des kommenden Winters eintritt. Derartige Töne der freudigsten Erwartung, wie sie Bischof Haffner von Mainz, Schorlemer und Lieber anschlugen, hat man von der päpstlichen Partei noch nicht gehört. Zwischen den Aeußerungen „Nach Kanossa gehn wir nicht!" und „Katholisch ist Trumpf!" liegt ein Abgrund, aber eine ganz bequeme Treppe führt hinab. — Was wird das wohl für ein Frühling sein, den der ultramontane Redner Lieber dem deutschen Volke verheißt? ruft der „Schwäbische Merkur" aus. Der Frühling, der die Jesuiten bringt. Man braucht die Nachtgestalten nur zu nennen, um alle, alle Lenzgedanken fernerhin zu bannen. Und dieser Frühling soll wirklich kommen, wenn es nach den Wünschen der Mainzer Redner geht. Es kostet nur eine Kleinigkeit: der Reichskanzler braucht ja, so meint der Mainzer Bischof, sein Wort „Christlich oder atheistisch" in seine Folgerungen zu verfolgen, dann kehren wir alle in den Schoß der katholischen Kirche zurück. Also ist es gemeint. Und das wagt man dem Leiter des deutschen Staates anzutragen, des

Staates, der auf den Ueberlieferungen Kaiser Wilhelms I. beruht. — Die katholische „Kölner Volkszeitung" sagt zu obigem Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung":

Wir sehen keinen Grund für die Kundgebung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, und darum mißfällt sie uns. Sie läßt sich nur aus dem Bestreben erklären, zu verhindern, daß kulturkämpferische Empfindlichkeit irgendwo und irgendwie verletzt werde. Es ist die weitgehendste Rücksichtnahme auf gegnerische Stimmungen, welche man so oft beobachten kann, während man von den Katholiken verlangt, daß sie Nerven wie Schiffstaue haben.

Die freisinnige Zeitschrift „Die Nation" bemerkt:

Es handelt sich um nicht mehr und nicht weniger als darum, das deutsche Geistesleben unter die Vormundschaft Roms zu stellen, und zwar eines Papsttums, das natürlich auch staatlich unabhängig sein muß. Daß die Gerichte so heiß, wie sie in Mainz aufgetragen wurden, nicht zur Verspeisung gelangen, ist selbstverständlich; aber bezeichnend bleibt die Rücksichtslosigkeit, mit der die Katholiken heute ihre letzten Ziele aussprechen gegenüber dem modernen Staat und auch gegenüber dem Protestantismus; nicht weniger bezeichnend aber ist es, daß sie für diese Haltung den Grafen v. Caprivi als eine Art Bundesgenossen reklamiren, dessen Wort vom Gegensatz des Atheismus und der Religion ihnen ausnehmend gefällt, wobei selbstverständlich Religion gleich Katholizismus zu setzen ist, denn auch der Protestantismus ist ja nur eine verirrte Sekte. Den Kreuzzeitungsleuten muß dieser scharfe Ton der neuen Bundesgenossen etwas unangenehm sein; allein man überhört ihn geschickt und steckt die „ketzerische Sekte" ein, damit ketzerische und rechtgläubige Junker gemeinsam sich auch ferner irdischer Privilegien in der Gesetzgebung erfreuen können und neue Privilegien zu erkämpfen in der Lage sind. Will man die Lage bezeichnen, so muß man sagen, daß seit dem Tode von Windthorst die feine politische Strategie in ein recht rohes Draufgängertum ausgeartet ist. Man drängt sich an die Regierung heran und man drängt sich an das protestantische Junkertum, um auf diese Weise nebst dem Ultramontanismus dem ultramontanen Junkertum zu größerer Macht zu verhelfen. Dieses Vorgehen ist nicht so ganz unbedenklich. Der politische Sieg des Junkertums, sei es nun protestantisch oder katholisch, ist denn doch nicht nach dem Herzen aller Katholiken; und die römischen wie wittenbergischen Hammersteine werden schließlich auch einmal ihre Kräfte gegen eine so demokratische Einrichtung wie den Reichstag und das parlamentarische Leben kehren müssen; aber gerade auf diesen Einrichtungen ruht die Kraft des Zentrums, und hier allein kann sie bleibend fußen.

3. September. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" bringt abermals einen Aufsehen erregenden Artikel über den Katholikentag in Mainz. Das Blatt sagt:

Die Rücksicht auf den propagandistischen Zweck, den die Versammlungen verfolgen, bringt es mit sich, daß nicht jedes Wort in denselben auf die Goldwage gelegt, daß die Ziele möglichst weit gesteckt werden und bei dem angeschlagenen Ton mehr an den Teil des Publikums gedacht wird, der politisch unbefangen und nichts weniger als blasirt ist. Stellen dabei solche Teilnehmer vielfach ihre reifere Erkenntnis zurück, die durch ihre parlamentarische Vergangenheit und ihre Stellung im Leben und in der Gesellschaft in der Lage sind, den Zusammenhang mancher Dinge in

einem andern Lichte zu erkennen, als er in der festlichen Erleuchtung und Beleuchtung der Katholikentage sich darbietet, so ist das ein Opfer, dessen Größe nicht wohl unterschätzt werden kann, insofern mit in Anschlag gebracht wird, welch ein werbendes und erzieherisches Moment darin liegt, wenn der Edelmann mit dem Bürger und der Priester mit dem Laien sich einmal auf denselben Standpunkt stellt. Je mehr man den Verlauf auch des diesjährigen Katholikentages in dieser unbefangenen Weise betrachtet und davon absieht, die zu den einzelnen Fragen eingenommene Stellung zu verwerten, um so eher wird man auch imstande sein, diejenige Wahrnehmung in ihrer vollen Tragweite zu würdigen und als das entschieden wichtigste Ergebnis der Versammlung zu schätzen, die darin liegt, daß, wie Graf Balleſtrem sehr richtig hervorhob, die Einigkeit aller, und insbesondre auch des gesamten Zentrums, in so glänzender Weise aufs neue in die Erscheinung trat, wie es kaum je zuvor der Fall gewesen. Kommt damit die Spekulation der Parteigewinnsucht, die seit Jahr und Tag immer von neuem einen Zerfall des Zentrums voraussieht und in Rechnung stellt, auch diesmal wiederum nicht auf die Kosten, so sollte die nüchterne Erwägung, wie schwer die Einigkeit des Zentrums nach wie vor politisch ins Gewicht fällt, um so mehr davon abhalten, die Bedeutung der Stellungnahme der Versammlung zu einzelnen Fragen und Forderungen allein in Betracht zu ziehen und an diesen Punkten mit parteiischer Kritik einzusetzen, als dadurch nur der Unterschied noch schärfer markirt werden kann, der zwischen dem Zentrum, das einig ist und einig bleibt, und denjenigen Parteien besteht, die vom Zentrum nicht das lernen wollen, was ihnen vor allem zu lernen not thäte.

4. September. Ueber diese seitens der Presse für halbamtlich gehaltenen Aeußerungen sagt die „Nationalzeitung“:

Die Aeußerungen besagten: das Zentrum imponirt der Regierung auf das höchste, sogar in seiner heutigen fragwürdigen Gestalt, in der ein unerhörter Fehler dieser Regierung das meiste dazu gethan hat, der Zentrumspartei für einige Zeit wieder den Zusammenhalt zu sichern. Und man muß annehmen, daß das weitere politische Verhalten der Regierung dieser Ehrfurcht und Bewunderung, die sie für Balleſtrem, Lieber und Genossen empfindet, entsprechen wird. Bestätigt sich diese Annahme, so wird die politische Lage und die in ihr von den Liberalen einzunehmende Stellung vollkommen klar sein. Gegenüber einer Regierung, die sich unter das Joch des Klerikalismus beugt, wäre jede derartige Politik des Kompromisses ausgeschlossen. Es ist, falls der Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung die Auffassung des Herrn Grafen Caprivi und Genossen zutreffend wiedergiebt, eine Zeit bedenklicher Verwirrung der innern Politik für Preußen und das Reich vorauszusehen.

Die „Vossische Zeitung“ ruft aus: „Katholisch ist Trumpf!“ und schreibt:

Das „schwarze Kartell“ hat den Segen von oben erhalten, wenn anders das offiziöse Blatt nicht unumwunden verleugnet wird. Die Nation hat ein Recht, die Frage zu stellen, ob Graf Caprivi mit den Ausführungen seines Leiborgans einverstanden sein wird, und keine Antwort wird auch eine Antwort sein. Seit langen Jahren hat kein Katholikentag so rücksichtslos die protestantische Bevölkerung herausgefordert, wie die Versammlung von Mainz. Aber hat nicht Caprivi mit dem Zentrum und der Rechten das Schulgesetz machen wollen? Kann seine Militärvorlage anders zu stande kommen als durch die Vereinigung der Parteien?

5. September. Die „Kölnische Zeitung" äußert sich folgendermaßen:

Wir stehen in unsrer innern Politik unter dem Zeichen des Krebses und wir besorgen, daß dies auf die Dauer den Reichsgedanken, den Kaisergedanken schädigen wird. Es wäre bedenklich, wenn das alte, zähe Mißtrauen gegen das reaktionäre Preußen in den verschiednen Bundesstaaten durch die Regierungspolitik zu neuem Leben erweckt würde.

Das Berliner „Deutsche Wochenblatt" bemerkt:

Der Mainzer Katholikentag hat uns deutlich gezeigt, wessen der siegestrunkne Ultramontanismus fähig ist. Es war nur logisch und konnte den, der die klerikale Denkweise kennt, nicht überraschen, daß das „christlich oder atheistisch" in „katholisch oder atheistisch" verändert würde. Das sollte der protestantischen Orthodoxie die Augen öffnen, wohin in Wahrheit der Kurs führt. Wir sind nur dem Schicksale dankbar, daß Windthorst nicht mehr mit seinem unleugbaren Genie die Zentrumspolitik leitet, seine Nachfolger haben in Mainz sich so tief in die Karten blicken lassen, wie dies Windthorst nie passirt wäre. Wir begrüßen namentlich die Ankündigung, daß der Antrag auf Rückberufung der Jesuiten wieder gestellt werden soll. Da scheiden sich die Geister, und da ist ein Stein des Anstoßes auch für das konservativ-klerikale Bündnis geschaffen.

Was ist heute Trumpf? Katholisch ist Trumpf! ruft der „Westfälische Merkur." Katholisch ist ausgespielt, und es hat ein Lärm sich erhoben, der zeigt, daß kein Gegner die Bedeutung des Trumpfes unterschätzt. Daß wir noch nicht am Ziele sind, wissen wir wohl; es wird noch manchen Kampfes bedürfen, aber nach dem Mainzer Katholikentag dürfen wir mit voller Zuversicht in der Arbeit weiter fortfahren.

6. September. Der „Reichsbote" hebt hervor, daß die Zentrumspartei in vollem Maße von der begeisterten Anhänglichkeit der katholischen Bevölkerung getragen werde, wie das keine andre Partei von der hinter ihr stehenden Bevölkerung sagen könne. — Der „Schwäbische Merkur" sagt zu den Auslassungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 3. September:

Man traut seinen Augen nicht, wenn man das liest. Die anspruchsvollste Partei im Reiche, die ultramontane, hat soeben ihre höchsten Trümpfe ausgespielt; sofort wird sie uns hier als Vorbild politischer Weisheit und als höchst gewichtiger Faktor in der Politik vorgerückt. Das Gebahren der Partei, wie es in Mainz hervorgetreten, schien teilweise kaum mehr ernsthafter Natur; man sah deutlich, wie die Führer seit Windthorsts Tod an Haltung eingebüßt haben. Und da sollen wir ehrfürchtig still stehen, ein Muster nehmen!

7. September. In den „Hamburger Nachrichten" wird darauf hingewiesen, daß der Schwerpunkt nicht in den in Mainz aufgestellten Beschlüssen, sondern im Gesamtauftreten der ultramontanen Partei liege. Im kirchenpolitischen Streite seien wohl schärfere Forderungen aufgestellt, aber in dieser Feindseligkeit habe doch immer zugleich der Ausdruck der Furcht vor einer starken

Staatsgewalt gelegen; in Mainz aber sei die Regierung abwechselnd wegen ihrer Nachgiebigkeit gegen die Wünsche des Ultramontanismus belobt und wegen ihrer Unentschlossenheit unter dem wiehernden Gelächter von Tausenden verspottet, „wurde der höchste Beamte des Reichs als Vorkämpfer der ultramontanen Weltanschauung ausgespielt gegen die Krone, welche das Volksschulgesetz fallen ließ, wurde gegen die Krone selbst der Vorwurf erhoben, dem Königtum einen Echec bereitet zu haben (S. 102). Und nach alledem pries man das Zentrum an als die festeste Stütze der Regierung! Ob man sich in Mainz einer Verhöhnung der höchsten Gewalten bewußt gewesen ist, haben wir nicht zu untersuchen. Die Außenstehenden haben jene Reden als solche empfunden." — Die „Nationalzeitung" versichert, die Regierung habe mit dem den Katholiken „huldigenden" Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 3. September nichts zu thun, und die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" selbst meint, es sei thöricht, ihre damaligen Aeußerungen als eine Billigung aller in Mainz zur Sprache gebrachten Ziele zu deuten.

10. September. Die katholische „Germania" in Berlin ist mit den bestehenden Zuständen nicht zufrieden und sagt:

Als Kaiser Wilhelm II. in den schweren sachlichen Gegensatz zum Fürsten Bismarck geriet bezüglich der sozialen Frage, als Bismarck gestürzt und das Staatswesen nicht die mindeste Erschütterung verspürte, das waren ruhmreiche Jahre für den Kaiser und seine Regierung, es waren fruchtbare Jahre für Land und Volk. Warum ist seit $1^1/_2$ Jahren so manches anders und niemand mehr froh?

13. September. Die „Kölnische Zeitung" bespricht das Hervortreten des Ultramontanismus in folgender Weise:

Es gab eine Zeit in Deutschland, da schied sich der gesamte Reichstag, wenn Religionsangelegenheiten in Frage standen, in Katholiken und Evangelische, in das corpus Catholicorum und das corpus Evangelicorum; aber auch auf weltliche Angelegenheiten ward diese Trennung und Art der Abstimmung übertragbar, wenn ein Teil erklärte, die Sache vom konfessionellen Standpunkt aus betrachten und entscheiden zu wollen. Nun ist aber die Zentrumspartei im Grunde nichts andres als die Wiedereinführung jener Scheidung in Staat und Gesellschaft, und zwar in der schärfsten und darum gefährlichsten Ausprägung. Was jedoch in weiten Kreisen größtes Mißtrauen und Unruhe erregt, das ist die ganz richtige Erwägung, daß das Zentrum, um so dreist, maßlos, begehrlich und zudringlich aufzutreten, wahrlich eine sehr geringe Meinung von der Widerstandsfähigkeit und Selbständigkeit der leitenden Staatsmänner erlangt haben muß. Wenn bange machen gilt, dann allerdings wird die Berechnung richtig sein. Die Ultramontanen sagen sich vielleicht nicht mit Unrecht, daß in einem Staate, der ein solches Schulgesetz zur Annahme vorzulegen vermocht hat, wie im letzten Winter in Preußen, dem Lande der Aufklärung, geschah, schon manches geboten werden darf, bevor die Freundschaft notleidet. Daß der begonnene Kampf um die Schule bis an die Hochschulen hinanreichen wird, das ist zum Glück sehr unverblümt wieder in Mainz in

das deutsche Land hinausgerufen worden. Wessen hat es sich zu versehen? Das ist die Frage. Schon erschallen Rufe nach der Bildung eines evangelischen Zentrums, um das katholische Zentrum lahm zu legen oder auch zu unterstützen. Die Lösung erscheint einfach und nicht unverdient, aber durchaus nicht wünschenswert.

25. Oktober. Der Reichsbote weist darauf hin, es werde geduldet, daß in München-Gladbach zwei Jesuiten aus Holland bei den vom Abgeordneten Hitze eingerichteten sozialpolitischen Kursen als Lehrer über die Geschichte der sozialen Bewegung und über die Begründung des Eigenthumrechts auftreten. Das Blatt sagt:

Am Rhein nimmt man Anstoß daran, daß die Regierung die Jesuiten dort ruhig gewähren läßt, und in der That kommt es der Errichtung eines Jesuitenkollegs gleich, wenn dort unter dem harmlosen Namen eines sozialpolitischen Kursus etwa 400 Personen aus ganz Deutschland zusammengezogen und als ihre Lehrer Jesuitenprofessoren von einer benachbarten holländischen Jesuitenschule herbeigezogen werden. Wenn das möglich ist, dann können die Jesuiten ruhig auf die Aufhebung des Jesuitengesetzes verzichten. In katholischen Blättern wurde der Gladbacher Kursus sogar als Volksuniversität bezeichnet; wenn das in Gladbach gelingt, so dürfte man es in andern Städten nachahmen und Jesuitenprofessoren zu Lehrern berufen. Daß das eine Umgehung des Jesuitengesetzes wäre, ist zweifellos, und was ein das Jesuitengesetz umgehender Jesuit über die Aufgaben und Grenzen der Staatsgewalt lehren wird, kann man sich denken. Vollends unerlaubt aber erscheint es uns, daß Jesuiten auswärtiger Niederlassungen, also Herren, über welche der Staat gar keine Kontrolle hat, nach Deutschland zu Vorträgen über so wichtige und tief einschneidende, insbesondre den Staat so tief berührende Lehrpunkte berufen werden.

4.

Fernere Versammlungen.

7. August. In einer Katholikenversammlung zu Erfurt spricht sich der Abgeordnete Lieber gegen den Fürsten Bismarck und dessen Rede in Jena (nach der katholischen „Kölnischen Volkszeitung") also aus:

Vor wenigen Tagen ist in Jena auf offenem Markte gesagt worden, daß ich ein Sozialdemokrat sei (S. 53). Diese ollen Kamellen schreiben sich aus jener Zeit her, in der die Arbeiterschutzanträge des Zentrums auch meine Unterschrift trugen. Als ich damals dem abgetakelten Reichsnörgler gegenüberstand, hat er diesen Vorwurf gegen mich und den Abgeordneten Hitze erhoben. Uebermäßigen Anklang hat er damit nicht gefunden, außer etwa bei dem Oberpräsidenten Grafen Udo Stolberg. Seit die kaiserlichen Erlasse, denen Bismarck die Zähne ausgebrochen zu haben glaubte, trotz dem kanzlerischen Widerspruche in die Oeffentlichkeit gekommen, ist dieser Vorwurf im Reichstag und Reichskanzleramte verstummt. Wir waren in sehr gute Gesellschaft geraten. Dem Fürsten Bismarck blieb es vorbehalten, ihn auf dem Marktplatze in Jena wieder auszugraben, um nicht so sehr die Abgeordneten Hitze und Lieber, als die Politik Sr. Majestät zu verdäch-

tigen. Ich bin mir bewußt, ein so entschiedener und alter Widersacher der Sozialdemokratie zu sein, daß niemand mehr, als die Sozialdemokratie selbst, darüber lachen wird, mich als Sozialdemokraten bezeichnen zu hören. Aber man muß auf die Worte des Reichstagsabgeordneten für Otterndorf, auf diese Bisse muß man kein großes Gewicht legen. Und ich möchte Sie bitten, durch die Erlebnisse der letzten Wochen sich in Ihrem Gleichmut nicht stören zu lassen. Man hat Bismarck im Reichstage sagen hören: Graben Sie doch nicht meine alten Reden aus, vielleicht bekämpfe ich übers Jahr mit demselben Eifer, was ich jetzt vertrete, wie Sie. Nun, was soll man auf einen solchen Mann geben? Der Herr hat sich in Jena und in den „Hamburger Nachrichten," seinem neuesten Düngerwagen, sehr wesentlich mit dem Zentrum beschäftigt. Er hat das Zentrum als Feinde des Reiches an die Wand gemalt und gewarnt vor einer Politik mit dem Zentrum. Er hat aus seinen eignen Reden die sonderbarsten Dinge ausgegraben, die wir fast vergessen hatten, seitdem er uns im Reichstage zu den Parteien gezählt, die das Reich „angebrachtermaßen" stützen. Morgen wird ers vielleicht wieder thun, und er würde es ganz sicher thun, wenn wir ihm eine Begrüßungsdepesche schickten. Wir werden aber das bleiben lassen, zumal seit dem Triumphzug Sr. Durchlaucht, den Dr. Jörg einen Rachezug benannt hat, müssen wir diese Gelegenheit benutzen, um zu erklären, daß wir unsrerseits sind Freunde des Reiches in Wahrheit und von Herzen, wie es durch Bismarck geworden ist, aber wie es von Sr. Majestät und dem Kanzler geführt wird. Niemals werden wir uns auf eine Bahn locken lassen, deren Ziel unverkennbar revolutionär ist. Es ist die offene Auflehnung gegen Kaiser und Reich, wenn man gegenüber der klar ausgesprochnen Willensmeinung des Kaisers die unflätigen Worte eines Götz von Berlichingen gebraucht (S. 53). Ich gehe nicht darauf ein, was unter Bismarck einem abgedankten Beamten passirt wäre, der solche Worte gegen den Kanzler des Kaisers gebrauchte, das mag die Regierung erwägen, ich wünsche nicht, daß ihm eins von seinen drei Haaren gekrümmt wird. Aber wir müssen Stellung nehmen zu der Krisis, in die dieser Mann Staat und Reich bringt. Es darf weder oben, noch in weiten Kreisen des Volkes, noch im Auslande die Meinung aufkommen, als ob die paar Tausend Nationalliberalen, die dem Reichskanzler nachlaufen, das deutsche Volk darstellen, nein, sie sitzen mit ihm auf dem Isolirschemel, und wenn eine Partei sich das Todesurteil gesprochen, so ist es die, die dem Fürsten Bismarck jetzt zujubelte. Wir wollen keineswegs Bismarcks frühere Verdienste schmälern, wir haben auch nicht seine Absetzung betrieben. Vielleicht weiß Bismarck auch das, der Mann, von dem das schöne Wort erzählt wird: „Wenn ich das Recht nicht haben soll, zu lügen, wer hats denn?" Jedenfalls ist er in einem gründlichen Irrtum, wenn er glaubt, wir hätten seine Absetzung betrieben und dem Nachfolger die Wege bereitet. Windthorst hatte den providentiellen Beruf, dem herrschgewaltigen Einzigen gegenüber die Kraft des katholischen Volkes in einem Einzigen zu verkörpern. Daraus hat die Bismarckpresse das Zugeständnis gemacht: Haha, da haben wirs, der Lieber gesteht also zu, daß Windthorst Bismarcks Sturz betrieben hat. Diese Logik ist so verwässert, daß sie nur durch Kissinger Wasser so heruntergekommen sein kann. An eine Entfernung des Fürsten Bismarck konnten wir große Hoffnungen nicht knüpfen, im Gegenteil. Denn er war offenbar berufen, die Maigesetze, die er aufgebaut, auch mit eignen Händen wieder abzutragen. Wenn wir uns trotzdem nach seiner Entlassung seinem Nachfolger freundlich gegenüber stellten, so hatten wir dafür Gründe. Hier in Erfurt ist das Wort gesprochen worden: „Ich habe mein Da-

maskus gefunden." Bismarck, ein absolutistischer Saulus, ist zum reinsten Parlaments-Paulus geworden. Wie lange die Bekehrung vorhält, weiß man nicht, aber die Jenaer Rede läßt keinen Zweifel darüber, daß es so gemeint war. . . . Es giebt Leute, die meinen, Bismarck sei alt geworden, und es fange die gerühmte Klarheit seines Geistes an, dünner zu werden. Nein, er ist ganz derselbe, der er zu jeder Zeit gewesen. Inmitten der Konfliktszeit, Anfang der sechziger Jahre, da hat er einmal Virchow gegenüber den Vers aus der Aeneis angewendet, den der Dichter Virgil der Göttin Juno in den Mund legt. Diese kann den Götterkönig Jupiter nicht zur Vernichtung des Aeneas bestimmen, und da sagte sie: wenn ich nicht die Götter — es war einer — beugen kann, so rege ich die Unterwelt auf. Nach diesem Rezept ist Bismarck immer verfahren. Es wird nützlich sein, nach der Rede von Jena an dieses Wort wieder zu erinnern. Daraus erklärt sich der Parlaments-Paulus. . . . Wenn überhaupt in der Gegenwart ein Reichsfeind auf dem deutschen Boden atmet, dann ist es der Mann, der uns in Jena Reichsfeind gescholten. Wir werden ihn bekämpfen und auch die Sozialdemokraten bekämpfen, die im Augenblick unsre und auch seine Feinde sind.

25. September. Der „Schwäbische Merkur" sagt zu dem vom Kaplan Hitze in München-Gladbach eingerichtetem sozialpolitischen Kursus von Vorträgen für vierhundert aus ganz Deutschland zusammengekommenen Zuhörern: Die ultramontanen Blätter sind aufs gewaltigste darüber entrüstet, daß man von verschiednen Seiten das Auftreten der beiden Jesuiten Pesch und Cathrein in dem Gladbacher „sozialpolitischen Kursus" als mit dem Jesuitengesetz streitend gefunden hat. Cathrein spricht nach den Berichten u. a. über die „Aufgaben und Grenzen der Staatsgewalt." Wenn wir die im 21. Ergänzungshefte zu den Stimmen aus Maria Laach 1882 von Cathrein herausgegebene Abhandlung über „die Aufgaben der Staatsgewalt und ihre Grenzen" zur Hand nehmen, dann werden wir begreifen, warum man sich gegen einen derartigen „Kursus" der ehrwürdigen Väter zu wehren begonnen hat. Zunächst sagt er da:

„Unsere Ausführungen haben nicht bloß einen ganz katholischen Staat vor Augen, sondern jeden Staat, in welchem die katholische Kirche öffentlich in ihrem Bestande und in ihren göttlichen Rechten garantirt ist, oder in welchem wenigstens ein bedeutender Teil der Bevölkerung der Weltkirche angehört." In seinen „Ausführungen" findet sich Folgendes wörtlich: „Christus hat seine Kirche zu einer wahren, vollkommenen, völlig freien und selbstständigen, mithin von anderen unabhängigen Gesellschaft erhoben. Sie ist ein souveränes Königreich auf Erden, welches alle Zeiten und Länder und Völker umspannt und deshalb nicht dem Staate unterworfen sein kann. Aus diesen hier nur flüchtig angedeuteten Grundwahrheiten, welche ebenso viele Glaubenslehren enthalten, an denen ein Katholik gar nicht zweifeln darf, ergeben sich sehr viele wichtige Schlußfolgerungen über das Verhältnis von Kirche und Staat. Die Kirche ist im Gebrauch ihrer göttlichen Rechte und Pflichten von Niemand abhängig. Es steht dem Staate nicht zu, zu bestimmen, welches die Rechte der Kirche seien, und innerhalb welcher Grenzen sie dieselben gebrauchen dürfe. Das in Anspruch genommene jus cavendi der Staaten, oder

das königliche Placet oder der recursus tanquam ab abusu sind ebensoviele gehässige als rechtswidrige Eingriffe in die Rechte und Freiheiten der Kirche. Die Erteilung, Leitung und Beaufsichtigung der gesamten religiösen Erziehung und Belehrung auf allen Stufen und für alle Lebensalter ist ausschließliche Sache der Kirche. . . . Doch genügt die Aufsicht über den Religionsunterricht allein nicht. In Bezug auf kirchliche Schulen steht dem Staate höchstens das Recht zu, sich zu überzeugen, ob die Wohnungen den allgemeinen gesundheitlichen Gesetzen genügen. Der staatliche Schulzwang ist durchaus verwerflich. Sind Lesen, Schreiben und Rechnen heute für alle ohne Ausnahme unentbehrlich? Das möchte wohl schwer zu begreifen sein. Noch empfindlicher als der Schulzwang greift das staatliche Schulmonopol in die natürlichen Rechte der Eltern ein. Es ist eine entwürdigende und empörende Geistesknechtung. Der Staat muß wieder aus der Schule hinausgetrieben werden. Den geistlichen Behörden, in erster Linie dem Papste, steht das Recht der kirchlichen Straf- und Disziplinargewalt zu, und in der Ausübung ihres Rechtes hängen sie von niemand auf Erden ab. Soweit indirekt mit der Exkommunikation bürgerliche Folgen verknüpft sind, hat der Staat dieselben anzuerkennen.

6. Oktober. In einer Versammlung des katholischen Volksvereins zu Neustadt in Oberschlesien spricht sich der Abgeordnete Lieber u. a. also aus („Germania" vom 11. Oktober):

Was die allgemeine Aufgabe angeht, so ist Ihnen allen bekannt, daß die Zurückziehung des Zedlitzschen Volksschulgesetzentwurfs der Anfang einer Bewegung in dem katholischen Deutschland gewesen ist, welche heute noch in ungeschwächter Kraft fortwirkt. Wenn demnächst die parlamentarischen Verhandlungen beginnen, wird man auf allen Seiten sich darüber klar sein, daß die Zurückziehung dieses Entwurfs das, was man mit ihr hat erreichen wollen, nicht erreicht hat. Man hat wieder einmal, wie im Kulturkampfe, die Kraft und die Entschlossenheit des katholischen Volkes unterschätzt; und der Fehler war um so größer und unbegreiflicher, als man in den langen Jahren des Kulturkampfes Zeit und Gelegenheit genug gehabt, diese Kraft und Entschlossenheit des katholischen Volkes kennen und würdigen zu lernen. Es ist dem katholischen Volke kein Kinderspiel mit seiner Forderung der Bekenntnisschule. Das katholische Volk weiß, was es mit dieser Forderung will, und es ist sich auch voll bewußt, warum es diese Forderung will und in der heutigen Zeit mit einem unbeugsamen Nachdruck erhebt. Wir haben einmal wieder deutlicher als lange Zeit vorher erfahren, daß das, was wir jetzt grundsätzlich anstreben und anstreben müssen, im wesentlichen nur durch unsre eigene Kraft errungen werden kann. Und weil wir das erfahren haben, so sammeln wir uns beizeiten, um uns nächst Gott, in dem die Wurzel aller Kraft ruht, auf politischem Gebiet ausschließlich und allein auf uns selbst zu stellen, unabhängig nach rechts und links, unabhängig nach oben und unten, katholisch schlechtweg, entschlossen, mit aller Welt, die mit uns in Frieden leben will, in Frieden zu leben.

VI.

Partikularistische Rechtsparteien.

2. Oktober. Die „Kölnische Zeitung" bringt folgende Darstellung der Parteizustände im früheren Kurhessen:

Nicht mit Unrecht ist darauf hingewiesen worden, wie die schonende Thatenlosigkeit der Regierung gegenüber der reaktionären und pietistischen Entartung der Konservativen die hessische Rechtspartei hat heranwachsen lassen, sodaß sie in Hessen geradezu eine Gefahr geworden ist. Der erbgesessene Adel und die orthodoxe Geistlichkeit bilden den Kern der hessischen Rechtspartei, der nun leider, nach der ganzen Stimmung der Bevölkerung, durch kleine und große Vorkommnisse des letzten Sommers, den Versuch, das Hoftheater zu Kassel als solches eingehen zu lassen, die ausgedehnten Absperrungsmaßregeln während des Aufenthalts der kaiserlichen Prinzen auf Wilhelmshöhe, das zur Zeit der letzten Kurfürsten bis auf die nächste Umgebung des Schlosses den Besuchern jederzeit offen stand, aus dem Kleinbürgertum, insbesondere Kassels, entschiedenen Zuwachs finden wird. Dem Konservatismus sonst fremd, zeigen diese Kreise eine nicht unbedenkliche Neigung zur hessischen Rechtspartei, die dementsprechend durch ihre Presse, die Hessischen Blätter und das Hessische Volksblatt, Stimmung zu machen sucht für ihr Hauptziel, Wiederherstellung der hessischen Selbständigkeit durch Aufhebung der Einverleibung. Man könnte ja über diese aussichtslosen Bestrebungen, besonders wenn man das offen ausgesprochene weitere Ziel der Partei, die Wiederherstellung eines unlöslichen staatsrechtlichen Verbandes mit den deutsch-österreichischen Landen, ins Auge faßt, zur Tagesordnung übergehen. Aber trotz der praktischen Aussichtslosigkeit dieser Bestrebungen droht der liberalen und nationalen Sache durch das schnelle Anwachsen der Rechtspartei Gefahr.

6. Oktober. Die „Nationalzeitung" spricht sich folgendermaßen aus:

Es gehen recht seltsame Dinge in Deutschland vor, seit der Versuch unternommen, die alten Gegner der Nationalpolitik zu „versöhnen." Es melden sich immer neue Interessenten der Versöhnungsaktion; und auf Seiten derer, welche ehedem jene Gegner der Nationalpolitik bekämpften, macht sich bereits hie und da eine mutlose Stimmung geltend. Wer hätte wohl vor 25 Jahren für möglich gehalten, daß im ehemaligen Kurfürstentum Hessen eine ernstliche Bewegung für die Wiederherstellung desselben entstehen könnte!

Dann hebt das Blatt einen „Klageartikel" der „Kreuzzeitung" über den Verfall der konservativen Partei in Hessen hervor, in dem es heißt:

Die hessische Rechtspartei hielt im vergangenen Sommer zu Gunters-hausen einen Parteitag ab, welcher überraschend zahlreich besucht war. Und es ist keineswegs ausgeschlossen, daß nicht bei der nächsten Reichstagswahl der Sozialdemokrat mit dem Vertreter des Partikularismus um die Palme ringt. Seitdem Martin, Führer der Alt- und Junghessen, die Entdeckung gemacht und die Theorie aufgestellt hat, daß der Verzicht weiland Landgraf Friedrichs auf alle seine Thronfolgerechte in Hessen Preußen gegenüber durch die Nichtigkeitserklärung des Kurfürsten als Chefs des Hauses ungiltig und also die Erben des Landgrafen nach wie vor in

Hessen thronfolgeberechtigt seien, seitdem fehlt es der Partei nicht mehr an einem geeigneten Kandidaten für ihre Restitutionspläne. Am besten freilich besorgen die Geschäfte dieser sog. Rechtspartei diejenigen, welche in Berlin die Absperrung des Wilhelmshöher Parks, die demnächstige Einziehung des landesherrlichen Beitrages zur Hoftheaterkasse zu verfügen für gut finden.

2. November. In Hannover findet eine Feier des Klubs „Jung-Hannover" statt. Ueber die hier gehaltenen Reden berichtet die dortige „Niedersächsische Zeitung" vom 5. November u. a.: Kammerherr v. Münchhausen-Lauenau sagt:

Die echte niedersächsische Tugend ist verkörpert in Sr. Königlichen Hoheit dem Herzog von Cumberland. Der Herzog will warten, bis seine Stunde kommt; wann diese Stunde kommt, stellt er Gott dem Herrn anheim. Als ein Mägdelein sich im Walde verirrt hatte und die Mutter weinend um die Wiederkehr betete, da läuteten die Glocken auf dem Kirchturm von selber, damit die Verirrte ihr Heim wiederfinde. So beten auch wir an jedem Geburtstage — und jeder Tag ist uns ein Geburtstag —: „Kehre wieder!" Außer unserm Herzogspaar sind in diesen Tagen geboren der Erbprinz Georg Wilhelm, die Prinzessinnen Marie Luise und Alexandra. Als die Königliche Frau sie ihrem Gemahl in die Arme legte, war sie mit dem Herzen am Leinestrande, im Lande der Sehnsucht, woher der Ruf erklingt: „Kehre wieder!" Nie soll dieser Ruf verhallen, wir wollen mit ihm aufstehen und uns mit ihm niederlegen. — Rechtsanwalt Herholtz aus Uelzen sagt: Wir sind noch die Alten, auch hier in der Residenz noch keine Preußen geworden. Preußen hat sich geirrt, der Kern des Volkes hält fest an seinem Fürstenhause. Es sollte uns angeblich das Glück ins Land gebracht haben, doch hat uns das Regiertwerden von einer fremden Macht kein Glück gebracht. Wir stehen fest zusammen, haben Anschluß an unser Fürstenhaus, und während unser Herzog der einzige männliche Sprosse war, weht jetzt die gelbweiße Fahne über sechs Kindern unsers Fürstenhauses. — Bürgervorsteher Winkelmann sagt: Nie hat das hannoversche Volk in Gewaltthat und Umsturz sich eingelassen, niemals Bündnisse mit dem Auslande geschlossen. Ohne Gottes Segen kann nichts dauernd bestehen, und die aus dem Jahre des Bruderkrieges aufgegangene Saat betrachten selbst die mit Angst und Schrecken, welche 1866 jubelten. Beim hannoverschen Volke ist wahre deutsche Treue lebendig. Wenn unsre Vertreter uns fragen: Was erwartet ihr denn von uns? so lautet die Antwort: Keines Haares Breite abweichen von Gottes Wort und immer geradeaus gehen!

VII.

Polnische Partei.

8. Juli. In der Provinz Posen werden polnische Forderungen immer dringender erhoben. Der „Goniec Wielkopolski" spricht sich hierüber also aus:

Das Ausnahmegesetz gegen die Sozialisten ist aufgehoben worden, dasselbe wird man auch den Polen gegenüber thun müssen. Graf Caprivi

will Frieden mit den Polen haben; möge er erfahren, um welchen Preis: um den Preis unsrer Rechte! Die Wiener Traktate sind der Ausdruck unsrer Rechte und Pflichten; in ihnen sind alle unsre Rechte und Pflichten angegeben. Stehen wir auf unserm Rechte und wir werden Achtung gewinnen, die wir durch eine schwache, eines Dieners würdige Politik eingebüßt haben!

20. Juli. Die Wünsche der Polen werden folgendermaßen zusammengefaßt:

1. Die katholischen Kinder polnischer Nationalität sollen den Religionsunterricht in polnischer Sprache empfangen; 2. die polnische Sprache soll wieder lehrplanmäßiger Unterrichtsgegenstand werden; 3. die polnischen Kinder bleiben infolge der Anwendung des Deutschen als Unterrichtssprache hinter den deutschen Kindern zurück, und es ist deshalb der gesamte Schulunterricht in polnischer Sprache zu erteilen.

23. Juli. Der „Reichsanzeiger" schreibt: Ein recht interessantes Beispiel von den Mitteln, mit welchen polnische Agitatoren ihre Zwecke verfolgen, zugleich einen guten Maßstab für die Wertschätzung ihrer Klagen giebt nachstehende Uebersetzung eines Artikels aus dem in Beuthen erscheinenden „Katolik," welcher sicherm Vernehmen nach allen Schulvorständen utraquistischer Schulen in Oberschlesien von der Redaktion des „Katolik" als Aufforderung zum einheitlichen Vorgehen zugeschickt worden ist:

Der Herr Unterrichtsminister Bosse soll nach Oppeln und nach Oberschlesien gefahren kommen, um sich zu überzeugen, wie es hier mit den polnischen Kindern in der Schule ist. Wo eine Revision in einer Schule stattfinden wird, dort wird auch der Schulvorstand geladen werden, um sich nach der Schule zu begeben. Es wolle sich der vollständige Schulvorstand gestellen. Sollte der Schulvorstand nicht geladen werden, so mögen von selbst diejenigen kommen, welche zum Schulvorstand gehören. Hierauf möge der Schulvorstand dreist und offen dem Herrn Minister sagen, daß der größte Teil der polnischen Kinder das Deutsche nur auswendig lernt, daß diese Kinder ihre eigne Muttersprache nicht lernen, auch nicht einmal lesen und schreiben, daß ein kleiner Teil sehr fähiger Kinder auch deutsch lernt. Der größte Teil der Kinder verkümmert geistig. Mögen die Gemeindeschulvorsteher den Herrn Minister bitten, daß er mit den polnischen Kindern über verschiedene Sachen deutsch spricht und sich überzeugt, daß ihr Wissen im Deutschen (ihr Deutsches) damit zu Ende ist, was dieselben in der Schule auswendig gelernt haben. Möge aber der Schulvorstand nur dreist hervortreten, Minister Bosse ist ein guter und freundlicher Mensch.

Die „Kölnische Zeitung" bemerkt dazu: „Nur dreist, der Kultusminister Bosse ist ein freundlicher Herr!" Mit diesem ermunternden Zuruf begleiten die polnischen Agitatoren einen Versuch, die Polen Oberschlesiens, die Jahrzehnte lang zufrieden dahingelebt haben, in eine leidenschaftliche nationalpolnische Bewegung hineinzuziehen. Man muß die Bedeutung, die das Deutschtum als Kulturträger gerade dieser Bevölkerung gegenüber besitzt, man muß die nationale Gleichgiltigkeit dieser nicht eben hochstehenden Bevölkerung kennen, um das Verwerfliche und Gemeinschädliche dieses Beginnens zu ermessen.

Zu dem Artikel des „Reichsanzeigers“ wird vom „Dziennik poznanski“ bemerkt:

Die lächerlichen Behauptungen und ähnliche Angriffe, wie die des „Reichsanzeigers,“ sind in Wirklichkeit ein Probirstein des Wertes der deutschen Chauvinisten, welche nicht die einfachsten, elementarsten Dinge in Betreff der Gerechtigkeit verstehen wollen. Anstatt solcher kindischen und lächerlichen Angriffe sollte lieber im Interesse des Staatswohls der Rat erteilt werden, daß den Oberschlesiern so bald wie möglich Gerechtigkeit zu teil werde, damit dort die Erbitterung aufhöre, welche immer mehr an Umfang gewinnt.

Die „Posener Zeitung“ meint hierzu: „Möchten die maßgebenden Personen daraus lernen, wie mißlich es ist, den Polen allzuweitgehende Konzessionen zu machen.“

10. September. Der „Oberschlesische Anzeiger“ erörtert „die großpolnischen Machenschaften“; er hofft, daß ihnen durch die Besichtigungsreise des Unterrichtsministers ein Dämpfer aufgesetzt sei, und fährt dann also fort:

Gleichwohl wäre es aber sehr kurzsichtig, deshalb die Größe und die Gefahren der polnischen Agitation in Oberschlesien für das Deutschtum zu unterschätzen und die Hände müßig in den Schoß zu legen. Dazu ist die Erregung der Massen zu groß. Nach wie vor wird es daher die eifrigste Aufgabe aller Deutschen in Oberschlesien sein müssen, durch Wort und Schrift das in den Köpfen der polnischen Bevölkerung spukende Phantom von der Zukunft der polnischen Sprache zu zerstören und durch kräftige Betonung und Ausbreitung deutscher Sprache und deutscher Gesittung auch unsern polnisch redenden Brüdern die Segnungen deutschen Wesens zugänglich zu machen.

30. September. Die Zeitschrift „Die Zukunft“ in Berlin, herausgegeben von Harden, veröffentlicht bei ihrem ersten Erscheinen einen Artikel „Erzbischof von Stablewski über die Polenfrage“ auf Grund einer Unterredung desselben mit dem Herausgeber. Hiernach habe der Erzbischof gesagt:

Daß Bismarck, der ganz von persönlichen Momenten abhängig sei, die Polen hasse, sei längst bekannt; von den deutschen Zeitungen erwarte er aber eine Beurteilung nach seinen Thaten und nicht nach Renommistereien aus Blättern, die sogar Berlin gern polnisch sähen. Goßler habe die Polen nach polnischen Zeitungsausschnitten beurteilt; Graf Zedlitz habe sich selbst überzeugt: er habe mit Deutschen, Polen und Juden gute Beziehungen unterhalten, und die Provinz sei seines Lobes voll. Die Bedeutung von „starrpolnisch“ kenne er nicht; der Klerus sei friedlich gesinnt, und er allein sei für die Bevölkerung maßgebend. Er, der Erzbischof, übe gegen alle Elemente Toleranz, auch im Privatleben; er kaufe, wo es am billigsten sei, und habe gerade unter den Deutschen gute Freunde. Da die Regierung, die nur etwas fester sein müsse, die gleichen Absichten hege, so könnte Gutes zustande kommen, wenn nur die Schreier in der Presse und in den Parlamenten nicht wären. Die Lebensfähigkeit der letzteren sei zweifelhaft, wo die Mehrheiten von dem Magenkatarrh eines Wählers abhängig seien. Die Bismarcksche Politik würde der Provinz und der Stadt den schwersten Schaden zugefügt haben. Was würde Bismarck wohl mit der Million Polen in der Provinz angefangen haben, da er sie

doch nicht in einem Karren über die Grenze schaffen konnte; etwa eine Bartholomäusnacht oder eine sizilianische Vesper, wie er sie letzthin den Antisemiten gegen die Juden zugeschrieben? Die Polenpolitik Bismarcks habe die Nationalitäten gegen einander abgeschlossen, Mißtrauen hier, Verkettung dort hervorgerufen und das geistige und wirtschaftliche Leben der Provinz gelähmt. Wenn nicht ein grundsätzlicher Systemwechsel eintrete, schaffe das deutsche Reich sich im Osten ein deutsches Irland. Gerade er als Pole glaube in der Provinz viel mehr leisten zu können, als ein deutscher Bischof, der auch den Schein polenfreundlicher Gesinnung meiden müsse; er gebe sich weder mit großpolnischen Tendenzen noch mit überschwenglicher Hofpolitik ab; sein Grundsatz sei, in Frieden und Eintracht mit den Deutschen zu leben unter Wahrung der nationalen und religiösen Rechte; diese Notwendigkeit scheine auch die Regierung einzusehen. Ein Systemwechsel sei aber nur denkbar mit vorhergehendem Personenwechsel in den unteren Graden; diese seien noch zu sehr durch den Kulturkampf auf die Polen dressirt; es genüge, daß der Verwaltungsapparat dem Deutschtum Macht und Einfluß sichere, neben denen etwaige Konzessionen an die Polen keine Rolle spielen. Denn die „große" Konzession bestehe doch nur darin, daß die polnischen Kinder künftighin privatim und auf eigne Kosten ihre Muttersprache sollen erlernen dürfen. Der Minister habe sich überzeugt, daß der Unterricht in den unteren Klassen Taubstummenunterricht sei, selbst in der Religion, auf deren Besitz doch gerade in unsrer Zeit die Regierung entscheidendes Gewicht legen sollte. Die mindeste Forderung sei: zwei Stunden wöchentlich für die polnische Sprache. Diese „Konzession" hätten die Polen wahrlich für ihre loyale Haltung verdient. Für den Augenblick komme es nur darauf an, daß die Regierung sich nicht von den Schreiern zu einer schwächlichen Halbheit drängen läßt, die keinen Teil befriedigen kann, und daß die öffentliche Meinung zur gesunden Vernunft zurückkehrt. Wenn Sie den Leuten sagen können und wollen, daß wir hier keine dunkeln Verschwörer und lauernden Intriganten sind, dann, meine ich, werden Sie sehr patriotisch handeln (s. S. 63).

5. Oktober. Der „Diennik poznanski" läßt sich über „die letzten Grenzen der Zugeständnisse" an die Polen also aus:

Wir bekennen, daß wir mit Sehnsucht nach handgreiflichen Zeichen einer geänderten Politik, nicht als einer Gnade und einseitiger Konzessionen, sondern als Gewährung eines uns zustehenden Rechtes ausschauen. Die bekannte Reihe gesetzlicher und administrativer Verordnungen hat nach Grundsätzen brutaler Gewalt, Betrügerei und elender Rabulistik uns den vorzüglichsten Teil unsrer bürgerlichen Rechte genommen, uns in eine Ausnahmestellung gebracht, uns in dem empfindsamsten Innern unsers Gefühls betroffen. Alle diese Verordnungen bestehen bis zu diesem Augenblicke unverändert, und so lange sie bestehen, gestatten sie nicht, uns zu entwickeln und durch dasjenige zu konsolidiren, was für uns zum vollen bürgerlichen Leben im Staate erforderlich ist.

VIII.

Sozialdemokratische Partei.

3. September. Der Parteiführer Bebel hält in Wien eine Rede, in der er, nach dortigen Blättern, u. a. sagt:

Wir sind keine Barbaren, wir sehen uns die Sachen an, und wenn sie etwas wert sind, so nehmen wir sie, und wenn sie nichts wert sind, so sagen wir: wir brauchen das nicht. Jetzt aber, nachdem die Leute selber zu uns gekommen sind, sehen wir das Schauspiel, wie sie bereits vor den Konzessionen erschrecken, die sie selber uns gemacht haben, denn das alles hat keinen Erfolg gehabt, und wir blieben, die wir waren.

Ende September. Nach französischen Blättern hat der Parteiführer Liebknecht sich in Marseille u. a. also ausgesprochen:

Die mächtig organisirte und vollständig geeinigte sozialistische Partei in Deutschland verfolgt die Eroberung der Gehirne, und die Ergebnisse ihrer Propaganda werden täglich bedeutender. Bei den nächsten Abgeordnetenwahlen wird meine Partei eine neue Million Stimmen gewinnen. Wir sind die einzigen in Deutschland, die den Militarismus angegriffen haben und den Krieg gegen ihn fortsetzen. Nun vergeht das deutsche Volk am Militarismus, aber man darf nicht glauben, daß die leitenden Klassen ihn aus Begeisterung unterstützen. In Wirklichkeit liegt der deutschen Bourgeoisie nichts daran, ob Deutschland dem russisch-französischen Bündnis unterliegt. Die Bourgeoisie wird fortbestehen. Die deutsche Armee ist in der That gegen die Sozialisten gerichtet. Ich will zugeben, daß, wenn nicht eine so aufregende Frage vorläge, wie die der Militärvorlage, unsre Partei ungeachtet der gemachten Fortschritte nicht auf so beträchtliche Wahlergebnisse hoffen könnte. Aber unter den heutigen Verhältnissen wird die Vorlage nur dazu dienen, den Effektivbestand der sozialistischen Armee zu vermehren. Deutschland werde sich durch die Führer der antisemitischen Bewegung nicht kirren lassen. Die deutschen Antisemiten sind Schufte im Dienste der großen Grundbesitzer und Bismarcks, deren finanzielles System einzig und allein darin besteht, das Volk zu bestechen.

15. und 16. November. In Berlin findet der sozialdemokratische Parteitag statt. Er beschließt folgende Erklärungen:

Zum allgemeinen Notstand: Es liegt in der Natur des Kapitalismus, daß die von ihm erzeugten Krisen und Arbeitsunterbrechungen immer allgemeiner, andauernder und verheerender werden; daß die Aufsaugung des Eigentums, die Enteignung und Verelendung der sogenannten mittleren Gesellschaftsschichten mit stets wachsender Geschwindigkeit vor sich geht, und daß durch Hungerlöhne und Arbeitslosigkeit für immer weitere Kreise ein Notstand in Permanenz geschaffen wird. Die notwendige Folge dieser zerstörenden Wirksamkeit des Kapitalismus ist, daß die Zahl der Eigentums- und Erwerbslosen sich fortwährend und in zunehmender Schnelle vermehrt. Obgleich diese Folgen des Kapitalismus unter der Herrschaft des Kapitalismus nicht zu beseitigen sind und eine gerechte, menschenwürdige Organisation der menschlichen Arbeit und der menschlichen Gesellschaft nur durch den zur Herrschaft gelangten revolutionär-demokratischen Sozialismus zu erreichen ist, so haben doch Staat und Gemeinde auch in der heutigen Gesellschaft unbedingt die Pflicht, den Notleidenden zu helfen und sie vor

Hunger zu schützen. Da das Almosen entwürdigt und die Hilfe am zweckmäßigsten durch die Beschaffung von Arbeit geleistet wird, so fordert der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie die Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden auf, der zu einer öffentlichen Kalamität gewordenen Arbeitslosigkeit durch sofortige Inangriffnahme von Arbeiten im allgemeinen Interesse nach Möglichkeit zu steuern. Angesichts des unaufhaltsam sich vollziehenden, immer weitere Volkskreise ins Verderben reißenden Auflösungsprozesses, der zwar einerseits dem Sozialismus die Wege ebnet, andrerseits aber auch die Gefahr blinder Ausbrüche der Leidenschaft und der Verzweiflung erzeugt, ist es in verdoppeltem Maße die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei, mit äußerster Anspannung aller Kräfte dahin zu arbeiten, daß alle Gesellschaftsglieder, die der Kapitalismus zum Elend verurteilt, und die in ihm ihren Todfeind erblicken müssen, über ihr Interesse aufgeklärt und in die Armee der Sozialdemokratie, des zum wirtschaftlichen Klassen- und politischen Befreiungskampfe organisirten Proletariats eingereiht werden. — Zum Antisemitismus: Der Antisemitismus entspringt der Mißstimmung gewisser bürgerlichen Schichten, die sich durch die kapitalistische Entwicklung bedrückt finden und zum großen Teil durch diese Entwicklung dem wirtschaftlichen Untergang geweiht sind, aber in Verkennung der eigentlichen Ursache ihrer Lage den Kampf nicht gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem, sondern gegen eine in demselben hervortretende Erscheinung richten, die ihnen im Konkurrenzkampf besonders unbequem wird, gegen das jüdische Ausbeutertum. Dieser sein Ursprung zwingt den Antisemitismus zu Forderungen, die ebenso mit den wirtschaftlichen wie politischen Entwicklungsgesetzen der bürgerlichen Gesellschaft im Widerspruch stehen, also fortschrittsfeindlich, d. h. reaktionär sind. Daher auch die Unterstützung, die der Antisemitismus vorzugsweise bei Junkern und Pfaffen findet. Der einseitige Kampf des Antisemitismus gegen das jüdische Ausbeutertum muß notwendig erfolglos sein, weil die Ausbeutung der Menschen durch den Menschen keine speziell jüdische, sondern eine der bürgerlichen Gesellschaft eigentümliche Erwerbsform ist, die erst mit dem Untergang der bürgerlichen Gesellschaft endigt. Da nun die Sozialdemokratie der entschiedenste Feind des Kapitalismus ist, einerlei, ob Juden oder Christen seine Träger sind, und da sie das Ziel hat, die bürgerliche Gesellschaft zu beseitigen, indem sie die Umwandlung derselben in die sozialistische Gesellschaft herbeiführt, wodurch aller Herrschaft des Menschen über den Menschen, wie aller Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende bereitet wird, lehnt die Sozialdemokratie es ab, ihre Kräfte im Kampfe gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung durch falsche und darum wirkungslos werdende Kämpfe gegen eine Erscheinung zu zersplittern, die mit der bürgerlichen Gesellschaft steht und fällt. Die Sozialdemokratie bekämpft den Antisemitismus als eine gegen die natürliche Entwicklung der Gesellschaft gerichtete Bewegung, welche jedoch trotz ihres reaktionären Charakters und wider ihren Willen schließlich revolutionär wirkt, weil die von dem Antisemitismus gegen die jüdischen Kapitalisten aufgehetzten kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Schichten zu der Erkenntnis kommen müssen, daß nicht bloß der jüdische Kapitalist, sondern die Kapitalistenklasse überhaupt ihr Feind ist, und daß nur die Verwirklichung des Sozialismus sie aus ihrem sozialen Elende befreien kann.

Aus dem Berichte des Parteivorstandes über das vorige Geschäftsjahr:

Einnahmen und Ausgaben: Zu dem Restbestand des verflossenen Jahres von 2020 Mk. trat eine Einnahme von 231895,55 Mk. Die Ausgaben beziffern sich auf 226362,65 Mark, sodaß am 30. September ein

Bestand von 7552,90 Mark übrig blieb. Die Unterstützung der Parteipresse nahm von den Ausgaben die größte Summe, 65931 Mark, in Anspruch. Ungefähr 12000 Mark erhielt davon die Elsaß-Lothringische Volkszeitung; die polnische Gazeta Robotnicza rangirt an zweiter Stelle mit 6063 Mark, von ausländischen Zeitungen erhielt der Peuple in Brüssel 4044,60 Mark, der Züricher Achtstundentag 1000 Mark. Für die Münchner Post sind 500 Mark verzeichnet, doch hat sie neuerdings eine Beihilfe von 10000 Mark erhalten. Die sozialdemokratischen politischen Blätter in Deutschland haben sich seit 1891 nur um eines vermehrt; es sind insgesamt 70, wovon 32 sechsmal, 20 dreimal, 6 zweimal und 12 einmal in der Woche erscheinen. Dazu kommt die in Stuttgart erscheinende Wochenrevue Neue Zeit, ferner zwei Witzblätter und ein in Hamburg erscheinendes sozialdemokratisches Unterhaltungsblatt. Endlich giebt es 57 Gewerkschaftsblätter, die im wesentlichen sozialdemokratische Anschauungen vertreten. Der Vorwärts, das Hauptorgan der Partei, hat vom 1. Juli 1891 bis 30. Juni 1892 einen Geschäftsgewinn von 39497 Mk. ergeben. Die Auflage des Blattes beträgt gegen 37000.

30. Dezember. Infolge sozialdemokratischer Einflüsse entsteht ein großer Ausstand der Bergarbeiter im Saargebiet. Den Anlaß bildet die am 1. Januar in Kraft tretende neue Arbeitsordnung.

31. Dezember. Die Zahl dieser Streikenden steigt auf 15000. — Das sozialdemokratische Blatt „Vorwärts" bringt unter der Ueberschrift „Hundert Quittungen zum Welfenfonds" einen Bericht, wonach in Zürich solche Quittungen vorhanden seien, die von Generalen, Flügeladjutanten, Gouverneuren, Richtern, Zeitungsredakteuren und Parlamentariern über den Empfang erheblicher Summen aus jenem Fonds ausgestellt seien. Namen sind nicht genannt, aber einzelne angebliche Empfänger mehr oder weniger deutlich umschrieben. Infolge dessen macht nach einigen Tagen der „Reichsanzeiger" Schriftstücke des Gesandten in der Schweiz und des Staatssekretärs v. Marschall bekannt, worauf die gesamte Presse sich überzeugt hält, daß es sich um einen schwindelhaften Versuch handelt, glauben zu machen, in Deutschland herrschten Zustände nach Art des Panamaschwindels in Frankreich (s. dort).

IX.

Die Parteien über den Rücktritt des Ministers Herrfurth.

4. August. Auf die Nachricht, daß der Minister des Innern, Herrfurth, zurückzutreten gedenke, sprechen sich die Blätter der gemäßigten und ein Teil der freisinnigen Partei mit großem Bedauern darüber aus. Nach Angabe der „Nationalzeitung" wird der Minister wegen der Frage der Fortsetzung der Steuerreform zurücktreten.

5. August. Die „Kreuzzeitung" sagt, Herrfurth sei nur ein ehrlicher und befähigter Bureaukrat, es sei ihm nie vergönnt gewesen, das wirkliche Leben des Volks gründlich persönlich kennen zu lernen. — Die „Weserzeitung" findet, daß durch den Rücktritt die liberalere Seite des Ministeriums sehr geschwächt werde. — Nach dem „Hamburger Korrespondent" liegen die Bedenken des Ministers Herrfurth in den Einzelheiten der vom Finanzminister Miquel geplanten Ueberlassung der Realsteuern an die Gemeinden.

8. August. Die Berliner „Post" hält es für nicht erwünscht, daß der Rücktritt Herrfurths als ein Erfolg extrem konservativer Kreise dargestellt werde. Herrfurth gehöre einer maßvoll konservativen Richtung im Rate der Krone an, und angesichts der Gefahren, die aus der Zusammensetzung des Reichstages für die innere preußische Politik erwachsen, sei die Thatsache einer Schwächung derjenigen Richtung, die als ein Gegengewicht gegen diese Gefahren gelten dürfe, nicht unbedenklich.

9. August. Rücktritt des Ministers Herrfurth.

10. August. Die „Vossische Zeitung" spricht sich also aus:

Für den jüngsten Ministerwechsel, der sich in Preußen vollzogen hat, fehlt es bisher an einer zureichenden Erklärung. Minister kommen und gehen, und die Staatslettung scheint für überflüssig zu halten, die öffentliche Meinung über die Gründe einer Veränderung zu unterrichten, deren Tragweite in die Augen fällt. Das beginnt unter dem „neuen Kurse" überhaupt Brauch zu werden, daß urplötzlich wichtige Personenfragen auftauchen und entschieden werden, dem profanen Volk aber die Darlegung der Ursachen vorenthalten bleibt. Der Rücktritt des Ministers Herrfurth kann auf das liberale Bürgertum nicht anders wirken, als eine dringende Mahnung zu erhöhter Wachsamkeit. Man mußte an maßgebender Stelle wissen, wie dieser Schritt notwendig im Volke aufgefaßt würde. Man mußte sich vergegenwärtigen, daß die Trennung von einem Minister, an dessen Amtsführung das Staatsministerium selbst nicht das Geringste auszusetzen vermag, wie eine goldene Brücke erscheint, die der äußersten Rechten geschlagen wird.

X.

Die Parteien und die Militärfrage.

18. August. In der Presse wird dem Kaiser eine Aeußerung zu höheren Offizieren zugeschrieben, wonach eine Vorlage an den Reichstag zur Einführung der zweijährigen Dienstzeit nicht zu erwarten sei.

Nach Ansicht der „Freisinnigen Zeitung" zieht das Fallenlassen des Plans der zweijährigen Dienstzeit auch alle Pläne zur Erhöhung der Friedenspräsenzstärke sowie die Abstandnahme von neuen Steuerprojekten nach sich. — Die „Vossische Zeitung" hält die Aeußerungen des Kaisers für „eine bündige Absage" an die Meinung des Reichskanzlers, der bei den

höheren Offizieren, einem Teile des Beamtentums und im Volke als entschiedener Fürsprecher der zweijährigen Dienstzeit bekannt sei. — Auch das „Berliner Tageblatt“ hält nun die Lage des Grafen Caprivi für prekär, da er für jenen Plan sehr engagirt sei. Er habe sich zu entscheiden, ob er ganz gehen wolle oder nicht; einen Ausweg wie beim Volksschulgesetze könne er diesmal nicht einschlagen.

17. September. Die liberale „Weserzeitung“ bringt eine Auslassung zu Gunsten der Regierung. Es wird darin ausgeführt:

„Die gegenwärtige Regierung denkt ebensowenig wie einst Bismarck daran, das Ruder in die Hand der Freunde des Rückschritts zu legen. Sie thut nichts andres und wird nichts andres thun, als was jede besonnene Regierung unter den gegebenen Umständen thun wird. Sie rechnet mit der einmal vorhandenen Stärke und Macht der Parteien im Interesse der augenblicklich vorliegenden Fragen. Der Kanzler wäre wahrlich des Zutrauens, das ihn auf seinen ersten und schwierigen Platz gestellt hat, nicht würdig, wenn er, statt mit dem Gegebenen zu rechnen, an den Zufall appellirte und es darauf ankommen ließe, ob eine neue Wahl ein Parlament zu stande kommen ließe, in dem die gemäßigten Elemente, die mehr die Interessen des Vaterlandes als der Partei vor Augen haben, die Vorhand gewännen. Und ganz abgesehen von dem Gewagten eines solchen Spiels würde wahrscheinlich der Hauptzweck gegenwärtig doch verfehlt. Dennoch deutet kein Anzeichen darauf hin, daß die stärkste Partei des Reichstags, das Zentrum, einen fühlbaren Ausfall an Mandaten erleiden würde. Man würde also nach wie vor mit ihm rechnen müssen, und vielleicht, wie die Zukunft in wenig Jahren so wie so lehren wird, noch unter ungünstigeren Verhältnissen. Wie wenig die Regierung vermag, die Macht des Zentrums zu brechen, hat der jahrelange Kampf, den Bismarck doch ohne Rücksicht geführt hat, bewiesen. Nach seinen Erfahrungen kann keine wohlberatene Regierung diesen Kampf aufs neue aufnehmen.“ So rät das Blatt denn dazu, daß mit dem Zentrum „vorsichtig umgegangen“ werden müsse, und betont, wenn auch diskret, die Notwendigkeit für die Regierung, bei der Militärvorlage auf die Unterstützung des Zentrums zu rechnen: „Jetzt macht die unglückliche politische Lage Deutschlands und der Haß seiner Nachbarn nach dem wohlerwogenen Urteil der besten Autoritäten eine Stärkung der Wehrkraft des Reichs unabweisbar. Nicht mit leichtem Herzen wird die Regierung sich entschlossen haben, dem Volke neue und schwere Opfer, zumal nach den letzten schlechten Jahren, zuzumuten. Aber es ist ihre Pflicht alles zu thun, was nach ihrem treuen Ermessen zur Sicherung des Landes und seiner Bürger notwendig ist.“

27. September. Die „Hamburger Nachrichten“ sind der Meinung, daß die Tüchtigkeit des Heeres durch Vermehrung der Offiziere und namentlich der Unteroffiziere besser gefördert werden könne, als durch Steigerung der Aushebungsziffer und durch rascheren Wechsel des Bestandes unter der Fahne.

2. Oktober. Unter der Ueberschrift: „Die Militärvorlage im Staatsministerium“ schreibt die „Nationalzeitung“:

Das preußische Staatsministerium würde sich in eine untergeordnetere Stellung drängen lassen, als sie die Minister von Lippe oder Reuß einnehmen, wenn es zugäbe, daß seinem Urteil über Reichsangelegenheiten vorgegriffen würde, insbesondre angesichts einer Vorlage von der Bedeutung der in Rede stehenden. Es handelt sich hier nicht um eine staatsrechtliche Tüftelei

oder gar um preußischen Partikularismus gegenüber dem Reiche, sondern es handelt sich um die Notwendigkeit, daß auch seitens des größten Bundesstaates diejenigen bei der Militärvorlage in Betracht kommenden Interessen mitentscheidend erörtert werden, für deren Wahrnehmung es in der Reichsregierung an den geeigneten Organen fehlt: die wirtschaftlichen Interessen des Volkes und die finanziellen des Reichs und der Einzelstaaten.

3. Oktober. Hierauf erwidert die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung," die Tendenz dieses Artikels scheine darauf hinauszugehen, daß Preußen nicht der gebührende Platz bei Feststellung der Vorlage gegönnt werde. Dieser Vorwurf sei unbegründet:

Es ist diesmal nicht anders verfahren worden wie seither bei allen Militärvorlagen. Hat der preußische Kriegsminister die Genehmigung des Kaisers zur Ausarbeitung eines eingreifenden Militärgesetzes erhalten, so setzt er sich zunächst mit den übrigen deutschen Kriegsministern in Verbindung, um deren Ansichten und Wünsche kennen zu lernen. Ist seine Arbeit soweit gereift, daß sich übersehen läßt, ob und welche finanzielle Wirkung sie haben würde, so tritt er mit dem Reichs-Schatzamt in Verkehr, welches nun seinerseits in wichtigen Fällen ebenfalls zunächst die Verständigung mit den korrespondirenden Finanzbehörden der Einzelstaaten durch schriftlichen Verkehr oder durch mündliche Rücksprache zu suchen pflegt. Ist dann ein Einverständnis erzielt oder ein Entschluß gefaßt, so wird die Genehmigung des Kaisers zur Einbringung der Vorlage in den Bundesrat als Präsidialvorlage durch den Reichskanzler erbeten. Dieser Weg ist von Anfang an in der Reichsgesetzgebung ungleich häufiger beschritten worden, als der der Einbringung von Gesetzentwürfen durch die Einzelstaaten.

Trotz dieser Ausführungen, bemerkt die „Kreuzzeitung," könne es nicht zweifelhaft sein, daß die Behandlung der Militärvorlage zu ernsten Reibungen zwischen dem Reichkanzleramt und dem preußischen Staatsministerium Veranlassung gegeben habe.

8. Oktober. Zu dem angeblichen Widerstreite zwischen der Reichsregierung und dem preußischen Staatsministerium in Sachen der Militärvorlage spricht sich die Wiener „Politische Korrespondenz" bezüglich der erhobenen staatsrechtlichen Bedenken also aus:

Nirgends ist gesagt, daß der Kaiser, wenn er Präsidialanträge an den Bundesrat bringen will, jedesmal vorher durch sein preußisches Gesamtministerium beraten sein muß. Dieses kann, wenn die Instruktion für die preußischen Bevollmächtigten festgestellt wird, Stellung gegen den Kanzler nehmen, wenn ihm dies nötig erscheint. Der König kann sein Staatsministerium ermächtigen, die preußischen Bevollmächtigten mit einer antipräsidialen Instruktion zu versehen. Der Kaiser aber kann sich vorbehalten, wenn Preußen im Bundesrat überstimmt wird, den Beschluß der Majorität zu vollziehen. Das kann nur dem verkehrt erscheinen, der den Geist unsrer nun einmal infolge der deutschen Geschichte verwickelten Institutionen nicht begreifen will. Solche Konflikte zwischen Kaiser und König, die nur ausgetragen werden können, wenn der preußische Partikularismus und der Reichsuniversalismus sich frei gegeneinander aussprechen, sind sehr wohl denkbar. Der Gedanke, jede kaiserliche Aktion von dem preußischen Staatsministerium abhängig zu machen, ist ebenso reichswidrig der Wirkung nach, als verfassungswidrig dem Reichsrecht nach.

Auf obige Darlegungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 3. Oktober wird in den „Hamburger Nachrichten" erwidert:

Diese Darstellung ist irrtümlich. Das preußische Kriegsministerium ist an sich keine Reichsbehörde und kein Organ des Reichs. Wenn das Reich überhaupt einen Kriegsminister hat, so kann dies theoretisch nur der Reichskanzler sein, der alleinige verantwortliche Reichsminister, und der Reichskanzler kann, genau genommen, in dieser Eigenschaft nicht einmal nach dem Gesetze vom 17. März 1878 reichsgesetzlich vertreten werden, da der preußische Kriegsminister zu den „Vorständen der dem Reichskanzler untergeordneten obersten Reichsbehörden" nicht gerechnet werden kann. Die Schwierigkeiten, welche aus dieser staatsrechtlichen Situation für die Reichsgeschäfte hervorgehen konnten, sind in der Vergangenheit durch die persönlichen Beziehungen zwischen dem Reichskanzler und dem jeweiligen preußischen Kriegsministern jederzeit mit Erfolg überwunden worden, und Friktionen, welche dadurch gelegentlich entstanden, daß die Freiheit der kollegialischen Beratungen des Ministeriums durch vorgängige Festlegung der königlichen Willensmeinung von seiten der Militärverwaltung beschränkt worden war, haben stets rechtzeitig ihre Erledigung im versöhnlichen Sinne gefunden.

24. Oktober. Die „Kölnische Zeitung" veröffentlicht, und zwar wie der „Reichsanzeiger" sagt, „in unrechtmäßiger Weise" den Inhalt der Militärvorlage:

Der Gesetzentwurf setzt die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres an Gemeinen, Gefreiten und Obergefreiten für die Zeit vom 1. Oktober 1893 bis zum 31. März 1899 auf 492068 Mann als Jahresdurchschnittsstärke fest. Die Infanterie wird in 711 Bataillone, die Kavallerie in 477 Eskadrons, die Feldartillerie in 494 Batterien, die Fußartillerie in 37 Bataillone, die Pioniere in 24 Bataillone, die Eisenbahntruppen in 7 Bataillone, der Train in 21 Bataillone formirt. Der Durchschnittsstärke liegt die Voraussetzung zu Grunde, daß die Mannschaften der Fußtruppen im allgemeinen zu einem zweijährigen aktiven Dienst bei der Fahne herangezogen werden. Die Unteroffizierstellen und die hieran erforderlich werdenden Aenderungen unterliegen in gleicher Weise wie bei den Offizieren, Aerzten und Beamten der Feststellung durch den Reichshaushaltsetat. In offenen Unteroffizierstellen können über die obige Friedenspräsenzstärke hinaus Gemeine verpflegt werden. Die Einjährig-Freiwilligen kommen nicht in Anrechnung.

Die Begründung hebt hervor, daß durch Gesetz vom 11. März 1886 die Friedenspräsenzstärke bis 31. März 1894 auf 468409 Mann festgestellt ist. Diese wurde demnächst durch Gesetz vom 15. Juli 1890 vom 1. Oktober 1890 ab auf 486983 Mann erhöht. Mit dem 1. April 1894 ist sonach die gesetzliche Neuregelung nötig. Inzwischen hat die militärische Lage sich zu unsern Ungunsten verschoben und fordert durchgreifende Maßregeln. Das Uebergewicht, das wir in der Vergangenheit der von uns zuerst eingeführten allgemeinen Wehrpflicht verdankten, ist geschwunden, denn wir sind mittlerweile in der Durchführung dieser Pflicht von unsern Nachbarn überholt worden. In Frankreich ist durch Gesetz vom 15. Juli 1889 die allgemeine Wehrpflicht in durchgreifendster Weise zur Vollendung gebracht. Die französische Friedenspräsenzstärke der letzten drei Jahre beträgt durchschnittlich 519 000 Mann, die Rekrutenquote für 1890 rund 230000 Mann, die Zahl der in 25 Jahrgängen — nach Abzug von 25 Prozent Ausfall — vorhandenen ausgebildeten Mannschaften rund 4643000 Mann. Gleich rastlos arbeitet Rußland, dessen Friedensstärke 1889 rund 926000, 1892 bereits

987000 Mann betrug. Nur etwa 100000 Mann der Sollstärke stehen in Asien. Die Rekrutenquote 1891 beträgt rund 281000 Mann, davon etwa 24000 auf Asien fallen. Die Zahl der ausgebildeten Mannschaften beträgt in 23 Jahrgängen — mit 25 Prozent Ausfall – rund 4556000 Mann. Solchen Verhältnissen gegenüber haben wir nur ein Mittel, unsre Sicherheit und Unabhängigkeit zu bewahren: die volle Ausnutzung unsrer nationalen Wehrkraft. Es muß eine Organisation geschaffen werden, welche alle wirklich Diensttauglichen aufnimmt; dann erst kann, in der Erwartung, daß es gelingt, die Armee in ihrer Tüchtigkeit zu erhalten, Deutschland einem Angriff mit Ruhe entgegensehen. Voraussetzung hierfür ist, daß wir die bisherige schrittweise Weiterentwicklung unsrer Organisation aufgeben und den großen, gerechten, patriotischen Grundgedanken unsrer Wehrverfassung so weit durchführen, als es die personellen, wirtschaftlichen und finanziellen Kräfte des deutschen Reichs gestatten. Das einfachste Mittel dazu bestände darin, neue Verbände in entsprechendem Umfange zu schaffen; aber die Kosten, die dafür beansprucht werden müßten, würden zu der finanziellen Leistungsfähigkeit des Reiches in keinem Verhältnisse stehen. Es bleibt daher nur die Lösung übrig, den bisherigen Rahmen möglichst zu erhalten, aber innerhalb desselben entsprechend mehr Wehrfähige auszubilden. Zu erreichen ist dies nur durch Verkürzung der aktiven Dienstzeit. Es ist das kein Bruch mit der Vergangenheit: im Grundsatz soll die verfassungsmäßige dreijährige Dienstpflicht aufrecht erhalten werden, aber für durchführbar wird eine kürzere Dienstzeit bei den Fußtruppen gehalten, insofern durch die Organisation die Sicherheit geboten wird, die Ausbildung intensiver zu gestalten als bisher. Zu diesem Zwecke werden einerseits die Etatsstärken erhöht, andrerseits Formationen geschaffen werden müssen, die den Truppen einen Teil der bisherigen Arbeit abnehmen.

Wenn unter gewöhnlichen Verhältnissen die Mannschaften der Fußtruppen nach zweijähriger Dienstzeit zur Disposition beurlaubt werden sollen, so muß doch die Möglichkeit gewahrt bleiben, Leute in den Fällen des § 18 des Militärstrafgesetzbuches eintretendenfalls bis zum Ablauf des dritten Jahres im Dienst zurückbehalten zu können.

Der erforderlichen größern Freiheit in der Bewegung bezüglich der Friedenspräsenzstärke entspricht die Feststellung einer Maximal- und Normalziffer nicht mehr, denn es wird zur Zeit der Rekruteneinstellung eine höhere Präsenzstärke erforderlich, als im späteren Verlauf des Etatsjahres, weil bei der Rekruteneinstellung der entsprechende Prozentsatz vom Nachersatz gleichzeitig mit herangezogen werden muß, damit nicht etwa noch weitere Verkürzung der Dienstzeit für Nachzustellende eintritt. Deshalb wird von der Festsetzung der Friedenspräsenzstärke als Maximal- und Normalziffer abzugehen und auf eine bestimmte Reihe von Jahren eine Durchschnittsziffer an Mannschaften — Gemeinen — festzusetzen sein, für deren Unterhalt der Etat die Mittel auf jeden Tag des Jahres auswirft. Daneben sollen die nötigen Stellen für Unteroffiziere, wie schon jetzt die Offiziere, Aerzte und Beamten, durch den Etat jährlich angefordert werden. Eine Rekrutenvakanz im bisherigen Sinne fällt fort, daher auch die Rückrechnung der entsprechenden Ersparnisse. Diese sollten eben die Mehrkosten einer zeitweiligen höheren Durchschnittsstärke decken. Siebenjährige Perioden können unter den zeitigen Verhältnissen nicht festgehalten werden; fünfjährige entsprechen den Volkszählungen und den parlamentarischen Wahlperioden; sie gewähren den Heereseinrichtungen ausreichende Stetigkeit. Mit der Verstärkung des Heeres und der Verkürzung der Dienstzeit müssen natürlich neue organisatorische Ergänzungen eintreten, und zwar Erweiterung des Kadettenkorps sowie der Unteroffizier- und der Unteroffizier-

Vorschulen; ferner Erhöhung der Kapitulantenlöhne und Einführung eines Kapitulantenhandgeldes. Außerdem sind Maßregeln zur Förderung der Ausbildung bei den Truppen mit verkürzter Dienstzeit nötig, z. B. Erhöhung der Gefechts- und Schießübungsgelder und der Uebungsmunition für Handwaffen. Auch müssen Mittel zur sachgemäßen Ausbildung der Offiziere des Beurlaubtenstandes der Feld- und Fußartillerie gewährt werden, wie ja auch eine Erhöhung der Mittel für die Uebungen des Beurlaubtenstandes je nach dessen Anwachsen zu erfolgen hat. Die Ausbildung der Ersatzreservisten im heutigen Sinne fällt weg, doch bleibt die Einrichtung bestehen, um z. B. körperlich minderwertige Leute im Verwaltungs- und Krankendienst auszubilden.

Bei einem zukünftigen Rekrutenbedarf von rund 235000 Mann wird Deutschland unter Zurechnung von 9000 Einjährigfreiwilligen in 24 Jahrgängen in Bezug auf die Zahl der ausgebildeten Mannschaften, von dem in der Bevölkerungszunahme begründeten Anwachsen der Dienstfähigen abgesehen, nach Abzug von 25 Prozent Ausfall mit rund 4400000 Mann, Frankreich, das an der äußersten Grenze der Heranziehung seiner Wehrfähigen angelangt ist, bereits um etwas überflügeln und hinter Rußland nicht mehr erheblich zurückbleiben.

Diese vergleichenden Zahlen geben allerdings keinen absolut richtigen Anhalt für die Stärke der Armeen im Felde; soweit irgend angängig, werden ältere Jahrgänge von der Verwendung auf dem Kriegsschauplatz selbst ausgeschlossen werden. Entscheidend ist bei einem solchen Vergleich die Stärke der einzelnen Jahrgänge. Derjenige Staat, der in den einzelnen Jahrgängen die Ueberlegenheit der Zahl besitzt, kann mit einem verhältnismäßig jungen Heere in den entscheidenden Kampf eintreten. Der Gegner muß, um die ziffermäßige Gleichheit möglichst herzustellen, von Anfang an auf erheblich ältere Jahrgänge zurückgreifen.

In dieser Lage befinden wir uns gegenwärtig.

Die geplante Heeresverstärkung kommt in erster Linie der Infanterie, Feld- und Fußartillerie zu gute. Die übrigen Waffen sind nur soweit beteiligt, als es ihre kriegerische Verwendung und Ausbildung fordert. Von der Neuschaffung höherer Stellen soll thunlich abgesehen werden. Die Verstärkung der Infanterie soll durch Errichtung vierter Bataillone bewirkt werden, denen wesentlich die Ausbildung sämtlicher Diensttauglichen zufällt. Damit soll zugleich die Durchführung der verkürzten Dienstzeit ermöglicht werden. Bei der Kavallerie ist das Bedürfnis nach Stämmen für Reserveformationen unabweisbar hervorgetreten. Dem soll in beschränktem Maße Rechnung getragen werden. Die ziffermäßige Ueberlegenheit der französischen Feldartillerie muß auch hier berücksichtigt werden. Die Verstärkung der Fußartillerie ist gemäß den veränderten Aufgaben, welche dieser Waffe zufallen werden, in Aussicht genommen.

25. Oktober. Diese Mitteilung der „Köln. Ztg." beschäftigt sofort die gesamte Presse. Die schärfste Kritik wird von den freisinnigen Journalen geübt.

Die „Freisinnige Zeitung" findet, daß es nicht mehr wie früher bloß darauf abgesehen sei, mit Frankreich Schritt zu halten, sondern dasselbe in der Kriegsarmee beträchtlich zu überflügeln. Deutschland für sich allein solle sogar dem europäischen Rußland gewachsen sein, obgleich dasselbe nicht wie Deutschland 49½, sondern 84 Millionen Seelen zähle. Die „Voss. Ztg." erinnert an die Erklärungen des Generals von Caprivi im Jahre 1890. Als damals von der Durchführung des „Scharnhorstschen Gedankens" die Rede gewesen sei, habe der Reichskanzler jede Besorgnis mit dem Bemerken zurück-

gewiesen, das seien nur schätzbare Einfälle, wie er sie gelegentlich auch einmal habe; aber man brauche sich nicht darum zu beunruhigen, es sei Zukunftsmusik. Schließlich habe Graf Caprivi erklärt, jene Pläne hinsichtlich der Ausbildung aller waffenfähigen Männer überhaupt nicht zu kennen. Jetzt komme der Reichskanzler wieder an die Volksvertretung und fordere eine beispiellose Erhöhung der Präsenzziffer, eine große Reihe neuer Organisationen, sowie grundsätzlich die Ausbildung aller waffenfähigen Männer; es geschehe mithin alles, was der Reichstag vor zwei Jahren befürchtet und Graf Caprivi als nebelhafte Hirngespinste betrachtet habe.

Der „Schwäb. Merkur" begreift nicht, wie man mit 64 Millionen dauernder Ausgabenerhöhung ausreichen will; und bei den einmaligen Ausgaben seien die Kasernen nicht mitgerechnet; auf eine Mehrheit im Reichstage sei nicht zu rechnen. — Die „Post" äußert: Ist es schon einigermaßen zweifelhaft, wie auf einmal das Offizierkorps um $10^1/_2$ Prozent, das Unteroffizierkorps um $16^1/_2$ soll verstärkt werden können, während jetzt schon die Ergänzung auf Schwierigkeiten stößt, so ist noch weniger klar, wie ohne Schädigung der Ausbildung mit der vorgeschlagenen Vermehrung des Ausbildungspersonals eine so erhebliche Erhöhung der Friedenspräsenzstärke und der Kadres durchzuführen sein soll.

26. Oktober. Die katholische „Köln. Volksztg." hält die ganze Lage bezüglich dieser Vorlage für unheilbar verfahren und diese für gänzlich aussichtslos. Auch die „Natlib. Korresp." meint, die Aussicht, mit den Forderungen der Vorlage durchzudringen, sei nicht groß. — Die „Germania" äußert: Daß auf eine Annahme dieser Forderungen durch den jetzigen Reichstag nicht zu rechnen ist, liegt auf der Hand. Man muß sich nur wundern, daß die Regierung diese Forderungen überhaupt stellt, obgleich doch schon die 18000 Mann Erhöhung 1890 solche Schwierigkeiten machten, und dabei noch die Windthorstschen Resolutionen sagten, wie der Reichstag bezüglich neuer Militärforderungen denke. — Das konservative „Volk" behandelt die Frage der Auflösung des Reichstages und meint, diese würde ein Kampf ohne Offiziere und um eine Fahne sein, die schon kompromittirt wäre, ehe man sie entrollte.

27. Oktober. Der „Westfälische Merkur" bezeichnet die Vorlage als einen Sprung ins dickste Dunkel.

29. Oktober. In einer Versammlung der Zentrumspartei in Aachen spricht sich der Abg. Lieber also aus: Es ist besser, nicht schon jetzt das letzte Wort zu sprechen, sondern erst später, wo es gesetzgeberische Folgen hat. Ich für meinen Teil, der ich jede unbegründete Vermehrung der Heereslast bekämpfe, habe doch auch gelernt, daß selbst der Beste nicht in Frieden leben kann, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. Unsre ernste Aufgabe wird sein, zu prüfen, ob beim Schutze der Wehrkraft des Vaterlandes schon die Grenze der Leistungsfähigkeit erreicht ist. Bei dieser Frage zeigt sich so recht, was die katholische Kirche zu leisten vermöchte, wenn etwa das im Karolinenstreite ausgeübte päpstliche Schiedsrichteramt verallgemeinert und ein europäisches Schiedsgericht unter päpstlichem Vorsitz errichtet würde. Allen Widersachern sei es gesagt, daß das katholische Volk neben politischen und wirtschaftlichen Interessen doch noch ganz andre hochwichtige Interessen in die Hände des Zentrums gelegt hat.

3. November. In den „Preuß. Jahrbüchern" wird gesagt, vor allem müsse die Militärverwaltung Opfer bringen durch Beseitigung oft schon gerügter Mißstände. „Die Verbesserung der modernen Gewehre hat es mit sich gebracht, daß der Gebrauch der Schußwaffe von seiten der Militärposten sich zu einer Gefährdung des bürgerlichen Daseins gestaltet hat. Es ist nichts als der Eigensinn des militärischen Hochmuts, der sich

einer Reform dieſes für ein Kulturvolk unerträglichen und unwürdigen Zuſtandes widerſetzte. Eine Regierung, die in einem ſo augenſcheinlichen Notſtande bei einer ſo unbedeutenden Sache keine Reform zu finden weiß, welche das militäriſch Notwendige mit den Anſprüchen des bürgerlichen Daſeins vereinigt, zeigt damit, daß ſie keinen guten Willen hat und in militäriſchen Dingen nicht durchaus vorurteilsfrei iſt. Solche Dinge giebt es noch mehr und größere; erſt wenn damit vollſtändig aufgeräumt iſt, dann kann man mit völlig gutem Gewiſſen die ſtärkſten Forderungen vor den Reichstag bringen und nötigenfalls von dem Reichstage an das Volk appelliren.

5. November. Bei einem von der freiſinnigen Partei den Abgeordneten Virchow und Pariſius veranſtalteten Feſte ſpricht ſich der Abgeordnete Richter alſo aus:

Allerdings nähert man ſich mit der zweijährigen Dienſtzeit unſern Forderungen, aber man will ſie in der willkürlichſten Weiſe mit ungeheuerlichen Mehrbelaſtungen des Volks verknüpfen, welche nicht auf eine militäriſche Notwendigkeit, ſondern auf einen gewiſſen militäriſchen Idealismus zurückzuführen ſind. Es iſt endlich an der Zeit, daß ein Strich gemacht wird: Bis hierher und nicht weiter! Darauf kommt es bei den bevorſtehenden Kämpfen an, es handelt ſich in Wahrheit um das Anſehen des deutſchen Reichstags, ob er noch etwas gelten ſoll, und ob die Anſicht des Volkes noch etwas zu gelten hat; ob man dem Volke das beſcheidene Maße von Rechten, welches andern Völkern zuſteht, und auf welche das deutſche Volk nach den großen Opfern, welche es gebracht, in erſter Reihe Anſpruch hat, gönnen will oder nicht.

Das „Militärwochenblatt" bringt einen Aufſehen erregenden Artikel über die Notwendigkeit einer „Verjüngung der Feldarmee." Darin wird über die Landwehr geſagt:

Es iſt vom menſchlichen Standpunkte erklärlich, daß ein verheirateter wohlbeleibter Landwehrmann ſich ſeiner Familie erinnert und z. B. eine gute Deckung weniger leichten Herzens verläßt, um vorwärts zu ſtürmen wie der junge Linienſoldat. Bei einem unglücklichen Gefecht werden die Reſervetruppen mehr Gefangene verlieren als die Linientruppen, und zwar aus genau denſelben Gründen, zu denen hier noch die größere Gewandtheit des jungen Linienſoldaten hinzutritt. Niemand ſtirbt gern, aber der junge Mann achtet erfahrungsmäßig weniger auf Gefahren, wie der ältere Mann, deſſen Tod vielleicht Elend über eine ganze Familie bringt.

Dieſe Aeußerungen rufen den lebhafteſten Widerſpruch hervor. Die „Nationalzeitung" verweiſt auf die ehrenden Urteile des Fürſten Bismarck über das Verhalten der Landwehr im Jahre 1870.

In gleicher Weiſe wendet ſich die „Kreuzzeitung" gegen die Herabſetzung der Landwehr. Auch ſie erinnert an die Bravour, welche die Landwehr im letzten Kriege bewieſen hat, und giebt ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß die Militärverwaltung allmählich denjenigen dankbar ſein müſſe, die ſie gegen ihre Freunde in Schutz nähmen. — Die „Freiſinnige Zeitung" ſchreibt: Das „Militärwochenblatt" überbietet in Beſchimpfung der deutſchen Landwehr durch Herabwürdigung ihrer Kriegsthaten im Jahre 1870/71 alles, was Hochmut und Dünkel von Troupiers in dieſer Richtung jemals geleiſtet haben.

7. November. Die „Vossische Zeitung" spricht vor „gefährlichen Erörterungen" zu Gunsten der Militärvorlage.

Die neueste Litteratur zu Gunsten der Militärvorlage enthält die schönsten Reinkulturen des Beunruhigungs-Bazillus, und es könnte nicht mehr Wunder nehmen, wenn der Glaube der Armee an die Tüchtigkeit der Militärverwaltung durch diese Erörterung gründlich erschüttert würde.

Das Blatt hat hierbei Artikel des Militärwochenblatts über den „Zukunftskrieg und die öffentliche Meinung" im Sinne, sowie eine Schrift des Militärschriftstellers Majors Keim, betitelt: „Warum muß Deutschland seine Wehrmacht erhöhen?"

9. November. „Das Graulichmachen vor den Franzosen und Russen wird," sagt die „Freisinnige Zeitung," „durch das Militärpreßbureau in systematischer Weise fortgesetzt in allen Blättern, welche sich dazu hergeben, dem systematischen Bangemachen zu Ehren der Militärvorlage ihre Spalten zu öffnen. Gleichzeitig wird in der „Kölnischen Zeitung" vor den Franzosen graulich gemacht. Sie schildert die großen Aufwendungen, welche Frankreich seit 1870 für die Verstärkung seiner Festungswerke gemacht hat. Als ob Deutschland an der Ost- und Westgrenze darin zurückgeblieben wäre! Von den $2^1/_2$ Milliarden Mk., welche Deutschland seit 1870/71 an einmaligen Ausgaben für das Heer verwandt hat, entfällt ein sehr großer Teil auf die Verstärkung der Festungen. Wir erwähnen nur die Festungsbaufonds, welche aus den Milliarden in Höhe von 350 Millionen Mk. verwendet worden sind. Dazu ist noch 1887 ein Kredit von 114 Millionen Mk. zur Verstärkung der Festungen gekommen, ein Kredit von 62 Millionen Mk. zur strategischen Vervollständigung der Eisenbahnen und ihres Materials, ein Kredit von 62 Millionen Mk. »für die Steigerung der Operationsfähigkeit und Schlagfertigkeit des Heeres.«"

Auch die „Konservative Korrespondenz" warnt wegen des moralischen Eindrucks inner- und außerhalb des Landes vor zu großer Schwarzmalerei in Bezug auf den Zustand der deutschen Heeresmacht. Und die „Post" sagt: „Die einseitige Betonung der militärischen Gesichtspunkte und die Unterschätzung der volkswirtschaftlichen Momente, welche in jenen Preßäußerungen zu Tage tritt, zeugt nicht minder von geringer Fühlung mit der Volksstimmung."

Eine Korrespondenz in vielen katholischen Blättern spricht sich unter der Ueberschrift: „Was ist uns Caprivi?" über die Stellung der Zentrumspartei zur Militärvorlage also aus:

Wenn die gegnerische Presse ihre Betrachtungen über die mutmaßliche Stellung des Zentrums zur Militärvorlage anstellt, geht sie regelmäßig von der Voraussetzung aus, dem Zentrum liege ungemein viel an der Erhaltung des Grafen Caprivi in seinem Amte, weil es mit ihm die besten „Geschäfte" machen zu können glaube. Gewiß, wir sind dem neuen Reichskanzler mit großem Vertrauen entgegengekommen. Für seine Person

verdient er auch die höchste Achtung; er ist tüchtig, ehrlich, offen, nicht von Haß und Voreingenommenheit gegen alle beherrscht, die eine von der seinigen abweichende Meinung hegen. Sehen wir aber des Nähern zu, was denn Caprivi so Großes für uns gethan hat, so wird nicht viel zu finden sein. Sein Verdienst ist wesentlich ein negatives. Konnte man früher befürchten, ein Sturz des Grafen Caprivi möchte eine zweite und schlimmere Aera Bismarck bringen, so ist jetzt jeder Gedanke hieran ausgeschlossen. Wir wollen damit keineswegs sagen, daß wir den Grafen Caprivi gern von seinem Platze haben möchten, durchaus nicht. Wir wollen nur sagen, daß uns seine Erhaltung im Amte nicht den Wert zu haben scheint, daß ihretwegen das Zentrum für eine so ungeheure Vorlage, wie die Militärvorlage, stimmen könnte. Dies Opfer scheint uns um so weniger zulässig zu sein, als damit sehr wahrscheinlich die Existenz des Zentrums und die Eintracht in der Zentrumspartei aufs Spiel gesetzt wäre.

10. November. Die amtliche „Karlsruher Zeitung" bringt eine Verwahrung gegen die Beurteilung der Landwehr im „Militärwochenblatt."

11. November. Dieses Blatt sucht sich gegen die Erwiderungen über seine Besprechung der Landwehr zu verteidigen. Es meint, es könne doch kein Schimpf sein, daß die kriegsgeschichtlichen Thatsachen nicht für besondere Brauchbarkeit der Landwehr im Feldkriege sprächen.

19. November. In der „Parole," amtlichen Zeitung der Korporation „Deutscher Kriegerbund," veröffentlicht der Vorstand des deutschen Kriegerbundes namens einer „halben Million Soldaten" eine Verwahrung gegen die im Organ des preußischen Kriegsministeriums, dem „Militärwochenblatt," veröffentlichten Betrachtungen über die Landwehr.

24. November. Ueber die Rede, mit welcher der Reichskanzler am 23. November dem Reichstage die Militärvorlage überreichte, bemerkt die „Nationalzeitung":

Des Reichskanzlers Rede dauerte nahezu dritteinhalb Stunden; wie die Hörer, so werden auch die Leser den Eindruck haben, daß weniger mehr gewesen wäre; denn einzelne Teile der Rede litten an einer ermüdenden Breite, und vieles war überflüssig. So wurde der Gedanke, daß Deutschland keinen „Präventivkrieg" führen will, mit unnötiger Ausführlichkeit entwickelt; im Ernst traut man uns die Absicht, einen solchen Krieg vom Zaune zu brechen, schwerlich zu.

Die „Vossische Zeitung" sagt zu der Darstellung des Reichskanzlers:

„Die Rede berührt den Kern der Frage nicht, sie hat nichts mit der Begründung der Militärvorlage zu thun. Was hat sich seit 1890 ereignet, um die deutsche Nation zu einer solchen Anspannung ihrer Kraft zu zwingen, wie sie jetzt gefordert wird? In dieser Hinsicht hat der Reichskanzler auch nicht einen einzigen neuen Gedanken entwickelt, alles, was er zu Gunsten der Vorlage vorbrachte, hätte auch vor fünf oder zehn Jahren gesagt werden können." Alsdann heißt es weiter: „Wenn man in der Rede Caprivis liest, wie die deutsche Armee ihre »Suprematie« eingebüßt habe, wie alle

früheren Militärvorlagen nur Flickarbeit, nur Notbehelf gewesen seien, so kann man trotz aller anderweiten Erklärungen für diesen Wandel sich des Eindrucks kaum erwehren, als seien die großen Heerführer und tüchtigen Generale, die jene Gesetze für ausreichend erachteten, Stümper gewesen, die Deutschlands Wehrkraft dem Verfall entgegenführten. An der Spitze des Militärs aber stand Moltke."

Der konservative „Reichsbote" äußert:

Die Rede Caprivis war eine politische That, welche wie ein frischer Wind die angesammelte drückende Schwüle zu verscheuchen geeignet ist. Ihre größte Bedeutung liegt darin, daß sie auf alle Welt den wohlthuenden Eindruck machen muß: die deutsche Politik ist eine ehrliche Friedenspolitik ohne jeden feindseligen Hintergedanken gegen irgend eine Nation.

Der „Hannoversche Courier" sagt, die Rede des Kanzlers werde durch ihre ruhige Sachlichkeit einen guten Eindruck machen. „Nur die Wendung gegen den Schluß schießt über die Grenze des Sachlichen hinaus, wo der Reichskanzler mit Bezug auf die Kämpfer von 1870 sagt: die haben ihr Blut gegeben, und wir wollen unser Geld nicht geben?"

25. November. Das „Wiener Fremdenblatt" schreibt, die Rede des deutschen Reichskanzlers müsse einen tiefen Eindruck nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa hervorrufen. Sie sei imponirend durch den weiten Gesichtskreis, der sich darin eröffne, wie durch die natürliche Offenheit und durch die patriotische Wärme, welche sie von Anfang bis zu Ende durchdringe und sich stellenweise zu fortreißendem Schwunge erhebe. Die große Rede des Reichskanzlers fahre wie ein Sturmwind in die Bedenken, die gegen den Ausgangspunkt der Militärvorlage seit Wochen erhoben worden seien; es werde für die Gegner der Militärvorlage eine schwere Aufgabe sein, die durch die Rede geschaffene Stimmung zu verwischen. — Die Wiener „Presse" hebt hervor, der Reichskanzler habe ohne diplomatische Beschönigung und mit seltener Rückhaltlosigkeit die Situation gekennzeichnet, er habe die Sprache des Patrioten und des redlichen Mannes gesprochen. Die deutschen Parteien würden jetzt nur mehr das „Wie", nicht das „Was" zu diskutiren haben. — Der „Pester Lloyd" hebt hervor, die Rede mache durch ihre Schlichtheit und Ehrlichkeit wie durch das ungesuchte Pathos, womit sie an das deutsche Nationalgefühl appellire, einen imponirenden Eindruck. Ganz besonders wohlthuend berühre die Versicherung der friedlichen Absichten des deutschen Reiches.

26. November. In der Wiener „Politischen Korrespondenz" wird bei Besprechung der Rede des Kanzlers in Bezug auf die Notwendigkeit der rein militärischen Forderungen ausgeführt:

Wenn immer und immer wieder die Frage aufgeworfen wird, weshalb sich denn das, was nun seit Jahrzehnten an ungezählten Millionen für die deutsche Wehrkraft verausgabt sei, als nicht ausreichend erwiesen habe, so ist daran zu erinnern, daß man sich eben trotz alledem nur notdürftig beholfen

hat, weil man die Nation schonen wollte, daß man nicht wissen konnte, wie weit die Nachbarstaaten gehen würden, daß diesen Anstrengungen gegenüber, aus denen immer neue Regimenter feldtüchtiger junger Truppen entstanden, mit Notbehelfen wie unsre Ersatzreserven erster Klasse nicht anzukommen war. Man ist bei uns sehr langsam und zögernd an die Neuorganisation herangegangen, sie ist ein Produkt jahrelanger Arbeit, bestimmt, für die Zukunft zu wirken, sie ist vor allem als ein einheitliches Ganzes aufzufassen, aus dem man nicht Einzelnes herausreißen kann.

Nach der „Germania" hat die Rede des Kanzlers an den Aussichten der Vorlage nichts geändert, aber jedermann erkenne in der Rede die sympathischen Charaktereigenschaften des Kanzlers. — Die „Schlesische Zeitung" bringt eine durchaus wohlwollende Besprechung der Rede, hofft aber, erst die militärischen Vertreter den Regierung würden zeigen, daß gerade diese Vorlage wirklich den richtigen Weg zur weiteren Ausgestaltung des Heerwesens bilde.

27. November. In den Münchner „Neuesten Nachrichten" findet sich zu Gunsten der Vorlage Folgendes über die von Rußland drohende Gefahr:

Wie Rußland sich zum Kriege gegen den Westen militärisch vorbereitet, hat der Reichskanzler noch einmal des Näheren dargelegt, was er aber nicht erwähnte, ist die Thatsache, daß Rußland bei Vernachlässigung aller innern Bedürfnisse, zu deren Deckung, wenn man es so nennen kann, nur die eigene entwertete Valuta dient, einen Kriegsschatz von 604 Millionen Goldrubel zusammengebracht hat, der noch täglich vermehrt wird. Und diese ungeheure Kriegsbereitschaft an Truppen und Geld liegt in den Händen des Zaren, der, wie man sagt, friedlich gesinnt ist. Sicher ist er das, aber wenn jener fanatische Kreis von Generalen und Staatsmännern, die die wahren Häupter der russischen Gesellschaft sind, wenn dieser Kreis die Stunde zum Angriffe gekommen glaubt, was von dem Abschluß der Umwaffnung der Infanterie abhängt, der für 1894 in Aussicht genommen ist, dann tritt bei anhaltendem Widerstand des Zaren der berühmte Spruch über die russische Verfassung in Kraft.

18. Dezember. Die „Germania" sagt, infolge der letzten Verhandlungen im Reichstage stehe fest: die Regierungsvorlage ist gefallen, aber eine Mehrheit ist da für diejenige Erhöhung der Rekrutenziffer und Kosten, welche erforderlich ist, um bei gesetzlicher zweijähriger Dienstzeit die jetzige Friedenspräsenz zu erhalten. — Die „Freisinnige Zeitung" glaubt, es bleibe nur die Auflösung des Reichstags übrig.

19. Dezember. Die „Kreuzzeitung" äußert: „Der Vorlage, wie sie ist, fehlt die überzeugte Vertretung überall, weil sie zu viel verlangt und doch zu wenig bietet. Große Opfer an Menschenkraft und Geld werden der Nation zugemutet; aber keine Partei ist durchdrungen davon, daß der richtige Weg zur Befriedigung des vorhandenen Bedürfnisses gewiesen würde." — Die „Kölnische Zeitung" sieht als Ergebnis der jüngsten Beratungen eine große Verwirrung bei den einzelnen Parteien. — Nach der

„Allgemeinen Zeitung" sind der Differenzpunkte so viele, daß die Lösung selbst dem besten Willen fast unerreichbar erscheinen müsse.

20. Dezember. Das „Konservative Wochenblatt" empfiehlt die Annahme des Entwurfs in seinem vollen Umfange. Es findet darin nicht nur „die Wiederaufrichtung des alten Grundgedankens des preußischen Militärwesens", sondern auch insofern, als die Landwehr nicht mehr gleich beim Ausbruch des Krieges in das Feld eilen soll, eine Entlastung der Nation.

21. Dezember. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" legt nochmals ausführlich den Standpunkt der Regierung bezüglich der Militärvorlage dar und schließt mit den Worten: Kein zur Leitung unsrer auswärtigen Politik berufener Staatsmann, kein mit der Organisation unsers Kriegsheeres betrauter Offizier wird die Verantwortlichkeit für die Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes übernehmen wollen oder können. Gewiß nicht leichten Herzens haben die verbündeten Regierungen sich zu diesen erhöhten Forderungen entschlossen

29. Dezember. In einer Rede zu Montabaur in Nassau spricht sich der Abgeordnete Lieber über die Militärvorlage in einer Weise aus, in der man die Ansichten der Mehrheit der Zentrumspartei erblicken zu müssen glaubt. Er sagt:

Die Vorlage ist in ihrem jetzigen Umfange für das Zentrum unannehmbar; darüber herrscht innerhalb der Fraktion volle Uebereinstimmung. Das Zentrum bewilligt nur so viel an Geld und Mannschaften, als nötig ist, um innerhalb der gesetzlich einzuführenden zweijährigen Dienstzeit die jetzige Friedenspräsenz aufrecht zu erhalten. Aber darüber hinaus: Keinen Mann und keinen Groschen! Falls die Regierung auf dieser Grundlage keine Verständigung sucht, so fällt die Militärvorlage. Denn der Trumpf heißt im Reichstage nicht mehr: Kartell, sondern der Trumpf heißt jetzt: Zentrum! Auf die in einigen Blättern ausgesprochene Drohung, die Regierung werde, wenn der Reichstag nicht alles bewillige, lieber auf die Vorlage verzichten, dann aber rücksichtslos die volle dreijährige Dienstzeit durchführen, giebt Lieber folgende Erklärung ab: In der Sitzung am 24. Juni 1890, als der Reichstag bereit war, die damalige Friedenspräsenz um 18000 Mann zu vermehren, falls die Regierung, den Windthorstschen Resolutionen entsprechend, durch weitere Ausdehnung der Rekrutenvakanz oder durch Erhöhung der Zahl der Dispositionsurlauber dem Volke wieder Erleichterung gewähre, hat der Reichskanzler Graf von Caprivi im Namen der Regierungen des gesamten Deutschlands feierlich erklärt: der Weg, die Rekrutenvakanz weiter auszudehnen, sei für die Regierungen nicht gangbar, dagegen wollten die Regierungen schon im laufenden Jahre (1890) eine Erhöhung der Zahl der Dispositionsurlauber eintreten lassen, um so dem Reichstage entgegen zu kommen. Daraufhin sind die 18 000 Mann bewilligt, und ich erkläre hiermit öffentlich, daß wegen dieser feierlichen Erklärung des Herrn Reichskanzlers Grafen von Caprivi die Regierung nicht das Recht hat, die Zahl der Dispositionsurlauber zu vermindern, noch weniger das System derselben ganz aufzuheben. Ich erkläre dem Herrn Reichskanzler: das wäre seitens der Regierung ein ganz unerhörter Treubruch dem Reichs-

tage und dem Volke gegenüber. Und eines solchen Treubruchs halte ich den gegenwärtigen Reichskanzler nicht fähig, im Gegenteile, er ist ein ehrlicher, braver und gerader Soldat, dem man einen Wortbruch nicht zutrauen darf! Das ist die Stellung des Zentrums zur Militärvorlage!

30. Dezember. Es ist, sagt die „Post," im Reichstage auf das Tagebuch des verstorbenen Hegel hingewiesen worden, um zu erweisen, daß im September 1865 das Staatsministerium die Einführung der zweijährigen Dienstzeit bei dem hochseligen Könige befürwortet hat. Diese Thatsache kann dahin ergänzt werden, daß als Kompensation für den Verzicht auf das dritte Dienstjahr in Aussicht genommen war, bei allen Truppenteilen Stämme von Kapitulanten zu schaffen und die dazu erforderlichen Mittel durch Einführung der damals in Frankreich üblichen Stellvertretungsgelder, womit Wohlhabende sich vom Militärdienst loskaufen konnten, zu beschaffen. Dieses finanzielle Auskunftsmittel verwarf der König als unvereinbar mit dem Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht, während er die Kombination der zweijährigen Dienstzeit mit Kapitulantenstämmen als zulässig anerkannte.

Achter Abschnitt.

Evangelische Kirche.

I.

Evangelischer Bund.

2. Juli. Die Provinzialversammlung des rheinischen Hauptvereins des Evangelischen Bundes tagt in Elberfeld und beschließt einige Erklärungen: 1. Nach glaubwürdiger Mitteilung ist durch Anschlag an der Thür einer Pfarrkirche in Köln einem protestantischen Manne, der in Mischehe lebt, eine Vorladung vor das erzbischöfliche Offizialat in Köln öffentlich zugestellt worden, worin derselbe aufgefordert wird, an einem näher bezeichneten Termin zur Verhandlung über die von seiner Ehefrau beantragte Ehescheidung zu erscheinen, widrigenfalls er als ungehorsam angesehen und das Urteil sofort gesprochen werden solle. Aus Anlaß dieses Falles erklärt die Versammlung:

Der Versuch des erzbischöflichen Offizialats zu Köln, einen protestantischen Staatsbürger der Jurisdiktion der römisch-katholischen Kirche zu unterwerfen, verdient um so schärfere Zurückweisung, als demselben mutmaßlich das Unterfangen zu Grunde liegt, nunmehr auch in Ehesachen die anmaßlichen Grundsätze des Syllabus in die Praxis einzu-

führen. Die Versammlung erinnert die evangelischen Glaubensgenossen daran, daß die Ansprüche der römischen Kirche, auch über die Protestanten irgend eine Art von Gewalt zu besitzen, null und nichtig sind, und fordert die evangelischen Glaubensgenossen dringend auf, derartigen Ansprüchen, wo und wie immer sie sich an sie heranwagen sollten, mit energischer Abwehr zu begegnen.

2. Die Versammlung erklärt dem Versuche gegenüber, durch den angeblichen Nachweis eines „Anteils der Jesuiten an der preußischen Königskrone" Stimmung für die Zurückberufung der Jesuiten zu machen, daß nach dem unumstößlichen Zeugnisse der Geschichte von einem thatsächlichen Verdienste des Jesuitenordens an der Größe Preußens keine Rede sein kann, dieser Orden vielmehr heute wie seit seiner Gründung Aufgaben verfolgt, deren Endzwecke mit dem Wohle eines auf wesentlich protestantischer Grundlage beruhenden und gesetzlich paritätischen Staatswesens unverträglich sind. 3. Den planmäßig in Szene gesetzten römisch-katholischen Kundgebungen für die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes gegenüber erklärt die Versammlung, daß sie diese Kundgebungen im Interesse des europäischen Friedens bedauert, da die Forderung der territorialen Unabhängigkeit des Papstes thatsächlich auf eine Sprengung des Dreibundes, dieser Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens, hinausläuft; sie erklärt gleichzeitig, daß eine Macht, über die die Geschichte ein so unzweifelhaftes Urteil gesprochen hat, wie über den römischen Kirchenstaat, jedes Recht auf Wiederherstellung verwirkt hat. 4. Dem Vorgehen des „Afrikavereins deutscher Katholiken" gegenüber, dessen Vereinsblatt als eine seiner ersten Aufgaben offen die Eroberung der deutschen Schutzgebiete für den Katholizismus bezeichnet hat, spricht die Versammlung ihre warme Teilnahme für die Zwecke des in der Bildung begriffnen „Evangelischen Afrikavereins" aus.

17. September. Der Zentralvorstand des Bundes erläßt folgende Erklärung.

Die jüngsten Vorgänge auf der Katholikenversammlung in Mainz haben die letzten Ziele Roms unmißverständlich bloßgelegt. Ein deutscher Bischof (S. 94) hat es gewagt, die Rückkehr in den Schoß der römischen Kirche als das einzige Mittel zu bezeichnen, durch welches „die Religion, die Moral, die Autorität, die soziale Ordnung" aufrecht erhalten werden könnte. Zugleich ist der drohende Ruf aufs neue laut geworden: „auf märkischem Sande werde die letzte Entscheidungsschlacht geschlagen werden." Und die Losung: „Auf zu diesem Geisteskampfe" fand allgemeinsten stürmischen Beifall. Die Katholiken genießen in Deutschland für ihre Glaubensüberzeugung die weitestgehende Duldung und Anerkennung. Nicht nur das Staatsgesetz, sondern auch die Gesinnung der protestantischen Bevölkerung verbürgt sie ihnen. Aber damit ist den Ansprüchen Roms nicht Genüge geschehen. Darnach gilt vielmehr die Kirche erst dann für „frei," wenn sie herrscht; sie gilt für „verfolgt nnd schmachvoll mißhandelt", wenn der Staat ihr diejenigen Schranken zieht, welche sein göttlicher Beruf und die Rücksicht auf Anders-

glaubende fordert. Jede Nachgiebigkeit des Staates diesen Ansprüchen gegenüber hat nur die immer zuversichtlichere Aufstellung neuer, weiter gehender Forderungen zur Folge. Damit aber wird der Unfriede in Deutschland verewigt. Unter dem Schilde der Religion und mit geschickter Benutzung politischer Parteibildung verfolgt Rom seine Weltherrschaftspläne, unbekümmert, ob der innere Friede der Völker dadurch auf das heilloseste gefährdet und zerstört wird. Will das deutsche Volk auch jetzt noch nicht das ihm von dieser Seite drohende Unheil erkennen? Man sollte doch meinen, daß selbst römischen Katholiken Deutschlands die Augen aufgehen müßten für die Diesseitigkeit der Ziele und die Unlauterkeit der Mittel, welche das Treiben der ultramontanen Kirchen- und Staatspolitik kennzeichnet und für die unwürdige Bindung, ja Knechtung der Gewissen, welche die in ihrer eignen Kirche zur Herrschaft gelangte jesuitische Partei den katholischen Völkern auferlegt. Man sollte meinen, daß auch dort sich Männer finden müßten, welche wissen, was sie dem schuldig sind, der gesprochen hat: Mein Reich ist nicht von dieser Welt; und welche eben darum auch den Pflichten gegen ihr irdisches Vaterland ein freudiges Verständnis entgegenbringen. Wann wird der Tag kommen, an dem auch aus dem Schoße der Kirche Roms im Namen christlicher Freiheit und Wahrheit gegen die Geister wieder Zeugnis abgelegt werden wird, welche sich gegenwärtig die Führerschaft in ihrer Kirche angemaßt haben? Für uns Evangelische aber ist, was in Mainz geschehen, ein Mahn- und Weckruf, uns immer entschiedener auf das Wort Gottes zu stellen, aus dem unsre Kirche geboren ist. Der Glaube an den unsichtbaren König und Mittler Christus, der nicht irdischen Nutzen sucht und nicht auf weltliche Mittel baut, ist auch die einzige, aber siegreiche Waffe gegen alle Angriffe Roms. Dieser Glaube ist der Sieg, der die Welt, auch in der Gestalt der Weltkirche, überwindet. Das Zeugnis von diesem Glauben ist unsre einzige Antwort auf den jüngsten Triumphruf römischer Selbstüberhebung.

11. Oktober. Die Generalversammlung des evangelischen Bundes findet in Eisenach statt. Der Vorsitzende Graf von Wintzingerode sagt in seiner Ansprache: Die Notwendigkeit vom Vorhandensein des Evangelischen Bundes kann niemand mehr empfinden, als die Männer, welche an der Spitze desselben stehen. Die innern Zustände in unserm Vaterlande sind ernstere als früher, wir müssen daher auf der Wacht stehen. — Professor Beyschlag aus Halle knüpft an das Döllingersche Buch „Das Papsttum" an und berührt die Mainzer Katholiken- und Luzerner Altkatholikenversammlung. Seine Ausführungen gipfeln etwa in Folgendem:

Alle Erfolge der römischen Kirche, der Kirchenstaat, ihr Rechtsgebäude stützen sich auf Sammlungen gefälschter Urkunden. Es ist ein Irrtum, an die Versöhnung des Papsttums mit der modernen Zivilisation glauben zu wollen, wie der Verlauf des Mainzer Katholikentags aufs neue bekundet hat. Die Herbeiführung von mittelalterlichen Zuständen in unserm Vaterlande, das ist das Programm des Katholizismus, wie es in Mainz gepredigt wurde. Wenn heut ein Geist herniederstiege gleich jenem Luthers, welche Donnerworte würde er für die jetzigen Zustände haben!

Der Gesamtvorstand des Bundes veröffentlicht sodann folgende Ansprache:

An unsre evangelischen Volksgenossen. Die gegenwärtige innere Lage unsers Vaterlandes giebt dem „Evangelischen Bunde zur

Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen" Veranlassung, sich nach sechsjährigem Bestehen aufs neue an seine evangelischen Volksgenossen zu wenden und sie zur Beteiligung an seiner Arbeit aufzurufen. Eine tiefe Verstimmung geht durch unser nationales Leben hindurch — rätselhaft bei einem Volke, das kaum vor zwanzig Jahren das Ziel seiner politischen Sehnsucht erreicht hat, und das sich des Friedens, des Wohlstandes und einer für jede andre große Nation beneidenswerten öffentlichen Ordnung erfreut. Wenn dennoch die innere Befriedigung unserm Volke immer mehr entschwindet, so wäre es thöricht und kurzsichtig, die Schuld davon in einzelnen Ereignissen oder Personen zu suchen, anstatt in den Gesamtzuständen unsers Volkslebens, an denen wir alle beteiligt sind. Sie liegt unsers Erachtens vor allem darin, daß wir bedrängt sind von zwei Minderheitsparteien, welche alles in Frage stellen, was uns unser nationales Leben wert macht, der Sozialdemokratie und dem Ultramontanismus, und daß die große Mehrheit unsers Volks zwar darin einig ist, beiderlei Tendenzen nicht zu wollen, aber in dem, was sie positiv will und womit sie sich jener Feinde zur Linken und zur Rechten zu erwehren hätte, der Geschlossenheit jener Parteien gegenüber unklar und zerfahren ist und darum in der wohlbegründeten Angst lebt, trotz ihrer großen Ueberzahl von denselben Niederlage auf Niederlage zu erleiden. Wir verfolgen hier nicht die sozialdemokratische Gefahr, obwohl die Gegenwirkung gegen dieselbe mittelbar auch im Bereiche der vom Evangelischen Bunde übernommenen Aufgabe liegt. Auf sie sind aller Augen gerichtet, und Staat wie Gesellschaft sind rüstig daran, sie zu bekämpfen; die ultramontane Gefahr dagegen wird von wenigen gewürdigt, von manchen aus Mut- und Ratlosigkeit absichtlich übersehen, hie und da sogar in eine Hilfe wider die Sozialdemokratie umgedeutet. Und doch ist sie nicht minder groß, ja vielleicht die dringendere. Was die sozialistische Bewegung seither erlangt hat, das sind — wider deren eignen Willen — Siege des Rechten und Guten; was die ultramontane uns abgewonnen hat, das sind Niederlagen des Rechts und des Gesamtwohls. Ein System, an dessen innerer Unwahrheit eigentlich niemand zweifelt, das mit jeder Geistesfreiheit eingeständlich unvereinbar ist und wesentlich nur durch die Macht seiner auf Herrschsucht und Aberglauben aufgebauten Organisation getragen wird, hat seit dem unglücklichen Ausgang des Kulturkampfes unter uns Fortschritt über Fortschritt gemacht. Rom hat den deutschen Staat tief gedemütigt; es darf ungestört daran arbeiten, unser Volk in zwei Teile zu zerreißen, von denen der eine alles fürchtet und verabscheut, was dem andern als gut und groß erscheint; es darf das Heimatland der Reformation mit einem Netz von Missionsstationen und Ordensniederlassungen immer dichter überspinnen, die Rückberufung einer von Moral und Geschichte gerichteten Gesellschaft als Forderung der Freiheit und Gerechtigkeit auf seine Fahne schreiben, nach unsrer Volksschule die Hand ausstrecken und in unsern Grenzgebieten jede fremdsprachliche Bevölkerung gegen unser Volkstum aufreizen; es darf schließlich, wie soeben durch den Mund des Bischofs von Mainz geschehen ist, Kaiser und Volk öffentlich einladen, den evangelischen Glauben zu verleugnen, und es wird für das alles mit immer neuen Rücksichten und Zugeständnissen belohnt.

Es ist ein tief beschämendes Schauspiel, daß eine Nation, die in ihrem Oberhaupte, in der großen Mehrzahl ihrer Fürsten und in fast zwei Dritteln ihrer Volkszahl dem evangelischen Bekenntnis angehört, fortwährend — und auch jetzt wieder — in der Besorgnis schwebt, die Regierung des führenden Staates möchte sich in ihrer Politik auf diese Macht stützen und die idealen Güter der Nation den äußern Bedürf-

nissen des Augenblicks zum Opfer bringen. Wir urteilen nicht über den Grund oder Ungrund dieser Besorgnis: genug, daß sie besteht. Wir würden auch niemanden vor dem Forum deutscher Geschichte freisprechen, der eine so traurige und verderbliche Politik empfehlen oder üben würde. Aber die Schuld und Anklage würde die Gesamtheit unsers deutsch-evangelischen Volks treffen. Wo ist gegenüber den planmäßigen römischen Anmaßungen die einmütige, unsern Regierungen zu Hilfe kommende deutsch-protestantische Volksgesinnung, die nicht nur weiß, was sie nicht will, sondern weiß, was sie will? Und wir brauchten es nur einmütig zu wissen und einhellig zu sagen, um den auf unserm Vaterlande lastenden Bann zu brechen. Daß aber das Panier, um das wir uns dazu sammeln müssen, kein andres sein kann, als das unsrer Reformation, in deren Grundsätzen unser Glaube, unsre Moral, unsre Wissenschaft und ganze Kultur, unser deutscher Staat mit seiner Zucht und Freiheit wurzelt! — welcher deutsche Protestant könnte das ernstlich bezweifeln?

Es ist der Grundgedanke des Evangelischen Bundes, unser deutsch-protestantisches Volk wieder um diese Fahne zu sammeln, seine verschiedenen kirchlichen Gemeinschaften und theologischen Richtungen zur Verständigung auf dem Grunde des Evangeliums, zur Zurückstellung untergeordneter Gegensätze einzuladen und so zur gemeinsamen Abwehr des gemeinsamen Feindes wacker zu machen. Er hat seit sechs Jahren hieran nicht vergeblich gearbeitet. Vor allem hat er in seinen Kreisen den Thatbeweis erbracht, daß ein ehrliches und gesegnetes Zusammenarbeiten für die Ziele möglich ist. Er hat ferner die Anfänge einer litterarischen Gegenwehr gegen die übermächtige ultramontane Presse geschaffen, der römischen Propaganda gegenüber die evangelische Krankenpflege durch Stiftung eines Diakonissenhauses und mehrfache Unterstützung lokaler Bestrebungen gestärkt, die Rettung konfessionell gefährdeter Kinder unterstützt und in seinen Zweigvereinen eine Fülle von Anregungen zur Hebung des protestantischen Bewußtseins und Gemeindelebens gegeben. Er hat auch die freimütige Vertretung jeder zu seiner Kenntnis gekommenen Verletzung protestantischen Rechts, sei's der Oeffentlichkeit, sei's der Staatsbehörde gegenüber, nicht ohne Erfolg geübt. Er hat bis dahin über 80 000 deutsche Protestanten in diesem Werke christlicher Verständigung und kirchlicher Notwehr vereinigt. — Aber was sind 80 000 Mitglieder gegen die Millionen deutscher Protestanten, gegen die Machtverhältnisse unsers öffentlichen Lebens und gegen die weltumspannende Organisation der römischen Kirche? Noch verharren ganze kirchliche Provinzen in Mißtrauen und Gleichgültigkeit gegen unsre Bestrebungen, als wenn sie keine Verantwortung für das Ganze zu tragen hätten; noch arbeitet die Parteibefangenheit uns vielfach entgegen und zieht es vor, zu zerstreuen, anstatt mit uns zu sammeln. Noch fehlen uns vielfach die besten vorhandenen Kräfte; sie lassen uns unzulänglich einer Riesenaufgabe gegenüber, weil sie nach deutscher Unart es vorziehen, zu bemängeln, anstatt zu helfen. Selbst das schlichte Bekenntnis zu Christo, dem eingebornen Gottessohn, unserm alleinigen Heilsmittler, das wir auf unsre Fahne geschrieben haben, ist — als zu weit oder zu enge — zum Stein des Anstoßes geworden. Es sei hier nur von neuem erklärt, was sich freilich von selbst versteht, daß dasselbe weder die kirchlichen Bekenntnisse verdrängen und ersetzen, noch die einzelnen in ein dogmatisches System gefangen nehmen soll, sondern lediglich den Standpunkt des einfachen evangelischen Christentums bezeichnet, von dem aus unsre gemeinsame Arbeit zu treiben ist. Und so ergeht denn an alle, denen mit uns Heil und Zukunft unsers Volks in der Bewahrung der Grundgedanken und Geisteskräfte unsrer Reformation liegt, die herzliche und dringende Aufforderung, sich uns anzuschließen und mit ihrem

Namen ihre volle Teilnahme, ihre thatkräftige Mitarbeit, ihre ganze Persönlichkeit für die Sache evangelischer Wahrheit und Freiheit einzusetzen. Wir bitten alle Gesinnungsgenossen, in deren Hände dieser Aufruf kommt, zur Verbreitung und Beherzigung desselben nach Kräften thätig zu sein.

15. Oktober. Die katholische „Germania" sagt, dieser Aufruf sei „ein jammerndes und anmaßendes Aktenstück," und fährt fort: „In einer Zeit, wo alle wirklichen Christen sich immer mehr zusammenfinden, geben diese Hetzer der Sozialdemokratie dadurch Nahrung, daß sie die größte und stärkste Konfession fanatisch verleumden und in der That den Haß zu ihrem Hauptmotiv machen, obgleich sie behaupten — Christen zu sein."

II.

Streit wegen des apostolischen Glaubensbekenntnisses.

Anfang August. Die in Leipzig unter Redaktion des Pfarrers Rade in Frankfurt a. M. erscheinende Wochenschrift „Die christliche Welt, evangelisch-lutherisches Gemeindeblatt für Gebildete aller Stände" enthält in Nr. 34. S. 768 ein Antwortschreiben, das der Professor der Theologie Harnack in Berlin Studierenden der Theologie hat zukommen lassen auf deren Frage, ob er ihnen raten könne, mit andern preußischen Studierenden der Theologie aus Anlaß des Falles des Pfarrers Schrempf in Württemberg ein Gesuch an den Evangelischen Oberkirchenrat zu richten um Entfernung des apostolischen Glaubensbekenntnisses aus der Verpflichtungsformel der Geistlichen und aus dem gottesdienstlichen Gebrauche. Professor Harnack rät in seiner Antwort von dem Gesuche ab, weil 1. die Parole „Abschaffung des Apostolikums" eine falsche sei, 2. weil Studierende in solchen Fragen, wie die vorliegende, überhaupt nicht öffentlich ein Urteil abgeben sollen, 3. „weil die Behandlung dieser besondern Frage eine christliche und wissenschaftliche Reife voraussetzt, die die Studierenden höchstens am Ende ihrer Studienzeit erwerben können, eine Agitation aber unfehlbar auch die jungen und jüngsten Studierenden mitergreifen, so zu einem höchst bedenklichen und unerfreulichen Schauspiel werden, viele Gewissen nur verwirren und nicht wenigen sehr bald eine peinliche Reue eintragen würde". Dabei hält er den gebotenen Anlaß für günstig, um die Frage nach der Geltung und dem Gebrauche des Apostolikums wieder anzuregen und sich durch die voraussichtliche Erfolglosigkeit in der Gegenwart von solcher Anregung nicht abschrecken zu lassen. Er wünscht seine Studenten, die er zur fleißigen Beschäftigung mit Dogmengeschichte und Symbolik ernstlich ermahnt, so zu erziehen, daß sie sich einst vielleicht mit Erfolg bemühen, das Apostolikum „entweder aus dem liturgischen Gebrauch zu entfernen, oder doch

den Gemeinden die Möglichkeit zu gewähren, es nicht zu gebrauchen, oder es durch eine andre evangelische Glaubensformel zu ersetzen." „Ich teile die Ansicht, daß es der evangelischen Kirche ziemen würde, an die Stelle des Apostolikums oder neben dasselbe ein kurzes Bekenntnis zu setzen, das das in der Reformation und in der ihr folgenden Zeit gewonnene Verständnis des Evangeliums deutlicher und sicherer ausdrückte und zugleich die Anstöße beseitigte, die jenes Symbol in seinem Wortlaut vielen ernsten und aufrichtigen Christen, Laien und Geistlichen, bietet. Die Anerkennung des Apostolikums in seiner wörtlichen Fassung ist nicht die Probe christlicher und theologischer Reife; im Gegenteil wird ein gereifter, an dem Verständnis des Evangeliums und der Kirchengeschichte gebildeter Christ Anstoß an mehreren Sätzen des Apostolikums nehmen müssen."

6. September. Die Kreissynode der Grafschaft Stolberg-Roßla beschließt, den evangelischen Oberkirchenrat zu bitten, daß er „dem offenkundigen Streben ungläubiger Professoren an unsern Universitäten, das symbolum apostolicum aus dem gottesdienstlichen Gebrauche zu beseitigen, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln entgegentreten wolle, ehe es zu spät sei."

7. September. Die zu einer Pastoralkonferenz versammelten Geistlichen der Superintendentur Frankfurt a. O. II beschließen „gegen die jetzt wieder hervorgetretenen Bestrebungen, das apostolische Symbol aus dem gottesdienstlichen Gebrauche zu beseitigen," folgende Erklärung:

Es ist nicht neu, daß Unglaube und Unverstand die Abschaffung des Apostolikums fordern; nicht neu, daß Professoren der Theologie mit dem schriftgemäßen Glauben der Kirche zerfallen sind. Neu aber und unerhört ist es, daß ein Professor der evangelischen Theologie die angehenden Diener der Kirche nicht bloß von dem Bekenntnis der Kirche abführt, sondern ihnen Anleitung giebt, ihr Gewissen zu beschwichtigen, wenn sie bei ihrer Ordination auf das Apostolikum sich verpflichten lassen, obwohl sie mit demselben grundsätzlich nicht übereinstimmen. Möge denen, die sich bisher durch die Forderung der „Freiheit der Wissenschaft" blenden ließen, dieser Vorgang die Augen öffnen für das unveräußerliche Recht der Kirche, auf die Vorbereitung ihrer künftigen Diener einen wirksamen Einfluß ausüben zu können. Möge unsern Gemeinden, die keine Ahnung von theologischer Falschmünzerei haben, das Wort des Herrn klar und lebendig werden: „Sehet euch vor vor den falschen Propheten" und die apostolischen Mahnungen: „Prüfet die Geister, ob sie aus Gott sind," „Lasset euch niemand verführen" und: „Sehet zu, daß euch niemand beraube." Wir aber wollen halten an dem Bekenntnis und nicht wanken.

17. September. In der „Kreuzzeitung" wird folgende Erklärung veröffentlicht:

Der Professor der Theologie an der Berliner Universität D. Harnack hat es als seine Meinung hingestellt, daß es keine brennendere kirchliche Auf-

gabe gebe, als: das Apostolikum für den kirchlichen Gebrauch zu beseitigen, hat ferner jungen Studenten, die sich dieserhalb an ihn gewendet hatten, die Zulässigkeit von Umdeutungen einzelner Bestandteile des Apostolikums nahegelegt und endlich die Lehrverpflichtung der Geistlichen auf das „Empfangen von dem heiligen Geiste, geboren von der Jungfrau Maria" für einen Notstand erklärt, mit dessen Aufhören es erst zu einer goldenen Zeit für die Kirche kommen werde. — Solchen Auslassungen treten der Vorstand der evangelisch-lutherischen Konferenz in der preußischen Landeskirche und die Vorsitzenden der lutherischen Provinzialvereine mit folgenden Sätzen entgegen: 1. Jeder Versuch, das Apostolikum für den kirchlichen Gebrauch zu beseitigen, ist ein Schlag in das Angesicht der Kirche Christi. 2. Es ist die höchste Zeit, daß unsre Theologiestudierenden gegen grundstürzende Lehre und gegen die Verwirrung ihrer Gewissen seitens theologischer Dozenten wirksam geschützt werden. 3. Daß der Sohn Gottes „empfangen ist von dem heiligen Geiste, geboren von der Jungfrau Maria," das ist das Fundament des Christentums; es ist der Eckstein, an dem alle Weisheit dieser Welt zerschellen wird. Graf Wartensleben-Rogaesen. Holtzheuer. Gensichen. Knak. Zöckler. Wetzel. Grau. Feiertag. Büchsel. v. Gerlach. Georg Freiherr v. Massenbach. Tauscher. A. Andrae (Roman). Graf Rothkirch und Trach. Schmalenbach.

20. September. Die zu einer Pastoralkonferenz versammelten Geistlichen der Synode Neustettin treten „ganz und voll" der obigen Erklärung von Stolberg bei. — Die „Nationalzeitung" bemerkt:

So schmerzlich wir es empfinden, daß unserm Volke dem Anscheine nach noch einmal das häßliche Schauspiel, dessen man sich aus dem Kampf der Orthodoxie gegen Professor Schenkel erinnert, geboten werden soll, so erfüllt es uns doch um der Sache willen mit Genugthuung, daß die konservativ-orthodoxe Geistlichkeit nach Kräften dazu beisteuert, die weitesten Kreise des Volkes von der Dringlichkeit einer gründlichen Erörterung der Bekenntnisfrage zu überzeugen. Die Bewegung ist in Fluß, und sie wird nicht eher zur Ruhe kommen, bis sie im Sinne des kirchlichen Liberalismus eine zeitgemäße Lösung gefunden hat.

30. September. Die katholische „Germania" macht darauf aufmerksam, daß Professor Harnacks Aeußerungen in der „Christlichen Welt" im schneidendsten Gegensatze zu der Bestimmung der Statuten der theologischen Fakultät der Universität Berlin vom 29. Januar 1838 ständen, deren § 1 laute: „Die theologische Fakultät hat die Bestimmung, nach der Lehre der evangelischen Kirche die theologischen Wissenschaften fortzupflanzen."

Vielleicht werde man, fährt das Blatt fort, entrüstet ausrufen: Das ist gehässige Denunziation. Keineswegs. „Uns ist es vollständig gleichgültig, wie die Leute heißen, die von ihren Kathedern herab die evangelische Kirche zertrümmern, ob sie sich Renan oder Strauß, Bauer oder Harnack nennen. Aber bezeichnend für unsre Zeit ist es, daß, während eine deutsche Hochschule durch ihre Statuten verlangt, daß ihre Lehrer das apostolische Glaubensbekenntnis anerkennen und verteidigen, dennoch ein Lehrer dieser Hochschule offen dieses Glaubensbekenntnis verwirft."

5. Oktober. Die Leipziger Wochenschrift „Christliche Welt" enthält in ihrer neuesten Nummer folgende Erklärung:

Die zahlreichen kirchlichen Protesterklärungen, die die jüngst von Professor Harnack hinsichtlich des apostolischen Glaubensbekenntnisses aufgestellten Sätze hervorgerufen haben, nötigen die unterzeichneten, in Eisenach versammelten Freunde und Mitarbeiter der „Christlichen Welt" zu folgender Erklärung: 1. Wir denken nicht daran, der evangelischen Kirche das sogenannte apostolische Glaubensbekenntnis nehmen zu wollen, aber wir bestreiten, daß die Geltung dieses Symbols in der Kirche und sein kirchlicher Gebrauch Geistliche oder Laien in juridischer Weise zur Anerkennung aller seiner einzelnen Sätze verpflichte. Ein evangelischer Christ ist jeder, der im Leben und Sterben sein Vertrauen allein auf seinen Herrn Jesum Christum setzt; wir wünschen, daß anstatt unevangelischen Pochens auf einzelne Lehrsätze dieser unzweifelhafte Gedanke evangelischen Christentums offen als solcher anerkannt werde. 2. Dieser rechte evangelische Glaube selbst schließt das Recht und die Pflicht ein, die Arbeit gewissenhafter und wahrhaftiger Wissenschaft auch in der Kirche und gegenüber den Ueberlieferungen der kirchlichen Vergangenheit geltend zu machen. 3. Wir müssen es daher als eine betrübende Verwirrung der Gewissen bezeichnen, wenn z. B. in einer der öffentlichen Protesterklärungen behauptet worden ist: der Sohn Gottes „empfangen von dem heiligen Geiste, geboren von der Jungfrau Maria, das ist das Fundament des Christentums; es ist der Eckstein, an dem alle Weisheit dieser Welt zerschellen wird." Weder die Schrift, noch die evangelischen Bekenntnisse haben der in den ersten Kapiteln des ersten und dritten Evangeliums enthaltenen Erzählung eine solche für den Glauben entscheidende Bedeutung gegeben. In der Heilspredigt Jesu und seiner Apostel ist kein Hinweis auf sie enthalten. Es ist daher eine Verkehrung des Glaubens und eine Verwirrung der Gewissen, wenn im Namen von Schrift und Bekenntnis eine Behauptung ausgesprochen wird, die den entgegengesetzten Schein erweckt. Eisenach, den 5. Oktober 1892.

Pfarrer D. Rade, Frankfurt a. M. Professor D. Achelis, Marburg. Professor Lic. Baumgarten, Jena. Domdiakonus Bithorn, Merseburg. Professor Lic. Bornemann, Magdeburg. Professor Burbach, Gotha. Pfarrer Classen, Eichenbarleben. Diakonus Clüver, Mühlhausen. Archidiakonus Lic. Drews, Dresden. Pfarrer Lic. Eck, Rumpenheim. Pfarrer Eytel, Calw. Professor D. Gottschick, Tübingen. Professor D. Gräfe, Bonn. Professor Lic. Guthe, Leipzig. Professor D. Harnack, Berlin. Professor D. Herrmann, Marburg. Professor D. Kaftan, Berlin. Professor D. Kattenbusch, Gießen. Pfarrer Köster, Berel. Professor D. Krüger, Gießen. Professor D. Loofs, Halle a. S. Professor D. Müller, Breslau. Konf.-Rat Abt Professor D. Schultz, Göttingen. Professor Lic. Weiß, Göttingen. Professor D. Wendt, Heidelberg.

In Berlin erscheint eine Schrift des Professors Harnack

unter dem Titel „Das apostolische Glaubensbekenntnis, ein geschichtlicher Bericht nebst einem Nachwort.“ In dem „geschichtlichen Bericht“ faßt Harnack kurz das Ergebnis seiner kirchenhistorischen Studien über die Entstehung des apostolischen Glaubensbekenntnisses und dessen Veränderungen im Laufe der Jahrhunderte zusammen: Es ist in seiner heutigen Form das Taufsymbol der südgallischen Kirche seit der Mitte, beziehungsweise seit der zweiten Hälfte des fünften Jahrhunderts. Vorher hatte die römische Kirche ein um die Mitte des zweiten Jahrhunderts entstandenes Symbol, das sie im achten und neuten Jahrhundert gegen das gallische vertauschte. „Kann ihm,“ sagt der Verfasser, „auch nach den allgemein anerkannten Grundsätzen der evangelischen Kirchen keine selbständige Autorität zukommen, geschweige eine unfehlbare, rührt es ferner trotz seines hohen Alters aus einer Zeit her, aus der sehr vieles stammt, was die Reformationskirchen abgelehnt haben, so verdient doch die Frage: Was wollte das Symbol bekennen und sagen? die genaueste Untersuchung.“ Dieser Abschnitt endet mit folgenden Sätzen:

Was ihm (dem altrömischen Symbol) den höchsten und bleibenden Wert verleiht, das ist, neben dem Bekenntnis zu Gott als dem allmächtigen Vater, das Bekenntnis zu Jesus Christus, dem eingeborenen Sohn Gottes, unserm Herrn, und das Zeugnis, daß durch ihn der heiligen Christenheit Vergebung der Sünden und ewiges Leben geworden sind. Allein man vermißt den Hinweis auf seine Predigt, auf die Züge des Heilandes der Armen und Kranken, der Zöllner und Sünder, auf die Persönlichkeit, wie sie in den Evangelien leuchtet. Das Symbol enthält eigentlich nur Ueberschriften. In diesem Sinne ist es unvollkommen, denn kein Bekenntnis ist vollkommen, das nicht den Heiland vor die Augen malt und dem Herzen einprägt.

Das „Nachwort“ bezieht sich auf den neuerdings entstandenen Streit.

Erneute heftige Angriffe auf meinen theologischen Standpunkt und meine Person haben mich veranlaßt, vorstehenden geschichtlichen Bericht zu veröffentlichen. Die Ergebnisse desselben sind zum kleinsten Teil Früchte meiner Forschung. Sie sind die Resultate einer langen Arbeit der protestantischen Wissenschaft, an der ich mich seit zwanzig Jahren auch beteiligt habe. Die erneuten Angriffe auf mich sind die Folge eines Artikels gewesen, den ich in der „Christlichen Welt“ Nr. 34 d. J. veröffentlicht habe. Im Laufe des Sommersemesters wurde ich durch die Anfrage aus einem mir persönlich ganz unbekannten Kreise von Studierenden überrascht, ob sie zusammen mit Kommilitonen andrer Hochschulen eine Petition wegen Abschaffung des Apostolikums an den Oberkirchenrat richten sollten. Es war der „Fall Schrempf,“ der die Gemüter der Jugend mächtig erregt hatte. Da ich in der Vorlesung über Kirchengeschichte des neunzehnten Jahrhunderts die Bewegungen über das Bekenntnis (preußische Generalsynode von 1846) demnächst zu besprechen und zu beurteilen hatte, so beschloß ich, einen Teil der Stunde vorwegzunehmen, den Studierenden in der Vorlesung ausführlich zu antworten und den Fragestellern, um Mißverständnisse zu vermeiden, die Hauptpunkte meiner Antwort schriftlich zu geben. Es gelang mir, die keimende Agitation zu unterdrücken. Von dem, was ich geschrieben habe,

habe ich nichts zurückzunehmen und habe auch eine Verteidigung nicht nötig. Ich hoffe, daß, wer guten Willens ist, mein Recht und meine Pflicht, den Studierenden so zu antworten, wie ich geantwortet habe, auf Grund vorstehenden Berichts anerkennen wird; gegen den bösen Willen sind wir alle machtlos. Auf die Proteste, Schmähungen, Unterschiebungen und Entstellungen werde ich so wenig antworten, wie vor vier Jahren. Es ist nicht meines Amtes, die Frage zu erwägen, ob ein solches Treiben, wie es jetzt wieder, wie auf Kommando, entfesselt ist, in der evangelischen Kirche geduldet werden darf. Eine Vorhaltung, die mir zu teil geworden, stammt von dem Vorstande der evangelisch-lutherischen Konferenz in der preußischen Landeskirche und den Vorsitzenden der lutherischen Vereine in den Provinzen. Der Schluß der Erklärung lautet: „Daß der Sohn Gottes ›empfangen ist von dem heiligen Geiste, geboren von der Jungfrau Maria,‹ das ist das Fundament des Christentums; es ist der Eckstein, an dem alle Weisheit dieser Welt zerschellen wird.“ Ich erwidere: Wenn das der Fall wäre, stände es schlimm um Markus, schlimm um Paulus, schlimm um Johannes, schlimm um das Christentum. Diese Behauptung, wenn sie wörtlich so genommen wird, wie sie lautet, widerspricht dem Urchristentum und verwirrt den Glauben. Daß Jesus Christus der Sohn Gottes ist oder — der Ausdruck stammt erst aus der griechischen Theologie, der Gedanke ist evangelisch — der Gottmensch, in dem Gott erkannt und ergriffen wird: das ist Fundament und Eckstein des Christentums. Aber dieser Glaube ist unabhängig von den beiden widerspruchsvollen Erzählungen über die wunderbare Entstehung Jesu, sonst hätten ihn alle die vielen nicht besitzen können, die von dieser Entstehung nichts gewußt haben. Mehr als ein Weg ist möglich, um den Notstand, der für manchen Christen besteht, zu heben, und die Liebe und der gemeinsame Glaube werden den rechten Weg in der evangelischen Kirche gewiß finden. Einen hat die preußische Generalsynode im Jahre 1846 vergeblich betreten; ein andrer ist von manchen evangelischen Landeskirchen schon gefunden: der fakultative liturgische Gebrauch des Apostolikums. Evangelische Theologen warten ihres Amtes, wenn sie auf diese und ähnliche Wege hinweisen und dabei die verschiedenen Richtungen in der Kirche zu gegenseitigem Verständnis anleiten, damit die eine die Last der andern tragen lerne. „Nun sucht man nicht mehr an den Haushaltern, denn daß sie treu erfunden werden.“

6. **Oktober.** Gegen diese Schrift des Professor Harnack nimmt der Berliner konservative „Reichsbote“ entschiedne Stellung. Das Blatt betont, eine Aenderung des jetzigen Apostolikums im Sinne der alten Formel hätte nur die Bedeutung, daß jetzt der von der ganzen Kirche verworfene Arianismus, der Christum für ein Geschöpf Gottes — nicht aus seinem Wesen, sondern aus seinem Willen — ansah, als berechtigt in der evangelischen Kirche anerkannt und bekenntnismäßig zugelassen würde.

Das ist der Kern des Streites, und diese Zumutung kann die evangelische Kirche nicht anerkennen, wenn sie sich nicht mit der ganzen christlichen Kirche, wie ihrer eigenen Geschichte und mit dem Worte Gottes in Widerspruch setzen will; denn wenn die wunderbare Geburt Christi auch nicht von allen Evangelisten erzählt und von den Aposteln nicht besonders erwähnt wird, so beruhen doch alle Selbstzeugnisse Christi wie der Apostel von ihm darauf, daß wir in ihm nicht ein Geschöpf Gottes, sondern den ewigen Sohn Gottes haben, der von Ewigkeit her bei dem Vater war, gleichen Wesens mit

ihm und behufs unsrer Erlösung Mensch geworden ist. Die Kirche kann dies Bekenntnis — „empfangen vom heiligen Geiste und geboren von der Jungfrau Maria“ — nicht aufgeben, weil sie damit die persönliche Gottheit Christi und damit das Christentum selbst aufgiebt.

Hierzu bemerkt die katholische „Germania“: Ja, Offenheit, das ist es, was die Erklärung Harnacks vermissen läßt. Es ist dieselbe Geschichte, wie beim Schulgesetz: faktisch huldigt man dem Unglauben, aber man hat nicht den Mut, das offen vor aller Welt zu bekennen. Und doch wird man sich auf die Dauer der Alternative nicht entziehen können: Christentum oder Antichristentum. Die Scheidung der Geister vollzieht sich unaufhaltsam.

12. Oktober. Der Vorstand der landeskirchlichen Vereinigung der Freunde der positiven Union veröffentlicht folgende Erklärung:

Es wird Sache der im Frühjahr 1893 stattfindenden landeskirchlichen Versammlung der Freunde der positiven Union sein, zu dem Fall Harnack endgiltig Stellung zu nehmen. Inzwischen hält sich der Vorstand dieser Gruppe bei seiner heutigen Zusammenkunft auf Grund ihres Programms, das das Drängen nach neuen Lehrformulirungen abweist, für berechtigt und verpflichtet, seine Meinung dahin kundzugeben, daß er über die von Herrn Professor D. Harnack herbeigeführten Erörterungen und das dadurch gegebene schwere Aergernis sein tiefes Bedauern ausspricht. Er erachtet die Stellung dieses Gelehrten zum Apostolikum für biblisch nicht begründet und für kirchlich so gefährlich, daß um des Gewissens und des Bekenntnisses willen eine Abwehr dringend geboten ist.

Der Vorstand der landeskirchlichen Vereinigung der Freunde der positiven Union. Hahn. Mathis. Pfeiffer. Stöcker. v. Strubberg. Weber. v. Wedel.

13. Oktober. Eine Versammlung evangelischer Vereine in Berlin beschließt nach Reden des Hofpredigers a. D. Stöcker, des Realgymnasialdirektors Vogel und des Inspektors Schulz von der Wadzekanstalt (gegen) sowie des Licentiaten Titius (für Harnack):

Den Ausdruck des Bedauerns, daß Professor Harnack die Geltung des apostolischen Glaubenbekenntnisses Studenten der Theologie gegenüber zu schwächen und in den evangelischen Gemeinden zu erschüttern sucht. Ferner bekennen sie sich zu dem Apostolikum als mit der heiligen Schrift übereinstimmend und erblicken in diesem Bekenntnis den unentbehrlichen Zusammenhang aller Zeiten und aller Teile der Christenheit. Sie entnehmen aus dem erneuten Ansturm von neuem die Erkenntnis der die evangelische Kirche bedrohenden Gefahren und die Ueberzeugung, daß derselben eine wirksame Beteiligung an der Berufung der evangelischen Professoren der Theologie gebührt, um die Aufrechterhaltung des Bekenntnisses bei der Bildung der Geistlichen besser als bisher zu gewährleisten.

15. Oktober. Pfarrer Rade sagt in seiner „Christlichen Welt“: Wenn Professor Harnack Zurückstellung des Bekenntnisses im liturgischen, gottesdienstlichen Gebrauch wünscht, so kann ihm das nicht zum Verbrechen gemacht werden, denn hierin erstrebt er

nur einen in vielen Landeskirchen ohne Anstoß vorhandenen Zustand.

18. Oktober. Der Zentralvorstand des Evangelischen Bundes in Merseburg erläßt ein Schreiben, in dem er alle Haupt- und Zweigvereine bittet, die Frage des Apostolikums womöglich überhaupt nicht zum Gegenstande ihrer Verhandlungen in Bundesversammlungen machen zu wollen.

22. Oktober. Professor Ziegler in Straßburg läßt sich in der Berliner freisinnigen Wochenschrift „Die Nation" also vernehmen:

Das Apostolikum stellt in seiner heutigen Fassung vor allem diejenigen Punkte heraus, die in der christlichen Lehre der ersten Jahrhunderte für besonders wichtig galten, und das sind die metaphysischen; dagegen fehlen die sittlich-religiösen fast ganz. Man sehe sich doch einmal das Vaterunser an und halte das apostolische Symbolum daneben: dort eine Fülle des religiösen Empfindens und des sittlichen Strebens, hier fast nichts als metaphysische Formeln und historische Notizen. Unmöglich kann im Apostolikum der Protestant Wesen und Kern seines religiösen Glaubens wiederfinden. Vom Besten und Schönsten, was das Christentum uns gebracht, ist darin überhaupt keine Rede. Dagegen steht das, was es dafür bietet, fast durchweg mit der modernen Weltanschauung und den Ueberzeugungen nicht nur der wissenschaftlich Gebildeten in so direktem und schneidendem Widerspruch, daß unsre Zeitgenossen sich nicht mehr daran binden lassen können und dürfen.

25. November. Der Evangelische Oberkirchenrat richtet an die Generalsuperintendenten einen Erlaß betr. den Gebrauch und die Wertschätzung des apostolischen Glaubensbekenntnisses. Der Erlaß lautet im wesentlichen also:

Mit der Gesamtheit der Herren Generalsuperintendenten beklagen wir, daß durch die Auslassungen des Professors D. Harnack hierselbst in seiner im August d. J. veröffentlichten Antwort an Studierende der Theologie über die Wertschätzung und den kirchlichen Gebrauch des Apostolikums sowohl bei vielen evangelischen Geistlichen, als auch in weiten Kreisen des evangelischen Volkes eine tiefe Beunruhigung hervorgerufen ist. Diese Beunruhigung ist in ihrem innersten Grunde darauf zurückzuführen, daß man durch die Aeußerungen jener Kundgebung über das apostolische Glaubensbekenntnis den Vollbestand des Christenglaubens, insbesondre auch die zum Grundbestande gehörige Lehre von der Menschwerdung des Sohnes Gottes für gefährdet erachtet. Angesichts dieser Befürchtungen verehren wir es als eine besonders gnadenreiche Führung Gottes, daß inmittelst die erhebende Bekenntnisthat Sr. Majestät des Kaisers und Königs und der evangelischen Fürsten Deutschlands zu Wittenberg am 31. Oktober d. J., in welcher auch das Festhalten am Glauben an den Mensch gewordenen Gottessohn, als dem gemeinsamen Bande der christlichen Kirche, zu schlichtem, aber bestimmtem Ausdruck gebracht ist, in den weitesten Kreisen und Schichten des evangelischen Volkes lauten Wiederhall gefunden hat. Insofern die Beunruhigung nach dem Zeugnisse der Herren Generalsuperintendenten wesentlich auch dem Umstande zuzuschreiben ist, daß in der Kundgebung die Auffassung des Verfassers über den Satz „Empfangen vom heiligen Geist, geboren von der Jungfrau Maria" als eine durch die

theologische Forschung allseitig rezipirte Lehrmeinung dargestellt ist, während die Gemeinde darin ein teures und unantastbares Heiligtum ihres Glaubens erblickt, bedarf es hier nur der Hinweisung, daß nach dem Urteil zahlreicher hervorragender Vertreter der theologischen Wissenschaft, insbesondre auch hochangesehener Mitglieder der theologischen Fakultät in Berlin, die in jenen Sätzen bekannte Thatsache vor unbefangener wissenschaftlicher Forschung noch immer die Probe der Wahrheit besteht. Mit den Herren Generalsuperintendenten stimmen wir überein, daß das ehrwürdige, in seinem Grundstock bis in die ältesten Zeiten der Kirche, ja bis nahe an das apostolische Jahrhundert heranreichende apostolische Symbol in seiner kurzen Fassung ein beredtes Zeugnis von den großen Thaten Gottes, nach seiner Gliederung ein bedeutsames Muster für die katechetische Unterweisung, nach seiner Bewährung in der Gemeinde die unerschöpfliche Quelle der Erbauung für jung und alt, der Kirche umsoweniger entbehrlich ist, als es nach seinem Inhalte das Einheitsband der gesamten Christenheit auf Erden bildet. Eine Entfernung aus dem gottesdienstlichen Gebrauche oder auch nur eine Freigebung an die Willkür der Einzelgemeinde würde das Rechtsbewußtsein der landeskirchlichen Gemeinde verletzen, dem Kultus ein hohes Kleinod, der Gemeinde einen Höhepunkt der Sammlung und Anbetung rauben. Unsers Amtes wird es sein, innerhalb der evangelischen Kirche unsers Amtsbezirkes dafür Sorge zu tragen, daß an dem Bekenntnisstande unsrer Kirche, welcher neben den übrigen Grundwahrheiten des in dem apostolischen Bekenntnisse in symbolische Form gebrachten Christenglaubens auch das Bekenntnis an die Menschwerdung Gottes in Christo begreift, mit innerer Treue festgehalten wird, wie es nicht minder unsre Amts- und Gewissenspflicht erheischt, die in Betreff des liturgischen Gebrauches des Apostolikums bestehende kirchliche Ordnung wie bisher, so auch ferner aufrecht zu erhalten. Daß wir bei aller evangelischen Weitherzigkeit und, entfernt davon, aus dem Bekenntnis oder aus jedem Einzelstück desselben ein starres Lehrgesetz zu machen, doch etwaige agitatorische Versuche, das Apostolikum aus seiner Stellung zu verdrängen, bei unsern Geistlichen nicht dulden werden, darüber ersuchen wir Ew. Hochwürden in den kirchlichen Kreisen, insbesondre auch in der Geistlichkeit Ihres Amtsbezirks bei sich bietender Gelegenheit keinen Zweifel zu lassen.

III.

Weihe der Schloßkirche in Wittenberg.

25. Oktober. Erlaß des Evangelischen Oberkirchenrats an die Konsistorien der neun älteren preußischen Provinzen. Darin wird mitgeteilt, daß am 31. Oktober die feierliche Einweihung der wiederhergestellten Schloßkirche in Wittenberg stattfinden werde. Der Schluß des Erlasses lautet:

Es geziemt sich, daß bei diesem Freuden- und Dankfeste unsrer Kirche auch die Diener am Wort und unser ganzes evangelisches Volk mit seinem Könige sich vereine in dem Bekenntnis zu dem die gesamte Christenheit verbindenden Glauben an Jesum Christum, den Mensch gewordenen Gottessohn, den Gekreuzigten und Auferstandenen — sowie in der Hoffnung, allein durch diesen Glauben gerecht und selig zu werden — und in der Bitte, daß unserm

Volke die Segnungen der Reformation erhalten werden, Gottesfurcht, Nächstenliebe und Unterthanentreue bei uns sich mehre und uns und allen unsern Mitchristen durch Jesum Christum ein seliges Ende beschert werde. Wir ordnen daher an, daß in dem Gottesdienste am Sonntag, den 30. Oktober d. J. alle Gemeinden auf die Bedeutung der bevorstehenden Festfeier hingewiesen und zu gemeinsamer Danksagung und Fürbitte aufgefordert werden, sowie daß am Montag, den 31. Oktober d. J. in der Weihestunde von 12 bis 1 Uhr in allen Kirchen des Landes mit den Glocken geläutet werde.

31. Oktober. Zur Weihe der Schloßkirche treffen in Wittenberg ein: der Kaiser, die Kaiserin, deren drei älteste Söhne, die Prinzen von Preußen, alle deutschen evangelischen Fürsten mit Ausnahme der Großherzöge von Baden und M.-Schwerin, des Fürsten von Schaumburg-Lippe, ferner die Bürgermeister der drei freien Städte, Vertreter der Königinnen von England und der Niederlande, sowie der Könige von Dänemark und Schweden. Vor dem Rathause hält der Bürgermeister von Wittenberg folgende Ansprache an den Kaiser:

Ew. Kaiserliche und Königliche Majestät haben mit Allerhöchst Ihren Durchlauchtigsten Gästen Einzug bei uns gehalten, um die erneuerte Schloßkirche zu einem Heiligtum der gesamten evangelischen Christenheit zu weihen. Welch wunderbare Wege hat Gott unser Volk geführt seit dem Tage, an welchem Kaiser Karl V. in diese Stadt einzog, bis heute, wo Ew. Kaiserliche und Königliche Majestät durch die Weihe der Kirche, in welcher die Gebeine Luthers ruhen, dem Werke und den Manen des Reformators huldigen. Die Geschichte der Schloßkirche ist mit Recht eine deutsche Reichs- und Kirchengeschichte in verjüngtem Maßstabe genannt worden, an sie ist das Gedächtnis dreier edler Fürstenhäuser geknüpft. Besonders aber haben die Gnadenerweisungen nicht aufgehört, seitdem Wittenberg unter des erlauchten Hohenzollernhauses ruhmvollem Szepter steht. Davon zeugen unsre Bauten, davon unsre Denkmäler. Und nun erhält diese Stadt und mit ihr die ganze evangelische Christenheit heute noch das kostbare Geschenk der herrlich erneuerten Schloßkirche. Geruhen Ew. Kaiserliche und Königliche Majestät huldreichst zu gestatten, daß ich meinen allerunterthänigsten Willkommensgruß mit dem ehrerbietigsten Danke für dieses Geschenk verbinde.

Auf die Ansprache des Bürgermeisters erwidert der Kaiser: Er wolle halten, was sein hochseliger Großvater Kaiser Wilhelm und was Kaiser Friedrich gelobt, und freue sich, das ausgeführt zu sehen, was sein hochseliger Vater mit besondrer Liebe erstrebte. Hierauf setzt sich der Festzug zur Kirche in Bewegung. Festliches Glockengeläute von den Türmen der Stadtkirche wie von dem der Schloßkirche begleiten ihn. Beim Annähern des Zuges an die Schloßkirche erklingt vom Turme der von dem Trompeterkorps des siebenten Kürassier-Regiments geblasene Choral: „Ein feste Burg ist unser Gott.“ Der Kaiser betritt nach Ankunft des Zuges an der denkwürdigen Thesenthür die Estrade des vor ihr errichteten, mit kaiserlichen Adlern geschmückten Zeltes, wo die Uebergabe der Schlüssel stattfindet. Kultusminister Bosse richtet an den Kaiser eine Ansprache, in welcher er sagt:

Ew. Majestät stehen hier vor der Schloßkirche, die trotz wiederholter Zerstörung in Kriegsfällen allen Stürmen der Zeit getrotzt hat und dadurch Zeugnis giebt von der Fortdauer der evangelischen Wahrheit. Ich bitte Ew. Majestät, mir zunächst zu gestatten, den Schlüssel an den Geheimen Oberbaurat Adler zu übergeben behufs Vollziehung der Erschließung.

Nachdem der Kaiser die Genehmigung erteilt, überreicht Geheimrat Adler den Schlüssel auf einem Sammetkissen. Der Kaiser übergiebt ihn mit einigen Worten dem Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrates Barkhausen. Dieser übergiebt den Schlüssel dem Superintendenten Quandt mit folgenden Worten:

Auf Befehl Sr. Majestät des deutschen Kaisers und Königs von Preußen, des Schirmherrn und Bauherrn dieses Gotteshauses, und kraft des mir übertragenen Amtes als Vorsteher der höchsten kirchenregimentlichen Behörde dieser Lande übergebe ich Ihnen als dem berufenen Diener am Worte diesen Schlüssel, um die Thür des erneuerten Gotteshauses zu öffnen. Möge diese Pforte allen, welche durch dieselbe eintreten, werden zur Thüre zum Himmelreich. Amen.

Unter Vorantritt der Zeugen der Schlüsselübergabe betreten die Fürstlichkeiten und nach ihnen der Kaiser mit glänzendem Gefolge die Kirche, von den mächtig durch das Gotteshaus schallenden Klängen einer vom Koßleckschen Bläserkorps geblasenen Hymne empfangen. Der Kaiser nimmt auf dem erhöhten Kaiserstuhl Platz. Sodann stimmt die Orgel den altkirchlichen Gesang: „Komm, heiliger Geist“ an, auf welchen der durch Generalsuperintendenten Schultze vollzogene Weiheakt folgt. Während des an die Weiherede sich anschließenden Gebets kniet mit dem Kaiser die ganze Versammlung nieder. Der auf die Weihe folgende Festgottesdienst wird durch den Gesang des Domchors „Jauchzet dem Herrn alle Welt“ eingeleitet, worauf „Ein feste Burg ist unser Gott“ durch die geweihten Hallen erbrauſt. Nach der von dem Superintendenten Quandt gehaltenen Liturgie und nochmaligem Gesange hält Hofprediger Vieregge die erste Predigt im Anschluß an das Wort im 3. Buch Mosis Kap. 4, V. 5. Nach dem Rückblick auf die reiche Erinnerung, welche diese Kirche zu einer heiligen Stätte mache, mahnt die Predigt zum Festhalten an den Grundsätzen der Reformation im Glauben und Wandel. Das Schlußgebet spricht Generalsuperintendent Schultze. Im Augenblicke des Segens läuten die Glocken. Von einer hinter der Kirche aufgestellten Batterie werden 101 Schüsse gelöst.

Nach Beendigung des Festgottesdienstes begeben sich der Kaiser, die Kaiserin und die fürstlichen Gäste nebst Gefolge, von der auf dem ganzen Wege in dichtgedrängten Massen aufgestellten Menge mit endlosem Jubel und Hurra begrüßt, zu Wagen nach dem Lutherhause. In den oberen s. Z. von Luther bewohnten Räumen desselben verliest der Kaiser folgende urkundliche Aufzeichnung über

den stattgehabten Weiheakt, die vom Kaiser und den anwesenden Fürstlichkeiten, sowie von den Vertretern der abwesenden Fürstlichkeiten und der freien Städte eigenhändig unterzeichnet wird. Die Urkunde lautet:

Im Namen Gottes des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes! Nachdem Meines in Gott ruhenden Herrn Großvaters, des Kaisers und Königs Wilhelm I. Majestät im Jahre 1883, als dem 400. Gedächtnisjahre der Geburt des Reformators D. Martin Luther, die Erneuerung der Schloßkirche in Wittenberg zu befehlen geruhet und Meines in Gott ruhenden Herrn Vaters, des Kaisers und Königs Friedrich III. Majestät diesem hehren Werke Allerhöchst Ihre lebhafte Teilnahme und Fürsorge zuzuwenden die Gnade gehabt haben, ist es Mir, dem deutschen Kaiser und Könige von Preußen, Wilhelm II., durch Gottes Gnade beschieden, das von Meinen ruhmreichen Vorfahren begonnene Werk zu glücklichem Ende zu führen und heute an dem Gedächtnistage des Anschlages der 95 Thesen an die Thür der Schloßkirche die Wiedereinweihung dieses Heiligtums der evangelischen Kirche zu vollziehen.

Mit Mir haben die Mir verbündeten evangelischen Fürsten Deutschlands und die Vertreter der freien und Hansastädte Lübeck, Bremen und Hamburg, welche neben Mir diese Urkunde mit eigenhändiger Namensunterschrift vollziehen, sowie zahlreiche Vertreter der evangelisch-kirchlichen und Staatsbehörden, des Adels, der evangelischen Geistlichkeit und aller Stände des evangelischen Volkes der feierlichen Handlung beigewohnt.

In evangelischer Glaubensgemeinschaft haben Wir den Allmächtigen, gnadenreichen Gott in heißem Gebete angerufen, Unserm evangelischen Volke die Segnungen der Reformation zu bewahren, Gottesfurcht, Nächstenliebe und Unterthanentreue in Unsern Landen zu mehren, Unser deutsches Vaterland in Seiner gnädigen Obhut zu behalten, redliches Streben und Schaffen in allen Berufszweigen mit Seinem Segen zu krönen, Uns und allen Unsren Mitchristen durch Jesum Christum ein seliges Ende in der Gewißheit einer fröhlichen Auferstehung zu bescheren. Wie Wir zu dem die gesamte Christenheit verbindenden Glauben an Jesum Christum, den Mensch gewordenen Gottessohn, den Gekreuzigten und Auferstandenen, Uns von Herzen bekennen, und wie Wir zu Gott hoffen, allein durch diesen Glauben gerecht und selig zu werden, also erwarten Wir auch von allen Dienern der evangelischen Kirche, daß sie allezeit befliffen sein werden, nach der Richtschnur des Wortes Gottes in dem Sinn und Geiste des durch die Reformation wiedergewonnenen reinen Christenglaubens ihres Amtes zu walten, das Volk zu Gottesfurcht und Unterthanentreue, zu herzlicher Liebe und Erbarmung gegen alle Mitmenschen, auch gegen die Andersgläubigen, anzuleiten.

Unsern evangelischen Unterthanen vertrauen Wir, daß sie treu festhalten an dem durch das gesegnete Werk der Reformation erneuerten reinen Christenglauben, daß sie durch Uebung christlicher Liebe, Duldung und Barmherzigkeit gegen die Mitbrüder als wahre Jünger und Nachfolger des Herrn und Heilandes sich erweisen, daß sie mit Uns alle ihre Hoffnung setzen auf die allein seligmachende Gnade Unsers Herrn Jesu Christi, Hochgelobet in Ewigkeit! Das walte Gott! Amen.

Nach der Unterzeichnung nehmen die Majestäten und ihre Gäste nebst den kaiserlichen Prinzen von der vor dem Lutherhause erbauten Tribüne die Huldigung des geschichtlichen Festzuges entgegen, der von Bewohnern Wittenbergs und der Umgegend veranstaltet ist. Der Vorüberzug währt eine Stunde. Die einzelnen,

malerisch geordneten Gruppen stellen die in der Geschichte der Lutherstadt besonders merkwürdigen Epochen, von der Kolonisation Wittenbergs durch Albrecht den Bären an, dar. In der mit besonder Pracht ausgestatteten Gruppe Rudolfs I., des ersten Gründers der Schloßkirche, reiten Mitglieder der sächsischen Adelsfamilien v. Alvensleben, v. d. Asseburg, v. Bodenhausen, v. Eller-Eberstein, v. Graevenitz, v. Hagen, v. Helldorf, v. Heynitz, v. Krosigk, v. Leipziger, v. Schlieben, v. Trotha, v. Veltheim und v. Wuthenau. Auf dem Arsenal hält vor der Auflösung des Festzuges Hofprediger Faber aus Berlin eine Ansprache, in welcher er hervorhebt, daß dieser Tag dazu angethan sei, die Schmach auszugleichen, welche einst der Wormser Reichstag durch die Aechtung des besten Mannes in Deutschland auf sich geladen habe. Zugleich richtet Redner die Mahnung an die Versammelten, daß diese Feier wirken solle zur Stärkung des evangelischen Bewußtseins und zum erneuten Wirken im alten evangelischen Geiste.

Sodann folgt im Lutherhause eine Frühstückstafel, bei welcher der Kaiser folgende Rede hält:

Im dankbaren Aufblick zu Gott dem Herrn, der uns in seiner Gnade das heutige Fest bereitet, erhebe Ich den Pokal, den die Stadt Wittenberg dem Reformator Dr. Martin Luther zu seiner Hochzeit im Jahre 1525 dargebracht hat. Es war dies die Zeit, zu welcher die Reformation in den deutschen Landen bereits festen Fuß gefaßt hatte. Wittenberg, die Wiege und Werkstatt der deutschen Reformation, ward reich an Ruhm und Ehren. Kein Wunder, daß bei dem Herannahen der 400jährigen Wiederkehr des Geburtstages Luthers die Augen der evangelischen Welt sich abermals hierher nach Wittenberg lenkten und der Gedanke Gestalt gewann, die Schloßkirche, welche die Stätte der ersten reformatorischen That gewesen und in der neben den irdischen Ueberresten der ersten Schirmherren der evangelischen Kirche die Gebeine Luthers und Melanchthons ruhen, würdig wiederherzustellen. Dieser Gedanke fand vollen Anklang in den Herzen Meiner in Gott ruhenden Vorfahren, des Kaisers und Königs Wilhelm I. und des Kaisers und Königs Friedrich III. Majestäten. Aber in ihrer hochherzigen Weise erweiterten sie den Plan dahin, durch den Erneuerungsbau zugleich ein Denkmal der deutschen Reformation zu stiften. Nachdem Mein hochseliger Herr Großvater die Bereitstellung der hierzu erforderlichen Mittel angeordnet hatte, ergriff Mein verewigter Herr Vater das Projekt mit der ganzen Wärme Seines tiefen Gemütes. Seiner unmittelbaren Anregung und Einwirkung verdanken wir bis in die kleinsten Ausgestaltungen das hehre Bauwerk, welches Wir heute kirchlich geweiht haben. Fanden doch in dieser Aufgabe Sein echt evangelischer Sinn und Seine hohe künstlerische Begabung die schönste Befriedigung. Gott hat es nicht gewollt, daß Mein unvergeßlicher Herr Vater das vollendete Werk hat schauen sollen. Nie aber wird die dankbare Nachwelt es vergessen, daß Sein Name mit diesem Denkmal der Reformation unzertrennlich verbunden ist. Uns aber, dem lebenden Geschlechte, soll die erneute Schloßkirche nicht nur ein Zeichen der Erinnerung sein an vergangene Zeiten, sondern sie ist und bleibt uns eine ernste Mahnung für Gegenwart und Zukunft, denn sie ist uns der beredte Ausdruck des Segens, den Gott uns durch die evangelische Kirche gesandt hat und täglich aufs neue darreicht. Diesen Segen

nicht verkümmern zu lassen, ihn dankbaren und gläubigen Herzens zu bewahren und zu pflegen, ist unsre Aufgabe. Denn auf dem gläubigen Festhalten an der ewigen Wahrheit des Evangeliums ruht unsre Hoffnung im Leben und im Sterben. Wir haben unsern Glauben heute vor Gottes Angesicht aufs neue bekannt, und wir vergessen es nicht, daß dieses Bekenntnis uns auch heute noch mit der gesamten Christenheit verbindet. In ihm liegt ein Band des Friedens, welches auch über die Trennung hinausreicht. Es giebt in Glaubenssachen keinen Zwang. Hier entscheidet allein die freie Ueberzeugung des Herzens, und die Erkenntnis, daß sie allein entscheidet, ist die gesegnete Frucht der Reformation. Wir Evangelischen befehden niemand um seines Glaubens willen. Aber wir halten fest an dem Bekenntnisse des Evangeliums bis in den Tod. Das ist Meine Zuversicht, Mein Gebet und Meine Hoffnung. Darin bestärkt Mich der Geist, der diese Festversammlung sichtlich durchweht. Auf dem festen Grunde unsers evangelischen Glaubens haben wir das heutige Fest feiern dürfen. Daß dies in so erhebender Weise hat geschehen können, verdanke Ich vor allem den Allerhöchsten und Höchsten Fürsten sowie den Regierungen der freien und Hanse-Städte des deutschen Reichs. Es drängt Mich, Ihnen dafür Meinen tiefen Dank zu entbieten. Der gleiche Dank erfüllt Mich gegen die Allerhöchsten Souveräne befreundeter Reiche, welche mit uns durch das Band des evangelischen Glaubens verknüpft sind, und welche ihre Teilnahme an der heutigen Feier durch Entsendung erlauchter und hoher Vertreter so bereitwillig bekundet haben. Mein Dank und Meine Anerkennung gebühren endlich den Männern, welche den herrlichen Bau geschaffen, ihn so reich und sinnreich geschmückt und dazu beigetragen haben, das heutige Fest so schön zu gestalten. Dieser Pokal aber, den einst Luthers Lippen berührten, soll Mir dazu dienen, das Wohl Meiner durchlauchtigsten Gäste daraus zu trinken. Deutschlands evangelische Fürsten und die Regierungen der deutschen freien Städte — sie leben hoch!

Den Schluß der Festlichkeiten bildet die Aufführung des Herrigschen Lutherfestspiels in der Kavalier-Kaserne.

Ein königl. Erlaß bestimmt die Prägung einer Denkmünze zur Erinnerung an die Weihe der Schloßkirche.

Stimmen der Presse: „National-Ztg.“: Luthers Wort ist eine Angel der Welt geworden. Aber wir begingen eine eitle Feier, wenn die Weihe des Gotteshauses, in dem es zuerst ertönte, nicht einen lang dauernden Wiederhall in allen protestantischen Herzen erweckte, wenn die Erinnerung an die gewaltige Vergangenheit zum Schlummerkissen für die Gegenwart würde und in der Erhebung der Gemüter sich nicht Ueberzeugung und Wille festigten, immer und überall für die Grundsätze und Wahrheiten der Reformation gegen jeden Versuch, sie zu unterdrücken oder zu verdunkeln, mannhaft einzustehen. Der Uebermut, den jetzt mit den Führern des Zentrums ein Teil der katholischen Geistlichkeit der Reformation gegenüber zur Schau trägt, wird freilich bei der nächsten Wendung des Windes wieder die Flügel hängen lassen, aber die Feindschaft und der Haß Roms wird nicht aufhören, den Protestantismus zu verfolgen. Mit dem Kampf gegen das kaiserliche Rom traten die Germanen in die Geschichte ein, mit der Befreiung von dem Druck des päpstlichen Roms beginnt das neue Leben des deutschen Volkes. Wie könnten wir je erwarten, daß es der Ultramontanismus vergäße und nicht gezwungen, sondern willig uns die Freiheit des Christenmenschen gönnte? Wir aber vertrauen der Wahrheit und hoffen auf ihren Sieg. — „Kölnische Volks-Ztg.“ (katholisch): Die lutherische „Reformation“ ist — wenigstens in dem Geiste, wie Luther sie auffaßte —

bei ihrer „Götterdämmerung“ angekommen. Darüber täuscht man sich nirgends weniger, als in protestantischen Kreisen selbst. Allerdings ist das logisch, denn eine Bewegung, wie Luther sie entfesselte, kann man nicht auf einem beliebigen Punkte zum Stillstand bringen. Reißt man einige Steine aus einem Gemäuer und erläßt eine Polizeiverordnung: „Das Nachstürzen weiterer Steine ist verboten,“ so pflegen die Steine an eine solche Verordnung sich nicht zu kehren. *Wir gehen mit dem protestantischen Orthodoxismus zusammen*, in so weit er noch an gewissen Grundwahrheiten des Christentums festhält; aber wir glauben nicht, daß sein Anklammern an das 16. Jahrhundert den Erfolg haben kann, die liberale Bourgeoisie und die sozialdemokratische Arbeiterwelt wieder zu dem orthodoxen Lutherglauben zurückzuführen. Es ist ein ehernes Gesetz der Geschichte, daß jede große geistige Bewegung, die nicht als göttliche Stiftung die Verheißung ewiger Dauer besitzt, sich entwickeln und ausleben muß bis zu ihren letzten Konsequenzen, daß es verlorne Liebesmühe ist, sie zurückschrauben zu wollen. Dies gilt von der großen religiösen Bewegung des 16., der politischen des 18. Jahrhunderts, wie auch von der modernen Sozialbewegung. Sie müssen erst alle bis zu den letzten Ausläufen sich gewissermaßen „zu Ende entwickelt“ haben, das innere Schwergewicht des jeder Bewegung innewohnenden Entfaltungsdranges überwindet alle künstlichen Hindernisse. *Man ruft die Manen Luthers und Melanchthons vergeblich an*, um die Fortentwicklung des Protestantismus zu hemmen. Wie sollte sich sonst auch vieler Orthodoxen ein so großer Pessimismus bemächtigt haben, daß sie, wie Stöcker erzählte, sich des Glaubens hingeben, in 3—400 Jahren werde Deutschland wieder katholisch sein? *Noch einmal wendet man sich an den „Mönch von Wittenberg,“* damit sein Geist auf die ungläubig gewordene protestantische Welt hernieder steige, allein — *die Toten kehren nicht zurück*. — *„Westfälischer Merkur“*: Der Protestantismus ist bekanntlich nur einig im Protest, in der Verneinung des Katholizismus. Daher die Erscheinung, daß alle protestantischen Versammlungen oder Feste nicht ohne Polemik gegen die katholische Kirche abgehen können. Wenn man sich dieser Leidenschaft des Angriffs bewußt wird, so muß die Ausrede herhalten, daß die Katholiken selbst schuld daran seien. Dazu gehören die Katholikenversammlungen, obschon auf ihnen von katholischen Angelegenheiten, nicht von protestantischen gesprochen wird. *Der Feier in Wittenberg* stehen wir keineswegs in gehässiger Gesinnung gegenüber, sondern mit dem aufrichtigen Wunsche, daß das Fest einen Anstoß geben möge zur Besinnung auf das Positive, was die Reformation noch hat bestehen lassen, zur Sammlung und Aneiferung derjenigen, die noch Christen sein und eine christliche Religionsgemeinschaft auf dem Grunde des apostolischen Glaubensbekenntnisses sich erhalten wollen. — *„Berl. Tageblatt“*: Es giebt in Glaubenssachen keinen Zwang; wahrlich, *es war hohe Zeit*, daß *dieses erlösende Wort* von so erhabener Stelle ertönte. Denn die Mächte der Finsternis waren geschäftig, den kirchlichen Zwang in Glaubensangelegenheiten zu einer bevorrechtigten Einrichtung innerhalb des protestantischen Bekenntnisses zu gestalten. „Die freie Ueberzeugung des Herzens entscheidet allein,“ das ist der *Weckruf für alle protestantischen Gemüter*, die da schon begannen, sich von einer Gemeinschaft abzuwenden, die das Bekenntnis in starre Formeln zu zwängen versucht hat. — Die *„Vossische Ztg.“* sagt zu obigem Ausspruche: Wir befürchten, daß es *harte Kämpfe* kosten wird, um diese Worte in der preußischen Landeskirche zum Durchbruch zu bringen. Und doch wird dieser Feier nur dann eine bleibende Bedeutung zukommen, wenn diese Worte die Richtschnur innerhalb der Kirche werden. — Die *„Kreuz-Ztg.“* bemerkt: Sind wir in Wahrheit je für *„Glaubenszwang“* gewesen, haben wir der

„freien Ueberzeugung" je ihr subjektives Recht zu bestreiten gesucht? Das hat uns stets ferne gelegen. Glaubensfreiheit, die als solche ja auch Unglaubensfreiheit sein kann und muß, hat jedoch mit Lehrfreiheit nichts zu thun. Gegen diese haben wir uns stets erklärt und werden dabei bleiben. In Wittenberg aber ist kein Wort gefallen, das im Sinne der Gleichberechtigung der Richtungen auf dem Lehrgebiet gedeutet werden könnte, während die Urkunde, recht verstanden, das Gegenteil besagt.

1. November. Das „Leipz. Tagebl." sagt: Trotz der großen Vorsicht, die in Wittenberg auf die Katholiken genommen ist, zeigt der Ultramontanismus nicht nur ein finsteres Gesicht, sondern ergeht sich sogar in groben Schmähungen gegen den Kaiser, weil er trotz der ultramontanen Erklärung „Katholisch ist Trumpf!" es gewagt hat, sein Festhalten am Bekenntnis des Evangeliums bis in den Tod vor aller Welt feierlich zu verkünden. Wie diese Verkündigung auf die jesuitischen Kreise des Vatikans gewirkt hat, geht aus der folgenden römischen Depesche hervor:

Die „Voce della Verità" widmet der Wittenberger Rede des Kaisers einen mit überaus scharfen Ausfällen gewürzten Leitartikel. Das Jesuitenorgan greift den Kaiser, der einen „Rebellen und Deserteur" verherrliche und dessen Alliirter heute den Papst gefangen halte, heftig an. Den deutschen Katholiken dürften heute die Auslassungen des Kaisers nicht gleichgiltig sein. Zum Glück stehe heute der Papst als Triumphator da, während der Protestantismus längst tot sei.

3. November. Die „Vossische Ztg." tadelt, daß in der Urkunde über die Einweihung der Wittenberger Schloßkirche der Adel und die andren Stände des Volks erwähnt seien, und wünscht, daß zur Abfassung solcher Urkunden künftig Männer berufen würden, welche sie nicht in romanischen Vorstellungen von einer nicht mehr bestehenden Staatsform abfaßten.

Neunter Abschnitt.

Katholische Kirche.

23.—25. August. Zusammenkunft der preußischen Bischöfe in Fulda unter Vorsitz des Erzbischofs Krementz von Köln.

Im Dezember. Den Benediktinern in Beuron wird die Niederlassung im Kloster Maria Laach genehmigt, das seit Erlaß des Reichsgesetzes gegen die Jesuiten von diesen verlassen und nunmehr angekauft ist. Die Genehmigung erfolgt unter der Bedingung, daß, falls eine protestantische Gemeinde sich in Laach bilden sollte, der Benediktinerorden ihr eine Kirche beschaffen muß. Das Kloster ist i. J. 1093 gestiftet und die dortige Benediktinerabtei i. J. 1802 aufgehoben. 1863—72 hatten die Jesuiten in dieser Waldeinsamkeit einen Hauptsitz.

Zehnter Abschnitt.
Denkmäler und Erinnerungstage.

Anfang August. Männer aus verschiedenen Teilen Schleswig-Holsteins erlassen einen Aufruf zur Errichtung eines Denkmals für den Urheber des Liedes „Schleswig-Holstein meerumschlungen." Es solle 1894 vollendet werden, weil dann 50 Jahre verflossen seien, seit das begeisternde Lied, das mit den Anstoß zur Befreiung der Herzogtümer vom dänischen Joche gegeben hat, zum erstenmale auf einem Sängerfest in der Stadt Schleswig gesungen wurde.

18. Oktober. In Spandau findet die Enthüllung eines Denkmals für Kaiser Friedrich statt, in Siegen die eines Reiterstandbildes Kaiser Wilhelms I., in Düsseldorf die eines Kriegerdenkmals.

6. November. Dem verstorbenen Professor Wilh. Weber in Göttingen, Erfinder der elektrischen Telegraphen, wird in Wittenberg ein Denkmal gesetzt.

8. November. Dem Alois Senefelder, Erfinder der Lithographie, wird an seinem 121. Geburtstage in Berlin ein Denkmal gesetzt.

2. Dezember. In Frankfurt a. M. wird der Tag gefeiert, an dem vor 100 Jahren die Hessen das vom Custineschen Korps der republikanisch-französischen Armee seit dem 21. Oktober besetzte Frankfurt befreiten.

16. Dezember. Am Mausoleum des Feldmarschalls Blücher zu Krieblowitz in Schlesien wird der 150. Geburtstag desselben gefeiert.

Elfter Abschnitt.
2. Session des 17. preußischen Landtags.
(1. Teil: 9. bis 26. November.)

I.
Eröffnung.

9. November. Die Session wird vom Ministerpräsidenten Grafen zu Eulenburg im Namen des Königs durch Verlesung folgender Rede eröffnet:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages! Seine Majestät der Kaiser und König haben mich mit der Eröffnung des Landtages der Monarchie zu beauftragen geruht. In der Finanzlage des Staates, auf deren voraussichtlich ungünstige Gestaltung im Jahre 1891/92 bereits bei Ihrem letzten Zusammentritt hingewiesen wurde, ist eine Wendung zum Besseren noch nicht eingetreten. Die Rechnung des Jahres 1891/92 hat, wesentlich infolge der Steigerung des Ausgabebedarfs bei den Staatseisenbahnen, mit einem Fehlbetrage von mehr als 42 Millionen Mark abgeschlossen. Die erforderliche Vorlage wegen Deckung dieses Betrages durch Aufnahme einer Anleihe wird Ihnen zugehen. Auch für das laufende Jahr kann nach den bisherigen Ergebnissen ein günstiger Abschluß nicht erwartet werden, da insbesondre die Einnahmen der Staatseisenbahnen unter der durch das Auftreten der Cholera verschärften Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht unbeträchtlich hinter dem Voranschlage zurückbleiben. Wenn auch die Finanzlage bei der fortschreitenden Entwicklung der sonstigen Staatseinnahmequellen und bei der Größe des Staatsvermögens zu keinerlei Besorgnissen Anlaß giebt, so müssen doch bei dem derzeitigen Rückgange der Ueberschüsse der umfangreichen Staatsbetriebe in dem Staatshaushaltsetat für 1893/94, dessen Aufstellung die Staatsregierung gegenwärtig noch beschäftigt, die Ausgaben in allen Zweigen der Staatsverwaltung mit großer Sparsamkeit unter Beschränkung auf die dringlichsten Anforderungen bemessen und die Einnahmen aus den Betriebsverwaltungen besonders vorsichtig veranschlagt werden. Bei dieser Sachlage muß die Fortführung der in den letzten Jahren begonnenen allgemeinen Aufbesserung der Beamtenbesoldungen zum lebhaften Bedauern der Staatsregierung für das Jahr 1893/94 noch ausgesetzt bleiben. Dagegen soll das für die Unterbeamten bereits bestehende System des Aufsteigens im Gehalt nach Dienstaltersstufen zunächst auf die mittleren Beamtenklassen ausgedehnt und das Aufrücken von Hilfsarbeitern dieser Klassen in etatsmäßige Stellen durch Vermehrung der letzteren gefördert werden. Die gesetzliche Feststellung der Grundsätze für die Veranschlagung, Führung und Kontrolle des Staatshaushalts ist inzwischen wesentlich gefördert worden, aber noch nicht zum vollen Abschlusse gelangt, sodaß Ihnen in der bevorstehenden Tagung, in welcher überdies Ihre Zeit und Kraft durch andre wichtige und dringliche Vorlagen stark in Anspruch genommen werden, ein bezüglicher Gesetzentwurf noch nicht vorgelegt werden kann. Den bedeutsamsten Gegenstand Ihrer Beratungen wird der Abschluß der im Jahre 1890/91 begonnenen Umgestaltung des staatlichen und kommunalen Steuerwesens bilden. Der zu diesem Behufe verfolgte Plan bezweckt, die in untrennbarem Zusammenhange stehenden Ziele der Reform gleichzeitig und in vollem Umfange zu erreichen. Diese Ziele sind darauf gerichtet, unter Beseitigung der unbilligen und ungleichen Vorbelastung der Grundbesitzer und Gewerbetreibenden und unter stärkerer Heranziehung des vererblichen Besitzeinkommens im Gegensatze zum Arbeitseinkommen die staatlichen Steuerlasten nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen zu verteilen, den Gemeinden neue Steuerquellen zu eröffnen und dadurch, sowie durch geeignete gesetzliche Bestimmungen zu einer gerechteren Verteilung der Gemeindelasten unter wesentlicher Beschränkung der Zuschläge zur Einkommensteuer zu gelangen. Eine Denkschrift wird den Gesamtplan eingehend erläutern und begründen. Zu seiner Durchführung werden Ihnen drei Gesetzentwürfe, welche sich gegenseitig ergänzen und bedingen, zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung vorgelegt werden. Der Gesetzentwurf wegen Aufhebung direkter Staatssteuern ist bestimmt, sämtliche Ertragssteuern einschließlich der Bergwerkssteuer als Staatssteuern aufzugeben und die von denselben bisher getroffenen Steuerquellen den Gemeinden zur selbständigen Benutzung frei zu lassen. Der Entwurf eines

Ergänzungssteuergesetzes soll in mäßiger Weise die nur nach Beseitigung der Bruttobesteuerung bestimmter Vermögensarten mögliche Besteuerung des nutzbaren Reinvermögens mit Ausschluß des Mobiliars unter Freilassung des kleinen Besitzes einführen und auf diesem Wege die durch die Gerechtigkeit gebotene unterschiedliche Heranziehung des Besitzeinkommens erreichen. Der Gesetzentwurf bildet hierdurch und durch die Heranziehung von Steuerkräften, welche ihrer Natur nach von der Einkommensteuer frei bleiben, eine notwendige Ergänzung und Ausbildung der letzteren. Der Entwurf eines Kommunalabgabengesetzes regelt das Steuerwesen der Gemeinden und Verbände nach festen Gesichtspunkten, ohne die Berücksichtigung der besondern und verschiedenartigen Verhältnisse der Gemeinden außer acht zu lassen. Er sucht durch erweiterte Anwendung des Grundsatzes von Leistung und Gegenleistung den Steuerbedarf der Gemeinden zu vermindern, sorgt bei der Deckung des letztern für die Benutzung der durch die Ueberlassung der Realsteuern eröffneten Steuerquellen und sichert auf diese Weise, unter Wahrung freien Spielraums für die Selbstverwaltung, eine richtigere Verteilung der Gemeindelasten bei angemessener Berücksichtigung der Verwendungszwecke. Wenn auch durch die Reform nicht eine Vermehrung der Staatseinnahmen, noch eine Erhöhung der Steuerlast, sondern lediglich eine bessere Ordnung des gesamten direkten Steuerwesens erreicht werden soll, so muß doch nach der Lage der Finanzen des Staats für den Ausfall voller Ersatz geschaffen werden, welcher durch den Verzicht auf die Realsteuern im Betrage von etwa 102 Millionen Mark erwächst. Dazu sollen die im voraus hierfür bestimmten Mehrerträgnisse der Einkommensteuer, die bisherigen Ueberweisungen aus den Getreide- und Viehzöllen an die Kreise, für welche diese und die Gemeinden durch die Freigabe der gesamten Realsteuern vollen und gesicherten Ersatz erhalten, sowie das Aufkommen aus der Ergänzungssteuer dienen. Aus der wesentlichen Uebereinstimmung mit den dargelegten Zielen der Steuerreform, welche bei den Beratungen über das Einkommensteuergesetz und des Gewerbesteuergesetzes im Landtage hervorgetreten ist, schöpft die Staatsregierung die zuversichtliche Hoffnung, daß es gelingen werde, auch über die jetzt vorgelegten Entwürfe zu einer vollen Einigung zu gelangen. Der geplante Fortfall der staatlichen Realsteuern ist von erheblichem Einflusse auf die Bildung der Urwählerabteilungen für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten und der Wahlabteilungen für die Wahlen von Gemeindevertretungen. Die dadurch und in Folge der Veranlagung der neuen Einkommensteuer eintretende Verschiebung in der Abstufung des Wahlrechts bedarf der Abhülfe. Zu diesem Zwecke wird Ihnen eine Gesetzvorlage so bald als thunlich zugehen. Wegen der Verwendung des bis zum Inkrafttreten der Gesetzentwürfe über die Steuerreform gesammelten Fonds aus den Mehrerträgnissen der Einkommensteuer werden Ihnen besondre Vorschläge unterbreitet werden. Dabei wird auf die Verbesserung der Lage der Volksschullehrer und auf die Erleichterung der Schullasten der Gemeinden Bedacht genommen werden. Vorschläge wegen Erweiterung, Vervollständigung und besserer Ausrüstung des Staatseisenbahnnetzes werden Ihnen auch in diesem Jahre, wenn auch in einem durch die Finanzlage des Staates bedingten beschränkten Umfange zugehen. Meine Herren, indem ich Sie einlade, Ihre Arbeiten wieder aufzunehmen, gebe ich der Zuversicht Ausdruck, daß unter Gottes Segen auch in der bevorstehenden Tagung Ihre Beratungen und Beschlüsse das Wohl und Gedeihen des Landes fördern werden.

II.

Präsidentenwahl.

9. November. Das Herrenhaus wählt das bisherige Präsidium wieder: den Herzog von Ratibor, den Freiherrn v. Manteuffel und den Oberbürgermeister Böttticher.

10. November. Das Abgeordnetenhaus wählt ebenfalls das Präsidium der vorigen Session: v. Köller, v. Heereman und v. Benda.

III.

Fraktionen.

Die Parteien sind im Abgeordnetenhause in folgender Stärke vertreten: 124 Konservative, 64 Freikonservative, 82 Nationalliberale, 96 vom Zentrum, 26 Freisinnige, 14 Polen, 12 ohne Anschluß an eine Partei; erledigt sind 13 Mandate.

Abgeordnetenhaus.

Steuergesetze.

1.

Vorlegung.

10. November. Der Ministerpräsident Graf zu Eulenburg legt dem Abgeordnetenhause drei Steuergesetze mit folgenden Bemerkungen vor:

Der Landtag sei mit Rücksicht auf die Beratung der umfangreichen Steuergesetze so zeitig einberufen worden. Er lege die drei Steuergesetze betreffend Aufhebung direkter Staatssteuern, das Kommunalabgabengesetz und das Ergänzungssteuergesetz vor. Durch den über Erwarten hohen Ertrag des Einkommensteuergesetzes war die Möglichkeit gegeben, den § 62 des Einkommensteuergesetzes auszuführen, aber nicht buchstäblich, sondern dem Sinne nach und nach weitern Gesichtspunkten. Unser direktes Steuersystem krankt an den staatlichen Realabgaben; diese führen ihrer Natur nach zu einer außerordentlich ungleichmäßigen Belastung. Daher war es notwendig, daß der Staat auf diese Abgaben verzichtet und zu einer stärkern Heranziehung des fundirten Einkommens greift. Was die neu einzuführende Ergänzungssteuer betrifft, so kann ich mich auf die Bemerkung beschränken, daß diese Steuer nur $^1/_2$ vom Tausend betragen wird. Die Frage, wie die Ertragssteuern den Ge-

meinden zugeteilt werden sollen, beabsichtigen wir in der Weise zu lösen, daß den Gemeinden nicht die Steuern als solche überwiesen werden. Es sollen die Steuerquellen den Gemeinden überwiesen werden. Dadurch bekommen die Gemeinden eine weit freiere Hand in der Benutzung dieser Quellen und zu einer stärkern Ausnutzung je nach dem Bedürfnisse. Die freigegebnen Quellen müssen aber von den Gemeinden auch in angemessener Weise benutzt werden, und es entsteht hier die Schwierigkeit, nach welchem Maßstabe die Ueberweisung an die Gemeinden erfolgen soll. Darüber finden sich in der Vorlage Bestimmungen, daß die freigegebnen Quellen auch in angemessener Weise benutzt werden. Es wird dem längst gefühlten Bedürfnis einer auf einheitlicher Grundlage beruhenden Besteuerung Rechnung getragen. Die Gesetzgebung muß auch dem vorbeugen, daß durch die Aufhebung der Realsteuern für den Staat keine Lücke entsteht. Was das Wahlgesetz betrifft, so hoffe er ein solches noch im Laufe dieser Session vorlegen zu können. Um die Lücke, von der er oben gesprochen, auszufüllen, bieten sich zunächst die Erträge der lex Huene dar, das ja von Anfang an nur ein Notgesetz sein sollte. Die Erträge der lex Huene könnten aber nur auf 30 Millionen geschätzt werden. Um die restirenden 30—36 Millionen zu decken, dafür solle das Ergänzungsgesetz dienen. Das sei der wesentliche Inhalt der drei Steuergesetze, die wir dem Finanzminister verdanken, und die er im Namen der Staatsregierung dem Hause angelegentlich empfehle. Die Regierung sei sich bewußt, daß sie mit diesen Gesetzen nicht nur hohe Anforderungen an die Arbeitskraft des Hauses stellt, sondern daß dieselben auch eine Umformung des gesamten Steuersystems bedingen. Die Regierung sei aber überzeugt, daß eine Gesundung desselben nur bei ganzer Arbeit zu erwarten ist.

2.

Aufhebung direkter Staatssteuern.

18. November. 1. Lesung des Gesetzentwurfs. Finanzminister Miquel: Es darf als feststehend angesehen werden, daß die Reform in ihrer Gesamtheit die getreue Erfüllung der Zusagen und Versprechungen ist, welche die Staatsregierung bei dem ersten Schritte zur Durchführung einer gerechteren Verteilung der Steuerlasten gegeben hat. Ausgesprochenermaßen bestand nicht die Absicht, die Einnahmen des Staates zu erhöhen. Die Mehrerträge der Einkommensteuer sollten lediglich eine weitere Reform erleichtern. Dies Wort löst die Regierung nun ein. Trotzdem die Finanzlage des Staates jetzt im ganzen ein trübes Gesicht zeigt, hält die Regierung daran fest. Ich brauche nicht auseinanderzusetzen, daß der Staat auf die festen Einnahmen aus den Realsteuern nicht ohne vollen Ersatz verzichten kann. Jede Reform findet eine natürliche Schranke an der Finanzlage des Staates, darüber hinaus ist sie undurchführbar. Nach materieller Seite bewegt sich die Reform völlig im Kreise der Anschauungen, Wünsche und Anträge, die in beiden Häusern des Landtages seit Jahrzehnten vielfach zum Ausdruck gebracht worden sind und im § 82 des

Einkommensteuergesetzes verkörpert sind. Ein Zusammentreffen der Reform günstiger Umstände, wie im gegenwärtigen Augenblick, wird so bald nicht wieder eintreten. Ich möchte Ihnen ans Herz legen, einen Zeitpunkt, in dem uns 40 Millionen an Staatserträgen für die Reform zur Verfügung stehen, indem wir die Ueberweisungen an die Kreise aus der lex Huene zur Verfügung haben, nicht vorübergehen zu lassen, ohne die Reform ins Werk zu setzen. Disponiren wir jetzt über diese Mittel, ohne die Reform vorzunehmen, dann muß ich sagen, daß ein solcher Zeitpunkt bei unsern Lebzeiten nicht wiederkommen wird; behandeln wir jetzt die Reform dilatorisch, so machen wir sie auf immer unmöglich. Das gemischte Steuersystem ist in Preußen nicht hervorgegangen aus berechtigten volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten, sondern aus fiskalischen Rücksichten. Die Personalsteuer ist erträglich, so lange sie nur Teile des Einkommens ergreift; sie wird unerträglich, wenn sie das volle Einkommen mit Sätzen bis zu 4 Prozent trifft. Der in der Denkschrift betonte Aufbau auf dem Prinzip der Leistungsfähigkeit ist unverträglich mit dem Bestande der Realsteuer. Die Personalsteuer berücksichtigt die Steuerkraft des Einzelnen, die Realsteuer kümmert sich nicht um die persönlichen Verhältnisse. Sie belastet bestimmte Objekte, noch dazu nach ungleichen Durchschnittssätzen; es können die auf einem Besitz ruhenden Schulden keine Berücksichtigung finden; der kleine und große Grundbesitz werden gleichmäßig getroffen, und ein Gewerbe, das mit fremdem Kapital arbeitet, wird gleich besteuert mit demjenigen, das mit eigenem Gelde arbeitet. Die ursprüngliche Ungleichheit in der Veranlagung der Grundsteuer hat sich durch die Verschiebung in der Wertsteigerung von Grund und Boden im Laufe der Zeit noch gesteigert. Während die Grundsteuerveranlagung eine dauernde ist, wird die Berechnung bei Veranlagung der Gebäudesteuer in Perioden von 15 Jahren einer Revision unterworfen; in der Zwischenzeit ist sie stabil. Auch eine Reform der Gewerbesteuer in ihrer gegenwärtigen Gestalt würde, wenn sie die Leistungsgewerbe zum Ausgangspunkte nähme, auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen. Alle Versuche, in dieses Steuersystem Harmonie zu bringen, müssen aussichtslos sein. Unser ganzes Realsteuersystem ist aber auch unvollständig geblieben, weil die notwendige Ergänzung durch Einführung einer Kapital-Rentensteuer fehlt. Eine gründliche Reform ist nicht mit halben Maßregeln ins Werk zu setzen. Eine lebenskräftige Erhaltung und Ausgestaltung der Realsteuern ist nicht im Staate, sondern nur in der Gemeinde möglich. Der Staat muß also auf die Realsteuern verzichten zu Gunsten der Gemeinden. Der Minister versucht sodann, eine Reihe von hiergegen erhobenen Bedenken zu widerlegen,

und kommt dann auf den Ersatz für die Realsteuern. Es fehlen uns 35 Millionen, die durch die Ergänzungssteuer beschafft werden sollen, die eigentlich eine Ersatzsteuer ist. Nun sagt man, die Einkommensteuer wird ja in Zukunft immer mehr aufbringen. Ja, wenn Propheten nur Recht behielten! Hoffen wir, daß unser Wohlstand steigt, aber es steigen auch die Ausgaben. Schon jetzt können wir mit unsern Mitteln die vorliegenden kulturellen Aufgaben nicht erfüllen. Diese Deckung soll durch die Vorlage, betr. die Einführung einer Ergänzungssteuer, bewirkt werden. Auch der Name hat hier schon Wert und Bedeutung. Er ist keineswegs gewählt, um den Namen Vermögenssteuer zu vermeiden. Allerdings hat die Steuer die Form einer Vermögenssteuer, aber ihr hauptsächlichster Zweck und ihre Bedeutung ist eine Ergänzung des Steuersystems dadurch, daß die Steuerkraft auch dort erfaßt werden kann, wo sie naturgemäß von der Einkommensteuer nicht getroffen wird. Nur auf diese Weise ist es möglich, eine wirkliche Unterscheidung zwischen fundirtem und unfundirtem Einkommen festzuhalten und jene Lücken auszufüllen, welche das Einkommensteuergesetz bei der Besteuerung der Einzelnen nach der wirklichen Leistungsfähigkeit übrig gelassen hat. Die Ergänzungssteuer wird denjenigen Faktor der Leistungsfähigkeit treffen, welcher in der gesicherten Fortdauer des Einkommens gegründet ist. Die Vermögenssteuer wird mit der wachsenden Kultur, dem unausbleiblich wachsenden Wohlstande eine wachsende Bedeutung gewinnen. Die Steuerreform hat nur das Ziel, daß die reichen Leute nicht günstiger behandelt werden als die Minderbegüterten. Wenn die jetzige Veranlagung schon zu großen Mißstimmungen führt, wie wird das erst in der Zukunft werden? Der entscheidende Grund, der die Staatsregierung zur Durchführung der Steuerreform bestimmt, ist, daß eine Unterscheidung zwischen fundirtem und unfundirtem Einkommen gemacht werde. In der That geht es auf die Dauer nicht an, daß der Arzt, der Gelehrte, der Litterat, der Advokat, der kleine Handwerker, der Bauer ebensoviel steuern wie Leute, die aus ererbtem, festem Besitz ein ähnliches Einkommen haben. Diese Ungerechtigkeit ist ein Stachel im öffentlichen Bewußtsein, den wir nicht stecken lassen dürfen. Höchstens lasse ich verschiedene Meinungen über die Form, wie der Ausgleich zu schaffen ist, gelten; aber die Form ist nur von sekundärer Wichtigkeit. Die denkbar vollkommenste Form liegt in dem Gesetzentwurf vor. Die Vermögenssteuer ergreift allen Besitz gleichmäßig, ersetzt demnach auch eine Kapital-Rentensteuer. Sie trifft zum ersten male das Kapital besonders, Stadt und Land werden gleichmäßig herangezogen. Die Vermögenssteuer ändert sich mit der Aenderung im Besitz selbst, die

Grundsteuer würde stabil bleiben. Die Vermögenssteuer ist deshalb eine Steuer von Dauer, sie paßt auf alle Zustände.

Zur Beratung lassen sich 30 Redner für, 27 gegen die Vorlage melden. Rickert tritt gegen dieselbe auf, indem er ausführt:

Bei einer großen Reform müssen allerdings die Interessen der Einzelnen gegenüber dem Wohl der Gesamtheit zurücktreten. Aber in den vorgelegten Steuergesetzentwürfen finde ich gerade die Interessen der Einzelnen, die Sonderinteressen über Gebühr berücksichtigt. Ich bestreite ferner, daß diese Vorlagen eine Erfüllung der von der Staatsregierung in der vorigen Session gegebenen feierlichen Versprechungen in sich schließen. Der Minister erklärt, daß es sich hierbei um eine Reform unsers Steuersystems, nicht um Mehrforderungen handle, ich dagegen behaupte, daß es sich im Gegenteil um kolossale Mehrforderungen bei Gelegenheit dieser Steuerreform hier handelt. Ist denn überhaupt eine solche Eile erforderlich, um die Steuerreform mit einem Schlage durchzuführen? Die Mehrheit dieses Hauses hat doch wiederholt dem Ruhe- und Erholungsbedürfnis Ausdruck gegeben, das in allen, namentlich den gewerblichen Teilen des Landes empfunden wird. Wir werden jetzt ebenso abgehetzt wie unter Bismarck, im vorigen Jahre durch das Schulgesetz, in diesem Jahre durch die Steuervorlagen. Selbst ein so großer Staatsmann wie Bismarck hat nicht den Mut gehabt, eine so große Reform mit einem Schlage durchzuführen. Die Majorität dieses Hauses hat aber auch ausgesprochen, ohne eine Reform des Wahlgesetzes, welche die kolossalen Verschiebungen beseitigt, die durch das Einkommensteuergesetz eingetreten sind, sei eine Steuerreform nicht zulässig. Es muß also eine solche Umgestaltung des Wahlgesetzes jedenfalls vorerst eintreten, ehe an das Zustandekommen dieser Reformen zu denken ist. Die neue Einkommensteuer wurde angeblich im Interesse der Ausgleichung eingeführt, und ihr Hauptzweck sollte sein, den minder Bemittelten weitergehende Erleichterungen zu schaffen. Hat die Regierung das Versprechen erfüllt? Thatsächlich hat sich bei der untersten Stufe der Einkommensteuer und bei allen höhern — die Mittelstufen von 3000—6000 Mk. Einkommen — eine Mehrbelastung ergeben; und der „Reichsanzeiger" hat daraufhin die feierlich gegebenen Versprechungen als ein Mißverständnis hingestellt. Wenn überhaupt irgend eine Pflicht vorhanden war, das Versprechen einzulösen, so hätte das durch andre Normirung bei den untersten und mittlern Stufen geschehen müssen. Werden den Gutsbezirken die Realsteuern überlassen, so wird man lange warten können, bis eine bessere Gestaltung der ländlichen Bezirke eintritt. Die Vermögenssteuer bringt so erhebliche Belästigungen, daß dagegen die Einkommensteuer nur ein Waisenknabe ist. Sie wirkt progressiv nach unten, und das soll sozialpolitisch sein? Die Unzufriedenheit, die man beseitigen will, wird durchaus nur gesteigert. — Der Finanzminister **Miquel** erwidert: Wenn Herr Rickert meint, daß die untern Stufen schärfer herangezogen sind, so widerspricht das den Thatsachen, die Einkommensteuerpflichtigen mit einem Einkommen von 900—3000 Mk. zahlten auf den Kopf 1892/93 15,42 Mk., dagegen 1891/92 16,22 Mk. Die Steuerpflichtigen mit Einkommen von 3000 bis 8500 Mk. 1892/93 109,12 Mk., dagegen 1891/92 116,11 Mk. Sodann spricht Vorredner von einer ungemessenen Erhöhung der direkten Steuer. Wir haben 35 Millionen mehr genommen und 100 Millionen fortgegeben, lediglich um einen alten Programmpunkt der deutsch-freisinnigen Partei zu erfüllen, nämlich die Realsteuern in den Gemeinden stärker heranzuziehen und die Personalsteuern zu entlasten. Herr Rickert will mit der Reform bis zu den nächsten Wahlen warten. Wir haben keinen Grund, zu warten, haben es

vielmehr eilig, die Mehreinnahmen aus der Einkommensteuer zu Entlastungen zu verwenden. Die Einwendungen und Bedenken des Vorredners sind also nicht derart, daß sie das Zustandekommen der Steuerreform in Zweifel stellen können. Die Staatsregierung legt aber Wert darauf, mit dem gegenwärtigen Landtage, der die ersten Schritte gethan hat, das ganze Reformwerk durchzuführen.

19. **November.** **Sattler** (nationalliberal): Die Reform konnte nicht mehr vertagt werden, sondern es war Pflicht der Regierung, diese Reform möglichst schnell zum Abschluß zu bringen. In weiten Teilen des Landes ist ein Gefühl der Unbehaglichkeit und Unzufriedenheit verbreitet; dazu tragen bei die Gewerbeordnung, die Sonntagsruhe, die neue Einkommensteuer, gesetzliche Maßregeln, welche hohe Ziele verfolgen, aber viele Unbequemlichkeiten mit sich bringen. Die Unzufriedenheit wird außerordentlich erhöht durch die neue Militärvorlage im Reiche. Daran liegt es, daß diese Steuerreformvorlagen mit geteilten Gefühlen aufgenommen werden. Trotzdem sind meine Freunde bereit, mit allem Ernst an die Aufgabe heranzutreten, welche die Staatsregierung uns gestellt hat. Wir haben die Ueberzeugung, daß die Reform durchaus notwendig, daß sie von hoher Bedeutung ist, daß die Grundlagen die richtigen sind. — Graf **Behr** bestreitet die zwingende Notwendigkeit für eine so weitgehende Umgestaltung des Steuerwesens. Das Abgeordnetenhaus habe mit seinen Wünschen auch nicht so weit gehen wollen, sondern nur die Ueberweisung der Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer befürwortet. Die Grundsteuer sei thatsächlich unter dem Gesichtspunkte einer Rente zu betrachten, und die Ueberweisung derselben sei nichts andres als ein Geschenk an die Großgrundbesitzer, während die Ueberweisung der Gebäudesteuer wiederum die Städte gegenüber dem Lande begünstige. Das beste werde sein, man gebe diese umfassende Steuerreform auf und beschränke sich darauf, die Erträge aus der lex Huene zu fixiren und die Ueberschüsse der Einkommensteuer den Gemeinden zu überweisen. — Generaldirektor **Burghart** tritt diesen Ausführungen entgegen. Behrs Vorschlag würde wohl kaum Befriedigung schaffen, sondern nur ein Uebergangsstadium, nach welchem die Steuerreform doch wieder in Angriff genommen werden müßte. — v. **Jagow** giebt namens der konservativen Partei die bestimmte Erklärung ab, daß dieselbe, wenn auch mit schwerem Herzen, der jetzigen Steuerreform die Genehmigung versagen müsse, wenn nicht im Laufe dieser Session im Gesetze selbst oder durch ein Wahlgesetz das bestehende Wahlrecht der besitzenden Klassen gesichert werde. — **Richter** findet es gerechtfertigt, daß die ganze konservative Partei dem Finanzminister zujubele. Und wie schön wisse er das Geschenk an die Grundbesitzer zu begründen, so schön, daß es fast als eine Wohlthat erscheinen müßte, daß die Grundbesitzer das Geschenk annehmen! Der Erlaß an Grund- und Gebäudesteuer betrage für einzelne Großgrundbesitzer 30—40 000 Mk., und das Geschenk sei um so populärer, je verschuldeter der Grundbesitzer sei. Der größte Jubel herrsche deshalb bei der Kreuzzeitung, denn diese sei ja das Organ des alten und verschuldeten Grundbesitzes. Zur Beschönigung des Erlasses von Grund- und Gebäudesteuer weise man darauf hin, daß ja der Gutsbezirk auch eine Gemeinde sei. Aber der Gutsbezirk sei doch nicht eine wirtschaftlich kommunale Einheit wie die Dörfer und Gemeinden. Der Gutsbesitzer allein habe den Nutzen von den Gemeinden, die Hintersassen würden gar keinen Nutzen davon haben. — Finanzminister **Miquel** vermißt in Richters Ausführungen die Angabe der nach seiner Meinung einzuschlagenden Wege.

21. **November.** v. **Zedlitz**-Neukirch spricht namens des größten Teils der freikonservativen Partei, die mit den Grundlagen der Reform einverstanden ist. — **Herrfurth** giebt zu, daß der Entwurf viel Bestechendes habe. Aber

die bedenklichen politischen und steuerpolitischen Folgen desselben würden doch früher oder später hervortreten. Bei der Beratung des Einkommensteuergesetzes sei nur von einer Ueberweisung eines Teils der Grund- und Gebäudesteuer die Rede gewesen, jetzt solle nicht nur die ganze Grund- und Gebäudesteuer, sondern auch die Gewerbe- und die Bergwerkssteuer überwiesen, dagegen eine neue Steuer, die Vermögenssteuer, eingeführt werden. Von dem Erlaß und der Ueberweisung der Realsteuern würden nur die Wohlhabenden, die reichen Städte und die wohlhabenderen Landesteile Nutzen haben. Das widerspreche durchaus den Absichten der Sozialreform. Die Aufhebung der Grundsteuer bedeute nichts andres als die Zuwendung eines direkten Vermögensteils an die Grundbesitzer. In den Gemeinden könnten sich die Vorteile und Nachteile der Steuerreform allenfalls kompensiren, bei Gutsbezirken bleibe allemal ein Ueberschuß, der nicht durch Kommunalsteuern absorbirt werde. Darin liege wieder der agrarische Charakter der Reform. Das schwerste Bedenken ergebe sich aus ihrer Einwirkung auf das Wahlrecht. Ohne Wahlgesetz sei die Reform unannehmbar. Der plutokratische Charakter trete gerade bei dem Wahlrecht scharf hervor. Der kleine Besitzer solle eingeschätzt werden nach der Steuer, die er entrichtet, der Großgrundbesitzer nach dem Maßstabe der erlassenen Steuer. — Finanzminister **Miquel** entgegnet durch Hinweisung auf die bereits erfolgte Ankündigung eines Wahlgesetzes und bemerkt im übrigen: Herrfurth wolle die lex Huene beibehalten, die Ueberweisungen aus ihr fixiren, den Maßstab der Verteilung ändern und auch die Verwendungszwecke festlegen, aber wie er diese Probleme lösen wolle, habe er nicht angegeben. Ueber den Vorwurf, daß die Steuerreform plutokratisch sei, könne er innerlich lächeln; von andern Kritikern werde das gerade Gegenteil behauptet. Wenn man den vorliegenden Reformplan ablehne, so gebe es nur einen Gegenvorschlag: Verzicht auf die Steuerreform und Ueberweisung von 40 Millionen Ueberschüsse an der Staatskasse. — **Enneccerus** ist der Meinung, daß der Reformplan dem § 82 des Einkommensteuergesetzes entspreche.

22. bis 24. November. Es treten noch die Abgeordneten v. Eynern, v. Huene, Friedberg, Humann, Höppner, Boettinger, Broemel, der Geh. Oberfinanzrat Wallbach und der Finanzminister auf. Der Entwurf wird sodann an eine Kommission von 28 Mitgliedern gewiesen.

3.

Kommunalabgabengesetz.

25. und 26. November. Erste Beratung des Gesetzentwurfs. An derselben beteiligten sich Hobrecht, der Ministerpräsident, Fritzen (Zentr.), von Tzschoppe (freikons.), Knebel (nationallib.), Bopelius (freikons.), Meyer (freis.), der Finanzminister, v. Buch (Zentr.), v. Strombeck (Zentr.), Sperlich (Zentr.), Gerlich (freikons.), Seyffarth (nationallib.), Kelders (nationallib.), Würmeling (Zentr.), v. Tiedemann (freikons.), Herrfurth, Eberty (freis.), v. Czarlinski (Pole). Beschluß: Verweisung an die Kommission.

Herrenhaus.

Erleichterung von Stadterweiterungen.

10. November. Im Herrenhause schlägt der Oberbürgermeister Adickes von Frankfurt a. M. einen Gesetzentwurf folgenden Inhalts vor:

Behufs Erschließung von Baugeländen in einem überwiegend unbebauten Teile des Gemeindegebiets mit zerteiltem Grundbesitz kann in Stadtgemeinden mit mehr als 10000 Einwohnern nach endgiltiger Feststellung eines Fluchtlinienplanes in Gemäßheit des Gesetzes vom 2. Juli 1875 auf Grund nachstehender Bestimmungen 1. die zwangsweise Zusammenlegung (Konsolidation) von Grundstücken verschiedener Eigentümer verfügt, sowie 2. das der Gemeinde nach § 11 des gedachten Gesetzes vom 2. Juli 1875 zustehende Recht der Enteignung auf das neben öffentlichen Straßen und Plätzen belegene Gelände ausgedehnt werden. Die Zusammenlegung kann sich sowohl auf den gesamten Bereich eines Bebauungsplanes, als auch auf einen durch natürliche Begrenzung, bestehende und projektirte Straßen oder die thatsächliche Entwicklung der Anbauverhältnisse abgesonderten Teil des Planbereichs erstrecken. Einzelne im Zusammenlegungsgebiet belegene, bebaute oder in besondrer Weise (Baumschulen u. a. m.) benutzte Grundstücke können von der Zusammenlegung ausgenommen werden. Die Zusammenlegung erfolgt auf Grund Gemeindebeschlusses. Die Zusammenlegung muß erfolgen, wenn die Eigentümer von mindestens der Hälfte der nach dem Grund- bezw. Gebäudesteuerkataster zu berechnenden Fläche der zusammenzulegenden Grundstücke sie bei dem Gemeindevorstande beantragen und die Zusammenlegung im öffentlichen Interesse liegt. Auch ohne Antrag der Beteiligten kann die zwangsweise Zusammenlegung erfolgen, wenn die durch das öffentliche Interesse begründete Dringlichkeit der letztern auf Antrag der Gemeinde von dem Minister der öffentlichen Arbeiten anerkannt wird. Der Minister kann diese Anerkennung davon abhängig machen, daß die Gemeinde für Durchführung der Straßen und Platzanlagen Beihilfen gewährt oder einen Teil des für diese Anlagen erforderlichen Geländes gegen Entschädigung erwirbt. Jeder der Zusammenlegung widersprechende Eigentümer kann von der Gemeinde die Abnahme seiner Grundstücke gegen eine nach dem Gesetze über die Enteignung von Grundeigentum vom 11. Juni 1874 festzusetzende Geldentschädigung verlangen. Die Gemeinde tritt dadurch in dem Verfahren an die Stelle des bisherigen Eigentümers. Die Enteignung kann auch von den Hypothek- und Grundschuldgläubigern verlangt werden. Jedoch sind sowohl der Eigentümer als die Gemeinde berechtigt, die Hypothek oder Grundschuld zur Auszahlung zu bringen. In letzterm Fall tritt die Gemeinde an die Stelle des Gläubigers. Die Errichtung von Bauten, durch welche eine zweckmäßige Zusammenlegung von Grundstücken in einem Baublock verhindert oder erheblich erschwert wird, kann baupolizeilich untersagt werden. Ein solches Bauverbot erlischt, wenn nicht innerhalb eines Jahres das Verfahren auf Zusammenlegung oder Ausdehnung der Enteignung eingeleitet ist. Eine Entschädigung wird wegen dieser Beschränkung der Baufreiheit nicht gewährt.

Zwölfter Abschnitt.

2. Session des 8. deutschen Reichstags.

I.

Eröffnung.

22. November. Die Session wird durch folgende Thronrede des Kaisers eröffnet:

Geehrte Herren! Beim Eintritte in Ihre Beratungen heiße ich Sie zugleich im Namen meiner hohen Verbündeten willkommen. Der Rückblick auf den seit Ihrer letzten Tagung verflossenen Zeitraum gewährt ein nicht ungünstiges, wenn auch nicht in allen Beziehungen erfreuliches Bild. Auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Lebens sind berechtigte Erwartungen vielfach nicht in Erfüllung gegangen. Der Absatz der Erzeugnisse der vaterländischen Arbeit hat sich in seinem Umfange und in seinem Ertrage nicht durchweg auf der Stufe befunden, welche unserm wirtschaftlichen Interesse entspricht. Daneben hat die in einzelnen Teilen des Reichs aufgetretene, nun aber, dank der kräftigen Abwehr, als getilgt zu betrachende Seuche dem innern Verkehr empfindliche Schranken auferlegt und dem Wohlstande unsrer ersten Seehandelsstadt beklagenswerte Wunden geschlagen, welche das aufrichtige Mitgefühl der Nation finden. Im Hinblick jedoch auf die im allgemeinen gesegnete Ernte und auf die bisher von Erfolg begleiteten Bemühungen der verbündeten Regierungen, der deutschen Arbeit neue und erleichterte Absatzwege zu verschaffen, gebe ich mich der Erwartung hin, daß wir zu einem kräftigern Aufschwunge der wirtschaftlichen Thätigkeit gelangen werden, sofern uns der Friede, dessen Pflege mir und meinen Verbündeten am Herzen liegt, erhalten bleibt. Bei den freundlichen Beziehungen, in welchen wir zu allen Mächten stehen, und in dem Bewußtsein, daß wir bei der Verfolgung des gemeinsamen Ziels auch ferner der dankenswerten und wirksamen Unterstützung der mit uns verbündeten Staaten uns zu erfreuen haben werden, darf ich die Hoffnnng hegen, daß Deutschland in dem friedlichen Bestreben, seine idealen und wirtschaftlichen Interessen zu fördern, nicht werde gestört werden. — Gleichwohl macht es uns die Entwicklung der Wehrkraft andrer europäischen Staaten zur ernsten, ja gebieterischen Pflicht, auch unsrerseits auf die Fortbildung der Verteidigungsfähigkeit des Reichs mit durchgreifenden Mitteln Bedacht zu nehmen. Jener Entwicklung gegenüber dürfen wir nur bei Durchführung des bewährten Grundsatzes der allgemeinen Wehrpflicht erwarten, daß diejenigen Eigenschaften unsers Heeres, auf welchen seine Kraft und sein Ruhm beruht, Deutschland die bis dahin unter den Mächten eingenommene achtunggebietende Stellung auch für die Zukunft sichern werden. Von dieser Ueberzeugung einmütig durchdrungen, schlagen Ihnen die verbündeten Regierungen die Annahme eines Gesetzentwurfs vor, welcher, indem er die Friedenspräsenzstärke des Heeres anderweit regelt, die volle Ausnutzung unsrer Wehrkraft ermöglicht. Sie verkennen dabei nicht die Größe des von der Nation zu bringenden Opfers, allein sie vertrauen mit mir, daß mehr und mehr die Notwendigkeit dieses Opfers anerkannt werden und daß der patriotische Sinn des Volks bereit sein wird, diejenigen Lasten zu übernehmen, welche für Ehre und Sicherheit des Vaterlands getragen werden müssen. In dem Bestreben, diese Lasten thunlichst zu erleichtern,

wird die Dienstpflicht im Heere bis zu der militärisch als zulässig erkannten Grenze thatsächlich eingeschränkt werden. Daneben wird auch die erweiterte Ausbildung und Verwendbarkeit der jüngern Kräfte für den Heeresdienst nicht allein eine empfindliche Ungleichheit in der Erfüllung der Wehrpflicht, sondern auch der wirtschaftliche und militärische Nachteil abgemindert, welchen die Heranziehung der ältern Jahrgänge mit sich bringt. Zugleich wird diesen Jahrgängen eine Schonung zu teil werden, deren sie sich bei den gegenwärtigen Einrichtungen nicht zu erfreuen haben. — Um den Haushalt der einzelnen Bundesstaaten mit der Aufbringung der für die Armee erforderlichen Mittel nicht zu beschweren, besteht die Absicht, diese Mittel durch die Erschließung neuer Einnahmequellen für das Reich zu beschaffen. Demzufolge unterliegen gegenwärtig der Beschlußnahme des Bundesrats Gesetzentwürfe, welche auf eine anderweite Besteuerung des Biers, des Branntweins und gewisser Börsengeschäfte abzielen. Ungeachtet der nicht unerheblichen, im allgemeinen innerhalb der planmäßigen Grenzen sich haltenden oder auf rechtlichen Verpflichtungen beruhenden Mehrausgaben, welche der Reichshaushaltsetat für das nächste Jahr in Aussicht nimmt, werden die Bundesstaaten in den ihnen gebührenden Ueberweisungen eine mehr als ausreichende Deckung für die allen gemeinsamen Matrikularbeiträge vom Reiche empfangen. — Mit Rücksicht auf die Ansprüche, welche die zur Fortbildung unsrer Heereseinrichtungen bestimmte Vorlage und die damit in Verbindung stehenden Steuergesetzentwürfe an Ihre Arbeitskraft stellen, werden Ihnen, außer dem Etat, von den verbündeten Regierungen nur solche Vorlagen zur Beschlußfassung zugehen, deren Erledigung besonders dringlich erscheint. — Meine Herren! Indem ich Sie einlade, in Ihre Geschäfte einzutreten, weiß ich, daß es der besondern Aufforderung, die Beratungen in vaterländischem Geiste zu pflegen, nicht bedarf. Der feste Wille der Nation, das Erbe der Väter zu wahren, den Frieden zu sichern und dem geliebten Vaterlande seine teuersten Güter zu erhalten, wird — das ist meine Zuversicht — zu einer Einigung über den von mir und meinen hohen Verbündeten Ihnen vorgeschlagenen Weg führen. Geschieht dies, so wird das Reich im Vertrauen auf Gott und auf die eigne Kraft der Zukunft ohne Sorge entgegengehen dürfen!

II.

Fraktionen.

Bei Erledigung von 6 Mandaten haben die einzelnen Fraktionen folgende Mitgliederzahl: Zentrum 107, Freisinnige 67, Deutsch-konservative 66, Nationalliberale 42, Sozialdemokraten 36, Reichspartei 18, Polen 15, Volkspartei 10, Wilde 30.

III.

Präsidium.

23. November. Das vorige Präsidium wird wieder gewählt: v. Levetzow, Graf Ballestrem, Baumbach.

IV.

Finanzielle Angelegenheiten.

1.

Reichshaushaltsetat für 1893/94.

a.

Der vorgelegte Entwurf.

30. November. Der Etat für 1893—94 steht in Einnahmen und Ausgaben mit 1 273 950 571 Mk. (mehr gegen das Vorjahr 56 723 605 Mk.) im Gleichgewicht.

Die fortdauernden Ausgaben betragen 1 006 300 468 Mk. (mehr 15 625 604 Mk.); die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats 82 250 267 Mk. (mehr 10 120 161 Mk.). Die einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats, d. h. also die aus besondern Fonds bereits bewilligten Anleihen und aus der neuen Anleihe zu deckenden betragen 185 399 836 Mk. (mehr 30 977 841 Mk.). Davon entfallen auf Anleihen 168 153 207 Mk., und davon beträgt die neue Anleihe für Heer, Marine und Eisenbahnen 146 153 207 Mk. Zieht man von der Gesamtsumme des Etats die nur durchlaufenden Posten, also die Ausgaben des Invalidenfonds und die an die Einzelstaaten abzuführenden Zoll- und Steuerbeträge mit 373 890 078 Mk. ab, da sie die Höhe der Matrikularbeiträge und das Endergebnis des Etats nicht beeinflussen, so stellt sich der für die fortdauernden Ausgaben und die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats verbleibende Gesamtbedarf auf 714 660 657 Mk., das ist mehr gegen das Vorjahr 28 116 541 Mk., wozu noch das oben erwähnte Mehr des außerordentlichen Etats kommt. Der Mehrbedarf des ordentlichen Etats beträgt in den dauernden Ausgaben beim Auswärtigen Amt 204 300 Mk., den einmaligen 356 300 Mk.: beim Reichsamt des Innern in den dauernden 5 944 765 Mk.; die einmaligen weisen ein Weniger von 2 317 066 Mk. auf. Reichsheer: dauernde 887 741, einmalige 4 686 022 Mk.; Marine: dauernde 3 597 410, einmalige 4 454 559 Mk.; Reichsschuld: dauernde für Verzinsung 5 100 200 Mk.; allgemeine Pensionsfonds: dauernde 2 146 497 Mk.; Post und Telegraphie: einmalige 2 900 455 Mk. Bei den Einnahmen ergiebt sich gegen das Vorjahr ein Minus von 6 742 823 Mk. Dieses sowie der oben erwähnte Mehrbedarf bei den Ausgaben wird durch Erhöhung der Matrikularbeiträge um 34 859 004 Mk. gedeckt. Das Minus der Einnahmen ergiebt sich hauptsächlich aus dem Wegfall der Zuckermaterialsteuer mit 11 573 000 Mk. und dadurch, daß der in den Etat einzustellende Ueberschuß von 1891—92 um 11 160 969 Mk. geringer ist als der im vorjährigen Etat eingestellte von 1890—91. Ein Mehr bei der Einnahme ergaben: die Verbrauchsabgabe für Zucker mit 9 874 000 Mk., Salzsteuer mehr 425 000 Mk., Branntweinsteuer mehr 374 000 Mk., Brausteuer mehr 817 000 Mk., Wechselstempelsteuer mehr 409 000 Mk., Ueberschuß aus der Post- und Telegraphenverwaltung mehr 69 339 Mk., Ueberschuß aus der Reichsdruckerei mehr 139 010 Mk., Eisenbahnverwaltung mehr 920 300 Mk., Bankwesen mehr 2 344 800 Mk., verschiedene Verwaltungseinnahmen mehr 1 311 087 Mk. Diese Mehreinnahmen gegen die erwähnten Mindereinnahmen ergeben den oben erwähnten Minderbetrag von 6 742 823 Mk.

b.

Erste Beratung.

30. November. Schatzsekretär **v. Maltzahn** leitet die Beratung ein, indem er das abgelaufene und das laufende Etatsjahr, darauf den neuen Etat erläutert. Er führt u. a. aus:

Die Ueberweisungen werden 11 Millionen Plus bei den Zöllen und der Tabaksteuer ergeben, während bei andern Verbrauchssteuern eine Verminderung eintreten wird, sodaß den Einzelstaaten $1^2/_2$ Millionen mehr überwiesen werden, als veranschlagt ist. Wir hätten einen höheren Anschlag machen können, weil die Einnahmen aus den Getreidezöllen in den früheren Monaten viel höher waren, als in den letzten. Wir konnten aber nicht höher veranschlagen, weil die Ernte, gottlob, in Deutschland eine gute war, so daß die Einfuhr von Getreide zurückging; jetzt schon ist ein Rückgang von 40 pCt. Von 1893 bis 1894 nimmt die Steigerung der Matrikularbeiträge annähernd 35 Millionen in Anspruch. Ferner werden die Ueberweisungen aus der Reichskasse etwas zurückbleiben hinter dem Etat des laufenden Jahres, sodaß den Bundesstaaten 1900000 Mk. weniger überwiesen werden. Die Bundesstaaten werden also dem laufenden Etat gegenüber 37 Millionen schlechter gestellt werden, hauptsächlich, weil nur ein geringer Ueberschuß des Vorjahres in den Etat eingestellt werden kann. Ferner sind Ausgabesteigerungen um 38 Millionen Mk. vorhanden, bei den Schuldenzinsen 5, bei dem Pensionsfonds 2, bei der Invaliden- und Altersversicherung $3^1/_2$, bei der Unterstützung der Reservistenfamilien 2, etwa $13^1/_2$ Millionen für Heer und Marine, obwohl für die Naturalienverwaltung $5^1/_2$ Millionen weniger eingestellt werden konnten als im Vorjahre. Die ziemlich erheblichen Mehrforderungen im Marineetat beruhen zum Teil auf planmäßiger Weiterentwicklung der Marine. Die Zuckersteuer schließt mit $1^1/_2$ Millionen Minus ab, was eine unerwünschte, aber nicht unerwartete Folge des Uebergangsstadiums ist. Unzulässig war es, die Mehrausgaben infolge des neuen Militärgesetzes auf die Matrikularbeiträge zu überweisen. Es hat deshalb kein Zweifel darüber bestanden, daß diese Mehrkosten durch Beschaffung neuer Einnahmequellen gedeckt werden müssen.

Fritzen (Zentr.) schildert die wirtschaftliche Lage, namentlich beim Kleingewerbe, als sehr unerfreulich. Wie früher werde das Zentrum die Kolonialforderungen ihres idealen Zieles willen bewilligen. Die Steigerung der Forderungen für die Marine sei bei den kolossalen Ausgaben für das Landheer unerträglich. Der Reichstag müsse hier gründlich streichen. Die Schuldenlast des Reiches wachse riesenhaft. An sich wäre zwar die Reichsschuld von zwei Milliarden nicht übergroß, die Sache ist aber deshalb bedenklich, weil die Reichsschuld nicht auf Domänen ꝛc. gegründet ist und keine Tilgung stattfindet. Wohin solle dies Borgsystem auf die Dauer führen? Der Kredit wird endlich aufhören, und es werden Zustände eintreten, wie in Argentinien und Portugal. Eine augenblickliche Gefahr ist freilich nicht vorhanden, aber endlich müsse doch ein Ende mit Schrecken eintreten. — **Richter:** Es sei Sitte des Hauses, bei der Etatsberatung die allgemeine Lage in Betracht zu ziehen. Da stehe die Militärvorlage mit ihren ungeheuern Forderungen im Vordergrunde. Niemals habe Fürst Bismarck von dem Recht, das er in Anspruch nahm, sich selbst zu widersprechen, einen solchen Gebrauch gemacht, wie Graf Caprivi am 23. November. Was er am 27. November 1891 verspottet, Militärpessimismus, Zahlenwut, Beunruhigungsbazillus, alles das habe er jetzt selbst für seine Beweisführung ver-

wendet. Die Fortschritte der militärischen Rüstungen in den Nachbarstaaten geben für die Notwendigkeit einer Heeresvermehrung um 100000 Mann für jährlich 64 Millionen keinen Grund. Die Kadresvermehrung in Rußland und Frankreich seit 1890 sei sehr unbedeutend, die Aushebungsziffer in beiden Staaten zurückgegangen. Auch die neue französische Kadresvorlage bedinge keine Erhöhung der Friedenspräsenz. Ich bestreite dem Reichskanzler, daß Deutschland 1870 die militärische Suprematie in Europa gehabt hat; sonst hätten wir Luxemburg nicht geräumt, und der Prinz von Hohenzollern hätte nicht auf Spanien verzichtet. Es ist auch besser, solche gar nicht zu erstreben. Ich protestire auch gegen die Unterschätzung des Dreibunds in militärischer Beziehung sowie gegen die Methode der Wertschätzung der eignen Wehrkräfte im Vergleich mit denen andrer Mächte. Nimmt das Ausland den Kanzler ernst, so liegt in seinen Worten geradezu die Aufforderung, über uns herzufallen. Indessen dort weiß man auch, wie man Militärvorlagen einbringt. Die Offiziösen ahmen die Tonart des Kanzlers nach, denn der Kanzler ist ja auch nicht mehr der unschuldige Mann in Bezug auf die Presse. Wird die Vorlage abgelehnt, so geschieht dies im Vollbewußtsein, daß Deutschland stark genug ist und sich um die Stimmen des Auslands nicht zu kümmern braucht. Jetzt heißt es, seit 1870 sei für die Verteidigung Deutschlands nur Stückwerk gethan worden, und doch sind seit 1870 für das Heer 12 Milliarden ausgegeben worden. Auch die gesteigerten Zölle und Reichssteuern sind zu $^5/_6$ dem Militär zu gute gekommen. Kommt einmal eine Mobilmachung, so wird man im Ausland und im Inlande staunen über das, was alles vorbereitet ist. In der Thronrede steht, daß die Einzelstaaten in den Ueberweisungen mehr als eine Deckung der Matrikularbeiträge finden können. Die Matrikularbeiträge stellen sich auf 356, die Ueberweisungen aber nur auf 349 Millionen Mk. Seit wann sind dann 349 mehr als 356? Wer macht denn eine solche Thronrede? Die Kulturaufgaben des Reiches und der Einzelstaaten werden infolge der ungünstigen Finanzverhältnisse beschränkt, und trotzdem sagt der Reichskanzler, jedes Volk habe seine Kulturaufgabe. v. Maltzahn hat sich um die neuen Steuern viel Mühe gegeben. Er ist mit dem Hute in der Hand in Süddeutschland herumgereist und hat sich nach der Geschmacksrichtung der Finanzminister erkundigt, und trotzdem reicht seine Vorlage noch nicht heran an die 64 Millionen Mk., die die Militärvorlage fordert. Ist es denn ganz sicher, daß eine Verdoppelung der Biersteuer auch eine Verdoppelung der Einnahmen ergiebt? Das Gegenteil dürfte eher richtig sein. Der Reichskanzler sagt, die Tabaksteuer habe man nachher fallen lassen, das ist charakteristisch. Man beunruhigt die ganze Industrie. Es werden Sachverständige berufen, die Vorschläge machen sollen, und nachher rechnet man und sagt: Es ist nicht nötig, wir brauchen euch nicht, ihr habt euch aufgeregt, nun regt euch wieder ab! Das ist keine Finanzpolitik, das ist die reine Kalkulaturarbeit. — Reichskanzler Graf **v. Caprivi**: Vorredner hat mich in der denkbar schärfsten Weise angegriffen. Ich habe im vorigen Jahre schon gesagt, daß wahrscheinlich der Reichstag im nächsten Jahre gefragt werden müsse, wie die steigende Bevölkerungsziffer nutzbar gemacht werden könne. Der Vorredner hat mir unterstellt, daß ich gesagt hätte, Deutschland sei nur dazu da, Oesterreich und Italien den Rücken zu decken. Das habe ich nicht gesagt, und ich werde mich auch vom Vorredner nicht dazu drängen lassen, etwas über die Zukunftsstrategie des Dreibunds zu sagen. Ich habe anerkannt, daß der Reichstag seine Schuldigkeit gethan habe, aber ich kann dasselbe nicht sagen von der freisinnigen Partei, die allen Militärvorlagen widersprochen hat. Wenn auch das Haus das vollste Recht hat, für sich in Anspruch zu nehmen, daß es nach Möglichkeit für die Wehrkraft des Reiches gesorgt hat, so hat die freisinnige Partei nicht das Recht, sich hierbei als Vertreter des Hauses zu

geriren. Nach der Konfliktszeit sagte ein preußischer Demokrat: „Die preußische Demokratie sei immer da, wo Preußens Fahnen wehen.“ Das war aber zu spät; denn wenn es nach der Demokratie gegangen wäre, hätte die Fahne Preußens überhaupt nicht 1866 im Kriege geweht. — Staatssekretär **v. Maltzahn**: Richter hat eine Stelle der Thronrede bemängelt, in der es heißt, daß die Einzelstaaten für die allen gemeinsamen Matrikularbeiträge eine mehr als ausreichende Deckung finden in den Ueberweisungen. Es sind aber nicht alle Matrikularbeiträge gemeinsam. Einige Einzelstaaten haben vorab gewisse Lasten zu tragen, und diese belaufen sich auf 9 Millionen Mk., sodaß die Matrikularbeiträge nur 345 Millionen Mk. betragen, es bleibt also den Staaten noch eine Ueberweisung von etwa 3400000 Mk. übrig. — **v. Kardorff** spricht von den Militärvorlagen und der Goldwährung.

1. Dezember. **Buhl** (nationallib.) redet von den Militärvorlagen und von der Unzufriedenheit über die Vereitelung der deutschen Weltausstellung sowie der Ausführung der Gewerbeordnung.

2. Dezember. **v. Koscielski** geht auf die Militärvorlage ein; er will alles bewilligt sehen, was zur Sicherheit des Vaterlandes dient. Die Landwirtschaft liege darnieder, und namentlich der Osten sei mit Abgaben überlastet. Dem Etat brächten die Polen vielen guten Willen, aber sehr schwache Kräfte entgegen. — **Haußmann** (Demokr.) verwahrt die Regierung gegen den Vorwurf, daß sie sich der Leitung der auswärtigen Politik nicht gewachsen gezeigt habe; dagegen vermißt er ein kolonialpolitisches Programm und tadelt, daß trotz der bedrängten Lage mehr Kriegsschiffe verlangt würden. Man solle die Verhältnisse in Deutschland so gestalten, daß die Leute gern dablieben, nicht aber ein Auswanderungsgesetz machen. Im Eintreten der freisinnigen Partei für die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Freiheiten liege ein Band des Zusammenhaltens von Nord- und Süddeutschland. Im 20. Jahrhundert werde nicht mehr nach den jetzt üblichen Grundsätzen regiert werden können. — **v. Schalscha** (Zentr.) führt aus, die chronische Maul- und Klauenseuche sei eine Wirkung der Handelsverträge auf die Landwirtschaft. — **Rickert** verheißt sorgfältige Prüfung der Militärvorlage seitens der Freisinnigen, obwohl sie ihre Gegner sind, und versichert, daß sie den Reichskanzler niemals persönlich bekämpfen, sondern ihn ebenso sachlich beurteilen würden, wie er alle Parteien ohne Unterschied und Abneigung sachlich zu behandeln versprochen habe. Mit seiner Leitung der auswärtigen Politik erklärt sich Rickert durchaus einverstanden, warnt aber die Presse, aus Chauvinismus Rußland mit ihrer bittern Kritik zu verfolgen. — Gegen die wohlwollende Kritik Rickerts, die es aber an sachlichem Tadel nicht habe fehlen lassen, tritt der **Reichskanzler** ein; er spricht die Hoffnung aus, auch Rickert bezüglich der Militärvorlage so gründlich zu überzeugen, daß er und seine Freunde nachgeben würden. — **Bebel** spricht gegen die Militärvorlage, die zur Auflösung des Reichstages führen müsse. Will der Herr Graf ein Tänzlein wagen, wir sind bereit anzutreten. Die Sozialdemokratie werde gestärkt durch den neuen wie durch den alten Kurs. Frege habe gestern von den grünen Jungen der Sozialdemokratie gesprochen, aber die Dreieinigkeit der Konservativen setze sich zusammen aus dem Thron, Altar und Geldsacke. Redner erwartet den allgemeinen Kladderadatsch und schließt: Wer zuletzt lacht, lacht am besten.

Die erste Etatsberatung wird geschlossen, gewisse wichtige Kapitel des Budgets werden an die Kommission verwiesen.

2.

Reichsinvalidenfonds.

3. Dezember. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs, betreffend die Gründung und Verwaltung des Reichsinvalidenfonds, wonach 67 Millionen Mk. aus den Beständen dieses Fonds als Betriebskapital für die Reichskasse flüssig gemacht werden sollen.

Der Gesetzentwurf findet mehrseitigen Widerspruch, teils weil man bezweifelt, daß die Bestände des Invalidenfonds bei einer ausreichenderen Versorgung der Invaliden für eine solche beträchtliche Entnahme ausreichen würden, teils weil man die verlangte Verstärkung der Betriebsfonds überhaupt nicht für begründet ansieht. Den ersten Standpunkt vertritt Osann, während Richter und v. Stauffenberg insbesondre die konstitutionellen Bedenken darlegen gegen die beabsichtigte Aufrechnung der Matrikularbeiträge mit den Ueberweisungen.

3.

Silberentwertung.

12. Dezember. Graf Mirbach stellt an den Reichskanzler folgende Anfrage:

Billigen es die verbündeten Regierungen, daß die deutschen Delegirten nach den durch die Presse verbreiteten Mitteilungen bei der Münzkonferenz in Brüssel sich den auf die Bekämpfung der Silberentwertung gerichteten nahezu einmütigen Bestrebungen aller auf der Konferenz vertretenen Staaten gegenüber ablehnend verhalten?

Der Reichskanzler giebt im wesentlichen folgende Antwort:

Daß die Verhandlungen der Brüsseler Konferenz noch vor dem Abschluß einer Diskussion vom deutschen Reichstage unterzogen werden, ist ein auffallendes Verfahren, und noch auffallender könnte es erscheinen, wenn ich darauf antwortete. Der wesentliche Grund, der mich dazu bestimmt, ist der, daß ich klar sehe, wie man draußen im Lande bestrebt ist, den Bimetallismus mit dem Antisemitismus vor denselben Wagen zu spannen. Die Behauptungen, die Graf Mirbach aufstellt, sind vollständig irrig. Irrig ist die Behauptung, daß die in Brüssel zusammengetretenen Regierungen einmütig bestrebt seien, etwas zu stande zu bringen; ebenso irrig ist die Behauptung, daß die verbündeten Regierungen sich von vornherein ablehnend verhalten hätten. Die Regierungen stehen noch heute auf dem Standpunkt, auf dem sie seit etwa 14 Jahren stehen. Wir sind der Meinung, daß die deutsche Münzpolitik eine sehr gute und daß es nicht richtig ist, die Initiative im Interesse andrer zu ergreifen. Wir beklagen die Entwertung des Silbers und seinen Preiswechsel, und wir würden geneigt sein, wofern es sich nicht um das Prinzip unsrer Währung handelt, im einzelnen zu Dispositionen zu schreiten, wenn wir uns überzeugt hätten, daß dadurch erfolgreich den hier geschilderten Uebelständen abgeholfen würde.

Hieran knüpft sich eine Verhandlung, bei der Graf Mirbach dem Kanzler u. a. erwidert:

Ich bin mir nicht bewußt, daß in meinen Ausführungen eine persönliche Schärfe gegen den Reichskanzler enthalten war, und vor allem begreife ich nicht, wie mir der Reichskanzler vorwerfen kann, wir wollten den Antisemitismus und Bimetallismus vor einen Wagen spannen. Die beiden Worte reimen sich allerdings, aber sonst ist mir ihr Zusammenhang nicht erklärlich. Ich bin gezwungen, bei dieser Gelegenheit auf meine persönliche Stellung zum Antisemitismus einzugehen. Wenn der Reichskanzler über den konservativen Parteitag orientirt wäre, so müßte er wissen, daß die Ostpreußen ohne Unterschied, auf welchem Gebiete der Partei wir stehen, ganz entschieden perhorreszirt haben, in das Programm der Partei das Wort „Jude" oder irgend etwas, was auf Jude Bezug hat, aufzunehmen. Ich habe sogar eine motivirte Erklärung nach dieser Richtung hin abgegeben, wir sind aber überstimmt worden, weil in sehr vielen Landesteilen meine Parteigenossen es für notwendig und angezeigt hielten, auch zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Ich selbst kann mir davon keinen Nutzen versprechen.

Der Reichskanzler antwortet, für seinen Gebrauch jener Aeußerung bezüglich des Antisemitismus habe er einen ganz guten und sachlichen Grund, und er habe Wert darauf gelegt, die Stellung der Reichsregierung gegenüber dem Antisemitismus und dem Bimetallismus draußen im Lande festzulegen. „Die Ereignisse der letzten Woche, die zu den betrübendsten meines Lebens gehören, scheinen es mir zur Pflicht der Reichsregierung zu machen, nicht hinter dem Berge zu halten, und zu sagen, wie sie diesen Dingen gegenübersteht. Ich kann sehr wohl begreifen, daß man Antisemit sein kann, ich kann auch sehr wohl begreifen, daß man Bimetallist sein kann, ich kann auch begreifen, daß man beides zusammen sein kann, aber wenn der Antisemitismus oder Bimetallismus eine Wendung annimmt, eine Behandlung erfährt, die demagogisch wirkt, dann ist es für die Reichsregierung unmöglich, sich dem nicht zu widersetzen, und nur unmöglich zu verstehen, wie patriotische Männer das mitmachen. Ich brauche das Wort „demagogisch" ausdrücklich; ich habe nicht die Kenntnis der Parteiverhandlungen, die Graf Mirbach hat, ich stütze mich hier auf die Wiedergabe von Zeitungen, in denen ausdrücklich das Wort „demagogisch" einem Redner in einer Parteiversammlung in den Mund gelegt wurde, und soweit meine Kenntnis reicht, hat er einen Widerspruch nicht erfahren. Wenn ich mich gegen diesen demagogischen Antisemitismus wehre, so würde ich ja begreifen, wenn antisemitische Männer der Meinung sind, daß in gewissen Dingen im Lande Wandel geschaffen werden muß, ich würde es ganz begreiflich finden, wenn solche Herren den Antrag einbrächten, daß das Gesetz vom 3. Juli 1869 wieder aufzuheben sei. Wenn aber diese Bestrebungen, deren erster legislatorischer Schritt der angedeutete sein müßte, agitatorisch draußen betrieben werden, dann werde ich mit den Mitteln, die mir zur Verfügung stehen, dagegen auftreten. Wenn ich nun die Besorgnis hatte, daß

der Bimetallismus vor denselben Wagen gespannt werden könne, so ist die auch nicht unbegründet. Versuche dieser Art sind mir bekannt, und ich muß sagen, daß der Bimetallismus ein Pferd ist, das sich zu diesem Gebrauch vorzüglich eignet. Gerade weil es so wenig Leute giebt, die den Bimetallismus wirklich verstehen und durchschauen, ist er ein durchaus geeignetes Agitationsmittel. Schon vor der heutigen Sitzung war mir bekannt, daß einzelne Herren in diesem Hause Neigung hätten, ihre Abstimmung über die Militärvorlage von dem Bimetallismus abhängig zu machen. Wenn jemand die Absicht haben sollte, mein Verhalten in der Militärvorlage durch Einschüchterung zu beeinflussen, er würde die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben. Ich vertrete die Militärvorlage, weil ich die feste Ueberzeugung habe, daß die Existenz Deutschlands davon abhängig sein kann. Wie auch das Votum einzelner Herren über den Bimetallismus ausfällt, das kann meine Haltung der Militärvorlage gegenüber absolut nicht beeinträchtigen. Ich erhebe aber ebensowenig den Anspruch, diejenigen Herren, denen der Bimetallismus über die deutsche Wehrkraft geht, meinerseits zu beeinflussen."

V.

Militärische Angelegenheiten.

1.

Die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres.

23. November. Graf **v. Caprivi** ergreift das Wort:

Die Regierungen sind sich der Verantwortung, die sie, indem sie diese Gesetze vorlegen, übernommen haben, klar bewußt. Es ist ihnen nicht leicht geworden, der Nation pekuniäre Opfer zuzumuten, die zwar nicht unerschwinglich, die aber doch schwer sind. Drei Jahre sind vergangen, seit die Notwendigkeit einer durchgreifenden Vermehrung unsrer Wehrkraft erkannt worden ist. In diesen drei Jahren ist die wirtschaftliche und militärische Seite der Vorlage eingehend erwogen worden. Die verbündeten Regierungen sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Zustand, wie er jetzt besteht, nicht länger dauern kann; sie haben die Verantwortung, die Vorlage vorzulegen, übernommen, trotz der Schwere der pekuniären Lasten, trotz der Unruhe, die, wie sie wissen, bis zu einem gewissen Grade dadurch in Deutschland hervorgebracht wird, und trotz der

ernsten Gefahr, die aus einer Ablehnung der Vorlage für Deutschland entstehen könnte. Ich brauche die Gefahr hier näher nicht zu erörtern. Die verbündeten Regierungen haben nicht geglaubt, diese Vorlage noch länger hinausschieben zu können; sie hat, wie ich mir eben erlaubt habe anzuführen, ein langes Stadium der Erwägung durchgemacht, und wenn sie, wie ich hoffe, von dem hohen Hause genehmigt wird, so wird der 1. Oktober 1893 der früheste Termin sein, an dem mit der Durchführung angefangen werden kann. Es wird dann das Jahr 1894 vergehen, bis die Durchführung der vermehrten Ersatzeinstellung möglich gewesen sein wird. Damit ist aber die Wirkung der Vorlage noch nicht erschöpft; die wirkt erst in vollem Umfange nach zwanzig Jahren.

Man hat eingewandt, und mit Recht — es lag ja auch den Regierungen der Einwand nahe —: kann man denn die Einbringung nicht aufschieben? Wir leben in einer Zeit, in der erhebliche Zweige der Volkswirtschaft mehr oder weniger zu leiden haben; wir stehen vor vermehrten Ausgaben, die die Sozialgesetzgebung nötig macht, und wir befinden uns in einem Moment, wo der größte Staat des deutschen Reichs im Begriff ist, seine Finanzen zu reformiren. Das alles sind ungünstige Umstände, deren Wert und Tragweite die verbündeten Regierungen nicht verkannt haben, trotzdem aber haben sie geglaubt, einen längeren Aufschub nicht verantworten zu können. Wenn wir in einer wirtschaftlichen Depression leben, so ist die Wirkung der Vorlage eben auf einen so langen Zeitraum berechnet, daß wir mit Bestimmtheit die Hoffnung hegen können, ihre Wirksamkeit werde sich auch wieder auf bessere Zeiten erstrecken, und hätten wir bessere Zeiten zum Beginn abwarten wollen, so wäre unvermeidlich gewesen, daß während der Wirkung der Gesetze, deren Genehmigung wir Ihnen vorschlagen, auch schlechtere Zeiten gekommen sein würden. Aber vor allen Dingen: jedes Jahr, das wir verlieren, ist unwiederbringlich verloren; jedes Jahr, in dem wir Anstand nehmen, die Rekruteneinstellung zu vermehren, um ältere Jahrgänge zu schonen, ist nicht wieder einzubringen. Die verbündeten Regierungen sind daher der Meinung gewesen, daß, wenn es ihnen auch schwer wird, diese Vorlage einzubringen, es unverantwortlich gewesen sein würde, sie jetzt nicht einzubringen.

Eine Vorlage von der Tragweite wie die vorliegende, von der Natur wie die vorliegende, kann nicht mit kleinen Dingen motivirt werden. Man hat gesagt, warum wartet die Regierung nicht, bis irgend ein äußerer Anlaß es ihr leichter macht, eine so schwerwiegende Vorlage durchzubringen? Davon kann hier keine Rede sein. Eine Vorlage wie diese kann nur mit der vollen Wahrheit

motivirt werden, sie kann nur die Zustimmung der Nation gewinnen, wenn die Nation sich überzeugt, daß es sich hier nicht um Einzelheiten handelt, sondern um einen Zustand, der schon lange existirt, der sich aber allmählich nach dem Schwergewicht der Dinge immer mehr verschärft; diesen Zustand muß sich die Nation zum vollen Bewußtsein bringen und darauf ihre Entschließungen gründen. Ich kann nicht mit „Krieg in Sicht" auftreten; davon ist keine Rede; ich werde nicht mit dem Säbel rasseln, ich werde mich jeder Schwarzmalerei enthalten, sondern, soweit es meiner Kenntnis der Sache und meiner Gewissenhaftigkeit möglich ist, die reine Wahrheit vor Ihnen entrollen. Die deutsche Regierung lebt in normalen und freundschaftlichen Verhältnissen mit allen anderen Regierungen. Es ist uns seit der Zeit, wo ich die Ehre habe, an dieser Stelle zu stehen, nicht schwer gemacht worden, von keiner einzigen Regierung schwer gemacht worden, die Würde und die Ehre Deutschlands dem Ausland gegenüber zu repräsentiren. Wir haben aber auch nichts gewollt, was das andern Leuten hätte erschweren können.

Es ist Ihnen früher von dieser selben Stelle erklärt worden, die deutsche Nation ist satt; wir haben nach dem Jahre 1870 das, was wir gewünscht haben, und wir haben kein andres Ziel, als den Besitzstand, den der Frankfurter Frieden gegeben hat, zu erhalten. Es ist ein durchaus treffendes Wort des Kaisers gewesen, das er bei der Uebernahme von Helgoland sprach, daß dies das letzte Stück deutscher Erde gewesen ist, nach dem unser Sinnen stand. Dieses letzte Stück haben wir bekommen. Wir haben nichts von anderm mehr zu wünschen, nichts zu begehren.

In der Presse und auch von wohlmeinenden hochpatriotischen Männern ist mir die Ansicht entgegengetreten, ja, aber der Zustand in einer so schweren Rüstung, wie wir ihn tragen, einer Rüstung, die noch erschwert werden soll, wird der nicht auf die Dauer unerträglich, und thäten wir nicht besser, dem Zustande dadurch ein Ende zu machen, daß wir selbst zum Schwerte griffen, den günstigen Moment wählten und uns dann durch eine Ausnutzung der Siege, auf die wir hoffen dürfen, einen Frieden wiederum auf 20, 30 Jahre sicherten. Ich glaube, daß das eine Ansicht ist, die die Regierungen und auch das deutsche Volk bei näherer Ueberlegung niemals würden acceptiren wollen. Abgesehen von den moralischen Bedenken, die dem entgegenstehen, stehen auch schwere sachliche Bedenken einer Durchführung solchen Ideen im Wege. Man kann einen Krieg politisch defensiv und militärisch aggressiv führen; es kann auch der umgekehrte Fall eintreten. Denke ich einen Nachbar mit Krieg zu überziehen, so muß ich mir vorher klar geworden sein, wenn ich den Krieg provoziren wollte, was ist

denn der Siegespreis? Nehmen wir an, es würde wirklich die Meinung herrschend, daß wir durch einen Präventivkrieg den schwierigen Zuständen, in denen wir leben, ein Ende machen könnten, so würde die Frage entstehen: was ist denn nun unser Siegespreis, was könnte unser Siegespreis beispielsweise Frankreich gegenüber sein? Wir haben nicht den Wunsch, von Frankreich auch nur einen Quadratkilometer uns anzueignen; wir würden in Verlegenheit geraten, wenn wir undeutsche Menschen dem deutschen Reiche einverleiben wollten. Wir haben in dem Gewinn von Milliarden doch auch in mancher Beziehung ein Haar gefunden, und wenn man mir endlich sagt, nehmt doch französische Kolonien, so möchte ich erwidern, zunächst haben wir an unsern eignen genug; sie würden uns Schwierigkeiten machen und Kosten, für die wir nach dem Ablauf eines solchen Präventivkrieges wohl nicht den Sinn und die Mittel haben würden. Nun will ich aber doch annehmen, die Ansicht, daß der jetzige Zustand nicht erträglich wäre — eine Ansicht, welche die Regierungen in keiner Weise teilen —, bräche durch, so könnte das Ziel dieses Präventivkrieges nur das sein, daß wir nach seiner glücklichen Beendigung auf eine längere Periode des Friedens hoffen könnten, als wir heutzutage zu hoffen imstande sind.

Nun bitte ich Sie, in Ihrer Erinnerung zurückzurufen, daß, als wir im Jahre 1870 die französische Grenze überschritten, uns 8 kaiserlich französische Armeekorps entgegenstanden, während wir, wenn ich die süddeutschen Kontingente mitzähle, mit etwa 17 Armeekorps die Grenze überschritten. Schon aus diesem einen Umstand ergiebt sich, daß es uns im nächsten Kriege nicht so leicht werden wird, wie im vorigen, glänzende Siege zu erringen, denn wir würden im nächsten Kriege mindestens ebensoviel gute französische Armeekorps uns gegenüberfinden und hinter ihnen noch eine Reservearmee, die ungefähr der ersten Armee gleichkäme, eine Reservearmee, die in ihrer Beschaffenheit weit über dem Niveau stehen würde, das wir zu Gambettas Zeiten kennen gelernt haben. Aber wir überschreiten die Grenze, wir siegen, obwohl wir nicht die numerische Ueberlegenheit in dem Maße haben, wie 1870; denn wir würden doch immer damit rechnen müssen, daß ein Teil unserer Armee in den Garnisonen an der russischen Grenze zurückbleibt. Wir würden ein solches Entgegenkommen wie beim Beginn des Krieges 1870 von russischer Seite nicht mehr erwarten können; also wir müssen etwas, mag es mehr oder weniger sein, an der Grenze stehen lassen, und wir würden nicht mit überwältigender Uebermacht aufzutreten imstande sein. Aber wir rücken in Frankreich ein, wir siegen, wir stoßen auf eine Linie von Sperrforts, die seit Jahren

sorgfältig vorbereitet und mit allem ausgerüstet sind, was die moderne Technik bietet. Diese Sperrforts liegen an der Mosel und an der Maas, Flüssen, deren Ueberschreitung uns ohnehin Schwierigkeit machen wird. Es müssen aber mehrere solcher Sperrforts genommen werden, wenn Armeen mit ihrem Heergerät imstande sein sollen, weiter in Frankreich vorzugehen. Aber wir nehmen auch diese Sperrforts, zwar mit Aufenthalt, doch wir nehmen sie. Und nun kommen wir an die Reihe der großen Festungen Verdun, Toul, Epinal, Festungen, von denen jede einzelne stärker ist, fortifikatorisch und stärker armirt, als Metz und Straßburg 1871 waren, also Festungen, vor denen wir wieder einen Aufenthalt erleiden und einen Teil unserer Kräfte stehen lassen müssen. Wir lassen sie stehen und schreiten weiter vor. Wir schlagen auch die französische Reservearmee, die uns entgegentritt, und unsre Armee geht nach Paris. Wir finden das Paris nicht wieder, was wir 1870/71 gekannt haben, sondern eine Festung, wie die Welt sie noch nicht gesehen hat, umgeben von 56 Forts und mit einer äußern Linie von 130 Kilometern. So einzuschließen wie das alte Paris ist es nicht. Es aushungern würde sehr schwer sein, vielleicht nicht einmal glücken. Aber es werden sich andre Mittel finden. Man wird schließlich, wenn die Ausdauer und der Wille nicht fehlen und Gott uns begünstigt, auch damit fertig werden. Wir kommen nun nach einem Kriege, der aber länger sein würde als im Jahre 1870/71, endlich zum Ziele, und wir haben Paris wieder erobert. Es setzt das immer noch voraus, daß uns selbst in dieser Zeit wegen des Krieges, den wir provozirt haben, nicht allein das Gewissen nicht geschlagen hat, sondern auch nicht die Idee gekommen ist: mein Gott, warum provozirtet ihr, wenn es so schwer ist? Aber wir haben Paris, wir sind Herren davon. Was ist die weitere Folge? Würden wir nun eine Ruhe von 20, 30 Jahren genießen können? Würden wir nicht, wenn wir nach Hause kämen, in der Lage sein, von neuem rüsten zu müssen, und in einer Weise, die voraussichtlich weit kostspieliger, weit lästiger wäre als die gegenwärtige? Wenn wir erschöpft aus einem langen, prophylaktischen Kriege nach Hause kämen, würden nicht andre Leute da sein, die vielleicht geneigt wären, von unsrer Schwäche Vorteil zu ziehen? Ich habe die feste Ueberzeugung, daß selbst nach einem glücklichen Abschlusse eines prophylaktischen Krieges der Zustand, in den wir versetzt werden würden, ungleich ungünstiger wäre als der gegenwärtige. Ich wiederhole also, nicht bloß als meine eigne Ueberzeugung, sondern, soweit es mir bekannt ist, als die Gesinnung der Regierungen, daß niemals von Deutschland ein solcher Präventivkrieg wird geführt werden.

Ich komme von hier auf eine Bewegung, die die Gemüter jetzt vielfach erregt hat dadurch, daß in Bezug auf den Beginn des Krieges 1870/71 Publikationen und Aeußerungen stattgefunden haben, die geeignet sind, das öffentliche Urteil zu verwirren. Man hat die Behauptung aufgestellt, Deutschland und in erster Linie der Fürst Bismarck habe durch gewisse Manipulationen — man ist selbst bis zum Ausdruck „Fälschungen" gegangen, die in einer Depesche vorgenommen wären — fälschlich den Glauben erregt, daß Frankreich uns zum Kriege provozirt habe, während faktisch wir, und zunächst der Fürst Bismarck, der Provozirende gewesen seien. Die ausländische Presse hat daran einen Entrüstungssturm geknüpft, der, wenn man diesen Zeitungen glaubt, die Ueberzeugung zurücklassen mußte, daß alles, was wir seit 22 Jahren geglaubt haben, eitel Lug und Trug gewesen wäre. Dem ist nicht so. Ich bin in der Lage, auf Grund aktenmäßigen Materials den Beweis zu führen, erstens, daß Deutschland Frankreich nicht provozirt hat, zweitens, daß der Fürst Bismarck Depeschen nicht gefälscht hat, und drittens, daß, was von einigen Journalen behauptet, angedeutet worden ist, weil sie sich einen Vers aus der Sache nicht machen konnten, daß der alte Kaiser Wilhelm zu versöhnlich gewesen sei oder vielleicht in dem Verkehr mit den Franzosen den Accent nicht getroffen habe, der dem berechtigten Bewußtsein der deutschen Nation entsprach, falsch ist. Ich rufe ins Gedächtnis zurück, daß der hochselige Kaiser Wilhelm sich am 13. Juli 1870 in Ems befand, daß er da auf der Morgenpromenade von dem französischen Botschafter Grafen von Benedetti angeredet wurde, daß der König ihm eine abweisende Antwort gab, daß der Graf Benedetti den Versuch, sich dem Könige zu nähern, wiederholte und der König seinen Flügeladjutanten schickte und sagen ließ, daß, wenn er nochmals eine Audienz nachsuchte, um auf die Sache zurückzukommen, der König sie ihm nicht gewähren werde. Die Erzählung dieser Dinge ist niedergelegt in einem Promemoria, das der Flügeladjutant Prinz Anton Radziwill am Abend des 13. Juli aufgezeichnet hat. Dieses Promemoria ist erst am 17. Juli in Berlin eingegangen, wie das Präsentat in den Akten ergiebt — und ich bin bereit, den Herren, welche es sehen wollen, die Akten hier vorzulegen —, dieses Promemoria des Flügeladjutanten ist dem Auswärtigen Amte nicht telegraphisch zugegangen, sondern am 17., also nach der Rückkehr des Königs, mit anderen Dingen, die den Emser Aufenthalt betrafen, Dingen, die also schon überholt waren, überliefert worden. Ich will mir jetzt erlauben, Ihnen zunächst die Depesche vorzulesen, die aus Ems am 13. Juli an den Fürsten Bismarck ergangen ist, also die sogenannte echte Depesche, die bisher nie publizirt worden ist, während die zweite,

die der Fürst Bismarck dann auf Grund dieser echten an das Ausland gehen ließ, in der deutschen Presse schon früher publizirt worden ist. Diese erste Depesche trägt — und ich lege auch darauf Wert — die Aktennummer A 2301 — es ist jedem Geschäftsmann bekannt, daß der Eingang und der Ausgang auf dieselbe Nummer kommt, daß also, wenn die zweite Depesche dieselbe Nummer trägt, das auch ein Beweis dafür ist, daß die zweite Depesche unmittelbar aus der ersten hervorgegangen ist, ein Beweis, der übrigens auch durch die Sache geführt wird.

König Wilhelm I. war in Ems begleitet von dem Wirklichen Geheimen Legationsrat Abeken, und diese erste Depesche, die ich die Ehre haben werde, vorzulesen, ist von dem Herrn Geheimrat Abeken abgefaßt. Ich habe hier in den Akten ein Konzept von der Hand Abekens und die Dechiffrirung, die daraufhin in Berlin vorgenommen worden ist. Die Depesche ist aufgegeben am 13. Juli 1870 3 Uhr 50 Minuten nachmittags in Ems und angekommen in Berlin 6 Uhr 9 Minuten nachmittags. Die Entzifferung lautet:

Seine Majestät der König schreibt mir: Graf Benedetti fing mich auf der Promenade ab, um auf zuletzt sehr zudringliche Art von mir zu verlangen, ich sollte ihn autorisiren, sofort zu telegraphiren, daß ich für alle Zukunft mich verpflichtete, niemals wieder meine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkämen. Ich wies ihn zuletzt etwas ernst zurück, da man à tout jamais dergleichen Engagements nicht nehmen dürfe noch könne. Natürlich sagte ich ihm, daß ich noch nichts erhalten hätte, und da er über Paris und Madrid früher benachrichtigt sei als ich, er wohl einsähe, daß mein Gouvernement wiederum außer Spiel sei.

Es bezieht sich dies darauf, daß Benedetti dem König gesagt hat, er wisse aus Madrid über Paris, daß die Hohenzollernsche Kandidatur zurückgezogen sei. Um die Zeit, als Benedetti das dem König sagte, hatte der König noch keine Nachricht darüber. Nun fährt Herr Abeken fort:

Seine Majestät hat seitdem ein Schreiben des Fürsten bekommen.

— Nämlich der Fürst ist der alte Fürst von Hohenzollern. —

Da Seine Majestät dem Grafen Benedetti gesagt, daß er Nachricht vom Fürsten erwarte, hat Allerhöchst derselbe, mit Rücksicht auf die obige Zumutung, auf des Grafen Eulenburg und meinen Vortrag, beschlossen, den Grafen Benedetti nicht mehr zu empfangen, sondern ihm nur durch einen Adjutanten sagen zu lassen: daß Seine Majestät jetzt vom Fürsten die Bestätigung der Nachricht erhalten, die Benedetti aus Paris schon gehabt, und dem Botschafter nichts weiter zu sagen habe.

Seine Majestät stellt Eurer Exzellenz

— das ist der damalige Bundeskanzler Graf Bismarck —

anheim, ob nicht die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung sogleich sowohl unsern Gesandten als in der Presse mitgeteilt werden sollte.

König Wilhelm läßt also dem Grafen Bismarck den Sachverhalt

Die Sache ist für den Augenblick von Belang und steht auch mit der Militärvorlage in einer gewissen Verbindung, wenn man in Betracht zieht, daß wir Mittel fordern, um unsre Wehrkraft zu verstärken, und dabei versichern, daß diese Mittel einem aggressiven Zwecke nicht gelten, daß wir sie nur zu unsrer Selbstverteidigung fordern. Uns ist es nicht gleichgiltig, ob gleichzeitig von einer andern Seite der Verdacht erregt wird, als hätten wir vor zwanzig Jahren provokatorische Absichten gehabt. Das würde auf uns zurückwirken, und um der fides der deutschen Regierung willen, um des Vertrauens willen, das Deutschland selbst braucht, das Ausland von uns braucht, habe ich Wert darauf gelegt, diese Depeschen zu veröffentlichen.

Auch nach einer andern Richtung sind diese Depeschen doch wohl lehrreich, wenn sie uns ins Gedächtnis zurückrufen, daß wir ohne jeden äußern Anlaß, nachdem wir bis an die äußerste Grenze des Möglichen entgegengekommen sind, von Frankreich mit Krieg überzogen worden. Was geschehen ist, kann wiederum geschehen, und es liegt in diesem Verhalten eine Mahnung für uns, auf unsrer Hut zu sein und nicht die Hände in den Schoß zu legen. Das lehrt uns ohnehin die Entwicklung, die die Dinge seit dem Jahre 1870 in Europa genommen haben. Es ist ja heikel, von diesen Sachen zu sprechen, und ich thäte es lieber nicht; ich sehe aber ein, daß ich es nicht vermeiden kann. Ich habe Ihnen auch nichts Neues zu erzählen. Ich kann Ihnen nur die Lage, wie sie sich allmählich entwickelt hat, und wie sie sich schon unter meinem Amtsvorgänger entwickelt hatte, und von dem Ihnen geschildert ist, diese Lage kann ich nur in Ihr Gedächtnis zurückrufen. Wir haben nach 1870 Elsaß-Lothringen in Deutschland einverleibt. Die deutschen Fürsten und ganz Deutschland haben dies einstimmig nicht allein als eine Sühne für den Krieg, sondern auch als eine Folge der jahrhundertelangen Geschichte der Grenzhändel, die diese ursprünglich deutschen Lande uns genommen hatten, angesehen. Aber wenn auch jetzt die Neigung der Franzosen, den Frankfurter Frieden nicht als definitiv anzusehen, sich in der Hauptsache an die Worte „Elsaß-Lothringen“ knüpft, so werden wir alle doch nicht verkennen können, daß auch, wenn wir Elsaß-Lothringen nicht genommen hätten, der französische Revanchegedanke derselbe sein würde. Unsre westlichen Nachbarn haben das Talent, Dinge geschmackvoll einzukleiden; ihr Revanchegedanke hat oft Ausdruck gefunden in dem Bilde der beiden Töchter, die von der Mutter gerissen sind, ein sehr hübsches Bild; aber an Revanche würde man in Frankreich auch dann denken, wenn die Töchter der Mutter erhalten geblieben wären. Unausgesetzt hat die französische Nation — und das gereicht ihr nach

meiner Ueberzeugung zur Ehre — seit dem Kriege 1870 kein Opfer gescheut, um ihre Rüstung zu vervollständigen. Es ist Thatsache, daß in der Weise, in der die französische Rüstung sich ihrer Vollendung näherte, auch das französische Selbstbewußtsein stieg; mit dem steigenden Selbstbewußtsein kam der Gedanke: sind wir jetzt wohl wieder bündnisfähig? — und mit der Bejahung dieses Gedankens der Wunsch, ein Bündnis zu schließen. Daß, wenn Frankreich heutzutage ein Bündnis schließt, der Gedanke, der es dabei leitet, nur der sein kann, eine Revision der europäischen Karte vorzunehmen, ist zweifellos. Daß also ein solches Bündnis, das Frankreich schlösse, nicht wie die Bündnisse, die wir geschlossen haben, einen defensiven Charakter tragen würde, ist ebenso zweifellos.

Anders liegen unsre Verhältnisse nach der andern Grenze. Von alters her haben Rußland und Preußen freundschaftliche Beziehungen mit einander verbunden. Es giebt nicht den mindesten realen Streitpunkt zwischen Rußland und Deutschland, nicht das Mindeste, was wir von Rußland begehrten, und daß Rußland zur Zeit geneigt sein sollte, von uns etwas zu begehren in einer Zeit, wo es mit seiner eignen Unifikation noch so stark beschäftigt ist, glaube ich nicht. Wenn schon hierin eine Bürgschaft dafür liegt, daß wir im Grunde in guten Beziehungen zu Rußland weiter leben könnten und müßten, so liegt nach meiner Ansicht eine noch stärkere in der Person Sr. Majestät des Kaisers von Rußland. Der jetzige Kaiser von Rußland ist durch seine hochherzige und friedliche Gesinnung einer der stärksten Faktoren für die Erhaltung des Friedens in Europa. Und ich freue mich, aussprechen zu können, daß ich auf Grund guter Autorität weiß, wie der Kaiser von Rußland die friedliche und loyale Politik, die ich auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers führe, zu würdigen weiß. Ich bedaure, daß diese Hochschätzung des Zaren in Deutschland nicht allgemein geteilt wird, nicht einmal so weit geteilt wird, daß unsre Presse Anstand nähme, sich an der Person dieses Monarchen zu vergreifen. Ich habe vor wenigen Wochen mit aufrichtigem Bedauern in einem Witzblatte eine Zeichnung gesehen, die geeignet war, den hohen Herrn in einem — ich will mich milde ausdrücken — sehr falschen Lichte darzustellen, und ich habe noch mehr bedauert, daß unser Preßgesetz uns nicht die Möglichkeit gab, gegen diese Ausschreitung vorzugehen.

Aber bei all diesen Momenten, die auf der russischen Seite in die Wagschale des Friedens fallen, kann ich doch nicht verkennen, daß andre Momente da sind, die in die andre Wagschale fallen. Es ist in den weitesten Kreisen der russischen Nation eine Verstimmung verbreitet, eine Verstimmung, die sich

gegen uns richtet, deren innere Gründe schwer abzusehen sind. Sie datirt in ihren Anfängen wohl zurück auf den Krimkrieg; sie ist dann vermehrt worden durch den Haß, den man in Rußland gegen die in Rußland lebenden Deutschen hatte, einen Haß, der sich dann über die Grenzen fortpflanzte, und der auch stieg mit unsern Waffenerfolgen und leider auch mit den diplomatischen Erfolgen, die mein Herr Amtsvorgänger im Interesse Rußlands davongetragen hat. Wir müssen mit dieser Verstimmung rechnen, wie mit einer elementaren Kraft, sie wirkt mit der Sicherheit eines Naturgesetzes. Und wenn wir auch die Hoffnung nicht aufgeben können, daß sie einmal rückläufig werden wird, so ist bis jetzt doch davon keine Spur vorhanden. Die russische Politik ist gewohnt, mit großen Zeiträumen zu rechnen. Auch die russische Militärverwaltung rechnet mit längern Zeiträumen als andre, und sie geht periodisch, aber sicher und zielbewußt in ihren Rüstungen weiter. Sie ist noch nicht am Ende, sie ist jetzt auf ein Prozent der Bevölkerung angekommen mit ihrem Friedenspräsenzstande, ich halte es für wahrscheinlich, daß das noch weiter gehen wird; sie ist organisatorisch nicht am Ende; sie ist technisch nicht am Ende, sie ist im Begriff, ein neues Gewehr einzuführen. Aber das, was sie bis jetzt gemacht hat, reicht schon hin, um unsre ernste Aufmerksamkeit zu verdienen. Nicht daß das, was geschehen ist, darauf schließen ließe, daß wir in naher Zeit vor einem Kriege mit Rußland stünden, aber es läßt darauf schließen, daß Rußland glaubt, sein nächster Krieg werde nicht nach Süden, sondern werde nach Westen geführt werden.

Zielbewußt geht die russische Militärverwaltung ganz langsam in ihren Dislokationen weiter und wird dabei sichtlich von dem ja ganz selbstverständlichen, natürlichen Motiv geleitet, den Mängeln, die das russische Eisenbahnnetz für den Kriegsfall bietet, allmählich mehr und mehr dadurch abzuhelfen, daß die Truppendislokation sich diesem Eisenbahnnetze anpaßt. Allmählich formirt man neue Truppenteile, schiebt minderwertige Reserveformationen, Lokaltruppen in das Innere von Rußland und zieht dafür immer mehr gute Truppen nach dem Westen. Ganz zielbewußt hat die russische Regierung uns gegenüber ihre Grenzen von Kowno an über Grodno längst der Narew und Weichsel immer mehr befestigt. Zielbewußt hat die russische Regierung ihre Kavalleriemassen an unsre Grenzen gelegt; wahrscheinlich wird sie sich nicht dem Glauben hingeben, damit wesentliche militärische Resultate zu erreichen. Sie wird aber hoffen, daß es ihr gelingt, auf diesem Wege unsre Mobilmachung zu stören. Es liegt also ein Zustand vor, der heute eben so wenig etwas Besondres und Aengstliches hat, als er es vor einem Jahre hatte, ein Zustand aber, der, wenn wir die

Augen dagegen schlössen, uns gefährlich werden müßte, und der uns zur Pflicht macht, mit einem Kriege gegen Rußland zu rechnen.

Bei aller Hochachtung und Wertschätzung der Friedensliebe des jetzt regierenden Kaisers von Rußland darf doch nicht vergessen werden, daß zu einer Zeit, wo unser alter Kaiser Wilhelm noch lebte und durch eine innige Freundschaft mit dem Kaiser Alexander II. verbunden war, von meinem Herrn Amtsvorgänger hier von einer vollständigen Kriegsdrohung von Rußlands kompetentester Seite gesprochen worden ist. Ich glaube, daß auch heute die Verhältnisse der beiden Monarchen so gut wie möglich sind, daß eben so wenig ein realer Kriegsgrund vorliegt, wie zu der Zeit, von der der Fürst sprach. Aber auch das kann wiederum geschehen, es kann der jetzt regierende Kaiser von Rußland in eine Lage kommen, wo es ihm als dem Souverän eines großen Staates nicht anders möglich ist, als zum Kriege zu schreiten.

Man hat der jetzigen Regierung den Vorwurf gemacht, wir hätten den Draht zerrissen, der uns mit Rußland verbunden hätte. Dem widerspreche ich ganz bestimmt. Wir haben alle Sorgfalt darauf verwendet, diesen Draht zu erhalten; wir wünschen nur nicht, daß er uns den Strom aus denjenigen Leitungen nimmt, die uns mit Oesterreich-Ungarn und Italien verbinden.

Es ist zweifellos, daß zwischen Rußland und Frankreich eine innere Annäherung stattgefunden hat, und nicht erst, seitdem die jetzige Regierung am Ruder ist; die Anfänge dieser Annäherung werden auf die siebziger Jahre zurückdatirt, nur ist sie mit der Zeit immer sichtbarer hervorgetreten; sie ist so sehr hervorgetreten, daß es wohl möglich war, ihre Symptome wie Kronstadt und andre, unbedeutendere Ereignisse so auszulegen, als wenn in der That ein festes Bündnis zwischen Rußland und Frankreich existire, und immerhin sind die Aeußerungeu auch der russischen Presse in dieser Beziehung doch beachtenswert. Ich bin nicht der Meinung, daß die russische Presse Druckerschwärze ist, sondern ich bin der Meinung, daß gerade in einem Lande, wo die Staatsgewalt noch so stark ist, die Preßäußerungen um so eher Beachtung verdienen, als es der Regierung leicht sein würde, sie zu hindern. Ich kann nicht verkennen, daß die Haltung der russischen Presse gegen uns seit der Annäherung an Frankreich nicht an Freundlichkeit gewonnen hat. Ich will dabei auch nicht verschweigen, daß auch unsre Presse, wie mir scheint, nicht selten über das Maß hinausgegangen ist. Immerhin läßt sich ein gewisser Zusammenhang zwischen dem Auftreten der russischen Presse und der Annäherung an Frankreich nicht leugnen. Ein französisches Blatt brachte vor einiger Zeit einen Artikel, der war überschrieben: Flirt ou Alliance, Courmacherei oder

Ehebündnis. Das Blatt wußte selbst nicht, in welchem Verhältnisse es sich Frankreich zu Rußland denken sollte, und wenn es die Franzosen selbst noch nicht wissen, können wir annehmen, daß der Bund noch kein allzu enger geworden ist; eine Annahme, für die auch sehr gewichtige andre Anzeichen sprechen. Aber immerhin, zwei Liebende spielen mit Feuer, sie zünden von Zeit zu Zeit Freudenfeuer an, deren Funken über unsern Hof fliegen, und wir haben allen Anlaß, unser Löschgerät in Stand zu halten, und wenn es uns nicht vollständig genug scheint, es zu ergänzen. Wir können gegenüber einer Annäherung von Frankreich an Rußland weder Elsaß-Lothringen aufgeben, noch unsre Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn und zu Italien preisgeben. Ich wiederhole, es liegt auch in diesen Verhältnissen nichts Akutes, aber es sind elementare Kräfte da, deren Schwergewicht immer mehr dahin drängt, daß wir genötigt sind, uns die Frage vorzulegen: ist unsre Wehrkraft den künftigen Aufgaben noch gewachsen, oder ist sie es nicht mehr? Wenn wir unsre Wehrkraft verstärken und dabei auch an Rußland denken, so liegt darin nicht das mindeste Moment, was für Rußland bedrohlich sein könnte. Ich will nur daran erinnern, daß wir nach dem Jahre 1815, zurückkehrend aus einer Campagne, die wir mit Rußland zusammen durchgemacht haben, anfingen, unsre Festungen nach dem Osten zu bauen; wir haben die Garnisonen vermehrt, unser Eisenbahnnetz darauf mehr eingerichtet, noch in den letzten Jahren unsre Dislokationen vermehrt, ohne irgend eine aggressive Absicht gegen Rußland zu haben. In demselben Rahmen bleiben wir auch jetzt: wir wollen weder Frankreich noch Rußland angreifen, wir wollen aber für den Fall, daß diese beiden Staaten sich mehr einander nähern sollten, alle Mittel aufbieten, die uns zur Verfügung stehen, um einen etwaigen Angriff zurückweisen zu können. Wir stehen vor der Notwendigkeit, wenn wir an einen künftigen Krieg denken, uns den mit zwei Fronten zu denken, und zwar nicht als die Ausnahme, sondern als den wahrscheinlichen Fall. Schon in der Vorlage zu dem Gesetz behufs Vermehrung der Wehrkraft von 1888 haben die verbündeten Regierungen ausgesprochen, daß der Krieg mit zwei Fronten ins Auge gefaßt werden müßte, und von dieser Stelle hier ist Ihnen das aufs nachdrücklichste und wirksamste vorgeführt worden. Es liegt ja auch auf der flachen Hand, daß, wenn Rußland die Neigung haben sollte, uns mit Krieg zu überziehen, das Bündnis mit Frankreich ihm jeden Tag zur Verfügung steht.

Ob, wenn Frankreich uns angriffe, ein russischer Angriff eben so sicher und mit derselben Schnelligkeit zu erwarten wäre, das will ich dahingestellt sein lassen. Immerhin aber würde das Dasein von Rußland uns nötigen, an unsrer Grenze

Kräfte stehen zu lassen, die dem, was wir gegen Frankreich aufzubieten haben, abgehen würden. Ich glaube, gegen die Erwägung, daß wir mit dem Kriege mit zwei Fronten zu rechnen gezwungen sind, läßt sich schwer etwas einwenden, und ich darf mich auf die Ausführungen meiner militärischen Herren Kollegen beziehen, wenn ich die Behauptung aufstelle, daß wir dem nicht gewachsen sind. Auch das letztere ist ziemlich allgemein anerkannt worden, man hat aber gesagt: Ja, wenn wir einen Krieg mit zwei Fronten führen sollen, so werden wir niemals stark genug werden, um nach beiden Seiten zu schlagen. Das ist ein Motiv, was ich mit tiefer Betrübnis gelesen habe, denn in seiner Konsequenz würde dies doch nichts andres heißen, als: Wenn wir einmal mit Uebermacht angegriffen würden, so wollen wir uns gar nicht verteidigen. Das ist doch ein für Deutsche unmöglicher Gedanke, und ich will nur erinnern an die Männer von 1813, die vom Jahre 1807—1813 unaufhörlich im kleinen Preußen schufen, die Wehrkraft zu vermehren suchten, bis sie sie auf 12 Infanterieregimenter gebracht hatten. Was würden die Männer gesagt haben und welch heiliger Zorn würde sich von den Zungen dieser Männer auf uns ergießen, wenn sie uns von der Möglichkeit sprechen hörten, daß, weil wir einmal nicht so stark wären, wie andre, wir unsre Verteidigung aufgeben wollten. Diese Männer haben damals im kleinen Preußen gegen die Weltmacht eines Napoleon gerüstet und sind zum Erfolge gekommen, und wir sollten nicht weiter gehen, als wir bisher gegangen sind, wir sollten nicht an die äußerste Grenze des Möglichen in Bezug auf unsre militärische Leistungsfähigkeit zu gehen bereit sein, bloß weil Fälle denkbar sind, in denen andre noch stärker sind? Das halte ich für unmöglich.

Ueberdies ist das ja klar: unsre ganze Machtstellung, unsre Weltstellung, hängt von unsrer militärischen Leistungsfähigkeit ab. Jede politische Frage reduzirt sich zuletzt auf einen militärischen Faktor. Auch das größte politische Geschick wird in seinen letzten Handlungen gebunden durch die Frage: welche militärischen Konsequenzen kann ich meinen Entschließungen geben, und es liegt auf der Hand, daß, je stärker wir sind, um so eher werden wir auch in schwierigen Fällen auf Bundesgenossen rechnen können. Wir können aber schon heute auf Bundesgenossen rechnen, und auf Bundesgenossen, deren Wert ich sehr hoch schätze. Der Dreibund ist vielleicht in keiner der drei Nationen so populär wie bei uns, und ich glaube, die Nation rechnet es meinem Herrn Amtsvorgänger als eines seiner größten Werke an, daß er diesen Dreibund geschaffen hat. Wir halten an dem fest und sind überzeugt, daß unsre Verbündeten eben so fest daran halten. Daraus folgt aber

wiederum nicht, daß wir nun nicht mit uns zu Rate gehen müßten, ob wir wirklich stark genug sind, ob der Dreibund als Ganzes auch stark ist, und ich glaube, daß Ihnen da wiederum von militärischer Seite wird der Nachweis geführt werden können, daß, wenn Sie den Dreibund ansehen, er nicht diejenige Truppenzahl aufzubringen imstande ist, die Frankreich und Rußland aufzubringen vermögen. Man hat jetzt viel — und zu meinem Bedauern viel von unberufener Seite — über diese Dinge geschrieben. Da sind die merkwürdigsten Behauptungen aufgestellt worden: der Dreibund läge militärisch sehr glücklich, er wäre auf der innern Linie und es wäre nichts leichter, als die Italiener, wenn es notwendig wäre, hierher zu bringen, uns auch vielleicht nach Italien, um dann gemeinsam irgendwo über einen schwächern Gegner herzufallen. Es kann meine Aufgabe nicht sein, hier einen Kursus über Strategie zum Besten zu geben. Ich kann mich auf die Versicherung beschränken, daß bei diesen Erörterungen Ansichten zu Tage gekommen sind, die, wenn sie jemand vorbrächte, der das Examen zur Kriegsakademie machen soll, er sicherlich nicht zugelassen werden würde. Jeder Koalitionskrieg hat seine Schwierigkeiten. Wir haben Schwierigkeiten, die ein einfacher Blick auf den Atlas ergeben kann: auf der einen Seite springt das Gouvernement Warschau sehr tief zwischen Galizien und Ostpreußen ein, und auf der andern Seite die Schweiz mit ihrer international garantirten und unantastbaren Neutralität. Das allein sind Umstände, die einen gemeinsamen Gebrauch der Truppen überaus erschweren würden, selbst wenn man in einen solchen gemeinsamen Gebrauch überall einwilligte. Auch hier hat man einen Einwand gemacht und hat gesagt: ja, warum soll Deutschland immer weiter rüsten, nun laßt doch einmal die Italiener und Oesterreicher antreten und es Sache der deutschen Regierung sein, daß sie dafür sorgt, daß Oesterreich und Italien auch das ihrige thun. Ich glaube, daß das das verkehrteste wäre, was wir thun können. Die deutsche Regierung hat sich von jeher gescheut, in die innern Angelegenheiten andrer Staaten einzugreifen, sie hat diese Scheu auch noch jetzt, und ob wir etwas andres durch solche vermeintliche gute Ratschläge erreichen würden, als unsre Verbündeten zu verstimmen, ist mir sehr fraglich. Ich glaube, es ist viel besser, daß sie sich auf uns verlassen, ebenso wie wir uns auf sie verlassen, und sind ebenso überzeugt, wie sie es sein können, daß, wenn einmal der große Krieg kommen wird, alle drei Staaten ihr Bestes einsetzen werden. Uebrigens lassen sich solche Bündnisse in Betreff der Truppenzahl gar nicht kontingentiren. Wenn Deutschland und Oesterreich eine Campagne in Schleswig-Holstein anfangen, so kann man sehr wohl sagen: ich stelle so viel, und du stellst so viel. Das ist bei einem Zukunftskriege ausgeschlossen,

das ist ausgeschlossen bei einem Bündnis, das nicht auf den Krieg geschlossen ist, sondern auf die Erhaltung eines langen Friedens. Wenn wir wirklich bestimmte Zahlen im Bündnisse festgesetzt hätten, wer stünde uns dann dafür — den Fall, daß unsre Bundesgenossen nicht gewillt sein sollten, sich gegenseitig mit dem Aeußersten zu unterstützen, halte ich allerdings für undenkbar —, daß doch nicht einmal einer sagt: „Ich brauche so und soviel Armeekorps, um meine Küsten zu schützen, oder um da und da eine Reservearmee aufzustellen.“ Gegen eine solche Verwendung würde auch eine Kontingentirung des Bündnisses niemals schützen können. Immer wird das bestehen bleiben, daß wir im Dreibunde, wenn es zum Kriege kommt, die Hauptlast auf unsre Schultern zu nehmen haben. Das ist auch insofern keine Unbilligkeit, als wir von den drei Staaten der einzige sein werden, der genötigt ist, nach zwei Seiten zu schlagen. Wenn man nun die Sache so ansieht, wie ich versucht habe, es hier zu entwickeln, so entsteht die weitere Frage: *Wie ist es nun gekommen, daß Deutschland in eine Lage versetzt worden ist, in der es die militärische Suprematie über Europa, die es in den Jahren 1870/71 hatte, verloren hat?* Das ist gekommen auf eine sehr einfache Weise, ohne jede Schuld seitens Deutschlands und der deutschen Verwaltung. Die deutsche Armee und das deutsche Volk haben seit dem Jahre 1870 nicht auf ihren Lorbeeren geruht, sie haben mit einem Fleiße gearbeitet, wie ihn die Armee vorher noch nie gesehen hat, mit einem Fleiße, betreffs dessen man Bedenken haben kann, daß ein Teil der Kräfte von Offizieren und Unteroffizieren zu früh ruinirt werden wird. Ich muß auch anerkennen, daß von seiten des Reichstags das Möglichste geschehen ist, um die Mittel für die Armee zu beschaffen, die die verbündeten Regierungen für nötig hielten; aber ist es denn nicht ganz natürlich, daß nach einem großen und schweren Kriege, der bald auf zwei andre Kriege gefolgt war, der Sieger weniger die Neigung hat, Opfer zu bringen, als der Besiegte? Naturgemäß kommt der Sieger mit dem Gefühl nach Hause, daß er satt ist, wir Deutsche überdies mit dem glücklichen Gefühl, daß wir endlich geeinigt waren. Wir haben auf diese Einigung auch in der Beziehung von je her gehofft, daß wir annahmen: ist erst Deutschland geeinigt, so wird dieses große einige Volk eine hinreichende Armee aufstellen können, ohne daß einzelne Teile so unverhältnismäßig schwer belastet werden, wie das früher war. Es ist natürlich, daß man nach Sedan in einer andern Stimmung ist, wie nach Jena und Auerstädt. Es ist natürlich, daß der Sieger sich die Frage stellt, mit welchem Minimum von Leistungen kann ich die Früchte meines Sieges erhalten, während der Besiegte sich fragt, welches Maximum von Leistungen kann ich aufbringen,

um das, was ich verloren habe, wiederzubekommen. Es ist also, wenn die deutsche Suprematie nach und nach in ein Gleichgewicht mit unsern Nachbarn übergegangen ist, *der Grund lediglich darin zu suchen, daß unsre Nachbarn ihre Wehrkraft in einer Weise gesteigert haben, die wir nicht vorhersahen.*

Aus diesem Unterschiede zwischen Sieger und Besiegten ist denn auch naturgemäß die Weise, wie wir unsre Wehrkraft entwickelt haben, zu erklären. In Frankreich, und in Rußland nach dem Türkenkrieg, wo die Russen zwar Sieger, aber nicht überall von ihren eignen Zuständen befriedigt waren, hat man sich die Frage vorgelegt, welches System werden wir annehmen, worauf werden wir abzielen, in langen Jahren, und man hat systematisch Schritt für Schritt die Wehrkraft verstärkt. Wir scheuten uns, wir nahmen Rücksicht auf die wirtschaftlichen, auf die finanziellen Verhältnisse — durchaus berechtigte Rücksichten, aber Rücksichten, die uns nach und nach dahin führten, daß wir einmal mit „Augen rechts" und einmal mit „Augen links" immer einen kleinen Schritt vorwärts machten, daß wir das Bestreben hatten, nicht von rechts oder links überflügelt zu werden, daß wir nachhinkten, statt systematisch vorzugehen. So sind wir zu einer Reihe von Notbehelfen gekommen, die an sich wirksam waren, zum Teil aber wirksam ad hoc, die in Lagen ergriffen wurden, in Momenten, wo man glaubte, man stehe vor dem nahen Kriege, wo man schnell eine Abhilfe traf. Da wir jetzt nicht glauben, vor einem nahen Kriege zu stehen, da wir aber doch auf der andern Seite glauben, mit einem Kriege rechnen zu müssen, so schlagen wir Ihnen Maßregeln vor, die nicht ad hoc getroffen, die langsam und sicher, aber besser wirken werden.

Eine der ersten Maßregeln, die man ergriff, war die — und zwar fing das in Preußen schon bald nach der Reorganisation der Armee an —, daß man *die Zahl der Dispositionsurlauber vermehrte*. Man hatte in alten Zeiten, am Ende der fünfziger Jahre fünf Königsurlauber für die Kompagnie der Infanterie. Man erkannte bald, daß man damit nicht imstande war, den Beurlaubtenstand zu schaffen, den man für den Kriegsfall brauchte. Es bot sich ein einfaches, kostenloses Mittel: man vermehrte die Zahl der Dispositionsurlauber. Man bekam also immer weniger Leute, die drei Jahre dienten, und immer mehr Leute, die zwei Jahre dienten. Die Maßregel hat sehr verschieden gewirkt, konnte auch sehr verschieden ausgeführt werden, und bei allem Bestreben der militärischen Behörden, gerecht zu sein, ist es nicht möglich, vom militärischen Standpunkte aus zu beurteilen, zu vergleichen: ist der Mann aus diesem Kreise zu Hause nötiger wie der Mann aus einem andern Kreise? Sehr viel spielt die mehr oder

weniger lebhafte und farbenvolle Darstellung der häuslichen Verhältnisse mit, wenn über Dispositionsurlaub entschieden wird. Wir sind dadurch nach und nach zu einem System gekommen, von dem die allgemeine Meinung doch wohl dahin geht, daß es nicht länger beibehalten werden kann. Ein zweites Auskunftsmittel war die Schöpfung der Ersatzreserve. Zuerst erfand man sie, und dann erfand man ihre Uebungspflicht. Man ließ also alle Jahre eine gewisse Anzahl von Infanteristen auf zehn Wochen, ein zweites Jahr weniger, ein drittes Jahr noch weniger üben, um damit unsre Kadres im Kriegsfalle auszufüllen. Auch das Mittel war kein glückliches, denn in zehn Wochen kann man heutzutage aus einem Mann, der aus der Heimat kommt, einen Soldaten unmöglich machen. Indessen das Mittel wirkte immerhin insofern, als es uns schnell eine gewisse Anzahl von Leuten gab, die wie Soldaten aussahen und wenig kosteten. Das dritte Mittel wurde im Jahre 1888 gewählt, erst recht ein Mittel ad hoc, ein Mittel, das man ergreifen konnte und ergreifen mußte, wenn man, wie das damals der Fall war, vor einem nahen Kriege zu stehen glaubt; man gab einfach ein Gesetz, das die Landwehr zweiten Aufgebots wieder aufleben ließ.

Nun bitte ich mit Ihren Erinnerungen zurückzugehen auf die preußische Reorganisation vom Jahre 1861. Der Grund zu dieser Reorganisation lag darin, daß man in den Jahren 1848/50 und bei der Mobilmachung von 1859 erkannt hatte, daß Landwehr und Linie in dieselben Verbände zu stellen nicht rätlich sei. Wir hatten bis zum Jahre 1861 jede Infanteriebrigade formirt aus einem Infanterieregiment und einem Landwehrregiment. Dem Uebelstande sollte abgeholfen werden: Man wollte die Landwehr ihrer ursprünglichen Bestimmung, das Land zu wehren, mehr zuwenden; sie sollte die Festungen besetzen, sie sollte aber nicht mehr in erster Linie mit ins Feld geführt werden. Das Gesetz vom Jahre 1867 gab dem Ausdruck. Allmählich verschwanden die ältern Jahrgänge der Landwehr aus den Listen unsers Beurlaubtenstandes. Es sollte nur bleiben das, was früher Landwehr ersten Aufgebots geheißen hatte, und die sollte für Besatzung der Festungen bestimmt sein. Mit dem Gesetz vom Jahre 1888 glaubte man, wie es damals gesagt wurde, eine vierte Großmacht von 700000 Mann schnell zu schaffen. Ich habe Zweifel, ob dieses Mittel die Wirkung einer vierten Großmacht gehabt haben würde, ich gebe aber zu, wie die Verhältnisse damals lagen, war es das einzige, was schnelle Abhilfe schaffen konnte. Man verlängerte also die Dienstpflicht bis auf das 39. Jahr, nachdem man sie bei der Reorganisation bis auf das 32. heruntergebracht hatte, und man verlängerte die Landsturmpflicht

bis auf das 45. Jahr. Mit diesen Maßregeln waren Uebelstände verbunden, Uebelstände nicht bloß militärischer Art, sondern Uebelstände, die auf die Nation im ganzen zurückwirken mußten. Man hatte sich von der allgemeinen Wehrpflicht getrennt; es waren Ungleichheiten in Bezug auf die Pflichten eingetreten, nicht bloß Ungleichheiten, wie wir sie jetzt bestehen lassen wollen zwischen Menschen, die reiten, und Menschen, die zu Fuß gehen, sondern Ungleichheiten in denselben Truppenteilen. Man hatte in einem Infanterieregiment in einer Kompagnie Leute, die drei Jahre dienten, dann kamen Leute, die zwei Jahre dienten, dann kamen Einjährige, und dann kamen Ersatzreservisten mit zehn Wochen. Das war eine Einrichtung, die das Volksbewußtsein verletzte, und die nicht dahin führen konnte, den alten preußischen Grundsatz aufrecht und dem Volke lieb zu erhalten, daß die Verteidigung des Vaterlandes mit der Waffe die höchste Ehre für den Mann ist. Durch diese Ungleichheiten in der Dienstpflicht kam ein Bestreben hinein, loszukommen, ein Bestreben, das die Armee und das Volk in ihrem innersten Wesen schädigen mußte. Es wurde dieses verschärft durch die kurze Dienstzeit der Ersatzreservisten, es wurde dadurch auch ein Nachteil in die Truppe gebracht, denn naturgemäß fragt sich der Mann, den man drei Jahre bei der Fahne behält, wenn man andre nach zehn Wochen entläßt, warum muß ich denn drei Jahre dienen? und die Neigung, nach Hause zu kommen, wird in der Armee immer mehr verstärkt. Man hatte also zu Mitteln gegriffen, die sittlich nach meiner Ueberzeugung für das Volk und für die Armee nicht unbedenklich waren.

Noch mehr steigerte sich dieses dadurch, daß man sich vornahm, im Kriege alte Leute einzuberufen, während junge Leute entweder zu Hause blieben, oder erst allmählich einberufen wurden und vor dem Feinde erschienen sein würden, wenn die Alten ihr Blut bereits vergossen hatten. Im Jahre 1889 erkannte der damalige Kriegsminister die Notwendigkeit, eine durchgreifende Reform einzuführen und mit diesen Uebelständen, soweit es möglich wäre, zu brechen, die Armee zu vermehren, sie in den Stand zu setzen, daß sie nicht schon in den ersten Augenblicken nach Ausbruch des Krieges genötigt wäre, ihre ältesten Leute gegen den Feind zu führen. Im Sommer 1889 hatten zwischen dem damaligen Kriegsminister und dem damaligen Reichskanzler Verhandlungen stattgefunden, die in einem Schreiben des Kriegsministers v. Verdy am 8. März 1890 ihren Abschluß fanden, in welchem er sagt, „daß wir nicht länger zögern können, auch unsrerseits alles aufzubieten, wollen wir nicht die Zukunft des deutschen Reichs gefährdet sehen.“ Und dann:

Es hat sich bei unsern Mehrforderungen in den letzten Jahren stets darum gehandelt, durch verhältnismäßig kleine Maßnahmen das Gleichgewicht

der Kräfte zu erhalten. Jetzt läßt es sich nicht länger hinausschieben, unsre Heeresorganisation wesentlich zu erweitern.

Am Tage darauf hielt das preußische Staatsministerium eine Sitzung ab. Der General v. Verdy entwickelte das Projekt und that dabei dar, daß die fortlaufenden jährlichen Kosten sich bei Durchführung des Projektes auf 117 Millionen Mark belaufen würden. Der Fürst Bismarck äußerte sich, daß es sich bei der bevorstehenden Vermehrung unsrer Wehrkraft nicht um die Abwehr einer einmaligen Bedrohung handle, sondern um die dauernde Abwehr etwaiger Bedrohungen, zu welchen die Lage Deutschlands Veranlassung geben könnte. Es würde daher erforderlich sein, die Einnahmen dauernd zu erhöhen, um sie den militärischen Bedürfnissen anzupassen. Am 12. März 1890 fand über denselben Gegenstand die zweite Sitzung des Staatsministeriums statt, und das Staatsministerium beschloß, daß die Vorlage mit thunlichster Beschleunigung bearbeitet und vorgelegt werden sollte.

Ich befinde mich ganz auf demselben Standpunkt, auf dem sich hier der Fürst Bismarck und General v. Verdy befunden haben. Ich habe ganz dieselbe Ueberzeugung von der Notwendigkeit und Unaufschiebbarkeit der Vermehrung unsrer Wehrkraft. Aber ich habe mir gesagt und bin darin durch den Verlauf der Session von 1890 mit den Windthorstschen Resolutionen bestärkt worden: das, was hier als Projekt vorlag, ist nicht durchzusetzen mit diesem Reichstage; wir werden uns den Verhältnissen anpassen und untersuchen müssen: was ist das unumgänglich Notwendige? wie können wir das Projekt beschränken, um wirtschaftlich und finanziell den gebotenen Rücksichten gerecht zu werden? Wir haben den Gedanken nicht wieder fallen lassen, er ist immer weiter fortgepflegt worden und hat in dieser Vorlage seinen Ausdruck gefunden. Wir haben noch heute personell nach meiner Ueberzeugung die Ueberlegenheit über jede andre Armee; unsre Generale sind besser, unsre Offiziere sind besser, und unser Mann ist besser. Wir haben die Möglichkeit, unsre Stellung zu erhalten; aber woran es fehlt, das ist die Stärke und die Organisation. Wir sind zu schwach, zu alt und zu lose in Bezug auf unsre Kriegsorganisation, und wir wollen verstärken, verjüngen und verbessern. Wir wollen verstärken. Die Vorlage, die Ihnen gemacht wird, giebt die Zahl an. Wir wollen in Bezug auf die Gemeinen auf eine Zahl von 492068 Mann als Jahresdurchschnitt hinkommen. Die Erhöhung beträgt, die Unteroffiziere inbegriffen, 83894. Das sind erhebliche Zahlen. Aber ich möchte — ohne mich auf militärische Erörterungen, auf Zahlenvergleiche mit andern Staaten einzulassen — zunächst einen Einwand abzuwenden suchen, den man gemacht hat. Ich selber

habe das französische Wort rage des nombres in diesem Reichstag eingeführt, und man hat in der Presse weidlich auf diesem Pferde herumgeritten und behauptet: wie kann dieselbe Regierung, die von der rage des nombres gesprochen hat, jetzt mit einer solchen Vermehrung des Heeres kommen? Zunächst möchte ich dagegen erwidern, daß, wenn man einen hohen Wert auf die Güte der Truppen legt, doch zuletzt immer ein Maß kommt, in dem die Zahl auch zur Geltung gelangt. Die besten Eigenschaften müssen eben an einer Anzahl lebendiger Leiber zum Ausdruck kommen, und wenn die Anzahl der Menschen zu gering wird, so ist heute vielleicht in Afrika noch ein Erfolg möglich, aber in Europa nicht mehr. Dann läßt man vollkommen außer acht, daß wir in der Notwendigkeit sind, anders wie andre Staaten, mit einem Kriege nach zwei Fronten zu rechnen, und wir Gott danken wollen, wenn wir in einem Zukunftskriege auf jeder Front so stark sind, wie wir es in dem französischen Kriege gewesen sind. Damit fällt der Einwand, daß wir schwerlich in der Lage sein würden, diese Massen zu ernähren, zu bewegen und zu gemeinsamem Schlagen zu bringen, fort. Das wollen wir auch nicht. Wir rechnen darauf, daß diese Massen auf zwei Schauplätzen gebraucht werden, und daß wenigstens zur Aufsicht an einer Grenze so viele abgehen, daß die Zahl auf der andern Seite uns nicht unbequem wird. Wenn wir in der Lage wären, beim Ausbruch eines Krieges die Menge unsrer Streiter unbequem zu empfinden, so giebt es ein einfaches Mittel: man läßt die Alten zu Hause. Das haben wir ins Auge gefaßt, und dahin geht gerade unser Streben: wir wollen dahin kommen, nicht schon am ersten Mobilmachungstage, wie es jetzt der Fall ist, gleich Landwehr zweiten Aufgebots und Landsturm einzuberufen. Also wenn wir höhere Zahlen wollen und bekommen, und wenn die uns zu viel werden sollten, giebt es nichts einfacheres, als uns des Plus aus älteren Jahrgängen zu entledigen. Wir wollen nicht Zahlen schaffen, sondern Werte. Das aber unterliegt keinem Zweifel, daß der jüngere Mann, der unmittelbar oder nach kurzer Pause aus dem Friedenspräsenzstand in das Kriegsheer eingestellt wird — bei aller Hochschätzung der Eigenschaften der Vaterlandsliebe und des Patriotismus der Landwehrleute —, doch militärisch einen höheren Wert besitzt. Können wir uns nun solche höhere Werte sichern, warum sollen wir dann auf ältere Leute, die mehr darunter leiden, deren Verwendung für das Land und das Heer nicht denselben Nutzeffekt gewährt, zurückgreifen? Ich möchte mich eines Vergleichs bedienen. Wir haben, um unsre Wehrkraft zu erhöhen, auf einer schmalen Basis — und die Basis ist immer der Jahrgang, der eingestellt wird — nach und nach zu einer großen Zahl von Streitern kommen wollen,

indem wir die Pyramide immer erhöhten und nun durch das Gesetz von 1888 immer oben noch ein paar Jahrgänge zusetzten.

Ich wiederhole noch einmal: es trifft niemanden dafür ein Vorwurf. Es war damals nichts anders zu schaffen. Aber der Weg wäre ein falscher, wenn man eben, wie wir, Zeit vor sich zu haben glaubt, und wenn man von der Notwendigkeit durchgreifender Hilfe überzeugt ist. Die Basis der Pyramide, die Größe der jährlich eingestellten Jahrgänge muß größer werden.

Wir wollen weiter verjüngen. Es handelt sich bei der Frage, die die Presse jetzt auch vielfach bewegt hat, über Landwehr und Linie, ja nicht darum: was hat die Landwehr geleistet? sondern es handelt sich darum: was kann man der Landwehr zumuten? Es sind Artikel in einer militärischen Zeitschrift erschienen, denen die Regierung und die Militärverwaltung fern steht, Artikel, die eine gewisse Unzufriedenheit, einen Aerger, eine gewisse Aufregung hervorgebracht haben, indem man von der Ansicht ausging, es läge darin — es sind sehr harte Ausdürcke gebraucht worden — eine Beschimpfung — es wurde dann abgemildert — eine Verunglimpfung der Landwehr. Ich weiß nicht, wer die Artikel geschrieben hat — prinzipaliter nehme ich aber an: ein Offizier im Dienst oder außer Dienst. Ich nehme aber nicht an, kann es auch nicht annehmen, kann das auch aus dem Artikel nicht herauslesen, daß der Schreiber dieses Artikels die Absicht gehabt habe, die Landwehr herabzusetzen — das kann und wird kein deutscher Offizier thun. Aber es handelt sich, wie es sich im Jahre 1861 gehandelt hat, um die Frage: was kann denn die Landwehr überhaupt leisten? Alle menschliche Leistungsfähigkeit hat ihre Grenze. Der erste Napoleon hat den Ausspruch gethan, Menschen und Truppen wären im Kriege journaliers, also ihre Leistungen wären tagweise verschieden. Das ist richtig. Und wenn ich als Kriegshistoriker die Leistungen eines Linien- oder Landwehrtruppenteils beurteilen wollte, so würde ich — und ich glaube, das würden alle Militärschriftsteller thun — sehr schwer zu einem abfälligen Urteil kommen. Denn es ist niemals einwandfrei festzustellen: welche Umstände haben auf das Mißgeschick, was der Truppenteil gehabt hat, zurückgewirkt? Es ist nicht möglich, sich später zu vergegenwärtigen oder klarzustellen, in welchem physischen Zustande die Truppe gewesen ist — war sie satt, war sie ausgeschlafen, was für moralische Eindrücke habe sie vorher gehabt? Das sind Fragen, die beantwortet sein müssen, ehe man ein Urteil über die Leistungen eines Truppenteils im Felde fällt. Aber immerhin sind wir genötigt — und aus Anlaß dieser Vorlage genötigt —, uns vor die Frage zu stellen: Ist es richtig, die Landwehr in erster Linie zu verwenden, oder thun wir klüger,

zuerst diejenigen Menschen, die wir im jugendlichen und kräftigen Alter noch in Deutschland haben, an den Feind zu bringen, ehe wir auf die älteren zurückgreifen? Darüber, glaube ich, kann nur ein Urteil sein; und das, was wir hier bezwecken, indem wir mit unsrer Vorlage die Armee verjüngen wollen, geht dahin, die älteren Jahrgänge zu schonen, sei es, daß man sie ganz zu Hause läßt, oder sei es, daß man mindestens, bis es notwendig ist, sie nicht an den Feind schickt. Ich will, um einem möglichen Streit zwischen Linie und Landwehr, der ja bei der Reorganisation von 1862 eine so große Rolle gespielt hat, keine Nahrung zu geben, denselben Menschen mit einander vergleichen und will annehmen: das eine mal ist er 22 Jahre alt und steht in einer Linientruppe, wenn die Mobilmachung kommt, das zweite mal aber ist er in der Landwehr und 32 Jahre alt, wenn die Mobilmachuug eintritt und ihn von Hause ruft. Es müßte ein sehr schlechter Truppenteil sein, bei dem der Mobilmachungsbefehl nicht unter allen Umständen einen gewissen Grad von Freude, von fortreißender Freude hervorruft. Das ist auch natürlich. Der Mann wird das Kasernenleben endlich los, kommt heraus, stellt sich die Sache vielleicht auch noch poetischer vor, als sie ist, und gerne tritt jede Truppe an mit Gewehr, wenn die Mobilmachungsordre kommt. Nun zieht der Mann fort, jung ist er, „des Lebens Aengste, er wirft sie weg, hat nichts zu fürchten, zu sorgen“; so zieht er in den Krieg.

Wenn der Mobilmachungsbefehl diesen selben Mann aber erst mit 32 Jahren trifft — so hat er geheiratet, hat Kinder, hat ein Geschäft gegründet. Jetzt bekommt er den Befehl: innerhalb 24 Stunden stellst du dich ein. Er kommt, er ist patriotisch, er hat vielleicht von Vaterlandsliebe mehr, als er in seiner Jugend hatte, er ist an Pflichtgefühl, an Opferfreudigkeit vielleicht gewachsen. Was wird ihm zugemutet? Jetzt wird er zum Truppenteil abgegeben, er wird auf die Kammer geführt, es werden ihm die Sachen angepaßt, die Stiefel drücken ihn, der Tornister ist ihm nicht bequem, der Kragen ist ihm ungewohnt; er ist zu Hause an Weißbrot gewöhnt, jetzt bekommt er Kommißbrot, seine Gesundheit fängt an zu leiden; aber der Mann ist patriotisch, er hält das alles aus. Jetzt wird er auf die Eisenbahn gesetzt und ins Feld gefahren. Da lädt man ihn aus. Es kommen die mühseligen Märsche, Tagesmärsche, Nachtmärsche; je näher dem Feinde, um so mehr drängt sich alles zusammen, die Verpflegung wird schlechter, zuletzt ist er auf die knappe eiserne Portion angewiesen. Nun kommt der Schlachttag. Inzwischen hat er Briefe, Karten von Hause bekommen. Die Frau klagt, und mit dem Bleigewicht der Sorge schleppt er sich durch; trotzdem hält der Mann aus. Am Tage der Schlacht soll

nun die Landwehr unmittelbar neben Infanterie der Linie gebraucht werden. Früh verlassen die Truppen die Hauptstraßen des weiten Feuers des Feindes wegen, um die Gefahr zu ermäßigen, es geht über Sturzacker, er giebt sein Letztes für Deutschland. Nun fängt das Feuer an; auch er kommt ins Feuer; er denkt: gut, daß er endlich zum Schuß kommt, er kann endlich aktiv werden. Jetzt wird sprungweise vorgegangen; da soll er mit dem Tornister auf dem Rücken abwechselnd laufen, sich hinwerfen und schießen, und wenn das bis zum Abend gegangen ist, dann soll die Truppe noch etwa 400 Meter mit Hurra avanciren und den Feind aus seiner Stellung drängen. Derselbe Mensch, der das mit 22 Jahren leistet, kann es und wird es auch mit 32 Jahren leisten, aber der Aufwand an Kraft und Opferwilligkeit ist sehr erheblich größer bei den 32jährigen als bei den 22jährigen. Ich achte die Opfer, die unser Beurlaubtenstand, Offiziere wie Mannschaften, im Kriege bringen, sehr hoch — es ist viel mehr, was diese Männer leisten, als was wir Berufssoldaten leisten, und die Kriegsdenkmünze auf der Brust eines alten beurlaubten Soldaten ist in meinen Angen eines der höchsten Ehrenzeichen, die ein Mensch tragen kann. Vor allem müssen wir aber nach der Wahrheit suchen, und man wird das auch unsern Offizieren nicht verdenken können, wenn sie nach dem, was die Wahrheit in diesen Dingen ist, forschen. Ich darf daran erinnern, daß die Franzosen sich dadurch einen großen Schaden gethan haben, daß sie auf die Berichte des Obersten Stoffel nach dem Jahre 1866 keinen Wert legten, die Berichte, die ihnen die Wahrheit sagten. Und wenn ich also auch wünsche, daß nun und nimmermehr ein deutscher Landwehrmann in seinem Ansehen, in seinem Selbstgefühl geschädigt werden möge, so kann ich immer nicht finden, daß in dem, was geschehen ist, ein Grund liegen könne zu der Entrüstung, die durch die Zeitungen gegangen ist. Ich bin der Ueberzeugung, und ich glaube, Sie alle werden sie mit mir teilen, daß der Name eines deutschen Landwehrmannes auf alle Zeiten ein Ehrenname bleiben wird.

Ich muß nun auf den Teil der Landwehr noch zurückkommen, der, wenn man einen Vergleich mit der Linie anstellt, der meistbeteiligte ist: die Landwehr ersten Aufgebots. Ich wiederhole noch einmal, das sind die Mannschaften, die durch die Reorganisation des hochseligen Königs Wilhelm in ein Verhältnis gebracht werden sollten, was sie davon befreite, schon bei Ausbruch der Mobilmachung in engem Verband mit der Linie an den Feind gebracht zu werden. Die Landwehrleute befinden sich in Truppenteilen, die man heutzutage Reservedivisionen nennt, die aber ihren Namen weder davon haben, daß sie aus Reservisten zusammengestellt

sind — denn sie setzen sich aus Landwehrleuten zusammen —, noch davon, daß sie in Reserve gehalten werden sollen. Denn die Reservedivisionen, die wir aufstellen, werden fast ausnahmslos mit der Linie mobil gemacht und mit der Linie ins Feld gestellt. Wir haben nicht die Mittel, diese Reservedivisionen in den Festungen zu lassen, wir müssen sie brauchen wie Feldtruppen, wir haben nicht die Zeit, sie erst nach und nach an das militärische Leben sich gewöhnen zu lassen. Vom ersten Tage an müssen sie neben den Linientruppen stehen; wenn man sie auch nicht, wie zur Zeit vor der Armeeorganisation, in Brigaden mit der Linie einreiht, so wird man sie doch immer wieder in gewisse Verbände mit der Linie bringen müssen. Es wird dann für den Feldherrn die Frage entstehen: soll das Tempo des Ganzen sich nach dem langsameren Tempo der Landwehr richten oder nach dem rascheren Tempo der Liniendivisionen, was letzteres für die Reservedivisionen baldige Auflösung durch Erkrankungen voraussichtlich zur Folgen haben müßte. Unsre Reservedivisionen sind älter als die französischen und russischen, und sie entbehren die Kadres. Sie sind sehr stark verheiratet. Die Statistik des Jahres 1885 ergiebt, daß im Alter von 20 bis 25 Jahren 7,4 Männer verheiratet sind, von 25 bis 30 Jahren 47,8 und von 30 bis 35 Jahren 76 Prozent. Das letztere ist das Alter unsrer Reservedivisionen. Mir ist erinnerlich aus dem letzten Kriege, daß das erste Gardelandwehrregiment bei einem Etat von 3000 Köpfen 4000 Kinder zählte. Sie werden mir zugeben, daß eine auf solche Weise — ich möchte sagen — moralisch belastete Truppe immerhin mehr Schwierigkeiten zu überwinden hat, wie eine andre, und daß es Pflicht der Armeeverwaltung ist, danach zu suchen: wie können wir diesem Uebelstand abhelfen, wie können wir jüngere Leute schaffen? Daß wir das können, wird Ihnen nachgewiesen werden; wir haben die nötigen Mengen waffenfähiger Menschen dazu.

Die Landwehr zweiten Aufgebots hatten wir schon ganz abgeschafft; sie war beseitigt; wir haben sie wieder eingeführt, und selbst die Landwehr zweiten Aufgebots — ich scheue mich nicht, es öffentlich auszusprechen, weil ich der Ueberzeugung bin, daß, wenn auch etwas gesagt wird, was das Ausland gern hört, es für unsre Nation notwendig ist, über diese Dinge klar zu sein, wenn sie darüber urteilen soll — die Landwehr zweiten Aufgebots wird auch zu zwei Dritteln bei einem Kriege auf zwei Fronten im Feld, an der Küste oder auf Etappen verwendet werden, und das, was wir zur Besatzung unsrer Festungen übrig behalten, das ist der Landsturm und der Rest der Landwehr zweiten Aufgebots. Das sind Verhältnisse, die wir seit dem Jahre 1813 und auch selbst im Jahre 1813 nicht gehabt haben; denn wo im Jahre 1813 der Landsturm aufge-

boten worden ist — es sind nur wenig Fälle gewesen —, ist er nicht ernstlich gebraucht worden.

Nun wird man zugeben: die Kraft der Armee liegt im Friedensstande, und es hängt wesentlich die Leistung der Kriegsarmee von der Stärke und Güte des Friedensstandes ab. Aber was geht denn von dem Friedensstand in den Kriegsstand über, wie stellt sich das Verhältnis beider zu einander? Nun ergiebt schon die Denkschrift, die Ihnen hier vorgelegt wird: man denkt die deutschen Truppen auf 4 400 000 Mann zu bringen, während unser stehendes Heer auf rund 500 000 Mann kommen wird. Daraus folgt: sieben Achtel aller Truppen, die beim nächsten Kriege aufgestellt werden, sind Neuformationen, für sieben Achtel existiren gar keine Friedensstämme. Das was sie an Halt und Stamm brauchen, muß ihnen von den im Frieden bestehenden Regimentern von der Präsenzstärke abgegeben werden. Das führt zu Verhältnissen, die auf die Friedenspräsenzstärke, auf unsre sogenannten Feldtruppen, auf das verderblichste einwirken. Es wird so viel aus der Truppe herausgezogen am ersten Mobilmachungstage, daß sie nicht wiederzuerkennen ist. Vielleicht geht der Hauptmann ab, die Offiziere gehen ab; vielleicht bleibt ein einziger Offizier übrig, die andern bekommen Verwendung bei andern Truppenteilen. Es wird von jedem Infanterieregiment ein viertes Bataillon, ein Ersatzbataillon, ein Rekrutendepot aufgestellt; es kommen zwei Reservebataillone dazu, es muß eine Anzahl von Leuten für andre militärische Zwecke abgegeben werden. Ich habe in meiner dienstlichen Praxis den Fall gehabt — ich gebe zu, daß es ein ausnahmsweise schroffer war; aber so sehr verschieden werden bei Truppenteilen mit kleinem Etat die Verhältnisse sich nicht stellen —, ich habe einen Fall gehabt, wo von einer Friedenskompagnie auf die Kriegskompagnie 1 Unteroffizier und 19 Mann übergingen. Das ist ein Verhältnis, das nicht länger dauern kann. Wir müssen also, wenn wir diese starken Kriegsformationen beibehalten wollen, unsre Friedensformationen vermehren. Wir zersetzen unsre Friedenstruppenteile beim Ausbruch eines Krieges, und wir haben bei der Geschwindigkeit, mit der die Entscheidungen heutzutage eintreten, bei dem Werte, den die ersten Entscheidungen haben, allen Anlaß, dafür zu sorgen, daß die Truppenteile von Hause aus gut werden, auch die Neuformationen so gut werden wie möglich, weil wir eben nicht die Zeit haben, sie militärisch einzuschulen. Dazu bedürfen wir unumgänglich vermehrter Kadres, und auch diese Kadres zu schaffen, ist Zweck des Gesetzes.

Nachdem der Kanzler sich sodann über die Mittel zur Deckung der Kosten und über die auf Windthorsts Antrag beschlossenen Erklärungen des Reichstags verbreitet, fährt er zum Schluß also fort:

Die Vorlage ist natürlich unwillkommen. Auch wir haben sie nicht gern gebracht. Aber der Krieg ist noch unwillkommener, und eine Niederlage wäre das Unwillkommenste. Mein Herr Amtsvorgänger hat im Jahre 1887 hier eine Rede gehalten, die mit großen packenden Zügen von den Folgen einer Niederlage sprach. Das hat im Augenblick Eindruck in Deutschland gemacht. Ich habe aber das Gefühl, wie wenn dieser Eindruck nicht tief gegangen wäre. Man ließ sich allenfalls eine Gänsehaut überlaufen, aber man drehte sich um und ruhte weiter. Ich wünschte daß die ganze Nation, jeder Einzelne sich darüber klar würde, was eine Niederlage für ihn zu bedeuten hätte. Die ältesten von uns werden sich noch der Erzählungen ihrer Mütter aus der Franzosenzeit erinnern, jener Zeit der Demütigungen und Schädigungen, denen damals keine Familie entging. Wir haben den Krieg, als wir selber Sieger waren, von einer mildern Seite kennen gelernt, und ich glaube, wir halten zu sehr an der Vorstellung fest, daß auch ein künftiger Krieg so mild verlaufen würde, wenn wir die Geschlagenen wären. Das wäre ein schwerer Irrtum. Wir würden dann mit Milliarden bezahlen müssen, was wir heute an Millionen ausgeben.

Ein Blatt, was der äußersten Linken angehört, gefällt sich darin, fast täglich von dem Moloch des Militarismus zu sprechen, der uns nachgerade aufzehrt. Ja, wer ist denn der Moloch? Weshalb werden denn diese Ausgaben gemacht, weshalb werden Millionen verschlungen? Doch nur, um jeden einzelnen Deutschen in seiner Existenz zu sichern. Jeder, auch der ärmste, kann noch geschröpft werden, und auch der ärmste würde von einem siegreichen Feinde zu Diensten herangezogen werden können, die ihm nicht angenehm sind; ich glaube, daß jeder Deutsche ein Interesse daran hat, eine Niederlage von Deutschland fern zu halten. Auch die Herren, die in Bezug auf das Verlassen bisheriger Gewohnheiten und Einrichtungen in der Armee Bedenken haben, möchte ich doch darauf aufmerksam machen, daß, wenn wir eine Niederlage erleiden, dann auch wahrscheinlich von zweijähriger Dienstzeit nicht mehr die Rede sein wird, sondern daß wir dann krümpern müssen, wie unsre Väter von 1813. Es würden sich die Folgen einer Niederlage auf alle Gebiete unsers Lebens ausdehnen. Unser Handel und Wandel ist national geworden und hat nationalen Aufschwung genommen. Wöchentlich, fast täglich kommen Gesuche und Wünsche von Deutschen aus dem Auslande, die hie und da geschützt sein wollen, die Ansprüche machen. Ja, wir müssen uns doch darüber klar sein, daß, wenn wir eine Niederlage im nächsten Kriege erleiden, von dem Schutze unsers überseeischen Handels und unsers Exports, wenn wir dann überhaupt noch in der Lage sein sollten, zu exportiren, gar

keine Rede sein würde. Wir müssen auch darüber klar sein, daß wir zu national geworden sind, um auch heutzutage noch, wenn wir eine Niederlage erlitten, von deutscher Wissenschaft viel erwarten zu können; die Zeiten sind vorüber, wo, während die Kanonen bei Jena und Auerstädt donnerten, deutsche Gelehrte und Dichter zu Hause sitzen konnten und ruhig weiter arbeiten, wie wenn nichts geschehen wäre. Uns würde das Herz brechen, wenn wir das erlebten, und ich behaupte: deutsche Wissenschaft und deutsche Kunst geht ihrem Verfall entgegen, wenn wir geschlagen werden. Das muß fern von uns gehalten werden. Wir müssen uns klar darüber werden, daß wir einen Kampf ums Dasein zu führen haben — einen Kampf ums Dasein, politisch, materiell und kulturell. Wir müssen uns klar darüber werden, daß es unsre Pflicht ist, alles zu thun, was wir zu thun imstande sind, diesen Kampf zu bestehen. Unsre Pflicht zuerst gegen Gott. Jede Nation hat in der Kultur der Welt ihre Stelle einzunehmen. Der Ausfall der Deutschen würde durch keine andre Nation ersetzt werden können. Staaten haben nicht, wie die Menschen, die Pflicht, sich in Nächstenliebe für andre zu opfern; ihre nächste Pflicht ist, sich zu erhalten. Nur wenn ein Staat sich erhält, kann er noch das Werkzeug Gottes bleiben. Wir haben weiter die Pflicht, Deutschland zu erhalten, im Andenken an die Männer und an die Generation, die Deutschland geschaffen hat, nicht am wenigsten an die vielen Tausende, die für die Schaffung Deutschlands geblutet haben! Soll man dermaleinst sagen können: jene haben ihr Blut für Deutschland gegeben, und diese hier wollen nicht ihr Geld geben? Wir haben die Pflicht, Deutschland zu erhalten auch für die kommende Generation; wir müssen der kommenden Generation das Werkzeug zurechtstellen, mit dem sie das, was sie ererbt hat, noch einmal wird gewinnen können und gewinnen müssen, um es zu besitzen; wir würden bittere und berechtigte Vorwürfe des kommenden Geschlechts auf uns laden, wenn wir etwas versäumten, was imstande wäre, das Glück zu erhalten, das wir zum erstenmale empfunden und kennen gelernt haben, das Glück: Bürger eines einigen Deutschlands zu sein. Vereinigen sie sich mit den Regierungen, um die Vorlage ohne Voreingenommenheit zu prüfen, um der Nation das zu geben, dessen sie bedarf, damit Sie, wenn sie wieder einmal zu den Waffen gerufen wird, mit demselben ruhigen Vertrauen kommen kann, das das Volk im Jahre 1870 auszeichnete, mit dem Vertrauen, daß ihm wahrscheinlich ernste Kämpfe nicht werden erspart werden, mit dem Vertrauen aber, das am endlichen Sieg niemals zweifelt, und das in der Heimat wie im Felde in den Gedanken ausklang: „Lieb Vaterland, kannst ruhig sein!"

Richter bezeichnet es als ungewöhnlich, daß die Vorlage gleich bei ihrer Einbringung begründet worden sei, während dies in der Regel bei der ersten

Lesung zu geschehen pflege, und will durch diesen Vorgang die Rechte der Abgeordneten nicht geschädigt wissen. Uebrigens enthielten die Vorlagen des Kanzlers die alte Ueberschätzung der militärischen und die alte Unterschätzung der wirtschaftlichen Kräfte.

10. Dezember. Erste Beratung des Gesetzentwurfs über die **Friedenspräsenzstärke** des deutschen Heeres. Der preußische Kriegsminister v. **Kaltenborn-Stachau** bemerkt:

Diese Vorlage schafft die Möglichkeit, jeden Wehrpflichtigen zum Dienste heranzuziehen. Denn Deutschland hatte bisher nicht die allgemeine Dienstpflicht in vollster Durchführung. Um mehr Mannschaften zu schaffen, müssen Aenderungen herbeigeführt werden. Denn in der Heranziehung der Mannschaften in dem vorhandenen Rahmen war man weit genug gegangen. Es konnte sich nur handeln um die Erhöhung des Etats und um die Schaffung neuer Kadres. Aus diesen Gründen ist die Vorlage entstanden und ich kann wohl sagen, daß die Kosten und Wirkungen niemals bei einer Militärvorlage in einem so günstigen Verhältnis gestanden haben, wie diesmal. Die Vorlage sieht nur eine geringe Anzahl von höheren Stellen vor, sie hat auch den entscheidenden Schritt gethan, sich mit einer verkürzten Dienstzeit zu begnügen, und schafft auf diese Weise die Mittel, um eine intensive und gleichmäßige Ausbildung zu verbürgen. Daß von einem bloßen Versuche dabei nicht die Rede sein kann, ist selbstverständlich. Es handelt sich um einen Weg, der mit stetem Blicke in die Zukunft verfolgt werden soll. Es wäre nicht zu verantworten vor der Nation, das Heer einem stärkeren Feinde entgegen zu führen und ihm zu überlassen, durch sein Blut die Verschiedenheit der Stärke auszugleichen. Will das Reich seine Machtstellung bewahren, Herr seines Geschickes bleiben, so muß es in jedem Augenblick darauf rechnen, seine ganze Macht in die Wagschale legen zu können. Es darf nicht darauf rechnen, nur mit einem Teil seiner Mannschaft zu kämpfen; auch wäre es unrecht, die Alten vor den Jungen ins Feld zu führen. Die Jungen gehören zuerst in den Kampf. Dadurch wird der Landwehr wieder ihre alte Rolle zugewiesen werden. Falsch wäre es, wenn man darauf rechnen wollte, eine möglichst große Zahl von Mannschaften ins Feld zu führen. Es würde jedem Soldaten das Wünschenswerteste sein, Soldaten von dreijähriger Ausbildung ins Feld zu führen. Aber das würde unerschwinglich sein, deshalb muß man sich damit begnügen, den Soldaten durch Anspannung aller Kraft die möglichst gute Ausbildung zu geben. Die Vermehrung der Kavallerie ist in den engsten Grenzen gehalten. Die Bildung von Stammeskadrons ist nach den Erfahrungen der befreundeten österreichischen Armee vorgenommen worden. Die Neuformationen bei der Artillerie betreffen die Aufstellung von Stämmen für die Reservebatterien. Es wird da der Nachweis erbracht werden, daß alles vorgekehrt ist, um die Durchführung der Vermehrung zu sichern, ohne das Gefüge der Armee auch nur einen Augenblick zu stören. Durch die Vorlage werden Sie dem Heere eine Verstärkung und Verjüngung hinzufügen, welche die beste Aussicht auf Erfolg in sich birgt. Schwierigkeiten sind vorhanden, aber diese treten zurück gegenüber dem Umstande, daß wir mit Kräften rechnen müssen, die nicht mehr ausreichen.

v. **Huene**: Wir haben nicht nur die militärischen, sondern auch die wirtschaftlichen Gesichtspunkte in Betracht zu ziehen. Ueber die Vorlage wegen des Ersatzes habe ich das Gefühl, daß dadurch das platte Land mehr herangezogen wird als bisher, denn die Zahl der wirklich militärtüchtigen jungen Leute ist auf dem Lande größer als in den Städten. Die Zentrumspartei ist einig darin, daß die Vorlage, wie sie vorliegt, *unannehmbar* ist. Aber

sie enthält die Erfüllung eines alten Wunsches, die zweijährige Dienstzeit. Wir sind bereit, alles zu bewilligen, was zu deren Durchführung notwendig ist. — **Richter:** Was Vorredner ausgesprochen hat, daß das Zentrum einig darüber sei, die zweijährige Dienstzeit innerhalb der jetzigen Präsenzstärke zu bewilligen, nähert sich fast vollständig dem Standpunkt, den meine Freunde vertreten. Man will die Aushebung verstärken über das hinaus, was Frankreich thut; man will die deutsche Armee der russischen gleichstellen, trotzdem Rußland die doppelte Volkszahl hat. Deshalb muß man sich hüten vor einer Bewilligung, die man auslegen könnte als einen ersten Schritt auf diesem Wege. Die zweijährige Dienstzeit wollen wir annehmen im Rahmen der jetzigen Friedenspräsenz, aber sie muß persönlich für jeden Einzelnen gesichert werden, nicht so allgemein, wie es jetzt geschieht. Jetzt wird gleichsam ein ständiger Zustand geschaffen, denn der Reichstag muß immer die Friedenspräsenz dieser Vorlage bewilligen, wenn die zweijährige Dienstzeit aufrecht erhalten werden soll. — Reichskanzler Graf **Caprivi** erwidert u. a.: Wenn eine Aenderung der Militärorganisation gemacht wird, so giebt es nur wenige Offiziere, welche deren Tragweite vollständig übersehen können und vollständig mit ihr einverstanden sind. Als Roon und Moltke die Reorganisation von 1862 machten, waren sie noch nicht von der Glorie umgeben, in der sie jetzt dastehen. Für die zweijährige Dienstzeit kann jeder schwärmen. Die Sozialdemokraten haben sich sogar für eine Miliz begeistert, aber es handelt sich darum, die Kompensationen zu schaffen, welche die Ausführung der zweijährigen Dienstzeit möglich machen. Die Kompensationen liegen namentlich in der Erhöhung der Präsenzstärke. — **v. Manteuffel:** Das Gesetz schädigt die Landwirtschaft, aber da es eine gerechte Ausgleichung herbeiführen will, so können wir dagegen nichts einwenden. Die Vorlage bringt allerdings eine große Mehrbelastung des Volkes mit sich, und zwar zu einer Zeit des tiefsten wirtschaftlichen Niedergangs. Deshalb müssen wir mit der größten Zurückhaltung an diese Vorlage herantreten. Die Einführung der zweijährigen Dienstzeit ist besonders für die konservative Partei von großer Bedeutung, denn wir haben stets für die dreijährige Dienstzeit gekämpft. — **v. Komierowski** erklärt die Vorlage für unannehmbar, namentlich bei der jetzigen wirtschaftlichen Lage. Die Polen hätten dabei einen besondern Grund zur Klage: das Vorhandensein der Ansiedlungskommission und den Mangel des polnischen Unterrichts, den die armen polnischen Gemeinden selbst bestreiten müßten. Die Armee ist nach dem Kriegsminister die Grundlage der Nation; das ist richtig, sie ist aber nicht die alleinige Grundlage derselben. Die militärische Wehrkraft der Nation liegt in der Religion, die durch den Kulturkampf bedroht wurde. Die Religion kann aber nur wirksam sein, wenn sie in der Muttersprache gelehrt wird. Der Mangel des Unterrichts in der Muttersprache zeigt sich in der schlechten Bildung der Rekruten aus der Provinz Posen.

13. Dezember. Sächsischer Kriegsminister **von der Planitz** tritt dem Gerücht entgegen, daß einzelne Bundesregierungen der Vorlage widersprochen hätten. Durch die Vorlage wird keinerlei Schwächung der Armee herbeigeführt; numerisch tritt eine Verstärkung ein und besonders auch eine Verjüngung dadurch, daß die älteren Jahresklassen erst später herangezogen werden. Wenn die sächsische Regierung jetzt auf dem Boden der Vorlage steht, so muß sie wohl einen Fortschritt bedeuten, denn Sachsen hat seit 1866 stets Wert darauf gelegt, daß es seine Schuldigkeit für das Reich thut. — **v. Stumm** (freikons.): Die Vorlage enthalte eine Rückkehr zu den Grundsätzen von 1864, die ebenfalls eine Verjüngung des Heeres darstellten. Ein Erstaunen über die Vorlage könnte höchstens bei den höheren Offizieren vorhanden gewesen sein in Bezug auf die Einführung der zweijährigen Dienstzeit. Wenn auch

eine kleine Verminderung der Qualität der Truppen eintreten sollte, so werde das aufgewogen durch die Verjüngung der Truppen, welche zuerst in das Feuer geführt werden. So groß die Unsterblichkeit des Grafen Moltke ist, so liegt die Sache doch nicht so, daß alles unverändert erhalten werden muß, sondern er hat eine Schule geschaffen, welche die Truppen in den Zustand setzt, der den Zeitverhältnissen entspricht. Es ist der Geist des Grafen Moltke, der aus dieser Vorlage spricht. Die Kosten können nicht ins Gewicht fallen; jetzt müssen wir 50—60 Millionen Mark jährlich aufbringen, das bedeutet gar nichts gegenüber den 20 oder mehr Milliarden, die wir im Falle eines Krieges zahlen müßten. Außerdem hat sich durch die Wirtschaftspolitik der Wohlstand des Landes so gehoben, daß die Belastung als keine so erhebliche erscheint. — **v. Bennigsen:** Wenn die drei Steuervorlagen bewilligt werden sollten, geben sie keineswegs eine volle Deckung für die Militärvorlage. Sie geben nur Deckung für die laufenden Ausgaben des ersten Jahres von 56 Millionen Mk. Ob diese Vorlagen wirklich das einbringen werden, was die Regierung annimmt, möchte ich bezweifeln. Es fehlt also an der Deckung für die 64 Millionen, welche die Vorlage vom zweiten Jahre ab kosten wird, und an der Deckung für die einmaligen Ausgaben bezw. deren Verzinsung. Ein Betrag von reichlich 70 Millionen Mk. jährlich wird erforderlich sein. Damit müssen wir rechnen, und wir können davon nichts auf die Matrikularbeiträge abwälzen. Durch die Steuervorlagen ist die Aufmerksamkeit vom Kern der Militärvorlage abgelenkt worden; hätte man sofort die ganze Militärvorlage veröffentlicht, so wäre der Eindruck von den Vorzügen der Vorlage jedenfalls ein andrer gewesen. Die Herabsetzung der Dienstzeit von drei auf zwei Jahre ist eine große Erleichterung für die Bevölkerung. Die Ungerechtigkeit, die in der jetzigen Dienstzeit mit dem System der Dispositionsurlauber liegt, ist überall hart empfunden, zumal da bei der Mitwirkung subalterner Stellen Menschlichkeiten nicht vermieden worden sind. Daß die Verjüngung der Armee ein außerordentlicher Vorzug ist, wird wohl allgemein anerkannt; die Ungerechtigkeit wird aus der Welt geschafft, daß die ersten entscheidenden Schlachten von älteren, verheirateten Männern geschlagen werden, während Hunderte von jungen Männern mangelhaft ausgebildet in der Heimat bleiben. Der gemeine Mann aus dem Volke wird diesen Vorzug auch begreifen. Die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um 83000, der Aushebung um 60000 Mann jährlich ist ein Sprung, wie wir ihn in der Bedeutung bei den Militärvorlagen noch nicht gehabt haben, alles, was man seit 1874 gefordert hat, kommt zusammen der jetzigen einmaligen Bewilligung gleich. Die Regierungen haben aus fast allen Reden wohl den Eindruck bekommen, daß die Vorlage auf Annahme im vollen Umfange nicht zu rechnen hat. Eine teilweise Genehmigung der Vorlage hält Redner nicht für unmöglich, und er fordert dringend zu Nachlässen und Einschränkungen auf. — Der **Reichskanzler** dankt dem Vorredner, daß er die Verhandlung aus dem Wirrsal der Einzelfragen auf den nationalen Boden zurückgestellt habe, dem sie entsprungen. Denn wo wie in Deutschland ein Krieg nur ein Volkskrieg sein könne, müsse auch die Organisation des Heeres, das das Instrument dieses Volkskrieges ist, von der Nation begriffen, gewünscht und gebilligt sein. Auf abweisende Meinungen hoher Generale legt der Reichskanzler kein sonderliches Gewicht, schon weil sie pflichtgemäß nur zur Kenntnis des obersten Kriegsherrn, aber nicht vor die Oeffentlichkeit gebracht werden, teilt aber die Gutachten über die zweijährige Dienstzeit mit. — **Bebel** hält für höchst wahrscheinlich, daß die ursprünglichen Forderungen der Regierung viel höher gingen, und daß erst der allgemeine Widerspruch und Widerstand der Bevölkerung sie veranlaßt hat, ihre Forderungen zurückzuschrauben. v. Bennigsen habe auf die großen Vorteile der neuen Vorlage hingewiesen, aber vermieden, wie weit er der Re-

gierung ein Kompromiß anträgt. Wir nehmen an, daß es unter allen Umständen zu einem solchen kommen wird, und daß sich Regierung und Mehrheit schließlich wie ein Herz und eine Seele um den Hals fallen werden. Erst die Annexion von Elsaß-Lothringen hat die schwierige politische Stellung Deutschlands in Europa verschuldet; daher die Möglichkeit eines Krieges mit doppelter Front. Wir haben nie von einer nackten Zurückgabe der Reichslande gesprochen, immer haben wir eine Verständigung mit Frankreich für nötig erklärt, aber das will man nicht und muß daher die Folgen tragen. In Frankreich glaubt man, daß Deutschland nur auf den Augenblick wartet, um Frankreich zu überfallen und vollständig zu vernichten. Neben dem linken Rheinufer stehen gerade unsre Ostseeprovinzen für uns auf dem Spiel bei einem unglücklichen Kriege. In der Vorlage ist die allgemeine Wehrpflicht nicht durchgeführt. Ebensowenig kann man von der größeren Gleichheit in der Ausübung der Dienstpflicht reden, da es auch zukünftig Dreijährige, Zweijährige und Einjährige giebt. Gegen die Behauptung von der Verjüngung des Heeres ist zu bemerken, daß im nächsten Kriege nicht ein Mann mehr gegen früher zu Haus bleiben wird. Die Aushebungen zeigten eine Verschlechterung des Materials. Es muß nicht bloß für gesunde Männer, sondern auch für gesunde Frauen gesorgt werden, welche gesunde Kinder zur Welt bringen, was nicht möglich ist, weil die Frauen durch die Arbeit in Fabriken gesundheitlich geschwächt werden. Das Reservoir für unsre Menschenkräfte, die landwirtschaftlichen Kreise, droht sich zu erschöpfen; der Militarismus selbst bringt es dahin, daß die Landleute das städtische Leben kennen lernen und nachher in die Städte ziehen, sodaß das Land entvölkert wird. Die neuen Steuern werden namentlich die ärmeren Klassen treffen, die ohnehin schon genug belastet sind. Es wäre ein wundersamer Widerspruch, wenn in einer Zeit des allgemeinen Drucks solche neue Lasten dem Volke aufgebürdet würden. Dieser Widerspruch ruft die Unzufriedenheit, die Verbissenheit hervor, die jetzt überall zu bemerken ist. — Graf **Preysing** (Zentrum): Eine Verständigung auf Grundlage dieser Vorlage sei schwer. Vergehoch seien die gegen sie sprechenden finanziellen und wirtschaftlichen Gründe. Das Volk sei mit Unmut erfüllt, und es könne so nicht weitergehen mit der Häufung der Lasten.

14. Dezember. **Haußmann** erklärt, die Volkspartei sei einer Verständigung nicht abgeneigt; aber dazu gehöre, daß die Regierung die bisherige Basis der Vermehrung der Friedenspräsenz verläßt und sich mit der Vermehrung der Kriegspräsenz auf Grund der zweijährigen Dienstzeit begnügt. „Auf dieser Basis wollen wir uns mit der Regierung verständigen, falls uns genügende Deckungsmittel nachgewiesen werden.“ — **v. Manteuffel**: Der Reichskanzler hat am 12. Dezember (nämlich bei der Beratung über die Silberentwertung) seine Betrübnis über die Vorgänge der letzten Woche ausgesprochen. Damit war unzweifelhaft auch die Parteiversammlung der Konservativen gemeint. Was der Reichskanzler sagte, beruhte auf unrichtiger Berichterstattung. Der betreffende Redner sagte auf unserm Parteitage, man solle sich nicht vor dem Worte „demagogisch“ fürchten, es werde vielfach mißbraucht; etwas mehr demagogisch, mehr volkstümlich vorzugehen, sei für die konservative Partei von Nutzen. Daß die konservative Partei es stets verschmähen wird, Demagogie zu treiben, ist selbstverständlich. Sodann legt Redner Verwahrung ein gegen die Aeußerung des Reichskanzlers vom 12. Dezember, er habe gehört, daß einzelne konservative Abgeordnete die Neigung hätten, die Abstimmung über die Militärvorlage vom Verhalten der Regierung zum Bimetallismus abhängig zu machen. — Der **Reichskanzler** erwidert: Was den konservativen Parteitag anlangt, so habe ich mich für verpflichtet gefühlt, mir klar zu machen: wie wird derselbe wirken und welche Folgerungen hat die Regierung daraus zu ziehen? Ich habe meine Kenntnis

über den Parteitag aus einem Organ geschöpft, von dem ich annehmen muß, es sei in diesem Falle am besten unterrichtet, nämlich aus der „Kreuzzeitung.“ Ich kann nur meine Befriedigung und Genugthuung darüber aussprechen, daß die Aeußerung, man solle demagogisch handeln, nicht im Sinne der Partei gemacht worden ist, und auch nicht von der Partei acceptirt wird. Sie in der Weise aufzufassen, daß die Partei sie sich zu eigen macht, war ich doch wohl dadurch berechtigt, daß kein Widerspruch gegen diese Aeußerung erfolgt ist. Und nicht diese Aeußerung allein hat mich bedenklich gemacht, sondern auch eine dort gefallene Aeußerung, die auf den Prozeß Ahlwardt hinzielte und da die offene und unverhüllte Teilnahme mit dem Manne zum Ausdruck brachte, der in diesem Prozeß verurteilt worden ist, und der das deutsche Heer in einer Weise angegriffen und geschädigt hat, wie das von einem Deutschen bisher noch nicht geschehen ist. Ein Mitglied des Parteitages sagte aus: „Ich bin der konservative Gegenkandidat Ahlwardts gewesen, trotzdem habe ich meine Stimme für Ahlwardt bei der Stichwahl abgegeben, denn wir Konservativen sind von der Erwägung ausgegangen, daß zehn Ahlwardts immer besser sind als ein Freisinniger.“ Die Versammlung rief hier stürmisch Bravo! Danach ist es für mich doch wenigstens entschuldbar, wenn ich annahm, daß die konservative Partei sich diese Aeußerung aneignete. Ich nehme jetzt mit Befriedigung davon Notiz, daß die konservative Partei sich diese Aeußerung nicht aneignet. — **v. Stauffenberg**: Daß im Volke eine tiefe Mißstimmung besteht, ist unzweifelhaft. Wir befinden uns in einem Niedergange unsrer Erwerbsverhältnisse. Das ist im preußischen Landtag in der energischsten Weise bei den Verhandlungen über die Steuergesetze zum Ausdruck gekommen. Dann ist die Militärvorlage in hohem Grade unerwartet gekommen; denn für die nächste Zeit hatte man weitgehende Pläne zur Erhöhung der Friedenspräsenz nicht erwartet. Hierzu kommt, daß man bei dieser Vorlage zum erstenmale das Gefühl hat, die Militärforderungen sind eine Schraube ohne Ende. Kein Mensch würde es uns glauben, wenn wir landauf und landab den Leuten verkündigen wollten, diese Forderungen sind nun wirklich die letzten. In den Kreisen der Regierung haben die Anschauungen schon zu oft gewechselt, und daß dem nun einmal ein energisches Halt geboten werden muß, das ist die Grundstimmung im deutschen Volke bei allen Parteien. Weiter aber wird der Standpunkt, der bisher bei allen Militärbewilligungen maßgebend war, jetzt völlig von der Regierung verlassen. Die vorgeschlagene Branntweinsteuer hat alle Menschen unzufrieden gemacht. — **v. d. Decken** erkennt die gesetzliche, wirkliche Erleichterungen gewährende zweijährige Dienstzeit als das einzig Annehmbare in der ganzen Vorlage. — Prinz **Carolath**-Schönaich spricht ebenfalls gegen dieselbe, weil sie der Nation eine nicht zu ertragende Rüstungslast auflege, die eigentlich auch von den andern Mitgliedern des Dreibundes übernommen werden müßte. Er erinnert an die großen Leistungen von Truppen von kurzer Ausbildungszeit 1813 bei uns, 1870 in Frankreich und ist einer Verständigung im einzelnen, aber nicht im ganzen geneigt. — **Osann** teilt Bennigsens Standpunkt.

Darauf wird die Vorlage einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

2.

Die Ersatzverteilung.

15. Dezember. Erste Beratung folgenden Gesetzentwurfs:

Artikel I. Der Kaiser bestimmt für jedes Jahr die Zahl der in das

Heer und in die Marine einzustellenden Rekruten. Der Gesamtbedarf an Rekruten wird für das unter preußischer Verwaltung stehende Reichs-Militärkontingent durch das preußische Kriegsministerium, für die übrigen Reichs-Militärkontingente durch die betreffenden Kriegsministerien auf die Armeekorpsbezirke verteilt, und zwar nach dem Verhältnis der im laufenden Jahre in diesen Bezirken vorhandenen, zur Einstellung in den aktiven Dienst tauglichen Militärpflichtigen, ausschließlich derjenigen der seemännischen Bevölkerung. Die Verteilung des Ersatzbedarfs für die Marine findet durch das preußische Kriegsministerium nach Maßgabe der vorhandenen, zur Einstellung in den aktiven Dienst tauglichen Militärpflichtigen der seemännischen Bevölkerung statt. Beim Mangel an Ersatzmannschaften der seemännischen Bevölkerung wird der Bedarf durch Hinübergreifen auf geeignete Mitärpflichtige der Landbevölkerung unter Zurechnung zu den für das Landheer aufzubringenden Rekruten gedeckt. Vermag ein Armeekorpsbezirk seinen Rekrutenanteil nicht aufzubringen, so wird der Ausfall auf die andern Armeekorpsbezirke desselben Reichs-Militärkontingents nach Maßgabe der vorhandenen Ueberzähligen verteilt. Die unter selbständiger Militärverwaltung stehenden Armeekorpsbezirke können im Bedarfsfall im Frieden zur Rekrutengestellung für Armeekorps andrer Reichs-Militärkontingente nur in dem Maße herangezogen werden, als Angehörige der betreffenden Kontingente bei ihnen in Gemäßheit des § 12 des Reichs-Militärgesetzes vom 2. Mai 1874 in der Fassung des Gesetzes vom 6. Mai 1880 zur Aushebung gelangen. Bezüglichen Ausgleich regeln die Kriegsministerien unter einander. Für die Zuteilung der auszuhebenden Rekruten an die Truppen des Reichsheeres ist im übrigen das militärische Bedürfnis maßgebend. — Artikel II. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft. Zu demselben Zeitpunkt treten alle demselben entgegengesetzten Bestimmungen, insbesondre der § 9 des Gesetzes, betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienste, vom 9. November 1867 und § 9 des Reichs-Militärgesetzes vom 2. Mai 1874 sowie die bezüglichen Festsetzungen der Artikel 53 und 60 der Reichsverfassung außer Kraft.

Richter ist der Meinung, dieser Gesetzentwurf brauche nicht von dem Entwurf über die Friedenspräsenz mit in den Abgrund gezogen zu werden, sondern könne seinen Weg allein gehen. Das Grundprinzip, statt der Bevölkerungsziffer die Zahl der Diensttauglichen dem Aushebungsgeschäft zu Grunde zu legen, ist zu billigen. Das platte Land würde dadurch bevorzugt werden, weil die Städte und die industriellen Bezirke unter der gleichen Anzahl von Altersgenossen mehr Wehrpflichtige haben. Soll nun das neue Prinzip nur gelten für die 16 preußischen und die bayrischen Armeekorps, oder auch im Verhältnis der 16 preußischen einerseits, andrerseits der bayrischen, württembergischen Armeekorps? — Der bayrische Generalmajor **v. Haag** erwidert, daß nach der Verfassung das bayrische Kontingent selbständig ist. Gerade wie in Bayern die Zahl der in das Heer jährlich einzustellenden Rekruten durch den König von Bayern erfolgt und das bayrische Kriegsministerium dann die Verteilung auf die einzelnen Armeekorpsbezirke vornimmt. — **Möller** (nl.) glaubt, daß die Vorbedingung für die große Militärvorlage das vorliegende Gesetz ist. — Die Vorlage wird sodann an die Militärkommission gewiesen.

3.

Ueber die Wachtposten im Gebrauch der Schußwaffen.

24. November. **Petri** bringt einen neuen Fall aus Straßburg zur Sprache, wo ein Militärposten in einer belebten Straße einen scharfen Schuß auf einen entflohenen Arrestanten abgegeben habe, und fragt, ob Aenderungen der Bestimmungen über den Gebrauch der Schußwaffen seitens der Wachtposten in Aussicht stünden, damit das Leben der Einwohner nicht ferner gefährdet werde.

Der preußische Kriegsminister **v. Kaltenborn** erwidert, eingezogene Berichte lieferten den Beweis, daß die Zivilbehörden den höchsten Wert auf die Beibehaltung dieser Posten legen und die Objekte sonst für nicht sicher genug hielten. Die Militärbehörden seien unausgesetzt bestrebt, die Posten zu vermindern, dazu gehöre aber die Bereitwilligkeit der Zivilbehörden, dauernd anderweite Einrichtungen in dieser Beziehung zu treffen. Auch die bestehenden Bestimmungen über den Gebrauch der Schußwaffen durch die Wachtposten seien einer Erörterung unterzogen worden. Die beteiligten Stellen wären aber darüber einig, daß eine Aenderung sie verschlechtern würde. Es solle Abhilfe dahin geschaffen werden, daß eine Anordnung getroffen wird, wonach in belebten Straßen die Posten nicht mit Munition versehen werden. Ich hoffe, daß diese Erklärung dem Interpellanten genügen wird.

4.

Die neue Bewaffnung der Infanterie.

12. Dezember. Buhl und Marquardsen bringen folgende Anfrage ein:

Die in dem soeben beendeten Prozesse Ahlwardt vernommenen militärischen Sachverständigen haben sich zwar schon entschieden für die gute Qualität unsrer neuen Infanteriebewaffnung ausgesprochen. Nichts desto weniger erscheint es wünschenswert, wenn von höchster autoritativer Stelle eine Bestätigung und Bekräftigung dieses Urteils erfolgt. Die Unterzeichneten richten deshalb an den Reichskanzler die Anfrage, ob derselbe bereit ist, dem Reichstage in diesem Betreff eine Mitteilung zu machen?

Der Reichskanzler erteilt im wesentlichen folgende Antwort:

Das Gewehr, mit dem zur Zeit unsre Infanterie bewaffnet ist, ist im Modell und in der Ausführung ein durchaus gutes und entspricht allen Anforderungen, die die moderne Kriegskunst an eine Handfeuerwaffe zu stellen hat, im ganzen Umfange. Das gilt auch von denjenigen Gewehren, die in der Löweschen Fabrik hergestellt worden sind. Der Gedanke, diese Gewehre der Fabrik zurückzugeben oder künftig keine mehr bei ihr zu bestellen, ist der Militärverwaltung noch nie gekommen. Wenn heute über die Brauchbarkeit einer neuen Waffe Beunruhigung in weite Kreise getragen wird, so liegt das weniger an der Waffe, als an der veränderten Zeit. Das neue Gewehr ist, den Fortschritten der modernen Kriegskunst und Technik entsprechend, ungleich subtiler als das Zündnadelgewehr. Wenn man ein solches Gewehr in die Hände einer Landwehrtruppe giebt, die es zum erstenmale in die Finger be-

kommt, so sind vorkommende Beschädigungen kein Wunder, vielmehr ganz natürlich. In den Prozeßverhandlungen ist ausgesprochen worden, daß durch einen horrenden Vertrauensbruch Papiere, die dem Artilleriedepot zu Wesel gehörten, an die Oeffentlichkeit gekommen seien. Es handelte sich hier nicht um einen Vertrauensbruch, sondern um einen kleinen, gemeinen Diebstahl. Die in Rede stehenden Schriftstücke sind durchaus nicht als geheime bezeichnet; die Schriftwechsler haben gar nicht den Eindruck gehabt, daß es sich um etwas Geheimes handelte, sondern um Dinge, wie sie vorzukommen pflegen, und die ihren Austrag gefunden hätten, wenn sie nicht durch eine Veruntreuung der Schriftstücke, die im Offizierkasino in einer Mappe auf offenem Tische gelegen haben, fortgenommen und hier im Prozeß gebraucht worden wären. Wenn nach einer Uebung eine größere Anzahl Gewehre als bemängelt abgenommen wird, so ist das etwas ganz gewöhnliches. Vor Gericht ist versucht worden, die Militärverwaltung in einer unverantwortlichen und gewissenlosen Weise zu verleumden. Ich kann das als Angehöriger des deutschen Heeres und als Vertreter der auswärtigen Politik des Reiches nur auf das schärfste brandmarken.

VI.

Justizgesetzgebung.

1.

Wiederaufnahme des Verfahrens und Entschädigung für unschuldig erlittene Strafen.

7. Dezember. Erste Beratung eines von Rintelen eingebrachten Gesetzentwurfs betreffend die Abänderung der Vorschriften der Strafprozeßordnung über die Wiederaufnahme des Verfahrens sowie die Entschädigung für unschuldig erlittene Strafen.

Kauffmann und Haußmann bezeichnen die Entschädigung im Gegensatz zu dem Standpunkt des Antragstellers für jeden im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochenen, nicht nur für den erwiesenermaßen unschuldig Verurteilten als notwendig. Die fernere Beratung wird unmöglich, da sich der Reichstag beschlußunfähig erweist.

2.

Zuhälterwesen.

3. Dezember. Erste Beratung des in voriger Session unerledigt gebliebenen und wieder vorgelegten, gegen die Unsittlichkeit gerichteten Gesetzentwurfs, der die Aenderung der die Sittlichkeit betreffenden Paragraphen des Strafgesetzbuchs betrifft. Die nach polizeilichen Anordnungen eingerichtete und der polizeilichen Aufsicht unterstellte Prostitution soll erleichtert, dagegen die Prostitution im übrigen durch harte

Strafbestimmungen nach Möglichkeit eingeschränkt werden. Weiterhin will der Entwurf der Verbreitung unzüchtiger Schriften und Darstellungen schärfer entgegenwirken. Sodann führt der Entwurf eine neue mittlere Form der Ausschließung der Oeffentlichkeit ein. Es soll die Oeffentlichkeit für den Gerichtssaal aufrecht erhalten werden, zugleich aber durch Beschluß die weitere öffentliche Mitteilung aus den Verhandlungen, z. B. durch die Presse, untersagt werden können. Endlich enthält der Entwurf Bestimmungen, die es den Richtern ermöglichen sollen, gegenüber den Kupplern, Zuhältern, Raufbolden u. s. w. bei Verhängung von Freiheitsstrafen auf gewisse Verschärfungen zu erkennen dahin, daß der Verurteilte zeitweilig eine harte Lagerstätte und als Nahrung Wasser und Brot erhält.

In der Beratung spricht sich nur der Konservative **v. Holleuffer** namens der Partei unbedingt zustimmend aus. Von nationalliberaler Seite befürwortet **Schneider-Hamm** strengere Bestrafung von Roheiten, wobei er die Prügelstrafe empfiehlt. Während vom Zentrum **Gröber** mehr formell die unklaren juristischen Definitionen des Entwurfs bemängelt, richtet **Träger** seine Kritik gegen die Bestimmungen in Betreff der Strafbarkeit der Verbreitung unsittlicher Schriften und Bildwerke. Die Kunst dürfe nicht vom Strafrichter abhängig sein, der Presse werde ihre ohnehin exponirte Stellung noch saurer gemacht werden. Wenn die ab irato gemachte Vorlage überhaupt zu standekommen solle, müsse sie einschneidend verbessert werden. Staatssekretär **Hanauer** verwahrt sich besonders dagegen, daß man die Vorlage als Gelegenheitsgesetz betrachte.

15. **Dezember.** Fortsetzung dieser Beratung. **Horwitz** bleibt dabei, daß dieser Gesetzentwurf ab irato abgefaßt sei und bloß einem Einzelfalle die Entstehung verdanke. Möge man die Bedeutung Berlins so hoch anschlagen, wie man wolle, der Gesetzgeber werde immer im Auge behalten müssen, wie kommen fünfzig Millionen Deutsche dazu, sich einem Gesetze zu unterwerfen, das nur einem Falle in Berlin sein Dasein verdanke. Dieser Fall habe auch bei weitem nicht die Bedeutung, die man ihm beigelegt hat. Das, was dabei zu Tage trat, habe Aufsehen erregt, nicht weil es neu war, sondern weil es hier an einem eklatanten Falle in die Erscheinung trat. Der vorgekommene einzelne Fall könne nicht die Veranlassung geben, die organische Strafgesetzgebung zu durchbrechen. Der Gesetzgeber dürfe sich nicht von Stimmungen und Wallungen beherrschen lassen. Der Stempel dieser seiner Entstehung sei aber dem ganzen Gesetze aufgeprägt. — Geh. Oberjustizrat **Lucas** erwidert, nach Ansicht der Regierung seien die hier hervorgerufenen Mißstände über das ganze Land verbreitet, und der einzelne Fall habe lediglich den Anlaß gegeben, endgiltig den vorhandenen Mißständen entgegenzutreten. In diesem Sinne habe es stets Gelegenheitsgesetze gegeben.

VII.

Gesetzgebung über Handel und Verkehr.

1.

Regelung der Abzahlungsgeschäfte und des Hausirhandels.

9. Dezember. Hitze und Genossen stellen die Anfrage:

1. Welche gesetzgeberische Maßnahmen sind bezüglich der Regelung der Abzahlungsgeschäfte und des Gewerbebetriebes im Umherziehen (Hausirhandel) entsprechend der Erklärung des Vertreters der Regierungen in der Sitzung vom 24. November 1891 von seiten der verbündeten Regierungen beabsichtigt? 2. Wird eine bezügliche Vorlage in dieser Session voraussichtlich dem Reichstage zugehen?

Staatssekretär v. Boetticher erwidert, es sei anzunehmen, daß bald eine Vorlage über ersteren Gegenstand dem Reichstage zugehen werde. Ueber den Hausirhandel seien Untersuchungen angestellt, aber noch nicht vollständig abgeschlossen. Die bayrische Regierung habe dem Bundesrat unter dem 7. November den Entwurf eines Gesetzes vorgelegt, welcher eine Abänderung der Bestimmungen über den Hausirhandel anrege.

2.

Handwerkerstand, Lehrlingswesen, Innungen.

6. Dezember. Hitze und Genossen bringen folgende Anfrage ein:

Welche gesetzgeberische Maßnahmen bezüglich der Organisation des Handwerkerstandes und der Regelung des Lehrlingswesen sowie des Ausbaues der Innungen seitens der Regierungen beabsichtigt seien.

Staatssekretär v. Boetticher erwidert:

Nach Schluß des Reichstages ist während des Sommers bis in die neueste Zeit im Reichsamt des Innern und im preußischen Handelsministerium an diesen Vorlagen gearbeitet, die Frage ist aber noch nicht spruchreif. Die Schuld liegt an den Schwierigkeiten der Sache. Wir haben über die Vorschläge, die vereinbart wurden, mit Sachverständigen aus Gewerbekreisen beraten. Die Regierungen sind auch nicht in der Lage gewesen, bestimmt Stellung zu nehmen. Was die Organisation des Handwerks betrifft, so wollen wir die Handwerker territorial in Handelskammern zusammenfassen. Diesen sollen alle obligatorische und fakultative Befugnisse gegeben werden: obligatorische in Bezug auf das Lehrlingswesen, die Erstattung von Gutachten über gewerbliche Fragen, Berichterstattung über die Lage der Handwerker, Aufsicht über Ausführung der Vorschriften für Lehrlingswesen und besondre durch Gesetz zu regelnde Aufgaben. Daneben sollen sie fakultative Befugnisse haben mit Bezug auf die Förderung des Kleingewerbes, die technischen gewerblichen und sittlichen Forderungen bei Haltung von Lehrlingen,

die Lehrlingsprüfungen, den Besuch von Fach- und Fortbildungsschulen, die Anmeldung von Gehilfen, Gesellen, Arbeitern. Wie die Innungen in diesen Kreis eingefügt werden sollen, hat uns lebhaft beschäftigt. Wir haben nicht das Bestreben, sie zurückzudrängen oder zu schwächen. Bei der Regelung des Lehrlingswesen handelt es sich auch um die Frage: wer soll berechtigt sein, Lehrlinge zu halten? soll ein bestimmtes Verhältnis zwischen der Zahl der Lehrlinge und Gesellen normirt werden?

VIII.

Soziale Gesetzgebung.

Krankenkassen-Versicherung.

17. Dezember. Erste Beratung eines von Merbach, Möller, v. Wendt u. a. eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend die Einführung des § 75a des Krankenversicherungsgesetzes, wonach die Mitglieder derjenigen freien Hilfskassen, welche bis zum 1. Januar 1893 noch nicht die Bescheinigung erhalten haben, daß sie dem neuen Krankenkassengesetze zuneigen, welche aber ihre Statutenänderung schon zur Genehmigung eingereicht haben, nicht zum Beitritt zu den Zwangskassen genötigt werden.

IX.

Einführung einer einheitlichen Zeitbestimmung.

24. November. Erste Beratung eines Gesetzentwurfes, welcher lautet:

Die gesetzliche Zeit in Deutschland ist die mittlere Sonnenzeit des fünfzehnten Längengrades östlich von Greenwich. Dieses Gesetz tritt mit dem Zeitpunkt in Kraft, in welchem nach der im vorhergehenden Absatz festgesetzten Zeitbestimmung der 1. April 1893 beginnt.

10. Dezember. Die Kommission beschließt, die Annahme der Vorlage zu empfehlen und damit eine Aufforderung an die Regierung zu verbinden, die großen Unterschiede zwischen der mitteleuropäischen Zeit und der mittleren Ortszeit für den Osten und Westen bezüglich der von der vorjährigen Gewerbeordnungsnovelle festgelegten Zeitbestimmungen für Beginn und Ende der Arbeitszeit angemessen auszugleichen, ohne daß die Dauer der Arbeitszeit verlängert wird.

Die nichtpreußischen deutschen Staaten.

Bayern.

I.

Landtag.

12. Januar. Die zweite Kammer spricht sich für Ermäßigung des Personentarifs aus.

26. Januar. Der Kultusminister Müller erklärt in der zweiten Kammer auf Anfrage, die Regierung sei auf Grund eingeholter Gutachten der Ansicht, daß der Redemptoristenorden mit dem Jesuitenorden nicht verwandt sei, sie habe dies mittelst Denkschrift den deutschen Regierungen mitgeteilt und einen Antrag in diesem Sinne am Bundesrate angekündigt.

29. Januar. Die erste Kammer genehmigt die Novelle zum Heimat- und Verehelichungsgesetz, einen Gesetzentwurf über Bestrafung des Geschäftsbetriebs der in Bayern nicht zugelassenen Versicherungsgesellschaften und den Beschluß der zweiten Kammer, worin die Bitte ausgesprochen war, sie möge bei Einführung einer deutschen Militärstrafprozeßordnung darauf hinwirken, daß das in Bayern bestehende öffentliche und mündliche Verfahren giltig bleibe und die Selbständigkeit der Militärgerichte gewahrt werde. Die Regierung ließ ihre Uebereinstimmung mit diesen Wünschen ausdrücken.

7. Februar. Bei Beratung des Kultusetats in der zweiten Kammer beklagt der Kultusminister den übergroßen Zudrang zu den Gymnasien und erklärt, nach dem Willen der Regierung solle bei der Aufnahme in Gymnasien kein Unterschied des Standes oder der Herkunft gemacht werden.

9. Februar. In der zweiten Kammer legt der Finanzminister einen Nachtragsetat vor, der 2 300 000 Mk. zur Aufbesserung der Gehälter der pragmatischen Beamten und 460 000 Mk. zur Aufbesserung der Gehälter der Volksschullehrer fordert, ferner eine Ergänzung des Finanzgesetzes, wonach betreffs der nicht pragmatischen Beamten die Hälfte ihrer Gehaltszulage pensionsfähig gemacht werden soll, weiter eine Vorlage, wonach aus den Ueberschüssen des Jahres 1890 rund 3 Millionen Mk. an die acht Kreise des Landes zum Zwecke einer 5prozentigen Herabsetzung der Kreisumlagen überwiesen werden sollen. Endlich bringt er einen Gesetzentwurf ein betreffend die Entschädigung für Verluste an Vieh bei Milzbrand aus Staatsmitteln, wofür jährlich 10 000 Mk. im Etat eingestellt werden sollen, und einen Gesetzentwurf über die Erleichterung der Gerichtsgebühren. Der Minister erklärt, die Finanzlage sei derart, daß jene Mehrausgaben und Mindereinnahmen zu ertragen seien.

20. Februar. Die zweite Kammer genehmigt einen Gesetzentwurf wegen 4 Prozent Zinsgarantie für die von den Pfälzer Bahnen zu Erweiterungen zu verausgabenden 7 889 000 Mk.

24. Februar. Im Zolletat setzt die zweite Kammer den Anteil Bayerns an den Reichszöllen auf 22 100 000 Mk. fest.

3. März. Minister Müller spricht sich in der zweiten Kammer dahin

aus, Bayern habe die konfessionelle Schule und seine Simultanschulen, in denen der Religionsunterricht genau geregelt sei, dürften nicht mit konfessionslosen Schulen auf gleiche Stufe gestellt werden. Die Parität habe die bayrische Regierung von jeher gewahrt, und er habe in dieser Beziehung neue Bahnen nicht einzuschlagen.

9. März. Genehmigung des Gesetzes wegen Entschädigung für an Milzbrand gefallene Tiere.

23. März. In der zweiten Kammer regt Sartorius an, daß die bayrische Post außerbayrische Postwertzeichen umtauschen und mit andern Verwaltungen verrechnen möge. Minister v. Crailsheim bemerkt, die Handelskammern hätten sich dagegen ausgesprochen, weil die Verwendung von Marken an Zahlungsstatt ein Unfug sei, für kleinere Beträge könnten Reichsgebühren- und Stempelmarken verwendet werden.

30. März. Die zweite Kammer genehmigt 20 770 000 Mk. für Erweiterungs- und Neubauten auf den Staatsbahnen.

4. April. In der ersten Kammer berührt Prinz Ludwig den freudigen Wiederhall seiner frühern Ausführungen über die Mainschiffahrt und belegt mit statistischen Angaben die enorme Hebung des Verkehrs durch die Frankfurter Kanalisation ohne einen Rückgang des dortigen Bahnverkehrs. Die Hebung sei ausschließlich eine Folge der Kanalisation, die Wirkung der Mainkette bleibe spurlos. Mit der bayrischen Mainschifffahrt sehe es trostlos aus. Bayern bleibe nur die Mainkanalisation und die Umbauung des Donau-Mainkanals übrig; allerdings erfordere das eine große Summe, aber auch die Aufwendungen für die Bahnen seien groß. Die Ausführung der Kanalisation würde stückweise zunächst bis Aschaffenburg hinaufgehen. Die bayrischen Staatsbahnen erhielten damit einen Umschlagplatz nach Nordwsten. Der Güterverkehr nach der See bringe viel Gewinn. Aus dem Ruhrkohlengebiet könnte die Versorgung mit Kohlen erfolgen. Dem Ministerium lege er ans Herz, baldmöglichst die Kanalisation und das Studium der Donauverbesserungen in Angriff zu nehmen. Minister v. Crailsheim: Eine Belebung der Schifffahrt sei erst möglich, wenn der Flößerei eine bessere Zukunft gewährt worden. Dem nächsten Landtag werde die Regierung Vorlagen betreffend die Belebung der Mainschifffahrt machen.

15. April. Prinz Karl, zweiter Sohn des Prinzen Ludwig, wird in die erste Kammer eingeführt.

29. April. Genehmigung des Gesetzentwurfs über Aufbesserung des Gehalts der pragmatischen Staatsbeamten.

2. Mai. Die zweite Kammer erhöht die vorgeschlagene Aufbesserung der Lehrergehalte um 26 000, mithin auf 891 000 Mk.

10. Mai. Im Finanzausschuß der zweiten Kammer giebt Orterer die Erklärung ab, er habe nähere Kenntnis von einem Berichte des preußischen Gesandten in München, Grafen Eulenburg, der zum Scheitern der preußischen Volksschulgesetzvorlage beigetragen habe. Auch deutet er an, daß Eulenburgs Nachrichten vom Kultusminister Müller herrührten. Ministerpräsident von Crailsheim nimmt dagegen den preußischen Gesandten in Schutz.

13. Mai. In der zweiten Kammer giebt Orterer Kenntnis von den Verhandlungen des Finanzausschusses betreffs des Berichts des preußischen Gesandten. Der Ministerpräsident erklärt, die Regierung betrachte den preußischen Schulgesetzentwurf als eine innere Angelegenheit Preußens und könne daher auf eine sachliche Besprechung desselben nicht eingehen. Es komme ihr nicht in den Sinn, eine Einwirkung auf die preußische Regierung auf diplo-

matischem Wege versuchen zu wollen. Es handle sich nur um ein ausschließlich preußisches Aktenstück.

17. Mai. Die zweite Kammer bewilligt 1 100 000 Mk. als erste Rate für den Neubau eines Nationalmuseums.

18. Mai. Die zweite Kammer genehmigt das Gesetz über Ausführung des Krankenversicherungsgesetzes.

19. Mai. In der ersten Kammer erwidert der Kultusminister auf eine Anfrage, die Regierung habe dem Bundesrate einen Antrag auf Wiederzulassung des Redemptoristenordens vorgelegt, dürfe aber im Interesse des Antrags nicht auf Erledigung desselben drängen.

20. Mai. Beim Militäretat sagt der Kriegsminister in der zweiten Kammer, zur Verhütung von Mißhandlungen der Soldaten sei das Möglichste geschehen, und die Bestimmungen über den Gebrauch der Schießwaffen seitens der Wachtposten ließen kaum eine Gefährdung befürchten.

21. Mai. Die zweite Kammer bittet um Vorlegung einer Kirchengemeindeordnung.

23. Mai. Das Finanzgesetz wird in der zweiten Kammer in Einnahme und Ausgabe auf 306 292 271 Mk. festgesetzt. Eine Beschwerde des altkatholischen Landesvereins wegen Verletzung verfassungsmäßiger Rechte wird abgewiesen.

28. Mai. In beiden Kammern wird der Landtagsabschied verlesen. Alle Beschlüsse des Landtags sind genehmigt. Für eine künftige Reichsmilitärstrafprozeßordnung wird thunlichste Berücksichtigung der bayrischen Einrichtungen, soweit sie sich bewährt haben, zugesichert. Der Abschied schließt mit dem Ausdruck lebhafter Befriedigung über die gesamte Thätigkeit des Landtags. Darauf werden die Sitzungen durch den Regenten geschlossen.

II.

Die königliche Familie.

26. Januar. Tod der Herzogin Maximilian in Bayern (Mutter der Kaiserin von Oesterreich).

6. März. Verlobung der Herzogin Amalie, Tochter des Herzogs Karl Theodor in Bayern, mit dem Herzoge Wilhelm von Urach.

12. März. Am 71. Geburtstage des Regenten, Prinzen Luitpold, findet die feierliche Uebergabe des von ihm für die Feldherrnhalle in München gestifteten Heeres-Denkmals statt. Bei der Militär-Galatafel im königlichen Schloß bringt Prinz Ludwig, der älteste Sohn des Regenten, im Namen aller Angehörigen des bayrischen Heeres einen Trinkspruch auf denselben aus. Beide Kammern des Landtags und die Stadt München feiern ihn durch besondre Festmahle.

17. März. Das Königspaar von Württemberg zu Gast am königlichen Hofe.

11. April. Der Kaiser von Oesterreich am königlichen Hofe.

16. Mai. Prinz Ludwig wohnt der Wanderversammlung der bayrischen Landwirte in Würzburg bei.

30. Mai. Der Prinzregent erwidert den Besuch des württembergischen Königspaars in Stuttgart.

1. Juni. Der Regent eröffnet die internationale Kunstausstellung in München.

6. Juli. Prinz Arnulph wird zum Kommandeur des ersten bayrischen Armeekorps ernannt, Prinz Leopold, der 46jährige Sohn des Regenten, zum Generalinspektor der 4. Armee-Inspektion.

Im November. Prinzessin Therese, Tochter des Regenten, wird in die Akademie der Wissenschaften aufgenommen.

19. November. Vermählung des Herzogs Ludwig in Bayern mit Fräulein Antonie Barth, die den Namen v. Bartolf erhält.

III.

Militärische Angelegenheiten.

10. Februar. In München findet die Feier des 100jährigen Bestehens des Generalstabs des bayrischen Heeres statt.

19. Februar. Es gelangt ein Erlaß des Kriegsministeriums vom 3. Dezember 1891 in die Oeffentlichkeit, worin aus Anlaß von zwei vorgekommenen Untersuchungsfällen für die Offiziere eine Reihe von Vorschriften zur Verhütung von Mißhandlung der Soldaten bekannt gemacht ist.

3. März. In Bamberg findet eine Feier statt zur Anheftung der vom Kaiser der Standarte des 1. bayrischen Ulanenregiments verliehenen Fahnenbänder.

IV.

Katholisches.

10. Mai. Die „Kölnische Zeitung" macht Mitteilung über eine am 13. und 14. Juli 1891 im Kapuzinerkloster Wemding bei Donauwörth stattgehabte „Teufelaustreibung."

Seit Fastnachtdienstag bemerkten die Müllerseheleute Zill in Oberlottermühle an ihrem zehnjährigen Sohn Michael ganz auffällige Erscheinungen: er konnte kein Gebet mehr verrichten, auch keins mehr sprechen hören, ohne in außerordentliche Wutausbrüche zu verfallen, und ähnliches. Da ärztlicher Beistand nichts half, wandten sich die Eltern an den Pater Aurelian. Dieser hat über seine Behandlung des Knaben einen längern Bericht sowohl für das Provinzialarchiv Altötting als auch für das Klosterarchiv zu Wemding verfaßt,

und eben diesen Bericht veröffentlicht die „Kölnische Zeitung." In diesem führt der Pater ausführlich an, welche „Benediktionen" er über den Knaben ausgesprochen, bis er endlich, mit Genehmigung der Bischöfe von Augsburg und Eichstädt, einen feierlichen Exorzismus vorgenommen habe. Bei der Beschwörung habe der Teufel ganz wütend geschrieen, der Knabe sei besessen und auf fortgesetzte Beschwörung habe er zur Antwort erhalten, zehn Teufel hätten den Knaben in Besitz. Auf den Befehl, aus dem Knaben zu weichen, sei geantwortet: „Ich mag nicht." Bei weiter fortgesetzter Beschwörung habe der Teufel die Auskunft erteilt, er könne nicht aus dem Knaben fahren, weil eine Frau namens Herz, Nachbarin der Zilkschen Eheleute, ihn daran hindere; sie sei es auch, die ihn, den Teufel, in den Knaben hineingewünscht habe. Endlich sei der Teufel aus dem Knaben gefahren und dieser habe wieder beten können. Als Ursachen der Besessenheit führt der Pater an, die Mutter des Knaben sei protestantisch, während der Vater katholisch sei und die Behexung habe darin bestanden, daß die Frau Herz, eine Protestantin, dem Knaben Huzeln geschenkt habe. — Der Fall erregt auch außerhalb Bayerns das größte Aufsehen. Es stellt sich heraus, daß Mißzustände in die Ottermühle erst durch den Hinzug der Mutter des Müllers Zilk gekommen sind, die aus der durch Feindseligkeit gegen die Protestanten bekannten Gegend von Cham gekommen sei, auch gewaltsame Versuche gemacht habe, das Kind zur katholischen Schule zu bringen. Infolge der gewaltthätigen Behandlung soll der Knabe eben nervenkrank geworden sein. Pater Aurelian wird hierauf in das Kapuzinerkloster Lohr versetzt, welches durch viele im 17. Jahrhundert dort stattgehabte Hexenprozesse bekannt ist. Die katholischen Blätter sind über den ganzen Fall geteilter Meinung.

28. Juni. Bischof Senestrei von Regensburg erhält vom Papste das erzbischöfliche Pallium.

29. Juni. In Freising findet eine große Zentrumsversammlung statt. Sie spricht ihren Abgeordneten das größte Vertrauen aus, nachdem die Abgeordneten v. Soden, Orterer, Ostermann und Daller sich über die Thätigkeit des letzten Landtags verbreitet und dabei den Fürsten Bismarck heftig angegriffen hatten.

Mitte November. In einem vor dem Gerichte zu Eichstädt gegen den Teufelbeschwörer von Wemding, den Kapuzinerpater Aurelian, geführten Beleidigungsprozeß kommen Gutachten zweier Sachverständigen zu Gunsten des Paters vor. Einer derselben, Dr. Pruner, Dompropst in Eichstädt, sagt darin:

Vom Standpunkt des katholischen Theologen müsse er glauben, daß Besessenheit möglich und wirklich ist. Man darf nur die heilige Schrift aufschlagen. Der Heiland selbst hat Besessene geheilt. Die „Dämonen" haben Einfluß auf den Menschen. Der Apostel Paulus redet davon, daß man gegen die Geister der Besessenheit zu kämpfen habe. Der Heiland hat der Kirche auch das gegeben, daß sie die Geister vertreibt und bannen könne. „In meinem Namen werdet ihr die bösen Geister austreiben!" Also Besessenheit ist nicht zu bestreiten. Es fragt sich also nur, ob P. Aurelian berechtigt war, in diesem Falle Besessenheit anzunehmen. Da muß er das Rituale zur Hand nehmen. Dort sind die Anzeichen gegeben. Personen, die an außerordentlichen Zuständen leiden, Kräfte entwickeln, die sie nicht haben können, lassen schon fürchten. Der zweite Grund zur Furcht ist besonders die Hagiophobie, die Scheu vor Heiligen. Personen, die nicht vertragen können, daß heilige Dinge

in ihre Nähe kommen, geben auch Anzeigen der Besessenheit. Drittens erwähne ich die dämonische Ekstase selbst. Wenn Personen bei Vornahme heiliger Handlungen das Bewußtsein verlieren, Dinge reden, die sie sonst nicht sagen, so ist das auch ein Zeichen von Besessenheit. Der Dämon setzt sich wirklich im Organismus fest und operirt von dort aus. In den Organen des Körpers nimmt er seine Handlungen vor, redet seine Sprache. Wenn also ein Kind zu fluchen, toben und schäumen anfängt, eine Kraft entwickelt, die einen starken Mann zu Boden wirft, da kann man wohl annehmen, daß der Dämon wirklich in ihm sitzt. P. Aurelian war also berechtigt, Besessenheit anzunehmen.

29. November. Der stellvertretende verantwortliche Redakteur der „Kölnischen Zeitung," van Look, wird von der Kölner Strafkammer auf die Klage des Paters Aurelian wegen Abdruckes des Protokolls über die Wemdinger Teufelsaustreibung zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte eine Geldstrafe von 1000 Mk. beantragt. In der Begründung wird gesagt, daß objektiv Nachdruck vorliege, daß der Angeklagte nicht im Sinne des Gesetzes über das Urheberrecht in gutem Glauben gehandelt, daß er aber das Bewußtsein haben konnte, eine Kulturaufgabe zu erfüllen.

Im Dezember. Das protestantische Oberkonsistorium erläßt einen Aufruf, in dem es seinen Standpunkt zur dämonischen Besessenheit und Teufelsaustreibung darlegt:

Meist handle es sich um eine physische, auf ärztlichem Wege zu hebende Krankheit, oft auch um raffinirte Verstellungen, um Betrug und Selbsttäuschung. „Daß ein Mensch imstande sei, einen Teufel in den Leib eines andern Menschen einzuführen, und zwar im vorliegenden Falle durch dargereichtes gedörrtes Obst, ist eine mit der heiligen Schrift in keiner Weise zu deckende, abergläubische, unerträgliche Behauptung. Unsern Geistlichen legen wir die Bekämpfung des vielgestaltigen Aberglaubens in ihren Gemeinden aufs neue ans Herz." Des weitern wird die einem unbescholtenen Gliede der evangelischen Kirche zugefügte Unbill sowie besonders der Umstand, daß der Kapuziner unter seinen „Ursachen der Besessenheit" die Ehe des katholischen Müllers mit einer Protestantin in erster Linie anführte, als Ehrenkränkungen des im paritätischen Bayern gleichberechtigten Protestantismus bezeichnet.

21. Dezember. Gegen diesen Erlaß richtet sich folgende Kundgebung des bischöflichen Ordinariats Eichstädt:

Wir erheben hiermit öffentlich gegen die der katholischen Kirche in ihrer Lehre, ihren Einrichtungen und ihrem Priestertume öffentlich zugefügte Unbill in unserm und unsers gesamten hochwürdigen Klerus Namen Protest sowohl vom allgemeinen Rechtsstandpunkt aus als im besondern auf Grund der durch die Verfassung der katholischen Kirche in Bayern gewährleisteten Rechte.

V.

Parteiwesen.

19. Oktober. Von zwei zur Reichstagsersatzwahl im niederbayrischen Bezirke Kelheim aufgestellten Kandidaten der Zentrumspartei siegt der eine, Bierbrauer Rauchenecker, mit sehr geringer Mehrheit (4218 Stimmen) gegen den andern Dr. Sigl, mit 4094 Stimmen). Man will hierin ein Zeichen der Spaltung unter den bayrischen Ultramontanen erblicken.

Anfang November. Dies wird vom Publizisten Ratzinger bestätigt, der in der „Deutschen Reichszeitung" sagt:

Die Zeichen des Zerfalls der Zentrumspartei mehrten sich seit Jahren. Wir haben vergeblich darauf hingewiesen, daß die intelligenten Elemente, angeekelt von dem Geschäftskatholizismus und Preßterrorismus, sich immer mehr von der Zentrumspartei zurückzuziehen gezwungen sahen. Jede Partei wird ruinirt, wenn ehrgeizige Lokalgrößen, denen jede Befähigung für das parlamentarische Leben fehlt, von der Parteileitung auf den Schild gehoben werden. Aber das ist der Fluch des Geschäftskatholizismus in Bayern, daß er intelligente und fähige Elemente nicht zulassen kann, ohne sich selbst das Grab zu graben. Darum werden immer Lokalgrößen in den Vordergrund gedrängt, freilich nur um den Preis, daß sie sich als willenlose Werkzeuge der geschäftskatholischen Führung und der einseitigen Fraktionspolitik gebrauchen lassen. Auf diesem Wege ist die Zentrumspartei in Bayern da angekommen, wo sie eben steht. Es ist die geistige Versumpfnng der Partei!

Auch der „Bayrische Kurier" spricht sich in diesem Sinne aus:

Die Wahl zeigt, wie leicht jetzt katholische Wahlkreise verloren gehen, wie müde das katholische Volk der schönen Worte und „staatsmännischen Erwägungen" seiner Vertreter ist. Die Reichstagswahl in Kehlheim ist nur ein Wetterleuchten; bei den nächsten allgemeinen Wahlen wird das Donnerwetter hereinbrechen, das selbst Eichen entwurzelt und knickt. Das Zentrum treibt schon seit 1887 Mummenschanz und Faschingsstreiche; wir stehen schon am Ende des Faschings. 1895 wird der politische Aschermittwoch kommen, an dem die Zentrumsführer nachdenken können über ihre politischen Sünden.

Damit stimmt, was der „Germania" aus Bayern also berichtet wird:

Zu den Gründen des Wahlergebnisses kommt als wichtigster Punkt die unüberwindliche Abneigung des Volkes gegen neue Militärforderungen. Nicht znm geringsten Teile Schuld an den 4000 Siglstimmen ist die kommende Militärvorlage. Man fürchtet in den weitesten Kreisen, daß das Zentrum, trotz der gegenseitigen Versicherungen, für dieselbe zu haben sein wird. Das Unterhandeln in Berlin in frühern Jahren und vielleicht auch jetzt schon macht die Wähler kopfscheu, auch wenn gar keine Gefahr besteht. Wenn man das aber weiß, dann muß man auch jede Gelegenheit ergreifen, um die Wähler aufzuklären, und man muß unter Umständen auch gegen die von oben geäußerten Ansichten stimmen

können. Bleibt der Abgeordnete in dieser Beziehung nicht in steter Fühlung mit seinen Wählern, deren Auftrag er zu vollziehen hat, so wird man eben noch mehr Ueberraschungen erleben, wie die jüngste in Kelheim.

Sachsen.

I.

Die königliche Familie.

13. Januar. Prinz Georg, von Erkrankung an einem Darmleiden wiederhergestellt, sagt öffentlich Dank für die warme Teilnahme der Bevölkerung.

3. Februar. König Albert wird in Leipzig festlich empfangen.

4. Februar. Prinz Friedrich August, ältester Sohn des Prinzen Georg, hält mit seiner Gemahlin, Prinzessin Louise, feierlichen Einzug in Leipzig. Der König eröffnet hier die internationale Ausstellung für das rote Kreuz.

24. März. Königin Carola begiebt sich zu längerem Aufenthalt nach Mentone.

7. April. Auch König Albert trifft dort ein.

24. Juni. Der königliche Hof erhält den Besuch des italienischen Königspaars.

11.—14. Juli. Reise des Königs in das Vogtland.

25. September. Ankunft des Königs in Wien, von wo er sich mit dem Kaiser nach Steiermark zur Jagd begiebt.

12. Oktober. Der König empfängt die deutschen und österreichischen Distanzreiter.

II.

Landtag.

8. Januar. Die zweite Kammer beschließt ein Ersuchen an die Regierung, beim Bundesrat dahin zu wirken, daß den bei der Börse bestehenden, neuerdings wieder in besonders starkem Maße hervorgetretenen Mißständen im Wege der Gesetzgebung entgegengetreten werde.

12. Januar. In der ersten Kammer erstattet Prinz Georg einen Ausschußbericht über die allgemeinen Grundsätze bezüglich der im Etat für 1892—93 vorzunehmenden Gehaltserhöhungen. Der Ausschuß hält es im wahren Interesse des Staats, daß dem ausgezeichneten Beamtenstande

die Freudigkeit der Berufserfüllung bewahrt werde, ohne die auf die Dauer eine gedeihliche Thätigkeit nicht möglich sei.

18. Februar. Die zweite Kammer genehmigt einen Gesetzentwurf über die Bergschiedsgerichte.

24. Februar. Das Direktorium der zweiten Kammer läßt dem sozialdemokratischen Abg. Kaden die Landtagsdiäten, deren Bezug nur außerhalb Dresdens wohnenden Abgeordneten zusteht, sperren, weil Kaden in Kötzschenbroda bei Dresden nur zum Schein Wohnung gemietet habe, während er thatsächlich in Dresden wohne.

16. März. Die erste Kammer genehmigt eine neue Notariats-, die zweite Kammer eine neue Gesinde-Ordnung.

21. März. In der ersten Kammer bittet der Bischof Wahl, in Erwägung zu ziehen, ob und auf welche Weise das das Oberaufsichtsrecht des Staats über die katholische Kirche betreffende Gesetz von 1876 abgeändert oder abgeschafft werde. Dabei versicherte er, daß es ihm fern liege, den konfessionellen Frieden des Landes stören zu wollen.

22. März. Die zweite Kammer genehmigt Gesetzentwürfe über die Gehaltsverhältnisse der Lehrer an den Volksschulen und über fortlaufende Staatsbeihilfen an die Schulgemeinden.

23. März. Die erste Kammer genehmigt einen Gesetzentwurf wegen Aufbesserung der Pensionen der Zivilstaatsdiener sowie ihrer Witwen und Waisen.

29. März. Die erste Kammer genehmigt einen Gesetzentwurf wegen Aenderung der gesetzlichen Bestimmungen über die Pensionsverhältnisse der evangelisch-lutherischen Geistlichen und der Hinterlassenen dieser und der reformirten Geistlichen. In der zweiten Kammer wird die Errichtung eines Gesundheitsmuseums angeregt.

5. April. Die Session des Landtags wird durch eine Thronrede des Königs geschlossen, in welcher, unter Dank für die angestrengte Thätigkeit der Abgeordneten, die Ergebnisse desselben aufgeführt werden.

III.

Parteibewegung.

5. Februar. Der Vorstand des konservativen Landesvereins im Königreich Sachsen erläßt folgende Bekanntmachung, das Kartell betreffend:

Von dem Vorstande des konservativen Landesvereins sind nach der letzten Landtagswahl Schritte eingeleitet worden, welche bezweckten, eine Verständigung mit der nationalliberalen Partei im Königreich Sachsen behufs Schlichtung etwaiger Differenzen bei künftigen Wahlen in den Reichstag und Landtag durch Einsetzung eines Schiedsgerichts herbeizuführen. Diese Schritte haben den erstrebten Zweck nicht erreicht. Der Vorstand sieht sich deshalb genötigt, darauf aufmerksam zu machen, daß das bei der Reichstagswahl im Jahre 1887 abgeschlossene Kartell zwischen der konservativen und nationalliberalen Partei im Königreiche Sachsen zur Zeit nicht mehr besteht, auch eine andre Abmachung zwischen beiden Parteien an dessen Stelle nicht getreten ist.

Im März. 103 Abgeordnete zum Landtag, Konservative, Nationalliberale und Fortschrittsleute, erlassen eine offene Erklärung behufs Fortdauer des Kartells der gemäßigten Parteien, und zwar, nach Angabe der neuen „Korrespondenz des nationalliberalen Vereins für das Königreich Sachsen," auf Anregung des Königs Albert.

13. Juni. Der Parteitag der Konservativen Sachsens findet in Dresden statt. Es nehmen 500 Personen teil, darunter aus Preußen die Abgeordneten von Manteuffel und von Hammerstein sowie Graf Schulenburg. Der Reichstagsabgeordnete von Friesen hält einen längeren Vortrag über „die Revision des konservativen Programms mit besondrer Berücksichtigung der sozialen und der Judenfrage." Die Versammlung beschließt eine Erklärung, in der es heißt:

1. Die materialistische Weltanschauung bedroht, durch den von ihr gewonnenen Einfluß auf das politische, soziale, wirtschaftliche und sittliche Volksleben, den Staat, die Gesellschaft und die Kirche und somit die gesamte Existenz der deutschen Nation mit den ernstesten Gefahren. Als die gefährlichsten Auswüchse der materialistischen Weltanschauung betrachtet der Parteitag die Sozialdemokratie und die anwachsende Macht des Judentums. Eine entschiedne Bekämpfung beider auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens durchzuführen, ist unabweisbare Pflicht der konservativen Partei und aller ihrer Angehörigen. 2. Die Mittel zu dieser Bekämpfung liegen vor allem in der Erhaltung und Wiedererstarkung der christlichen Lebensanschauungen in Volk und Staat. Nur auf diesem sittlichen Boden ist es möglich, positive staatliche Rechtsnormen zu entwickeln, welche die Existenz des Staates zu sichern und die weit fortgeschrittene Auflösung der staatlichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sittlichen Ordnungen aufzuheben imstande sind. 3. Der Parteitag spricht deshalb sowohl der Regierung als auch den konservativen Vertretern des Volkes im Reichstag und Landtag gegenüber die Erwartung aus, daß dieselben solche gesetzgeberische Maßregeln mit besondrer Beziehung auf die Presse in ernste Erwägung ziehen, welche die Erhaltung und Wiedererstarkung der christlichen Lebensanschauungen im Volk und Staat zu schützen und damit einer weiteren Ausbreitung der materialistischen Weltanschauung der Sozialdemokratie und der Macht des Judentums feste Schranken zu ziehen geeignet sind. Der Parteitag erwartet namentlich von der deutschkonservativen Fraktion im Reichstage, daß sie unverzüglich nach ihrem Wiederzusammentritt die Revision des konservativen Programms vom Jahre 1876 — mit besondrer Rücksichtnahme auf das Anwachsen der Sozialdemokratie und die drohende Uebermacht des Judentums — in die Hand nimmt.

12. November. Der nationalliberale Reichsverein hält in Dresden eine große Versammlung, in welcher der Generalsekretär der nationalliberalen Partei, Patzig aus Berlin, einen Vortrag über „die Gefahr des Ultramontanismus seit Bismarcks Rücktritt" hält. Die Versammlung beschließt folgende Erklärung:

Die zahlreich versammelten reichstreuen Männer aller Stände sprechen die Erwartung aus, daß im Reiche wie in den Einzelstaaten die Re-

gierungen in würdiger, entschiedner Abwehr gegenüber den fortdauernd wachsenden Machtansprüchen des Ultramontanismus verharren. Dessen Forderungen sind mit der Voraussetzung des konfessionellen Friedens und der Parität im Staate nicht vereinbar, sie bedrohen die freie Regsamkeit des Geisteslebens der Nation und das hohe Ansehen der deutschen Wissenschaft. In der engen Verbindung mit den welfischen, polnischen und andern protestlerischen Bestrebungen hindert der Ultramontanismus die freudige Hingabe weiterer Kreise an den Reichsgedanken, die unerläßliche Bedingung, unter der die wiedergewonnene Einheit behauptet und gestärkt sein will. Das Ansehen der Reichsgewalt kann bei jedem Versuche, mit dem ultramontanen Element und seinen Bundesgenossen die Geschäfte des Reiches zu führen, nur zu Schaden kommen. Dieses Element kann überhaupt nicht befriedigt werden, so lange der Staat an seinen unveräußerlichen Hoheitsrechten, das Reich an den gegebnen staatlichen Einrichtungen festhält; fehlerhaftes Entgegenkommen weckt nur die Schwäche und ruft neue Beunruhigung hervor. Der gesunden Entwicklung der politischen Parteien ist der Ultramontanismus als Vertretung einseitig kirchlicher Herrschaftsansprüche überall im Wege. Pflicht aller staatlichen Parteien, soweit sie auf dem Boden der Reichsverfassung stehen, ist es heute mehr denn je zuvor, gegen solche der innern Gesundung schädliche, dem Kulturfortschritte gefährliche Parteiungen unter allen Umständen gemeinsame Sache zu machen.

Württemberg.

I.

Die königliche Familie.

24.—28. Januar. König Wilhelm II. und Königin Charlotte am preußischen Hofe (I. S. 251).

28. Januar. Dieselben statten dem königlichen Hofe von Dresden einen Besuch ab.

29. Januar. Ebenso dem großherzoglichen Hofe in Weimar.

14. März. Besuch des Königspaars in München.

24. April. Tod der Herzogin Wilhelmine Eugenie zu Karlsruhe in Oberschlesien.

2. Mai. Besuch des Königspaars von Sachsen in Stuttgart.

21. Juni. König Wilhelm und Königin Charlotte werden in Tübingen festlich empfangen.

22. Juni. Herzog Wilhelm von Württemberg besucht das Regiment Herwarth von Bittenfeld in Münster, zu dessen Chef er am 27. Januar ernannt war.

2. Juli. Unfall der Königin Charlotte bei einer Ausfahrt.

6. Juli. Die Stadt Stuttgart veranstaltet im Stadtgarten dem Königspaare ein glänzendes Fest.

10. Juli. In Tegernsee findet die Vermählung des Herzogs Wilhelm von Urach, Prinzen von Württemberg (aus der katholischen Linie, geb. 1864 in Monaco), mit der Prinzessin Amalie von Bayern statt.

13. Juli. Der Staatsanzeiger für Württemberg veröffentlicht die Verlobung des Herzogs Albrecht von Württemberg mit der Erzherzogin Margaretha Sophia von Oesterreich, Tochter des Erzherzogs Karl Ludwig.

30. Oktober. Tod der Königin-Witwe Olga von Württemberg, Großfürstin von Rußland, in Friedrichshafen.

4. November. Feierliche Beisetzung derselben in Stuttgart unter Teilnahme des deutschen Kaisers, des Erbgroßherzogs von Weimar, des Erzherzogs Ludwig Viktor, des Großfürsten Wladimir und andrer Fürstlichkeiten.

14. Dezember. Besuch des Großherzogs von Baden nebst Gemahlin am württembergischen Hofe.

II.

Kirchliche Angelegenheiten.

15. März. Das Staatsministerium beschließt, das von ultramontaner Seite seit dem Ulmer Katholikentag vom November 1890 durch wiederholte Eingaben befürwortete Gesuch um Zulassung von Männerorden in der Diözese Rottenburg abzulehnen.

21. März. Das Hauptorgan der württembergischen Katholiken, das „Deutsche Volksblatt" in Stuttgart, sagt, diese Abweisung sei schroff, von einer merkwürdigen Härte und enthalte nicht ein Wort des Bedauerns.

23. Mai. Namens des Ausschusses des württembergischen Katholikentags erläßt Graf Rechberg einen Aufruf an die Katholiken des Landes. Er will diesen sein gutes Recht wahren und fordert es auf, an diesem zu beharren, zu seiner Erkämpfung in Versammlungen und Vereinen sich immer inniger zusammenzuschließen. Diese Bewegung werde nicht zur Ruhe kommen, bis die Forderungen der Katholiken erfüllt seien.

24. Mai. Der König genehmigt die Entlassung des evangelischen Pfarrers Schrempf in Leuzingen infolge von dessen

Weigerung, das apostolische Glaubensbekenntnis fernerhin bei seinen Amtshandlungen anzuwenden.

7. Juni. Der oberschwäbische Katholikentag in Ravensburg fordert die konfessionelle Schule als unveräußerliches Recht, die Zulassung der Männerorden und die territoriale Unabhängigkeit des päpstlichen Stuhls. Der Reichstagsabgeordnete Lieber fordert hier zu einem neuen Feldzuge des Katholizismus für das Christentum auf.

12. Juni. Der Bischof Karl Joseph zu Rottenburg erwidert auf eine Adresse dieses Katholikentags, er könne nach der Erfahrung eines langen Lebens bestätigen, daß Gott die Seinigen nicht verlasse, wenn sie sich nicht selbst verlassen.

13. September. In Stuttgart spricht sich eine größere katholische Versammlung, nach einem Vortrage des Reichstagsabgeordneten Porsch, für die Männerorden aus.

18. September. Eine Versammlung des „Volksvereins für das katholische Deutschland" in Gmünd spricht sich in gleichem Sinn aus.

24. Oktober. Auch in Horb erklären sich 6000 katholische Männer für diese Forderung.

III.

Die deutsche Partei.

21. Februar. Es findet die Landesversammlung der deutschen Partei Württembergs in Stuttgart statt. Sie beschließt ein neu formulirtes Programm:

Punkt 1 betont den nationalen und liberalen Charakter der Partei im Sinn der Kontinuität mit der eignen Vergangenheit wie als Grenze gegen andre Parteien, die durch die Gemeinsamkeit mancher Einzelforderungen nicht verwischt werden soll. Ferner stellt das Programm auf: die Forderung der Gewährung von Diäten an die Reichstagsabgeordneten, Einführung der zweijährigen Dienstzeit, die für „in hohem Grade wünschenswert" erklärt wird unter dem gleichzeitigen Ausdruck der Bereitwilligkeit, „die zu ihrer Durchführung notwendigen finanziellen Opfer zu bringen." Es wird ferner gefordert eine Reform des Militärstrafverfahrens. Bezüglich der Einführung eines allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuchs fordert die Partei, daß die Rechtsverhältnisse in Deutschland „möglichst umfassend und einheitlich" geregelt werden, womit auf das Reservat der freiwilligen Gerichtsbarkeit in Württemberg in einem von dem wiederholtem Votum der Kammermehrheit abweichenden Sinne angespielt wird. Sodann folgt die Forderung gesetzlicher Beschränkung des Differenzspiels an der Börse und der Verschärfung der Bestimmungen über den Konkurs. Auch die Ent-

schädigung unschuldig Verurteilter ist ins Programm aufgenommen. Unter dem Gesichtspunkte der Gefährdung des kirchlichen Friedens erklärt sich das Programm gegen die Zulassung der Jesuiten im Reich und der katholischen Männerorden in Württemberg. Die Handelsverträge werden willkommen geheißen, an dem noch bestehenden mäßigen Schutzzoll zu Gunsten der Landwirtschaft soll dagegen festgehalten und derselben durch Neuordnung des Nachbarrechts und des Wasserrechts, durch staatliche Hagelversicherung und Förderung des Genossenschaftswesens weitere Unterstützung gewährt werden. Dem Gewerbestand wird Unterstützung des Verlangens nach Handwerkerkammern zugesagt. Die gesetzgeberische Thätigkeit auf dem Gebiete der Fürsorge für den Lohnarbeiter hält die Partei zunächst für abgeschlossen, tritt dagegen für völlige Koalitionsfreiheit, für Arbeiterkammern, ein Reichsarbeitsamt und Arbeiterstatistik ein.

8. Mai. Die deutsche Partei feiert in Stuttgart ihr fünfundzwanzigjähriges Bestehen. Ein Toast auf den Fürsten Bismarck wird mit stürmischer Begeisterung aufgenommen.

18. November. Die deutsche Partei erleidet eine Niederlage bei der Wahl eines Oberbürgermeisters von Stuttgart, indem nicht ihr Kandidat, Abgeordneter Götz, sondern der Obersteuerrat Rümelin gewählt wird.

IV.

Finanzen.

17. Dezember. Der „Staatsanzeiger für Württemberg" veröffentlicht den vom Finanzminister Dr. von Riecke im Landtag gehaltenen Vortrag, betreffend den Staatshaushalt für 1893/1895.

Darnach wird der Staatsbedarf auf jährlich 68 Millionen, 2 Millionen mehr als im vorigen Etat, veranschlagt. Veranlaßt wird dieser Mehrbetrag durch den höheren Zinsbetrag der Staatsschulden, durch die Steigerung der Naturalpreise, durch die Erhöhung der Matrikularbeiträge sowie durch einen Mehrbedarf der Departements des Innern und des Kultus. Die Einnahmen aus dem Kammergut sind wegen des geringern Ertrags der Eisenbahnen um 2 Millionen niedriger angesetzt; andrerseits sollen mittelst Wiedereinführung der frühern Steuersätze die Einnahmen aus den direkten Steuern um 3 Millionen erhöht werden; ferner sollen aus den Restmitteln jährlich 2 Millionen zur Deckung des Fehlbetrages verwendet werden. Für außerordentliche Verwendungen erübrigen außerdem noch Restmittel in Höhe von 2,7 Millionen. Für die nächste Finanzperiode sei eine Beihilfe durch Ueberschüsse früherer Jahre nicht zu gewärtigen, dennoch hoffe die Regierung, daß die Ordnung im Staatshaushalt dank der hergebrachten Sparsamkeit und dem vorsichtigen Zusammenhalten der Einnahmequellen bei gleichzeitiger zeitgemäßer Weiterbildung derselben dem Lande erhalten bleibe.

V.

Personalien.

27. April. Der Ministerpräsident v. **Mittnacht** begeht sein 25jähriges Jubiläum als Minister. Der „Staatsanzeiger für Württemberg" giebt aus diesem Anlaß einen Ueberblick über die erfolgreiche patriotische Thätigkeit des Ministers. Dieser erhält Glückwunschschreiben des Königs sowie des deutschen Kaisers, auch des Regenten von Bayern.

12. Mai. Der General der Infanterie v. **Steinheil** wird auf seinen Wunsch der Stelle eines Kriegsministers enthoben. Diese wird dem Befehlshaber der 30. Division, Generallieutenant **Schott** v. **Schottenstein**, übertragen.

VI.

Festlichkeiten.

19. Juni. In Stuttgart und am Uracher Wasserfall findet eine Feier des 100jährigen Geburtstags des im November 1850 verstorbnen **Gustav Schwab** statt. — In **Tuttlingen** wird ein Denkmal für **Max Schneckenburger**, den Dichter des Liedes „Die Wacht am Rhein," unter Leitung des Prinzen Hermann von S.-Weimar feierlich enthüllt.

Baden.

I.

Die großherzogliche Familie.

1. Januar. Der „Staatsanzeiger" enthält Mitteilungen über die **Standarten**, welche der Großherzog, seine Gemahlin, der Erbgroßherzog mit Gemahlin und die Prinzen sowie Prinzessinnen fortan führen wollen.

4. Januar. Eröffnung der Eisenbahn **Kehl-Lichtenau-Buehl** durch den **Großherzog**, der in einer Rede beim Festmahl auf die Bedeutung hinweist, welche diese Bahn für den Verkehr mit dem Reichslande hat.

14. März. Die amtliche Zeitung bezeichnet eine jüngst in Zürich erschienene Schrift „Kaspar Hauser, des Rätsels Lösung" als eine plumpe Fälschung.

21. März. Erkrankung des Großherzogs.

3. April. Feierliche Eröffnung des Kadettenhauses in Karlsruhe in Gegenwart der Großherzogin und der Prinzen.

24. April. Feier des 40jährigen Regierungsjubiläums des Großherzogs.

29. April. Haupttag der Jubiläumsfestlichkeiten. Ueberreichung der Huldigungsadresse aller Gemeinden des Landes. Der Großherzog erhält ein ehrendes Schreiben des Kaisers.

6. Mai. Veröffentlichung eines Dankschreibens des Großherzogs.

18. Mai. Besuch desselben und der Großherzogin bei den Königinnen der Niederlande in Sand im Schwarzwald.

27. Mai. Die Tochter des Großherzogs, die Kronprinzessin Viktoria von Schweden, trifft nach längerem Aufenthalte in Aegypten in Karlsruhe ein.

9. Juni. Besuch des württembergischen Königspaars am großherzoglichen Hofe in Karlsruhe.

26. Juni. Der Großherzog und Gemahlin treffen zu längerem Aufenthalte in St. Blasien ein.

30. September. Die Stadt Baden läßt dem Andenken der Kaiserin Augusta ein Denkmal setzen.

19. November. Der Großherzog nebst Gemahlin nehmen teil an der Feierlichkeit der Enthüllung eines Denkmals in Stuttgart für Joseph Viktor v. Scheffel.

II.

Landtag.

26. Januar. Die zweite Kammer genehmigt einen Gesetzentwurf betr. die Errichtung eines vierten Ministeriums.

16. Februar. Die zweite Kammer verhandelt in erregter Weise bei Beratung des Budgets des Finanzministeriums über die Forderung von 700000 Mk. für den Umbau des zu einem Palais des Erbgroßherzogs bestimmten sogenannten Schlößchen in Karlsruhe. Die demokratischen und die sozialdemokratischen Abgeordneten erheben Widerspruch, die Vorlage wird aber genehmigt.

22. Februar. Die zweite Kammer genehmigt die Aenderung des Weinsteuergesetzes, wonach der aus verzollten Trauben gewonnene Wein der inländischen Weinsteuer unterliegen soll.

9. März. Die zweite Kammer ersucht die Regierung um einen Gesetzentwurf, wonach nach Mißjahren im Weinbau auf Antrag der Gemeinden den Beschädigten die Staatssteuer aus Rebgeländen erseßt werden kann.

2. April. Die erste Kammer erklärt, es sei zwar der Erwägung wert, daß die Regierung prüfe, ob es zweckmäßig sei, in einem Gesetz allgemeine Grundsätze über die elektrotechnische Benützung der Gewässer aufzustellen; dagegen vermöge sie dem Wunsche nicht beizustimmen, daß die Regierung genötigt werden solle, bis zur Erlassung eines solchen Gesetzes keine derartigen Konzessionen mehr zu erteilen.

7. April. Nach viertägigen Verhandlungen nimmt die zweite Kammer den Entwurf eines Elementarunterrichts-Gesetzes an.

Das Ortsklassensystem wird durch die Altersklassen ersetzt. Die Gemeinden liefern ihre Schulbeträge nach dem letzten Stand an den Staat ab; dieser zahlt die Gehalte aus und trägt den gesamten durch die neue Ordnung veranlaßten Mehraufwand. Die Gehalte steigen von 1100 bis 2000 Mk. Der Gehalt steigt in dreijährigen Zulagefristen um je 100 Mk.

28. April. Ein Gesetzentwurf über Aenderung des den Elementarunterricht betreffenden Gesetzes wird von der zweiten Kammer angenommen.

13. Mai. In der zweiten Kammer wird ein demokratisch-freisinniger und ein ultramontaner Antrag auf Einführung der direkten Wahl für die zweite Kammer verhandelt. Minister Turban erklärt, die Regierung sei nicht in der Lage, das direkte Wahlrecht zuzulassen; auch Anträge auf Aenderung der Organisation der ersten Kammer könne sie nicht annehmen, und er warne, an der Verfassung zu rütteln, wozu keine Notwendigkeit vorliege. Darauf erklärt die Kammer sich mit einer Aenderung des Wahlsystems durch Einführung des direkten Wahlrechts einverstanden; sie wünscht, daß in Verbindung damit eine Gesamtrevision der Verfassung vorgenommen werde, und ersucht um eine entsprechende Vorlage.

25. Mai. Das Finanzgesetz wird von der zweiten Kammer angenommen. Die ordentlichen Einnahmen für 1892 und 1893 sind auf 108 845 805 M., die ordentlichen Ausgaben auf 115 279 443 Mk. festgesetzt.

28. Mai. Nach langen und lebhaften Verhandlungen lehnt die zweite Kammer einen Antrag der ultramontanen Abgeordneten ab, wonach die religiösen Orden ohne Genehmigung der Regierung sollten eingeführt werden dürfen. Der Kultusminister hatte zuvor erklärt, die Regierung könne nicht auf den Einfluß verzichten, dessen sie zur Bewahrung des konfessionellen Friedens bedürfe.

13. Juni. Die erste Kammer spricht sich gegen den Beschluß der zweiten Kammer bezüglich des direkten Wahlrechts und der Verfassungsänderung aus.

21. Juni. Zum Schluß der letzten Sitzung der zweiten Kammer erklärt deren Präsident Lamey, daß er wegen hohen Alters fortan aus dem Landtage scheide.

22. Juni. Der Landtag wird vom Minister Turban geschlossen.

23. Juni. Abschiedsmahl des Großherzogs für die Mitglieder des Landtags. Er hält hier folgende Ansprache: „Um eines möchte ich Sie dringend bitten, wenn Sie in Ihre Heimath, in Ihre Bezirke kehren, schaffen Sie mit aller Kraft, daß der Friede wieder in unser Land kehrt. Selig sind die Friedfertigen, dieses hohe Wort möge in Ihren Herzen widerklingen. Friede, Liebe und Eintracht thut uns not und macht uns stark und

fähig, ein bedeutsames Glied des deutschen Vaterlandes zu sein, wenn sein Ruf an uns ergeht, und macht uns fähig, auch jeder inneren Gefahr entgegenzutreten.

III.

Parteibewegung.

24. Januar. In Freiburg findet eine zahlreiche Katholikenversammlung statt behufs Einführung des „Volksvereins für das katholische Deutschland." Der Reichstagsabgeordnete Lieber hält hier eine Rede über den alten und den neuen Kurs. Die Katholiken, sagt er, verdanken es dem Kaiser, daß er Klarheit und Entschlossenheit genug besessen hat, sich vom Fürsten Bismarck, „diesem unheilvollen Vormund," freizumachen. Die Krone dürfe nicht in die Lage gebracht werden, ihn zurückrufen zu müssen. Alle aufgefallenen Aeußerungen des Kaisers seien Antworten auf Bismarcksche Herausforderungen in den „Hamb. Nachr." gewesen. Die Katholiken hätten schon manches vermocht und hofften noch mehr zu erreichen. „Das Licht ist in Berlin schon angesteckt. Es muß, so sagt Graf Caprivi, der katholischen Bevölkerung Gerechtigkeit werden. Wenn das der Kanzler des deutschen Reichs sagt, dann wird es wohl bald jeder kleinstaatliche Ministerpräsident nachpfeifen müssen."

6. März. In Karlsruhe findet die Versammlung des Landesausschusses der nationalliberalen Partei statt. Er tritt infolge der durch den Volksschulgesetzentwurf angezeigten Richtung in Preußen in scharfe Opposition gegen die preußische Regierung. Die Rede des Präsidenten Eckhard schließt mit dem Rufe „Alle Mann auf Deck!"

24. Juni. Nach Schluß des Landtags erläßt die Zentrumsfraktion der zweiten Kammer eine Ansprache an die Wähler, in welcher dem eben geschlossenen Landtag die Bedeutung einer Vorbereitung für die nächstjährigen Kammerwahlen beigelegt wird. Das Jahr 1893 bringe die langersehnte Entscheidung, das fühle man in allen Lagern. Daher müßten die Katholiken die Arbeit mit Entschiedenheit aufnehmen. Der politische Gegner derselben sei im Wanken, seine Macht sei erschüttert.

11. September. In Mannheim findet eine von 2000 Männern aus der badischen Pfalz besuchte Katholiken-Versammlung statt, in welcher der Vorsitzende v. Buol ausführt, in keinem Lande der Erde seien die Katholiken so schlecht daran wie in Baden.

Andre Redner sprechen sich für die Wiederzulassung der religiösen Orden aus. Dr. Siben aus Deidesheim führt aus: Die Reformation sei an allem Unglück und Elend schuld; durch die Reformation sei die kirchliche und staat-

liche Autorität erschüttert worden, und seitdem sei es auf dieser schiefen Ebene immer weiter abwärts gegangen. Allerdings sei die Reformation nicht die alleinige Ursache. Mitgewirkt haben die Einführung des römischen Rechtes in Deutschland und die unchristliche Wiederbelebung der altheidnischen Kunst und Wissenschaft. Die Reformation habe der modernen Bewegung ihr unchristliches Gepräge gegeben. Anwalt Brentano meint, die Zeit sei nicht mehr fern, wo der Liberalismus sich zu den Füßen des Ultramontanismus winde.

Hessen-Darmstadt.

I.

Regierungswechsel und großherzogliche Familie.

13. März. Tod des Großherzogs Ludwig IV., der am 4. März von einem Schlaganfall betroffen war. Sein Sohn, Großherzog Ernst Ludwig, kündigt dies in einer Ansprache dem Lande an mit der Versicherung, daß er die Handhabung von Recht und Gerechtigkeit, sowie die Förderung der Wohlfahrt und des Besten des Landes sich stets angelegen sein, die Verfassung hochhalten und beobachten sowie dem Kaiser und Reich die Treue bewahren wolle.

17. März. Beisetzung der Leiche des Großherzogs Ludwig auf der Rosenhöhe in Darmstadt in Anwesenheit der Kaiserin Friedrich, deren Tochter Margarethe, des Prinzen Heinrich von Preußen, des Großfürsten Sergius, des Prinzen Ludwig von Battenberg, des Prinzen Ludwig von Bayern, des Großherzogs von Baden, der Herzöge von Edinburg und von Connaught sowie des Prinzen Christian von Schleswig-Holstein.

18. März. Großherzog Ernst Ludwig empfängt Abordnungen beider Kammern des Landtags, welche Huldigungsadressen überreichen. Der Großherzog dankt und sagt, er wolle versuchen, in die Fußstapfen seines Vaters zu treten; er bitte, ihm zu helfen, nicht bloß aus Gerechtigkeit, sondern auch ein wenig aus Liebe.

22. März. Staatsminister Finger erhält das Großkreuz des Ludwigsordens. In einem veröffentlichten Erlaß an Finger spricht der Großherzog seinen Dank aus für die zahlreichen Kundgebungen der Teilnahme.

26. April bis 2. Mai. Königin Viktoria von England besucht den Großherzog, ihren Enkel, in Darmstadt.

4. Mai. Der Großherzog begiebt sich nach Potsdam zum Besuch des Kaisers.

20. Mai. Der Großherzog erläßt, aus Anlaß seines Regierungsantritts, 179 zu Freiheitsstrafen verurteilten Personen die Strafe ganz oder zum Teil.

13. September. Die Bürgerschaft von Mainz bringt dem auf der Rückkehr von Schottland hier weilenden Großherzog einen Fackelzug.

20. September. Vermählung des Prinzen Heinrich, Oheims des Großherzogs, mit der bisherigen Hofsängerin Milena (Frl. Hrzik) nunmehrigen Frau v. Dornburg.

II.

Kirchliches.

Mitte Februar. Das Kultusministerium erläßt eine Verfügung, in welcher, aus Anlaß eines in Gießen vorgekommenen Falles, das 1872 erlassene Verbot der Teilnahme an religiösen Vereinen, insbesondere an sogenannten Marianischen Kongregationen, an allen Gymnasien und Realschulen wieder eingeschärft wird.

6. März. Bischof Haffner von Mainz legt hiergegen beim Ministerium Verwahrung ein.

III.

Landtag.

22. Juni. Die zweite Kammer lehnt die Erhöhung der Zivilliste in der vollen geforderten Höhe ab und bewilligt 1265000 Mk.

2. Juli. Nachdem aber die erste Kammer die Forderung bewilligt hat, wird sie nun auch von der zweiten Kammer genehmigt.

IV.

Erlaß in Betreff der antisemitischen Bewegung.

28. Oktober. Das Staatsministerium richtet an die Zivilbeamten eine Verfügung, in der es sagt:

Bei einem besondern Anlasse ist zu unsrer Kenntnis gelangt, daß eine größere Anzahl von Beamten, insbesondre der mittlern und untern Dienstklassen, sich durch Wort und Schrift, durch Mitgliedschaft von Vereinen und Besuch von Versammlungen an den sogenannten antisemitischen Bestrebungen beteiligen; dabei sei ein früherer Erlaß mißverstanden. Die Staatsregierung mahne von jeder Bethätigung von Teilnahme an

den bezeichneten Bestrebungen ab und erwarte gewissenhafte Befolgung dieser Mahnung. Sollten gegen alles Erwarten gleichwohl in Zukunft Zuwiderhandlungen in der angegebenen Richtung vorkommen, so würden sich die Beteiligten selbst zuzuschreiben haben, wenn ein disziplinares Einschreiten die Folge davon wäre.

Mecklenburg-Schwerin.

21. April. Die Großherzogin Alexandrine, Schwester Kaiser Wilhelms I., 1822 vermählt mit Großherzog Paul, Witwe seit 1842, stirbt in Schwerin.

28. Mai. Großherzog Friedrich Franz III. kehrt von seinem Winteraufenthalte in Cannes nach Schwerin zurück.

Anfang November. Er begiebt sich wiederum zum Winteraufenthalt nach Cannes.

Sachsen-Weimar.

5. Januar. Prinz Gustav von Weimar, Sohn des Herzogs Bernhard, österreichischer Feldmarschall-Lieutenant a. D., stirbt im 65. Lebensjahre zu Wien an Lungenentzündung.

29. Januar. Der Hof erhält den Besuch des Königspaares von Württemberg.

4. April. Der am 14. Februar eröffnete Landtag beschließt Aenderungen der Einkommensteuer. An Stelle des bisherigen Maximums von 3 Prozent für Einkommen von über 9000 Mk. soll eine Steigerung in 8 Stufen bis zu 3,8 Prozent von 10000 Mk. Einkommen an eintreten.

20. Mai. Besuch des Großherzogs am kaiserlichen Hofe in Wien.

5. Oktober. Großherzog Karl Alexander und Großherzogin Sophie empfangen das Staatsministerium, die Oberhof- und Hofchargen, den Vorstand des Landtages, Deputationen der kirchlichen und gerichtlichen Behörden, der Universität Jena, des Offizierkorps, den Direktor des Thüringer Zoll- und Steuervereins, Vertreter der höhern und Volksschulenlehrerschaft, welche ihre Glückwünsche anläßlich des fünfzigjährigen Ehejubiläums des großherzoglichen Paares darbringen. Auch findet die Ueberreichung einer für diese Feier geprägten goldenen Denkmünze durch ein besondres Komitee statt. Der Vorstand des Landtags überreicht für Wohlfahrtszwecke eine Summe von 400000 Mk., das Landeskomitee für Zwecke der Gemeindekrankenpflege 140000 Mk., die Hofstaaten einen großen silbernen Aufsatz, einen Falken darstellend.

6. Oktober. Zu gleichem Zweck erscheinen zahlreiche Würdenträger aus Stadt und Land, die Bezirksausschüsse und Vertreter der Städte.

8. Oktober. Am eigentlichen Festtage wohnt das großherzogliche Paar einem feierlichen Gottesdienste bei, begleitet von zahlreichen Fürstlichkeiten, darunter der deutsche Kaiser, die Königinnen der Niederlande, der König von Sachsen, der Großherzog von Baden und Gemahlin, Großfürst Wladimir, Erzherzog Rainer, der Herzog von York, Prinz Albrecht von Preußen. Beim Festmahl bringt der Kaiser den Trinkspruch aus. Die Fürstlichkeiten nehmen sodann einen geschichtlichen Festzug in Augenschein.

13. Oktober. Dankerlaß des großherzoglichen Paares.

Braunschweig.

29. Januar. Minister Otto eröffnet den Landtag mit einer Ansprache, in welcher die günstige Finanzlage betont wird, die die bisherigen Steuererlasse sowie die Ueberweisungen an die Kreise und Gemeinden auch ferner gestatteten. Auch die Mittel für außerordentliche Verwendungen seien vorhanden. Der Minister kündigt eine Reihe neuer Vorlagen an, darunter eine neue Städte- und Landgemeindeordnung und einen Gesetzentwurf betreffend die Abänderung der Gewerbesteuer.

Sachsen-Meiningen.

18. März. Die Regierung läßt Folgendes veröffentlichen: In den Zeitungen sei zu lesen, die Verheiratung des Prinzen Ernst (Sohnes des Herzogs Georg aus seiner zweiten Ehe mit der Prinzessin von Hohenlohe) mit Fräulein Jensen habe zur Voraussetzung, daß er auf die Erbfolge verzichte; allein durch Eingehung einer nicht ebenbürtigen Ehe werde am Recht auf die Nachfolge in der Regierung nichts geändert.

21. Mai. Der Erbprinz nebst Gemahlin weilen am Hofe des Königs von Rumänien.

20. September. Der Herzog bestimmt, daß die von ihm zur Freifrau v. Saalfeld erhobne Gemahlin des Prinzen Ernst ihren Rang hinter den Prinzessinnen des herzoglichen Hauses einnehme.

11. Oktober. Geburt eines Sohnes des Prinzen Friedrich (ältesten Sohnes des Herzogs aus seiner zweiten Ehe) in Kassel. Dadurch ist die Dauer der Dynastie vorläufig gesichert, denn der Erbprinz, einziger Sohn erster Ehe, hat bisher nur eine Tochter, und Prinz Ernst ist unebenbürtig vermählt.

30. November. Der Landtag wird durch den Minister Heim eröffnet. Nach dem vorgelegten Etat für 1893—95 betragen die Staatsausgaben jährlich 1707000, der Ueberschuß 541000 Mk.

3. Dezember. Der Herzog und seine Gemahlin, Freifrau von Heldburg, begeben sich zum Winteraufenthalt nach Cannes.

Anhalt.

29. Februar. In der Rede zur Eröffnung des Landtags wird darauf hingewiesen, daß die Finanzen des Herzogtums, obwohl in den Ueberweisungen von dem Reich eine Verminderung um 70000 Mk. eingetreten ist, sich gleichwohl verbessert haben, sodaß der Betrag von 567684 Mk. an die Staatsschuldenkasse abgeführt wurde.

16. Mai. Der bisherige Polizeipräsident zu Potsdam, v. Koseritz, übernimmt die Stellung eines herzoglichen Staatsministers.

Lippe.

14. Januar. Im Landtag wird eine Anfrage von 15 Abgeordneten bezüglich der Frage eines Regentschaftsgesetzes gestellt.

Minister v. Wolffgramm antwortet, daß die Regierung keinen Grund habe, eine neue Vorlage zu machen, da der Landtag in seiner Mehrheit wohl noch dieselbe Ansicht habe, wie vor zwei Jahren, durch welche die damalige Vorlage der Regierung gescheitert sei. (Der Landtag wollte damals für den Fall, daß Prinz Alexander Fürst würde, den Beiräten des Regenten eine Gewalt verleihen, die der Regierung mit dem monarchischen Grundsatz unvereinbar erschien, weshalb die Regierung ihre Vorlage zurückzog.) Die Regierung sei zur Vorlage eines neuen Gesetzentwurfs bereit, doch nur auf dem Boden des 1890 gescheiterten, wenn begründete Aussicht vorhanden sei, daß die Mehrheit des Landtags ihre Ansicht geändert habe.

5. November. Neuwahlen zum Landtag. Von den bisherigen 21 Abgeordneten werden nur 7 wiedergewählt. Die Mittelparteien behalten ihre bisherige Stärke und sind entscheidend.

7. Dezember. Eröffnung des Landtags in Detmold.

18. Dezember. Bis zur Vertagung erledigt der Landtag einen Teil des Etats und berät einen neuen Gewerbesteuerentwrrf, der dem preußischen von 1891 nachgebildet ist.

Schaumburg-Lippe.

Anfang September. Prinz Herrmann, Sohn des Fürsten, erleidet einen schweren Unfall durch Sturz vom Pferde beim fürstlichen Jagdschloß Steyrling bei Wels in Oberösterreich.

29. November. Fürst Georg, der zu dem erkrankten Sohne eilte, fällt hier in schwere Krankheit.

Schwarzburg-Rudolstadt.

9. November. Eröffnung des Landtags. Es kommt eine Reform der Einkommen- und der Gewerbesteuer zur Vorlage. Die Finanzlage ist günstig. Ueber 100000 Mark beträgt der Ueberschuß, die Kammerschuld besteht noch rund mit 54000, die Landesschuld mit 4 Millionen, welcher 2155000 Mark Aktivkapital gegenüber steht.

Reuß ä. L.

28. März. Der regierende Fürst Heinrich XII. feiert in Greiz sein 25jähriges Regierungsjubiläum.

Ende November. Der Fürst erhält den preußischen Orden vom schwarzen Adler.

Reuß j. L.

12. Juli. 25jähriges Regierungsjubiläum des Fürsten Heinrich XIV. zu Gera.

Ende Oktober. Der Landtag genehmigt ein Gesetz zur Regelung der Stellvertretung in der Regierung des Landes.

Freie Städte.

Anfang März. Bremen schließt mit Preußen einen Vertrag, wonach dieses 69½ Hektar zur Erweiterung der Hafenanlagen bei Bremerhaven abtritt.

5. Mai. In Hamburg finden Feierlichkeiten statt zur Erinnerung an den Tag, an dem im Jahre 1842 der einen großen Teil der Stadt zerstörende Brand stattfand.

23. Mai. Der Senat von Lübeck teilt der Bürgerschaft mit, daß er beschlossen habe, die Büsten Bismarcks und Moltkes im neuerbauten Bürgerschaftssale aufzustellen.

4. November. 9 Versammlungen in Hamburg beschließen eine Erklärung, in der es heißt: die bisherige Gestaltung des Hamburger Staatswesens habe sich als den Interessen der Gesamtbevölkerung durchaus schädlich erwiesen, weil die in Gesetzgebung und Verwaltung allein maßgebende Minderheit weder Willen noch Fähigkeit hatte, auch nur den schlimmsten, das Volk bedrückenden Mißständen, wie der Cholera-Epidemie, zu steuern. Ferner widerspreche die politische Rechtlosigkeit der großen Masse allen berechtigten Rechtsanschauungen, und doch sei diese große Masse einer schädlichen Bevormundung der Minderheit unterstellt. Deshalb werde vor allem die demokratische Neugestaltung des ganzen Staatswesens auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle mindestens 20 Jahre alten Staatsangehörigen gefordert.

14. November. Ableben des ersten Bürgermeisters von Hamburg, Dr. Petersen.

17. November. Der Beisetzung desselben wohnt der Staatssekretär von Boetticher namens der Reichsregierung bei. Der Kaiser läßt sein Beileid dem Senat ausdrücken.

19. November. Der Senat von Hamburg erläßt eine Bekanntmachung, in der allen, die zur Bekämpfung der Choleraseuche hier beigetragen haben, namentlich auch für die von auswärts aus andern Staaten und Städten Deutschlands geleistete reiche Hilfe durch Hilfskomitees, Aerzte und Krankenpfleger der herzliche Dank des Senats ausgesprochen wird.

22. November. Dr. Mönckeberg wird zum ersten, Senator Versmann zum zweiten Bürgermeister von Hamburg für den Rest des Jahres 1892 und für 1893 gewählt.

5. Dezember. Bürgermeister Mönckeberg von Hamburg hält bei seiner Amtseinführung eine längere Rede, in der er sagt:

Wir haben in den letzten Monaten häufiger und lauter als sonst geringschätzende Aeußerungen über unsre Verfassung und Verwaltung hören müssen. Da dürfen wir auf die sieben Jahrhunderte hinweisen, in denen unser Staatswesen allen Stürmen der Zeiten getrotzt und sich unter den verschiedenartigsten politischen Verhältnissen, ohne jemals stillzustehen, mit glücklichem Erfolge weiter entwickelt hat. Das sollte denen zu denken geben, welche ohne gründliche Kenntnis der geschichtlichen Bedeutung unsrer Einrichtungen mit leichtem Herzen über dieselben aburteilen. Wer aber mit ernster Arbeit in der Geschichte forscht und den inneren Zusammenhang der Dinge zu begreifen trachtet, dem tritt es klar vor die Augen, daß unser kleines, republikanisches Gemeinwesen nur aus dem Grunde seine Existenzberechtigung bisher behauptet hat und noch heute behauptet, weil es, in einer historisch gegebenen Gestalt, auf

dem gewachsenen Boden der Jahrhunderte fest begründet dasteht, und weil es zu jeder Zeit die innere Kraft besessen hat, seine Institutionen den veränderten Anschauungen anzupassen und allen Anforderungen gerecht zu werden, welche in wirtschaftlicher wie in politischer Beziehung an eine große Stadt, die zugleich einen selbständigen Staat bildet, gestellt werden können. Daß unser Hamburg diese innere Lebenskraft noch besitzt, daran brauchen wir nicht zu zweifeln, die wir es erlebt haben, wie bis auf den heutigen Tag Senat und Bürgerschaft vereinigt die größten Schwierigkeiten überwunden, tief eingreifende Veränderungen beschlossen und ausgeführt und durch den Wechsel der Ereignisse und Verhältnisse unsre Stadt in stetig wachsender Größe und Blüte hindurchzuführen vermocht haben. So dürfen wir denn auch mit Ruhe in die Zukunft sehen.

3. Dezember. Dr. Kulenkamp wird für 1893 und 94 zum präsidirenden Bürgermeister von Lübeck gewählt.

9. Dezember. Das Budget des lübeckschen Staats für 1893 stellt sich in Einnahme auf 3492610, in Ausgabe auf 3756303 Mk. Es ergiebt sich somit ein Fehlbetrag von 263693 Mk.

Elsaß-Lothringen.

I.

Landesausschuß.

28. Januar. Der Statthalter Fürst Hohenlohe eröffnet die Session und hebt in seiner Rede hervor, daß das letzte Etatsjahr mit einem bedeutenden Ueberschusse abgeschlossen habe und auch das laufende namhafte Ueberschüsse ergeben werde. Es seien daher ausreichende Mittel für gemeinnützige Unternehmungen bei Fortsetzung der Schuldentilgung vorhanden. Präsident Schlumberger spricht in seiner Erwiderungsrede den Dank für die Befreiung des Landes vom Drucke des Paßzwangs aus.

2. Februar. Bei der allgemeinen Beratung des Etats giebt Unterstaatssekretär v. Schraut Näheres über die günstige Finanzlage und die Grundzüge der beabsichtigten Steuerreform an.

Unterstaatssekretär v. Köller erklärt sein Einverständnis bezüglich der strengen Handhabung der Wirtschaftspolizei und betont, daß die Regierung jedem Mißbrauch auf diesem Gebiete strengstens entgegentreten werde. Die Regierung würde jedes ungehörige, gewaltsame Eingreifen in sozialer Hinsicht mit aller Energie zurückweisen, er müsse aber zum Lobe der Bevölkerung sagen, daß in Elsaß-Lothringen sich dieser Kampf weit stiller und schicklicher abspielt als in manchen andern deutschen Ländern. Was den Paßzwang betrifft, so sei dessen Aufhebung im ganzen Lande mit Freude und Dank aufgenommen worden. Wenn einzelne Kategorien von Personen nicht in diesen Akt der Milde eingeschlossen sind, so liege das in der Natur der Sache. Man

müsse notwendig einen Unterschied machen zwischen den Ausgewanderten, die nur aus wirtschaftlichen Gründen, um ihr Fortkommen in einem andern Lande zu suchen, ausgewandert sind, und denjenigen jungen Leuten, die das Land offenbar nur verlassen haben, um sich ihrer Militärpflicht zu entziehen. Unerbittlich wird die Regierung bleiben bezüglich der Emigranten, die in den letzten Jahren vor dem 17. Lebensjahre ausgewandert sind, und auch gegen die, welche von jetzt ab unter gleichen Umständen auswandern werden, sofern bei ihnen unzweifelhaft der Beweggrund der Auswanderung die Entziehung von der Militärpflicht ist. Jeder Versuch, bezüglich dieser jungen Leute eine mildere Praxis herbeizuführen, wird vergeblich sein.

23. Februar. Der Statthalter teilt dem Landesausschusse mit, daß der Kaiser mit besondrer Befriedigung von der Adresse Kenntnis genommen habe, die der Landesausschuß aus Anlaß der Aufhebung des Paßzwanges an ihn gerichtet hatte.

24. Februar. Der Statthalter hält eine Ansprache an die bei ihm zum Festmahl versammelten Mitglieder des Landesausschusses.

Er erinnert daran, daß er vor einem Jahre bei derselben Gelegenheit die Hoffnung ausgesprochen habe, es werde in absehbarer Zeit möglich sein, zu normalen Zuständen zurückzukehren. Es sei jetzt, dank dem wohlwollenden, stets regen Interesse des Kaisers für das Reichsland, sowie dank dem ruhigen, leidenschaftslosen Urteile des Reichskanzlers und dank dem loyalen freimütigen, aus der Mitte des Landesausschusses gethanen Schritte möglich geworden, die Wünsche der Bevölkerung zu erfüllen. Die Maßregel sei nunmehr gefallen, welche, wenn auch seiner Zeit unvermeidlich, störend noch mehr auf das Gemütsleben des Volkes als auf das Verkehrsleben gewirkt habe. Wir werden, schließt der Statthalter, auch ohne Paßzwang unsre Grenzen zu sichern und unser Hausrecht zu wahren wissen. Der Landesausschuß könne frei von Sorge und ohne Verstimmung an seine Arbeit gehen. Dieselbe sei keine geringe; wichtige Arbeiten lägen vor.

25. März. Der Etat des Landeshaushalts wird in Einnahme und Ausgabe auf 50 849 080 Mk. festgesetzt.

6. April. Der Landesausschuß lehnt den Entwurf einer Kreisordnung ab. Damit scheitert auch die übrige beabsichtigte Verwaltungsreform.

8. April. Der Landesausschuß genehmigt einen aus seiner Mitte hervorgegangenen Gesetzentwurf über Kunstwein.

28. April. Auch die vorgelegte Gemeindeordnung wird abgelehnt, jedoch mit dem Zusatz, die Regierung möge in nächster Session eine geänderte Vorlage einbringen, die den Gemeinderäten ein Vorschlagsrecht bei der Ernennung der Bürgermeister einräumt und die Höchstbesteuerten nicht in die Gemeindevertretungen ständig einbezieht. Darauf wird die 19. Session geschlossen.

II.

Verwaltung.

9. Februar. Bekanntmachung eines kaiserlichen Erlasses vom 29. Dezember 1891, wonach als Wappenzeichen für das Reichsland der Reichsadler mit der schwebenden Kaiserkrone bestimmt wird, belegt mit einem gespaltenen Brustschilde, dessen rechte Hälfte die herkömmlichen Wappen des Ober- und Unterelsaß und dessen linke Hälfte das entsprechende Wappen von Lothringen nach bestimmter Farbenskizze enthält.

22. Februar. Der Bezirkspräsident des Oberelsaß verfügt die Ausweisung des schweizerischen Staatsangehörigen Dollfus, Sohnes des Großindustriellen in Mülhausen. Dollfus, der 1864 geboren ist, wanderte kurz vor Eintritt in das militärpflichtige Alter aus und kehrte kürzlich in die Reichslande zurück, ohne der Polizei seine Ausweispapiere vorzulegen.

1. Juni. Der Statthalter trifft in Forbach ein und wird hier durch eine patriotische Ansprache begrüßt.

2. Juni. Ebenso wird er in Diedenhofen ehrfurchtsvoll empfangen. Der Besuch trägt den Charakter eines Volksfestes.

3. Juni. Der Statthalter besucht die lothringischen Ortschaften im französischen Sprachgebiete. In Fèves hält der Ortsgeistliche eine deutschpatriotische Ansprache.

Der Abschluß des Rechnungsjahres 1891—82 ergiebt einen Ueberschuß von 2552 717 Mk.

Anfang August. Pfarrer Jacot in Fèves versucht in einer Schrift „Protestaires" seinen Landsleuten in Lothringen den rückhaltlosen Anschluß an Deutschland ans Herz zu legen. Er sagt in der Schrift u. a.:

Protestler? Nun, so protestirt gegen die reichen Kriegsentschädigungsgelder, die wir 1871 erhalten haben, und die für uns so viel wert waren, wie drei gute Jahre. Arbeiter Elsaß-Lothringens, protestirt gegen die öffentlichen Arbeiten an den Forts und den neuen Kasernen, die euch beinahe ununterbrochene Arbeit verschaffen! Ihr Weinbauern, protestirt gegen die außerordentliche Steigerung der Preise für eure Weine. Katholiken Lothringens, protestirt gegen die Achtung, deren sich hier die Religion erfreut, während sie anderwärts verspottet wird. Christliche Eltern, protestirt gegen den Religionsunterricht, den man euren Kindern in den Schulen giebt, während anderswo unselige Gesetze den Religionsunterricht aus den Schulen verbannen. Elsaß-lothringische Pfarrer, protestirt gegen die Gehaltsaufbesserung, die euch die Regierung hat zu teil werden lassen. Ihr Pfarrer von Elsaß-Lothringen, protestirt gegen die Wiederherstellung der Metzer Kathedrale und so vieler andrer Kirchen. Blicket um euch, Mörchingen, Marsal, Fèves, verschönern sie sich nicht mit jedem Tage mehr, und all die andern Denkmäler, die es Deutschland zu danken haben, daß sie die Tage des alten Glanzes wiedersehen?

5. September. Erlaß des Kaisers, wonach die großen Manöver des 8. und 16. Armeekorps ausfallen sollen wegen der Gefahr, welche damit für die Truppen und die Bevölkerung verbunden ist, nachdem die Cholera vom Auslande her Eingang in Deutschland gefunden hat.

11. September. In Gegenwart des Statthalters Fürsten zu Hohenlohe findet in Metz die feierliche Enthüllung eines Volksdenkmals für Kaiser Wilhelm I. statt, wozu die Mittel im ganzen Reiche gesammelt worden sind.

III.

Parteiwesen.

6. November. In Straßburg findet der erste elsässische Katholikentag statt.

Der Reichstagsabgeordnete Guerber hält einen Vortrag über die Schulfrage. Er stellt den Satz auf, das „Credo" müsse die Hauptgrundlage der Schule bilden. Außer der Familie habe deshalb nur die Kirche ein Anrecht auf die Schule. Das Unterrichtsmonopol des Staates, das von Luther herrühre, sei zu beseitigen, und das ganze Schulwesen sei auf konfessioneller Grundlage zu errichten. Bei den Volksschulen sei dies bereits durch Manteuffel eingeführt worden; es müsse nun die Reihe auch an die Mittelschulen, Gymnasien und auch an die Universität Straßburg kommen; letztere bedürfe der Reform an Haupt und Gliedern. Man solle noch einmal 16 Millionen aufwenden und eine zweite katholische Universität herstellen, oder wenigstens dafür sorgen, daß die Mehrheit des Lehrkörpers an der Straßburger Universität der konfessionellen Zusammensetzung der Bevölkerung entsprechend katholisch sei. Bei Anstellung von Volksschullehrern sollen die Gemeinden befragt werden, auch sei der Berufung von Schulbrüdern und Schulschwestern kein Hindernis in den Weg zu legen.

15. November. Eine zahlreich besuchte Versammlung von Vertrauensmännern in Straßburg beschließt die Gründung eines freisinnigen Vereins für Elsaß-Lothringen. Das Programm enthält u. a.:

Allgemeine Amnestie für alle, welche aus politischen Gründen aus der Heimat entfernt sind. Abschaffung sämtlicher Ausnahmegesetze, Eingreifen des Staats zu Gunsten wirtschaftlich Schwacher, Erhebung der Reichslande zu einem selbständigen deutschen Bundesstaat. Abschaffung des Diktaturparagraphen. Erhaltung der verfassungsmäßigen Gleichberechtigung aller Konfessionen. Gewährung der Rückkehr in die Heimat für Elsaß-Lothringer, die aus politischen Gründen außerhalb des Landes weilen.

22. November. In Metz findet die erste Versammlung des Volksvereins für die Katholiken französischer Zunge statt.

Oesterreich-Ungarn.

A.

Oesterreich.

I.

Angelegenheiten Böhmens.

14. August. Auf dem in Raudnitz stattfindenden nordböhmischen Tschechisirungs-Kongreß werden die heftigsten Reden gegen die Deutschen gehalten.

16. August. Ein Tscheche giebt vor dem deutschen Kasino in Prag Schüsse auf die Vorübergehenden ab.

17. August. 40 Mitglieder der deutschen Vereine der Stadt Iglau werden bei einem Ausfluge von Fabrikarbeitern mit glühenden Eisenstangen mißhandelt.

21. August. Ein Kongreß tschechischer Studenten zu Boskowitz in Mähren beschließt, eine entschiedene Bewegung zur Beseitigung des deutschen Einflusses in Mähren einzuleiten.

8. September. 2000 Deutsche Mährens versammeln sich in Iglau und fordern die Behörden auf, den nationalen Besitzstand der Deutschen gegen slawische Uebergriffe zu verteidigen.

9. September. Wiedereröffnung des böhmischen Landtags.

27. September. In diesem stellen die jungtschechischen Abgeordneten den Antrag auf Erlaß einer Adresse an den Kaiser. Der Entwurf bestreitet den Rechtsboden der Verfassung, fordert die Wiederherstellung des Staatsrechts, erhebt Anklagen gegen die Deutschen und Beschwerden gegen die Regierung, verwirft den Ausgleich und fordert die Selbstverwaltung und selbständige Gesetzgebung Böhmens. Wörtlich heißt es in dem Entwurfe:

Die neue Verfassungsordnung hat den Rassenhaß entfacht, welcher leider auf deutscher Seite auf Vernichtung besonders der staatsrechtlichen Individualität dieses altehrwürdigen Königsreiches, auf Vernichtung aller Spuren staatsrechtlicher Selbständigkeit, auf Zerreißung des Landes in Sprachgebiete, auf Unterdrückung des tschechischen Volkes unter das Joch der deutschen Sprache abzielt. Ueber diese Bestrebungen der deutschnationalen Bewegung in Böhmen, auf welche die mächtige nationale Strömung im benachbarten deutschen Reiche nicht ohne Einfluß blieb, kann heute kein Zweifel mehr

bestehen, da sie hierzulande von Jahr zu Jahr unverholener zu Tage treten. Diese Bewegung, welcher in den gegenwärtigen Verfassungsgesetzen zum aggressiven Rassenkampfe geradezu herausfordernde Mittel zu Gebote stehen, wird von der Regierung Eurer Majestät und den verschiednen untergeordneten Organen derselben in jeder Weise gehätschelt, und es unterstützt sie die gesamte gegenwärtige Verfassungspolitik des sogenannten Cisleithanien. Wann und wo immer in den Ländern der böhmischen Krone beide Nationen im Kampfe um nationale Interessen zusammentreffen, nehmen die Regierung Eurer Majestät und die ihr untergeordneten Organe ganz offen Partei für die Deutschen, indem sie dieselben zum Nachteile des tschechischen Elements unterstützen, ja dabei die Grundlagen der ohnehin die deutsche Nationalität in so hohem Maße bevorzugenden neuen Verfassung verletzen.

27. September. Der Landtag wird wieder geschlossen, ohne daß diese Adresse angenommen und nachdem der Ausschuß sich gegen die Gesetzmäßigkeit der Verordnung wegen Errichtung des Bezirksgerichts zu Wekelsdorf ausgesprochen hat.

20. Oktober. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Reichenberg wird von der Regierung aufgelöst und der Bürgermeister des Amtes entsetzt wegen verschiedner Vorfälle, die als Kundgebungen für Anschluß an Deutschland erschienen.

1. November. Eine Versammlung der tschechischen und feudalen Parteivertreter von Böhmen, Mähren und Schlesien beschließt Festhalten an ihren langjährigen Grundsätzen, die auf die Verwirklichung des Staatsrechts und die Sicherung einer angemessenen Vertretung der böhmischen Länder im Kronrate, auf die Durchführung gerechter Wahlordnungen und gleichen Rechtes für die Nationen in den Ländern der böhmischen Krone sowie die Erhaltung der Selbstverwaltung hinzielen; sie erklären ihre Bereitwilligkeit zur energischen und einigen Verteidigung und Durchführung derselben und erachten zu diesem Zweck eine Verständigung aller Parteien für vorteilhaft.

II.

Reichsrat.

21. Juli. Das Abgeordnetenhaus genehmigt sechs Gesetzentwürfe zur Währungsreform.

Durch den einen wird der Finanzminister ermächtigt, die 5% steuerfreie Notenrente und einige Eisenbahn-Obligationen zu konvertiren. Die fünf andern Entwürfe betreffen die Valuta-Regulirung. Die Kronenwährung wird dahin festgestellt, daß an Stelle des Guldens ein halber Gulden unter der Bezeichnung „Krone“ als Münzeinheit treten und die Krone in 100 Heller zerfallen soll, deren jeder einem halben der bisherigen Kreuzer gleichkommt. Der Münzfuß wird dahin bestimmt, daß 3280 Kronen aus einem Kilogramm Feingold auszuprägen sind. Goldmünzen werden in Stücken zu 20 und 10 Kronen ausgeprägt, auch für Privatrechnung. Neben diesen Goldmünzen sollen die Silbermünzen österreichischer Währung in Umlauf bleiben. Eines dieser Gesetze enthält den Münz- und Währungsvertrag mit

Ungarn, der bis Ende des Jahres 1910 gelten soll. Ein andres Gesetz bestimmt, daß die Zahlungsverbindlichkeiten in Goldgulden auch in Landesgoldmünzen sollen geleistet werden können, wobei 42 österreichische Goldgulden gleich 100 Kronen gerechnet werden. Durch das vierte Gesetz wird die österreichisch-ungarische Bank verpflichtet, gesetzliche Goldmünzen zum Nennwert und Goldbarren nach dem gesetzlichen Münzfuß der Kronenwährung jederzeit gegen Banknoten einzulösen.

1. November. Durch Pairsschub werden dem Herrenhause 21 neue Mitglieder zugeführt. Davon gehören 9 zur deutsch-liberalen Partei, 6 zur mittelparteilichen und 6 zur konservativen Gruppe.

3. November. Dem Abgeordnetenhause wird das Budget für 1893 vorgelegt. Es weist ein Gesamt-Erfordernis von 608 684 795 Gld. auf. Die Gesamt-Deckung beträgt 609 572 085 Gld. — Die Abgeordneten der „Deutschen Nationalpartei" beantragen die Zurücknahme der Maßregeln gegen die Stadtbehörden von Reichenberg in Böhmen. — v. Plener stellt in Betreff derselben Sache eine Anfrage. Die Maßregel sei außerordentlich, denn sie beeinträchtige die Selbständigkeit eines großen deutschen Gemeinwesens und könne nur durch ungewöhnlich starke Gründe gerechtfertigt werden. Die Kenntnis dieser Gründe sei um so nötiger, als in Deutschböhmen die Meinung aufgetaucht sei, daß der wesentlichste Grund in der Wahrung des deutschen Charakters der Stadt seitens deren Vertretung zu finden sei.

11. November. Das Abgeordnetenhaus fordert die Regierung auf, den Bau des Donau-Oder-Kanals mit Abzweigungen nach der Elbe und der Weichsel unverzüglich aus Staatsmitteln durchzuführen. v. Plener stellt eine Anfrage wegen der Freisprechung des Tischlers, der in Prag fünf Revolverschüsse gegen ihm unbekannte Personen, bloß weil sie deutsch sprachen, abgefeuert hat, und an dessen That die Prager Geschworenen gleichwohl nichts Strafbares finden konnten. Plener betont, daß eine solche Handhabung der Justiz eine Bedrohung für alle Staatsbürger ohne Unterschied der Nationalität enthalte, und fragt, welche Mittel das Justizministerium zu ergreifen gedenke, damit die aus dem Verdikte für die öffentliche Sicherheit und Rechtsordnung in Prag entstandenen Gefahren beseitigt werden.

Minister Graf Schönborn antwortet zwar nicht auf diese Anfrage, wohl aber bestätigt er mittelbar, daß auch die Regierung von der Ausübung der Strafrechtspflege nicht befriedigt sei, indem er seinen neuesten Erlaß an die Präsidien der Ober-Landesgerichte über die Handhabung der Strafprozeßordnung mitteilt. Dieser Erlaß enthält eine ungewöhnlich scharfe Kritik der landesüblichen Praxis, insbesondre in der Leitung der Hauptverhandlungen, rügt die Gewohnheit mancher Vorsitzenden, „nicht zur Sache gehörige Bemerkungen, Glossen, selbst unpassende Witzeleien" einzuflechten, den Beschuldigten zu höhnen und schon als überwiesen zu behandeln, fordert die Gerichte auf, den der Verteidigung im Anklageverfahren

gebührenden Spielraum zu gewähren und der Person der Verteidiger die schuldige Rücksicht angedeihen zu lassen. Der Erlaß beklagt, daß in einzelnen Fällen „Ungeschicklichkeiten und Unüberlegtheiten, Sucht nach Pikanterien, Taktlosigkeit, vielleicht selbst Böswilligkeit" dazu führen, daß Angelegenheiten des Privat- und Familienlebens ohne Not in den Gerichtssaal gezerrt werden.

17. November. In Beantwortung einer Anfrage wegen Absperrung des Salzburger Bahnhofs während der Durchreise des Fürsten Bismarck erklärt Ministerpräsident Graf Taaffe, es sei mit Grund zu befürchten gewesen, daß die Anhänger der in Salzburg stark vertretenen deutschnationalen Partei auf dem Perron lärmend demonstriren und dadurch den Verkehr und die Ruhe stören würden.

18. November. Stürmische Sitzung des Abgeordnetenhauses. Der jungtschechische Abgeordnete Masaryk sagt in seiner Rede, man könnte das Parlament mit einem politischen Tändelmarkte vergleichen. Die Tschechen hegten keinen Haß gegen die Deutschen, „aber wahr ist es, wir wollen das böhmische Staatsrecht. Derselbe historische Prozeß, der den ungarischen Staat geschaffen hat, muß auch den böhmischen Staat schaffen; denn Oesterreich ist aus diesem, wie aus dem ungarischen Staate hervorgegangen." Redner erklärt, die Sympathien für das russische Volk nicht leugnen zu wollen. Sie würden aber auch dem polnischen und allen slawischen Völkern entgegengebracht. Die allzuscharfe Hervorhebung der polnischen Antipathien gegen Rußland sei auch vom österreichischen Standpunkte nicht nötig. Hierauf bespricht Redner den Einfluß des Dreibundes auf die politischen Verhältnisse in Prag. Die tschechische Nation habe von jeher ein Mißtrauen nicht so sehr gegen Deutschland, als gegen Preußen. Der Dreibund habe aber auch eine antinationale und speziell antiböhmische Spitze. Der Gedanke, Oesterreich an Deutschland anzugliedern, habe schon ganz greifbare politische Formen angenommen. Bismarck habe die europäische Politik korrumpirt. Darauf erwidert Menger: Die Rede Masaryks war von zügellosem Hasse gegen das deutsche Volk getragen. Was würden Sie sagen, wenn wir ähnliche Vorwürfe den Tschechen machen würden, die hier einem Volke gemacht wurden, dem anzugehören wir als unsern höchsten Stolz ansehen, und dessen Herrscher der treueste Bundesgenosse unsers Kaisers ist? Die Ausführungen Masaryks waren der wildeste Ausbruch des Nationalitätenhasses, der vielleicht je im österreichischen Parlament vorgekommmen ist. Was haben Sie denn geschaffen, die Sie durch zwölf Jahre an der Arbeit waren? Nichts als Gesetze, durch welche die willkürliche Macht der Regierung ins ganz Unermeßliche gesteigert wurde. Was bezweckt dieses angebliche tschechische Staatsrecht? Einen Staat, in dem die Deutschen selbstverständlich in der Minorität sind. (Rufe seitens der Jungtschechen: Sie sind in der Majorität auch jetzt nicht.) Aber in Oesterreich sind wir nicht in der Minderheit gegen die Tschechen. Wir kennen keinen böhmischen Staat, wir halten es für Hochverrat, vom böhmischen Staate zu sprechen. — Die Tschechen, um Menger geschart, fordern stürmisch Widerruf. Auf den Ordnungsruf des Präsidenten sagt Menger: „Ich erkläre, daß es keinen Deutschen in ganz Schlesien giebt, der die Begründung eines böhmischen Staates nicht für Hochverrat erklärte." Darauf erfolgt neuer tosender Protest der Tschechen.

19. November. Kaizl legte namens der Jungtschechen und Graf Dym namens des konservativen böhmisch-mährischen Groß-

grundbesitzes Verwahrung gegen Mengers Aeußerungen ein. Masaryk verlangt Einberufung eines Mißbilligungsausschusses, da ihm Menger Gewissenlosigkeit, Roheit und Hochverrat vorgeworfen. Menger betont, wenn man hinüberschieße, müsse man auch das Zurückschießen ertragen. Redner wolle niemandem eine persönliche Kränkung zufügen, habe aber dem tief verletzten Nationalgefühl sowie der Empörung darüber, daß die deutsche Nation in solcher Weise behandelt würde, den geeigneten Ausdruck geben zu müssen geglaubt, ebenso seiner staatsrechtlichen politischen Ueberzeugung. Bareuther erklärt Namens der deutsch-nationalen Gesinnungsgenossen: Wir werden ein böhmisches Staatsrecht nie und nimmer anerkennen und die Verwirklichung eines solchen Wahngebildes, welches sich gegen die nationale und wirtschaftliche Existenz unsers Volkes in Böhmen, Mähren und Schlesien richtet, mit allen Mitteln bekämpfen. Gegenüber Masaryk, welcher wiederum gegen Bismarck polemisirt, sagt Bareuther: Was die Aeußerungen über den eisernen Reichskanzler betrifft, so sei jedem die Kritik unbenommen, aber der Name dieses unvergleichlichen deutschen Mannes steht so hoch, daß solche nörgelnde Bemerkungen niemals den Ruhm dieses Namens irgendwie schmälern werden.

22. **November.** Das Abgeordnetenhaus drückt mit 155 gegen 104 Stimmen seine Mißbilligung über die Aeußerungen Mengers aus.

23. **November.** Prinz Karl Schwarzenberg fragt an, warum der zuletzt von dem Minister Prazak eingenommene Posten noch immer unbesetzt bleibe; er erachtet eine Lösung der Sprachenfrage im Reichsrate nicht für empfehlenswert und empfiehlt eine außerparlamentarische Lösung. Er würde das angeregte Zusammenwirken mit der Linken herbeiwünschen, dazu würde jedoch ein Einvernehmen über die wirtschaftlichen Fragen hinaus notwendig sein. Ministerpräsident Graf Taaffe erklärt, die Neubesetzung des Ministerpostens an Stelle Prazaks sei durch Einstellung eines Postens in das Budget bereits beantragt. Die Wahrnehmung des richtigen Zeitpunktes für die Neubesetzung möge das Haus der Regierung überlassen; hoffentlich gestalte sich die Lage in nicht gar zu langer Zeit so, daß die Regierung bei dem Kaiser die Neubesetzung beantragen könne. Gegenüber der Bemerkung des Prinzen, die Regierung möge überlegen, ob sie mit oder ohne das Parlament regieren wolle, sagt Ministerpräsident Graf Taaffe: „Ohne Parlament zu regieren ist bequemer, bedeutet aber einen Staatsstreich. Schau ich aus wie einer, der einen Staatsstreich machen will?" Die Aufgabe der Regierung bezeichnet Graf Taaffe als durch die letzte Thronrede klar vorgezeichnet, nämlich die Lösung der wirtschaftlichen Fragen, durch welche auch in politischer Beziehung eine Verständigung ange-

bahnt werden könnte. Er halte diese Hoffnung fest und empfehle dringend eine möglichst rasche Lösung der vorliegenden wirtschaftlichen Fragen. Daß keine Partei recht befriedigt sei, rühre daher, daß dem Hause kein Parteiministerium gegenüberstehe. Die Erfahrung lehre übrigens, daß auch Parteiregierungen nur vorübergehend selbst die eigne Partei befriedigten und bald deren Angriffe erführen. Oesterreichische Eigentümlichkeiten gestatteten nicht bestimmte Parteischeidungen in Liberale und Konservative, wie anderwärts. Oesterreich habe etwas dazwischen liegendes, die Nationalität. Das Aufwerfen der Sprachenfrage finde er natürlich, da sie allen auf die Finger brenne; diese hochwichtige Frage müsse eine Lösung erfahren, die angeregte außerparlamentarische Verständigung halte er jedoch für verfrüht und empfehle einstweilen, darüber nachzudenken, dann könne aus dem Hause oder seitens der Regierung ein Antrag kommen.

25. **November.** Während die deutsche Partei sich infolge von Graf Taaffes Erklärung über die bevorstehende Ernennung eines neuen böhmischen Landsmannministers von der Regierung dermaßen wieder abgedrängt sieht, daß Minister Graf Kuenburg um Entlassung bittet, erklären die jungtschechischen Abgeordneten bei Fortsetzung der Etatsberatung, die Ernennung eines Landsmannministers sei an und für sich ihnen gleichgiltig, sie beständen aber darauf, weil dies seinerzeit den Alttschechen als Preis für ihren Eintritt in den Reichsrat zugestanden worden sei.

29. **November.** Beim Etatstitel über den Reichsrat hält Schlesinger eine heftige Rede gegen die Juden. Er sagt u. a.:

Der Abgeordnete Bloch sage, man wisse nicht mehr, wo der Jude anfange; man wisse dies recht gut, der Jude fange mit der Ausbeutung der Nichtjuden an, mit der innern Verachtung alles Idealen, wenn es kein Geld trage. „Unsre Gesetzgeber haben vor 25 Jahren ein schweres Vergehen begangen, weil sie dem sittlich so tief stehenden Judentume das gleiche Recht mit dem Christen gaben. Seit der Judenbefreiung haben sich die Vermögen der Juden ungeheuer gesteigert.“ Ueberall sehe man den Juden obenan. Ueberall, wo Geld auszugeben sei, finde man Juden. In den Sommerfrischen, in den Badeorten, im Theater- und Musikleben spiele der Jude die erste Rolle. Redner wendet sich hierauf zur Besprechung des Vorgehens der Juden an der Börse und bemerkt, daß der Staat nach dem Jahre 1873 den verkrachten Banken 80 Millionen zur Verfügung gestellt habe. Sind dieselben zurückerstattet worden? Schlesinger erörtert das Vorgehen der Juden im Versicherungswesen und kommt dann auf den Mädchenhandel zu sprechen. Im Orient halte man alle Oesterreicher für Kuppler. Schmach und Schande diesem Judengesindel, das die Ehre unsers Vaterlandes besudelt! Pfui! Redner bespricht dann das Kapitel „Der Jude als Güterschlächter und Großgrundbesitzer.“ Dem Juden Popper gehöre das ganze Neutraer Komitat. Die Juden Königswarter, Wodianer, Todeskо und andre hätten riesige Grundkomplexe in Ungarn an sich gebracht. Rothschild habe in Böhmen siebenmal so viel Grundbesitz als die kaiserliche Familie. Die Gefahr der gänzlichen Beherrschung der christlichen Völker durch die Juden rücke immer

näher, und es sei kein leerer Wahn, wenn die Alliance israélite die Weltherrschaft der Juden anstrebe.

1. Dezember. Bei der Beratung des Dispositionsfonds für die Regierung führt Plener aus, die letzte Rede Taaffes zwinge die vereinigte Linke, ihr Verhältnis zur Regierung neuerdings zu erwägen. Infolge der Aufforderung der Thronrede übe die Linke ihrerseits Mäßigung bis zur Selbstverleugnung, während die Regierung den guten Willen allzu häufig fehlen ließ. Trotz der Lässigkeit der Regierung bei der Durchführung des böhmischen Ausgleichs sei die Linke geduldig geblieben und habe Plener kürzlich sogar eine entgegenkommende Rede gehalten, wofür die Linke ein Entgegenkommen der Regierung erwartet hätte. Statt dessen sei die Antwort Taaffes auf die Rede Schwarzenbergs gefolgt, dessen staatsrechtlichen Theorien und Angriffen auf den Dualismus die Regierung zum schmerzlichsten Staunen der Linken nicht entgegengetreten sei. Den unangenehmsten Eindruck habe die Linke empfangen, weil Graf Taaffe ohne Verständigung Kuenburgs von der Wiederbesetzung des böhmischen Landsmannministeriums gesprochen habe. Die Anregung wegen Regelung der Sprachenfrage wäre von Taaffe mit einer Redensart abgefertigt worden, die eingeleiteten Verhandlungen mit der Linken seien nur Schein gewesen. Die Linke wolle kein deutschliberales Partei-, sondern ein Koalitionsministerium. Es sei nicht Schuld der Linken, wenn sich das Verhältnis zur Regierung ändere. Wenn es wieder zum Konflikt komme, werde die Regierung der alten Widerstandskraft der Linken begegnen mit gleicher Mäßigung im Ausdruck und Entschiedenheit der Gesinnung.

2. Dezember. Bei Fortsetzung dieser Beratung sagt der Polenführer Jaworski:

Die gegenwärtige parlamentarische Lage sei durch ein Mißverständnis zwischen der Regierung und der vereinigten Linken entstanden. Von einer Gehässigkeit der Regierung gegen letztere könne keine Rede sein. Die Polen bewahrten sich freie Hand bis zur Lösung des in der Thronrede angekündigten Programms. Die bisherige Majorität sei gebildet auf der Grundlage des festen Programms der Gleichwertigkeit der teilnehmenden Parteien, der festgestellten ziffermäßigen Stärke derselben, sowie des Grundsatzes, daß niemandem das Programm derselben oktroyirt werden dürfe, daß aber auch niemand ausgeschlossen werden dürfe, der sich dem Programm anfügt.

Schließlich wird der Dispositionsfonds abgelehnt.

3. Dezember. In Beantwortung einer Anfrage v. Pleners, betreffend die Auflösung des Reichenberger Stadtverordnetenkollegiums, führt der Ministerpräsident Graf Taaffe aus:

Ein Rekurs sei innerhalb der gesetzlichen Frist nicht eingebracht, daher habe er als Minister des Innern sich nicht instanzenmäßig mit der Angelegenheit befassen können, jedoch stehe er nicht an, zu erklären, daß er die Verfügung des Statthalters betreffend die Auflösung des Stadtverordnetenkollegiums billige und in den Verhältnissen begründet erachte. Zu dieser

Auffassung veranlasse ihn sein auf Grund von amtlich erhobenen Thatsachen gebildetes Urteil über die Thätigkeit der aufgelösten Stadtvertretung. Alsdann führt der Minister eine Reihe von Uebergriffen der Stadtvertretung gegenüber der Statthalterei und dem böhmischen Landtage an. Kennzeichnend für die Reichenberger Verhältnisse seien die Uniformen der städtischen Sicherheitswache, wofür das Muster nicht in Oesterreich gesucht sei. Schließlich erwähnt Graf Taaffe den Fackelzug für den Bürgermeister und die Kundgebungen vor der Wohnung des vermeintlichen Verfassers eines Artikels in einer Reichenberger Zeitung, der die Uniform der Polizei rügte. Unter der Regierung dieser Partei sei es in Reichenberg mit der Freiheit des Bürgers dahin gekommen, daß es gefährlich geworden sei, öffentlich an das Schickliche zu mahnen. Die Auflösung solle die Möglichkeit bieten, sich von den Launen eines nahezu terroristischen Parteigeistes loszureißen, dessen einseitiger Bethätigung auf die Dauer keine staatliche Verwaltung unthätig hätte zusehen können. Die Auflösung sei somit gerechtfertigt, dieselbe sei nicht gegen die Gemeindeautonomie und den deutschen Charakter Reichenbergs gerichtet gewesen.

13. Dezember. Steinwender beantragt Einsetzung eines Ausschusses, der die letzten Entscheidungen des Ministeriums des Innern, wodurch den Magistraten von Klagenfurt und Cilli die Annahme slowenischer Eingaben und deren Erledigung in slowenischer Sprache aufgetragen wurde, sowie sämtliche bisherige Sprachenverordnungen einer Prüfung rücksichtlich ihrer Loyalität und Zweckmäßigkeit zu unterziehen und darüber dem Hause Bericht zu erstatten hätte. Der Antrag wird abgelehnt.

15. Dezember. Das Abgeordnetenhaus genehmigt das zweimonatliche Budgetprovisorium.

Im Laufe der Beratung kennzeichnet v. Plener das frühere Verhältnis der deutschen Linken zur Regierung als ein auf etwas künstlichen Voraussetzungen beruhendes, das wegen Mangels an einem positiven Arbeitsprogramm und wegen der Weiterverfolgung gewisser der deutschen Linken widerstrebender Tendenzen durch den Ministerpräsidenten dem ersten rauhen Anstoße von außen habe erliegen müssen. Die deutsche Linke wahre sich nunmehr freie Hand, um ihrer Partei die Geltung zu verschaffen, die sie verdiene. Sie lehne die Verantwortung für die Führung der Geschäfte im Hause ab und richte sich den Interessen der Partei und des deutschen Volkes gemäß ein, sie habe nur patriotische Rücksichten, sowie Rücksichten auf das nationale, politische und wirtschaftliche Wohl ihrer Wähler zu nehmen.

III.

Landtage.

9. September. Eröffnung der Landtage aller Kronländer. Der galizische Landtag in Lemberg spricht dem Kaiser großen Dank für die Vorkehrungen gegen die Cholera aus.

22. September. Im niederösterreichischen Landtage erfolgen heftige Ausfälle gegen die Juden. Bei der Beratung der Frage wegen Errichtung

einer Impfanstalt spricht sich der Abgeordnete Lueger dahin aus, das Impfen sei Schwindel, und es gebe viele alte Weiber, die gescheiter seien als die Aerzte, die meistens Juden wären.

26. **September.** In demselben Landtage wird über die Eröffnung eines Kredits zur Beschaffung von Desinfektionsmitteln für die Gemeinden beraten. Dabei macht der Abgeordnete Schneider die jüdischen russischen Aerzte für den Ausbruch der Cholera in Rußland verantwortlich. Auch in Wien habe man zu den jüdischen Aerzten kein Vertrauen, und dennoch müsse gerade der ärmste Teil der Bevölkerung sich von jüdischen Aerzten behandeln lassen, da bei den Arbeiter- und Unfallversicherungs-Krankenkassen meistens jüdische Aerzte angestellt seien. Er mache die Regierung auf diesen Umstand aufmerksam, denn falls die Cholera hier zum Ausbruche kommen sollte und die jüdischen Aerzte in die Spitäler kommen, so würden sie nach Möglichkeit die christliche Bevölkerung in die Choleraspitäler schicken, damit dort recht viele sterben. Professor Süeß spricht seine tiefe Entrüstung über solche Schürung des Zwiespalts zwischen Christen und Juden aus. — Die klerikale Mehrheit des Landtags von Oberösterreich lehnt den Antrag ab, einen Fonds zu schaffen für Suppenanstalten zu Gunsten der Schulkinder, die stundenweit zur Schule gehen müssen.

29. **September.** Der tiroler Landtag wird wieder vertagt, weil Südtirol dieselben Abgeordneten wiederwählte, die wegen Verweigerung eines besondern Landtags mit italienischer Geschäftssprache sich vom Landtage fern hielten, und deren Mandate daher für erloschen erklärt waren.

IV.

Judenfeindliche Bewegung.

28. **Oktober.** Im Wiener Gemeinderat kommt es durch das Auftreten der judenfeindlichen Mitglieder zu stürmischen Auftritten, infolge deren zwei derselben ausgeschlossen werden.

2. **November.** Bei der Abschiedsfeier für den Hofprediger a. D. Stöcker in Wien sichert dieser seinen dortigen Anhängern die Fortsetzung der Bekämpfung der Juden bis an sein Lebensende zu; die Hauptaufgabe bleibe die Wiedergewinnung der Arbeitermassen.

26. **November.** Die judenfeindlichen Mitglieder des Wiener Gemeinderats veröffentlichen eine Erklärung, in der nach Anführung einer Reihe von Beschwerden gegen das Präsidium und die Majorität der Versammlung das Fernbleiben der Antisemiten von den Beratungen des Gemeinderats angekündigt wird.

30. **Dezember.** Fehde zwischen der klerikalen und der judenfeindlichen Partei in Wien. Anlaß ist ein Hirtenbrief des Bischofs von Linz, in dem der Klerus vor den Preßerzeugnissen gewarnt wird, die unter dem Scheine des Eifers für Kirche und Vaterland Tendenzen verfolgen, die von wahrer Liebe zu Kirche und

Vaterland weit entfernt sind. Das Wiener Organ der Antisemiten antwortet, es werde den Antisemiten nichts übrig bleiben, als ihre eignen Wege zu gehen, das praktische Christentum ohne, und wenn es sein muß, gegen die Bischöfe zu pflegen. Das Organ des Klerus, das „Vaterland“ erklärt, ein Antisemitismus, der seine eignen Wege geht, könne nie die Billigung eines Bischofs finden. Bedeute jedoch Antisemitismus den Kampf gegen schädliche Auswüchse im Geschäftsleben und wirkliche Uebergriffe des jüdischen Elements in die christliche Rechtssphäre, so werde es keinem Bischof einfallen, einen solchen Kampf, wofern er nur mit erlaubten Mitteln geführt werde, zu tadeln, und es sei kein Fall bekannt, daß ein österreichischer Bischof dies je gethan habe.

V.

Die kaiserliche Familie.

4. Juli. Der Kaiser in Tegernsee bei der Vermählung seiner Nichte, der Prinzessin Amalie von Bayern, mit dem Herzoge von Urach, Prinzen von Württemberg.

16. Juli. Erzherzogin Sophie, älteste Tochter des Erzherzogs Karl Ludwig, verlobt sich mit dem Herzoge Albrecht von Württemberg.

12. November. Besuch des Großfürsten-Thronfolgers am kaiserlichen Hofe.

15. Dezember. Erzherzog Franz Ferdinand tritt eine Reise um die Erde an.

VI.

Personalien.

9. August. Der tschechische „Landsmann-Minister“ Baron Prazak wird auf sein Ansuchen entlassen. Minister Graf Kuenburg, Vertrauensmann der Deutschen im Ministerium, erhält die Geheimratswürde.

12. Oktober. Freiherr v. Winkler tritt von der Stelle eines Landespräsidenten von Krain zurück. An seine Stelle wird der Statthaltereirat v. Hein in Graz ernannt.

10. Dezember. Rücktritt des Ministers Grafen Kuenburg, nachdem er die Stelle seit dem 23. Dezember 1892 bekleidet hatte.

B.

Ungarn.

I.

Reichstag.

26. September. Die am 20. Juli vertagte Session wird wieder eröffnet.

29. September. Das Abgeordnetenhaus wählt in die Delegation zum erstenmale ein Mitglied der äußersten Linken.

18. Oktober. Im Abgeordnetenhause legt Eötvös Verwahrung dagegen ein, daß, nach dem Versöhnungsplane der Regierung, am 2. November Honveds aus den Jahren 1848/49 das Denkmal des Generals Hentzi bekränzen sollten. Ministerpräsident Graf Szapary erklärt, es bleibe der Ueberzeugung eines jeden überlassen, an der Bekränzung teilzunehmen oder nicht.

22. Oktober. Nachdem die Beratungen hierüber am 19. und 20. fortgesetzt waren, wird eine Zuschrift des Denkmalkomitees verlesen, worin die Vertagung der Feier zur Enthüllung des Denkmals infolge der Einberufung der Landes-Honvedversammlung als unvermeidlich bezeichnet wird. Eötvös und Graf Apponyi greifen den Ministerpräsidenten auf das schärfste an, indem sie hervorheben, die Opposition gelte nicht der von ihnen hochgehaltenen Armee, sondern dem Grafen Szapary.

9. November. Im Abgeordnetenhause teilt Ministerpräsident Graf Szapary mit, die Regierung habe ihrem Programm gemäß der Krone Vorlagen über ein allgemeines Zivilstandsregister, die Rezeption der Israeliten und freie Religionsübung unterbreitet. Hinsichtlich der Ehegesetzgebung hätten die Vorschläge des Kabinets Zustimmung der Krone gefunden, ausgenommen in Betreff der obligatorischen Zivilehe. Die Meinungsverschiedenheit in diesem Punkte habe die Einreichung des Entlassungsgesuchs des Kabinets veranlaßt, welche am 6. November von der Krone angenommen sei.

21. November. Das an Stelle des Ministeriums Szapary getretene Ministerium Wekerle stellt sich beiden Kammern vor. Dr. Wekerle legt das Programm des Ministeriums dar. Bezüglich der kirchenpolitischen Frage führt er aus:

Schon die frühere Regierung habe mit königlicher Genehmigung Gesetzentwürfe betreffend die Rezeption der israelitischen Religion, die Einführung allgemeiner Zivilstandsregister und die freie Religionsübung ausgearbeitet. Die Gesetzentwürfe würden dem Parlament in der Wintersession vorgelegt, und mit der Einführung der Zivilstandsregister werde die Februar-Verordnung

wegen der Wegtaufen außer Kraft gesetzt werden. Was die Reform des Eherechts anbelange, so habe das Kabinet die königliche Ermächtigung zur Abgabe der Erklärung erlangt, daß das Eherecht allgemein für alle Staatsbürger verbindlich sein und die obligatorische Zivilehe sowie die zivilgerichtliche Jurisdiktion in Ehesachen eingeführt werden solle. Mit Einführung dieses Gesetzes tritt das Mischehegesetz von 1868, welches die freie Verfügung der Eltern über die Religion der Kinder regelt, außer Kraft.

Eötvös erklärt namens der Unabhängigkeitspartei die Zustimmung zu diesem Programm. Graf Apponyi spricht gleichfalls seine Uebereinstimmung mit mehreren Punkten des Programms aus, während er andre Punkte einer Kritik unterzieht und bemerkt, seine Partei werde ohne gleichzeitige Reform der Gesetzgebung über die Parlamentswahlen jede Verwaltungsreform mit allen Mitteln bekämpfen. Redner tritt sodann für die Einheitlichkeit der Ehegesetzgebung und die obligatorische Zivilehe ein. Ugron verlangt eine offne Stellungnahme der Regierung und erwartet Aufrichtigkeit und Entschlossenheit von ihr. Es wäre zeitgemäß, daß nicht mehr rezipirte und nichtrezipirte, sondern allgemein nur freie Religionen beständen. In Erwidrung auf die Oppositionsredner betont Wekerle nochmals das Streben der Regierung nach der Erhaltung des konfessionellen Friedens. Bei der Reform des Eherechts habe nicht der Liberalismus den Beweggrund der Regierung gebildet, sondern die Notwendigkeit und das sittliche Interesse. Die Reform solle nicht das Verdienst einer Partei werden, sondern durch die Kraft der Einmütigkeit ihre Lösung erfahren. Die Regierung werde nur auf ihrem Platze verbleiben, wenn sie die Rechtsprechung in Ehesachen und die obligatorische Zivilehe gesetzgeberisch nach ihren Prinzipien durchzuführen vermöge. Der Ministerpräsident weist die Ansicht zurück, als wisse die Regierung bereits, daß sie mit der Reform der Zivilehe weder der Krone gegenüber noch im Oberhause durchdringen könne, und schließt mit der Erklärung, die Kirchenpolitik des Kabinets werde der dauernden Sicherung des konfessionellen Friedens dienen. Im Oberhause giebt Wekerle ähnliche Erklärungen ab. Graf Zichy erklärt sich gegen die Zivilstandsregister und gegen die Zivilehe; etwaige Neuwahlen würden zeigen, daß auch die Nation gegen beides sei. Der Ministerpräsident weist den erhobenen Vorwurf einer falschen Informirung des Monarchen zurück und bittet mit dem Urteil zurückzuhalten, bis die Gesetzentwürfe vorliegen.

23. November. Ministerpräsident Wekerle weist im Unterhause die Bemerkung zurück, daß mit dem Dienstantritt des neuen Ministeriums der Kampf zwischen der Aristokatie und der Demokratie beginnen werde. Er lege viel zu großes Gewicht auf das Zusammenwirken aller Kräfte der Nation, als daß er zu einem solchen Kampfe die Hand bieten wollte, obwohl er bestrebt sein werde,

grundsätzlich die Forderungen der Demokratie auf allen Gebieten zu verwirklichen.

25. November. Graf Apponyi spricht im Abgeordnetenhause Zweifel aus, daß die Regierung die politische Befähigung zur Durchführung des aufgestellten Programms besitze, und erklärt unter stürmischem Beifall der Opposition, auch das gegenwärtige Programm des Liberalismus werde unfruchtbar bleiben. Gegenüber der Behauptung Apponyis, die Angriffe gegen den Ausgleich blieben im österreichischen Reichsrate unwidersprochen, erklärt der Ministerpräsident, die österreichische Regierung respektire aufrichtig die Parität. Die Bestrebungen zum Umsturz des Ausgleichs fänden keine Beachtung. Sogar der niedere Klerus werde die Drohungen wegen der Kirchenpolitik nicht verwirklichen, weil seine Vaterlandsliebe viel größer sei, als der Wunsch nach einem Streite mit der Regierung.

15. Dezember. Bei Fortsetzung der allgemeinen Beratung des Budgets spricht Pechy von der angeblichen Entfremdung zwischen der Krone und der Nation und erklärt, falls dem so wäre, sei es die erste und die hauptsächlichste Aufgabe der Regierung, dies zu beseitigen durch die Unterrichtung des Königs über die wahren Gesinnungen der Nation, welche dynastisch gesinnt sei, wie keine andre.

20. Dezember. Fortsetzung der Etatsberatung. Der Ministerpräsident sagt:

Bezüglich der kirchenpolitischen Fragen strebe die Regierung die Herbeiführung des konfessionellen Friedens, ohne die konfessionellen Dogmen zu beeinträchtigen, an und wünsche die Befestigung der sozialen Stellung der Frauen. Durch Einführung der Zivilehe sollten die bürgerlichen Beziehungen nach einheitlichem staatlichen Gesichtspunkte ohne Abänderung der kirchlichen Glaubenssätze geregelt werden. Als stabile Grundsätze der Regierungspolitik bezeichnet der Ministerpräsident ferner die politische und bürgerliche Rechtsgleichheit nicht nur zwischen den Bürgern, sondern auch zwischen den Konfessionen, die Aufrechterhaltung des ungarischen Charakters des Staates ohne Beeinträchtigung der Freiheit der einzelnen Nationalitäten, sowie die Pflege eines herzlichen Einvernehmens zwischen dem Könige und der Nation. In keinem Zeitraum sei dieses Einvernehmen ein so herzliches, von Mißverständnissen so freies gewesen als in den letzten fünfundzwanzig Jahren.

II.

Festlichkeiten.

8. Juni. Im ganzen Lande wird der fünfundzwanzigjährige Jahrestag der Krönung des Kaisers Franz Joseph von Oesterreich zum König von Ungarn gefeiert. Der König, der am

6. Juni mit großen Ehren in Pest empfangen war und am 7. eine große Parade bei Ofen abgehalten hatte, wohnt dem Gottesdienste bei. Der neue Primas von Ungarn, Fürst-Erzbischof Vaszary von Graz, hebt hier die seltenen Tugenden des Monarchen und seine unverbrüchliche Treue gegen die Nation hervor. In der Burg von Ofen empfängt der König zahlreiche Abordnungen. Auf die Ansprache des Präsidenten des Oberhauses erwidert der König mit dem Ausdruck der Freude, daß sein Vertrauen in die alten Tugenden der Nation vollste Rechtfertigung erfahren habe durch den großen Aufschwung des Staats und die gehobene Machtstellung der Monarchie. Auf die Ansprache des Präsidenten des Unterhauses erwidert der König mit Dank und gedenkt der großen Patrioten, die vor fünfundzwanzig Jahren und später seine treuen Ratgeber und die weisen Führer der Nation gewesen seien.

19. **September.** Das ganze Land begeht eine Kossuthfeier. Es ist der neunzigste Geburtstag Ludwig Kossuths, des Diktators von Ungarn im Jahre 1848. Die Stadt Pest beschließt, Kossuth zum Ehrenbürger zu wählen, ihn durch ein Schreiben zu beglückwünschen und eine Straße nach ihm zu benennen. Eine Reihe von Orten ernennt ihn zum Ehrenbürger. In Pest findet ein Festzug statt, und die Redner in einer großen Volksversammlung betonen, daß das Volk Kossuths Ansichten nicht teile, soweit sie gegen die Dynastie, den gekrönten König und den Verband mit Oesterreich sich richten, daß er aber das Verdienst habe, die Leibeignen befreit, den Parlamentarismus und die Preßfreiheit eingeführt zu haben. In Talya wird die restaurirte evangelische Kirche eingeweiht, in der Kossuth getauft ist. Viele Hunderte aus allen Landesteilen nehmen an der Feier teil. 21 Abgeordnete werden von Kossuth in Turin, wo er in freiwilliger Verbannung lebt, empfangen. Ihre Adresse ist zwar im Tone höchster Verehrung gehalten, betont aber, daß man nicht die staatsrechtlichen, sondern die freiheitlichen Ideen Kossuths teile. Dieser betont die trennende Kluft, hofft aber, daß diese Kundgebung ein Zeichen des Erwachens der Nation zu seinen Ideen sei.

17. **Oktober.** Die liberale Partei hält in Pest eine Konferenz über den Plan einer Honvedfeier am 2. November (S. 254).

Die Veranstalter und die Regierung planen ein Fest der Versöhnung. Bei der Enthüllung eines Denkmals für den österreichischen General Hentzi, der 1848 die Festung Ofen gegen die Ungarn verteidigte und dabei fiel, sollen zwei Kompagnien der gemeinsamen Armee die militärischen Ehren erweisen, während der Landeskommandirende, Fürst Lobkowitz als Vertreter der Armee, welche gegen die Honveds gefochten, einen Kranz niederlegen sollte. Als Erwiderung sollte der Zug sich dann zum Hentzimonument begeben, wo der Präsident des Honvedvereins und die Denkmalskommission einen Kranz niederlegen sollten. Während die Regierungspresse dies als Erfolg preist, da die

gemeinsame Armee hier zum erstenmale den achtundvierziger Soldaten huldigt, verkündet die oppositionelle Presse, der Präsident des Honvedvereins dürfe am Denkmal Hentzis, der Pest beschießen ließ, keinen Kranz niederlegen, das sei eine Entweihung. In der Konferenz der liberalen Partei erklärt der Ministerpräsident Graf Szapary, daß er die Idee, der Festlichkeit bei der Enthüllung des Honveddenkmals einen militärischen und gleichzeitig einen versöhnlichen Charakter zu geben, begeistert aufgegriffen habe, als eine patriotische, den Landesinteressen dienende That. Er fühle sich der Zustimmung der öffentlichen Meinung sicher.

18. Oktober. Es wird bekannt, Kossuth habe sich also ausgesprochen:

Ich habe das Hentzidenkmal stets als eine Beschimpfung für das ungarische Volk aufgefaßt und wundre mich, daß das Denkmal noch nicht umgestürzt wurde. Aber wenn es auch aufrecht steht, wäre ich entrüstet, wenn es von Honveds bekränzt würde. Einen Kranz demjenigen, der ohne Grund die Stadt Pest beschießen ließ! Hentzi verfuhr mit den Ungarn geradeso wie Radetzki mit den Italienern. Die Italiener haben sich, als Radetzki in Mailand starb, von jeder Ehrenbezeugung zurückgehalten, so viel sich auch die österreichische Regierung herandrängte.

21. Oktober. Infolge der hervorgetretenen Unversöhnlichkeit der Opposition wird die Honvedfeier verschoben.

III.

Aenderung des Ministeriums.

14. November. An Stelle des am 9. November zurückgetretenen Ministeriums des Grafen Szapary wird ein vom bisherigen Finanzminister Wekerle präsidirtes Ministerium ernannt. Dieser behält die Finanzen; zum Minister des Innern wird Hieronymi, zum Minister a latere wird der frühere Verkehrsminister Graf Ludwig Tisza-Szegedy, Bruder des früheren Ministerpräsidenten Koloman Tisza, ernannt. Die bisherigen Minister Szilagyi, Csaky, Fejervary, Bethlen und Lukacs behalten ihre Portefeuilles.

23. November. Die Bürgerschaft von Pest bringt dem Ministerpräsidenten Wekerle eine große Huldigung. Dieser betont in seiner Dankrede:

Es sei stets das Glück Ungarns gewesen, daß es den Grundsätzen der Demokratie und des Liberalismus gefolgt sei. Das bürgerliche Element sei berufen, sämtliche Schichten der Gesellschaft Ungarns zum Wohle des Vaterlandes zu vereinigen. Diese Verschmelzung zu fördern und die Einigkeit aufrecht zu halten, werde er stets als seine erste Aufgabe betrachten.

IV.

Kirchliche Angelegenheiten.

5. September. Der reformirte Bischof Pap sagt in einem Jahresberichte:

Da die Wegtaufungen seither noch immer auf der Tagesordnung sind und der Februar-Erlaß des Kultusministers die römisch-katholischen Pfarrer noch mehr dazu anspornt, dieses Gesetz mit Füßen zu treten, damit sie vor der Oeffentlichkeit im Lichte der Märtyrer erscheinen, will sich der Bischof nicht in eine Wiederholung des bereits vor zwei Jahren Gesagten einlassen. Trotzdem muß er konstatiren, daß sich die Lage verschlimmert hat, denn der friedenstörenden Bewegung der Kuratgeistlichkeit hat sich nunmehr auch der Hochklerus mit dem Fürstprimas an der Spitze angeschlossen. Man habe, nach der Devise „Pax" des Fürstprimas urteilend, gehofft, er werde den Frieden wieder herstellen, allein man habe sich leider getäuscht. Er habe den Kampf noch weiter ausgedehnt und verschärft und die Hetze des Kuratklerus kirchlich legalisirt. Leider schließe sich der Bewegung auch die Majorität des Magnatenhauses an. Diese Angelegenheit sei keine ausschließlich konfessionelle mehr, es sei dies bereits eine Affaire zwischen Kirche und Staat, eine Frage der staatlichen Souveränität.

Der frühere Ministerpräsident Koloman Tisza spricht sich bei einer in Komorn stattfindenden Feier seines 25jährigen Jubiläums als Kurator das calvinischen Kirchenbezirks jenseits der Donau versöhnender aus als Pap. Er weist zwar auf die klerikale Bewegung hin und stellt für den Notfall eine entsprechend feste Haltung des ungarischen Protestantismus in Aussicht, verleiht aber seiner Zuversicht in den Patriotismus und die Mehrheit des gesamten ungarischen Klerus sowie der Ueberzeugung Ausdruck, daß der konfessionelle Friede durch einen befriedigenden Ausgleich gewahrt bleiben werde, weil der ungarische Staat diesen Frieden nicht entbehren könne.

10. September. Zu Klausenburg tagt die Generalversammlung des siebenbürgischen Kirchenbezirks. Ihr Vorsitzer Banffy, Präsident des Abgeordnetenhauses, gedenkt in seiner Eröffnungsrede des Tiszaschen Jubiläums in Komorn. Der reformirte Bischof des siebenbürgischen Bezirks, Szaß, spricht in seinem Jahresberichte die Hoffnung aus:

Daß die evangelischen Kirchen vereint in evangelischem Geiste für die liberalen Ideen, für Aufklärung und Fortschritt kämpfen werden. Der Sieg dieser Ideen könne nicht zweifelhaft sein; „die Räder der Jahrhunderte können nicht rückwärts gedreht werden. Es kann gar nicht vorausgesetzt werden, daß die Gesetzgebung Ungarns und die daraus hervorgegangene verfassungsmäßige Regierung sich zu unheilvoller Arbeit zusammenfinden und, den ultramontanen Strömungen weichend, jenem liberalen Geiste untreu werden könnten, der die Vergangenheit der ungarischen Gesetzgebung charakterisirt." Der Bericht spricht ferner die Hoffnung aus, daß die in jüngster Vergangenheit auf dem Horizonte Ungarns aufgetauchten schwarzen Punkte

nicht zu Gewitterwolken heranwachsen, und daß die unter dem Schlagworte „Pax" begonnenen Versuche eben nur Versuche bleiben werden. Aber selbst wenn der Sturm losbrechen sollte, so könnte er nur ein vorübergehender sein, und die ungarische protestantische Kirche werde dann die Luft noch besser reinigen. Sie habe schon viel stärkere Stürme überdauert und werde auch diese überleben, denn ihre Kraft sei heute stärker denn je, und sie bilde im Leben des ungarischen Staats einen Faktor, mit dem unbedingt gerechnet werden müsse. Uebrigens werde von katholischer Seite der Angriff in erster Linie nicht gegen die protestantische Kirche, sondern gegen die Rechtsordnung des Staats, gegen die Souveränität der Gesetzgebung gerichtet. Diese beiden besäßen aber hinreichende Kraft, um den Angriff zurückzuschlagen.

12. September. Der Fürstprimas Vaszary richtet an die katholische Geistlichkeit des Graner Sprengels einen Hirtenbrief bezüglich vorstehender Erklärungen hervorragender Protestanten in Komorn. Darin sagt er:

Ich fürchte für meine Kirche nicht; wohl fürchte ich aber für meine Nation, für deren ewigen Bestand kein öffentliches Versprechen gegeben wurde, wie für den meiner Kirche. Der Nation hat Gott nur diesen Boden gegeben, auf dem sie leben oder sterben muß; ist sie hier gestorben, dann ist sie für ewige Zeiten gestorben. Wenn wir in so rauhem Tone sprechen, wie man mit uns, beziehungsweise gegen uns gesprochen hat; wenn wir so heftig angreifen, wie man uns in diesen Tagen angegriffen hat, dann reizen wir die ohne dies schon gereizten Gemüter so sehr auf, daß wir unser Vaterland in der That in Gefahr stürzen können. Eben deshalb müssen wir in diesen Tagen der Erregung unsre Wachsamkeit verdoppeln, unsre Mäßigung steigern, unsre Brust mit der Waffe der Klugheit panzern, unsre Seele mit Starkmut stählen.

25. September. Graf Apponyi, der Oppositionsführer im Unterhause, sagt in einer großen Rede zu Jaszberenyi, in der er eine Kriegserklärung gegen das Ministerium Szapary entwickelt, bezüglich der kirchenpolitischen Frage folgendes:

Der religiöse Friede ist gestört, und die nationale Agitation unter den Bewohnern nichtungarischer Zunge hat eine bisher unbekannte Stärke erreicht. Diesen Erscheinungen gegenüber vermag die Regierung nicht die Hände in Unschuld zu waschen, denn sie sind die Folgen ihrer Fehler und Unterlassungen. Redner kritisiert in den schärfsten Ausdrücken das Verhalten der Regierung und kommt zu folgenden Schlüssen: Entweder ist jener unglückselige Erlaß ungesetzlich, dann ist die Gesetzgebung dadurch entwürdigt, daß sie denselben zwei Jahre lang geduldet hat, oder er ist gesetzlich, dann wurde die Autorität des Staats in den Kot gezerrt, denn der Erlaß wird nicht durchgeführt, und neuestens erlauben sich sogar Organe der vollziehenden Gewalt Scherze mit diesem Erlasse, indem einzelne Stuhlrichter in Begründung ihrer Urteile hervorheben, daß derselbe jeder moralischen Grundlage entbehre. Mit einer entsprechenden Reform der Ehegesetze auf Grundlage der Religionsfreiheit wären gleichzeitig die auf die Kinder aus gemischten Ehen bezüglichen Bestimmungen des interkonfessionellen Gesetzes vom Jahre 1868 zu revidiren. Ohne diese Grundlage aber nicht, denn ohne dieselbe würde das jetzt katholische Uebel dann auf protestantischer Seite erweckt werden.

Anfang Oktober. Die katholische Geistlichkeit zeigt sich sehr gereizt und wenig einverstanden mit der Mahnung des Fürstprimas Vaszary. Das Graner Domkapitel richtet an ihn eine Denkschrift,

in der der von ihm schon vor seiner Ernennung mit der Regierung verabredete Plan, daß der Primas während der Anwesenheit des Königs in Pest und während der Session des Reichstags dort residire, in einer scharfen Sprache und in einer die Ehrerbietung außer Acht lassenden Weise bekämpft wird.

22. November. Nachdem der neue Ministerpräsident Wekerle das Programm seines Ministeriums in beiden Kammern des Reichstags entwickelt hat (S. 254), sagt der päpstliche „Moniteur de Rome" mit Bezug auf den kirchenpolitischen Teil des Programms:"

Ungarn spiele ein gewagtes Spiel. Wenn es einen Kulturkampf wolle, so werde dies ein Unglück sein, doch die Kirche werde man auf der Bresche finden. Ihre Waffe sei das Dogma, gegen das die Liberalen vergebens anrennen würden. Der heilige Stuhl habe bisher Geduld geübt. Wenn die ungarische Regierung den Rubikon überschreite, so werde sie die Folgen sich selbst zuzuschreiben haben.

15. Dezember. Die in Pest versammelten ungarischen Bischöfe beschließen eine gemeinsame Darlegung an den Papst, den Kaiser und die Regierung, in der die Gefahren und die ernsten Konsequenzen des kirchenpolitischen Programms der Regierung erörtert werden.

V.

Nebenländer.

18. Juli. Für Bosnien und die Herzegowina wird eine Verordnung über Reform des Robots erlassen.

Nach dem alten türkischen Straßengesetze mußten alle Männer zwischen 16 und 60 Jahren, ferner alle Trag- und Zugtiere in 5 Jahren mindestens 20 Arbeitstage leisten. Die Regierung konnte eine Erhöhung dieser Leistung eintreten lassen, doch durfte diese nicht mehr als 10 Tage im Jahre betragen. Nur Gebrechliche, Soldaten, Geistliche und Lehrer waren von der persönlichen Robot befreit. Nur durch die Robot war in diesen Provinzen der Ausbau eines vollständigen Straßennetzes möglich geworden, doch häuften sich die Klagen mit der Zeit so sehr, daß die Landesregierung an eine zeitgemäße Reform denken mußte. Durch die neue Verordnung wird verfügt, daß die Tier-Robot gänzlich aufzuhören habe, und daß die Personen-Robot je nach Wunsch des Betreffenden in natura geleistet oder abgelöst werden könne. Diese Reform, die mit 1. Januar 1893 in Kraft tritt, bietet der Bevölkerung eine wesentliche Erleichterung.

Ende August. In Dalmatien tritt eine Spaltung der Nationalpartei ein. Ihr linker Flügel sondert sich als besondre Partei ab. Sie ist für ein entschiedeneres Auftreten zu Gunsten der Vereinigung Dalmatiens mit Kroatien.

C.

Gemeinsame Angelegenheiten.

1. **Oktober.** Die Delegationen treten in Pest zusammen. Das ihnen vorgelegte gemeinsame Budget für 1893 enthält ein Gesamt-Bruttoergebnis von 143 821 887 Gulden. Die Deckung aus eignen Einnahmen beträgt 2 677 493 Gulden, also das Gesamt-Nettoerfordernis 141 144 394 Gulden.

3. **Oktober.** Die Präsidien der Delegationen werden vom Monarchen in der Ofener Burg empfangen. Er antwortet auf die Ansprachen u. a.:

Die auswärtige Lage hat sich seit der letzten Session der Delegationen nicht wesentlich verändert. Unsre Beziehungen zu allen Mächten sind durchaus freundliche geblieben und vertrauensvolle. Das Zusammenstehen mit den uns verbündeten Reichen bewährt auch fortan seine Heil bringende, Frieden erhaltende Wirkung. Das Ruhebedürfnis der Völker und die Sorge um ihr materielles Wohl üben unverkennbar einen mäßigenden Einfluß auf die internationalen Verhältnisse aus; auch sind die Bemühungen meiner Regierungen im vergangenen Jahre vielfach auf die Regelung der ökonomischen Fragen, insbesondre dahin gerichtet gewesen, die Handelsbeziehungen der Monarchie durch den Abschluß von Verträgen für eine Reihe von Jahren auf eine gesicherte Grundlage zu stellen. Nebst den bereits in Kraft getretenen Verträgen mit Deutschland, Italien, der Schweiz und Belgien sind nunmehr auch die Verhandlungen mit Serbien zu einem befriedigenden Abschluß gelangt, und ich hoffe, daß auch dieser Vertrag zu beiderseitigem Nutzen baldmöglichst ins Leben treten wird. Das Gesamterfordernis für das Heer und die Kriegsmarine hat meine Regierung mit gewissenhaftester Berücksichtigung der finanziellen Verhältnisse der Monarchie nach Maßgabe des unerläßlich Notwendigen festgestellt. Die gegen das Vorjahr sich darstellende Erhöhung ist keine unerwartete, denn sie betrifft zumeist wiederholt erörterte Anforderungen meines Kriegsministers, die teilweise aus finanziellen Gründen zurückgestellt waren, nun aber für die fortschreitende Erstarkung und die technische Vervollkommnung der Wehrkraft unbedingt notwendig werden.

Im Budgetausschusse der österreichischen Delegation stellt der jungtschechische Abgeordnete Eym, Redakteur der „Narodni Listy," eine Anfrage bezüglich der auswärtigen Politik. Er führt aus:

Das böhmische Volk sei ein Gegner des Dreibundes, obwohl ihm jede Feindseligkeit und Voreingenommenheit gegen Deutschland und Italien fern liege; es begleite die Orientpolitik Oesterreichs, die dieses in einen immer schärfern Gegensatz zu Rußland bringe, mit Angst und Bangen. Er richte an die Regierung die Anfrage, ob der veröffentlichte Bündnisvertrag mit Deutschland sämtliche zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn getroffenen Abreden enthalte.

Der Minister des Auswärtigen, Graf Kalnoky, antwortet mit der Frage, wohin es mit den großen Interessen der Monarchie kommen würde, wenn jeder in ihr vertretene Volksstamm den Anspruch erheben wollte, daß die ganze auswärtige Politik und die europäische

Stellung der Monarchie ausschließlich von seinem nationalen Standpunkt beurteilt und davon abhängig gemacht werden sollte. Auch könne er nicht zugeben, daß Eym berechtigt sei, die von ihm ausgesprochene Meinung als ausschließliche Ansicht des tschechischen Volkes hinzustellen. Unter den Delegirten Böhmens seien in den letzten Jahren auch Jungtschechen gewesen, niemals aber sei von denselben in dem von Eym vertretenen absprechenden Sinne gegenüber der Politik der Regierung Stellung genommen worden. Durch die Fortführung der von Eym angegriffenen Politik sei es gelungen, in allen Teilen des Reichs ein berechtigtes Gefühl der Beruhigung hervorzubringen. Er müsse das Auftreten Eyms als ein für die Interessen der Monarchie entschieden schädliches bezeichnen. Der Vertrag mit Deutschland sei ein so offnes, ehrliches Bündnis der Abwehr, daß er anstandslos ganz hätte veröffentlicht werden können. Er enthalte keinerlei geheime Klauseln und habe sie auch nicht nötig. Der mit Italien abgeschlossene Vertrag trage in allen seinen Teilen den gleichen Charakter. Die Thatsache, daß derselbe nicht veröffentlicht sei, beweise, daß seine Geheimhaltung vereinbart und die einseitige Veröffentlichung seitens eines Teilnehmers ausgeschlossen sei. Hinsichtlich der Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu Rußland weist Kalnoky die Unterstellung zurück, als ob die zwischen Berlin und Petersburg schwebenden Handelsvertragsverhandlungen auch darauf von Einfluß seien. Die so wichtigen Beziehungen zwischen den Höfen von Petersburg und Wien hätten nie aufgehört, vortreffliche zu sein. Diese Beziehungen seien freundliche und normale und hätten auch in neuerer Zeit keine Aenderung erfahren. Was die allgemeine Lage anbelange, so sei er in der angenehmen Lage, keine bedeutsame, inzwischen aufgetretene Frage besprechen zu müssen. Wohl wäre eine Gegensätzlichkeit der Strömungen in dem europäischen Staatensystem vorherrschend, aber in der öffentlichen Meinung habe eine größere Beruhigung Platz gegriffen. Der Minister hebt die in dieser Beziehung günstige Einwirkung des Abschlusses der Handelsverträge hervor. Trotz des in letzter Zeit erfolgten mehrfachen wichtigen Wechsels der Kabinetsmitglieder sei es wahrscheinlich, daß derselbe weder in der allgemeinen Lage noch in der Richtung der äußern Politik der betreffenden Mächte eine Aenderung nach sich ziehen werde. Die Gruppirung der Mächte ruhe auf tiefern politischen Gründen und dürfte nicht gestört werden. Was Serbien angehe, so wünsche er, daß es die neue Krise, die übrigens eine vollkommen innere Frage sei, bald überwinde. In Italien seien neue Männer an die Spitze getreten, ohne daß eine Aenderung in dessen freundschaftlichen Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn sich geltend gemacht hätte. Auch der Regierungswechsel in

England habe auf die auswärtige Politik dieses Reichs keinen Einfluß geübt. Die Lage im Orient sei in neuerer Zeit stabil geblieben, wobei dort in einzelnen kleinen Staaten ein stetes Fortschreiten in der Befestigung der Zustände sich zeige. Oesterreich-Ungarn wünsche nicht, sich im Orient festzusetzen oder sich eine bevorzugte Stellung zu schaffen, sondern nur, daß jeder der dortigen Volksstämme sich im Geiste und unter dem Schutze der Verträge selbständig entwickle. Zusammenfassend erklärt Kalnoky: Die Beziehungen zu allen Mächten seien befriedigende, die Lage Europas allgemein eine wachsend friedliche, zu Besorgnis liege für jetzt keine besondre Veranlassung vor, da alle Mächte sich in der Versicherung begegneten, daß sie den Frieden entschieden wollten und an keinen Angriff dächten. — Der Ausschuß beschließt hierauf, daß in dem Berichte sein volles Vertrauen ausgedrückt werde, mit dem er die Auseinandersetzungen des Ministers begleitet habe, und das er in die zielbewußte, auf die Erhaltung des Friedens gerichtete Politik des Ministers setze.

8. **Oktober.** Im Heeresausschusse der ungarischen Delegation betont der Reichskriegsminister v. Bauer die Notwendigkeit, die deutsche Dienstsprache im gemeinsamen Heere beizubehalten, hebt die humane Behandlung der Mannschaft seitens der Offiziere hervor und betont, daß Mißhandlungen von Soldaten der Armee fremd seien. Ferner verteidigt er die Anwendung des rauchlosen Pulvers.

14. **Oktober.** Im Budgetausschuß der österreichischen Delegation erklärt der Reichskriegsminister, die Steigerung der Heereserfordernisse hänge mit den Verhältnissen Europas zusammen, die er nicht ändern könne.

Ueberall herrsche die allgemeine Ueberzeugung, daß die staatlichen Interessen gebieten, Opfer zu bringen. Die Art und das Tempo der Steigerung befriedige ihn, den Minister, nicht, doch müsse er sich den finanziellen Rücksichten fügen. Mit der zweijährigen Dienstzeit sei er nur unter gewissen Voraussetzungen einverstanden, nämlich bei einer Steigerung des Präsenzstandes und bei Hebung des Unteroffiziermaterials in Betreff von Schulung, Sold und Versorgung. Dies sei sehr kostspielig und für Oesterreich-Ungarn kaum anwendbar. Auch in Preußen sei die Frage keineswegs entschieden, sondern die dortige Entwicklung geduldig abzuwarten. Betreffend einer Reform der Militärjustiz sei das Einverständnis der fünf Ministerien erforderlich, daher brauche die Sache Zeit. Der leitende Grundsatz sei dabei die Schaffung einer modernen Rechtsordnung ohne Beeinträchtigung der Autorität der Kommandanten und der Disziplin. Der nationale Geist innerhalb der Schranken österreichischer Gesinnung werde in der Armee geachtet. Es bestehe kein Verbot der Anwendung der Muttersprache außer Dienst. Die Dienstsprache des Heeres sei die deutsche Sprache, und sie müsse es bleiben. Bei den Einjährigfreiwilligen sei ein gewisser Grad von deutscher Sprachkenntnis unentbehrlich, auch die Muttersprache finde gebührende Pflege. Der Offizier, der sich die Muttersprache nicht binnen drei Jahren aneigne, sei von der Be-

förderung geradezu ausgeschlossen. Er lege hohen Wert auf ein gutes Einvernehmen zwischen dem Militär und der Bürgerschaft.

Im auswärtigen Ausschusse der ungarischen Delegation spricht der Minister Graf Kalnoky seinen Dank für die Billigung der auswärtigen Politik aus und fügt hinzu:

Hinter den Bündnissen lauere nichts Verstecktes. Es sei ein klarer Bund mit Abwehrzwecken zur Sicherung der beteiligten Staaten. Anfänglich seien allerdings mehrfach Zweifel laut geworden, ob heutzutage Bündnisse ausschließlich zu Friedenszwecken geschlossen werden könnten. Jetzt seien die Zweifel fast ganz geschwunden. Die Bevölkerung habe bei dem wachsenden Gefühle der Beruhigung die Ueberzeugung gewonnen, daß unter dem Schutze dieses Bündnisses die Entwicklung ihrer vielen materiellen Interessen, trotz mancher politischen Unsicherheiten, ungestört und erfolgreich gefördert werden könne. Er sei überzeugt, daß dieses Bündnis auch in Zukunft sich als ein gutes und den Interessen des Landes entsprechendes erweisen werde. Wohl sei es richtig, daß ein durch Jahrzehnte dauernder Bündnisvertrag im voraus nicht für alle möglichen Fälle der Zukunft Vorsorge treffen könne, allein der Umstand, daß die Teilnehmer am Dreibunde in steter freundschaftlicher Fühlung ständen, am Geiste desselben treu festhielten und sich in diesen völlig eingelebt hätten, sei ein beachtenswerter Faktor für alle Fälle. Daher könne auch der Zukunft mit Beruhigung und vollem Vertrauen entgegengesehen werden. Was die Frage betreffe, ob eine Fortdauer der guten Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu England und den andern Mächten zu hoffen sei, so hege er diese Hoffnung, weil die Fortdauer dieser Beziehungen nicht nur im Interesse Oesterreich-Ungarns, sondern auch in dem Interesse der andern beteiligten Mächte liege. Bezüglich Rumäniens sagt Kalnoky: Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß der König und die Regierung Rumäniens uns gegenüber eine durchaus korrekte Haltung einzunehmen bestissen sind. Es möge aber nicht immer leicht sein, nationalen Strömungen entgegenzutreten, und wenn in der Nachbarschaft sich Vorfälle ereignen, die uns unangenehm berühren, so müsse man immer kalten Blutes erwägen, was besser sei, aus diesen Verhältnissen viel Aufhebens machen oder sie ruhig vorübergehen lassen, wo sie dann meist im Sande verlaufen.

17. Oktober. Das Plenum der österreichischen Delegation hält die erste Sitzung. Auch hier wird die Beratung vom jungtschechischen Delegirten Eym mit einer Brandrede gegen den Dreibund eröffnet.

Oesterreich habe im Handelsvertrage große Zugeständnisse machen müssen, z. B. in Betreff seines Weinbaues. Schon im ersten Jahre, seit die Handelsverträge ins Leben traten, habe sich ein Rückgang des österreichischen Handels gezeigt. Das deutsche Reich neige dahin, einen Vertrag, der den österreichischen Handel schädigen würde, mit Rußland abzuschließen. Redner bestreitet die Beliebtheit des Dreibundes. Das tiefe Mißtrauen des böhmischen Volkes gegen das deutsche Bündnis beruhe auf der Geschichte der Jahrhunderte. Die Böhmen wüßten ihre slawischen Gefühle sehr wohl mit den Pflichten für den Staat zu vereinigen. Man könne ihnen aber nicht verübeln, daß sie sich gegen die Umarmung von seiten Deutschlands wehren. Das böhmische Volk empfinde keinen Haß gegen Deutschland, es gönne Deutschland von Herzen die nationale Einigung und wünsche ein gutes nachbarliches Verhältnis zu Deutschland, jedoch keine allzu lange Bundesgenossenschaft mit ihm. Redner zieht die Vorteile des Dreibundes für Oesterreich in Zweifel, hebt den über-

mächtigen Einfluß Deutschlands auf die österreichische Politik hervor und weist auf die Militärlasten hin.

Nachdem Eym noch das Bündnis mit Italien angegriffen hatte, erklärt ein Vertreter des böhmischen Großgrundbesitzes, daß die Anschauungen Eyms von der Bevölkerung nicht geteilt würden; selbst dessen engere Parteigenossen hätten sich kürzlich dagegen ausgesprochen. Auch die Delegirten Meznik, Gregoric, Richter und Omener sprechen gegen die Auslassungen Eyms und für das deutsch-österreichische Bündnis. Graf Kalnoky bezeichnet die Rede Eyms als schädlich. Es sei bedauerlich, wenn die Nationalitätsverhältnisse in die auswärtige Politik hineingemengt würden. Er werde bei der bisherigen Politik verharren, die allen Interessen der Monarchie entspreche. v. Plener setzt auseinander, daß Eyms Ausführungen der Denkschrift entlehnt sind, welche Rieger Ende der sechziger Jahre Napoleon III. überreichte, und tadelt, daß Eym die Wunden des Krieges von 1866 aufgerissen habe, deren Heilung ein Verdienst unsrer auswärtigen Politik sei. Das Bündnis mit Deutschland habe sich eingelebt und sei in die Bedürfnisse und Gefühle des Volkes übergegangen, was nicht möglich gewesen wäre, wenn es bloß als diplomatisches Bündnis der Höfe gegen die Meinungen und ohne die Sympathien der Völker abgeschlossen wäre. Das Bündnis habe überdies den Rückhalt, daß beide Armeen von demselben erfüllt sind. Kein Oesterreicher könne aufrichtig ein Bündnis mit Frankreich wünschen. Die Folge eines solchen wäre notwendig ein Krieg mit Deutschland, und den wünsche wohl selbst das tschechische Volk nicht. Nicht unsre Schuld sei es, daß Rußland sich von uns entfernt. Der wahre Grund liege darin, daß die maßgebenden Persönlichkeiten Rußlands Oesterreich für die Fehler verantwortlich machen, die die russische Politik in Bulgarien begangen und durch die sie den Einfluß in Bulgarien verloren habe. Die deutschliberale Partei könne mit gerechtfertigtem Selbstbewußtsein darauf hinweisen, daß ihre Führer schon anfangs der siebziger Jahre in den Delegationen den Abschluß eines Bündnisses mit Deutschland empfohlen haben.

19. Oktober. Beide Delegationen halten ihre letzte Sitzung. In der des Reichsrats läßt sich Finanzminister Kallay über die Verhältnisse Bosniens und der Herzegowina aus:

Die Regierung der Monarchie handle nicht nach dem Grundsatze „Teile und herrsche," sondern trachte darnach, feindlich gesinnte Elemente zusammenzubringen. Die bei der Verwaltung etwa vorgekommenen Verstöße seien nicht größer, als sie in den bestverwalteten Provinzen Europas vorkämen. Sein Ziel in den besetzten Ländern, wo der Osten und der Westen zusammenstoße, sei, das Gefühl der Staatlichkeit und das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit mit einem großen Reiche zu erwecken und zu befestigen zum Besten des Landes und der Monarchie.

Süß giebt hierauf die Erklärung ab, die Delegation könne vor Europa feststellen, daß Oesterreich-Ungarn die ihm in den Okkupationsgebieten gestellte Aufgabe glücklich gelöst habe. — Die Delegation genehmigt das gesamte Budget.

In der ungarischen Delegation hebt Falk hervor, der Ausschuß habe mit größter Wärme die Notwendigkeit des Dreibundes anerkannt. In dem diesjährigen Bericht habe der Ausschuß sich in jener Hinsicht noch wärmer ausgesprochen, weil innerhalb der Monarchie sich Gegner des Dreibundes gefunden hätten, welche dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten ein engeres Bündnis mit Rußland anrieten. Diese Bewegung, welche die auswärtige Politik der Monarchie umgestalten möchte, sei so unbedeutend, daß der Ausschuß es nicht für der Mühe wert erachtet habe, davon im amtlichen Berichte Notiz zu nehmen. Die Ungarn hielten treu am Dreibund und wollten ihn durch nichts andres ersetzt sehen. Ugron von der äußersten Linken erklärt, er kenne in Ungarn niemanden, weder einzelne Personen noch Parteien, die mit dem Dreibunde unzufrieden wären. Jeder Ungar halte den Dreibund für dringend notwendig. Nachdem noch ein Siebenbürger Sachse mit Worten höchster Anerkennung für den Dreibund eingetreten war, gelangt der Bericht des Ausschusses sowie eine Erklärung zur Annahme, in welcher die Billigung der auswärtigen Politik ausgesprochen und dem Minister des Auswärtigen die Anerkennung und das Vertrauen der Delegation ausgedrückt wird.

Rußland.

I.

Notstände.

Anfang Juli. In Astrachan finden größere Unruhen statt, veranlaßt durch den Ausbruch der Cholera und die Unwissenheit der Bevölkerung bezüglich dieser Seuche. Dieselben Vorgänge wiederholen sich in Taschkend. In Tiflis, Baku und Ssaratow wütet die Cholera.

27. Juli. Unruhen aus gleichem Anlaß finden in Nischni-Nowgorod statt.

3. August. Aufruhr gegen die Aerzte in Kasan. Die Seuche tritt auch in Charkow, Rjäsan, Moskau und Jaroslaw auf.

Mitte August. Die Seuche beginnt in Petersburg. Unruhen in Jekaterinoslaw infolge Auftretens der Cholera.

5. September. Der Zar und Gemahlin besuchen die Cholerahospitäler in Petersburg.

II.

Getreideverhältnisse.

20. August. Es kommt im Reichsrat ein Gesetz gegen den Kornwucher zustande. Sein Zweck geht dahin, den Bauer vor der Landplage der Kulaks zu schützen. Mit Arrest und im Wiederholungsfalle mit Gefängnis wird bestraft, wer sich damit beschäftigt, von Bauern Korn aufzukaufen, und dabei wissentlich die Notlage des Verkäufers benutzt.

23. August. Erlaß, durch den die Ausfuhr von Roggen, Roggenmehl und Kleie wieder freigegeben wird.

III.

Militärische Angelegenheiten.

14. Mai. Veröffentlichung eines Gesetzes betreffend die Verschärfung der Strafen für den Verrat von Staatsgeheimnissen.

Wer einer fremden Macht oder deren Agenten Urkunden oder Nachrichten giebt, die, wie er wußte, der Sicherheit des Staates wegen vor einer fremden Macht geheim zu halten waren, unterliegt, unter Entziehung aller Rechte, der Verschickung nach den entferntesten Gegenden Sibiriens. Diese Strafe wird noch durch sechs- bis achtjährige Zwangsarbeit verschärft, wenn der Schuldige im Dienst stand. Für die Abnahme, Zeichnung und Beschreibung von Festungen und sonstigen militärischen Bauten ohne Mitwissen der Regierung ist Gefängnis von acht Monaten bis zu ein Jahr vier Monaten festgesetzt. Ist jedoch dieses Verbrechen zu dem Zwecke erfolgt, einer fremden Macht Mitteilung zu machen, so steht darauf lebenslängliche Verschickung in entfernte Gouvernements. Der lebenslänglichen Verschickung in entfernte Gouvernements unterliegen auch diejenigen, die durch List in Festungen und sonstige militärische Bauten eindringen.

18. November. Eine Verordnung verbietet den Hebräern, welche in der Armee als Untermilitärs nach dem früheren Rekrutenreglement gedient haben, sowie ihren Familienangehörigen, die in Städten der innern Gouvernements ortsangehörig sind, den Aufenthalt in Moskau und dem Moskauer Gouvernement.

IV.

Polen.

Anfang August. Die Versetzung der Beamten polnischer Nationalität ins Innere von Rußland wird mit Energie ohne Angabe der Gründe durchgeführt. — Der Minister für Wege und Verkehr befiehlt:

Der Verwaltung ist mitzuteilen, daß er es nicht als möglich erachte, andre Personen als solche russischer Abstammung in Aemter zu bestätigen, deren Besetzung seiner Bestätigung bedarf. Was den Direktor der Eisenbahn betrifft, so wird die Bestätigung desselben gemäß dem in nächster Zeit zu veröffentlichenden Gesetze erfolgen, nachdem dem Amte eines Direktors einer Eisenbahn, die von einer Privatgesellschaft betrieben wird, das Recht des Staatsdienstes, auf Grund der bestehenden Gesetze, zuerkannt wird. Den Eisenbahngesellschaften wird das Recht vorbehalten, dem Minister die Kandidaten und Vorschläge betreffend deren Besoldung vorzustellen. Demgemäß wird verordnet, daß von der Verwaltung, sofort nach Veröffentlichung des erwähnten Gesetzes, nicht weniger als drei Kandidaten für das Amt des Eisenbahndirektors und bis zum 1. September d. J. Personen russischer Abstammung zur Bestätigung in andern Aemtern vorgestellt werden. Falls obige Verordnung nicht genau durchgeführt werden sollte, wird der Minister nach Ablauf der festgesetzten Fristen von selbst Personen zur Bekleidung der genannten Aemter ernennen, bis ihm von der Verwaltung angemessene Kandidaten vorgestellt werden.

4. September. In Warschau mißglückt ein Versuch, eine griechisch-orthodoxe Kirche während des Gottesdienstes in die Luft zu sprengen.

V.

Ostseeprovinzen.

Anfang Juli. Es werden mehrere deutsche Lehranstalten geschlossen, die als Schulen mit deutscher Unterrichtssprache nicht mehr fortbestehen durften, und zwar die von der livländischen Ritterschaft unterhaltenen Landesgymnasien zu Fellin und Birkenruh sowie die Privatlehranstalt für junge Mädchen in Dorpat.

18. Juli. Es werden an der Eisenbahnstation Walk sämtliche Maschinisten und Maschinistengehilfen, welche sich zur lutherischen oder katholischen Religion bekennen, ihres Dienstes entsetzt und die Stellen durch Russen besetzt. — Der livländische Gouverneur schreibt den Kreischefs vor, daß die Vereine ihm namhaft gemacht werden, welche Lesebibliotheken führen. Sie sind nur mit ausdrücklicher Konzession des Gouverneurs weiter gestattet. Es ist hierbei auf die deutschen Vereine abgesehen.

Ende Oktober. Die estländische Ritterschaft läßt, nachdem die ihr bezüglich des uralten deutschen Gymnasiums erteilten Zusagen nicht gehalten worden sind, die gleichfalls aus Landesmitteln erhaltene Mädchenschule in Finnen eingehen, damit sie nicht russifizirt werde. — Sechs Pastoren in

Dorpat werden zum Verlust von Amt und Anstellungsfähigkeit verurteilt und dann zu lebenslänglicher Verbannung aus den Ostseeprovinzen „begnadigt," weil sie Personen als Lutheraner bedient haben, welche einst auf Fürsprache Kaiser Wilhelms I. von Alexander II. die ausdrückliche Erlaubnis bekommen hatten, zur lutherischen Kirche zurückzutreten. — Prof. Rohland in Dorpat wird plötzlich abgesetzt, weil ein Russe an seine Stelle kommen soll.

VI.

Finnland.

4. August. Es wird verordnet, daß alle Beamten der finnländischen Eisenbahnen, welche nicht binnen vier Monaten der russischen Sprache vollständig mächtig sind und nicht eine diesbezügliche Prüfung bestehen, sofort entlassen werden sollen.

VII.

Finanzministerium.

12. Januar. Das Reichsbudget pro 1892 beziffert die ordentlichen Einnahmen auf 886544325, die Ausgaben auf 965303066 Rubel.

8. September. An Stelle Wyschnegradskis wird der 46-jährige Wirkliche Staatsrat Sergius Witte zum Finanzminister ernannt. Er ist der Sohn eines Deutschen und einer Russin aus Tiflis.

Ende September. Es stellt sich heraus, daß die außerordentlichen Ausgaben für 1891, die mit 63413500 Rubel angesetzt waren, 232313000, mithin 168899500 Rubel mehr betragen haben.

VIII.

Panslawisten.

Anfang November. Der an der Spitze der Panslawisten stehende Graf Ignatiew erläßt ein Schreiben an den Präsidenten einer ähnlichen Verbindung in Serbien und sagt darin:

Man muß die unter den türkischen und österreichischen Rajahs lebenden Serben befreien, die, ihre Religion und ihre nationalen Sitten abwerfend, sich der fremden Macht in den Schoß werfen. Das Bestreben der Bulgaren, die Serben Altserbiens für sich zu gewinnen,

möge euch nicht beunruhigen, denn ihre Arbeit wird bittere Früchte erzeugen. Wir haben Kenntnis davon, daß die bosnischen und herzegowinischen Verhältnisse nicht derartige sind, wie sie die Oesterreicher darstellen. Das Serbentum duldet und leidet auch dort und wartet die Stunde der Befreiung ab. Es wird wenig Zeit vergehen, bis einmal Rußland, der wahre Verteidiger der Slawen, laut fordern wird, daß Oesterreich-Ungarn jenes Land räume, daß von nun ab Bosnien zu Serbien gehöre. Rußland hat niemals die Besitznahme Bosniens durch Oesterreich-Ungarn beantragt, wie sehr auch der Glauben verbreitet war, daß zur Zeit des russisch-türkischen Krieges eine derartige Vereinbarung bestand.

IX.

Kundgebungen für Frankreich.

17. August. Die französischen Abgesandten zum internationalen Eisenbahnkongreß in Petersburg treffen in Warschau ein. Am Abend findet im Lager zweier Grenadier-Regimenter eine militärische Feier statt, zu der die französischen Delegirten geladen sind.

Die Regimenter nehmen in Kompagniefront Aufstellung, am linken Flügel das Offizierkorps, die Musikkapellen und die Sänger. Die Wagen mit den französischen Gästen und ihren Damen fahren die Front entlang, voran Feldgendarmen, die Musik spielt den Parademarsch, die Truppen rufen Hurra. Sie werden vom Divisionsgeneral Rasgildjew begrüßt, dann nehmen sie vor der Divisionskirche Aufstellung. Hierauf formiren die Laternen- und Fackelträger ein großes Karree, dann marschieren sie unter Vorantritt der Musikkorps im Parademarsch vorüber. Beim Abendessen in den Räumen des Offizierkasinos des Wolhynischen Leibgarderegiments ergreift Divisionsgeneral Rasgildjew das Wort, um ein Hoch auf Frankreich und die französische Armee auszubringen. Das Orchester stimmt die Marseillaise an. Picard, Präsident der französischen Delegation, antwortet mit einem Toast auf das russische Reich und die tapfere russische Armee. Alle Anwesenden hören stehend die russische Nationalhymne an, und ein dreimaliges begeistertes Hurra durchbraust die Räume. Den Haupttoast des Abends bringt Generalmajor Foulon aus, Kommandeur des St. Petersburger Grenadierregiments, dessen Chef der Kaiser von Deutschland ist. In wohlgesetzter längerer Rede sprach er in elegantem französisch von der glorreichen Geschichte Frankreichs, indem er daran erinnert, daß, obwohl im Krimkriege Rußland und Frankreich sich als Feinde gegenüberstanden, sie dennoch sich achten und lieben gelernt, als Beweis dafür sei das Monument in Sebastopol anzusehen, welches, wie es auf der Inschrift heißt, den tapferen Söhnen Rußlands und Frankreichs gesetzt wurde.

22. August. Die russischen Mitglieder des am 20. August in Petersburg eröffneten vierten internationalen Eisenbahnkongresses suchen die übrigen Mitglieder zu Teilnehmern an russisch-französischen Kundgebungen zu machen. Beim Ausfluge des Kongresses nach Kronstadt erreichen die französisch-russischen Sympathien auf einem Dampfer eine so hochgradige Temperatur, daß die Rufe:

Vive la France! Vive la Russie! nicht verstummen und die Musik abwechselnd die russische Hymne und die Marseillaise spielen muß. Auf dem zweiten Dampfer begnügt man sich mit dem Rufen, weil die Musikanten die Noten nicht bei der Hand haben.

(Dieser Eisenbahnkongreß, der zuerst 1885 in Brüssel, 1887 in Mailand und 1889 in Paris tagte, ist von der belgischen Regierung ins Leben gerufen. Die Hauptstelle des Kongresses befindet sich bleibend in Brüssel, ihr Vorsteher ist der belgische Beamte Belpaire. Es lag in der Absicht des Kongresses, eine internationale Verständigung bezüglich der Eisenbahntechnik herbeizuführen. Die erste Tagung war darum auch von der preußischen Staatsbahnverwaltung beschickt. Bald nach dem Kongreß glaubte man in Berlin wahrzunehmen, daß es gewissen Personen und Verwaltungen darum zu thun sei, das Schwergewicht der Regelung des europäischen Verkehrswesens von dem Verein deutscher Eisenbahnverwaltungen ab auf eine andre Organisation zu verlegen, deren Mittelpunkt die Brüsseler Zentrale des Kongresses sein solle. Infolge dessen sind die deutschen und österreichischen Eisenbahnverwaltungen, mit Ausnahme einiger Privatbahnen, seither trotz der Bemühungen der Belgier, jene wieder zu gewinnen, dem Kongresse ferngeblieben, und jetzt haben die Franzosen das Uebergewicht im Kongresse, der daher auch seine ursprüngliche Bedeutung eingebüßt hat. Die vorstehend gemeldeten Kundgebungen sind nicht dazu angethan, die jetzt außenstehenden Verwaltungen zur Teilnahme am Kongreß wieder zu veranlassen.)

X.

Die kaiserliche Familie.

7. Juni. Zusammenkunft des Zaren mit dem deutschen Kaiser in Kiel.

13. Juli. Die kaiserliche Familie trifft nach längerem Aufenthalte in Kopenhagen wieder in Peterhof ein.

7. September. Abreise der kaiserlichen Familie nach Iwangorod in Polen. Der Zar läßt hier eine Million Rubel für die Bevölkerung der Bezirke anweisen, die 1891 durch Mißernte heimgesucht wurde.

Ende September. Der Zar nimmt bei Iwangorod eine Parade über 50000 Mann ab.

11. Oktober. Der Zar und der Thronfolger wohnen der Enthüllung eines Denkmals für Alexander II. in Czenstochau bei.

16. Oktober. Taufe der Tochter des Großfürsten Michael Michailowitsch in Wiesbaden. Seine Gemahlin ist Gräfin Sophie von Merenberg, Tochter des Prinzen Nikolaus von Nassau und einer Tochter des Dichters Puschkin.

13. November. Der Thronfolger am österreichischen Hofe in Wien.

XI.

Mittelasien.

10. Juli. Die Bewohner von Alitschur auf dem Pamir-Plateau wenden sich an den russischen Oberst Janow in russisch Turkestan mit der Klage, daß sie von Afghanen vergewaltigt würden, deren Vorposten bei Sfum-Tasch ständen.

12. Juli. Da dieser Ort auf russischem Gebiete liegt, begiebt sich Janow mit einer Abteilung Kosaken dorthin, und nach einem vergeblichen Verständigungsversuche mit dem gegnerischen Führer kommt es zum Kampfe. Die Afghanen werden geschlagen und verfolgt, die Russen verbleiben in dieser Gegend von Pamir.

Frankreich.

I.

Erste Session der Kammern.

2. Juli. Die zweite Kammer genehmigt 300000 Frcs. für die Opfer der anarchistischen Explosionen und weist einen Antrag auf Unterdrückung des Zweikampfs an eine Kommission. Bei Beratung des Marineetats klagt Brisson, daß die Ausgaben für die Marine sich vergrößerten, während deren Verteidigungsfähigkeit sich mindere. Marineminister Cavaignac führt aus, die Ergänzungskredite seien notwendig, um das von der Kammer vorgeschriebene Programm durchzuführen. In diesem sei die Zahl der in erster Linie stehenden Streitkräfte nahezu verdoppelt, die Zahl der schnellfahrenden Panzerfahrzeuge solle vermehrt werden. Wenn die Kammer wolle, daß die Verteidigung zur See auf derselben Höhe stehe, wie die Verteidigung zu Lande, so sei ein Budget von 250 bis 300 Millionen nötig.

4. Juli. Der Senat genehmigt einen Gesetzentwurf über die gesundheitliche Einrichtung von Fabriken und Werkstätten. — Bei Fortsetzung der Beratung des Marineetats in der zweiten Kammer wirft Brisson der Verwaltung vor, sie bekümmere sich nicht um die Beschlüsse der Kammern. Marineminister Cavaignac versichert dagegen, seine Verwaltung weiche nicht von den Grundlinien ab, welche das Parlament ihr vorgezeichnet, und sucht nach-

zuweisen, daß die Streitkräfte für den Fall eines Krieges in den nächstjährigen Voraussichten verdoppelt worden seien.

6. Juli. Eine Kommission der zweiten Kammer spricht sich für eine Weltausstellung in Paris im Jahre 1900 aus.

8. Juli. Die zweite Kammer beschließt trotz der Vorstellungen des Finanzministers Rouvier, die bestehenden Petroleumzölle nur noch bis zum 31. Dezember des laufenden Jahres in Kraft zu lassen.

11. Juli. In der zweiten Kammer verlangt der Radikale Pourquery Aufschluß über die Verwendung der für die Bekriegung des afrikanischen Negerstaates Dahomeh bewilligten Summen. Marineminister Cavaignac giebt eine Uebersicht der ergriffenen Maßnahmen und führt aus, daß dem Oberst Dodds das Kommando über die militärischen Streitkräfte in Dahomeh übertragen sei, den Befehl über die Kreuzer jedoch der Marineminister habe. Pourquery fordert genaue Angaben über die Rangordnung im Kommando. Cavaignac erwidert, das Oberkommando für die Operationen in Dahomeh sei in den Händen des verantwortlichen Ministers vereinigt. Clemenceau verlangt, daß auch die Flotte den Befehlen des Obersten Dodds zu unterstellen sei. Cavaignac erklärt, er habe die Kommandanten der Armee und der Marine angewiesen, sich gegenseitig zu unterstützen. Die Kammer beschließt sodann ein Ersuchen an die Regierung, den Oberbefehl über die Truppen zu Lande und zur See gegen Dahomeh einem einzigen Offizier zu übertragen. Hierauf scheidet Cavaignac aus dem Ministerium.

12. Juli. Es kommen in der zweiten Kammer die unsichern Verhältnisse in Tonkin zur Sprache, worauf die Kammer die Erwartung ausspricht, daß die Regierung die Errichtung eines Kolonialheeres beschleunigen werde. Sodann werden 800000 Francs für die Beschickung der Weltausstellung in Chicago bewilligt. — Eine Anfrage bezüglich der Disziplin im Heere, veranlaßt durch die Erschießung des jüdischen Hauptmanns Mayer durch den Antisemiten Marquis de Mores, wird vom Kriegsminister Freycinet dahin beantwortet, diese Disziplin sei niemals höher geachtet als gegenwärtig.

13. Juli. Schluß der Session.

II.

Nationalfeste.

14. Juli. Die Feier des Nationalfesttags in Paris zeichnet sich diesmal durch eine eigentümliche Verbindung der französischen mit den russischen Farben in den Dekorationen der Straßen und Fuhrwerke aus.

17. Juli. In Paris findet eine Feier der hundertjährigen Vereinigung Savoyens mit Frankreich statt. Floquet sagt in einer Rede, Savoyen und Frankreich hätten sich 1792 freiwillig vereinigt, seien dann gewaltsam getrennt worden, jetzt aber wiederum vereinigt; die Erfahrung beweise also, daß die Geschichte eine Revanche kenne, welche man jedoch abzuwarten, vorzubereiten und zu verdienen verstehen müsse.

16. August. In Mars-la-Tour findet die Feier zur Erinnerung an die Schlacht von 1870 unter außerordentlichem Zudrange statt. Vor dem Denkmal hält Senator Volland eine Ansprache. Er sagt u. a.:

Auf diesem Schlachtfelde finden wir andre Erinnerungen als diejenigen des Todes und der Trauer. Indem wir dieses Bildnis des besiegten aber aufrechtstehenden Frankreichs betrachten, vertiefen wir uns nicht bloß in die Vergangenheit. Dieser heilige Altar des Vaterlandes erhebt uns über uns selber und lenkt unsre Blicke so hoch, daß ein einziger Blick uns eine doppelte Aussicht eröffnet, auf das finstere Jahr 1870, von dem wir nichts vergessen haben, und auf jenes große Datum der Zukunft, die noch nicht geschrieben ist, die niemand genau zu bezeichnen vermag, aber von der wir alles hoffen dürfen. Wir sind ein freies Volk, Herr unsers Geschicks und gewiß, daß wir die unschätzbaren Wohlthaten des Friedens nicht mehr um ein dynastisches Interesse oder einer elenden Hofintrigue willen aufs Spiel zu setzen haben werden. Jena, sagte jüngst die berufenste deutsche Stimme, hat mehr für Deutschland gethan als seine glänzendsten Siege. Ja, hier vor dieser klaffenden Wunde, in welcher Frankreich sein reinstes und kostbarstes Blut vergoß, werden wir inne, daß es nichts von seiner Seele verloren hat und von seiner künftigen Wiedervervollständigung überzeugt ist.

10. August. An verschiedenen Stellen von Paris findet eine Feier des Tages statt, an dem vor hundert Jahren die Tuilerien vom Volke erstürmt wurden. In einer dieser Versammlungen sagt Brisson in seiner Rede:

Der 10. August ist einer der schönsten Tage der französischen Revolution, der eigentliche Tag des Patriotismus. Das zu verkennen, bedarf es der Unwissenheit oder der kindischen Entstellungssucht, die heute einige Enkel der Männer von 1789 ergriffen hat. Dieser Tag, aus dem man unserm großen Paris einen Vorwurf zu machen wagt, hat fast eben so viel gethan durch die Föderirten der Departements wie durch die Pariser; er war nicht das Werk der Politiker, sondern der Franzosen. Ich erinnere an die Worte, die ein Bäcker aus dem Marais zu einem seiner Genossen unter den Auf-

ständischen sprach: „Es ist eine große Sünde, Christen zu töten, aber nicht weniger sündhaft wäre es, Oesterreich die Thore zu öffnen." Heute wissen wir, die Geschichtsforscher haben es bestätigt, daß sich der König und die Königin nicht gegen die Revolution — das käme erst in zweiter Linie in Betracht —, sondern gegen Frankreich mit dem Auslande verschworen hatten. Die Männer des 10. August wußten es nicht wie wir, aber, was weit größer war, sie fühlten es. Der patriotische Instinkt leitete sie sichrer als die gelehrte Kritik, die Liebe zum Vaterlande zeigte ihnen, daß der größte Feind Frankreichs in den Tuilerien und daß die erste Festung, die es zu nehmen galt, das Schloß war. Und die Folgen des 10. August? Sie sind Valmy, Jemappes, die Einnahme von Mainz, Brüssel und Lüttich. Aber wir, die wir die Eroberungen verdammen, wir wollten nur die Völker zur Freiheit aufrufen und richteten an sie die Verse des Chant du départ: Nos victoires, en chantant, vous ouvrent la carrière. (Die Greuel, die wir lachend verüben, weisen euch den Weg.) Das war der 10. August 1792. Ich habe die eigentlich revolutionäre Seite nicht berührt, sondern nur den Patriotismus der Pariser und der mit ihnen vereinten Departements gekennzeichnet. Die Gedenkfeier des 10. August ist das Fest des Vaterlandes. Ich trinke auf die Sieger vom 10. August 1792!

3. September. In Chambery (Savoyen) findet eine Feier des 100. Jahrestages der Vereinigung Savoyens mit Frankreich in Gegenwart des Präsidenten der Republik und des Ministers Ribot statt. Es wird ein diese Vereinigung darstellendes Denkmal enthüllt. Der Maire Perin sagt in einer Ansprache an Carnot:

Es liegt uns auch daran, feierlich zu versichern, daß unsre Vereinigung mit Frankreich, 1792 wie 1860, freiwillig, unaufgefordert und einstimmig erfolgt ist; daß dieselbe keine Eroberung, sondern eine Befreiung gewesen ist. Unter solchen Umständen, infolge der beiderseitigen Einwilligung und der gegenseitigen Sympathie erfolgt, wird die Einigung der beiden Völker ewig dauern, während gewaltsame Annektirungen, durch die Gewalt der Waffen ohne Befragung der Interessenten aufgezwungen, nur ephemere sind und zerreißen werden, wenn die Stunde der immanenten Gerechtigkeit schlägt.

Carnot sagt in seiner Erwiderung:

Die Parteien müßten jetzt vor dem Willen der Nation die Waffen strecken und sich vereint um die Fahne der Republik scharen. Darin liege der wahre Patriotismus, dadurch werde Frankreich glücklich im Innern, geachtet im Auslande, ruhig und friedlich sein, und der Welt werde Vertrauen zu der Republik eingeflößt.

21. September. In Paris findet die feierliche Enthüllung eines Denkmals für den General Kellermann zur Erinnerung an die Schlacht von Valmy statt.

22. September. Feier des Jahrhundertfestes der Revolution in Paris. Das Fest beginnt im Pantheon.

Ministerpräsident Loubet weist auf die Zustände hin, aus denen die Republik hervorgegangen sei. Diese allein könne Frankreich die notwendige Kraft verleihen, über seine Feinde zu triumphiren. Das Werk der Republik sei und bleibe ein Werk der Wiederaufrichtung und des Friedens, ein Werk, dessen Erfüllung durch das Schwinden der alten Parteien und durch die Beruhigung der Gemüter erleichtert werde, die Republik werde auch bestrebt sein, die soziale

Frage auf friedlichem Wege zu lösen. Der erste Vizepräsident des Senats, Challemel-Lacour, verherrlicht insbesondre den Tag des 22. September 1792 und betont die Notwendigkeit der Errichtung der Republik im Jahre 1892, indem er ausführt, die gegenwärtige sozialistische Bewegung lege heute der Regierung verdoppelte Wachsamkeit und ernste Verpflichtungen auf. Kammerpräsident Floquet feiert in begeisterten Worten die Revolution, der zu Ehren man mit Recht ein Fest der nationalen Unabhängigkeit begehe. Auf die gegenwärtige Republik übergehend sagt er, sie habe, dank der Eintracht der Parteien, die nationale Kraft wieder hergestellt und ihren Willen durchgesetzt, allen Achtung und einigen Sympathie einzuflößen. Die Republik müsse sich mit den sozialen Fragen beschäftigen, die Geschichte werde die Geschlechter ehren, die das Reich der Brüderlichkeit unter den Bürgern vorbereiten und durch einen endgiltigen Sieg des Rechts über die Gewalt die Hoffnung der Brüderlichkeit unter den andern Nationen eröffnen werden.

Hiernach finden zwei großartige Festzüge statt.

Jeder dieser Züge besteht aus sechs Wagen und zweitausend kostümirten Personen. An der Spitze des Zuges befindet sich eine Abteilung Reiter in den Uniformen des 18. Jahrhunderts. Ihnen folgt der „Wagen der Vorläufer der Revolution"; ein ungeheures Parallelogramm, in dessen Mittel zwei Fußgestelle aus geflügelten Genien angebracht sind. Die berühmten Männer der Revolution sind auf vier neben den Fußgestellen herlaufenden Balkonen gruppirt: Danton, Robespierre u. s. w. werden vorgestellt, und auf der Terrasse unter ihnen um den ganzen Wagen werden lebende Bilder aufgeführt: hier eine Szene aus dem „Barbier von Sevilla," dort ein Bild der „Jeux de l'amour et du hazard". Auch sieht man Lafayette, der Washington die Hand reicht, wie die auf einer Bahre lagernde Leiche des Ritters von Assas, vor der französische Soldaten das Gewehr präsentiren, und andre Bilder. Auf dem Wagen der „Vorläufer" allein befinden sich neunzig Personen, um ihn marschiren Musikanten in der Tracht von Grenadieren von 1789, Choristen in der Jacke des gewöhnlichen Bürgers oder im seidenen Frack des Edelmanns, Träger mit den Fahnen der Zünfte und der Handwerker. Zwölf am Zaum geführte Pferde ziehen den schweren Wagen. Mit der nämlichen Anzahl von Pferden ist der zweite Wagen bespannt: die Marseillaise. Auf der Spitze desselben steht die Republik mit einem Lorbeerkranz in der Hand. Zu ihren Füßen sind republikanische Bürger und Soldaten sowie das Volk in der Jakobinerstraße gruppirt. Hinter der „Marseillaise" machen Pfeifer Lärm, die Trommeln werden gerührt, und es erscheinen die Freiwilligen der Republik. Dann kommt die Armee von Valmy. Fußgänger, Kürassiere, Kanoniere mit nackten Füßen und zerlumpten Anzügen umgeben den Wagen. Der höchste Wagen des Zuges ist der „Chant du départ", ein Triumphbogen; er bedeckt zehn bis zwölf Quadratmeter und hat eine Höhe von acht Meter. Zwanzig Pferde ziehen ihn, und auf ihm befinden sich zweiundsiebzig Personen, die so gekleidet sind, wie das Volk und die Soldaten von 1794. Eine weitere Gruppe vertritt die Kunst und die Wissenschaften. Dann stellt ein Wagen den Triumph der Republik vor. Ihm folgen die Turn- und militärischen Vereine, dann die bürgerlichen Musikbanden. Nach einer Abteilung von Kürassieren erscheint der letzte Wagen, der der Eintracht, der Arbeit und des Friedens, auf dem sich Matrosen, Soldaten und Arbeiter brüderlich die Hand reichen. Abordnungen der Infanterie, der Kavallerie, Artillerie, der Republikanischen Garde und eine Militärkapelle schließen den Zug.

26. September. In Saint-Ouen bei Paris wird eine Bildsäule der Freiheit feierlich enthüllt.

8. Oktober. In Lille findet eine Feier der nach heldenmütigem Widerstande vor hundert Jahren stattgehabten Aufhebung der Belagerung in Gegenwart des Präsidenten der Republik statt.

III.

Kundgebungen für Rußland.

13.—21. August. Im Tuileriengarten zu Paris findet ein „russisch-französisches Fest" statt. Man sieht dort neben allerlei Buden, Tanz- und Schlittschuhlaufsälen u. s. w. besonders eine Nachbildung des Roten Markts in Moskau, des Jahrmarkts von Nischnei-Nowgorod, des Eremitagetheaters in Petersburg u. s. w.

22. August. Waddington, der Gesandte Frankreichs in London, erwähnt in seiner Rede bei Eröffnung des Generalrats ein Bündnis Frankreichs mit Rußland in einer Weise, die keinen Zweifel über dessen Bestehen scheint übrig lassen zu sollen.

6. September. In Toul werden die russischen Offiziere, die den großen Manövern beiwohnen wollen, von der Stadt und den Offizieren aufs zuvorkommendste empfangen.

15. September. Der Pariser „Gaulois" bringt Enthüllungen über ein französisch-russisches Bündnis, findet aber selbst in Frankreich keinen Glauben.

12. November. Der Pariser „Matin" bringt die ebenfalls unglaubwürdige Nachricht, es sei nunmehr in Petersburg jener Bündnisvertrag unterzeichnet.

IV.

Generalräte.

22. August. Die Wahlen für die Generalräte der Departements fallen ganz überwiegend in republikanischem Sinne aus; nur noch drei derselben behalten monarchisch gesinnte Vorstände. Hiernach scheint die Aufforderung des Papsts zum Anschluß an die Republik vollauf ihre Wirkung gehabt zu haben.

V.

Carnot.

16. September. Bei einem Festmahle, das die Stadt Poitiers dem Präsidenten der Republik giebt, erwidert dieser auf die Ansprache des Bürgermeisters:

Man könne die Wohlthaten der republikanischen Regierung nicht höher anschlagen, als er es gethan. Die Anerkennung dieser Wohlthaten bethätige sich in dem geschäftigen Eifer der Bevölkerung von Poitiers, an diesem Tage ihre Anhänglichkeit an die Republik zu bekunden. Diese Kundgebungen seien für die staatlichen Gewalten der wertvollste Lohn ihrer auf die Wiederaufrichtung des Vaterlandes gerichteten Bemühungen. Diese Huldigung gebühre aber dem Lande selbst. Das Land sei es, das die moralische Einheit, von der die Armee ein Beispiel gegeben habe, verwirklicht sehen wolle; das Land sei es, das die Erhaltung des Friedens fordere. Dank der Erhaltung des Friedens könnten die Bestrebungen aller sich den Reformen zuwenden, die die Arbeiterschaft erwarte, und die nur im Frieden zur Ausführung gelangen könnten. Dem gegenwärtigen Geschlechte falle die Aufgabe zu, das Werk der Väter zu krönen, indem es dem Lande eine neue Aera des Friedens und der Eintracht eröffne. „Sie hegen den Wunsch, daß es *demjenigen, der jetzt zu Ihnen spricht, vergönnt sei, jenes Werk noch lange Zeit weiterzuführen*. Ich bin von diesem Wunsche tief gerührt. Erlauben Sie mir, daß ich das rein Persönliche davon ausscheide, um den allgemeinen patriotischen Gedanken, von dem dieser Wunsch ausgeht, festzuhalten. Das Land will Eintracht, Freiheit, Frieden und die Achtung der Welt. Die Republik wird im stande sein, ihm diese Güter zu bewahren. Frankreich wird jederzeit die Ergebenheit finden, die bereit ist, sich seinem Willen unterzuordnen, wenn es von neuem sein Banner sollte schützen müssen. Alles Persönliche tritt zurück vor dem höhern Interesse des Vaterlandes und der Republik."

VI.

Monarchische Parteien.

13. August. Der *Marquis de Breteuil*, royalistischer Deputirter des Arrondissements Argelès (Departement Hautes-Pyrénées), richtet an seine Wähler ein Rundschreiben, in dem er erklärt, daß er sein Mandat niederlege, weil der *Papst*, vor dessen Ratschlägen er sich beuge, den Royalisten sein Vertrauen entzogen habe. Die neue Lage der Dinge verlange neue Männer; er halte jedoch an der Ueberzeugung fest, daß nur die Monarchie imstande sei, die sozialen Fragen zu lösen.

25. September. Auf einem Bankett der *Royalisten* in Montauban hält Graf d'Haussonville, Vertreter des Prätendenten *Grafen von Paris*, eine Rede, in der er mit Bezug auf die Haltung des Papstes gegenüber der Republik betont, die Royalisten seien dem Papste in allem, was den Glauben und die Sitten angehe, unterworfen, hegten jedoch die Ueberzeugung, der Papst habe ihnen unmöglich befehlen wollen, auf die Wiederherstellung einer Monarchie zu verzichten. Sie würden deshalb *mit Festigkeit in einem achtungsvollen und kindlichen Widerstande verharren*. Nachdem der Graf sodann die Unzerstörbarkeit der roya-

listischen Partei hervorgehoben und an die Ideen des Grafen von Paris bezüglich des monarchistischen Regiments erinnert hatte, erklärt er, die Royalisten könnten mit den zur Republik übergegangenen Katholiken im zeitweiligen Einvernehmen bei den nächsten Wahlen zusammengehen, wenn nicht ernstliche Programmänderungen von ihnen verlangt würden, denen sie niemals beizustimmen vermöchten. Inzwischen würden die Royalisten sich mit doppeltem Eifer der Propaganda widmen. Er protestire gegen die Behauptung, daß die Idee der Republik unwiderruflich in Frankrich begründet sei. — Auch der Fürst Valori, früherer Vertreter des Prätendenten Don Carlos, läßt sich bei einem Bankett in Chusclan über die republikanische Politik des Papsts also vernehmen:

Der Papst hat die Regierung der Seelen, nicht die bürgerliche Regierung. Das republikanische Frankreich kann ebenso wenig wie das monarchistische die Einmischung des heiligen Stuhls annehmen. Als Pius VII. Napoleon krönte, nahm dieser mit einer Geberde, die beredter als Bossuet, die Krone aus den Händen des Papstes und setzte sie sich aufs Haupt. Auf dem Stuhle des heiligen Petrus sitzend ist der Papst unfehlbar; auf dem Throne sitzend, an dessen Fuße ihn Bismarck „Sire“ nannte, ist er trotz bewundernswerter Tugenden nicht mehr als ein Politiker, der dem Irrtum unterworfen ist.

21. September. Prinz Victor Napoleon richtet an die Komitees der Anhänger des Plebiscits eine Ansprache, in der er den 22. September als Gedächtnistag für Napoleon und dessen Nachkommen in Anspruch nimmt, die, treu dem Prinzip der Konvention von 1792, ihre Macht stets dem Willen des Volks untergeordnet hätten.

30. September. Der Graf von Paris richtet an den Grafen d'Haussonville ein Schreiben, dem er zu seiner Rede in Montauban beglückwünscht und erklärt, daß das monarchische Prinzip allein imstande sei, unter Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Freiheit der Arbeit die sozialen Probleme unparteiisch zu prüfen und gerecht zu lösen. Alle in einem Jahrhundert begangenen Fehler seien darauf zurückzuführen, daß die Traditionen vergessen seien. Deren Erhaltung sei für die Macht und das Gedeihen einer großen europäischen Nation notwendig. Er schließe sich der denkwürdigen Feier zum Gedächtnis des Tages von Valmy an, der für seine Familie ein wertvoller Gedenktag sei.

9. Oktober. Baron de Mackau, Führer der Rechten in der Deputirtenkammer, erklärt in einer Rede zu Carrouges (Dep. Orne) seinen vorbehaltlosen Beitritt zur Republik.

VII.

Anarchisten.

11. Juli. In Montbrison wird der Anarchist Ravachol hingerichtet, der als Urheber der in Paris verübten Dynamitanschläge verurteilt war (I. S. 323).

15. August. Zu Carmaux im Tarn-Departement zerstören mehrere tausend feiernde Bergarbeiter das Haus des Bergwerksdirektors und erpressen durch Androhung des Todes die Unterzeichnung seines Entlassungsgesuchs. Der Anlaß zu diesen Vorgängen liegt in der Entlassung eines Arbeiters, der zugleich Bürgermeister und Vorstand des ganz sozialistischen Gemeinderats ist.

26. September. In Marseille findet ein Gewerkschafts-Kongreß von Abordnungen der sozialistischen Gemeinderäte des Landes statt. Der dortige Bürgermeister erklärt, die moderne Gesellschaft, Handel, Industrie und Kunst seien vollständig von der Energie und der Intelligenz sowie dem guten Willen der Handarbeiter abhängig. Marseille stehe vollständig zur Verfügung der übrigen sozialistischen Vertretungen; er hoffe, daß eine gemeinsame Verständigung der sozialistischen Gemeinderäte Frankreichs die Lösung der Arbeiterfrage beschleunige.

Anfang Oktober. Der Ministerpräsident Loubet läßt den Streikenden in Carmaux ankündigen, er werde ein gegen die Grubengesellschaft gerichtetes Gesetz in den Kammern einbringen.

Mitte Oktober. Die dortigen Streikenden werden dadurch erbittert, daß der Ministerpräsident, in Widerspruch mit jener Verheißung, den Präfekten veranlaßt, den Arbeitern die ihnen seit zwei Monaten erlaubten öffentlichen Kundgebungen zu verbieten.

17. Oktober. Infolgedessen kommt es in Carmaux zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen den feiernden Bergarbeitern und Militär.

26. Oktober. Ministerpräsident Loubet trifft zum Ausstand in Carmaux die Entscheidung, daß der dortige Bürgermeister als Arbeiter der Grubengesellschaft wieder angenommen, aber für die Dauer seiner Amtszeit als Bürgermeister beurlaubt wird; alle feiernden Arbeiter außer den Verurteilten sollen wieder angenommen, der Direktor wieder eingesetzt werden. Das Ausstandskomitee in Carmaux verwirft diesen Schiedsspruch, und eine große Bergarbeiterversammlung beschließt Fortsetzung des Streiks.

31. Oktober. Eine allgemeine Versammlung der Bergarbeiter beschließt in Carmaux den weiteren Ausstand aufzugeben,

nachdem die Abgeordneten Clemenceau, Millerand und Pelletan die Verpflichtung eingegangen waren, die Begnadigung der in Abwesenheit verurteilten Bergarbeiter zu erwirken und denen, die die Gesellschaft noch nicht wieder angenommen hat, die Wiederbeschäftigung zu sichern.

3. November. Präsident Carnot begnadigt zehn der in Abwesenheit verurteilten ausständigen Arbeiter von Carmaux.

8. November. Paris wird aufs neue durch das Platzen einer Dynamitbombe in der Rue des bons enfants erschreckt. Sie wurde vom Kassirer der Bergwerksgesellschaft von Carmaux in deren Geschäft gefunden. Vier hierzu gerufene Leute werden getötet.

9. November. Eine Versammlung der Bergarbeiter von Carmaux spricht sich mit Abscheu gegen diesen Vorgang aus.

12. November. Alle verdächtigen auswärtigen Anarchisten werden aus Paris ausgewiesen.

VIII.

Militärische Angelegenheiten.

1. Juli. Der Generalgouverneur von Paris erläßt an die Offiziere seines Kommandos folgenden Tagesbefehl:

Ein schmerzliches Ereignis hat vor einigen Tagen Trauer in die große militärische Familie gebracht: eines ihrer ausgezeichnetsten Mitglieder, Hauptmann Mayer, ist den Folgen eines Duells erlegen, dessen erste Ursache, wie es scheint, ein Artikel war, den ein Offizier unsers Heeres geschrieben haben soll. Wenn es wirklich einen Mann giebt, der selbst den Degen trägt, aber die Feder und den Degen eines andern entlehnt hat, um seine Kameraden mit Schimpf und Schande zu überschütten, so hofft der Gouverneur, derselbe gehöre nicht der Pariser Garnison an. Wie dem aber auch sei, so empfiehlt er den unter seinen Befehlen stehenden Offizieren Ruhe und kaltes Blut; denn sie mögen überzeugt sein, daß der öffentliche Unwille alle unsinnigen und verbrecherischen Versuche, das große Bündel der lebendigen Kräfte des Vaterlandes zu zerbrechen, zum Scheitern bringen wird. General Saussier.

7. Juli. Kriegsminister Freycinet ordnet umfassende Maßnahmen zum Zwecke schleuniger Fertigstellung der Verteidigungslinien der Alpengrenze an.

28. Juli. Der Marineminister ordnet die Beteiligung der Marine-Infanterie und -Artillerie an den Herbstmanövern der Landarmee an.

Anfang August. General Boisdeffre, Unterchef des Großen Generalstabes, nimmt an den russischen Manövern bei Krasnoje-Selo teil.

16. September. Bei einer großen Manöverparade des 9. und 11. Armeekorps bei Montmorillon werden die russischen Offiziere mit Hochrufen auf ihre Heimat empfangen. Beim Festmahl sagt der Kriegsminister Freycinet in einer Rede:

Meine Herren! Die von Ihnen ausgeführten Manöver haben ein ungewöhnliches Interesse; sie hoben nicht allein nochmals die soliden Eigenschaften unsrer aktiven Armee hervor, sondern sie waren auch der Schauplatz eines wichtigen Versuchs. Seit drei Jahren haben wir uns, wie Sie wissen, darauf verlegt, diejenigen unsrer Kriegsformationen zu entwickeln, die man unrichtig die der zweiten Linie nannte, die aber in Wirklichkeit bestimmt sind, von der ersten Stunde an beteiligt zu werden. Sie sind heute an Zahl denjenigen des Friedens gleich. Wie kann man sie nun am besten benutzen? Sollte man sie, wie wir dachten, in Brigaden und Divisionen zusammenfassen, die sie den Brigaden und Divisionen des stehenden Heeres assimilirten? Wie würden sich diese Truppen auf dem Kriegsschauplatz verhalten? Würden sie für ihre Bewegungen die gleiche Geschwindigkeit und den nämlichen Zusammenhang haben wie der stehenden Einheiten? Die Fragen hatten Sie zu lösen. Sie haben durch die Thatsachen geantwortet, Sie haben bewiesen, daß diese vorübergehenden, anscheinend so gebrechlichen Schöpfungen nach einigen Marschtagen sich zusammenkitten und die Festigkeit alter Truppen annahmen. Sie haben bewiesen, daß im Augenblick der Mobilmachung eine zweite Armee neben der ersten steht, die so unsre Verteidigungskräfte verdoppelt. Zu gleicher Zeit haben Sie die Rolle beurteilen können, die die Armeekorps zu drei Divisionen in unsrer Kriegsorganisation spielen können.

Mitte September. An den französischen Küsten finden Flottenmanöver statt, deren Zweck ist, festzustellen, ob die französischen Küstenstädte gegen Beschießung durch eine feindliche Flotte genügend sichergestellt seien.

IX.

Zweite Session der Kammern.

18. Oktober. Die Session wird wieder eröffnet. Die zweite Kammer erklärt sich für Aenderung der Bergwerksgesetze.

27. Oktober. Die zweite Kammer spricht den Wunsch aus, daß für die Arbeitgeber, die ausländische Arbeiter beschäftigen, besondre Erlaubnisscheine ausgestellt werden sollen.

29. Oktober. Millevoye richtet in der zweiten Kammer eine Anfrage an die Regierung wegen Erklärungen, die der deutsche Sozialist Liebknecht auf dem Sozialistenkongreß in Marseille abgegeben hatte. Er tadelt den deutschen Sozialisten auf das heftigste, daß er verhängnisvolle, dem nationalen Geiste widerstrebende Theorien in Frankreich verbreitet habe. Von jetzt ab solle allen deutschen Sozialisten der Zutritt nach Frankreich untersagt und

verboten sein, die elsaß-lothringische Frage in Frankreich zu erörtern. Ministerpräsident Loubet erwidert, die öffentliche Meinung habe bereits ihr Urteil über die auf dem Marseiller Kongreß gepredigten Theorien gesprochen. Die Anwesenheit Liebknechts habe gar keine Bedeutung gehabt, und die Bevölkerung habe ihm keineswegs den in der Presse mehrfach erwähnten begeisterten Empfang bereitet. „Niemals werden wir einem Fremden, er sei, welcher Nationalität er wolle, gestatten, Störung der Ordnung und Ungehorsam gegen die militärischen Gesetze zu predigen." (Liebknecht hatte in Marseille gesagt:

Laßt uns nur unsre demokratische und soziale Republik errichten, und die ganze elsaß-lothringische Frage ist aus der Welt geschafft. Ein Krieg wird nimmer eine Lösung bringen, denn nach dem Kriege giebt es nicht Sieger, sondern nur Besiegte. Nehmen Sie an, Elsaß-Lothringen würde Ihnen zurückgegeben, zehn Jahre später hätten Sie aufs neue eine Schlacht darob, und alles wäre wieder in Frage gestellt. Unsern, das heißt Bebels und meinen Protest vom Jahre 1870/71 gegen die Wegnahme von Elsaß-Lothringen sind meine sozialistischen Freunde im Reichstage jeden Augenblick bereit, wieder aufleben zu lassen. Ich wiederhole es: der Sieg des Sozialismus in Frankreich und in Deutschland allein würde diese Frage zum Schweigen bringen.)

5. November. Der Senat lehnt die Unterstellung des Kolonialheeres unter den Kriegsminister ab.

8. November. Die zweite Kammer drückt ihre Mißbilligung des neuesten Dynamitanschlags in Paris und das Vertrauen zur Wachsamkeit der Regierung aus.

16. November. Der Senat lehnt die Hauptbestimmung eines Gesetzentwurfs über Organisation des Kolonialheeres ab.

17. November. In der zweiten Kammer findet eine sehr erregte Verhandlung statt über den Gesetzentwurf zur Verschärfung der Bestimmungen über die Presse. Die Hauptbestimmung zielt darauf ab, die Präventivhaft gegen die Urheber von Aufreizungen durch Wort und Schrift und die sofortige Beschlagnahme ihrer Blätter oder Plakate zu gestatten.

Zur Verteidigung dieses Vorschlags bemerkt der Ministerpräsident Loubet:

In keinem Lande sei so viel für Arbeiter gethan worden, wie in Frankreich. „Schämt euch ihr Sozialdemokraten, Frankreich zu verleumden! Seid ihr Franzosen? Die Arbeiter folgen euch auch nicht, wie ihr glaubt; droht einmal Gefahr von außen, so stehen alle zur Fahne des Vaterlandes! Jetzt gilt es, noch etwas für die Arbeiter zu thun, sie vor Verführung zu bewahren, daher der vorliegende Gesetzentwurf. Die Obrigkeit ist bewaffnet gegenüber den anarchistischen Preß- und Redeverbrechern; sie kann sie verurteilen, aber nicht verhaften. Ein Beispiel: Ein Anarchist läuft jetzt frei herum und treibt sein Hetzgewerbe weiter, obgleich er dreimal vom Schwurgericht verurteilt und zweimal noch angeklagt ist. Das Preßgesetz verhindert die Verhaftung

bis zur Bestätigung des Urteils durch den Kassationshof. Eine anarchistische Zeitung hat in zwei Jahren neun verantwortliche Redakteure gehabt. Alle sind der Reihe nach wegen Aufreizung zu Raub, Mord und Brandstiftung zum Maximum verurteilt worden — keinen hat das Gericht gekriegt, die Zeitung besteht fort." Loubet weist den Vorwurf ab, daß er die Preßfreiheit beschränken wolle; er verteidige die Freiheit, indem er ihre Ausschreitungen bekämpfe.

19. November. Die Kammer genehmigt diesen Gesetzentwurf.

24. November. Der Kriegsminister Freycinet legt der Abgeordnetenkammer einen Gesetzentwurf betreffend die Feststellung der Kadres und der Effektivbestände des Heeres vor. Dieser Entwurf ist folgenden Inhalts:

Es sollen schon im Frieden neu aufgestellt werden 2 Jägerbataillone zu 6 Kompagnien; 13 Jägerbataillone sollen um je 2 Kompagnien vermehrt werden, sodaß dann sämtliche 32 Jägerbataillone je 6 Kompagnien stark sind. Es kommt dies einer sofortigen Verstärkung der Fußtruppen um 38 Kompagnien gleich ($9^1/_2$ Bataillone nach deutschem Etat). Für den Kriegsfall sollen die 6 Kompagnien der Jägerbataillone auf 8 Kompagnien erweitert und so die Zahl der Jägerbataillone verdoppelt werden, sie dann denselben Etat erhalten wie alle französischen und deutschen Linienbataillone, das heißt 4 Kompagnien. Demnach erhöht sich durch die Vorschläge des Kadresgesetzes auch die Kriegsstärke der Fußtruppen gegen jetzt um 17 Bataillone. Die Fußartillerie soll durch 2 neue Bataillone auf 18 gebracht werden. Die Feldartillerie wird vermehrt um 12 neue Gebirgsbatterien und das Genie um 1 Bataillon. Bei der Kavallerie soll die schon seit längerer Zeit geplante und genehmigte Neuaufstellung von 3 Regimentern stattfinden, sodaß die Reiterei dann 91 Regimenter zählt, also nur 2 Regimenter weniger als die Kavallerie Deutschlands. Außerdem finden neue „Gruppirungen" statt bei der Feldartillerie, dem Train des 19. Armeekorps und bei den Genietruppen überhaupt, die eine zweckmäßigere Organisation derselben bezwecken. Alle diese Vermehrungen und Neuordnungen kommen ausschließlich dem stehenden Heere zu; andrerseits ist der Schwerpunkt des Gesetzentwurfs in dem Bestreben zu suchen, der Reservearmee durch Schaffen neuer Kadres einen ungleich höhern Wert zu verleihen, als sie ihn gegenwärtig besitzt. Es ist beabsichtigt, für jedes der bestehenden 145 Infanterieregimenter (Régiments Subdivisionnaires zu 3 Bataillonen im Gegensatz zu den 18 Régiments Régionaux zu 4 Bataillonen) die Stelle eines Bataillonskommandeurs und die Stellen von 12 Hauptleuten neu zu schaffen. Es sind also hierfür erforderlich 145 Bataillonskommandeure und 1740 Hauptleute. Nun besteht jetzt schon bei jedem Infanterieregiment ein Cadre Complémentaire in der Stärke von 1 Stabsoffizier, 4 Hauptleuten, 4 Lieutenants und 36 Unteroffizieren, die als Kadres dienen für die im Kriegsfalle zu bildenden neuen Bataillone; diese Kadres erfahren durch das neue Gesetz eine Vermehrung auf 2 Stabsoffiziere und 12 Hauptleute. 1 Stabsoffizier und 4 Hauptleute sind bereits vorhanden, außerdem sollen die 3 Adjutantsmajors sowie der Capitaine-Trésorier und der Capitaine d'Habillements jedes Regiments zu den neuen Kadres übertreten, sodaß im ganzen 1 Stabsoffizier und 3 Hauptleute aufs Regiment dem jetzigen Etat hinzukommen. Es ergiebt das eine Vermehrung von 580 Offizieren (Stabsoffizieren und Hauptleuten) gegenüber dem jetzigen Friedensstande der betreffenden Chargen der Infanterieregimenter. Der Zweck dieser Maßregel besteht darin, für die sogenannten Régiments Mixtes, d. h. für diejenigen Reserveregimenter, die bei einer Mobilmachung sofort

aufgestellt und bei der Feldarmee Verwendung finden sollen, hinreichende Chargen schon im Frieden bereitzustellen. Diese Reserveregimenter werden künftig nur aus Reservisten und nicht aus Mannschaften der Territorialarmee (Landwehr) zusammengesetzt sein, zu welchem Behufe die Reservepflicht in Frankreich 13 Jahre (in Deutschland 7 Jahre) umfassen soll, und um von Haus aus für diese Regimenter erfahrene Offiziere zur Verfügung zu haben, ohne die Linienregimenter durch Abgabe von Offizieren zu schädigen, verlangt der Kriegsminister jene neuen Offizierstellen. Auf diese Weise erreicht man nach zwei Seiten hin große militärische Vorteile. Erstens wird das Gefüge des stehenden Heeres, bei dem die Chargen eine große Rolle spielen, nicht gelockert bei dem Uebergang von der Kriegs- zur Friedensformation, und zweitens gewinnen hierbei die Reserveformationen an festem Halt dadurch, daß sämtliche 12 Kompagnien der Reserveregimenter von aktiven Offizieren geführt werden. Auch zwei von den drei Bataillonen jedes Reserveregiments erhalten als Kommandeure aktive Stabsoffiziere, nur das dritte Bataillon wird von einem inaktiven Stabsoffizier befehligt. Das neue Kadresgesetz ahmt in dieser Beziehung insofern die Einrichtungen des russischen Heeres nach, als dort schon sehr viele und sehr starke Kadresformationen im Frieden bestehen, aus dem Reserveinfanterieregimenter gebildet werden, nur zählen diese russischen Bataillone auch einen höhern Mannschaftsstand im Frieden. Auch für die Kavallerie verlangt das neue Gesetz eine Vermehrung von Offizierstellen um 6 Obersten, 7 Majors und 53 Rittmeister.

24. Dezember. Die zweite Kammer lehnt den Handelsvertrag mit der Schweiz ab, sodaß nun ein Zollkrieg entsteht.

X.

Kirchliche Angelegenheiten.

1. Juli. Es wird ein Schreiben veröffentlicht, das der Papst am 22. Juni an den Bischof Fava von Grenoble gerichtet hat. Er lobt darin die Haltung, die der Kongreß der katholischen Jugend Frankreichs in Grenoble eingenommen hat, und fährt dann also fort:

Es giebt, Wir sagen es mit Bedauern, solche, die zwar laut behaupten, sie seien auch Katholiken, sich aber für berechtigt halten, der vom Oberhaupt der Kirche vorgeschriebenen Richtung sich zu widersetzen unter dem Vorwande, es handle sich um politisches Verhalten; nun gut, gegenüber diesen irrigen Vorwänden halten Wir unsre neulichen Vorschriften voll und ganz aufrecht, und Wir fügen hinzu: Niemals werden Wir versuchen, Politik zu treiben, aber, wenn die Politik mit den religiösen Interessen enge verknüpft ist, wie jetzt in Frankreich, so hat niemand mehr die Aufgabe, das Verhalten zu bestimmen, das die religiösen Interessen wirksam schützen kann und worin das höchste Ziel aller Dinge gesucht werden muß, als der römische Papst. Aus diesem Grundsatze, für das Wohl der Seelen zu sorgen, sind alle die Unterweisungen hervorgegangen, die Wir infolge Unsers Apostolischen Amtes jüngst bei mehreren Gelegenheiten haben geglaubt geben zu müssen. Und weit entfernt, einen neuen Grundsatz aufzustellen, haben Wir nun fortgefahren, unter Anwendung auf die gegenwärtige Lage die überlieferten Lehren zu

verkünden, die alle Unsre Vorfahren in verschiedenen kritischen Zeiten in ihrem Eifer für das Seelenheil predigten, um die verwirrten Geister zu erleuchten, oder um die vor einem verhängnisvollen Abirren zu bewahren, die ihr Eifer der Gefahr aussetzte, auf Irrwege zu geraten, sich in nichtigen Bestrebungen zu erschöpfen und ein Hindernis für das Gute zu werden.

2. Juli. Infolge dieses Schreibens richtet der Bischof von Grenoble einen Brief an den Kultusminister Ricard. Fava, der zu den Bischöfen gehört, die auf Grund ihrer Wahlkatechismen vor den Staatsrat beschieden sind, schreibt nun dem Minister, daß er diesen Katechismus zurückziehe, „um dem Willen oder Wunsche des Papstes entgegenzukommen.“ Er werde diese Gelegenheit benutzen, um dem heiligen Stuhle den Entwurf eines neuen Katechismus für seine Diözese zu unterbreiten. Sein lebhaftester Wunsch sei jedoch, daß der Papst selber der ganzen Welt einen Universalkatechismus anbiete. Dies Verfahren hätte u. a. den Vorteil, der Uneinigkeit zwischen den französischen Bischöfen und dem Kultusminister ein Ende zu machen. Infolge dieses Briefs wird die Verfolgung des Bischofs Fava vor dem Staatsrat eingestellt.

XI.

Panama-Angelegenheit.

Vorbericht. Der erste Versuch des Herrn Ferdinand von Lesseps im Jahre 1879, die Geldmittel für seinen Plan der Durchstechung der Landenge von Panama zu beschaffen, scheiterte namentlich infolge der Haltung der Engländer, deren Presse nachdrücklich darauf hinwies, daß ein solches Unternehmen nicht durch eine Privatgesellschaft ausgeführt werden könne, und daß der Staat es in die Hand nehmen müsse. Im Plan Lesseps war angenommen, daß der Kanal für $1^1/_2$ Milliarden in zehn Jahren gebaut werden könne. Der zweite Versuch Lesseps' in den Jahren 1880 und 1881 gelang; er gründete, vornehmlich mit französischem Gelde, die Panamagesellschaft mit einem Kapital von 600 Millionen Franken. Es wurden im Lauf der Jahre verschiedene Emissionen gemacht und dabei wurde über die 600 Millionen hinausgegangen. 1886 stellte es sich heraus, daß bereits 715 Millionen aufgenommen waren und der Kredit der Gesellschaft sich erschöpft hatte. Für neue Anleihen mußte die Gesellschaft bedeutend höhere Zinsen (bis $9^1/_2$ Prozent) bezahlen und Ende 1888 sah sie sich genötigt, die Zinszahlung an die Aktionäre und Obligationenbesitzer einzustellen. Die Gesellschaft erwirkte vom Parlament die Erlaubnis, eine neue Anleihe von 720 Millionen in der Form von Losobligationen aufzunehmen, von denen aber nur 305 Millionen gezeichnet wurden, so daß über 1400 Millionen in das Unternehmen gesteckt worden waren. Nicht mindere Schwierigkeiten als auf dem finanziellen erwuchsen auf dem technischen Gebiete. Als es an die Ausführuug ging, ergab es sich, daß die Schwierigkeiten viel größer waren, als der Lesseps'sche Plan vorausgesehen hatte. Dieser hatte z. B. für den Durchstich des Culebragebirges die auszuhebenden Fels- und Erdmassen auf 75 Millionen Kubikmeter geschätzt und

als Kosten, abgesehen von den Ausgaben für Zinsen, Bauleitung und Bankiersverdienst, 843 Millionen berechnet. In Wirklichkeit aber sind viel größere Massen auszuheben, wenn Abstürze der Wände verhütet werden sollen; die Kosten des Unternehmens würden dadurch auf nahezu 4 Milliarden gesteigert werden. Infolge dieser Schwierigkeiten entschloß man sich 1887 zu einer Aenderung des ganzen Planes: man wollte jetzt bloß einen Schleußenkanal anlegen, statt des von Meer zu Meer gehenden Niveaukanals. Inzwischen erschienen jedes Jahr glänzende Berichte über den Fortgang des Unternehmens. Um so unangenehmer war die Ueberraschung der Aktionäre, als sie im März 1890 erfuhren, daß aus Mangel an Mitteln die Arbeiten eingestellt werden mußten, nachdem für die 1400 Millionen kaum die ebenen Strecken des Kanals ausgeführt waren. Eine ungeheure Entrüstung ging bei dieser Kunde durch ganz Frankreich, und die Regierung sah sich genötigt, eine Untersuchung einzuleiten. Das Tribunal der Seine stellte einen amtlichen Liquidator an, welcher den Stand der Vermögenslage der Gesellschaft untersuchte und darüber einen offiziellen Bericht erstattete. Aus diesem Bericht geht hervor, daß bis zum 8. März 1890, dem Tage der Ernennung des Liquidators, die Einnahmen der Gesellschaft rund 1330 Millionen und die Ausgaben 1314 Millionen betrugen, sodaß ein Restbetrag von 16 Millionen blieb, mit dem die Arbeiten nicht fortgesetzt werden konnten. Unter den Ausgaben finden sich allein 530 Millionen für Verwaltung, Studien, Versammlungen, Reisen u. dgl. sowie wohl auch viele Millionen, die für die günstigen Berichte in der französischen Presse gezahlt worden sind. In Panama selbst sind 892 Millionen ausgegeben worden, aber auch hierfür wurde verhältnismäßig wenig geleistet. Die Veröffentlichung dieser Daten vermehrte noch die Entrüstung der Aktionäre, die sich in einer von 100000 Interessenten unterzeichneten Petition an die Kammer wandten. Alle Versuche, weitere Mittel zu beschaffen, scheiterten.

10. Oktober. Ein Bericht von Sachverständigen fordert die gerichtliche Verfolgung des greisen Ferdinand von Lesseps.

8. November. Das Gericht beschließt, von einer Verfolgung dieser Sache ganz abzusehen.

9. November. Hielard, Unternehmer der Fortführung der Panamakanalarbeiten, teilt den Leitern der Pariser Blätter seinen Plan wegen Wiederaufnahme der eingestellten Kanalarbeiten mit.

10. November. Die Regierung fordert die Gründer der Panamakanalgesellschaft auf, Geldmittel zur Erneuerung des Unternehmens beizusteuern.

12. November. Die zweite Kammer verlangt mit 519 gegen 1 Stimme Aufhebung des bevorrechteten Gerichtsstandes der Inhaber des Ehrenlegionsordens, zu denen Lesseps gehört.

14. November. Justizminister Ricard hat eine Unterredung mit dem obersten Staatsanwalt Quesnay de Beaurepaire, der ihm versichert, daß bei einer Verfolgung der Panamaunternehmer nichts herauskommen könne, da alle älteren Vergehen durch Verjährung gedeckt seien, und nur die letzte mißglückte 720 Millionen-Losanleihe übrig bleibe, für welche die Presse den ungebührlichen Betrag von 42 Millionen Francs erhalten habe; doch sehe er auch

für diesen Punkt Freisprechung voraus. Trotz dieser Darlegung besteht Ricard auf der strafrechtlichen Verfolgung, und Quesnay erklärt sich bereit, vorzugehen.

15. November. Im Ministerrate überrascht Ricard seine Kollegen durch die Eröffnung, er habe die Verfolgung der Panamakanalgesellschaft angeordnet. Die Einwendungen der Minister Freycinet, Rouvier und Ribot schneidet der Ministerpräsident Loubet mit dem Bemerken ab, der Justizminister habe eine vollendete Thatsache mitgeteilt, er habe innerhalb seiner eignen Befugnisse und Fachpflichten gehandelt, er habe auch allein die Verantwortlichkeit für sein Vorgehen zu tragen, und der Ministerrat könne das Geschehene nur zur Kenntnis nehmen.

19. November. Alle Pariser Blätter fordern den Präsidenten der Deputirtenkammer, Floquet, auf, sich sofort gegen die öffentlich wider ihn erhobene Behauptung zu verteidigen, daß er im Dezember 1888 als Ministerpräsident der Panamagesellschaft zwangsweise 300 000 Frcs. zur Wahlagitation gegen Boulanger abgenommen habe.

20. November. Die „Libre Parole" beschuldigt den Kriegsminister Freycinet, an die Kasse der Panamagesellschaft geklopft zu haben wegen 200 000 Frcs. für den „Telegraphe." — Tod des Barons de Reinach.

22. November. Sitzung der Deputirtenkammer.

Montant beantragt, daß die Klagen von Panamapapierbesitzern, welche von den Leitern und Unternehmern der Gesellschaft ihr Geld zurückfordern wollen, unter dem Armenrecht, also kostenfrei geführt werden. Der Antrag wird einem Ausschusse zugewiesen. Argélies: In der Panamasache ist alles Unklarheit und Finsternis. Ich staune, daß die Regierung nichts sagt, da man den kleinen Sparern zur angeblichen Rettung des Unternehmens neue Millionen abverlangt. Sie sollte entweder vor Einzahlungen warnen oder die neuen Unternehmer für vertrauenswürdig erklären. Wir haben durch unsre Bewilligung einer Losanleihe eine sittliche Verantwortlichkeit übernommen. Finanzminister Rouvier: Wir haben ausdrücklich gefordert, daß in den Anzeigen jener Anleihe das Gegenteil erklärt werde. Argélies: Das war eine Förmlichkeit; die Bewilligung bleibt. Unser finanzielles und politisches Ansehen dem Auslande gegenüber erfordert, daß wir in der Panamasache heute nicht gleichgiltig bleiben. Die Regierung muß sagen, ob das Unternehmen verloren oder noch zu retten ist. Delahaye: Ich lade Sie zu einem Werke der öffentlichen Reinlichkeit ein, indem ich Sie auffordere, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, der die Thatsachen prüfen soll, die ich Ihnen gleich mitteilen will, auch wenn Ihre oder meine Ehre darunter leiden sollten. Darlan: Kümmern Sie sich nur um Ihre Ehre! Delahaye: Ich will keine Namen nennen! Boissy Danglas: Im Gegenteil, nennen Sie Namen. Delahaye: Ich will kein Angeber sein; in der Wilsonsache handelte es sich bloß um ein einzelnes Anzeichen der Fäulnis, welche die regierende Klasse zerfrißt, in der Panamasache dagegen um diese Fäulnis selbst, um die Beuteverteilung am hellichten Tage! Boissy Danglas: An der Spitze des Panamakanals stehen Boulangisten. Déroulède: Lassen Sie Boulanger endlich zufrieden. Sie haben schlimmere Leichen

als wir. Delahaye: Die Losanleihe konnte nur mit Hilfe eines Finanzmannes durchgedrückt werden, der alle käuflichen Parlamentariergewissen kannte. Arton und sein Checkbuch könnten lange Geschichten erzählen. An 150 Parlamentarier wurden drei Millionen verteilt! (Allseitiges Toben und Gebrüll: Namen sagen Sie! Die Namen! Wir wollen Namen!) Delahaye: Beschließen Sie die Untersuchung. Nicht die Parlamentarier wollten mehr haben; bei den Wahlen im Norddepartement, nicht in Paris wurde von Panama Geld verlangt. Vorsitzender Floquet: Ich war damals Minister des Innern (Geschrei rechts: Herunter vom Vorsitz auf die Rednerbühne! Die Untersuchung!) Floquet: Ich bin bereit, vor jedem Ausschuß oder Gericht Rede zu stehen. Delahaye: Ich weiß nicht, wem die 300000 Fr. für die Nordwahlen ausgehändigt wurden, aber ausgezahlt hat Panama sic. Ein andrer Minister, der jetzt tot ist, hat 400000 Fr. bekommen. Eine Zeitung, die keine 20 Fr. wert war, erhielt wegen des Einflusses ihrer Hintermänner 200000 Fr. Ein andermal erhob ein Amtsdiener, den ich nennen könnte, eine Anweisung. (Rufe: Nennen!) Delahaye: Bei der Untersuchung. Der Kammerausschuß für die Losanleihe war geteilt, fünf für, fünf gegen die Bewilligung. Der elfte gab den Ausschlag; dieser elfte begab sich zu Panama und verlangte 200000 Fr.! Sie wurden ihm abgeschlagen; er bildete ein Syndikat für Leerverkäufe. Die Panamapapiere fielen einige Tage lang heftig; nun bekam er seine 200000 Fr. Er spekulirte aufs Steigen; die Anleihe wurde bewilligt, die Papiere stiegen gewaltig, die Haussespekulation hatte er aber allein gemacht, und seine Freunde vom Syndikat, die aus den Leerverkäufen sitzen geblieben waren, wurden zu Grunde gerichtet. (Neues Geschrei: Namen! Namen!!) Delahaye: Hier sitzen hundert Abgeordnete, die den Namen des Helden meiner Geschichte kennen, denn meine Zuhörer zerfallen in solche, die eingesackt, und in solche, die nichts bekommen haben. Floquet: Sie können nicht derartige Beschuldigungen der Kammer ins Gesicht schleudern! Delahaye: Untersuchung! Floquet: Nennen Sie Namen! Eine bestimmte Anklage ist weniger feige, als eine namenlose Sammelanklage. Delahaye: Ich staune, daß der Vorsitzende mir Grobheiten sagt, statt mit mir die Untersuchung zu verlangen, und ich unterstütze sie aus allen Kräften. Ministerpräsident Loubet: Die Regierung widersetzt sich natürlich nicht, wenn Licht verlangt wird. Es liegt jedem am Herzen, daß vollste Klarheit geschafft werde. Ich empfehle die Untersuchung, denn ich habe nichts zu verbergen. (Rufe rechts: Sie nicht, aber andre.) Vorsitzender Floquet: Anträge auf Einleitung einer Untersuchung liegen vor, nämlich von Gerville Reache, Barthou, Leprovost Delaunay und Delahaye. Riotteau: Delahaye soll die Beschuldigten nennen, damit sie nicht Mitglieder des Untersuchungsausschusses werden. Leprovost Delaunay: Es handelt sich nicht um Abgeordnete allein, die Regierung schickt den Staatsingenieur Rousseau nach Panama. Seinen Bericht, der geheim gehalten wurde, veröffentlichte nur der „Temps." Er war günstig. Der Herausgeber des „Temps," Senator Hebrard, war aber mit dem Panamaunternehmer Eiffel gefallt. Rondeleuy: Ich war Berichterstatter des Ausschusses für die Losanleihe, mein Bericht war ungünstig. Als ich ihn vortrug, war die Mehrheit umgewandelt. Ein andrer Berichterstatter wurde gewählt und dieser empfahl die Bewilligung. (Anhaltender Lärm.) Leprovost Delaunay: Der Crédit Lyonnais und die Société Générale liehen der Panamagesellschaft sechzig Millionen auf zwei Monate gegen 85 Prozent Zinsen. Ich bedaure, daß der alte Lesseps angeklagt wird; er ist nicht der Schuldigste, die Presse hat am schwersten gesündigt; alle Finanzberichte der Blätter waren angekauft, das französische Volk konnte also die Wahrheit nicht erfahren. Die Zeitungseigentümer können nicht verfolgt

werden, aber man kann sie entlarven und sittlich brandmarken, sodaß sie künftig nicht mehr das Volk irreführen können. Boissy Danglas: Von Delahaye, der siebenmal wegen Verleumdung vorbestraft ist, kann ich mir nichts anders versprechen. Er hat aber Unrecht, uns mit Beschimpfung zu bekämpfen; er läuft Gefahr, selbst im Kote zu ersticken. Die Rechte wird auch ihre Kotspritzer ins Gesicht bekommen. Baïhaut erklärt, er sei Bautenminister gewesen, als Rousseau seinen amtlichen Bericht erstattete. Von ihm habe der „Temps" ihn nicht erhalten. Germain, Leiter des Crédit Lyonnais, leugnet die 85-Prozentgeschichte, er habe nur fünf Prozent genommen, das übrige sei Kommission für den Verkauf von 278000 Panamaschuldscheinen gewesen. Leprovost Delaunay: Ich habe die Zahlen, die ich angebe, im Kopirbuch der Panamagesellschaft selbst gelesen. Helydoissel, Vorsitzender des Crédit Industriel, verspricht vor dem Untersuchungsausschusse alles zu erklären.

22. November. Die Deputirtenkammer wählt einen aus 33 Abgeordneten bestehenden Ausschuß zur Untersuchung der Panama-Angelegenheit. Diese wählt Brisson zum Vorsitzenden.

23. November. Das Pariser Blatt „Libre Parole" behauptet, der Kriegsminister Freycinet habe aus den Panamageldern zweimal je 200000 Fr. erhalten, sein Blatt „Telegraphe" 100000 Fr., und fordert Freycinet auf, es vor dem Schwurgerichte zu belangen. Ferner behauptet es, das Blatt des radikalen Abgeordneten Clemenceau, die „Justice," sei von der Panamagesellschaft förmlich ausgehalten.

25. November. Die parlamentarische Untersuchungskommission vernimmt den Ministerpräsidenten Loubet, den Abgeordneten Delahaye und den Redakteur der „Libre Parole." Vor dem Appellhof in Paris beginnt die Untersuchung in der Panamasache, wird aber, da die Angeklagten nicht erschienen sind, bis zum 10. Januar 1893 vertagt.

26. November. Die Deputirtenkammer lehnt mit 262 gegen 225 Stimmen die Dringlichkeit des Antrags des Abgeordneten Pourquey de Boisserin ab, der parlamentarischen Untersuchungskommission die Befugnisse eines Untersuchungsrichters einzuräumen.

29. November. Die Deputirtenkammer drückt auf Brissons Antrag ihr Bedauern darüber aus, daß der Justizminister Ricard die Oeffnung der Leiche Reinachs und die Beschlagnahme von dessen Papieren nicht angeordnet habe. Darauf springt Ministerpräsident Loubet auf und ruft erregt: Ich kann diese Abstimmung nicht wortlos hinnehmen. Brisson sagte dem Justizminister: Ich will nicht untersuchen, ob Sie im Gesetze oder außerhalb des Gesetzes stehen. Brisson: Ich verwahre mich gegen diese Auslegung meiner Worte! Ich habe gesagt, daß ich einem Minister nie den Rat geben würde, das Gesetz zu mißachten, aber ich habe die Gesetze bezeichnet, die ihm zu handeln gestatten, und ich bitte Sie nochmals, diese Gesetze

anzuwenden. Loubet: Wenn Brisson mich hätte ausreden lassen, würde er sofort gehört haben, daß ich sagen wollte: Er mag gemeint haben, was er will, im Lande wird man die Worte so deuten, wie ich es gethan habe. (Großer Lärm.) Loubet (wütend): Ja, meine Herren, wenn Sie sich einbilden, daß man so regieren kann, nun dann regieren Sie mal selber, ich habe Ihnen nichts mehr zu sagen. Leygues und Maujan suchen nun das Ministerium durch wohlwollende Tagesordnungen zu retten, Brisson selbst fügt das Wörtchen vertrauensvoll in seine Tagesordnung ein, Loubet will nichts hören. Jeder, ruft er, hat seine eigne Art, seine Würde und Verantwortlichkeit zu wahren, wir haben Ihnen erklärt, was uns Gesetz zu sein scheint, und weshalb wir Ihren Wunsch nicht erfüllen können. Sie mögen uns noch so viel Vertrauen ausdrücken, unsre Meinung ändern wir doch nicht. — Die Kammer nimmt hierauf eine Tagesordnung an, infolge deren das Ministerium Loubet zurücktritt. Es war seit dem 18. Februar im Amte.

2. Dezember. Brisson scheitert an dem Auftrage, ein neues Ministerium zu bilden.

6. Dezember. Ernennung des Ministeriums Ribot. Es besteht aus den Mitgliedern des bisherigen Ministeriums, mit Ausnahme des Justizministers Ricard und des Handelsministers Roche. Loubet bleibt Minister des Innern, Ribot übernimmt außer dem Präsidium das Aeußere. Zum Kultusminister wird der Universitätsprofessor Dupuy, zum Handelsminister Siegfried ernannt, ein Elsasser, der ein großes Handlungshaus in Havre mit einem Comtoir in Bombay besitzt.

8. Dezember. Ministerpräsident Ribot verliest in der Deputirtenkammer eine Erklärung.

Diese beginnt mit einer Uebersicht über die Lage von allgemeinen Standpunkten aus und betont, daß das neue Kabinett nach innen wie nach außen die Politik befolgen werde, welche die Zustimmung der Kammer gefunden habe. Es wird ferner betont, daß die Regierung den aufrichtigen Willen hege, das Parlament und die Gerichte zu unterstützen und Licht in die Panamaangelegenheit zu verbreiten. Ebenso sei es ihr nicht minder eifriger Wunsch, den Grundsätzen der Trennung der öffentlichen Gewalten, denen alle zugethan seien, treu zu bleiben. Die Fehler und Vergehen einzelner Persönlichkeiten dürften indessen nicht das öffentliche Leben zum Stillstand bringen. Die Erklärung weist sodann auf die Leistungen der Republik hin und namentlich auf das von der Kammer zu Ende geführte Werk. Diese müsse stolz auf dieses Werk sein nnd möge es weiter verfolgen. Es sei gefährlich, sein Ohr allzu leicht Angebereien zu leihen, welche bezweckten, der öffentlichen Meinung Schlingen zu legen, die man vermeiden müsse. Es sei notwendig, daß die Kammer die provisorischen Zwölftel bewillige und sich mit Prüfung der Reform der Getränkesteuer beschäftige, sowie mit dem französisch-schweizerischen Abkommen. Zum Schlusse betont die Erklärung die Absicht der Regierung, das Parlament zu unterstützen, um in vollem Ein-

vernehmen mit diesem ihre Aufgabe zu einem guten Ende zu führen zum Heile der Republik und Frankreichs.

Die Kammer antwortet mit einer Vertrauenserklärung.

12. Dezember. Lacombe richtet in der Deputirtenkammer an die Regierung eine Anfrage wegen deren Haltung gegenüber der von der Kammer eingesetzten Panama-Untersuchungskommission. Justizminister Bourgeois erklärt, er habe der Kommission die gesamten auf die Panamaangelegenheiten bezüglichen Akten mitteilen müssen, um eine volle Aufklärung der Angelegenheit zu sichern und den Glauben nicht aufkommen zu lassen, daß gewisse Aktenstücke beiseite geschafft worden seien. Er verbürge die Wahrung der Interessen der Verteidigung, da die Geheimhaltung dessen, woran die Angeschuldigten eine Interesse hätten, gewahrt bleiben würde. Die Regierung werde die Kommission in dem Bestreben unterstützen, volle Aufklärung zu schaffen, ohne jemals die Schranken des Gesetzes zu überschreiten. Ministerpräsident Ribot hebt hervor, noch vor wenigen Tagen hätte die Einleitung der Untersuchung überflüssig erscheinen können; angesichts der Entfesselung der Verleumdungssucht sei jedoch die Untersuchung für die öffentlichen Gewalten zur Pflicht geworden. Bourgeois habe die Akten im Einvernehmen aller Mitglieder der Regierung der Kommission mitgeteilt; die Republik sei stark genug, volle Aufklärung zu schaffen; allein das Parlament müsse die Regierung in dem Bestreben unterstützen, dem Lande verständlich zu machen, daß die Republik sich nicht in Gefahr befinde.

13. Dezember. Trouillot richtet in der Deputirtenkammer an die Regierung eine Anfrage bezüglich eines Rücktritts des Finanzministers Rouvier. Ministerpräsident Ribot erwidert, Rouvier habe die Freiheit haben wollen, auf die verleumderischen Auslassungen einiger Blätter antworten zu können, seine Entlassung sei jedoch noch nicht angenommen. Dann weist Ribot auf die Verdienste hin, welche sich Rouvier um die Republik erworben habe. Rouvier: Er habe allerdings zu Reinach Beziehungen unterhalten, wie jeder Finanzminister mit Finanzmännern in Verbindung stehe. Reinach habe ihn ersucht, Schritte zu thun, um durch Vermittlung von Persönlichkeiten, welche dazu imstande wären, die Einstellung der gegen ihn, Reinach, gerichteten Angriffe der Presse zu bewirken. Er sei dieser Bitte nachgekommen, wie jeder andre es gethan hätte. Er habe nicht gewußt, daß Reinach sich unter den Personen befinde, gegen welche wegen der Panamakanalangelegenheit ein gerichtliches Verfahren eingeleitet sei. Er habe aus Humanität so gehandelt und sich nichts vorzuwerfen. Eine gewisse Presse arbeite daran, alle republikanischen Politiker, die eine höhere Staatsstellung bekleiden, in Verruf zu bringen. Er nehme seinen Deputirtenplatz mit er-

hohenem Haupt und ruhigem Gewissen wieder ein und werde auf alle Angriffe antworten. Trouillot erwidert: Rouvier habe wissen müssen, daß Reinach angeklagt war, erinnert an den Prozeß des Ministers Teste vom Jahre 1847 und meint, Rouvier sei verdächtiger, als jener es gewesen sei. Der Staatsgerichtshof müsse berufen und Rouvier vor denselben zitirt werden. Rouvier entgegnet, er sei bereit, sich in dieser Weise zu verantworten.

Zu Rouviers Nachfolger als Finanzminister wird der Senator Tirard ernannt, der schon neunmal vorher Minister gewesen war, insbesondre 1879—81 für Ackerbau und Handel, dann für Finanzen, zuletzt als Premier.

15. Dezember. Die Deputirtenkammer berät einen Antrag Pourqueys, betreffend die Befugnisse der parlamentarischen Untersuchungskommission.

Justizminister Bourgeois betont, die republikanische Partei müsse sich bewußt sein, daß sie gegenwärtig über eine Frage von der größten Tragweite, über die Frage der Zukunft der Republik selbst ihr Votum abgebe. Der eingeleitete Kampf richte sich nicht gegen bestimmte Republikaner, sondern gegen die Republik selbst. Die Pflichten der Anhänger der Republik ließen sich in die Worte zusammenfassen: kaltes Blut und festes Zusammenhalten. Er sei von jetzt ab entschlossen, über alle Fragen, welche dies berechtigt erscheinen lassen sollten, eine weitere amtliche Untersuchung einzuleiten. Ministerpräsident Ribot erklärt, die Regierung wolle wissen, ob sie das Vertrauen der Kammer besitze. Er werde nicht zulassen, daß die Autorität der Republik in seinen Händen geschwächt werde. Hinter der zur Schau getragenen tugendhaften Entrüstung verberge sich ein ganzer Aktionsplan, welcher beweise, daß gewisse Verwegene sich wieder zu rühren begännen. Das Ziel der Angriffe seien in Wirklichkeit die republikanischen Institutionen. Die Regierung beschwöre die Kammer, ihre Ruhe wiederzugewinnen und sich um die Regierung zu scharen, welche durch ihre Führung der Republik die Männer rechtfertigen werde, die sie seit zwanzig Jahren geleitet hätten. Leprovost Delaunay ersucht den Kriegsminister um Aufklärung über die auf Empfehlung politischer Persönlichkeiten erfolgte Ernennung von Cornelius Herz zum Großoffizier der Ehrenlegion. Freycinet erwidert, er habe Herz nicht auf Empfehlung von politischen Persönlichkeiten die Auszeichnung verliehen, sondern auf Empfehlung von Gelehrten, welche Herz wegen seiner Versuche auf dem Gebiete der Uebertragung der elektrischen Kraft vorgeschlagen hätten. Zahlreiche andre Persönlichkeiten seien wegen ihres Interesses für die Wissenschaft in gleicher Weise ausgezeichnet worden.

Die Kammer lehnt hierauf mit bloß 6 Stimmen Mehrheit, mit 271 gegen 265 Stimmen, ab, in die Beratung der einzelnen Artikel des Antrags einzutreten.

16. Dezember. Eröffnung der gerichtlichen Untersuchung gegen die Beamten der Panamagesellschaft wegen Bestechung von öffentlichen Beamten. Charles Lesseps, Fontane und Sansleroy werden verhaftet.

17. Dezember. Gleichwohl beschließt die parlamentarische Panamakommission, weiter zu tagen.

20. Dezember. In der Deputirtenkammer verliest Millerand einen Bericht, der mit dem Antrag auf Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung einiger bestimmten Senatoren und Abgeordneten schließt.

Rouvier erklärt, er glaube unter den obwaltenden Umständen ein Geheimnis preisgeben zu müssen, welches jeder Minister unter gewöhnlichen Umständen bewahren würde. Als er sein Portefeuille übernommen, habe er keinen genügenden geheimen Fonds zur Verteidigung der Republik vorgefunden, er habe daher seine Zuflucht zu seinen persönlichen Freunden nehmen müssen, denn um zu regieren, müsse man Geld haben. Das, was er gethan habe, hätten alle Politiker gethan. Er habe dies nur der Untersuchungskommission sagen wollen, allein man habe ihn genötigt, es der Kammer bekannt zu geben. Er könne vor jede beliebige Gerichtsbehörde hintreten, er habe nichts zu fürchten, denn er habe niemals einen persönlichen Nutzen, weder direkt noch indirekt, von der Gesellschaft gehabt, deren Interessen er nie verteidigt habe. Der Bericht Millerands wird darauf gutgeheißen. Déroulède wünscht die Regierung zu befragen über die Maßregeln, welche seitens des Ehrenrates der Ehrenlegion gegen Herz zu treffen seien. Herz sei die Hauptpersönlichkeit im Staate gewesen und habe die Fäden der Regierung in seiner Hand gehalten. Déroulède geht sodann zu Angriffen auf Clemenceau über, dessen Beziehungen zu Herz wohl bekannt seien. Herz habe den Boulangisten Geld angeboten. Diese hätten ihn jedoch abgewiesen. Weshalb habe Herz dem Journal „Justice" 200000 Francs überwiesen? Clemenceau erwidert: der Angriff sei leicht. Er habe keine geschriebenen Beweise für seine Unschuld. Allein sein ganzes Leben als Journalist habe ihm die Achtung seiner Freunde verschafft. Er werde nicht auf die Beleidigungen Déroulèdes, welche einer schamlosen Verleumdung gleichkämen, antworten, aber er werde ihn persönlich dafür zur Rechenschaft ziehen. Clemenceau rechtfertigt Herz, welcher Frankreich als Soldat und als Arzt gedient habe. Boulanger habe keinen ergebeneren Freund gehabt als Herz. Die Boulangisten hätten Zwietracht ins Land geschleudert, indem sie die Deputirten verleumdeten. Clemenceau giebt sodann zu, daß das Journal „Justice" von einer Anzahl Kapitalisten kommanditirt sei, aber die Angelegenheiten von Herz habe er niemals verteidigt. Die schwerste Beleidigung sei der Vorwurf, daß er das Vaterland verraten, indem er fremden Einfluß auf dasselbe herbeigeführt habe. Déroulède habe gelogen. Millevoye verteidigt das Andenken Boulangers und greift Clemenceau aufs heftigste an. Er beschuldigt ihn, mehrere Millionen erhalten und die Preisgebung Aegyptens angeraten zu haben. Herz sei dabei der ausländische Mitschuldige Clemenceaus gewesen. Justizminister Bourgeois sagt, er werde Herz vor das Ehrengericht der Ehrenlegion stellen lassen.

Der Senat beschließt, die Unverfolgbarkeit für die Mitglieder Béral, Devès, Grevy, Leon Renault und Thévenet aufzuheben.

21. Dezember. Das Pariser Blatt „Figaro" meldet: „Heute finden Haussuchungen bei den angeklagten Deputirten und Senatoren statt. Eine neue Serie von Checs wurde aufgefunden, zahlreiche Abgeordnete und Senatoren sind durch dieselben kompromittirt. Die Talons der Thierréschen Checs ließ Constans s. Z. photographiren. Die Abzüge waren in Constans, Andrieux und Cottus Besitz. Der Photograph verriet die Sache und lieferte die Platte

ab, worauf Thierrée eingestand, die Talons bei einem Notar hinterlegt zu haben."

22. Dezember. Die parlamentarische Panamakommission vernimmt den Präsidenten der Deputirtenkammer, Floquet. Dieser sagt aus, die gegen ihnen erhobenen Anklagen seien falsch, er habe niemals Geld oder Geldeswert von der Panamagesellschaft für die geheimen Fonds im Ministerium erhalten.

23. Dezember. In der Deputirtenkammer ergreift Millevoye das Wort: Ich möchte die Regierung über Aeußerungen zweier ehemaligen Ministerpräsidenten befragen. Ribot: Ich bin zu Ihrer Verfügung. Floquet giebt den Vorsitz an Peytral ab. Millevoye: Aus einer Aeußerung Floquets geht hervor, daß die Regierung das Recht zu haben glaubt, die Verwendung des Vermögens einer Handelsgesellschaft zu politischen Zwecken zu bestimmen. Die Regierung soll sagen, ob sie diese Theorie annimmt. Die armen Arbeiter, die ihre Ersparnisse aus dem Wollstrumpf herausholten, wußten nicht, daß ihr Geld für politische Zwecke aufgehen werde. Was gedenkt die Regierung zu thun, damit den Betrogenen ihr Geld erstattet werde. Ein Finanzmann hat gesagt, die Geschäfte sind das Geld der andern. Ich hoffe, daß diese Umschreibung nicht auf die republikanische Regierung paßt. Floquet: Ich habe nicht erwartet, nach vierzig Jahren der Rechtschaffenheit verdächtigt zu werden. Millevoye: Von Ihrer persönlichen Rechtschaffenheit ist keine Rede. Floquet: Der Verwaltungsrat des Panama hatte die Verteilung eines bestimmten Betrages an die Presse beschlossen. Die Regierung konnte dieser Verteilung nicht fremd bleiben und sie konnte nicht gestatten, daß das Geld verteilt werde, ohne daß sie erfuhr, an wen. Das habe ich gethan und würde es morgen wieder thun, wenn ich an der Regierung wäre. Ich kann nicht zugeben, daß man mehrere Millionen außerhalb des Regierungseinflusses austeile. Debernis: Floquet und Rouvier haben gestanden! Sie haben gestanden, daß das Geld der Panamaopfer dazu gedient hat, die Regierungspolitik zu unterstützen. Wenn in einem Lande eine ungeheure Gaunerei begangen wird, so ist es die Aufgabe der Regierung, nicht an dem Raube teilzunehmen, sondern den offenkundigen Diebstahl zu verhindern. Es ist von Rouvier eine Frechheit sonder gleichen, daß er gestern an der Beratung teilzunehmen wagte. Ich wende mich gegen die Regierung, die gestern geduldet hat, daß ein Rouvier, ein Roche ihre Vorlage verteidigten. Dazu gehörte eine merkwürdige Frechheit. Rouvier: Dazu gehörte nur ein ruhiges Gewissen und eine tiefe Verachtung für Sie und Ihresgleichen. Debernis: Sie haben das Recht verkündet, das Privatgeld nach der Seite der Regierung hinzuleiten, damit es nicht anderswohin

stieße. Rouvier: Was Sie sagen, ist gleichgültig. (Wütende Rufe von den Bänken der Boulangisten.) Sie dort oben, wollen Sie den Mund halten? Vorsitzender Peytral: Erlauben Sie Herr Rouvier. die Kammerpolizei steht nicht Ihnen zu. Rouvier: Frech ist hier nur Debernis. Ich habe vom Panama keinen Pfennig genommen. Ich wußte, daß Zeitungen bezahlt wurden, ich hatte ihre Liste. Sie würden sich wundern, wenn ich sie vorlesen würde. Ihre ganze Wut gegen mich rührt daher, daß ich Boulanger aus dem Ministerium stieß. Ich habe von Blasto einmal hunderttausend und dann fünfzigtausend Franken verlangt, die ich später aus den Geheimgeldern, teils durch Reinachs Vermittelung zurückzahlte. Daß Reinach aus den Panamageldern schöpfte, wußte ich nicht. Ich handelte, wie ich mußte. Es waren wirre Zeiten, ich bekam täglich Todesdrohungen zugeschickt. Hätte ich nicht mit ausgiebigen Mitteln regiert, so würden die Republikaner heute die Straßen der Verbannung bedecken. Leprovost findet diese Regierungstheorien unerhört. Millevoye erklärt, die Kammerauflösung sei das einzige, was der Regierung zu thun übrig bleibe. Ribot: Sie bekämpfen den Parlamentarismus und wollen die Revolution. Sie verlangten den Untersuchungsausschuß, hoffend, er werde rasch zur Revolution führen. Jetzt, da die Rechtspflege vorgeht, sind Sie enttäuscht. Ihre spät erwachte Tugend kennen wir und wissen, was sie wert ist. Sie wollen keine Gerechtigkeit, sondern politische Wirren. Die Regierung läßt sich aber nicht einschüchtern. Wir sehen Ihnen scharf auf die Finger. Déroulède: Nieder mit dem Parlament! (Er wird zur Ordnung mit Einschreibung ins Protokoll gerufen.) Ribot: Sie glauben uns schwach, aber Sie irren sich. Lassen Sie es darauf ankommen, wir werden unsre Kraft zeigen. Millevoye spricht nochmals für die Auflösung. Déroulède entwickelt eine neue Verfassung und fragt Ribot, ob er Floquets und Rouviers Theorien billige. Ribot: Wir sind nicht hier, um zu theoretisiren, sondern um zu handeln, und die Kammer ist da, um unsre Handlungen zu beurteilen. Wir verlangen von Ihnen eine Vertrauens-Tagesordnung. Hubbard beantragt: „Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung, vertraut auf ihre Festigkeit, das Werk der Gerechtigkeit und des Lichtes zu sichern, und geht zur Tagesordnung über.“ — Diese Tagesordnung wird mit 353 gegen 91 Stimmen angenommen.

Vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß erscheinen Andrieux und Floquet. Dieser versichert, daß er niemals auf geradem oder krummem Wege von der Panamagesellschaft Geld zu seinen politischen Zwecken verlangt oder erhalten habe, daß unter seiner Amtsführung die Verwaltung der geheimen Fonds eine durch-

aus regelmäßige gewesen sei, und daß die Panamagesellschaft nicht zu diesen Fonds beigesteuert habe.

24. Dezember. Ministerpräsident Ribot teilt in der Deputirtenkammer mit, daß die Republik Colombia die Zusage erteilt habe, eine Verlängerung der Konzessionsfrist für den Panamakanal zu gewähren. — In den Arbeitervierteln von Paris werden massenhaft Maueranschläge verbreitet, worin es heißt:

Arbeiter! Die Reaktion, die nie etwas andres war als eine Partei des Diebstahls und der Bestechung, beutet die Verbrechen der republikanischen Bourgeoisie aus, die ihr trotz unsrer Mahnungen seit 20 Jahren an der Gewalt erhaltet. (Folgt eine Aufzählung aller reaktionären Sünden; dann fährt der Aufruf fort:) Arbeiter, fegt Kläger und Angeklagte in die Siele, sie sind Mitschuldige an denselben Uebelthaten, an der Ausbeutung der Arbeiter zur Stillung ihrer Begierden. Eure Stunde ist gekommen. Eine einzige Partei geht rein aus all diesen Schändlichkeiten hervor, die der sozialistisch-revolutionären Arbeiter. Nieder mit der Bourgeoisie, Platz der Arbeit!"

27. Dezember. Die parlamentarische Kommission vernimmt den früheren Justizminister Thévénet und den frühern Handelsminister Roche. — „Gaulois" meldet, Freycinet habe dem Präsidenten Carnot über seine Zusammenkunft mit Andrieux Aufklärungen gegeben. Er habe Andrieux gefragt, auf welche Urkunden gestützt man den Namen des Kriegsministers in die Enthüllungen über die Panamaaffaire einbeziehe. Andrieux habe erwidert, er sei den Angriffen gegen Freycinet völlig fremd und besitze keinerlei denselben betreffende Urkunden. Freycinet habe schließlich dem Präsidenten Carnot erklärt, er habe den Schritt unternommen, weil vor allem die Persönlichkeit des Kriegsministers unberührt bleiben müsse.

XII.

Krieg gegen Dahomeh.

12. August. Beginn des feindlichen Vorgehens der Franzosen.

19. September. Ein Angriff des Heeres von Dahomeh auf die französischen Streitkräfte unter Oberst Dodds wird entschieden zurückgewiesen.

28. September. Zwei französische Kanonenboote, die den Uemefluß hinaufgefahren waren, treffen auf zahlreiche Feinde an beiden Ufern und landen Truppen, die nach heftigem Kampfe die Dahomeher in die Flucht schlagen.

3. Oktober. Oberst Dodds schlägt das Heer der Dahomeher und schreitet in das Innere des Landes.

6. Oktober. Er nimmt drei Verteidigungslinien des Feindes mit Sturm.

10. Oktober. Eroberung der Stellung bei Sabori.

13.—15. Oktober. Fortgesetzte heftige Kämpfe.

20.—21. Oktober. Die bis Akpa vorgedrungenen Franzosen haben hier heftige Angriffe des ganzen Heeres von Dahomeh auszuhalten.

25. November. Oberst Dodds wird zum General und Großoffizier der Ehrenlegion ernannt.

3. Dezember. Erlaß des Generals Dodds, daß König Behanzin des Thrones entsetzt und für immer aus dem Lande verbannt, sowie daß das Reich Dahomeh, mit Ausnahme von Weidah und vier andern Küstenorten, der Schutzherrschaft Frankreichs unterstellt sei.

Großbritannien und Irland.

I.

Parlament.

8. August. Das Parlament wird durch Thronrede zum Zweck kurzer Session eröffnet. — Im Unterhause beantragt Asquith bei Beratung der Adresse an die Königin einen Zusatz, worin erklärt wird, die Regierung müsse das Vertrauen des Unterhauses und des Landes besitzen, die gegenwärtige Regierung aber besitze dieses Vertrauen nicht. Der Schatzkanzler Goschen erklärt: Die Mehrheit der Bevölkerung habe sich von neuem gegen die Abtrennung Irlands erklärt. Es sei unmöglich, in dem beabsichtigten Schweigen über Homerule zu verharren. Die gegnerische Partei sei nicht einheitlich, und es sei unbekannt, ob Gladstone sich die Zustimmung aller unabhängigen irischen Nationalisten oder der Arbeiterpartei sichern könne. Sollte Homerule vom Parlament angenommen werden, so würde sie von der irischen Partei der Majorität des Königreichs aufgezwungen werden. Mac Carthy bekämpft die seitens der jetzigen Regierung befolgte irische Politik, die in einer fortlaufenden Vergewaltigung bestände. Von der Opposition fordert Redner die Abgabe der Versicherung, daß ihre Homerulebill, falls sie dem irischen Volke annehmbar erscheine, von der Gladstoneanischen Regierung mit aller Energie gefördert werden solle, und daß sie, falls sie vom

Oberhause verworfen werden sollte, im Vordergrunde der liberalen Gesetzgebung bleiben werde.

9. August. Fortsetzung. Gladstone bemerkt: Der gestellte Antrag bringe nur den Vollzug des vom Volke gefällten Urteils. Wolle die Regierung die Kämpfe der letzten sechs Jahre nochmals beginnen? Niemals sei eine Frage so erschöpfend besprochen worden, wie die Homerulefrage. Der Zweck der Rede des Schatzkanzlers am Tage zuvor sei ein bloßer Angriff auf ein Ministerium, das noch gar nicht existire. Selbst wenn es wahr wäre, daß die Iren den Ausfall der Wahl entschieden hätten, so sei es nicht das erste mal, wo den Wünschen eines besondern Teils des Vereinigten Königreichs willfahrt sei. Irland habe ohne Zweifel ein größres Interesse an der Homerule als Großbritannien. Das könne aber niemals einen Grund bilden zu der Abneigung des Hauses, die Frage zu behandeln. Goschen sei ein gutherziger Mensch: er fühle schon die Schwierigkeiten eines zukünftigen Ministeriums, obgleich man jemand doch nur nach seinen Handlungen beurteilen könne. Das Land habe sein Urteil gegen die jetzige Regierung gefällt, weil sie den Erfolg in Irland, dessen sie sich rühme, nicht gehabt habe. Eines trete jetzt in den Vordergrund: die rivalisirenden Ansprüche Irlands und Großbritanniens. Was im allgemeinen die Ansprüche Irlands auf Selbstregierung angehe, so wolle er sich nicht in Einzelheiten einlassen. Die Grundsätze wären bekannt. Einerseits Wahrung der Suprematie des Reichs andrerseits volle Freiheit Irlands in der Verwaltung seiner eignen Angelegenheiten. Wenn man sage, daß Großbritannien ein Zwang gethan werden solle, so sei zu erwidern, daß Schottland und Wales Mehrheiten für Homerule gewählt hätten. Es wäre beklagenswert, wenn England jemals die andern Teile des Vereinigten Königreichs als untergeordnet betrachte. Eine moralische Kraft habe die irische Frage auf die Tagesordnung erhoben und eine moralische Kraft werde die friedliche Lösung derselben bewerkstelligen. Diese würde die wirkliche Union der Herzen herbeiführen, die sicherste Grundlage der Kraft im Innern und des Ruhmes in der gesitteten Welt. — Balfour, Leiter des Hauses und früher irischer Obersekretär, erwidert: Der Ausdruck „moralisch" passe wenig für die irische nationalistische Bewegung. Gladstone habe die alten Fabeln für irische Geschichte ausgegeben, trotzdem sie schon so häufig widerlegt worden seien. Die englischen Wähler würden die Tyrannei der irischen Nationalisten bald satt haben und der ohnmächtigen Regierung, der leeren und unheilvollen Angriffe auf die Verfassung müde werden. Dann würde sich die Nation wieder der Partei zuwenden, die sich die letzten sechs Jahre würdig gezeigt habe, Gesetze zu verfassen und die Geschicke des Reichs zu lenken.

11. August. Der Antrag auf Mißtrauenserklärung gegen das Ministerium Salisbury wird mit 350 gegen 310 Stimmen angenommen.

II.

Wechsel des Ministeriums.

12. August. Die Königin genehmigt das Entlassungsgesuch des Ministeriums Salisbury, das am 3. August 1886 ins Amt getreten war.

16. August. Ernennung des Ministeriums Gladstone. Es besteht aus folgenden Mitgliedern:

Gladstone, erster Lord des Schatzes und Großsiegelbewahrer; Lord Herschell, Lordkanzler (Vorsitzender des Oberhauses); Lord Kimberley, Staatssekretär für Indien und Lord-Vorsitzender des Geheimen Rats; Staatssekretär des Auswärtigen Earl of Roseberry; Staatssekretär für die Kolonien Marquis of Ripon; Staatssekretär des Innern Asquith; Staatssekretär des Krieges Campbell-Bannermann; erster Lord der Admiralität Earl Spencer; Schatzkanzler Sir William Harcourt; Hauptsekretär des Lord-Lieutenants von Irland John Morley; Sekretär für Schottland Sir George Trevelyan; Vorsitzender des Handelsamts Mundella; Vorsitzender des Amts für innere Verwaltung Fowler; Generalpostmeister Arnold Morley; Vorsitzender des Ausschusses des Rats für Erziehung Arthur Acland; erster Kommissar für öffentliche Arbeiten Shaw-Lefèvre; Kanzler des Herzogtums Lancaster Bryce. Die Aemter, mit denen Sitz im Kabinet verbunden ist, werden wie folgt verteilt: Lord-Lieutenant von Irland Lord Houghton; Generalattorney Sir Charles Russel; Generalanwalt Rigby; Lordadvokat Balfour; Generalanwalt für Schottland Asher; Lordkanzler von Irland Samuel Walker; Generalattorney für Irland The Macdermot; Generalanwalt für Irland Serjeant Hemphill; Patronagesekretär des Schatzes Marjoribanks; Finanzsekretär des Schatzes Hibbert; Junior-Lords des Schatzes: Ellis, M'Arthur, Causton; Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Sir Edward Grey; Unterstaatssekretär für Indien Russell; Sekretär des Handelsamts Thomas Burt; Unterstaatssekretär des Innern Herbert Gladstone; Unterstaatssekretär der Kolonien Sydney Buxton; Finanzsekretär des Kriegsamts Lord Sandhurst; Sekretär des Innern Sir Walter Foster; Sekretär der Admiralität Sir Ughtred Kay-Schuttleworth; Lordkämmerer Lorrd Carrington; Vizekämmerer Spencer; Kontrolleur des Haushalts Leveson-Gower.

III.

Irland.

3. August. In Dublin findet ein heftiger Zusammenstoß zwischen Parnelliten und Antiparnelliten statt.

27. September. Der Minister für Irland, John Morley, richtet an das Mitglied des Unterhauses, Mac Carthy, ein Schreiben, in dem er mitteilte, die Regierung habe beschlossen, eine Kommission einzusetzen, um die Frage der vertriebenen Pächter zu studiren und über die Mittel Bericht zu erstatten, wodurch den Pächtern am besten wieder zu ihrem Pachtgute verholfen werden könnte.

3. Oktober. Der neue Vizekönig von Irland, Lord Houghton, hält seinen feierlichen Einzug in die irische Hauptstadt. Dublin und Kingston bewillkommnen den Verkündiger der Friedensbotschaft nicht durch ihre Vertreter. Das Volk verhält sich nicht feindlich, aber ohne Begeisterung für die ihm sonst sehr zusagende Persönlichkeit des neuen Lordstatthalters.

9. Oktober. In Dublin findet eine große Kundgebung statt Alle parnellitischen Abgeordneten, der Lordmayor, alle Gemeinderäte Dublins und Corks in großer Uniform, zahllose Abordnungen aus dem ganzen Lande mit Kränzen, begleitet von fast der gesamten Bevölkerung Dublins, durchziehen in einer Riesenprozession die Stadt und legen auf dem Kirchhofe Kränze am Grabe Parnells nieder.

10. Oktober. Eine Versammlung der Parnelliten faßt folgende Beschlüsse:

Keine Beilegung der nationalen Frage sei als befriedigend zu erachten, die nicht die Errichtung eines von dem irischen Volke erwählten Parlaments enthalte, dem die Gewalt über alle irischen Angelegenheiten einschließlich der Gesetze über Grundeigentum gegeben werden muß. Die von diesem Parlament erlassenen Gesetze seien nur dem Veto der Krone oder deren Stellvertreter in Irland zu unterwerfen. Die irische Regierung solle nur von diesem Parlament abhängig sein und die Kontrolle über die Polizei sowie das Ernennungsrecht aller Richter und Magistrate besitzen. Ferner: Daß keine Versöhnungspolitik Irland gegenüber als zufriedenstellend anzusehen sei, die nicht eine vollständige Amnestie für diejenigen einschließe, deren Wunsch, ihrem Vaterland ehrenhaft zu dienen, Ursache ihrer Gefangenschaft gewesen war.

24. Dezember. In Dublin findet ein heftiger Dynamitanschlag in der Nähe des Sitzes der irischen Regierung statt.

IV.

Arbeiterbewegung.

28. Oktober. In London findet eine große Versammlung beschäftigungsloser Arbeiter statt zur Beratung ihrer Organisation.

5. November. Nachdem die Regierung das Verbot der Abhaltung von Versammlungen auf dem Trafalgarsquare in London aufgehoben hat, findet hier eine große Versammlung beschäftigungsloser Arbeiter statt, die durch den Sozialistenbund organisirt sind. Der Zug ist sehr lärmend und zieht durch sein Gepränge viele Neugierige an.

8. November. 3000 beschäftigungslose Arbeiter in London unternehmen eine Kundgebung gegen die St. James-Gazette.

13. November. Auf dem Trafalgarsquare in London findet zur Erinnerung an die Vorfälle vom 13. November 1886 eine große sozialistische Kundgebung statt, an der sich gegen 50000 größtenteils dem Arbeiterstande angehörige Personen beteiligen. Zahlreiche rote Fahnen werden entfaltet; mehrere Musikkorps spielen die Marseillaise. In den Ansprachen, die sämtlich einen gemäßigten Charakter tragen, werden die Anwesenden ermahnt, sich jeder Gewaltthätigkeit zu enthalten. In den mit Einstimmigkeit zur Annahme gelangten Erklärungen werden die Bürger beglückwünscht, das Recht, Meetings auf ihrem historischen Forum abzuhalten, teilweise wieder erlangt zu haben. Ferner wird gegen jede Einschränkung des öffentlichen Versammlungsrechts Verwahrung eingelegt und verlangt, daß die Polizei unter die Aufsicht des Grafschaftsrates von London gestellt werde. Ferner wird an die Regierung

die Aufforderung gerichtet, im Interesse der Arbeitslosen öffentliche Arbeiten in Angriff nehmen zu lassen.

15. November. Die Regierung empfiehlt den Ortsbehörden die Ausführung öffentlicher Arbeiten, damit den verschämten Armen dadurch Gelegenheit zur Beschäftigung gegeben werde.

V.

Kolonien.

Ende April. Ein Aufstand in dem ostafrikanischen Schutzgebiete von Lamu wird niedergeschlagen.

12. Juni. Die im Stillen Ozean zwischen Hawaii und den Salomonsinseln liegenden Gilbertinseln werden unter britischen Schutz gestellt.

Anfang Oktober. General Lockhardt unterdrückt einen Aufstand der Volksstämme der Schwarzen Berge in Ostindien.

28. November. Eine große Versammlung in Montreal spricht sich für eine Erklärung der Unabhängigkeit Kanadas aus.

Italien.

I.

Das Ministerium Giolitti.

7. Juli. Zum Schatzminister in dem am 14. Mai ernannten Ministerium Giolitti (I. S. 336) wird, an Stelle des erkrankten Ellena, Bernardino Grimaldi ernannt, der schon im Ministerium Crispi Finanzminister war.

16. Juli. Der Unterrichtsminister Martini legt in einem Rundschreiben an die Leiter aller höhern Schulen seine Anschauungen über den klassischen Unterricht, besonders über die Beseitigung der Auswüchse dar.

Der Erlaß geht von weitern und liberalen Gesichtspunkten aus, als die, die im Unterrichtsministerium in den letzten Jahren herrschend waren. Der Minister verwirft die Pedanterie, die geistige und moralische Tortur, wie sie seither noch allzusehr beim klassischen Unterricht in den italienischen Schulen gang und gäbe war. Er entwirft in großen Zügen ein neues praktisches und weitgreifendes Programm. Er will den Unterricht nicht mehr in überlieferte

Formeln eingezwängt wissen, sondern wünscht jedem Lehrer eine gewisse, durch die Sache selbst begrenzte Freiheit zu verleihen, mit der er seinen Unterricht zu behandeln habe.

19. Juli. Die Minister Giolitti und Genala wohnen einer Festsitzung des allgemeinen Arbeitervereins in Rom bei. Giolitti hebt hier in einer Ansprache hervor, die gesamte Politik der Regierung beruhe auf Grundsätzen, die dazu beitragen würden, die Lage der Arbeiter in Stadt und Land zu heben. In der auswärtigen Politik verfolge die Regierung das einzige Ziel, die Erhaltung des Friedens und die Herstellung herzlicher Beziehungen zu allen benachbarten Völkern, im Innern aber betrachte sie es als ihre Hauptaufgabe, die wirtschaftlichen Verhältnisse zu heben. Sie hoffe, allen Arbeitern Arbeit und entsprechenden Lohn verschaffen zu können.

23. September. Genala, Minister für öffentliche Arbeiten, sagt in einer Rede zu Cremona:

Die Krisis, die Italien heimsuche, sei eine Wirkung der allgemeinen Krise, die in Bezug auf Italien noch durch die Baukrisis, durch die Zustände in Südamerika und durch Ausgaben verschärft werde, die als eine Folge früherer Gesetze das Budget belasteten. Zu derselben Zeit, wo Italien ein Bauten-programm, das sich auf 4 Milliarden belaufe, aufgestellt habe, sei es genötigt gewesen, seine Militärausgaben zu erhöhen. Dieser Umstand sei gewiß eine schmerzliche Notwendigkeit gewesen; es wäre aber ein Fehler, zu glauben, daß dies eine Folge der Tripelallianz war. Die allgemeinen Verhältnisse in Europa drängten alle Staaten, selbst die Schweiz, zu Rüstungen. Die Schweiz, die niemand bedrohe, die durch ihre natürliche Lage, ihre vertragsmäßig gesicherte Neutralität und die allgemeine Zustimmung Europas geschützt sei, rüste ebenfalls, und zwar in größerem Maßstabe als Italien. Jedoch müßten die Rüstungen Italiens ebenso wie die öffentlichen Bauten auf das unbedingt Notwendige in der Weise eingeschränkt werden, daß sie das Vaterland nicht ohne Verteidignng oder in einer schlechten Verteidigungslage ließen. Zur völligen Regelung der Finanzlage sei die Durchführung organischer Reformen und einer Dezentralisation erforderlich.

II.

Die Kolumbusfeier.

19. Juli. Den Beginn macht ein Rundschreiben des Papstes an die Bischöfe von Spanien, Italien und Amerika über Kolumbus und die Entdeckung Amerikas.

Der Papst spricht zunächst aus, daß man selten in der Geschichte eine Sache fände, die so wie die 400jährige Feier der Entdeckung Amerikas durch Christoph Kolumbus geeignet sei, die Herzen zu entflammen und die Gnade Gottes zu erkennen. Wenige Männer seien Kolumbus vergleichbar, der Hunderttausende von Menschen der Gesittung und dem Christentum zugeführt habe. Der katholische Glaube sei auch einer seiner Hauptbeweggründe gewesen, die gefahrvolle Fahrt zu wagen. Seine Absicht war, diese neuen Länder dem

Evangelium zugänglich zu machen. Am Schluß ordnet der Papst an, daß am 12. Oktober oder am darauffolgenden Sonntage in allen Kirchen Spaniens, Italiens und Amerikas eine feierliche Messe zu Ehren des Christoph Kolumbus gelesen werden soll.

7. **August.** In Rom begeben sich etwa 200 Mitglieder klerikaler Vereine mit Fahnen und Musik nach dem Monte Pincio, um bei der Büste des Kolumbus einen Lorbeerkranz niederzulegen. Auf dem Wege dorthin werden sie Gegenstand feindlicher Kundgebungen seitens ihrer politischen Gegner. In der Nähe der Piazza del Popolo setzt sich eine Schar von jungen, zur liberalen Partei gehörigen Männern, die Fahnen in den Nationalfarben tragen, an die Spitze des Zuges. Auf dem Monte Pincio angekommen, finden die Klerikalen die Kolumbusbüste umgestürzt und von Nationalfahnen umgeben vor. Es kommt darauf zu Schlägereien zwischen den Liberalen und Klerikalen.

4. **September.** In Genua wird unter dem Namen Kolumbusausstellung eine Ausstellung aller Erzeugnisse eröffnet, die in dem Warenaustausch zwischen Italien und Amerika den ersten Platz einnehmen.

5. **September.** Im Vorhafen Genuas sind Schlachtschiffe von neun europäischen und drei amerikanischen Staaten vereinigt, um das Fest zur Erinnerung an Kolumbus verherrlichen zu helfen. Von Oesterreich sind drei Schlachtschiffe anwesend, von Deutschland eins, von Großbritannien drei, von Frankreich vier, von Spanien fünf, von Portugal eins, von Rumänien zwei, von den Niederlanden eins, von Griechenland eins, von Nordamerika eins, von Argentinien zwei, von Mexiko eins.

7. **September.** In Genua wird eine geographische Ausstellung durch Reden des Ministers Martini und des Fürsten von Monaco eröffnet.

8. **September.** König Humbert, Königin Margarethe, der Kronprinz Viktor Emanuel von Neapel und der Herzog von Genua halten, von Spezzia kommend, auf der königlichen Jacht „Savoia" unter dem Jubel der Bevölkerung und dem Donner der Geschütze sämtlicher Schlachtschiffe ihren feierlichen Einzug in den Hafen von Genua.

9. **September.** Der König empfängt in Genua die Befehlshaber der hier liegenden fremden Kriegsschiffe. Der französische Admiral Rieunier überreicht ein Schreiben des Präsidenten Carnot, das dessen Wünschen für das Glück des Königs und der königlichen Familie sowie für das Gedeihen Italiens Ausdruck giebt. Der König erwidert: „Die Begrüßung und die Wünsche des Präsidenten der französischen Republik, mit deren Ueberbringung Sie beauftragt

wurden, werden von mir und meinem Volke hoch gewürdigt. Indem Ihre Regierung Sie bei einem so feierlichen Anlasse mit dieser Mission betraute, hat dieselbe uns den Beweis einer Freundschaft gegeben, die uns teuer ist und die unsern Gefühlen lebhafter Sympathie für Frankreich entspricht." — Abends giebt die Stadt Genua der königlichen Familie und allen zur Feier erschienenen angesehenen Personen ein glänzendes Fest.

12. September. König Humbert besichtigt in Begleitung der Prinzen, der Minister und des Hofstaates die vor Anker liegenden Geschwader, er begiebt sich an Bord jedes einzelnen Admiralschiffes, wo er an den Landungsbrücken von den Admiralen empfangen wird. Sämtliche Schiffe haben geflaggt und begrüßen die königliche Schaluppe mit Kanonensalven und Hurrarufen. Auf der deutschen Kreuzerkorvette „Prinzeß Wilhelm" verweilt der König länger als eine halbe Stunde. Alsdann wohnt er den Uebungen der Schiffsbemannungen bei.

14. September. Die königliche Familie begiebt sich von Genua nach Monza zurück.

III.

Sonstige Festlichkeiten.

28. August. In Livorno wird in Gegenwart des Königs Humbert ein Denkmal seines Vaters, des Königs Viktor Emanuel, feierlich enthüllt.

20. September. Der Jahrestag der Besetzung Roms durch die italienischen Truppen im Jahre 1870 wird hier und in den Provinzen festlich begangen. Der Prinz von Neapel wohnt in Pisa der Enthüllung eines Reiterstandbilds König Viktor Emanuels bei. Der König antwortet auf das aus Anlaß des Erinnerungstages von dem Bürgermeister von Rom ihm übersandte Huldigungstelegramm auf telegraphischem Wege:

Noch erfüllt von patriotischer Freude über die Feste in Genua erhalte er den an die Befreiung erinnernden Gruß der Stadt Rom. In den Festen von Genua habe die Nation, wie auch er, nicht nur eine Huldigung des italienischen Genius erblickt, sondern auch die Weihe der unauflöslichen Einheit Italiens und die Bürgschaft eines Friedens, der sich in dem Austausch loyaler Gesinnungen kräftige. Durch dieses Ereignis werde Italien aufs neue von dem Bewußtsein seines Wertes belebt und fühle sich immer mehr und mehr zu ernster Thätigkeit angeregt, die es auch zu wirtschaftlicher Wohlfahrt führen müsse.

20. November. Der Jahrestag der Schlacht bei Mentana wird in Rom mit mehr Aufwand als früher gefeiert. Menotti

Garibaldi hält eine irredentistische Ansprache. Die Versammlung endet mit Hochrufen auf das Trentino und Triest.

6. Dezember. In Padua finden Festlichkeiten statt zur Erinnerung an die Berufung Galileis zum Professor der Mathematik nach Padua, wo er von 1592 bis 1610 an der Universität Mathematik und Physik lehrte.

IV.

Auflösung des Parlaments.

12. Oktober. Es wird ein Bericht des Ministerrats an den König veröffentlicht. Dieser Bericht geht dem die Auflösung der Kammer betreffenden Berichte voraus und enthält das fernere Programm des Ministeriums Giolitti. Dieses ist ausschließlich finanziellen Inhalts. Es giebt die Mittel an, wodurch das Ministerium das Gleichgewicht zu erzielen hofft. Die wichtigsten Maßregeln sind Erleichterung der Pensionslast und Einführung des Petroleummonopols. Eine Steuereform wird in Aussicht gestellt und ebenso organische Reformen der verschiedenen Verwaltungszweige, um dieselben einfacher, billiger und wirksamer zu gestalten; endlich Inangriffnahme der spruchreifen und dringendsten sozialen Fragen.

V.

Wahlbewegung.

7. Oktober. In Mailand hält der frühere Finanzminister Colombo eine Wahlrede, in der er sagt:

Die einzige große Frage für Italien sei die Finanzfrage. Er sei der Meinung, daß binnen drei Jahren Ersparungen von 25 bis 30 Millionen im Kriegsbudget und von 30 bis 40 Millionen in den andern Budgets vorbereitet werden müßten. Er frage, ob angesichts der durch die Bündnisse geschaffenen Lage Italien im Verhältnis zur Bevölkerungszahl größere Ausgaben für militärische Zwecke aufwenden müsse, als Oesterreich-Ungarn. Die Ersparungen müßten durch eine organische Reform der Armee herbeigeführt werden.

20. Oktober In Livorno hält der Kriegsminister Pelloux eine Wahlrede, in der er sagt:

Der Dreibund sei niemals von Einfluß auf die militärischen Ausgaben

gewesen, eine Politik der Isolirung würde größere Ausgaben verursachen. Das gesamte Kabinet sei darin vollständig einig, daß die Grundlage der militärischen Organisation unverändert bleiben müsse. Dank der eingeführten Organisation sei die Mobilisirung um sechs bis sieben Tage schneller durchzuführen.

23. Oktober. In Iseo (Bezirk Brescia) hält der frühere Minister Zanardelli, Führer der Linken, eine Wahlrede.

Er spricht sein volles Vertrauen zu dem Kabinet Giolitti und dessen Finanzprogramm aus; auch er erstrebe Ersparungen, aber betreffs der Militärausgaben wäre es eine Thorheit und ein Verbrechen, angesichts der Riesenheere der fremden Staaten die Verteidigungskraft des Landes zu schwächen. Zur äußern Politik weist er auf die Flottenrevue von Genua hin als eine Bekräftigung dessen, daß neben den treu aufrechterhaltenen Bündnissen auch die Freundschaft für die andern Staaten in Italien lebendig sei. Der Bund mit den Zentralmächten sichere den Frieden, dessen ein junger Staat zur Befestigung der Einigkeit und zur Entwicklung seiner Kräfte dringend bedürfe.

24. Oktober. Der frühere Ministerpräsident Marchese di Rudini richtet ein Schreiben an seine Wähler in Cascamo.

Darin führt er aus, er habe die Hauptlinien seines 1891 verkündigten Programms in nichts zu ändern. Um die Lösung der Finanzfrage zu erleichtern, habe er ein vorsichtiges ökonomisches Sammeln in Afrika angenommen. Er habe den Dreibund erneuert und die Handelsverträge abgeschlossen, auch das Glück gehabt, die Beziehungen zwischen Italien und Rußland freundlicher zu gestalten und in Frankreich den Argwohn und das Mißtrauen zu zerstreuen, die den notwendigen Beziehungen herzlicher Freundschaft mit dieser großen Nation abträglich waren. Die Aufrichtigkeit der Absichten Italiens werde nunmehr selbst von jenen anerkannt, die früher daran zweifelten.

27. Oktober. In Turin hält der Minister des Aeußern, Brin, eine Wahlrede.

Er spricht die Ueberzeugung aus, daß alle europäischen Regierungen den Frieden wünschten und loyal entschlossen seien, dessen große Wohlthaten ihren Völkern zu bewahren. Das Beispiel aller benachbarten und selbst der friedlichsten Länder zeige, daß die mächtige Heeresausrüstung die solideste Garantie für den Frieden sei. Indem die Regierung die Militärausgaben auf eine verhältnismäßig bescheidene Ziffer herabgesetzt habe, habe sie die Grenze der Vorsicht erreicht und die Erfordernisse der Finanzen mit denen der Landesverteidigung in Einklang gebracht. Redner führt alsdann den Ausspruch Cavours an: „Die sicherste Stütze der Volksrechte sind starke Bataillone und gute Verbündete“ und tritt damit denen entgegen, die weder die einen noch die andern wollen. Es gebe kein friedlicheres Land als Italien, keines, das mehr zur Erhaltung des Friedens beigetragen habe. Italien verdanke diesem Umstande das Aufhören des Mißtrauens und die Erhaltung des Vertrauens der befreundeten Verbündeten, die, selbst wenn ein Wechsel in den Regierungen eintrete, die Anschauung über Italien nicht änderten. Ein solcher Wechsel habe sich kürzlich in England vollzogen, auf dessen Freundschaft Italien zu rechnen gewohnt sei, weil beide Staaten einen gleich lebhaften Wunsch nach Frieden und gleiche Ziele auf Erhaltung desselben verfolgten. Die klare und kräftig verfolgte Friedenspolitik Italiens beruhige alle und gebe der Regierung Kraft, dieselbe zu entwickeln und wirksam mitzuarbeiten auf der soliden Basis seiner Allianz an der Erhaltung des Friedens, auf die Europa glücklicherweise rechnen könne. Dieses tiefe Gefühl des Vertrauens auf den Frieden, dieser tiefe Wunsch der Völker, die Bande

der Freundschaft fester zu knüpfen, hätten bei der jüngst in Genua stattgehabten Kolumbusfeier die Weihe erhalten. Er möchte mit gleichem Vertrauen von dem wirtschaftlichen Frieden sprechen, allein der Protektionismus habe den Regierungen große und nicht immer überwindbare Schwierigkeiten geschaffen. Redner bekämpft hierauf jede Zollerhöhung Italiens.

30. **Oktober.** Justizminister Bonacci spricht sich in einer Wahlrede zu Rom für Unterdrückung der Uebergriffe der Geistlichkeit aus.

30. **Oktober.** Der frühere Minister Villa hält in Villanova d'Asti eine Wahlrede, in der er die Ueberzeugung ausspricht, daß der Beitritt Italiens zum Bündnisse Deutschlands und Oesterreichs viel zur Erhaltung des Friedens beigetragen habe. Aber selbst wenn Italien durch die Rücksicht auf die Verbündeten nicht gebunden wäre, so hätte es doch Rüstungen vornehmen müssen und zwar in größerem Maßstabe als jetzt.

31. **Oktober.** In Cosenza spricht sich der ehemalige Minister Miceli in einer Wahlrede besonders gegen die Ansicht aus, daß das Defizit des Staates dem Dreibunde zuzuschreiben sei. Dem früheren Minister Cairoli gebühre das Verdienst, den Vertrag Italiens mit den großen Mächten angebahnt zu haben. Dieser Vertrag sei durch die Rücksicht auf die höchsten Interessen der nationalen Verteidigung sowie auf die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts am Mittelmeer und in der allgemeinen Lage Europas gegenüber Frankreich und Rußland geboten gewesen. Miceli erinnert ferner an die Besetzung von Tunis durch Frankreich und betont, daß der Dreibund ein Bollwerk des europäischen Friedens sei.

3. **November.** In Rom findet ein Festmahl statt zu Ehren des Ministerpräsidenten Giolitti.

Er tritt in längerer Rede für den Finanzplan seines Ministeriums ein, das den letzten Rest des Budgetdefizits beseitigen wolle. Wenn die ministeriellen Vorschläge angenommen würden, so würde ein vollkommenes Gleichgewicht im Budget erreicht werden. Von der auswärtigen Politik werde er nicht sprechen, nachdem der Minister Brin bereits den festen Willen Italiens kundgegeben habe, den Bündnissen treu zu bleiben und durch Thatsachen zu beweisen, daß diese Bündnisse ganz allein die Sicherung des Friedens bezweckten, und nachdem Brin dem festen Entschluß der Regierung Ausdruck gegeben habe, einerseits darüber zu wachen, daß der legitime Einfluß Italiens nicht vermindert werde, andrerseits aber die freundschaftlichen Beziehungen zu allen Staaten zu pflegen. Die Vereinigung der Vertreter fast aller zivilisirten Völkerschaften in Genua hätten Italien die Versicherung gewährt, daß Italien von allen als eine Bürgschaft des Friedens betrachtet werde. Das Ministerium werde bestrebt sein, die internationalen Handelsbeziehungen zu verbessern, den italienischen Erzeugnissen neue Absatzgebiete zu eröffnen und die Handelsflotte zu heben. Er glaube, daß die sozialen Fragen vor allem dazu führen würden, die Parteien scharf von einander zu scheiden.

VI.

Neuwahlen.

6. November. Die Neuwahlen zur Deputirtenkammer fallen überwiegend zu Gunsten des Ministeriums Giolitti aus.

Von den 367 Abgeordneten, die am 26. Mai an der Abstimmung teilnahmen, stimmten 169 für, 160 gegen das Ministerium, während 38 sich der Abstimmung enthielten. Von den 169 sind 129 wiedergewählt. Von den übrigen 40 wurden 12 zu Senatoren ernannt, 3 traten nicht mehr als Wahlkandidaten auf und 25 fielen durch. Von den 160 oppositionellen Abgeordneten kehren nur 95 in die neue Kammer zurück. Von den übrigen 65 wurden 11 zu Senatoren ernannt, 11 zogen sich vom politischen Leben zurück und 43 fielen durch. Von den 38, welche sich der Abstimmung enthielten, kehren 27 in die Kammer zurück. Von den 122, die trotz ihrer regierungsfeindlichen Abstimmung oder der Stimmenthaltung in die Kammer zurückkehren, haben 51 nachträglich das ministerielle Programm angenommen. Somit sind nur 71 wiedergewählte Abgeordnete als entschiedene oder mutmaßliche Gegner des Kabinetts zu betrachten, 180 Abgeordnete als Anhänger der Regierung, und 116 Abgeordnete, die an der Abstimmung des 26. Mai teilgenommen hatten, gehören der neuen Kammer nicht mehr an. Von den 171 Abgeordneten, die neu in die Kammer eintreten, gehören 123 der Mehrheit, 48 der Opposition an.

VII.

Rede Crispis.

20. November. Der frühere Ministerpräsident Crispi spricht sich in einer Rede bei einem ihm in Palermo gegebenen Festmahle also aus:

Zwischen den Anhängern der Linken und deren Gegnern, den Mitgliedern der Rechten, bestehe eine weitgehende Spannung. Die Monarchie unterscheide sich von der Republik nur dadurch, daß erstere ein ständiges, die letztere ein aus einer Wahl hervorgehendes Oberhaupt besitze. An dieser Idee halte er mehr denn je fest, weil sich an der Grenze Italiens die französische Republik gebildet habe. Crispi schließt daran warme Lobsprüche auf die französische Republik, indem er hinzufügt, daß diese Lobsprüche aus seinem Munde nicht als Schmeicheleien erscheinen würden. Redner erörtert dann die Reformen, deren Durchführung er wünsche und erklärt, auf einer Reform des staatlichen Kirchenrechtes bestehen zu müssen. Bei Besprechung der auswärtigen Politik bemerkt Crispi, Italien habe sich 1882 den beiden Kaiserreichen behufs gemeinsamer Verteidigung angeschlossen. Es sei das Prinzip eines Bündnisses der kontinentalen Staaten, nach welchem Italien strebe; die Vereinigung der Waffen sollte jedoch von jener der wirtschaftlichen Interessen begleitet sein. Den letzteren sei durch die abgeschlossenen Handelsverträge nur schlecht entsprochen worden. Er spreche gegen das Ministerium, das die Verträge mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland erneuert habe, keinen Tadel aus, mißbillige nur die überstürzte Art und Weise; er würde in die Erneuerung der Verträge nur auf andern Grundlagen

und unter andern Bedingungen gewilligt haben. Italien sei diejenige der drei verbündeten Mächte, die am meisten vom Dreibunde leide. Crispi bespricht sodann den erbitterten wirtschaftlichen Krieg, den Frankreich gegen Italien seit elf Jahren aus politischen Gründen führe und in der Ueberzeugung fortsetze, Italien ermüden und dann über dasselbe triumphiren zu können.

VIII.

Das neue Parlament.

23. November. Die erste Session der achtzehnten Legislaturperiode wird durch Thronrede des Königs Humbert eröffnet.

Die Stelle über die auswärtige Politik lautet: „Das seinem Ablauf entgegengehende Jahr wird auf lange Zeit in unsrer Geschichte ein denkwürdiges bleiben. Mein Herz ist noch erfüllt von unvergeßlicher Bewegung über die Huldigungen, welche die Vertreter der meisten Nationen der zivilisirten Welt mir kürzlich in Genua dargebracht haben. Die Huldigungen sind mir um so angenehmer, als bei der Gemeinsamkeit der Zuneigung und der Ziele, welche mein Haus und mein Volk vereinigen, ich diese Thatsache als eine solche ansehe, welche für mein Volk dasselbe bedeutet wie für mich; ich erblicke in diesen Ehrenbezeugungen ein allgemeines Zeugnis dafür, daß Italien sich so behauptet wie seit seiner Wiederherstellung als Nation, als eine nie ermüdende Stütze der Eintracht und des Friedens. Ich kann den beteiligten Staaten meine dankbaren Gefühle nicht besser aussprechen, als indem ich dieselben vor den Vertretern der Nation bekräftige. Derartige Kundgebungen sind ein Beweis unsrer freundschaftlichen Beziehungen zu allen Mächten. meine Regierung ist zusammen mit den verbündeten Regierungen in wachsamer Sorgfalt bemüht, Europa vor jeder Gelegenheit einer Zwietracht zu bewahren. Inmitten dieser Friedensbürgschaften beginnen Ihre Arbeiten. Ihre Weisheit wird dieselben fruchtbar zu gestalten wissen." — Bezüglich der Finanzlage sagt der König: Das Gleichgewicht im Budget werde ohne Erschwerung für die Steuerträger hergestellt werden. Die Regierung werde Vorlagen behufs Einführung zweckmäßiger Reformen unterbreiten und, um das Budget elastischer zu gestalten, den Weg einer endgiltigen Steuerreform anbahnen. Die Thronrede kündigt sodann Reformen in verschiedenen staatlichen Dienstzweigen an, ferner militärische Reformen, welche bezwecken, daß die Herabminderung der Heeresausgaben nach keiner Richtung hin die Machtstellung des Reiches schädige, endlich eine Reform der Universitäten, der Mittel- und Volksschulen sowie judizielle Reformen: Auch werden Gesetzentwürfe in Aussicht gestellt zur Regelung und Vollendung von Eisenbahnarbeiten und Wasserstraßen sowie zwecks allmählicher Ausführung der dringendsten Bauarbeiten in Rom und in Betreff der Einführung von sozialen Reformen. Die Rede schließt: König Viktor Emanuel konnte mit Vorliebe den Ehrgeiz hegen, den Italienern ein Vaterland zu geben und seine Wünsche in unserm Rom zu verwirklichen. Ich hege den Ehrgeiz, meinen Namen an die wirtschaftliche und intellektuelle Wiedergeburt des Landes zu knüpfen, mein teures Italien stark, blühend und groß zu sehen, wie es jenen vorschwebte, die für dasselbe litten und starben.

24. November. Die Deputirtenkammer wählt Zanardelli zum Präsidenten.

30. November. Der Senat lehnt in geheimer Abstimmung mit 69 gegen 52 Stimmen einen der vom Könige neuernannten Senatoren, den Sizilianer Zuccaro-Floresta, ab. Er ist als ehemaliger Parteigänger der Bourbonen bekannt und gehörte von 1870—92 der Deputirtenkammer an.

1. Dezember. Mit Bezug auf diesen Vorgang erklärt der Ministerpräsident im Senat, dem Ministerium falle hierdurch die Pflicht zu, diese ernste, die Vorrechte der Krone berührende Frage bedächtig zu prüfen.

5. Dezember. Die zweite Kammer beschließt eine Adresse an den König zur Beantwortung der Thronrede. Bei der Beratung hält Barzilai eine irredentistische Rede.

7. Dezember. Bei Beratung des Etats des Ministeriums des Aeußern in der zweiten Kammer erklärt Lucifero, der Dreibund bezwecke ausschließlich die Erhaltung des Friedens; seit einiger Zeit sei wohl geäußert, die Sympathien zwischen den alliirten Nationen hätten sich verringert, er teile jedoch nicht diese Besorgnis und habe volles Vertrauen zum Minister des Auswärtigen, Brin. Jeder Grund zur Unpopularität der Tripelallianz sei geschwunden, denn es sei erwiesen, daß dieselbe nicht die wirtschaftlichen Verhältnisse Italiens erschwere und eine Verminderung der Rüstungen verhindere. Barzilai sprach die Ansicht aus, Brin habe es, indem er gewisse Uebertreibungen, in welche ein andrer verfallen sei, vermied, wohl verstanden, dem Dreibunde den richtigen Charakter zu geben. Es sei nicht glaublich, daß in Parlamenten andrer Länder über das Verhalten Italiens im Dreibunde Mißtrauen gehegt werde.

8. Dezember. Bei Fortsetzung dieser Beratung sagt der Minister des Auswärtigen, Brin, Italien und seine Verbündeten wären lediglich von einer Politik des Friedens beseelt und hätten die feste gemeinsame Absicht, alle ihre Bestrebungen auf die Verbesserung der Beziehungen unter allen Mächten zu richten, alle Mißverständnisse zu zerstreuen und alle Verstimmungen zu vermeiden. Hierdurch glaubten die Mächte den Frieden zu befestigen und zu sichern. Bezüglich der Anwesenheit nur eines deutschen Kriegsschiffes bei der Kolumbusfeier in Genua erinnert der Minister daran, daß Frankreich den Anlaß dieser Feier benutzt habe, um den König von Italien in Erwiderung der dem Präsidenten der französischen Republik in Toulon von der italienischen Marine dargebrachten Huldigung zu begrüßen. Die Ankunft des französischen Geschwaders in Genua habe daher einen besondern Charakter gehabt, und die Regierungen hätten nach vorherigem Einverständnis die Entsendung ihrer Kriegsschiffe geregelt. Dieses Einverständnis ohne kleinliche Rivalität habe mächtig dazu beigetragen, der großen

für Italien ehrenhaften Kundgebung den Charakter eines politischen Ereignisses von hoher friedlicher Tragweite zu geben. Niemand mehr als die Verbündeten Italiens hätten sich beeifert, ihre Genugthuung hierüber auszusprechen.

19. Dezember. Die Regierung bringt einen Gesetzentwurf ein, durch den die provisorische Handhabung derjenigen Budgetvorschläge für 1892/93 bis zum 28. Februar 1893 verlängert wird, die seitens des Parlaments bis zum 31. d. M. nicht genehmigt sein sollten.

21. Dezember. Die zweite Kammer genehmigt einen Gesetzentwurf, betr. die Emissionsbanken, nachdem sie Mitteilungen Colojannis über eine seit drei Jahren gegen die Banca Romana schwebende Untersuchung nicht beachtet und dem Ministerium ihr Vertrauen ausgedrückt hatte.

22. Dezember. Die Kammern genehmigen ein Budgetprovisorium.

IX.

Die königliche Familie.

8. Oktober. Gräfin Marie von Villafranca-Soissons, Tochter des Admirals Prinzen Eugen von Savoyen-Carignan, vermählt sich in Turin mit dem Artilleriehauptmann Baron Nasi.

15. Oktober. König Humbert und Gemahlin begrüßen in Mailand die durchreisende Kaiserin Friedrich.

Mitte November. König Humbert und Gemahlin erlassen ein Preisausschreiben für einen Wettbewerb bezüglich der Herstellung von vervollkommneten Einrichtungen auf dem Gebiete der Verwundeten- und Krankenpflege.

X.

Aenderung im Ministerium Giolitti.

26. November. In Rom stirbt der Marineminister de Saint Bon, der diese Stelle auch schon 1873—76 bekleidete.

10. Dezember. An dessen Stelle wird der Senator und Vizeadmiral Racchia ernannt.

XI.

Papst.

1. November. In der „Allg. Ztg." wird mitgeteilt, der Papst habe seine am 20. Februar an die Katholiken Frankreichs gerichtete Ermahnung zum ehrlichen Anschluß an die Republik (I. S. 313) im Interesse des europäischen Friedens erlassen und gelegentlich als Grund geäußert: „Mir fehlt Bismarck!"

6. November. Der Papst empfängt den Großfürsten Sergius.

8. Dezember. Erlasse des Papstes über die Freimaurerei. Einer derselben ist an die italienischen Bischöfe, der andre an das italienische Volk gerichtet. In ersterem heißt es:

Nun schweben der ererbte Glaube, das den Menschen durch Jesus Christus zu teil gewordene Heil und folglich auch die Segnungen der christlichen Bildung in Gefahr. Wagt doch der Freimaurerbund, nichts scheuend, vor niemandem zurückweichend, täglich größeres; er hat ganze Städte epidemieartig ergriffen und sucht sich in allen staatlichen Einrichtungen immer tiefer festzusetzen, zu dem Zwecke verschworen, die katholische Religion, den Grund und die Quelle der höchsten Güter, dem italienischen Volke zu entreißen. Daher werden zur Bekämpfung des göttlichen Glaubens unzählige Kunstgriffe angewendet, daher wird die rechtmäßige Freiheit der Kirche mißachtet und durch Gesetze unterdrückt. In Wort und That wird der Kirche der Charakter einer vollkommenen Gesellschaft abgesprochen: der Staat gehe voran, und die bürgerliche Gewalt stehe über der geistlichen. Aus dieser verderblichen und falschen, vom apostolischen Stuhle oft verworfenen Lehre ergiebt sich außer vielen andern Uebeln hauptsächlich dieses, daß die Staatslenker ihre Kompetenz überschreiten und sich nicht scheuen, sich anzumaßen, was sie der Kirche entzogen haben. — Was das bedeutet, sehet ihr bei den kirchlichen Benefizien, deren Früchte man sich herausnimmt nach Belieben zu geben oder zu nehmen. Nicht minder hinterlistig ist es, daß man den niedern Klerus durch Versprechungen zu ködern vermeint. Wo das hinaus will, ist um so leichter zu durchschauen, als die Urheber dieses Planes sich nicht sonderlich darum kümmern, ihre Absichten zu verbergen. Sie wollen nämlich die Diener des Heiligtums an sich ziehen und, wenn sie einmal für den neuen Zustand der Dinge gewonnen wären, vom Gehorsam gegen die rechtmäßige Gewalt abbringen. Allerdings scheinen sie die Charakterstärke der einheimischen Geistlichen in dieser Hinsicht nicht zu kennen; denn diese haben, obwohl so viele Jahre hindurch auf so viele Arten versucht, unverkennbare Beispiele der Unbestechlichkeit und der Treue gegeben, sodaß man ganz und gar vertrauen darf, daß sie mit Gottes Hilfe, was immer für Zeiten eintreten mögen, in derselben Gewissenhaftigkeit ausharren werden. Aus dem, was wir in aller Kürze berührt haben, leuchtet ein, was der Freimaurerbund imstande und was sein letztes Ziel ist. Wohin soll es mit dem Staate kommen, wenn das christliche Volk sich nicht entschließt, zu erwachen, zu arbeiten, auf das ewige Heil bedacht zu sein? Doch bei solch verwegenem Unterfangen der Schlechtigkeit genügt es nicht, den Anschlägen der abscheulichen Sekte vorzubeugen; es ist auch notwendig, in den Kampf zu treten, und zwar mit denselben dem göttlichen Glauben entnommenen Waffen, die einst gegen das Heidentum sich bewährten.

14. Oktober. Der Papst empfängt die Aebte und Vorsteher sämtlicher Trappisten-Klöster, welche sich in Rom versammelt haben, um die Vereinigung ihrer Kongregationen in einen einzigen Orden zu bewirken. Der Papst hält bei dieser Gelegenheit eine Rede, in der er die französische Revolution scharf verurteilt. Zum Generalabt der Trappisten wird der bisherige Generalvikar der französischen Kongregation, Pater Sebastian (Familienname Wiart), gewählt.

18. Dezember. Als Antwort auf die päpstliche Kundgebung gegen die Freimaurerei wird in Neapel ein großes freimaurerisches Festmahl zu Ehren des Großmeisters Lemmi veranstaltet, der die Angriffe scharf zurückweist.

In langer Rede stellt er die befreiende sittigende Arbeit der Freimaurerei dem rückschrittlichen Streben des Klerikalismus und des Vatikans gegenüber. In der alten Papstburg lebe und dräue noch, bewehrt mit Summa und Syllabus, das barbarische Mittelalter. In den Logen lebe die Jugendkraft der Neuzeit. Den Vorwurf sektirerischen lichtscheuen Treibens der Freimaurer nennt Lemmi die „elendeste, verleumderische Ausgeburt böswilligen Jesuitengeistes"; er bezeichnet die Freimaurer als beharrliche Vorkämpfer der Revolution und des in Rom auszutragenden Kampfes der Laiengesellschaft gegen kirchliche Herrschaftsansprüche. Die Freimaurerei verfechte daher vollste Gewissensfreiheit, die Staatsschule ohne Religionsunterricht, die Abschaffung des Kultusbudgets und des Garantiegesetzes, Strafbestimmungen gegen gesetzwidrige vaterlandsfeindliche Handlungen des Klerus, Vorrang der Ziviltrauung und die Ehescheidung. Lemmi schließt unter großem Beifalle mit einem Hoch auf auf den „Genius der italienischen Revolution."

23. Dezember. Beim Empfang des Kardinalkollegs, das die Weihnachtswünsche bringt, sagt der Papst:

Wenn man die Lage Europas vom moralischen und religiösen Gesichtspunkte betrachte, bemerke man den Anbruch eines Sturmes, der das letzte bedrohliche Anzeichen des Niederganges und des Unheils sei, die nur durch die heilende Kraft der Kirche zu beseitigen seien. Die Kirche befinde sich im Kampfe gegen die heftigsten Angriffe. Der Papst verbreitet sich sodann besonders über die Vorgänge in Italien und verdammt das Treiben einer verderblichen Sekte, die niemals eine wahrhafte Freundin des Volkes sei und leider von der Regierung unterstützt und gefördert werde. Schließlich erfleht der Papst Gottes Segen für Rom und die ganze Welt.

Spanien.

I.

Zollangelegenheiten.

1. Januar. Veröffentlichung eines neuen Zolltarifs.

Darnach soll der Minimaltarif auf alle Länder Anwendung finden, welche Spanien die günstigsten Bedingungen ihres Tarifs zugestehen. Die neuen Tarife sollen für diejenigen Länder modifizirt werden können, welche außerordentliche Zugeständnisse machen. Indessen wird kein Nachlaß des Zolles für Alkohol und andre Spirituosen erfolgen.

1. Juli. Veröffentlichung einer königlichen Verordnung, wonach der spanische Minimaltarif auf deutsche Waren Anwendung findet. Dieser Veröffentlichung liegt ein zwischen dem Berliner deutschen Botschafter und dem spanischen Minister des Aeußern getroffenes Abkommen zu Grunde, welches das deutsch-spanische Handelsprovisorium betrifft.

II.

Anarchisten.

9. Januar. Bewaffnete Anarchisten versuchen einen Ueberfall der Stadt Xeres, werden aber nach heftigem Kampfe vom Militär in die Flucht geschlagen.

Ende Januar. Anarchistische Unruhen finden in der Provinz Malaga sowie im Bergarbeiterbezirk von Bilbao statt, wo es zum Kampf mit Militär kommt.

27. März. In Barcelona findet ein Dynamitanschlag gegen das Gefängnis statt.

3. April. Anarchisten versuchen die Wohnung des Präsidenten der Deputirtenkammer in Madrid in die Luft zu sprengen.

30. April. Die Regierung verfügt die Auflösung aller anarchistischen Arbeitervereine.

9. Juni. Infolge einer Streikbewegung in Barcelona wird hier der Belagerungszustand verkündigt. Es kommt in der Stadt zu Kämpfen der Anarchisten mit Militär.

14. Juni. Das Verlangen der Aufständischen in Barcelona, in Stärke von 40000 Mann einen Zug durch die Stadt zu halten, wird gegen das Versprechen, Ordnung zu halten, gewährt.

Mitte Juni. In ganz Katalonien ziehen anarchistische Arbeiter umher, welche die Fabriken plündern und die Beamten mißhandeln. Streiks finden statt in Valladolid, Valencia, Malaga. Unruhen in Calahorra werden vom Militär unterdrückt.

24. Juni. Ein die allgemeine Ruhe bedrohender Ausstand der Telegraphenbeamten in Madrid wird durch Eingreifen der Regierung unterdrückt.

3. Juli. Neue Unruhen in Madrid. Militär vertreibt gewaltsam die Massen von den Plätzen.

4. Juli. Abermalige Unruhen in Calahorra werden militärisch unterdrückt.

8. Juli. Aehnliche Vorgänge fanden in Lorca (Provinz Murcia) statt.

23. Juli. Unruhen in Pontevedra und in den Städten an der Grenze von Portugal.

27. Juli. In Santander wird wegen anarchistischer Unruhen der Belagerungszustand verkündigt.

30. Juli. Das Ministerium beschließt umfassende Schutzmaßregeln für Andalusien, Katalonien und die baskischen Provinzen.

31. Juli. Unruhen in Murcia anläßlich der Erhebung von Lebensmittelzöllen.

5. August. Gegen die aufständischen Bauern in den Provinzen Alicante und Murcia wird Militär gesandt.

III.

Cortes.

12. Januar. In der Deputirtenkammer bringt die Regierung den Entwurf eines Gesetzes ein, das sie ermächtigt, die mit dem 1. Februar erlöschenden Handelsverträge bis zum 30. Juni d. J. zu verlängern und während dieser Zeit provisorisch handelspolitische Vereinbarungen zu treffen. Indessen würden fremde Alkohole und Branntweine auf alle Fälle nach dem am 1. Januar veröffentlichten Tarif besteuert werden.

13. Januar. Der republikanische Abgeordnete Valles greift in der Deputirtenkammer die Einrichtungen der Monarchie heftig an. Der Präsident ruft ihn zur Ordnung; hiergegen legen alle republikanischen Abgeordneten Verwahrung ein und beantragen einen Tadelsbeschluß gegen den Präsidenten.

29. Januar. Im Senat erklärt der Minister der öffentlichen Arbeiten bei der Besprechung der Vorbereitungen, die von seiten der Sozialisten und Anarchisten für den ersten Mai getroffen würden, die Regierung nehme die Herausforderung der Feinde der sozialen Ordnung an und werde den Kampf gegen dieselben rücksichtslos weiter führen.

10. Februar. Das vorgelegte Budget für 1892/93 stellt die Ausgaben auf 750 263 077, die Einnahmen auf 748 750 070 Pesetas fest.

26. Februar. Im Senat erklärt der Ministerpräsident Canovas

Auslassungen der Bischöfe von Salamanca und Cadiz gegenüber, Staat und Kirche müßten allerdings zur Verbesserung der Lage der Arbeiter beitragen; wenn indessen die Arbeiter unmögliche Forderungen stellten, so wäre auch das einzige Heilmittel dagegen der Gebrauch der Gewalt.

Mitte Juni. Den Cortes wird vom Kriegsminister der Entwurf eines Gesetzes vorgelegt, das die allgemeine Wehrpflicht zur Wahrheit machen soll. Nach den Erklärungen des Ministers gehen die Söhne der reichen Familien und die Leute von einem gewissen Bildungsgrade dem Wehrdienst im Frieden ganz verloren. Es fehle dadurch das Institut der Reserveoffiziere gänzlich, und Spanien ist genötigt, ein sehr zahlreiches Korps besoldeter Offiziere zu unterhalten. Das Heer könne nicht als die Verkörperung der ganzen Nation betrachtet werden.

27. Juni. Die Kammern genehmigen das Budget.

18. Juli. Die Deputirtenkammer stimmt der Zollpolitik der Regierung bei.

19. Juli. Vertagung der Session.

IV.

Aenderung im Ministerium.

11. März. Admiral Montijo, Marineminister im Ministerium Canovas del Castillo, tritt zurück und wird durch Berenger ersetzt.

V.

Kolumbusfeste.

3. August. In der Frühe, zu derselben Stunde, in der vor 400 Jahren Kolumbus vom Hafen Palos aus in See stach, beginnt im nahen Huelva die Feier. Die gehißten amerikanischen Flaggen werden hier mit Kanonendonner begrüßt von den in dieser Bai liegenden Riesenschiffen der spanischen, italienischen, französischen und englischen Kriegsmarine sowie von leichtern Korvetten Portugals, Hollands, Oesterreichs, Rußlands und amerikanischer Staaten. Es erscheinen hier zahlreiche Abordnungen, auch die meisten fremden Gesandten von Madrid. In Moguer bei Palos findet das feierliche

Auslaufen der „Santa Maria“ statt, eine Wiederholung des weltgeschichtlichen Vorgangs.

12. Oktober. In Huelva finden Festlichkeiten statt zur Erinnerung an den Tag von Kolumbus Landung auf Guanahani. In Gegenwart der königlichen Familie wird beim Kloster de la Rabida, in dem des Kolumbus Schicksal sich zum bessern gewandt hatte, ein hohes Standbild des Kolumbus aus weißem Marmor feierlich enthüllt. Die Regentin erläßt eine Amnestie, ordnet die Rückgabe dieses Klosters an die Franziskaner zur Errichtung einer Missionsschule an und unterzeichnet das Gesetz, durch das der 12. Oktober zum Nationalfesttage erhoben wird. — In mehrern größern Städten Spaniens findet ebenfalls eine Kolumbusfeier statt; bei der in Barcelona kommt es zu Zusammenstößen zwischen Volk und Militär.

1. November. Die in Madrid in Aussicht genommenen fernern Kolumbusfestlichkeiten werden ernstlich gestört. Auf die Nachricht von einer Verschiebung der großen Musikaufführungen zerstört das Volk nachts alle Laternen am Prado und steckt die Festtribüne in Brand.

2. November. Aehnliche Vorgänge finden in Granada statt. Auf die Nachricht, daß die Ankunft der Regentin verschoben sei, verbrennt das Volk den für sie errichteten Triumphbogen und zerstört die Bekleidung des Kolumbusdenkmals, das feierlich hatte enthüllt werden sollen.

VI.

Katholikenkongreß.

21. Oktober. Der in Sevilla tagende Kongreß beschließt mehrere Erklärungen, darunter solche, die sich auf Bekämpfung der Laienschulen sowie auf die Forderung einer Reform des Strafgesetzbuches beziehen, durch die auf Angriffe gegen die Religion Strafen festgesetzt werden; auch solle die Freiheit des Unterrichts nur den Religionsgesellschaften bewilligt werden. Ferner eine Erklärung für Herstellung der weltlichen Macht des Papstes. Auch wird beschlossen, eine internationale Organisation zu diesem Zwecke zu gründen.

26. Oktober. Die gesamte liberale Presse greift aufs heftigste die Königin und die Minister an, trotz der Erklärung der Regierung, daß die Bischöfe nicht als Teilnehmer des katholischen Kongresses, sondern in ihrer Eigenschaft als Bischöfe zu Hofe geladen gewesen seien.

VII.

Ministerium Sagasta.

Ende November. Die Stadtbehörde von Madrid wird wegen vorgekommener Unregelmäßigkeiten aufgelöst, der Bürgermeister Bosch vom Amte suspendirt.

30. November. Hierüber entsteht eine Meinungsverschiedenheit im Ministerium, infolge deren der Minister des Innern Villaverde ausscheidet. Mit ihm zugleich treten mehrere höhere Beamte zurück, darunter der sehr beliebte Alcalde, Marquis de Cubas. Zum Minister des Innern wird der Vizepräsident der zweiten Kammer, Danvilla, ernannt.

2. Dezember. In Madrid finden erhebliche Unruhen statt, veranlaßt durch den Unmut der Bevölkerung über den Rücktritt de Cubas.

8. Dezember. Das Ministerium Canovas wird auf seinen Wunsch entlassen. Es wird ein Ministerium Sagasta ernannt. Gamazo wird Finanz-, Montero Rios Justiz-, Maura Kolonialminister. Gonzalez wird Minister des Innern, Cervera Marine-, Moret Bautenminister.

14. Dezember. Der neue Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, Armijo, betont in einer veröffentlichten Erklärung, er werde sich in der Führung seiner Politik von dem Streben nach kluger Vorsicht und von den Gesichtspunkten vollkommener Neutralität leiten lassen. Die Regierung strebe darnach, mit allen Mächten Handelsverträge abzuschließen. Was Marokko betreffe, so werde die Regierung dafür sorgen, daß die Achtung vor der spanischen Flagge dort gewahrt bleibe.

VIII.

Evangelische Kirche.

Mitte Dezember. Eine der ersten Amtshandlungen des Ministeriums Sagasta bildet die Erteilung der bisher so lange versagten Erlaubnis zur Eröffnung der protestantischen Kirche in Madrid.

Obgleich die Kultusfreiheit durch die Verfassung verbürgt ist, herrscht über den Schritt der Regierung große Entrüstung in den katholischen Kreisen des Landes, und die Sprache der ultramontanen Blätter wird so drohend, daß für gut befunden wird, die Eröffnung vom letzten Advent auf den Weihnachtssonntag zu vertagen. Der päpstliche Nuntius und der Bischof von Madrid erheben beim Ministerpräsidenten Einsprache. Denselben Schritt unternimmt

eine Abordnung von Damen, bestehend aus acht Herzoginnen, neunzehn Marquisen, fünf Gräfinnen und den Gemahlinnen vieler hohen Beamten.

Portugal.

I.

Wechsel des Ministeriums.

13. Januar. Der Finanzminister de Carvalho tritt zurück, nachdem die Aktionäre der portugiesischen Eisenbahnen, deren Verwaltungsrat der Minister früher war, eine Untersuchung über die Geschäftsführung der Gesellschaft verlangt haben. Infolge dessen tritt das ganze Ministerium Abreu de Sousa zurück, das seit dem 13. Oktober 1890 im Amte war.

18. Januar. Es wird ein neues Ministerium ernannt. Vorsitzender ist der bisherige Advokat Dias Ferreira in Lissabon. Er übernimmt auch das Innere. Die übrigen Ministerien werden also zusammengesetzt: Finanzen: Oliveira Martins; Auswärtiges: Costa Loba; Justiz: Ayres de Gouvea; Krieg: Furtado Coelho; Marine: de Amaval.

II.

Finanzen.

3. Januar. In der Thronrede zur Eröffnung der Cortes werden Maßnahmen zur Ordnung der Staatsfinanzen angekündigt.

18. Januar. Das Ministerium Ferreira führt in seinem Programm vor den Cortes aus, zur Bewirkung einer Neuordnung der Finanzen müßten alle sich Opfer auferlegen; die Regierung werde genötigt sein, an die Gläubiger des Staats zu appelliren.

30. Januar. Die Regierung legt den Cortes den Entwurf eines Gesetzes zur Minderung der öffentlichen Schulden vor.

Der Entwurf schlägt eine Erhöhung der direkten Steuern vor, sodaß sie 10 bis 20 Prozent je nach der Höhe des zu besteuernden Betrags ausmache. Titres, eingeschlossen solche der öffentlichen Schuld, sollen einer Steuer von 30 Prozent unterliegen. Im Entwurf ist ferner vorgeschlagen, die Regierung zu Verhandlungen mit den Inhabern der äußern Schuld zu ermächtigen über eine Umwandlung eines Teiles des Kapitals und der Coupons in Bons, die unter später fortzusetzenden Bedingungen zu amortisiren seien; diejenigen Inhaber, die diese Verhandlungen ablehnen, sollen auf demselben

Fuße behandelt werden, wie Inhaber der innern Schuld; die Regierung soll ferner ermächtigt werden, gewisse Einnahmen zu Gunsten der Schuld zu verwenden und alle Ausgaben der Verwaltung herabzusetzen. Die Beamtengehalte sollen mit 5 bis 20 Prozent besteuert werden. Beigefügt ist ein Bericht über die Finanzlage. Dieser beziffert das Budgetdefizit auf 10 Millionen Milreis, die schwebende Schuld auf 23 Millionen, die Bankvorschüsse auf 13 Millionen. Der Bericht konstatirt ferner die Unmöglichkeit der Bedeckung der Erfordernisse durch Schatzoperationen und veranschlagt den durch die im Gesetzentwurf vorgeschlagenen Maßregeln zu erzielenden Betrag auf $8^1/_2$ Millionen Milreis, die zusammen mit den Ersparnissen und der allgemeinen Erhöhung der Einnahmen das Defizit vollständig decken würden.

König Karl richtet an den Ministerpräsidenten folgendes Schreiben:

Da Ich und die königliche Familie die ersten sein wollen, die zu den außerordentlichen Opfern, die die Lage des Staatsschatzes der Nation auferlegt, das Ihrige beitragen möchten, benachrichtige Ich Sie, daß Wir uns entschlossen haben, 20 Prozent unsrer Dotation abzutreten, so lange die entsetzliche und traurige Krisis andauert, die wir gegenwärtig durchzukämpfen haben. Glauben Sie Mir, daß in allem und mit allen Ich dem Schicksal der Nation folgen werde, mit der so wesentlich Mein Geschick und das Meiner Dynastie verknüpft ist.

Da die Zivilliste 520 Contos de Reis à 4500, also 2 340 000 Mk. beträgt, so werden also 117 000 Mk. geopfert.

20. Februar. Die Pairskammer genehmigt die Verhaftung eines ihrer Mitglieder, des frühern Ministers Mendoza Cortez, wegen dessen Unterschlagung von Wertpapieren der lusitanischen Bank.

23. Februar. Die Finanzvorlage vom 30. Januar ist von beiden Kammern genehmigt.

3. März. Die Regierung legt den Cortes den Entwurf eines Gesetzes wegen Besteuerung von Alkohol und Zündhölzern vor.

III.

Aenderungen im Ministerium.

26. Mai. Infolge von Meinungsverschiedenheit unter den Ministern über die Frage der Erstrebung einer besondern ministeriellen Partei in den Cortes bittet das ganze Ministerinm Ferreira um Entlassung. Es wird nun derart neugebildet, daß die Minister der öffentlichen Arbeiten und des Aeußern ausscheiden, und daß diese Stellen besetzt werden mit dem Präsidenten der Pairskammer Telles Pereira de Vasconzellas, der die Justiz, während Sequeiro die öffentlichen Arbeiten, der bisherige Justizminister Gouvea das Aeußere und Diaz Ferreira die Finanzen übernimmt.

IV.

Die Staatsschuldfrage.

24. Mai. Dem früheren Minister Serpa Pimentel gelingt es durch Verhandlungen in Paris mit Vertretern der ausländischen Staatsgläubiger, mit diesen namens der Regierung ein Uebereinkommen zu treffen.

13. Juni. Die Regierung verwirft dies und beschließt, den Coupon der Staatsschulden für April und Juli vorläufig nur zu einem Drittel bezahlen zu lassen.

12. Juli. Da dies geschah, während noch Verhandlungen mit den Vertretern der auswärtigen Mächte schwebten, erhebt der deutsche Gesandte in Lissabon, Graf Bray, Einspruch dagegen, daß die deutschen Gläubiger erheblich ungünstiger als die portugiesischen Inhaber der innern Schuld behandelt würden. Weiterhin weist die Note die Behauptung des portugiesischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, die portugiesische Regierung hätte vor der Zwangslage gestanden, alles oder nichts zu bezahlen, entschieden zurück, indem hervorgehoben wird, daß die Vertreter der deutschen Gläubiger zu weitgehenden Konzessionen gegenüber den finanziellen Schwierigkeiten des Landes bereit gewesen wären.

22. Juli. Der Ministerpräsident giebt in einer Versammlung von Abgeordneten und Finanzmännern die Erklärung ab, er beabsichtige, einen Plan vorzulegen, wonach die schwebende Schuld bezahlt und das Defizit ohne Anleihe oder Vermehrung der Steuern gedeckt werden solle. Mit Frieden, öffentlicher Ruhe und Sparsamkeit müsse dies gelingen, aber eine auswärtige Kontrolle werde er nicht dulden, denn in ähnlicher Lage seien früher auch Oesterreich und Spanien nicht behelligt worden.

23. Juli. Der deutsche Gesandte überreicht wieder eine Note seiner Regierung.

Darin wird bemerkt, daß während der über die Frage der ausländischen Gläubiger Portugals in Lissabon und später in Paris geführten Verhandlungen die deutschen Gläubiger bis zuletzt unzweifelhafte Beweise ihres Billigkeitsgefühls sowie ihres guten Willens, den finanziellen Schwierigkeiten, unter denen augenblicklich Portugal leidet, Rechnung zu tragen, geliefert haben. Diese entgegenkommende Haltung habe indessen, wie die kaiserliche Regierung mit Bedauern konstatiren muß, nicht diejenige Anerkennung gefunden, die zu erwarten man berechtigt war; vielmehr habe die portugiesische Regierung, weit entfernt, die Mäßigung der deutschen Gläubiger nach ihrem Werte zu würdigen, darauf mit einer neuen Verletzung ihrer Interessen geantwortet. „Angesichts dieses willkürlichen Verfahrens bin ich beauftragt worden, der königlich portugiesischen Regierung den formellen Protest der kaiserlichen Regierung

gegen das heutige Dekret zu notifiziren, insoweit dasselbe die vertragsmäßigen und garantirten Rechte der Gläubiger deutscher Reichsangehörigkeit verletzt."

Die portugiesische Regierung antwortet alsbald mit der Versicherung, daß sie sich nicht ohne das lebhafteste Bedauern durch die äußerste Bedrängnis der gegenwärtigen Finanzlage gezwungen sieht, so vorzugehen, wie sie vorgegangen ist — und was den beregten Erlaß vom 13. Juni gegenüber den Bestimmungen des Gesetzes vom 26. Februar d. J. betrifft, so wird dieser der strengsten Prüfung und gerechten Würdigung der Cortes bei deren nächstem Zusammentritt unterworfen werden, wie es in dem Erlaß erklärt ist. Ferner heißt es:

Auf das ferner in der Note Eurer Exzellenz Ausgeführte antwortet der dem Erlaß voraufgehende Bericht in so bestimmten und bündigen Ausdrücken, daß keine begründete Gegenbemerkung erhoben werden kann. Die Regierung berücksichtige die Ansprüche der Gläubiger so lange, wie die Verhältnisse des Staatsschatzes es ihr erlaubten; und es würde keinerlei Berechtigung haben, durch irgend welches Verfahren jetzt den Gläubigern die volle Zahlung zu verbürgen, wodurch sich in kurzer Zeit die gänzliche Unmöglichkeit, irgend etwas zu zahlen, entwickeln müßte.

10. **September**. Erlaß der Regierung, wonach fernerhin keine Tagegelder an die Abgeordneten gezahlt werden sollen.

V.

Neuwahlen.

Ende Oktober. Die Wahlen zu den Cortes fallen auf 60 Regenerados (Konservative), 40 Progressisten, 30 Anhänger des Ministeriums, 10 Unabhängige und 4 Republikaner.

VI.

Die königliche Familie.

4. **Juli**. König **Karl** begnadigt die wegen Preßvergehen Verurteilten und die an einem Aufstande vom 31. Januar beteiligt gewesenen Soldaten.

9. **November**. Der König und die Königin begeben sich zu den Kolumbusfestlichkeiten nach **Madrid**. Bei ihrer Abfahrt finden in Lissabon Kundgebungen gegen England statt.

18. November. Bei ihrer Rückkehr werden König und Königin mit begeisterten Kundgebungen empfangen.

VII.

Kolonien.

3. März. 300 eingeborne Soldaten der nach dem Nyassasee bestimmten Expedition empören sich in der ostafrikanischen Kolonie Mozambique und plündern das Land am untern Sambesi.

Mitte März. 6000 Neger bedrohen die Stadt Quilimane in derselben Kolonie. Infolge dessen wird hier der Belagerungszustand verkündigt.

Belgien.

I.

Die Kammern.

25. Januar. In der Deputirtenkammer tritt der Ministerpräsident Beernaert für die Handelsverträge mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn auf. Er verweist auf deren Vorteile für Belgien und auf die zuvorkommende Nachgiebigkeit Deutschlands gegenüber der starren Schutzpolitik Frankreichs, durch das Belgien eben genötigt worden sei, sich andern Ländern zuzuwenden. Die Ziffer der belgischen Ausfuhr nach Deutschland mache ungefähr ein Viertel des ganzen belgischen Handelsverkehrs aus, und dabei sei der Export nach Deutschland noch immer in weiterer Steigung begriffen. Der deutsche Reichskanzler habe in loyaler Weise anerkannt, daß Deutschland exportbedürftig sei, und daß man das bisherige Wirtschaftssystem ändern müsse.

28. Januar. Genehmigung der Handelsverträge.

30. Januar. Zustimmung des Senats.

2. Februar. In der zweiten Kammer beginnt die Beratung über die Frage der Verfassungsänderung, nachdem sie am 27. Nov. 1890 vom Abg. Janson angeregt war. Ministerpräsident Beernaert führt aus: eine Revision der Verfassung könne nur dann stattfinden, wenn in den Kammern eine bestimmte Richtung deutlich zum Ausdruck komme und eine zuverlässige Majorität für eine bestimmte Reform vorhanden sei. Er verlange nicht, daß man

sich über eine bestimmte Vorlage einige, sondern nur, daß über die Grundzüge einer Reform eine Einigung erzielt werde. Die Revision solle sich auf zehn Artikel erstrecken, darunter diejenigen über die Wahlgesetze, die proportionelle Vertretung der Minoritäten, die Diäten der Deputirten, die Thronfolge, die Heiraten der Prinzen des königlichen Hauses, das Referendum des Königs.

Der eingebrachte Regierungsantrag erweitert die zur Revision bezeichneten Paragraphen auf eine ganze Reihe von Bestimmungen, die sich auf das Repräsentativsystem und die königlichen Befugnisse und Rechte beziehen. Die in dem Regierungsantrag bezeichneten Paragraphen sind die folgenden: 1, 34, 48, 52, 58, 60 und 67. Die Paragraphen 48, 54 und 34 haben besonders Bezug auf die Bildung der Wählerschaft (per Provinz), auf die Prüfung der Wahlen und das zum Eintritt in den Senat nötige Vermögen. Auf die Aenderung dieser Paragraphen war man von vornherein gefaßt. Die übrigen Paragraphen haben aber einen ganz andern Charakter. Es handelt sich bei ihnen um eine Erweiterung der königlichen Rechte. So soll Paragraph 1 revidirt werden, um die eventuelle Annexion des unabhängigen Kongostaates an die belgische Krone zu ermöglichen. Die Regierung bekennt, daß sie mit der Revision des Paragraph 58 den Eintritt nicht nur des Erbprinzen, sondern auch aller königlichen Prinzen in den Senat bezweckt. Endlich soll durch die Revision der Paragraphen 60 und 67 einerseits das königliche Referendum ermöglicht und andrerseits dem Könige die Wahl seines Nachfolgers gestattet werden, für den Fall, daß er kinderlos stirbt oder keine regierungsfähige Nachkommen besitzt.

3. Februar. Die Abgeordneten sind beim Könige zur Tafel. Nach derselben unterhält er sich mit zahlreichen Abgeordneten über die Verfassungsrevision, insbesondere über das von ihm selbst angeregte Königsreferendum, das er als eine echt demokratische Einrichtung bezeichnet, da es nichts weniger als „cäsarisch" sei, das Volk über hochwichtige Fragen zu Rate zu ziehen.

12. April. In der zweiten Kammer macht der frühere Minister Frère-Orban Enthüllungen, wonach Belgiens Unabhängigkeit 1852 und 1854 sowie vor 1870 von Frankreich stark bedroht gewesen sei.

19. April. Abg. Scoumann deckt in der zweiten Kammer auf, daß die hundert Millionen, welche die Maasforts gekostet haben, vom General Brialmont schon 1888 als hierfür nötig bezeichnet seien, während der Kriegsminister Pontus aus Besorgnis der Ablehnung einer so hohen Summe das Erfordernis auf bloß vierzig Millionen angegeben habe. Pontus leugnet, wird aber überführt.

10. Mai. Die Deputirtenkammer nimmt alle Vorschläge der Regierung an, ausgenommen den bezüglich der Minoritätenvertretung.

13. Mai. In der zweiten Kammer verlangt Rosseuw von der Regierung bestimmte Erklärungen über die lautgewordnen Beschul-

digungen, daß der Kongostaat, entgegen den Beschlüssen der Brüsseler Konferenz, für eigne Rechnung Handel treibe und Gewehre eingeführt habe. Wenn diese Behauptungen wahr wären, müßten die Bedingungen der Anleihe des Kongostaates geändert werden, der Belgien 1890 zugestimmt habe. Der Ministerpräsident erwidert, zwischen Belgien und dem Kongostaate bestehe bekanntlich nur eine Personalunion; die Fortschritte dieses Staates seien bedeutend; es sei erforderlich, seine Grenzen zu besetzen. Der Minister weist auf die vom Könige für diesen Staat gebrachten Opfer hin; Verkauf von Gewehren habe nicht stattgefunden.

20. Mai. Nachdem das Ministerium mit seinem Rücktritt gedroht, wird auch letzterer Punkt angenommen.

II.

Neuwahlen.

23. Mai. Beide Kammern werden aufgelöst, und Neuwahlen werden angeordnet, damit die neuen Kammern an Stelle der von den bisherigen Kammern bezeichneten Verfassungsartikel neue setzen.

14. Juni. Neuwahlen. Es werden zweiundneunzig Klerikale und sechzig Liberale in die zweite Kammer, vierzig Klerikale und dreißig Liberale in den Senat gewählt.

III.

Parteibewegung.

Anfang Februar. In Brüssel finden aus Anlaß der Frage der Verfassungsänderung zahlreiche sozialistische Straßenkundgebungen statt.

20. Februar. In Lüttich findet ein anarchistischer Dynamitanschlag statt.

8. April. Ein Ministerrat in Laeken unter Vorsitz des Königs beschäftigt sich mit der Anarchistenfrage. Der König betont die Notwendigkeit scharfer Maßregeln gegenüber diesen geschworenen Feinden jeder staatlichen Ordnung, und der Ministerrat beschließt sofort, nicht bloß die einheimischen Anarchisten strenger zu überwachen, sondern auch die Fremdenpolizei in Belgien kräftiger zu handhaben. König Leopold betont ferner die Notwendigkeit einer internationalen An-

archistenkonvention und fordert die Regierung auf, sich mit den europäischen und überseeischen Staaten wegen Einberufung einer allgemeinen Anarchistenkonferenz nach Brüssel ins Einvernehmen zu setzen.

12. April. In mehreren Brüsseler Kirchen werden Dynamitbomben entdeckt.

1. Mai. In Lüttich finden drei Dynamitanschläge von Anarchisten statt. Zwei Häuser und die Sakristei der Martinskirche werden zerstört. In Brüssel unternehmen die Arbeitervereine einen großen Zug durch die Stadt mit Kundgebungen für das allgemeine Wahlrecht und den Achtstundentag.

2. Mai. Durch anarchistische Dynamitanschläge werden in Lüttich siebenundzwanzig Häuser beschädigt. Auch in kleinern Orten der Umgegend finden solche Anschläge statt.

7. Mai. In Chatelet werden von Anarchisten Versuche gemacht, zwei Häuser in die Luft zu sprengen.

27. Juni. In Brüssel kommt es zum Kampf zwischen Sozialdemokraten und Polizisten.

15. August. Der Bergarbeiterkongreß in Frameries beschließt, wieder eine allgemeine Arbeitseinstellung eintreten zu lassen, sobald die Konstituante sich gegen das allgemeine Stimmrecht entscheiden sollte.

5. November. Die liberale Vereinigung von Ost-Brüssel sagt in einer Ansprache an die Bevölkerung: Die Kommission der Kammer hat durch Ablehnung des allgemeinen Stimmrechts gezeigt, daß sie den Willen des Landes verkennt. Der König und die Kammern dürften sich über die Wünsche des Landes keiner Täuschung hingeben. Die Bourgeoisie der Hauptstadt soll durch die friedliche Kundgebung am Dienstag den Willen der Nation kennen lernen, indem der Zug der Manifestanten bei der Fahrt des Königs zur Kammereröffnung ruft: „Es lebe das allgemeine Stimmrecht!"

6. November. Eine Massenversammlung der Radikalen und Sozialisten beschließt in Brüssel, von der Forderung des allgemeinen Stimmrechts nicht abzulassen. Die Konstituante solle unter Androhung eines Volksaufstandes gezwungen werden, das allgemeine Stimmrecht zu beschließen. Ein Redner in dieser Versammlung, der Sozialistenführer Anseele aus Gent, ruft die Soldaten auf, nicht nur den Offizieren den Gehorsam zu verweigern, sondern im Bunde mit dem „Volke" die gegenwärtige Regierung gewaltsam zu stürzen.

7. November. In einer von viertausend Personen besuchten Versammlung in Brüssel werden von sozialistischen Führern abermals aufreizende Reden zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts gehalten. In Gent gerät eine Versammlung, die dieselbe Forderung geltend macht, mit der Polizei in Streit. Die berittene Gendarmerie stellt endlich die Ruhe her.

8. November. Der König wird, als er sich zur Eröffnung der Kammern begiebt, von den lebhaftesten Kundgebungen für das allgemeine Stimmrecht empfangen.

9. November. In einer Brüsseler Volksversammlung werden sehr heftige Reden gegen die Regierung gehalten. Der Abg. Janson betont, daß in einem freien Lande alle Bürger ihre Bürgerrechte müßten ausüben können, und giebt dem Wunsche lebhaften Ausdruck, daß der König und die Kammern dem Volke seine Rechte nicht vorenthalten mögen. Die Teilnehmer an der Versammlung veranstalten dann eine Straßenkundgebung, werden aber von Militär zersprengt.

13. November. Die Arbeitervereinigungen des Borinage veranstalten in Mons einen Zug als Kundgebung für das allgemeine Stimmrecht.

14. November. Eine zu gleichem Zweck in Löwen stattfindende Versammlung hat heftigen Zusammenstoß mit der Polizei.

21. November. Eine große Arbeiterversammlung in Brüssel kündigt für den Fall der Versagung des allgemeinen Stimmrechts allgemeinen Ausstand an.

1. Dezember. In der Umgegend von Lüttich kommt es zum Kampfe zwischen Bergleuten und Militär.

5. Dezember. In Gent kommt es zu größern Ausschreitungen beschäftigungsloser Arbeiter.

IV.

Verhältnis zu Frankreich.

Im Januar. Es zeigt sich in weiten Kreisen des Landes eine Erregung über die von französischen Agitatoren eifrig und systematisch fortgesetzten Versuche, republikanische Gesinnung in Belgien einzuführen.

Anfang August. Der Minister des Innern verbietet den Behörden fortan, französische Militärmusiken zu belgischen Festen zuzulassen.

11. August. Die Erregung gegen Frankreich hat in Belgien einen fast überraschend hohen Grad erreicht, seit sich die Nachricht bestätigt hat, daß die französische Regierung nicht bereit sei, ihren Streit mit dem Kongostaate einem Schiedsgerichte zu unterwerfen. Die gesamte belgische Presse ist einig in ihrem Urteil dahin, daß Frankreich, indem es ein Schiedsgericht ablehne, seine ganze Vergangenheit verleugne, seinen angeblich demokratischen Grundsätzen ins Gesicht schlage und sich zu ganz reaktionären Grundsätzen im Völkerverkehr bekenne, während es sich stets als an der Spitze der Zivilisation stehend bezeichne.

23. August. Infolge von Unruhen in Louvaines, wo Streitigkeiten zwischen französischen und belgischen Arbeitern stattfanden, weist die französische Regierung eine große Zahl belgischer Arbeiter aus Frankreich aus. Bei deren Heimkehr wird die Bevölkerung in der Umgegend von Mons sehr erregt. Unter Vorantragung einer roten Fahne mit der Inschrift „Tod den Franzosen!“ ziehen die Erregten nach den Wohnungen der französischen Pächter, Beamten und Arbeiter, wo größere feindselige Kundgebungen stattfinden. Infolge der Tumulte verlassen viele Franzosen die Stadt.

1. September. In den belgischen Bergwerken Blaton und Bernissart kommt es zwischen französischen und belgischen Arbeitern abends zu heftigen Zusammenstößen.

20. September. Die Vertreter der belgischen und der französischen Bergarbeiter erzielen eine Verständigung und verabreden eine Aufforderung zur Eintracht an beide Teile.

24. September. Gleichwohl kommt es zu neuen Kämpfen zwischen belgischen und französischen Arbeitern in Courcelles.

23. Oktober. In Brüssel findet eine große vlämische Protestversammlung gegen die französische Belgierhetze statt.

V.

Die neuen Kammern.

8. November. Die neugewählten Kammern werden durch Thronrede des Königs eröffnet. Darin sagt er in Betreff der Frage der Verfassungsänderung:

Die Kammer hat in Uebereinstimmung mit der Regierung beschlossen, daß verschiedene Punkte unsrer politischen Organisation einer eingehenden Prüfung zu unterziehen sind, und in der feierlichen besondern Befragung, die von unsrer Grundakte vorgeschrieben wird, haben die derzeitigen Wähler den Abgeordneten soeben das Mandat erteilt, eine erhebliche Ausdehnung des Stimmrechts ins Werk zu setzen. Hieran knüpfen sich andre Aufgaben von derselben Bedeutung, und ihre Lösung wird ein wesentlicher Gegenstand der bevorstehenden Session sein. Indem unsre Voreltern die Verfassungsrevision der Genehmigung durch eine ausnahmsweise Majorität unterwarfen, wollten sie, daß diese Revision nicht das Werk einer Partei sein. In diesem Geiste werden durch meine Regierung Vorschläge unterbreitet werden, und ich bin überzeugt, daß die revidirte Verfassung ebenfalls ein Werk der Eintracht, der Weisheit und des Fortschritts sein wird. — Ueber die Beziehungen zum Auslande sagt die Thronrede, daß dieselben nach wie vor von dem Geiste gegenseitigen Vertrauens getragen seien. Die Thronrede hebt hervor, daß wichtige internationale Versammlungen auf belgischem Gebiet abgehalten worden sind, und daß Brüssel nächstens Sitz der Münzkonferenz sein wird. Die Maasbefestigungen, die nunmehr fertiggestellt seien, würden das Land noch besser in den Stand setzen, die Pflichten der Neutralität zu erfüllen, an der jederzeit festzuhalten Belgien fest entschlossen sei. Bei Erwähnung der Industrie und des Handels erinnert der König an die Schwierigkeiten, die aus dem allgemeinen herrschenden Unbehagen herrührten, und zu denen sich die Erschwerungen durch strenge Schutzzollmaßregeln gesellten. Produktion und Handel seien indessen nicht vermindert, an Stelle verlorner Absatzgebiete seien neue getreten, die den Gegenstand beständiger Fürsorge der Regierung bildeten. Die finanzielle Lage bleibe befriedigend.

18. November. In der zweiten Kammer fordert der Abgeordnete General Brialmont die Regierung auf, bestimmt zu erklären, ob sie noch in dieser Session einen Gesetzentwurf über die persönliche Wehrpflicht einzubringen gedenke. Der Ministerpräsident erklärt, die Regierung habe sich mit dieser Frage nicht be-

faßt. Der Kriegsminister Pontus erklärt, er habe die Vermehrung der Kontingente durchgeführt und die Frage der Reserve gelöst; die Frage der persönlichen Wehrpflicht hingegen habe er in sein Programm nicht aufgenommen.

26. November. Im Kammerausschusse für Verfassungsrevision zieht die Regierung den Gesetzesvorschlag bezüglich des königlichen Referendums zurück.

1. Dezember. In der Deputirtenkammer richtet bei Beratung des Auswärtigen Hanssens an die Regierung die Anfrage, ob sie wegen der gegen die belgischen Arbeiter im Departement Pas de Calais begangenen Gewaltthätigkeiten der französischen Regierung ernste Vorstellungen gemacht habe. Ministerpräsident Beernaert erwidert, die Unterhandlungen wegen der gegen belgische Arbeiter in Frankreich begangenen Gewaltthätigkeiten hätten, den zwischen Frankreich und Belgien bestehenden Beziehungen entsprechend, einen durchaus korrekten Verlauf genommen. Die in mehreren Orten Nordfrankreichs vorgekommenen Ausschreitungen seien unterdrückt worden und hätten keine weitere Ausdehnung angenommen. Freilich seien die Schuldigen sehr kurze Zeit nach ihrer Verurteilung begnadigt worden. Was die belgischen Arbeiter, die Schaden gelitten hätten, anlange, so müßten sie sich mit der Klage auf Schadenersatz an die französischen Gerichte wenden.

26. Dezember. Ministerpräsident Beernaert läßt dem für die Verfassungsänderung eingesetzten Kammerausschusse den Regierungsentwurf zur Verfassungsänderung zugehen. Der Entwurf enthält folgende Hauptpunkte:

Der bisherige Zensus wird vollständig beseitigt. Das neue Wahlsystem beruht auf dem Hausstande und der Befähigung. Wer ein Haus oder einen Teil des Hauses, das einen Katasterertrag von 10 bis 15 Frcs. ergiebt, bewohnt, hat das Stimmrecht. Das bisherige Fähigkeitswahlrecht wird beibehalten; jeder Bürger kann durch das Bestehen einer vereinfachten Wahlprüfung das Stimmrecht erwerben. Die verhältnismäßige Vertretung der Minderheiten wird eingeführt. Das bisherige Wahlsystem bestimmte, daß die Stimmabgabe in der Hauptstadt des Wahlbezirks erfolgen mußte, wodurch die Wahlen für die Parteien sehr kostspielig wurden, da die Wähler des flachen Landes nach der Hauptstadt des Wahlbezirks befördert werden mußten. Fortan soll jeder Wähler in seiner Gemeinde die Stimme abgeben. Die Stimmabgabe ist obligatorisch; wer zur Wahl nicht erscheint, wird mit einer Geldstrafe belegt. Die Regierung erklärt gleichzeitig, daß sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Einführung des allgemeinen Stimmrechts als unstatthaft erachtet, da das Land für einen derartigen Sprung nicht reif sei. Das schließe aber nicht aus, daß in späterer Zeit das allgemeine Stimmrecht zur Einführung kommen könne, sobald sich eine parlamentarische Zweidrittelmehrheit dafür finde.

Niederlande.

I.

Generalstaaten.

8. März. Genehmigung eines Vertrags mit Großbritannien zur Abgrenzung der beiderseitigen Gebiete im nördlichen Borneo.

22. März. Annahme eines Gesetzes zur Verstärkung der Streitkräfte.

25. März. Zustimmung zur Antisklavereiakte der Brüsseler europäischen Konferenz.

16. Mai. Ein Gesetzentwurf wegen Aenderung des Jagdgesetzes wird abgelehnt, weil über die Entschädigung keine Uebereinstimmung zu erzielen war.

20. Mai. Genehmigung eines Vertrags über die Ausbeutung der Zinnlager auf der Insel Billiton bei Sumatra.

II.

Parteiwesen.

15. März. In Amsterdam wird ein sozialdemokratischer Studentenverein gegründet.

10.—29. Mai. Bei den Provinzialratswahlen erzielen die Liberalen größere Erfolge gegen die Vereinigung der Ultramontanen und Orthodoxen.

III.

Die Königinnen.

21. April. Die Königin Wilhelmine und ihre Mutter, die Königin-Regentin Emma, halten einen feierlichen Einzug in Amsterdam, um hier eine Zeit lang, nach hergebrachter Weise, zu residiren.

2. Mai. Abreise der Königinnen nach Sand im Schwarzwald zur Erholung.

30. Mai bis 2. Juni. Besuch der Königinnen am preußischen Hofe. (I. S. 260.)

10. Juni. Sie besuchen die Stadt Utrecht. Hier legt die junge Königin den ersten Stein zum neuen Universitätsgebäude, das die Stadt im Jahre 1886 bei der 250jährigen Jubiläumsfeier der Universität gestiftet hatte.

13. und 14. Juni. Die Königinnen besuchen Friesland. Unter den Personen, welche die Regentin in Leeuwarden empfängt, befinden sich einige Arbeiter, die sich unehrbietig benehmen.

4. August. Feierliche Eröffnung des Merwede-Kanals in Gegenwart der Königinnen. Der Kanal soll die kürzeste Verbindung zwischen Amsterdam und dem Rhein bilden; er geht über Utrecht, Vreeswyk bis Gorinchem.

5. September. Der Tag, an dem die Königin Wilhelmine ihr zwölftes Lebensjahr zurücklegt, wird im ganzen Lande unter großer Teilnahme der Bevölkerung gefeiert.

IV.

Heeresreform.

16. November. Die Regierung legt der Landesvertretung einen Gesetzentwurf vor, demzufolge die Truppenzahl in Kriegszeiten 68115 Mann betragen, die Dienstpflicht beim Heer und bei der Bürgerwehr neun Jahre, wovon drei in der Reserve, dauern und die Zahl der jährlich Auszuhebenden beim stehenden Heere 11500, bei der Bürgerwehr 19000 Mann betragen soll. Zur Herstellung einer neuen Kriegsmarine fordert die Regierung 36, für Landesverteidigungszwecke 27 Millionen.

Luxemburg.

1. Juni. Die Deputirtenkammer beschließt die Herabsetzung des Wahlcensus für die Wähler zur Deputirtenkammer von 30 auf 15 Fr., wodurch die Wählerzahl von 6600 auf 14000 vermehrt wird, und genehmigt ferner eine Bestimmung, welche den Kandidaten verbietet, den Wählern Getränke und Essen zu geben und während der Wahlperiode den Wählern Besuche zu machen.

Im August. Die Gemeindevertretung der Hauptstadt befördert die Neigung eines Teils der Bevölkerung zur Verbindung mit

Frankreich durch Bewilligung einer Unterstützung für den Besuch eines Vereins zum Musikwettstreite in Nancy. Um dieselbe Zeit werden Vereine aus Nancy in Luxemburg mit großen Feierlichkeiten aufgenommen, und es kommt öffentlich zu Verbrüderungsszenen. Der Polizeikommissar macht Maßregeln der Vorsicht gegen Verbreitung der Cholera nur in französischer Sprache bekannt.

10. September. In Luxemburg wird der 50. Jahrestag der Gründung der luxemburgischen Wehrmacht als deutsches Bundeskontingent gefeiert. Dabei hält Ministerpräsident Eyschen eine Rede in deutscher Sprache.

8. November. Eröffnung der Deputirtenkammer. Die Kammer wird ohne Thronrede eröffnet. In dem ihr vorgelegten Budget sind die Einnahmen mit 9547000, die Ausgaben mit 8207021 Francs angesetzt.

23. Dezember. Die Kammer genehmigt einstimmig das Budget.

Dänemark.

I.

Reichstag.

1. April. Die seit dem 6. Oktober 1891 dauernde Session wird geschlossen, ohne daß auch diesmal eine Einigung über das Finanzgesetz zu stande gekommen ist, und nachdem von 125 Gesetzvorlagen nur 33 erledigt sind. Die wichtigsten der zu stande gekommenen Gesetze betreffen die Krankenkassen, die Alimentation unehelich geborener Kinder, die Seegerichte und die Registrirung der Schiffe. Infolge des Scheiterns des Finanzgesetzes für 1892—93 wird dieses von der Regierung als provisorisches in Kraft gesetzt.

II.

Neuwahlen.

20. April. Die Neuwahlen zum Folkething fallen auf 30 Abgeordnete der Rechten, 43 der gemäßigten und 28 der radikalen

Linken. Es ist dies ein für die Regierung nicht ungünstiges Ergebnis, da die Rechte sechs, die Gemäßigten vier Mandate erlangten.

III.

Die königliche Familie.

25. Mai. Das Königspaar feiert das Fest seiner goldenen Hochzeit, zu dem sich die Angehörigen der Familie aus England, Rußland, Griechenland und die Familie des Herzogs von Cumberland einfinden. Die Bevölkerung des ganzen Landes nimmt an dem Feste teil. Das Königspaar empfängt Abordnungen von Gemeinden und Vereinen aus dem ganzen Lande. Die Präsidenten beider Kammern des Reichstags und der Oberpräsident halten Ansprachen.

26. Mai. Festlicher Zug aller Fürstlichkeiten zur Frauenkirche.

27. Mai. Feierlicher Aufzug der Soldaten aus den Kriegen von 1848—50 und 1864. Der König hält vom Schloßbalkon eine Ansprache. Den Schluß bildet ein großartiger Volkszug vor dem Schlosse.

8. August. Der König besucht, nach dem Ende seiner Kur in Wiesbaden, das 6. preußische Ulanenregiment in Castel, dessen Chef er ist.

IV.

Reichstag.

3. Oktober. Eröffnung des neuen Reichstags. Nach der ihm alsbald vorgelegten Staatsrechnung für 1891—92 schließt diese mit einem Defizit von 7700000 Kronen und beträgt die Staatsschuld 185 Millionen. Im Budget für 1893—94 sind die Einnahmen mit 55,5, die Ausgaben mit 54,2 Millionen Kronen angesetzt.

11.—18. Oktober. Erste Beratung des Etats im Folkething. Der frühere Kultusminister Scavenius giebt die Bedingungen für einen endlichen Friedensschluß zwischen der Regierung und der Kammermehrheit an.

Jeden Gedanken an einen Rücktritt des Ministeriums Estrup bezeichnet Redner als eine Täuschung. Die jetzige Regierung habe die Pflicht auszuharren, bis wieder regelmäßige Zustände im Lande eingekehrt seien. Einer Verfassungsrevision stehe nichts entgegen, aber die Rechte müsse verlangen, daß jeder Ge-

danke an einen Folkethings-Parlamentarismus ausgeschlossen sei. Die Landesverteidigungsfrage müsse vollständig zum Austrage gebracht werden. Der Staatsvoranschlag zeige, daß die Regierung es bei den nach dieser Richtung hin fertig gestellten Vorkehrungen bewenden lassen wolle. Das dürfe nicht geschehen. Auch die Erweiterung der Kadres in Heer und Flotte sei zur gebieterischen Notwendigkeit geworden. Befestigungen ohne ausreichende Besatzung sei ein Unding. Dies Verlangen müsse durchgesetzt werden, ehe von Anbahnung regelmäßiger Zustände die Rede sein könne. Die Gendarmerie habe ausgezeichneten Nutzen gestiftet, könne aber jetzt entbehrt werden, denn Aussicht auf Bewegungen von revolutionärer Beschaffenheit sei nicht vorhanden. Dieses und andre provisorische Gesetze könnten jetzt füglich dem Folkething geopfert werden. Wolle man den Ausgleich, müsse man auf alle diese Fragen eintreten. Die Majorität im Reichstage, wie im Volke verlange darnach, daß der politische Zank aufhöre. — Bluhme tadelt die Regierung, weil sie den „Hauptfehler" begangen habe, das größte Gewicht auf die Verteidigung zu Lande, anstatt auf die Verteidigung zur See zu legen. Redner warnt vor der Tendenz, zu glauben, daß Dänemark eine Rolle als europäische Kriegsmacht spielen könne. Es könne froh sein, wenn es unter europäischen Konflikten seine Neutralität zu wahren imstande wäre. Der Sozialdemokrat Hördum protestirt gegen alle indirekten Steuern. Bojsen von der gemäßigten Partei räumt ein, daß die finanzielle Vorlage der Regierung rein von neuen Konfliktpunkten sei, allein die Streitfragen ständen nach wie vor auf der Tagesordnung. So ganz leicht, wie das Ministerium sich die Sache gedacht zu haben scheine, ginge es nun eben nicht. Die Verhandlungspolitik habe gute Resultate anbahnen helfen und dem Ziele eines fruchtbaren Ausgleiches genähert, auch sei der Staatsvoranschlag mit seiner günstigen Bilanz eine erfreuliche Ueberraschung gewesen. Redner empfiehlt der Kammer, die bisherige Politik fortzusetzen. Der Kriegsminister Bahnson erklärt, die Festung Kopenhagen sei vollendet und ebenso ausgerüstet, wie die meisten europäischen Festungen. Dieselbe entspräche im wesentlichen allen an Festungen zu stellenden Ansprüchen und bedürfe thatsächlich keiner Verbesserungen und Erweiterungen. Dabei sei die Entwicklung der Marine verhältnismäßig stärker, als die irgend einer andern europäischen Macht, mit Ausnahme Englands. Nur fehle es der Flotte an Offizieren und Mannschaften. Ein stärkere Entwicklung der Flotte auf Kosten des Heeres sei nicht ratsam.

25. Oktober. Dem Folkething legt die Regierung einen Gesetzentwurf vor, worin 30 Millionen Kronen für Eisenbahnen verwendet werden sollen, davon 16 zum Bau einer Zentralstation und unterirdischen Eisenbahnen in Kopenhagen. Die Kosten sollen durch eine Anleihe aufgebracht werden. Der Kriegsminister legt ein Heergesetz vor, das er als eine Verbindung von drei älteren Vorlagen bezeichnet, nämlich eines Nachtrags zum bestehenden Heergesetze, einer Neuordnung des Intendanturwesens und betreffend die Kopenhagener Miliz. — Dem Landsthing wird ein Gesetzentwurf wegen Verstaatlichung der Kellerschen Anstalten für Geistesschwache vorgelegt.

27. Oktober. Die Regierung legt dem Folkething nachträglich das Finanzgesetz für 1892 bis 1893 vor, welches sie, da es bis zum 1. April im Reichstage nicht zu stande gekommen war, als provisorisches erlassen hatte.

28. **Oktober.** Die Regierung legt dem Folkething einen Gesetzentwurf vor, betreffend die Vergütung für Einquartierung von Truppen auf dem Kantonnementsfuße.

20. **November.** Das Folkething weist nach längeren Beratungen die Militärvorlagen zur zweiten Lesung an einen Ausschuß.

18. **Dezember.** Vorlegung eines finanziellen Nachtragsbewilligungs-Gesetzes für 1892.

Schweden.

I.

Reichstag. Erste Session.

16. **Januar.** Beide Kammern treten zusammen. Der Alterspräsident der ersten Kammer spricht die Hoffnung aus, daß auf einem Blatte unserer Reichstagsgeschichte geschrieben wird, der Reichstag des Jahres 1892 war sich darüber einig, unsre Verteidigungskräfte auf der traditionellen Grundlage zu entwickeln, zu ordnen und so zu verbessern, daß wir mit Ruhe und Sicherheit der Zukunft entgegensehen können.

20. **Januar.** In der Thronrede zur Eröffnung des Reichstags heißt es:

Die Verhältnisse zu allen fremden Mächten seien fortdauernd befriedigende, und der König sei unabläßig bemüht, dieses wünschenswerte Verhältnis beizubehalten. Diese Bemühungen würden aber umsomehr erleichtert werden, wenn ein gut geordnetes Verteidigungswesen die friedliche Unabhängigkeit des Landes bewahre. Dem Reichstag werde daher eine Vorlage zu einer wesentlichen Verständigung über das Verteidigungswesen gemacht werden.

21. **Januar.** In dem dem Reichstage vorgelegten Staatshaushaltsetat sind die Einnahmen und Ausgaben auf 19716000 Kronen veranschlagt. Die Ausgaben des Militäretats sind um 2976400 Kronen vermehrt.

26. **Januar.** In beiden Kammern findet die erste Lesung des Etats statt. Dabei weist in der ersten Kammer Bergström auf die Notwendigkeit einer Regelung des Verhältnisses zu Norwegen hin. Er sei überzeugt, daß seine Ansicht, gemeinschaftliche Minister des Aeußern und gemeinschaftliche Gesandtschaften bei fremden Mächten seien durch die zwischen Schweden und Norwegen bestehende Vereinigung bedingt, nicht nur von dem ganzen schwedischen Volke, sondern auch von allen politisch gebildeten Personen in Europa geteilt werde. Die rechtmäßigen Ansprüche Norwegens wegen voller

Gleichberechtigung würden auf der Basis gemeinschaftlicher Minister des Aeußern und gemeinschaftlicher Gesandtschaften gewiß anerkannt werden. In der zweiten Kammer spricht sich Lyttkens dahin aus, die Bewilligung eigner norwegischer Gesandtschaften würde der erste Schritt zur Auflösung der Union mit Norwegen sein.

28. Januar. Die Kammern stimmen der Verlängerung des Handelsvertrags von 1881 mit Frankreich zu.

18. März. Die Kammern setzen in gemeinsamer Sitzung den Zoll für gemahlenen Roggen und Weizen auf 250 Oere, für ungemahlenen Roggen und Weizen auf 125 Oere per 100 Kilo vom Inkrafttreten dieser Sätze an bis Ende 1893 fest.

23. März. Ein Vorschlag der Regierung, die Zahl der Mitglieder der ersten Kammer auf 150, die der zweiten auf 225 festzusetzen, wird von der ersten Kammer angenommen, von der zweiten dahin geändert, daß die Zahl ihrer eignen Mitglieder 230 betragen solle. Dies wird jedoch von der ersten Kammer verworfen.

27. April. Die zweite Kammer spricht sich für eine Erweiterung des Wahlrechts in der Art aus, daß jeder, der ein Einkommen von wenigstens 500 Kronen versteuert, Wähler zur zweiten Kammer sein solle, während dieses Recht jetzt an die Versteuerung von wenigstens 800 Kronen geknüpft ist. Die erste Kammer geht auch hierauf nicht ein.

9. Mai. Der Reichstag genehmigt, nachdem er die wesentlichsten Punkte eines von der Regierung vorgelegten Wehrpflichtgesetzes abgelehnt hatte, daß für unvorhergesehene Fälle, insbesondre für den Kriegsfall $2^1/_2$ bezw. 5 Millionen statt der bisher üblich gewesenen geringeren Beträge ausgeworfen werden.

18. Mai. Die erste Kammer genehmigt eine neue Verbindung zwischen Stockholm und Berlin über Malmö und Saßnitz auf Rügen. Die zweite Kammer will erst geprüft sehen, ob diese Verbindung bezüglich der Viehausfuhr angemessen ist.

23. Mai. Schluß des Reichstags.

II.

Aenderung im Ministerium.

21. Juni. Der Kriegsminister Generalmajor v. Palmstierna tritt wegen Ablehnung der Wehrgesetzvorlage seitens des Reichstags zurück.

25. Juni. An seine Stelle tritt Staatsrat Rappe.

III.

Die königliche Familie.

26. Januar. Kronprinz Gustav tritt eine Reise an den russischen Hof an.

4. Mai. König Oskar begiebt sich auf eine Reise nach dem Süden.

17. Mai. Er trifft über Cannes in Marseille ein, von wo er mit seinem Sohne Eugen den Landsitz seiner verstorbenen Großmutter, der Gemahlin Marschall Bernadottes, besucht.

23. Mai. Zur Kur trifft der König in Biarritz ein.

1. Juni. Besuch des Königs beim Präsidenten Carnot in Paris.

IV.

Arbeiterkongreß.

20.—26. August. In Malmö tagt ein skandinavischer Arbeiterkongreß. Er bezeichnet als Ziel seiner Bestrebungen die Errichtung eines sozialdemokratischen Staats und spricht sich aus für Gründung von Fachvereinigung, Verbreitung der sozialdemokratischen Lehren in der Arbeiterbevölkerung und Beobachtung von Vorsicht bei Streiks.

V.

Außerordentlicher Reichstag.

18. Oktober. Eröffnung des Reichstags zu einer außerordentlichen Session. Der König sagt in der Thronrede, der Reichstag sei nur zur Beratung eines neuen Vorschlags eines Wehrgesetzes berufen, und mahnt, alle Parteistreitigkeiten ruhen zu lassen. Der Vorschlag geht dahin, das Heer auf sechs Bezirke zu verteilen. Fünf derselben sollen sich wie eine ausgedehnte Bewachungskette über den ganzen langgestreckten Küstengürtel ausdehnen, während die sechste, etwas größere Abteilung eine strategische Reserve im Westen des mittleren Schwedens bilden soll. Jede dieser sechs Abteilungen soll außer Train- und Genietruppen zwölf Bataillone Infanterie, fünf Schwadronen Kavallerie und sechs Batterien, eine aber neunzehn Infanteriebataillone enthalten. Die Zeit der Uebung, zu der jeder

waffenfähige junge Schwede herangezogen werden kann, wird auf neunzig Tage, die Wehrpflicht auf zwanzig Jahre ausgedehnt. Das erste Aufgebot soll acht, das zweite vier, der Landsturm acht Altersklassen umfassen. Die Kosten sollen $3^1/_2$ Millionen Kronen betragen.

22. November. Beide Kammern des Reichstags genehmigen die Heeresvorlage. Dieses Ergebnis übertrifft die kühnsten Erwartungen der Regierung.

28. November. König Oskar schließt den Reichstag mit dem Ausdrucke herzlichen Dankes. Die bei der Berufung des Reichstags ausgesprochene Zuversicht sei in vollem Maße gerechtfertigt gewesen, und die an die verschiedenen Parteien gerichtetete Mahnung, alle Parteistreitigkeiten ruhen zu lassen, sei nicht unbeachtet geblieben. Die Thronrede weist ferner auf die beträchtliche Majorität hin, welche die Vorlagen in beiden Kammern gefunden hätten. Der Reichstag habe sich hierdurch gerechte Ansprüche auf die Dankbarkeit der Zeitgenossen wie der nachkommenden Generation erworben.

Norwegen.

Reichstag.

9. Februar. Eröffnung der Session. In der Thronrede des Königs werden die in Aussicht stehenden Vorlagen aufgeführt, nämlich Gesetzesvorlagen zum Schutze des Autorenrechtes und des künstlerischen Eigentums, ein neues Seegesetz, ein Hafengesetz, ein Gesetz betreffend die Aufsicht über die Arbeit in den Fabriken, ein Unfall- und Altersversicherungsgesetz für Seeleute, ferner Vorlagen betreffend die Reform der direkten Steuern und betreffend die Aufhebung resp. Herabsetzung der Zollsätze für mehrere der notwendigsten Konsumartikel sowie die Erhöhung einiger andrer Zollsätze. — Das zur Vorlage gelangende Budget weist in Einnahme und Ausgabe 51450000 Kronen auf.

25. Februar. Auf eine Anfrage im Storthing erwidert Ministerpräsident Steen, daß nach Ansicht der norwegischen Regierung die Konsulatsfrage ausschließlich Norwegen angehe und demnach ausschließlich in den norwegischen Staatsrat gehöre, die Aufhebung der bisher Norwegen mit Schweden gemeinsamen Konsulate dagegen werde einen Beratungsgegenstand zwischen den norwegischen und den schwedischen Staatsfaktoren zu bilden haben.

1. März. Das Storthing beschließt die Erklärung, daß die

Frage der Errichtung eines eignen norwegischen Konsulatswesens eine ausschließlich norwegische Angelegenheit ist, welche nur von den gesetzgebenden Körperschaften Norwegens zu erörtern und zu erledigen ist, daß aber die Regelung der gegenwärtig bestehenden Verhältnisse eventuell dem zusammengesetzten Staatsrat obliegt.

21. Mai. Das Storthing genehmigt die Aufhebung der Bestimmung, daß Richter sich zur öffentlichen Religion des Staats bekennen müssen.

5. Juni. Dem Storthing wird ein außerordentliches Verteidigungsbudget von $4^1/_2$ Millionen Kronen vorgelegt. Es wird dabei davon ausgegangen, daß Norwegen kein zur Verteidigung des Landes taugliches Heer besitze, das den Voraussetzungen des Organisationsplans entspräche. Der Betrag ist hauptsächlich zur Umbildung von älteren und Anschaffung von Festungskanonen, Handfeuerwaffen und Schießbedarf bestimmt.

10. Juni. Nachdem der Ministerpräsident Steen eine längere Erklärung über das Konsulatswesen abgegeben hat, genehmigt das Storthing den Plan zur Errichtung eines eignen Konsulatswesens, bewilligt für vorbereitende Maßregeln 50000 Kronen und ermächtigt die Regierung, mit Schweden Verhandlungen wegen Abwicklung der bisherigen konsularen Gemeinsamkeit einzuleiten.

30. Juni. Auf die Nachricht, daß der Ministerpräsident Steen um Entlassung gebeten habe wegen der Weigerung des Königs, den Storthingsbeschluß vom 10. Juni zu vollziehen, spricht das Storthing in einer Adresse dem Könige sein tiefes Bedauern aus und sucht ihn mit dem Vorhalt umzustimmen, daß die hierdurch hervorgerufene politische Lage weitreichende Folgen zum Schaden des Vaterlandes, des Königs und der Union haben könne.

3. Juli. Das Storthing erhält hierauf eine Antwort des Königs. Darin heißt es, die Minister hätten nur auf Grund nichtamtlicher Unterredungen und vor einer grundgesetzmäßigen Verhandlung der Sache ihre Entlassung verlangt, sich dadurch ihrer Pflicht entzogen und ihn der Gelegenheit beraubt, vor dem Volke zu erklären und zu begründen, was er beabsichtige. Er bleibe dabei, den Beschluß vom 10. Juni nicht zu vollziehen, es liege ihm aber im Interesse des dauernden Bestandes der Union am Herzen, daß das Konsulatwesen in einer den Rechten und Interessen beider Völker entsprechenden Weise geordnet werde.

22. Juli. Steen teilt dem Storthing mit, daß er der Aufforderung des Königs, das neue Ministerium zu bilden, nachgekommen sei.

Schweiz.

I.

Bundesversammlung. Erste Session.

18. Januar. Die beiden Räte der Bundesversammlung erhalten eine Botschaft des Bundesrats bezüglich der Handelsverträge mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn.

21. Januar. Die Bundesversammlung genehmigt ein Gesetz wegen Auslieferung politischer Verbrecher.

25. Januar. Die Bundesversammlung erhält eine Botschaft des Bundesrats über die Handelsbeziehungen zu Frankreich. Darin wird gesagt:

Die französische Regierung habe die Möglichkeit durchblicken lassen, das Parlament werde bei dem Minimaltarif eine Ermäßigung für diejenigen Artikel eintreten lassen, welche allein die Schweiz interessiren. In einer nach dem 1. Februar in Aussicht genommenen Besprechung der beiderseitigen Regierungen würden alsdann die Punkte festgestellt werden, für welche die Ermäßigungen verlangt würden. Der Bundesrat sehe hierin einen Beweis, daß die französische Regierung den Abbruch der Handelsbeziehungen zu vermeiden wünsche, und er hoffe, Frankreich werde bestrebt sein, das der Schweiz zugefügte Unrecht wieder gut zu machen. Die Anwendung des Generaltarifs gegenüber Frankreich wäre aber nicht das beste Mittel, um zu diesem Resultat zu gelangen. Die erwähnten Besprechungen seien noch nicht abgeschlossen; die Schweiz würde sie erschweren oder unmöglich machen, wenn sie sich zu Repressalien verleiten ließe.

26. Januar. Die Räte bewilligen den vom Bundesrat geforderten außerordentlichen Kredit von 7 600 000 Frcs. für Zwecke der Kriegsbereitschaft.

13. Juni. Der Nationalrat lehnt einen Antrag ab, wonach der Bundesrat prüfen sollte, ob die Bundesverfassung nicht einen Zusatz zu erhalten habe, wonach der Bund auf dem Wege der Gesetzgebung Grundsätze aufzustellen hätte, nach welchen die Verstaatlichung von Eisenbahnen zu geschehen hat.

15. Juni. Der Bundesrat legt einen Gesetzentwurf vor, nach welchem der Infanterie-Landsturm mit Gewehren bewaffnet werden, sowie Munition, militärische Ausrüstung und Bekleidung erhalten soll. Der Landsturm soll alljährlich zu kurzen Uebungen einberufen werden.

24. Juni. Bewilligung von zwei Millionen Frcs. zur Befestigung von St. Moritz in Wallis. Es soll hierdurch verhindert werden, daß in einem Kriege mit Frankreich die deutschen und die italienischen Heere sich über die Schweiz hinweg die Hand reichen.

II.

Bundesrat.

8. Januar. Erlaß einer Verordnung über die Verteidigung und Verwaltung der Gotthard-Befestigung. Danach soll an der Spitze ein Kommandant (Oberstdivisionär) stehen, die Sicherheitsbesatzung soll meist aus Truppen der Landwehr entnommen werden und Fort Airolo eine ständige Besatzung erhalten.

12. Februar. Amtlicher Bericht des Bundesrats über den Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen mit Italien.

19. April. Abschluß eines neuen Handelsvertrags mit Italien.

28. Juni. Unterzeichnung eines Handelsvertrags mit Spanien.

III.

Kantone.

6. Januar. Im Kanton Baselstadt wird ein Gesetz wegen der Wahl der Richter durch das Volk angenommen.

17. Januar. Der Große Rat des Kantons Zürich lehnt den Antrag ab, die nötigen Vorschriften zu erlassen, daß es allen Beamten, Angestellten oder Bediensteten des Kantons, der Bezirke und der Gemeinden verboten wird, Nachforschungen nach den politischen Gesinnungen von Kantonseinwohnern anzustellen oder irgend eine Auskunft darüber zu erteilen, solange nicht eine Voruntersuchung wegen gemeiner Vergehen oder Verbrechen dies erforderlich macht.

Im April. Das hervorragendste Blatt der Schweiz, der Berner „Bund", teilt mit, daß Vessaz in Waadt, Mitglied des Verwaltungsrats der Jura-Simplon-Bahn, sich habe siebzigtausend Francs dafür auszahlen lassen, daß er für die Verschmelzung dieser Bahnen eintrete, und Vessaz läßt den Vorwurf auf sich sitzen.

15. Mai. In den Kantonen Solothurn und Uri tragen bei den Neuwahlen zum Großen Rat die Freisinnigen entschieden den Sieg davon.

22. Mai. Im Kanton Genf wird eine neue Verfassung durch Abstimmung verworfen. In Baselland wird eine neue liberale Verfassung angenommen.

2. Oktober. Das Volk von Tessin genehmigt mit zwölftausend gegen fünftausend Stimmen eine neue Verfassung, von der der lang ersehnte Friede im Lande erwartet wird. Für die Wahl des Großen Rats und des Verfassungsrats wird das Proportionalverfahren und für die Wahl des Staatsrats (Regierungsrats), der aus fünf Mitgliedern besteht, die direkte Wahl durch das Volk eingeführt. Ein ebenfalls neueingeführtes Volksrecht ist das der Abberufung des Staatsrats durch das Volk, wodurch Verfassungsverletzungen und Revolutionen künftig vorgebeugt werden soll. Auch für die richterlichen Behörden ist direkte Volkswahl eingeführt. Und endlich erhält das Volk für Verfassungsrevisionen und Gesetze ein sehr weitgehendes Initiativ-

recht: für die Gesetzesinitiative sind fünftausend, für die Verfassungsinitiative siebentausend Unterschriften notwendig. Auch die Ständeräte sind durch direkte Volkswahl auf drei Jahre zu wählen.

20. November. Das Volk des Kantons Bern beschließt, den Großen Rat mit der Aenderung der Verfassung von 1846 nach einem bestimmten Programm zu beauftragen.

IV.

Festlichkeiten.

8. Juli. In Basel findet statt die fünfhundertjährige Gedenkfeier der Vereinigung von Groß- und Klein-Basel zu einer Stadt.

14. Juli. In Glarus findet das eidgenössische Schützenfest statt. Bundespräsident Hauser bespricht hier in einer Rede die Neutralitätsfrage. Er sagt:

Man hat versucht, die Neutralität der Schweiz als ein fadenscheiniges Ding hinzustellen, und Zweifel erhoben, ob unsre Neutralität im Kriegsfalle vom Auslande noch geachtet würde; man hat sogar unsre Befestigungen am Gotthard, weil angeblich ausschließlich gegen Italien gerichtet, als eine Verletzung der Neutralität hinstellen wollen. Fest entschlossen, mit allen unsern Nachbarn im Frieden zu leben und unsre Pflichten als neutraler Staat voll und ganz und mit Einsetzung unsrer ganzen Wehrkraft zu erfüllen, verbitten wir uns vor allem solche Ratschläge und Winke und Allianzanerbietungen, kommen sie, von welcher Seite sie wollen. Wir wollen Herren sein im eignen Lande und wissen ohne Einflüsterungen von außen, was wir zu thun und zu lassen haben. Nicht umsonst haben wir keine Opfer gescheut, um unsre Armee nach den Anforderungen der modernen Kriegswissenschaft auszubilden und dieselbe mit einer den Fortschritten der Waffentechnik entsprechenden trefflichen Kriegswaffe auszurüsten; nicht umsonst haben wir Millionen auf die Befestigung des Gotthard verwendet. Wir haben damit den festen Willen bekundet, unsre Neutralität zu wahren und jedem in den Waffen entgegenzutreten, der die Grenzen unsers Landes zu überschreiten versucht. Und sollten wir durch einen solchen Angriff von außen aus unsrer neutraldefensiven Haltung hinausgedrängt und wider unsern Willen in den Strudel kriegerischer Ereignisse hineingerissen werden, so wahren wir uns wiederum das freieste Recht der Selbstbestimmung, mit wem und gegen wen wir uns verbünden wollen. Weit entfernt, eine Verletzung unsrer Neutralität zu sein, bildet das Bollwerk am Gotthard einen mächtigen Faktor zur strikteſten Durchführung dieser Neutralität und damit zugleich eine Verstärkung der Garantien für die Erhaltung des europäischen Friedens und die Wohlfahrt aller Völker.

8. August. Jahrhundertfeier des Löwendenkmals in Luzern, errichtet zu Ehren der in Verteidigung Ludwigs XVI. von Frankreich gefallenen Schweizer.

V.

Parteibewegung.

5. Januar. Zu Capolago in Tessin findet ein Kongreß italienischer Sozialisten und Anarchisten statt. Er lehnt jede Gemeinschaft mit den italienischen Irredentisten ab und verwirft die Gemeinschaft mit der republikanischen Partei, weil auch unter dieser Staatsform die soziale Frage nicht gelöst werde.

21. April. Zu Baden in Aargau findet eine zahlreiche Versammlung hervorragender Abgeordneten der radikalen, der demokratischen und der Grütlipartei statt zur Besprechung der Frage einer Bewegung für die künftige Wahl des Bundesrats durch das Volk. Die ultramontane Partei tritt ebenfalls hierfür ein.

7. November. Der sozialdemokratische Parteitag, versammelt in Solothurn, formulirt sein Begehren bezüglich des Rechts auf Arbeit also:

Das Recht auf Arbeit ist jedem Schweizerbürger gewährleistet. Die Gesetzgebung des Bundes, der Kantone und der Gemeinden hat diesem Grundsatze in jeder möglichen Weise praktische Geltung zu verschaffen. Insbesondre sollen gesetzliche Bestimmungen getroffen werden: a) zum Zwecke genügender Fürsorge für Arbeitsgelegenheit, Verkürzung der Arbeitszeit und den Schutz gegen die Konkurrenz fremder Arbeiter u. s. w.; b) für wirksamsten öffentlichen, unentgeltlichen Arbeitsnachweis; c) für Schutz der Arbeiter und Angestellten gegen ungerechtfertigte Entlassung und Arbeitsentziehung; d) für ungehinderte Bildung wie ungehinderten Beitritt zu Arbeiterverbänden zum Schutze der Interessen der Arbeiter gegenüber ihren Arbeitgebern; e) für Begründung und Sicherung einer öffentlichen Rechtsstellung der Arbeiter in Fabriken und ähnlichen Geschäften durch demokratische Organisation derselben; f) für sichere und ausreichende Unterstützung unverschuldet ganz oder teilweise Arbeitsloser.

VI.

Bundesversammlung. Zweite Session.

5. Dezember. Eröffnung der Wintersession.

14. Dezember. Der Ständerat genehmigt eine Vorlage wegen Einführung eines Zündhölzchenmonopols.

15. Dezember. Wahl des Dr. Schenk aus Bern zum Bundespräsidenten und Freys aus Baselland zum Vizepräsidenten der Republik für 1893.

VII.

Zollkrieg mit Frankreich.

28. Dezember. Da die französische Deputirtenkammer nach Genehmigung des Textes des Handelsübereinkommens vom 23. Juli am 24. Dezember ablehnte, in Beratung der Zollermäßigungen einzutreten, die der schweizerische Gesandte namens des Bundesrats mittels Note vom 22. Juli als in Wechselbeziehung mit den übrigen Teilen des Uebereinkommens stehend erklärte, und da das französische Parlament sich hierauf vertagte, wodurch das zeitweise oder endgiltige Inkrafttreten dieser Uebereinkunft am 1. Januar 1893 zur Unmöglichkeit wurde, so beschließt der Bundesrat nach erfolgter Ermächtigung durch die Bundesversammlung:

Der Ratifikationsaustausch betreffend das Handelsübereinkommen vom 23. Juli 1892 und die demselben beigefügten Uebereinkünfte findet nicht statt. Vom 1. Januar 1893 an werden die aus Frankreich und den französischen Kolonien herstammenden Waren bei der Einfuhr in die Schweiz dem schweizerischen Generalzolltarife vom 10. April 1891 sowie den vom Bundesrate in Anwendung von Artikel 34 des schweizerischen Zollgesetzes von 1851 festgesetzten Erhöhungen unterworfen.

VIII.

Sonstige Mißhelligkeit mit Frankreich.

Anfang November. Großes Aufsehen und Unwillen erregt es in der ganzen Schweiz, daß die Verwaltung der französischen Mittelmeerbahn ihren Vertreter Bernoud in Genf entließ, weil er bei dem eidgenössischen Offiziersfeste veranlaßte, daß beim Bahnhofe Cornavin in Genf die französische Flagge durch eine schweizerische ersetzt wurde.

7. November. Der Bundesrat beauftragt seinen Gesandten in Paris, dem Minister des Aeußern, Ribot, zu erklären, daß ihn der Vorfall peinlich berührt habe. Es sei sehr zu bedauern, daß diese Maßregel, die die Gefühle der schweizerischen Bevölkerung mit Recht tief verletzt habe, einem unbedeutenden Zwischenfalle privater Natur einen amtlichen Charakter gegeben habe, wodurch die beiderseitigen Landesfarben in Gegensatz zu einander gebracht und der Bundesrat sich verpflichtet sehe, die französische Regierung zu erinnern, daß, wenn auf schweizerischem Boden eine französische Fahne einer schweizerischen weichen müsse, keine Demütigung für jene vorliege. (Ribot sucht den Vorfall als Folge berechtigter Unzufriedenheit der

Bahngesellschaft mit ihrem Inspektor darzustellen, während der Schwerpunkt in der Dazwischenkunft des Bautenministers liegt.)

IX.

Kongresse.

22. August. In Bern tagt der vierte Weltfriedenskongreß unter Teilnahme von dreihundert Personen und wird vom Bundesrat Ruchonnet begrüßt.

24. August. In Bern tagt eine Konferenz bezüglich der Rechtschreibung für die deutsche Schweiz. Sie entscheidet sich für die sogenannte preußische, d. h. für die in Dudens orthographischem Wörterbuche angenommene Rechtschreibung.

9. September. Das in Genf tagende Institut für internationales Recht beschließt in Betreff der Ausweisung und Zulassung von Fremden:

1. Die Ausweisung darf nie eine willkürliche sein; 2. es ist wünschenswert, daß Ausweisung und Zulassung durch Gesetz geregelt werden; 3. der Eintritt friedlicher Ausländer kann in allgemeiner Art und auf die Dauer nur wegen öffentlicher Interessen oder wegen außerordentlich gewichtiger Gründe, wie z. B. wegen gefährlicher Anhäufung von Fremden, die in großen Mengen kommen, verhindert werden; 4. der Eintritt von Fremden kann vorübergehend verweigert werden im Kriegsfalle, bei innern Unruhen oder beim Ausbruch von Seuchen; 5. jeder Staat setzt durch Gesetze und Verordnungen die Bedingungen der Zulassung und des Verkehrs fest, darf diese letztern aber nicht durch übertriebene Gebühren beschweren; 6. der Staat kann einem Individuum den Eintritt verwehren, wenn es ein Landstreicher, ein Bettler, mit einer gefährlichen Krankheit behaftet ist oder im Auslande ein schweres Verbrechen begangen hat; 7. man kann ausnahmsweise vorübergehend Fremde zulassen mit dem Verbot, sich niederzulassen unter der Bedingung, daß das Verbot individuell sei und schriftlich erlassen werde.

12.—15. September. Vierter internationaler Altkatholikenkongreß. Von ihm werden folgende Erklärungen beschlossen:

1. Für den Christen ist die Lehre Christi verbindlich, nicht die theologischen Schul- und die sogenannten frommen Meinungen. 2. Gestützt auf die alte Praxis der christlichen Nationalkirchen, welche bei vollkommener Anerkennung der allgemeinen Ordnungen der Gesamtkirche ihre Selbstbestimmung und ihre Besonderheiten wahrten, gemäß ihren eigentümlichen Bildungsverhältnissen, Bedürfnissen und Traditionen giebt der Kongreß dem Grundsatz Ausdruck: Es ist ein unveräußerliches Recht der christlichen Einzelkirchen des Orients wie des Occidents, ungehemmt durch fremden Einfluß über das religiöse Denken und Leben ihrer Völker zu walten und in ihren Einrichtungen der nationalen Sitte, Bildung und Tradition Rechnung zu tragen. 3. Der Kongreß ruft in Erinnerung, daß die Altkatholiken ihrerseits es niemals an Duldsamkeit und brüderlichem Entgegenkommen fehlen lassen wollen und daß sie daher von Anfang an den Simultangebrauch ihrer Kirchen und

Kapellen angeboten haben und in aller Aufrichtigkeit heute noch anbieten — unter der einzigen Bedingung einer ebenso aufrichtigen Gegenseitigkeit. Er legt auf diesen Punkt um so größeres Gewicht, je mehr er davon überzeugt ist, daß die Benutzung der gleichen Kirchen durch Angehörige verschiedener Gemeinschaften ein Zeichen gegenseitiger Achtung und Liebe wäre und sehr viel dazu beitragen würde, den religiösen Frieden zu befestigen und die Glaubens- und Gewissensfreiheit zu schützen. 4. Angesichts der Thatsache, daß der Ultramontanismus dank der vorsichtigen Politik Leos XIII. unausgesetzt seine Thätigkeit steigert und fortfährt, die Menschheit zu berücken: hier als religiöses System durch die Vorspiegelung, daß rechte christliche Frömmigkeit nur bei ihm gedeihe, dort als politisches System durch falsche Anpreisungen seiner volkstümlichen Tendenzen und durch Diskreditirung aller selbständigen weltlichen Gewalten, richtet der Kongreß an die Mitglieder aller christlichen Kirchen die dringende Einladung, den Ultramontanismus in beiden Beziehungen zu entlarven, als pseudochristliches religiöses System und als bildungs-, volks- und staatsfeindliches politisches System. Mögen sie alle unter Hintansetzung ihrer untergeordneten Differenzen zur Verteidigung sich einigen gegen diese disziplinirte und gewaltige Macht, welche jetzt insbesondre die sozialen Fragen zu ihrem Vorteile ausbeutet, nicht um eine einzige derselben zu lösen, sondern um die Arbeiterwelt sich unterthan zu machen, wie sie sich ehedem der Fürsten und Vornehmen bemächtigte. 5. Die Anhänger der katholischen Reform werden ermahnt, den Indifferentismus zu überwinden durch fleißige Teilnahme an den Versammlungen, durch Entfaltung einer regen Propaganda in Wort und Schrift, durch finanzielle Unterstützung entsprechender Unternehmungen. 6. Ganz besonders fordert der Kongreß auf zur regelmäßigen Teilnahme am sonn- und festtäglichen Gottesdienst und am Gemeindegesang beim Gottesdienst. Er drückt den Wunsch aus, daß die altkatholischen Kirchen darnach trachten, ihre offiziellen Gebetbücher möglichst einheitlich zu gestalten. Er würde es auch mit großer Freude begrüßen, wenn Angehörige verschiedener christlicher Gemeinschaften sich brüderlich vereinigten zu Zwecken der Erbauung, der Wohlthätigkeit, der gegenseitigen Unterstützung und Förderung guter Werke ohne konfessionellen Charakter. 7. Indem wir anerkennen, daß es in der römischen Kirche auch heute noch der Gesinnung nach eine große Zahl von gläubigen Katholiken giebt, erklären wir jedoch, daß dem im vatikanischen Konzil zum offiziellen Dogma erhobenen und jetzt geltenden ultramontanen System das altkirchliche Ehrenprädikat „katholisch" nicht zukommt, welches den Bekennern des allgemeinen christlichen Glaubens der alten ungeteilten Kirche gebührt. — An die Protestanten aller Denominationen ergeht daher die Einladung, nicht dem offiziellen System der römischen Kirche den Namen der katholischen Kirche zu geben und am allerwenigsten darin allein die katholische Kirche zu sehen, während es weder die allgemeine Lehre der alten Kirche repräsentirt, noch deren allgemeine christliche Sitte und Zucht. 8. Wünschenswert ist die Gründung einer internationalen theologischen Fakultät sowie einer internationalen theologischen Zeitschrift.

30. September. In Bern wird eine Uebereinkunft unterzeichnet zwischen Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Oesterreich-Ungarn, Rußland und der Schweiz betreffend Errichtung eines Zentralamts für internationales Eisenbahnfrachtrecht mit dem Sitz in Bern. Das Zentralamt soll am 1. Januar 1893 in Wirksamkeit treten. Ihm sollen alle Mitteilungen, welche für das internationale Transportwesen von Wichtigkeit sind, von den Vertragsstaaten sowie von den Eisenbahnverwaltungen gemacht

werden. Es kann mit Benutzung dieser Mitteilungen eine Zeitschrift herausgeben; auch wird das Zentralamt auf Verlangen der Eisenbahnverwaltungen bei Abrechnung der aus dem internationalen Transporte herrührenden Forderungen als Vermittler dienen.

Osmanisches Reich.

I.

Unruhen in Tripolis.

Mitte Februar. Ein Erlaß des Sultans, durch den neue Steuern zu Militärzwecken auferlegt werden, und ein Erlaß wegen Einführung eines Aushebungssystems nach dem Vorbilde der europäischen Staaten rufen im Lande Tripolis große Aufregung hervor. Einige Tausend Beduinen aus dem Innern, drei Stämme, begeben sich vollzählig, mit Weib und Kind, nach der Hauptstadt und erheben beim Gouverneur Einspruch. Der im Bazar die amtlichen Bekanntmachungen vorlesende Beamte wird mißhandelt. Das Volk zerreißt die Verordnungen, und es kommt trotz Einschreitens der Reiterei zu wiederholten Ruhestörungen.

23. Februar. Das aus Eingebornen bestehende Korps der Caroglia, das seit der türkischen Eroberung von Tripolis große Vorrechte besaß, wird aufgelöst.

27. Februar. Die Beduinen zeigen sich beruhigt, als der Gouverneur versichert, der Sultan müsse schlecht beraten gewesen sein, und er werde um Wiederaufhebung der Erlasse bitten. Die Beduinen ziehen, um hierfür zu danken, vor den Palast, wo sie jedoch mit den Polizisten in heftigen Kampf geraten, und dann lagern sie lange Zeit vor der Stadt.

Anfang März. Der Sultan bestimmt, daß die Erlasse vorläufig nicht vollzogen werden sollen.

II.

Kreta.

Anfang Februar. Es wird ein neues Reglement für die Organisation des Gerichtswesens auf der Insel erlassen. Infolgedessen kommt es zur Wahl eines Friedensrichters.

21. Oktober. Bei Hora-Sphakterion findet ein heftiger Kampf der Sphakioten mit türkischen Truppen statt.

III.

Syrien.

26. September. Es wird eine Eisenbahn von Jaffa nach Jerusalem eröffnet.

IV.

Arabien.

Ende Juni. Der Gouverneur schließt einen dreimonatlichen Waffenstillstand mit den aufständischen Beduinenstämmen. Der Stamm Hachid unterwirft sich und stellt Geiseln.

Anfang September. Nach Erstürmung des Hauptzufluchtsorts der Aufständischen wird der Aufstand vollständig unterdrückt.

V.

Aegypten.

8. Januar. In Heluan bei Kairo stirbt im Alter von fast vierzig Jahren Mehemed Tewfik, der sechste Vizekönig aus dem Geschlechte Mehemed Alis. Er kam, nachdem sein Vater Ismail Pascha am 26. Juni 1876 abgedankt hatte, auf den Thron, wurde am 8. August 1879 vom Sultan bestätigt und am 14. August feierlich investirt. Die Thronfolge geht über auf Tewfiks ältesten Sohn aus seiner Ehe mit der Prinzessin Emineh Hanem (Tochter des verstorbenen ägyptischen Prinzen El Hamy Pascha), auf Abbas II. Halil, geb. 14. Juli 1874, der sich mit seinem jüngern Bruder Studien halber in Wien aufhält.

16. Januar. Der neue Khedive Abbas landet in Alexandria und wird hier vom Volke mit Jubel empfangen. In Kairo wird vor dem Palaste das Militär um Abbas versammelt und ein Schreiben des türkischen Großveziers betreffend seine Bestätigung verlesen. Das bisherige Ministerium Mustapha Fehmi Paschas wird beibehalten.

18. Januar. Abbas hält feierlichen Empfang und versichert dem diplomatischen Korps, er werde, dem Beispiele seines Vaters

folgend, alles für das Glück und Wohlergehen des Landes thun und hoffe, hierbei auf die Unterstützung der Vertreter der Mächte rechnen zu dürfen.

26. Januar. Die Garnison von Kairo leistet in feierlicher Weise dem Vizekönige den Eid der Treue.

28. Januar. Der Khedive verfügt eine Preisherabsetzung des Salzes (Regierungsmonopol) um vierzig Prozent und die Abschaffung der Gewerbesteuer.

30. Januar. Der Khedive eröffnet in Kairo die gesetzgebende Versammlung mit einer Ansprache, in der er es als sein eifrigstes Bestreben bezeichnet, die Arbeit seines Vaters fortzusetzen.

4. April. Ein besondrer Gesandter des Sultans, Achmed Eyub, überbringt den Firman betreffend die Investitur des neuen Vizekönigs; die Feierlichkeit wird aber verschoben infolge eines dabei entstehenden Streitpunktes. Der Sultan bestreitet die Zugehörigkeit der Halbinsel Sinai und des südlich von ihr liegenden Landes Midian zu Aegypten. Hier sind die ägyptischen Truppen in der That zurückgezogen; bezüglich der Halbinsel schlägt die ägyptische Regierung vor, die türkische Oberhoheit ausdrücklich anzuerkennen, wogegen man ihr gestatten möge, auch ferner Garnisonen dort zu halten.

22. September. Dem Vizekönig wird das Großkreuz des preußischen roten Adlerordens feierlich überreicht.

27. Oktober. Die Truppen Osman Digmas rücken bis an die von den englischen Truppen besetzte Stadt Suakin vor.

22. November. Sir Palmer legt dem Ministerrate das Budget für 1893 vor. Darin sind die Einnahmen auf 10010000, die Ausgaben auf 9550000 Pfd. St. veranschlagt.

Ende November. Die ägyptischen Truppen haben bei Tokar einen heftigen Kampf mit dem Heere der Derwische.

VI.

Bulgarien.

1.

Der Chadourne-Fall.

3. Januar. Die bulgarische Regierung läßt durch die Pforte eine Note an die französische Regierung gelangen. Darin wird anerkannt, daß bei Ausweisung des französischen Journalisten Chadourne ein Formfehler begangen sei und Bedauern darüber ausgedrückt.

1. Februar. Der französische Vertreter in Sofia, Lanel, erklärt dem Minister des Aeußern, Grekow, der Zwischenfall sei abgeschlossen und die Beziehungen seien wieder aufgenommen. Dieselbe Erklärung giebt der französische Botschafter Cambon in Konstantinopel ab, ohne daß sich die französische Regierung auf Vorschläge eingelassen hat, die von der bulgarischen Regierung für fernere derartige Vorfälle gemacht wurden.

2.

Der Regent.

13. Januar. Der Regent Prinz Ferdinand von Koburg nimmt die Glückwünsche der Minister und der Geistlichkeit, der höheren Offiziere und Beamten entgegen. Minister Stambolow drückt als Dolmetsch die Wünsche des Volkes dem Fürsten, das volle Vertrauen und den Dank des Landes aus, das fester als je zu seinem Fürsten stehe. Der gegenwärtigen Zeit des Ringens werde die Geschichte den Namen der Zeit der Selbstverleugnung geben, weil das Ziel der nationalen Bestrebungen sich nur mit der hohen Entsagung erringen lasse, in welcher der Fürst ein Vorbild gebe. Fürst Ferdinand hält mehrere Ansprachen in bulgarischer Sprache. Er drückt seine Hoffnung aus, daß das Jahr trotz der von dem guten Willen Bulgariens nicht abhängigen Schwierigkeiten ein Jahr des Friedens, der Arbeit und des Fortschritts sein werde.

25. Februar. Der frühere Finanzminister Sallabascheff wird zum Justizminister ernannt.

7. Juni. Prinz Ferdinand am englischen Hofe auf Schloß Balmoral.

10. Juni. Bei einem dem Prinzen vom Lordmayor von London gegebenen Festmahl erwidert er dessen Toast u. a. mit dem Bemerken, sein Besuch in England sei von dem Gedanken geleitet, der englischen Nation seine Dankbarkeit zu beweisen für das Interesse, welches dasselbe stets Bulgarien entgegengebracht habe, und für die vielen Beweise von Sympathie und Wohlwollen für das bulgarische Volk. Die herzliche Aufnahme, die ihm seitens der Königin und des Landes zu teil geworden, bewiesen ihm, daß man seine Bemühungen, die friedliche Entwicklung des bulgarischen Volkes und die Ruhe der Balkanhalbinsel zu sichern, günstig aufnehme.

8. August. Anläßlich des Jahrestags seines Regierungsantritts hält Prinz Ferdinand beim Festmahl folgende Ansprache:

Ich bin erfreut, nach langer Abwesenheit mich wieder in Ihrer Mitte zu befinden. Die Reise ins Ausland, woselbst der Name Bulgariens überall Achtung begegnet, ließ mich neuerlich tief empfinden, wie innig die Bande

sind, die mich ans Vaterland und an Sie, meine Herren, knüpfen, welche die Kraft und den Ruhm des Vaterlandes begründeten. Ich fühle mich sehr ermutigt durch den herzlichen und enthusiastischen Empfang, den ich bei dem englischen Hofe und bei den Vertretern der öffentlichen Meinung Englands gefunden habe, sowie auch durch die intellektuellen Beziehungen zu den maßgebenden und einflußreichen Kreisen der europäischen Gesellschaft und der politischen Welt. All dies bedeutet für uns kostbare Erfolge in unsrer so schwierigen Laufbahn. Nicht minder fühle ich mich glücklich wegen des Wohlwollens, das der Hof meines Suzeräns meinem Volke und namentlich meinem ersten Minister bewies, welch letzterem ich bei diesem Anlasse meine Anerkennung für die Leitung der Regierungsgeschäfte während meiner dreimonatlichen Abwesenheit vom Fürstentume ausspreche.

27. August. Bei Eröffnung der ersten bulgarischen Ausstellung in Philippopel hält Prinz Ferdinand folgende Ansprache:

Seit der Wiederbelebung des bulgarischen Volkes haben wir heute das erstemal das Glück, einem solchen Feste beizuwohnen. Wir sind hier versammelt, nicht um einen wichtigen Tag aus unsrer Vergangenheit oder einen Sieg auf dem Schlachtfelde zu feiern, sondern wir sind hier zusammengekommen aus allen Teilen Bulgariens, um den großen Tag der bulgarischen Arbeit zu feiern und den Erfolgen des bulgarischen Fleißes und der bulgarischen Vernunft die gebührende Ehre zu erweisen. Meine Herren! Im Schweiße des Angesichtes müssen wir unser Brot verdienen. Das ist das unveränderliche Gesetz des Allmächtigen, und unsre erste Ausstellung zeigt, daß auch unser Volk auf diesem schweren Wege vorwärts geht, und daß es anstrebt, in der Geschichte der Zivilisation und des Fortschrittes seinen Ehrenplatz einzunehmen. Die Bereitwilligkeit, mit welcher unser Volk an der Ausstellung teilgenommen hat, zeigt uns zur Genüge, daß es diese geräuschlose Bethätigung hochschätzt, und daß es sehr gern denselben Eifer und dieselbe Ausdauer in dem Dienste der Zivilisation und des Fortschrittes entwickelt, wie in der Verteidigung seiner politischen Individualität. Es ist nicht zu bezweifeln, daß diese fruchtbringende Arbeit und diese von Gott gesetzte Mühe auch die Basis unsers politischen Lebens sind, und darin sehen wir die Ursachen, welche Bulgarien in der zivilisirten Welt Anerkennung verschaffen. Ich bin stolz, daß mir der Allmächtige erlaubt hat, diese erste bulgarische Ausstellung zu eröffnen. Das ist eine bemerkenswerte Epoche in unsrer Wiederbelebung. Mit ihr schließt eine Periode und es beginnt eine neue Aera, in welcher sich das bulgarische Volk mit fortwährenden Bemühungen und unermüdlichem Fleiße eine bessere Zukunft schaffen und auch seinen Teil zu Fortschritt und Humanität beitragen wird. Unser heutiger Erfolg soll alle anspornen, in der Zukunft noch schneller vorwärts zu schreiten, und kein Tag soll unbenützt vorüberstreichen.

3.

Verhältnis zur Pforte.

23. Februar. Der bulgarische Agent Vulkovitsch in Konstantinopel wird hier von einem Unbekannten auf der Straße ermordet.

1. März. Die Leiche wird im Beisein des Prinzen Ferdinand,

der Minister und zahlreicher Abordnungen aus dem Lande in Philippopel beerdigt.

31. März (12. April). Der Minister des Aeußern, Grekow, richtet an Reschid Bey, Geranten des ottomanischen Vakuf-Kommissariats in Sofia eine Note, die im wesentlichen folgenden Inhalts ist:

Die Note geht von der Ermordung des Ministers Beltschew und von der infolge dieses Ereignisses erteilen Versicherung der Pforte aus, daß sie die Bemühungen zur Ueberwachung der bulgarischen Emigranten unterstützen und bei dem geringsten verbrecherischen Versuche derselben die auf türkischem Gebiete befindlichen Schuldigen verfolgen und bestrafen werde. Das Schriftstück verweist sodann auf die Ermordung des Dr. Vulkowitsch und faßt die Ergebnisse der von der türkischen Behörde in Angelegenheit des erwähnten Mordes geführten Untersuchung zusammen. Die bulgarische Regierung sei in hohem Maße überrascht gewesen, als Schischmanow in Freiheit gesetzt und der russischen Botschaft ausgeliefert wurde. Nach den unzweifelhaften Beweisen, welche die bulgarische Regierung besitze, sei Schischmanow im Orte Klein-Timowo im Vilajet Adrianopel geboren und befand sich bis 1885 in rumeliotischen Diensten. Die Note erörtert eingehend, daß Schischmanow seine türkische Staatsangehörigkeit nicht abgelegt haben könne, mindestens aber in die Kategorie der türkischen Schutzbefohlenen gehöre. Hieraus folge, daß die Intervention der russischen Botschaft zu Gunsten Schischmanows eine unberechtigte war, da selbst in dem Falle, wenn Schischmanow russischer Unterthan gewesen wäre, das von ihm begangene Verbrechen von den türkischen Gerichtsbehörden zu ahnden wäre. Es stehe somit fest, daß die bulgarischen Emigranten in Rußland nicht bloß ein Asyl und Straflosigkeit, sondern auch Unterstützungen fänden, die sie in den Stand setzen, Komplotte zu schmieden und Attentate gegen die bulgarischen Staatsmänner vorzubereiten. All diese Thatsachen hätten die bulgarische Regierung sehr peinlich berührt und in Bulgarien einen bedauerlichen Eindruck gemacht. Sie reihten sich zahlreichen früheren Vorgängen an, bei welchen die russische Regierung stets ihre wohlwollenden Gesinnungen für die bulgarischen Emigranten und ihre feindselige Haltung gegen die bulgarische Regierung offenbarte. In dieser Beziehung erinnert die Note an die nach der Ermordung Beltschews von Zankow, Rizow, Stantschew, Gruew, Benderew und Luzkanow an Stambolow gerichteten Briefe, in welchen dieselben erklärten, sie würden weitere Attentate ins Werk setzen, an das Verbleiben Gruew und Benderews in der russischen Armee, an die Jahrespension Zankows und an den Empfang Stantschews durch den Minister Giers. Es sei ferner eine bekannte Thatsache, daß alle bulgarischen Emigranten, welche sich in der Türkei, in Serbien und in andern Staaten aufhalten, mit russischen Pässen versehen sind, ohne russische Unterthanen zu sein. Ja, die bulgarische Regierung habe sogar konstatirt, daß einzelne Brigantenchefs, die in der Türkei geboren sind und türkische Unterthanen seien, solche russische Pässe besitzen.

Hierauf fährt die Note wörtlich folgendermaßen fort:

Wenn die bulgarischen Anarchisten nicht von den russischen, panslawistischen Komitees unterstützt und ermutigt würden, wenn ihnen nicht in sichtlicher Weise der Schutz gewisser Funktionäre der russischen Regierung zu teil würde, und wenn sie nicht in der Türkei eine von allzu weitgehender Nachsicht getragene Gastfreundschaft fänden, die sie bis zum heutigen Tage nur allzu oft mißbrauchten, so würden sie ihre Verbrechen, deren offenkundiger, von ihnen

selbst cynisch eingestandener Zweck die Aenderung der in Bulgarien bestehenden Ordnung der Dinge ist, unzweifelhaft nicht ausführen können. Seit dem Tage, wo Bulgarien sich selbst überlassen wurde als Herr seiner innern wie äußern Politik, hat die fürstliche Regierung sich bemüht, die besten Beziehungen mit der hohen Pforte zu unterhalten und die Bande zwischen dem suzeränen Hofe und dem Fürstentum enger zu knüpfen. Die bulgarische Regierung glaubt, nachdem sie Ordnung und Ruhe aufrecht erhalten hat, ihren internationalen Verpflichtungen nachgekommen ist, insbesondre die Forderungen Rußlands betreffs der Okkupationskosten und der nach Bulgarien geflüchteten angeblichen russischen Anarchisten befriedigt, nachdem sie mit einem Worte ihre Pflichten gegenüber allen erfüllt hat, das Vertrauen der hohen Pforte zu verdienen und sich genug Ansprüche auf ihre Fürsorge erworben zu haben, damit sie den Schutz der Rechte und Interessen Bulgariens in die Hände nehme.... Die hohe Pforte möge, indem sie dazu hilft, die bulgarischen Emigranten und die revolutionären Komitees zur Ohnmacht zu verurteilen, in ihrem hohen Gerechtigkeitsgefühle und in ihrem Wunsche, die politische Lage des Fürstentums zu konsolidiren, die Rechte dieses Landes anerkennen, indem sie, gemäß Artikel III des Berliner Vertrages, die in Bulgarien bestehende gesetzliche Ordnung der Dinge in internationaler Beziehung bestätigt.

18. April. Die Pforte befiehlt, den Bulgaren Kutscheleff, dessen Verhaftung durch das russische Konsulat und spätere Festhaltung seitens der türkischen Polizei in Konstantinopel zu einer Einsprache der bulgarischen Regierung führte, wieder freizugeben und nach Sofia abreisen zu lassen.

19. April. Reschid-Bey erwidert auf obige Note dem Minister Grekow mündlich, die Pforte sei bereit, nach Abschluß des in Konstantinopel schwebenden Prozeßverfahrens an die russische Regierung das Ersuchen zu richten, die Brüder Tufektschiew und Schischmanow auszuliefern. Was die von der bulgarischen Regierung begehrte Ausweisung bulgarischer Emigranten aus der Türkei anlange, so wünsche die Pforte ein detaillirtes Verzeichnis der betreffenden Personen. Die dritte in der bulgarischen Note an die Pforte enthaltene Forderung, betreffend die Anerkennung des Prinzen Ferdinand, erachte die Pforte im gegenwärtigen Zeitpunkt für inopportun. Sie empfehle der bulgarischen Regierung Geduld und Mäßigung.

30. Juni. In Sofia beginnt der Prozeß gegen die der Ermordung des Finanzministers Beltschew Angeklagten. Dabei kommt ein Tagebuch des Angeklagten Mirabow zur Verlesung.

Eine dieser Aufzeichnungen lautet dahin, daß Bulgarien durch die Ermordung des Fürsten von den Oesterreichern, Deutschen u. s. w. für immer befreit werden soll. Ferner verzeichnet das Tagebuch, der Kaiser von Rußland hätte sich zu Zankow einmal folgendermaßen geäußert: „Ich weiß, daß die Bulgaren mich lieben; die Angelegenheiten Bulgariens werden sich ungünstig gestalten, und der Koburger wird Bulgarien verlassen.“ Weiter heißt es, daß weder der Prinz von Mingrelien, noch Prinz Waldemar, sondern ein slawischer Prinz, dessen Namen der Zar nicht nennt, zum Fürsten von

Bulgarien gewählt werden wird. Wahrscheinlich handle es sich um den Großfürsten Michael Michailowitsch, der auf seine Erbfolgerechte in Rußland Verzicht leisten und eine Tochter des Grafen Ignatiew heiraten würde. Es sei wert, heißt es dann in den Aufzeichnungen, für dieses Ziel zu sterben.

27. Juli. Vier dieser Angeklagten werden infolge ihrer Verurteilung zum Tode in Sofia hingerichtet.

Ende Juli. Das Blatt „Swoboda" veröffentlicht ein geheimes Schreiben des frühern russischen Gesandten in Bukarest, Hitrowo, aus Juni 1889 an den Direktor des asiatischen Departements in Petersburg, Iwan Alexander Sinowjew. Darin werde mitgeteilt, daß mit Zankow Unterhandlungen angeknüpft seien, welche die Entfernung des Prinzen Ferdinand aus Bulgarien bezweckten. In dem Briefe werde sodann Geld verlangt, welches Zankow an Personen verteilen sollte, die sich anheischig gemacht hätten, den Prinzen zu töten. In der Antwort des asiatischen Departements heißt es, daß an Zankow zu dem angegebenen Zwecke 50000 Francs übermittelt würden.

13. August. Stambolow wird bei seiner Ankunft in Konstantinopel von einem hohen Würdenträger begrüßt und vom Sultan empfangen. Hierüber berichtet die „Agence Balcanique":

Der Sultan beglückwünschte den Ministerpräsidenten zu der Art, in welcher er die Angelegenheiten Bulgariens verwalte und leite. Er erklärte, daß er großes Interesse für das Fürstentum hege, und empfahl Stambulow, seinen Ratschlägen zu folgen. Die Anerkennung des Prinzen Ferdinand werde er aussprechen, wenn der günstige Augenblick dazu gekommen sei. Stambulow dankte dem Sultan und versicherte, seinen Ratschlägen gemäß handeln zu wollen, denn das bulgarische Volk sei überzeugt, daß seine Interessen mit denen der Türkei innig verknüpft seien. Die Anerkennung des Prinzen Ferdinand, den das Volk von Herzen liebe und in jeder Beziehung hochschätze, überlasse er der Entscheidung des Sultans. Der Sultan sprach den Wunsch aus, das bulgarische Volk möge bei seiner Liebe zum Prinzen Ferdinand verharren.

Ende Oktober. Auf eine den Besuch Stambolows in Konstantinopel betreffende russische Note antwortet die Pforte: „Während des kurzen Aufenthaltes Stambolows in der Hauptstadt des Reiches wurde nichts gesagt, was eine Aenderung der freimütigen und loyalen Politik der ottomanischen Regierung, basirt auf der Aufrechterhaltung der Verträge, in sich schließen könnte."

4.

Die Landesvertretung.

27. Oktober. Prinz Ferdinand eröffnet die Sobranje mit einer Rede.

Darin wird darauf hingewiesen, daß das Land in normaler Weise fortschreite und sich entwickle, und daß allgemeine Ordnung, Ruhe und Zufriedenheit herrschen. Auf seine Reise ins Ausland hinweisend, betont der Prinz die persönliche Sympathie und das Interesse der aufgeklärten Nationen und Regierungen für das tapfere bulgarische Volk und deren lebhaften Wunsch, die Bulgaren siegreich zu sehen im Kampfe zur Verteidigung ihrer Rechte und Autonomie. Die Thronrede hebt namentlich den herzlichen Empfang des Prinzen seitens des Kaisers Franz Josef und der Königin Viktoria sowie seitens der hervorragenden englischen Staatsmänner hervor und weist auf das Wohlwollen des Sultans für das bulgarische Volk hin, das durch die dem ersten Rate des Prinzen erteilte Audienz sowie durch die Entsendung eines besonderen Vertreters zur Landesausstellung in Philippopel seinen Ausdruck gefunden habe. Es seien hierdurch die zwischen dem Sultan und seinen Vasallen bestehenden Bande der Freundschaft noch enger geknüpft worden.

19. Dezember. Die Sobranje genehmigt mit allen gegen 13 Stimmen in erster und zweiter Lesung einen von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf, betreffend folgende Aenderungen der Verfassung vom 17. April 1879:

Es sollen künftig lauten: Art. 6: Der Fürst von Bulgarien und sein Thronfolger führen den Titel: Königliche Hoheit. Art. 38: Der Fürst von Bulgarien kann sich zu keinem andern als dem orthodoxen Glauben bekennen. Blos der Fürst, der infolge seiner Wahl den bulgarischen Thron besteigt, und sein erster Thronfolger können, wenn sie einem andern christlichen Glauben angehören, in demselben verharren. Artikel 58: Adelstitel und andre Vorzüge können im Fürstentume von Bulgarien nicht bestehen. Artikel 59: Der Fürst hat das Recht der Ordensverleihung. Die Stiftung von Orden erfolgt mittelst eines besonderen Gesetzes. Artikel 86, Absatz 1 und 2: Die ordentliche Nationalversammlung bilden die von dem Volke zu je einem von zwanzigtausend Seelen beiderlei Geschlechts für fünf Jahre direkt gewählten Vertreter. Artikel 114: Die Abstimmung über der Sobranje vorgelegte Gesetzentwürfe ist nur dann zulässig, wenn nicht weniger als ein Drittel der gesamten Vertreter der Sitzung anwohnt. (Bisher war die Hälfte derselben erforderlich.) Artikel 115: Die Stimmabgabe geschieht persönlich und mündlich. Sie kann auch geheim erfolgen, wenn dies wenigstens zehn Abgeordnete verlangen und die Sobranje diesem Verlangen zustimmt. Artikel 125: Wenn der Einberufung der Volksvertretung wichtige Hindernisse entgegentreten sollten, kann der Fürst auf Vortrag des Ministerrates die Aufnahme einer Anleihe bis zu drei Millionen Francs unter der Bedingung dekretiren, daß sie von der nächsten Nationalversammlung genehmigt werde. (Bisher ist das Maximum mit einer Million angesetzt.) Artikel 126: Für Ausgaben, für welche kein Kredit vorgesehen wurde, kann der Fürst in jedem einzelnen Falle, und zwar in den im Artikel 125 vorgesehenen Fällen, die Bedeckung aus Staatsmitteln dekretiren, doch darf die Gesamtsumme solcher Ausgaben eine Million nicht übersteigen. (Bisher darf diese Summe den Betrag von 300000 Francs nicht überschreiten.) Artikel 139: Alle Volksvertreter beziehen Tagegelder, Reisegelder aber bloß die außerhalb der Residenz der Nationalversammlung wohnenden. Artikel 141: Verfassung. Der Fürst beruft die große Sobranje ein, sobald der im Artikel 7 der Verfassung vorhergesehene Fall eintritt. (Artikel 7 lautet: „Ohne Zustimmung der großen Sobranje kann der Fürst nicht gleichzeitig Regent eines andern Landes sein.") Artikel 144: Die große Nationalversammlung bilden die aus der direkten Volkswahl hervorgegangenen Vertreter. Ihre Anzahl ist doppelt so groß als diejenige der ordentlichen Nationalversammlung,

indem je zwanzigtausend Seelen von beiderlei Geschlecht je zwei Abgeordnete wählen. Ein besondres Gesetz wird die Wahlordnung bestimmen. Artikel 161: Die Anzahl der Ministerien normirt ein besondres Gesetz, welches als angenommen gilt, wenn mindestens zwei Drittel aller Vertreter der ordentlichen Nationalversammlung dafür stimmen.

Rumänien.

I.

Neuwahlen zu den Kammern.

13.—16. Februar. Nach einer längeren und lebhaften Wahlbewegung finden die Neuwahlen zu beiden Kammern statt. Sie haben folgendes Ergebniß: In die Deputirtenkammer werden 141 Ministerielle und 23 Oppositionelle, in den Senat 42 Ministerielle und 9 Oppositionelle gewählt.

24. Februar. Durch die Stichwahlen steigen die Ministeriellen in der Deputirtenkammer auf 152, die Oppositionellen auf 30.

II.

Die königliche Familie.

4. Januar. König Karl und der Thronfolger Prinz Ferdinand werden vom Kaiser von Oesterreich in Wien empfangen.

6. Januar. Der König besucht seine Gemahlin in Pallanza, wo sie aus Gesundheitsgründen längeren Aufenthalt genommen hat,

18. März. Der König hält in Bukarest eine längere Ansprache zur Eröffnung der rumänischen Akademie.

22. Mai. Der Jahrestag der Krönung des Königs wird unter Teilnahme des erbprinzlichen Paares von Meiningen in Bukarest festlich begangen.

2. Juni. Die Verlobung des Thronfolgers Prinzen Ferdinand Viktor Albert Meinrad (geboren den 24. August 1865 in Sigmaringen), zweiten Sohnes des Fürsten Leopold von Hohenzollern (Bruders des Königs Karl), mit der Prinzessin Maria Alexandra Viktoria von Großbritannien, ältesten Tochter des Herzogs Alfred von Edinburg und der Großfürstin Maria, wird amtlich bekannt gemacht.

3. Juni. Im Senat hält der Minister des Auswärtigen, Lahovary, eine Ansprache, in welcher er die Verbindung als ein glückliches Ereignis für Land und Dynastie preist, welches das Werk der vergangnen und der gegenwärtigen Generation krône und den Nachkommen eine ruhige, stolze und friedliche Zukunft verheiße. Die von jeher zwischen Rumänien und der großen britischen Nation bestehenden Bande der Freundschaft würden dadurch nur noch inniger geknüpft.

4. Juni. König Karl nimmt die Glückwünsche der Minister sowie der Landesvertretung entgegen und erwidert, er betrachte die von dem Lande so überaus freudig begrüßte Verbindung als ein großes Glück und einen wahrhaften Trost, denn er sehe dadurch das mit der gegenwärtigen Generation begonnene Werk gesichert; er blicke vertrauensvoll in die Zukunft. — Königin Elisabeth trifft in ihrer Heimat Neuwied zu längerm Aufenthalt ein.

1. Juli. Der König, sein Bruder und der Thronfolger werden von der Königin Viktoria in Schloß Windsor empfangen.

III.

Die Kammern.

7. März. Eröffnung der Kammern durch Thronrede des Königs.

Darin heißt es, die letzten Wahlen hätten unzweifelhaft die leitenden Ideen des Landes bekräftigt, das vor allem Ordnung und Festigkeit der Verhältnisse verlange. Sodann giebt der König der Zuversicht Ausdruck, daß die äußern Verhältnisse das innere Reformwerk nicht stören würden, und stellt mit Freuden fest, daß alle Mächte ihren Willen, den Frieden zu erhalten, kundgegeben hätten. Rumänien befolge gleichfalls eine Politik des Friedens und der Ordnung.

11. März. Der Finanzminister legt der Deputirtenkammer das Budget für 1893 vor. Darin sind Einnahmen und Ausgaben mit 179700000 Fr. im Gleichgewicht.

22. März. Bei Entgegennahme der Adresse der Kammer bemerkt der König, die Kammer erfülle ihre eigentliche Mission, wenn sie alle ihre Anstrengungen den großen Interessen des Landes zuwende und die Regierung unterstütze. Die Königin sei, wenn gleich ihr Gesundheitszustand sie noch fernhalte, doch mit ihm, dem Könige, einig in den Gefühlen für das Glück und die Größe des Vaterlandes.

5. April. Im Senat wird eine Anfrage über die Handels-

beziehungen zu Deutschland an die Regierung gestellt. Minister Lahovary erwidert, Deutschland habe, nachdem der deutsch-rumänische Handelsvertrag vor einem Jahre abgelaufen sei, bei Schaffung des neuen Zollsystems die Interessen Rumäniens nicht mehr in Rechnung gezogen. Rumänien könne, wiewohl es im Rechte sei, doch kraft des geschriebnen Textes keinerlei Vorteil ansprechen. Es sei nichts desto weniger gewiß, daß der rumänische Generaltarif in Wahrheit mäßig und für alle gleich sei. Die für Rumänien geschaffne ungleiche Lage sei also keineswegs gerechtfertigt. Gegenwärtig würden zwischen der rumänischen und deutschen Regierung Vorbesprechungen gepflogen. Die deutsche Regierung habe sich dabei auf ihre Gesetze berufen, daß die Meistbegünstigung nur gegen Erteilung gleichartiger Zugeständnisse gewährt werden könne.

30. April. Vorlegung eines Gesetzentwurfs wegen Bewilligung von fünfundzwanzig Mill. Fr. für Militärzwecke und eines Gesetzentwurfs wegen Bewilligung von dreiundzwanzig Mill. Fr. für Förderung des Ackerbaus.

Dieser Entwurf bezweckt eine gründliche Umgestaltung der ländlichen Kredite. Bis jetzt gab es solcher Anstalten in den meisten Bezirken, sie hatten aber einen privaten Charakter. Nun soll ein rein staatliches Institut geschaffen werden; der Staat ist derjenige, der das Geld leiht, die Oberaufsicht führt und die Beamten anstellt, die an diesem Institut wirken sollen. Die eine Abteilung gewährt den Ackerbautreibenden und den mit diesem Betriebe zusammenhängenden Gewerbetreibenden den notwendigen Kredit, der andre soll der Landbevölkerung das nötige Geld vorschießen, damit sie aus den zum Verkaufe kommenden Staatsländereien sich ein eignes Heim zu gründen in der Lage ist. Diese Staatsleihanstalt giebt Gelder auf Pfand, gewährt Vorschüsse für Ankauf von Vieh, Sämereien, landwirtschaftliche Geräte und für Erbauung landwirtschaftlicher Gebäude.

4. Juni. Die Kammer genehmigt dieses letztere Gesetz.

27. Juni. Eine neue Session wird eröffnet. Der König sagt in der Thronrede:

Die bevorstehende Heirat des Thronfolgers sei ein glückliches Ereignis, sie werde die Bande zwischen der englischen und rumänischen Dynastie sowie der englischen und rumänischen Bevölkerung befestigen nnd weiter entwickeln und eine Bürgschaft für die Zukunft des Landes bilden. Die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten seien die freundschaftlichsten. Rumänien sei durch seine korrekte Haltung bei den internationalen Beziehungen, durch seine Mäßigkeit und den unwandelbaren Wunsch, Europa die unschätzbaren Wohlthaten des Friedens zu erhalten, ein geachteter Faktor in dem europäischen Konzert geworden. Der glänzendste Empfang des Königs in London und Wien sei ein Beweis für den Wert der Freundschaft Rumäniens.

7. Dezember. Die Kammern genehmigen eine Dotation von jährlich 300 000 Fr. für den Thronfolger.

Serbien.

I.

Die Landesvertretung.

11. Januar. Die Skupschtina wird ohne Thronrede eröffnet.

9. Februar. Es finden sehr erregte Verhandlungen über die am 18. Mai 1891 erfolgte Ausweisung der Königin-Mutter Natalie statt. Die Radikalen werfen der Regierung vor, hierbei die Verfassung schwer verletzt zu haben.

11. Februar. Die Kammer geht mit 70 gegen 21 Stimmen über diese Frage zur Tagesordnung über.

18. Februar. Bei Beratung des Etats des Finanzministeriums wird die Regierung heftig angegriffen. Sie wird beschuldigt, daß sie ihre Anhänger belohne und den Parteikampf in das Heer tragen wolle.

6. März. Das Budget für 1893 wird in Einnahme mit 60135839, in Ausgabe mit 60110595 Fr. genehmigt.

13. März. Die Regierung legt folgenden Gesetzentwurf vor, betr. den Verzicht des früheren Königs Milan:

Artikel I. Die Skupschtina nimmt zur Kenntnis und bestätigt die Erklärung des gewesenen Königs Milan, welche lautet: „An die königlichen Regenten! Anknüpfend an meinen Akt vom 30. März d. J., welchen ich an Sie gerichtet habe, und nach dessen Mitteilung die Skupschtina an demselben Tage die bekannte Resolution gefaßt hat, beehre ich mich, Sie zu benachrichtigen, daß ich, geleitet von denselben Gründen und Erwägungen, mich entschlossen habe, noch ein weiteres, und zwar das größte und letzte Opfer diesem Ziele zu bringen. Dieses Opfer besteht darin, daß ich Ihnen, königliche Regenten, hiermit feierlich erkläre, daß ich mit gegenwärtigem Akte, welcher für mich verbindliche Kraft hat, freiwillig und für immer der Mitgliedschaft des serbischen Königshauses, sowie allen Rechten und Pflichten entsage, welche mit dieser Mitgliedschaft nach der Verfassung und den Landesgesetzen verknüpft sind. Daraus folgt von selbst, daß die Aufsicht über die Erziehung Sr. Majestät des Königs Alexander, welche mir dem Artikel 72 der Verfassung gemäß zustand, nach dem Geiste und Sinne dieses Artikels auf Sie, königliche Regenten, übergeht, infolge dessen auch die Vormünder der Zivilliste Sr. Majestät des Königs Alexander fortan von Ihnen ihre Weisungen erhalten, Ihnen Rechnungen vorzulegen und von Ihnen Entscheidungen zu empfangen haben. Ebenso entsage ich allen Ansprüchen, welcher Art immer, sei es bezüglich des serbischen Staates, sei es bezüglich des serbischen Königshauses. Nebst dieser Erklärung, betreffend die Resignation auf meine Rechte, beehre ich mich, Sie noch von meiner ferneren rechtsverbindlichen Entschließung zu benachrichtigen, kraft welcher ich auch der serbischen Staatsbürgerschaft entsage, sowie allen Rechten, die dieselbe gewährt, und zwar derart, daß ich für immer außerhalb Serbiens leben und niemals nach Serbien kommen werde,

ausgenommen den in der erwähnten Resolution der Skupschtina vom 30. März 1891 vorgesehenen Fall. Im Zusammenhange mit diesem meinem unabänderlichen Entschlusse bitte ich Sie, königliche Regenten, im geeigneten Wege das Erforderliche veranlassen zu wollen, damit mein Austritt aus dem serbischen Staatsverbande durchgeführt werde und ich eine fremde Staatsbürgerschaft erwerben kann. Indem ich Ihnen diese Erklärung mitteile, bitte ich Sie, königliche Regenten, mich durch einen besondern Akt von Ihrer Billigung und Ihrem Einverständnisse mit diesen meinen im gegenwärtigen Akte niedergelegten bleibenden und rechtsverbindlichen Entschließungen benachrichtigen zu wollen. Paris, 30. September 1891. Milan."

Artikel II. Dieses Gesetz tritt in Kraft, sobald es der König, respektive die Regentschaft sanktionirt.

17. März. Die Kammer führt heftige Verhandlungen über diesen Gesetzentwurf. Der Minister des Innern, Gjaja, sagt in seiner Schlußrede: Serbien begräbt heute Milans Regiment; befestigen wir den Grabstein gut und dauerhaft, damit es Milan Obrenovich für alle Zeiten unmöglich wird, seine politische Auferstehung zu feiern.

24. März. Genehmigung dieses Gesetzes mit achtzig gegen dreizehn Stimmen.

8. April. Eine Vorlage wegen Bewilligung von zehn Millionen zu Heereszwecken ruft erregte Verhandlungen hervor. Der Kriegsminister liefert eine ausführliche Darstellung der Lage des Heeres und erklärt, jene Summe genüge noch nicht einmal zur Beseitigung der schreiendsten Mißstände im Heere. Dies macht solchen Eindruck, daß die Vorlage bewilligt wird.

12. April. Schluß der Skupschtina.

II.

Die königliche Familie.

28. Februar. Das Amtsblatt in Belgrad enthält folgende Bekanntmachung des Ministers des Innern:

Auf Ansuchen Sr. Maj. des gewesenen Königs Milan M. Obrenovich und nach Erfüllung aller im § 44 des bürgerlichen Gesetzbuches vorgeschriebenen Bedingungen hat der Minister des Innern unter dem 4. Oktober 1891 dem Gesuchsteller den Austritt aus dem serbischen Staatsverbande bewilligt, worüber unter gleichem Datum seitens der Polizeipräfektur der Stadt Belgrad die Urkunde ausgefertigt wurde. Angesichts dessen hat der gewesene König Milan auf sein eignes Ansuchen aufgehört, ein Staatsbürger des Königreichs Serbien zu sein.

8. Juli. Der sechzehnjährige König Alexander tritt, nachdem er eine Prüfung über seine Studiengegenstände zur Zufriedenheit

der Lehrer abgelegt hat, eine Reise nach Ems an, wo er einige Wochen mit seinem Vater Milan sich aufhält.

III.

Die Regierung.

17. Juni. Tod des Regenten Protisch.

20. August. Bildung eines neuen und liberalen Ministeriums. Ministerpräsident und Minister des Aeußern: Awakumowitsch; Krieg: Bogitschewitsch; Finanzen: Stojanowitsch; Unterricht: Boschkowitsch; Inneres: Ribarac.

23. August. Die Regierung setzt alle radikalen Präfekten ab.

9. Oktober. Der Minister des Innern richtet an alle neuen Präfekten ein Schreiben, in dem mit Rücksicht auf gewisse bedauernswerte Gepflogenheiten der Elemente, die er im Staatsdienste angetroffen habe, die Wahrung der Sicherheit der Person und des Eigentums der Bürger den Polizeibeamten zur strengsten Pflicht gemacht wird. Das Wort Freiheit führe in Serbien seit zwanzig Jahren jedermann im Munde. Nunmehr sei es Zeit, den Begriff der Freiheit in jene Grenzen zu bringen, innerhalb deren die Freiheit eine Wohlthat sei, während jeder Schritt außerhalb dieser Grenzen Willkür bedeute.

Griechenland.

I.

Die königliche Familie.

Ende Juli. König Georgios begiebt sich zur Kur nach Aix-les-Bains in Frankreich.

9. September. Der König ist in Paris Gast des Präsidenten Carnot.

15. Oktober. Das Königspaar feiert die silberne Hochzeit. Zur Feier ist der Zarewitsch erschienen. Ein französisches und ein englisches Geschwader sind anwesend. Präsident Carnot richtet ein Glückwunschschreiben an den König.

II.

Die Landesvertretung.

13. Februar. Der Ministerpräsident Delyannis bespricht in der Kammer ausführlich die wirtschaftliche Lage des Landes und betont dabei die Notwendigkeit, Opfer zu bringen. Als solche bezeichnet er die Einführung des Tabakmonopols, die Erhöhung der Einfuhrzölle für fast alle Artikel um 15 Prozent, der Accise auf Wein und die monopolisirte Petroleumsteuer, sowie die Einführung des Zehnten auf Zugtiere. Der Minister erhofft von diesen Maßregeln eine Vermehruug der Einnahmen um sechzehn Millionen Drachmen.

18. Februar. Die Kammer genehmigt sämtliche Finanzvorlagen, darunter das Tabakmonopol.

29. Februar. Ablehnung eines Antrags auf Erhebung einer Anklage gegen den frühern Minister Trikupis.

III.

Wechsel des Ministeriums.

1. März. Der König fordert plötzlich den Ministerpräsidenten Delyannis zum Rücktritt auf; als dieser, unter Berufung auf das ihm zu teil gewordene Vertrauen der Kammer, ablehnt, ernennt der König ein neues Ministerium, das vom Kammerpräsidenten Konstantopulos gebildet ist. Eine aufgeregte Volksmenge vor dem königlichen Schlosse in Athen wird durch Militär vertrieben.

5. März. Die Mehrheit der Kammer versöhnt sich mit dem König wegen seines mit Rücksicht auf die finanziellen Fragen erfolgten Eingreifens. Der König spricht einer Abordnung der Kammer die Hoffnung aus, er werde mit ihrer Unterstützung das Land aus seiner schwierigen Lage befreien können.

2. April. Im Amtsblatt wird das Programm des neuen Ministeriums verkündigt und die Ursachen auseinandergesetzt, die den Wechsel des Ministeriums notwendig gemacht hätten. Die herrschenden Verhältnisse werden als eine Folge der schlechten Verwaltung aller Ressorts durch das bisherige Ministerium dargestellt. Die Regierung verspricht, die Gesetze zu achten, eine ehrliche und unparteiische Verwaltung einzurichten, die Staatseinnahmen durch eine Revision der Steuergesetze zu erhöhen und die Ausgaben überall,

soweit es möglich sein wird, zu vermindern. Um die Wahlen nicht zu beeinflussen, werde die Regierung keine Kandidaten aufstellen. Diejenigen, die das gegenwärtige Programm des Kabinets annehmen, werden als Kandidaten des Ministeriums betrachtet werden.

IV.

Neuwahlen.

15. Mai. Von den 210 vorzunehmenden Wahlen zur Kammer fallen 160 zu Gunsten des frühern Ministers Trikoupis, nur 42 der Partei Delyannis zu. Nach dem Bekanntwerden des Wahlergebnisses begiebt sich König Georg im offnen Wagen in die Wohnung von Trikoupis und beglückwünscht ihn zu seinem Wahlerfolge. Der König wird von der Bevölkerung stürmisch begrüßt.

V.

Die neue Kammer.

6. Juni. Die Kammer wird ohne Thronrede eröffnet. Beim Eintritt des Abgeordneten Trikoupis erhebt sich die ganze Versammlung.

7. Juli. Der am 21. Juni an Stelle von Konstantopulos zum Ministerpräsidenten ernannte **Trikoupis** legt der Kammer das **Budget** vor, entwickelt das Finanzprogramm der Regierung und beantragt Ersparungen im Gesamtbetrage von 7 Millionen.

Hiervon entfallen 3 Millionen auf die Ausgaben für die Armee. Ferner wird im Budget die Erhöhung der Einnahmen um $9^{7}/_{10}$ Millionen vorgesehen. Unter den neu aufgeführten Einnahmen befinden sich die Erhebung einer 32prozentigen Münzdifferenz auf den Einfuhrzoll für Konventionalartikel, ferner der Zuschlag von einem Lepta per Oka Getreide, von 10 Lepta per Oka Zucker und eine Erhöhung der Steuer auf Zugtiere um 20 Prozent. Der Minister hebt hervor, die Besserung des Budgets um etwa 17 Millionen genüge zur Bedeckung des Ausfalles des alten Budgets. In dem neuen Budget werden die Einnahmen auf 100300000 Drachmen, die Ausgaben auf 97600000 Drachmen veranschlagt. Das Programm umfaßt außerdem ein besseres System für die Erhebung der Grundsteuer, eine bessere Ausbeutung des Tabakgefälles und die Verminderung des Münzverlustes durch vorläufige Einschränkung und spätere Abschaffung des Zwangskurses.

12. August. Die Kammer wird geschlossen, nachdem sie die von der Regierung gestellten Forderungen, auch soweit sie, wie die

Schulsteuer und die Militärpolizei, im Lande unbeliebt sind, genehmigt hat.

10. November. Eröffnung einer neuen Session.

30. November. Vorlegung des Budgets für 1893, in dem die Einnahmen 110, die Ausgaben 104 Millionen betragen.

Montenegro.

24. Februar. Beerdigung der verwitweten Fürstin Darinka von Montenegro in Venedig.

30. April. Die Regierung einigt sich mit der Pforte über Einsetzung einer Kommission zur Regelung aller Streitigkeiten zwischen den Grenzbewohnern. — Maſcha Wrbitza, der reichste Wojwode des Landes, früherer Minister des Innern und des Kriegs, verläßt infolge der ihm vom Fürsten Nikita zu teil gewordenen Behandlung mit Familie und Habe das Land und siedelt nach Oesterreich über.

Ende Dezember. Auch Blaſcho Petrowitsch, Vetter des Fürsten und Senatspräsident, wandert aus ähnlichem Grunde aus.

Marokko.

Anfang Januar. Die Kabylenstämme in der Gegend von Tanger erheben einen Aufstand, veranlaßt durch Grausamkeiten des Gouverneurs bei der Steuereintreibung. — Der Sultan gerät in Streit mit Frankreich, das Einsprache erhebt gegen die marokkanische Besetzung der drei großen Oasen von Tuat, die bis dahin nur in religiöser Beziehung dem Sultan unterstanden. Andrerseits mißlingen die Bemühungen Frankreichs, die Oasen sich unterthan zu machen.

12. Mai. Der außerordentliche britische Gesandte Sir Evan Smith hält feierlichen Einzug in Fez und hißt hier, zur Unzufriedenheit der Bevölkerung, die britische Flagge.

Anfang Juni. Der englische Gesandte widersetzt sich der Absicht des Sultans, Tanger zu befestigen, und verlangt, daß eine Polizeitruppe mit europäischen Offizieren in Tanger gebildet werde.

Ende Juli. Der Sultan lehnt die englischen Forderungen wegen Herstellung von Telegraphenlinien, Errichtung einer Bank und Freigabe des Waffenhandels ab. Infolge einer unruhigen Bewegung der Bevölkerung gegen die englische Gesandtschaft in Fez läßt diese der Sultan wissen, daß im Falle eines Angriffs auf diese oder der Ermordung des Gesandten es sich darum handeln würde, ob es fortan überhaupt noch einen Sultan von Marokko geben werde. Die Verhandlungen über einen englisch-marokkanischen Handelsvertrag werden abgebrochen. Der Sultan schließt einen Waffenstillstand mit

den Aufständischen im Innern, nachdem Frankreich den mächtigen Volksstamm der Mafara unter seine Schutzherrschaft gestellt hat. — Die Aufständischen in der Gegend von Tanger schließen diese Stadt völlig ein.

29. August. Das Heer des Sultans rückt ins Land dieser Aufständischen ein und zersprengt sie.

Ende September. Tod des Großscherifs von Wasan, des Sidi el Hadj, der als Nachkomme des Propheten das Recht der Bestätigung des Sultans hatte.

Ende Oktober. Der am 17. September in Fez angelangte außerordentliche französische Gesandte Graf d'Aubigny erlangt vom Sultan die Erlaubnis zum Bau von Wasseranlagen sowie guter Wege für Tanger und Umgegend.

2. Dezember. Infolge blutiger Vorgänge in Tanger beschließen die zahlreich hier wohnenden Europäer ein Ersuchen an die Gesandten um Erwirkung oder Bildung eines internationalen Polizeikorps.

Uganda.

24. Januar. Es entsteht ein Kampf zwischen den protestantischen und den katholischen Baganda's. Die Protestanten behalten die Oberhand, nachdem sie vom englischen Befehlshaber, Kapitän Lugard, entgegen den Bestimmungen der Antisklavereiakte, Gewehre erhalten haben. Lugard läßt die Königsfahne herunterreißen, erklärt den König Mwanga für abgesetzt und ernennt den Häuptling Mbogo zu dessen Nachfolger.

11. Februar. Lugard erstattet einen Bericht über diese Vorfälle an die Verwaltung der britisch-ostafrikanischen Gesellschaft. Darin schiebt er die Schuld an jenen Vorgängen auf den Anfang Januars mit vielen Priestern angelangten französischen Bischof.

30. März. König Mwanga kehrt in das Reich zurück und begiebt sich unter den Einfluß der Protestanten.

9. Juni. Im britischen Unterhause erklärt der Parlamentssekretär des Auswärtigen, Lowther, die Kapitäne Lugard und Williams seien der britisch-ostafrikanischen Gesellschaft vom Kriegsministerium überlassen worden. Lugard habe darauf von der Gesellschaft den Auftrag erhalten, die beste Route nach dem Viktoria-Nyanza aufzufinden. Infolge des englisch-deutschen Abkommens habe Lugard Weisungen erhalten, unverzüglich nach Uganda zu gehen und einen Vertrag mit König Mwanga abzuschließen, wobei ihm auf die Seele gebunden sei, dahin zu arbeiten, daß die Religionsstreitigkeiten aufhörten und allen Konfessionen vollkommene Religionsfreiheit gewährt werde; auch müsse er alles aufbieten, um die widerstreitenden Interessen zu versöhnen. Diese Weisungen seien ausgeführt und der Vertrag mit König Mwanga am 26. Dezember 1890 abgeschlossen. In diesem Vertrage seien die administrativen Befugnisse der Vertreter der Gesellschaft klar definirt, und nach diesem Vertrage hätten Lugard und dessen Untergebene, die von Williams unterstützt wurden, gehandelt.

13. Juni. Die britisch-ostafrikanische Gesellschaft sendet den Befehl an ihre Agenten aus, Uganda zu räumen. Die Times befürwortet infolge dessen Schritte des englischen Reichs zur Aufrechterhaltung der Stellung Englands in Uganda, das sonst einer andern Macht anheimfallen werde.

16. Juni. Im britischen Unterhause erklärt der erste Lord des Schatzes, Balfour, die Regierung habe keine Befugnis, die britisch-ostafrikanische Gesellschaft zum Verbleiben in Uganda zu zwingen, aber man müsse hierbei im Auge behalten, daß ein Rückzug der Gesellschaft keineswegs ein Aufgeben des Gebiets seitens Englands bedeute.

18. August. Die katholische Mission in Lyon veröffentlicht ein Schreiben des Bischof Hirth von Uganda an den Kardinal Lavigerie vom 25. April. Darin werden die Meldungen über die von den Engländern den katholischen Missionen in den Weg gelegten Hindernisse bestätigt und wird die Einmischung der Königin von England gefordert; der Chef der deutschen Station in Bukoba habe an Hirth gegen hundert Katholiken zurückgesandt, die während der Unruhen in die Sklaverei abgeführt waren, und die es ihm gelungen war, in Freiheit zu setzen.

Anfang Oktober. Die britische Regierung sucht die Entscheidung über ihre Besetzung Ugandas hinauszuschieben und gewährt daher der britisch-ostafrikanischen Gesellschaft einen dreimonatigen Zuschuß für die Kosten der Besetzung Ugandas.

Südafrikanische Republik.

Im März. Es beginnt der erste Teil eines großen sog. Treks oder Auszug von Boeren durch die Kalahariwüste nach Maschonaland.

Im April. Auf Einsprache des Gouverneurs der Kapkolonie sucht die Regierung die Fortsetzung dieses Treks zu hindern.

7. Mai. Eine große Strecke der Eisenbahnlinie Capetown-Johannesburg wird eröffnet und gleichzeitig an der Grenze des Oranje-Freistaats eine neue Stadt angelegt, die den Namen „Vereinigung" führen soll weil hier die Vereinigung sämtlicher Eisenbahnlinien stattfinden wird. — Die Regierung sieht sich außer stande, den Trek nach Maschonaland ferner zu hemmen, da er zu groß ist.

20. Juni. Eröffnung der Eisenbahnlinie, die sich an die Bahn der portugiesischen Delagoabei anschließt. Es ist dies für den deutschen Verkehr mit Transvaal von Bedeutung, da seit zwei Jahren die deutsche Postdampferlinie jenen Hafen anläuft.

Anfang Oktober. Krüger, Präsident der Republik, hält mit Rücksicht auf die bevorstehende Neuwahl eines Präsidenten in Boksbury eine Rede, in der er erklärt, er sei entschlossen, die Gesetzesbestimmungen zu beseitigen, die Fremden die Gewinnung des Bürgerrechts erschweren. Er werde dem Volksrad bei dessen Zusammentreten eine Vorlage zugehen lassen, die die zur Erlangung des Wahlrechts erforderliche Ansässigkeitsdauer von 5 auf 2, die zur Uebernahme eines Sitzes in der zweiten Kammer von 15 auf 4 und für einen Sitz in der ersten Kammer von 20 auf 10 Jahre herabsetze. Das alte und das neue Volk, d. h. Holländer und Engländer, müßten sich völlig vermischen, da auf diese Weise am sichersten und schnellsten ein einiges, freies Südafrika entstehen werde.

Kongostaat.

I.

Zölle.

8. April. Abschluß eines Vertrags mit Frankreich und Portugal, der die Frage der Ein- und Ausgangszölle für das westliche Kongobecken regelt.

II.

Streit mit Frankreich.

Im Juli. Die französische Regierung beschwert sich bei der Regierung des Kongostaats wegen der Ermordung des französischen Leutnants Pourmayrac und seiner Begleiter am Ufer des Kottoflusses, ferner darüber, daß die Regierung des Kongostaats, in Widerspruch mit der Kongoakte, den Handel mit Elfenbein als ihr Monopol erklärt habe. Die Regierung lehnt die Verantwortung für erstern Fall ab, da jener Fluß nicht zum Gebiete des Kongostaats gehöre.

Im August. Dieser Streit wird verschärft durch französische Gebietsansprüche. Schon 1887 hatte sich die Kongoregierung um des Friedens willen nachgiebig gegen französische Ansprüche erwiesen und an Frankreich das rechte Ubanguiufer bis zum 17. Grade abgetreten. Seitdem hat der Kongostaat die nördlich und östlich jenseits des 17. Grades belegenen Gebiete am Ubangi erforscht und besetzt. Plötzlich tritt Frankreich mit der Forderung hervor, daß ihm das ganze rechte Ufer des Ubangi gehöre, was eine Erweiterung des französischen Kongogebiets vom 17. bis zum 32. Grade, um nicht weniger als 1500 km bedeutet. Als von Brüssel aus dieser Forderung ein entschiedenes Nein entgegengestellt wird, erklärt sich Frankreich zufrieden, wenn eine Abtretung bis zum 25. Grade bewilligt würde; aber der König, in der Voraussicht, daß jedes Nachgeben neue französische Ansprüche zeitige, weist alle Anträge ab und verlangt einen Schiedsspruch. Darüber wird er in der französischen Presse stark beschimpft, z. B. „Häuptling einer Räuberbande" genannt.

III.

Expedition van Kerkhoves.

Im September. Der belgische Kapitän van Kerkhove trifft mit fünftausend Mann und zwanzig Flußbooten in Wadelai, der früher ägyptischen Provinz Emin Paschas ein, um zu verhindern, daß Frankreich ein Gebiet zwischen dem Kongo und der britischen Interessensphäre am oberen Nil einzwänge. Trotz der Erklärung, daß man an Annexionen in dieser Gegend nicht denke, ist doch auch die britische Regierung über dieses Eindringen in ihre

Interessensphäre ungehalten. Es entsteht darüber ein Schriftwechsel. Dabei kommt Folgendes in Betracht: Vor zwei Jahren hatte die englische ostafrikanische Gesellschaft mit dem Kongostaate einen Vertrag abgeschlossen, der dem Kongostaate den ganzen Teil ihres Wirkungskreises, so weit er sich am linken Nilufer bis Lado ausdehnte, abtrat. Lord Salisbury teilte brieflich der Kongoregierung mit, daß er diesen Vertrag voll billige. Infolgedessen beschloß der belgische König, den Kapitän van Kerkhoven nach dem Uellebecken zu entsenden, mit der Aufgabe, die Sklaven- und Elfenbeinjäger, wie die sudanesischen Madhisten, die in den nordöstlichen Gebieten des Kongostaats und bis zu den unter dem Aequator liegenden Seen ihr Unwesen trieben, zu verjagen, wie mit den an den Zuflüssen des Ubangi ansässigen Stämmen Bündnisse gegen die Araber zu schließen. Der Kapitän wurde angewiesen, falls er in der Richtung nach Wadelai vorstoßen sollte, nichts gegen die englischen Interessen zu unternehmen. Ein Marsch nach Wadelai und Lado wurde nicht vorgeschrieben, aber auch nicht untersagt, da 1. der mit der englischen Gesellschaft abgeschlossene und von Lord Salisbury genehmigte Vertrag den Kongostaat zu einem derartigen Vormarsche ermächtigte, 2. der Expedition, um das Uellebecken wirksam von den Sklaven- und Elfenbeinjägern säubern zu können, von dem Kongostaate keine willkürliche Operationsgrenze gezogen werden konnte, vielmehr die Freiheit gelassen werden mußte, die Araber auch über die geographischen Grenzen des Kongostaates hinaus zurückzuwerfen und 3. bis zu einer endgiltigen Besitznahme der Aequatorialprovinz durch England eine einstweilige Besetzung dieses Gebiets durch eine dritte im Allgemeininteresse der Zivilisation handelnde Macht keinen Widerspruch finden konnte. Kurz vor den englischen Neuwahlen schrieb Lord Salisbury der Kongoregierung, er habe zwar persönlich den Vertrag zwischen dem Kongostaate und der englischen ostafrikanischen Gesellschaft gebilligt, aber die übrigen Kabinetsmitglieder seien andrer Ansicht; seine Zustimmung sei also null und nichtig. So kam es zu einer sehr gereizten Korrespondenz, an deren Schlusse das Kabinet Salisbury dem Kongostaate die Besetzung Wadelais oder jedes andern Punktes der englischen Sphäre untersagte, aber Kerkhoven befand sich längst auf dem Marsche nach Wadelai, da der Kongogostaat nicht die Umstimmung der englischen Regierung vorhersehen konnte. Der Kongostaat fordert nun eine schiedsrichterliche Entscheidung dieser Streitfrage.

IV.

Einverleibung Katangas.

Unter Zustimmung Deutschlands und auf Ansuchen des belgischen Königs war von Sansibar aus eine starke Expedition, an deren Spitze der ehemalige englische Kapitän Stairs und der belgische Hauptmann vom Brüsseler Karabinier-Regiment Bodson standen, durch Deutsch-Ostafrika nach dem Tanganyikasee gezogen, um das Katangagebiet zu erreichen und in Besitz zu nennen.

Im Juni. Kapitän Stairs trifft in Katanga ein und hißt hier an vielen Orten die Fahne des Kongostaates auf.

V.

Die Araber am Kongo.

Im Februar. Die Regierung ergreift Maßnahmen zur weitern Beschränkung der durch Araber am obern Laufe des Kongo veranstalteten Jagden auf Sklaven. Nachdem zu diesem Zweck eine Reihe von Stationen in diesen Gegenden errichtet war, entsendet die Regierung Expeditionen, um die Grenzgebiete von diesem Treiben zu säubern und die Herrschaft des Staates zu befestigen.

Im Mai. Die Expedition unter dem Major van Kerkhoven wird von den arabischen Sklavenjägern am obern Uelle gänzlich zersprengt.

Im September. Eine Expedition unter dem Forscher Hoddister wird am obern Kongo von den Arabern vernichtet.

Persien.

7. Januar. Infolge großer Aufregung der Bevölkerung von Teheran und der drohenden Haltung, die sie vor dem Palais des Schahs wegen des Tabakausfuhrmonopols einnimmt, wird dieses wieder aufgehoben.

Anfang April. Vertreter der Unzufriednen im Lande wenden sich in einer Eingabe an die Vertreter des Auslands in Teheran mit der Klage über „dreiste Eindringlinge, die sich durch ihre blutsaugerischen Zwecke persönlicher Erwerbssucht leiten ließen, mit unsern käuflichen Ministern handelseinig wurden, sie mit Geld und Schmeichelcien bestachen und unser so wie so schon ausgeraubtes Land noch weiter zu plündern begannen. Hiermit haben sie die Schale unsers Leidens zum Ueberlaufen gebracht; wir empörten uns. Geehrte Herren, wir flehen Sie an, für die Zukunft Einhalt zu thun dem blutsaugerischen Treiben dieser Eindringlinge, ebenso wie der grausamen Willkür unsers jetzigen Regimes."

Im September. Die Nestorianer im nordwestlichen Persien treten in die mit Rom unirte chaldäische Kirche zurück.

Afghanistan.

Im April. Der Emir Abdurrahman giebt in einem Schriftstücke allen Häuptlingen im Lande die Gründe an, aus denen er die britische der russischen Freundschaft vorzieht. Die Russen wollten ihren Weg nach Indien durch Afghanistan nehmen; wenn nun die Afghanen die russische Seite ergriffen, so würden sie nur als Futter für die englischen Geschütze dienen.

Im Mai. Der Emir läßt den befestigten Platz Asmar besetzen, um sich von hier aus die Völkerschaften im Staate Bajaur im Hochgebirgslande zwischen den Flüssen Indus und Kabul botmäßig zu machen.

Im August. Ein hartnäckiger Aufstand der Gazaras und der Usbegs wird vom Emir unterdrückt.

17. August. Zusammenstoß von Afghanen mit russischem Militär vom Pamirplateau.

China.

4. Januar. Ein kaiserlicher Erlaß verkündet, daß die Aufständischen an mehreren Punkten des nördlichen Landes, an der Grenze der Mandschurei niedergeworfen seien.

10. Februar. Die fremden Gesandten am Hofe zu Peking machen im Gebäude des Tsung-li-Yamen ihre Neujahrsbesuche dem Prinzen Tsching, Präsidenten des Auswärtigen Amtes, und den Mitgliedern dieses Verwaltungszweiges sowie den Präsidenten und Vicepräsidenten der verschiednen Ministerien. Der deutsche Gesandte, von Brandt, bringt den Toast auf den Kaiser von China aus.

Anfang Mai. In Schunching werden gewaltsame Maßregeln zum Schutz der britischen Missionare ergriffen.

3. August. Das Tsung-li-Yamen (Auswärtige Amt) richtet an den deutschen Gesandten eine Note, in der es auf erfolgte Einschmuggelung von Waffen und Dynamit hinweist. Künftig werde jeder, der die Aufständischen mit Waffen versorgt, als Aufständischer behandelt.

Im September. In mehreren Landesteilen brechen Bewegungen gegen die Missionare und ihre Familien aus. — Es wird ein am 1. Januar 1893 in Kraft tretender, bis Ende 1902 giltiger Telegraphenvertrag mit Rußland geschlossen.

Japan.

14. März. Nachdem das am 29. November 1892 eröffnete Parlament am 25. Dezember aufgelöst war, weil es jede Regierungsvorlage verwarf, ein Preßgesetz vorschlug, dem die Regierung nicht beitreten konnte, und wiederholt Abstriche von zusammen 35 Millionen Mk. im Budget beschlossen hatte, finden Neuwahlen statt, die auf 130 Oppositionelle, 8 Radikale, 37 Liberale und 70 von der Regierungspartei fallen.

12. Mai. Nachdem die Regierung dem Parlament eine Reihe von Vorlagen gemacht hat, erhebt es wiederholt heftige Klagen über die von Beamten stattgehabte Beeinflussung der Wahlen.

15. Juni. Das Parlament wird, nachdem es heftige Kämpfe mit der Regierung gehabt hat, geschlossen.

Anfang August. Das mit dem Parlament in vielfachen Streit geratene Ministerium des Grafen Matsukata tritt zurück und wird durch ein Ministerium des Grafen Ito ersetzt.

Sandwich-Inseln.

20. Mai. In Honolulu wird eine von Engländern angestiftete Verschwörung zur Entthronung der Königin entdeckt. Die Anführer werden verhaftet und des Hochverrats angeklagt.

Anfang Juni. Im Parlament stellt ein Abgeordneter an den Minister des Aeußern die Frage, ob das Ministerium den hawaiischen Gesandten in Washington mit der Anbahnung eines Vertrags mit der Regierung der Vereinigten Staaten beauftragt habe, der den Erwerb oder die Besitzergreifung des hawaiischen Königreichs seitens der amerikanischen Republik bezwecke, und ob der Gesandte bevollmächtigt sei, den Vereinigten Staaten als Kohlenstation Pearl Harbor abzutreten und dort die Landung von Truppen zu gestatten. Der Minister erteilt die Antwort: Die Regierung habe dem Gesandten in Washington keinen Auftrag erteilt zum Abschluß irgend eines Vertrags, der zur Annexion der Sandwichsinseln führen solle, dagegen bleibe der 1887 mit den Vereinigten Staaten abgeschlossene Vertrag in Kraft, der letzteren das ausschließliche Recht zur Erhaltung einer Kohlenstation im Pearl Harbor erteilt, und dieses Recht dauere fort, so lange der Vertrag bestehe.

20. Juli. Einer jener Verschwörer, der Radikale Wilcox, greift als Abgeordneter im Parlament den Vertrauten der regierenden Königin, den Marschall Wilson, heftig an, dem er Beteiligung am Opiumschmuggel vorwirft. Nach einer Verteidigungsrede des Finanzministers wird jedoch die beantragte Mißtrauenserklärung abgelehnt.

14. September. Infolge dieser Angriffe kommt es dennoch zur Einsetzung eines neuen Ministeriums mit Mac Farlane an der Spitze.

17. Oktober. Gegenüber diesem Ministerium beschließt das Parlament folgende Erklärung: „Das derzeitige Kabinett hat keinen Plan entwickelt, um das Reich aus der gegenwärtigen gefährlichen finanziellen Verlegenheit zu ziehen. Und da es unumgänglich notwendig ist, daß behufs Förderung der Handelsinteressen des Landes ein günstiger Vertrag mit den Vereinigten Staaten abgeschlossen werde, der die zollfreie Einfuhr unsrer Erzeugnisse in der Nachbarrepublik zuläßt; da ferner das Kabinett eine derartige Politik nicht zu begünstigen scheint, der Premier sogar dem Vertreter der Vereinigten Staaten in Hawaii gegenüber freundlich aufgetreten, die allgemeine Tendenz der Regierung eine den Vereinigten Staaten und amerikanischen Interessen entgegengesetzte und feindliche ist und eine den Sandwichsinseln günstige Aenderung in unsern Vertragsbeziehungen zur amerikanischen Republik ausschließt; da endlich das Kabinett keinen guten Willen bekundet, den skandalösen Zuständen unsrer Polizeiverwaltung abzuhelfen, und überhaupt seine Unfähigkeit an den Tag legt, die Nation durch die sie umgebenden gefährlichen Klippen sicher zu steuern, so wird hiermit beschlossen, daß die Kammer ihr Mißtrauen in das derzeitige Kabinett erklärt."

8. November. Es wird ein neues Ministerium ernannt mit dem Radikalen und frühern Verschwörer Wilcox an der Spitze.

14. November. Ministerpräsident Wilcox giebt im Parlament auf eine Anfrage die Erklärung ab, das Ministerium beabsichtige, engere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten herbeizuführen, und es würde bei der Unterhandlung über einen Vertrag den Vereinigten Staaten auf Wunsch die ausschließliche Berechtigung zu bewilligen bereit sein, in dem Pearl-Hafen eine Kohlen- und Marinestation zu unterhalten. Die Politik des Ministeriums

bestehe darin, die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Königreichs zu erhalten, engere Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten anzubahnen, eine Gesetzgebung zu befürworten, wodurch dem derzeitigen Arbeitsmangel abzuhelfen sei, den Ackerbau zu heben und andre volkswirtschaftliche Interessen bestmöglich durch Gesetzvorlagen und Geldunterstützung zu fördern, sowie die äußerste Sparsamkeit zu beobachten.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

I.

Der Kongreß.

12. Januar. Im Repräsentantenhause wird der von der republikanischen Partei in der Mac Kinley-Akte verkörperte Grundsatz der Gegenseitigkeit mehrfach stark angegriffen.

16. März. Diese Angriffe werden wiederholt, indem viele Redner, die namentlich für zollfreie Einlassung von Wolle auftreten, die allgemeine Aufmerksamkeit auf viele Mängel des Mac Kinley-Tarifs und auf dessen Schädigung des nationalen Wohlstands richten.

5. Mai. Gesetz, durch das den eingewanderten Chinesen das Recht genommen wird, in geeigneten Fällen gegen Bürgschaft freigelassen zu werden; ferner wird ihnen das Recht der Freizügigkeit entzogen und Landesverweisung für gewisse Fälle in Aussicht gestellt. Der Grund für diese gesetzlichen Bestimmungen besteht darin, daß die eingewanderten Chinesen, wenngleich sie sich als Ackerbauer und Handwerker sehr fleißig gezeigt haben, durch ihre Anspruchslosigkeit europäischen Arbeitern den Marktpreis verdarben und durch allerlei widerliche Untugenden vielen Haß erregten, der in Kalifornien mehrmals zu Ausbrüchen der Volkswut geführt hatte.

30. Juli. Der Senat genehmigt ein von Stewart vorgeschlagenes Gesetz, betreffend die freie Silberprägung. Hiernach sollen alle im Staatsschatze befindlichen Silberscheidemünzen zur Ausprägung kommen.

6. Dezember. Im Senat wird von Chandler ein Gesetz beantragt, demzufolge die Einwanderung in die Union während eines am 1. März beginnenden Jahres gänzlich verboten sein soll. Die Union ist zwar von der Einwanderung gewissermaßen groß gezogen indem sechzehn Millionen Köpfe in der Zeit von 1790 bis 1890 eingewandert waren; aber seit 1868 ist die Zahl der fähigsten und wohlhabendsten Einwanderer, nämlich der aus Großbritannien und

Deutschland, stetig herabgegangen, und die steigende sonstige Einwanderung, namentlich die aus romanischen und slawischen Völkern, hat ein fremdartiges, zum Teil widerstrebendes Element sowie einen Strom von Proletariern gebracht, der immer mehr beginnt, die öffentlichen Verhältnisse störend zu beeinflussen. Die Einwanderung Unbemittelter ist jedoch nur zum Teil schuld, daß sich nirgends in der Welt als in der Union neben den kolossalsten Vermögen einzelner ein neidisches, anspruchsvolles Proletariat so reißend schnell entwickelt hat. Der Grund besteht darin, daß die zügellose Freiheit in der Union sich nur für die Begabtesten und Fleißigsten als Vorteil erwies. Daher nimmt der die Welt erfüllende Kampf der Arbeiter gegen Ausbeutung durch Kapitalismus in der Union so große Ausdehnung und Rücksichtslosigkeit an, daß es in verschiedenen Gegenden zu einem förmlichen Arbeiterkrieg kommt (s. Nr. II). — Einlenkend wird darauf aus dem Kreise der Agenten der europäischen Einwanderungsgesellschaften vorgeschlagen, es möge diesen unter Androhung hoher Geldstrafen die Ueberwachung der Einwanderung überlassen werden.

7. Dezember. Senator Hill bringt im Senat einen Gesetzentwurf ein, betreffend die Abschaffung der Sherman-Akte über den Silberankauf. (Die Silberakte des Senators John Sherman vom 14. Juli 1890 enthält u. a. die Bestimmung, daß die Regierung gehalten ist, allmonatlich $4\frac{1}{2}$ Millionen Silber ankaufen zu lassen, aus welchen bis zum 1. Juli 1891 monatlich zwei Millionen in Dollars ausgeprägt werden und von diesem Zeitpunkte ab die Prägung nur zur Einlösung von Schatzamtsnoten fortgesetzt werden sollte.)

II.

Arbeiterkrieg.

6. Juli. Lohnstreitigkeiten in den Carnegieschen Eisenwerken in Homestead bei Pittsburg führen zu blutigen Kämpfen, wobei mehrere Personen ums Leben kommen. Die Leiter der Fabrik verhängen lieber eine Arbeitssperre, als daß sie die Forderungen der Arbeiter gewähren. Den Betrieb gedenken sie mit nicht zum Gewerkverein gehörigen Arbeitern fortsetzen zu können, und damit diese hinlänglichen Schutz genössen gegen etwaige Gewaltthätigkeiten der Entlassenen, verpflichten die Direktoren eine große Anzahl von Privatgeheimpolizisten, um die Fabrik und die Arbeiter Tag und Nacht zu schützen. Als dreihundert Schutzleute auf Kähnen ankommen, wird

ihnen von den bewaffneten Arbeitern die Landung verwehrt, worauf es zu blutigen Kämpfen kommt, die Arbeiter verschanzen sich und schlagen die Angriffe ab. Nach der Ankunft von zweitausend Arbeitern aus Pittsburg müssen sich die Polizisten ergeben.

12. Juli. Erst nachdem der Gouverneur 8000 Mann Nationalgarde nach Homestead geschickt hat, werden die aufständischen Arbeiter in der von ihnen inzwischen befestigten Stadt unterworfen.

15. Juli. Unter dem Eindrucke dieser Vorgänge in Pennsylvanien entstehen ähnliche umfangreiche Ausstände in den Staaten Idaho und Minnesota. Auch in Spokano (Washington) kommt es zum Kriege zwischen bewaffneten Minenarbeitern und Militär.

18. August. Große Scharen ausständiger Bergleute in Tennessee schließen die zu ihrer Bekämpfung entsandten Truppen ein, worauf diese von einem andern Teil des Militärs durch Umgehung des Hauptlagers der Aufrührer entsetzt werden. — Die streikenden Weichensteller der Newyork-Lake-Erie- und Western- sowie an der Lehigh-Valley- und Buffalo-Creek-Eisenbahn kommen, nachdem sie viele beladene Waggons in Brand gesteckt haben, mit den Truppen in Kampf.

III.

Kolumbusfeier.

8. Oktober. In Newyork finden Festlichkeiten zur vierhundertjährigen Entdeckung Amerikas durch Kolumbus statt. Ein viele Tausende zählender Zug von Schülern der Schulen und höherer Bildungsanstalten bewegt sich durch die auf das prachtvollste geschmückten Straßen. Dann findet eine Schiffsschau auf dem Hudsonflusse statt. Eine große Anzahl von geschmückten und beflaggten Schiffen und Kähnen bedeckt den Fluß. Der Vorüberzug erfolgt in drei Kolonnen, die unter Salutschüssen herankommen. Die Mittelkolonne wird von den ausländischen, die anderen von amerikanischen Kriegsschiffen gebildet. Den Ehrenplatz nimmt das spanische Schiff „Infanta Isabel" ein.

12. Oktober. Am gesetzlichen Festtage wird in Baltimore ein Kolumbusdenkmal enthüllt und findet in Newyork eine Parade über 50 000 Mann statt.

19. Oktober. In Chicago findet ein Riesenumzug der Schuljugend statt.

21. Oktober. Die Festlichkeiten zur Einweihung der Gebäude der nächstjährigen Weltausstellung in Chicago finden statt. Der Fest-

redner spricht über die Bedeutung der Entdeckung Amerikas für die Entwicklung des Menschengeschlechts. „Die Kreuzzüge waren eine blutige und fürchterliche Romantik der Geschichte. Die Entdeckung Amerikas bildete die Erlösung der Welt."

IV.

Die Frage der Fischerei im Beringsmeer.

1. März. Der englische Gesandte Pauncefote und Staatssekretär Blaine unterzeichnen in Washington einen Vertrag über die Regelung der Frage betreffend den Robbenfang im Beringsmeer durch ein Schiedsgericht. Großbritannien verpflichtet sich, während der Tagung des Schiedsgerichts das Erlegen von Robben in dem Teil des Beringsmeeres zu verbieten, welcher östlich von der in Artikel 1 des Zessionsvertrages verzeichneten Abgrenzungslinie liegt. Die britische Regierung wird ihr bestes thun, britische Unterthanen und Schiffe anzuhalten, diesem Verbot nachzukommen. Die Vereinigten Staaten haben ihrerseits versprochen, den Robbenfang gleichfalls zu verbieten. Nur 7500 Robben dürfen erlegt werden, so viel als zum Lebensunterhalt der Eingebornen erforderlich sind. Schiffe, die gegen dieses Abkommen verstoßen, werden beschlagnahmt werden. Sollte die Entscheidung gegen die Vereinigten Staaten ausfallen, so sollen die Schiedsrichter die Entschädigung darnach bestimmen, wie viele Robben ohne den Vertrag hätten gefangen werden können, ohne die Anzahl der Robben allzusehr zu vermindern. Entscheidet das Schiedsgericht gegen Großbritannien, so hat das letztere eine solche Entschädigung zu zahlen, wie sie der Unterschied zwischen 7500 Robben und derjenigen größern Anzahl beträgt, die nach der Ansicht der Schiedsrichter hätte gefangen werden dürfen. Der Vertrag kann jederzeit nach dem 31. Oktober 1893 nach zweimonatlicher Kündigung ablaufen.

29. März. Der Vertrag wird vom Kongreß genehmigt. — Präsident Harrison erläßt eine Warnung für jedermann, sich zum Zwecke des Fanges von Seehunden und Robben im Beringsmeer innerhalb des Hoheitsgebietes der Vereinigten Staaten zu begeben.

V.

Präsidentenwahl.

9. Juni. Der in Minneapolis stattfindende Konvent der republikanischen Partei stellt den bisherigen Präsidenten Harrison als Kandidaten für die Präsidentschaft der Republik auf. Die Körperschaft der Delegirten umfaßt 912 Mitglieder. Die Wahl erfolgt im ersten Stimmgange mit 535 Stimmen für Harrison gegen 369, von denen 182 auf Blaine, 182 auf Mac Kinley fallen, während fünf zersplittern. Als Kandidat für die Vizepräsidentschaft wird Whitelaw Reid, Besitzer der Newyorker „Tribüne," aufgestellt. Der Konvent nimmt ferner ein Programm an, das die schutzzöllnerische Politik und die Pflege der gegenseitigen Beziehungen der republikanischen Partei bestätigt. Außerdem spricht sich das Programm für Ausdehnung des auswärtigen Handels der Vereinigten Staaten aus sowie für freundschaftliche Beziehungen mit allen auswärtigen Mächten. Ferner werden die schärfsten gesetzlichen Maßnahmen zur Beschränkung der Einwanderung von strafrechtlich verfolgten und mittellosen Personen gefordert. Das Programm richtet sich sodann gegen die Judenverfolgung in Rußland, betont die hohe Bedeutung des Baues, des Nicaraguakanals, der jedoch unter die Oberaufsicht der Regierung der Vereinigten Staaten gestellt werden müßte. Das Programm begünstigt den Bimetallismus und verlangt die Verwendung des Goldes wie des Silbers als Geld von gesetzlichem Werte gemäß den von der Regierung aufgestellten Bestimmungen, damit die Gleichheit beider Metalle als Prinzip aufgestellt und aufrechterhalten werde, und damit alle Dollars, seien sie Gold-, Silber- oder Papierdollars, von gleichem Werte seien.

21. Juni. Der Konvent der demokratischen Partei findet in Chicago statt und stellt im ersten Wahlgange als Kandidaten für die Präsidentschaft der Republik mit 616 gegen 252 Stimmen den Stephen Grover Cleveland (geb. am 18. März 1837 in Caldwell, New-Jersey), der bereits vom 4. März 1885 bis dahin 1889 Präsident gewesen ist, als Kandidaten für die Vizepräsidentschaft Stevenson aus Illinois auf. Im Programm dieser Konvention wird der Mac Kinley-Tarif als vernichtend für die Ackerbauer und Arbeiter hingestellt.

21. August. Eine deutsch-amerikanische Vereinigung mit Schurz an der Spitze spricht sich für entschiedenes Eintreten in die Bewegung für Cleveland aus.

5. September. Präsident Harrison veröffentlicht ein Schreiben, in dem er sich zur Annahme einer Wiederwahl bereit erklärt, und zugleich den Stand der nationalen Angelegenheiten und des auswärtigen Handels der Vereinigten Staaten einer eingehenden Würdigung unterzieht. Er spricht sich für die Vermehrung solcher Handelsschiffe aus, die durch ihre Bauart geeignet erscheinen, erforderlichen Falles den Zwecken der Regierung zu dienen. Anlangend seine Reziprozitätspolitik, so sähen die rivalisirenden europäischen Handelsmächte dieselbe als eine solche an, die ihre kommerzielle Suprematie bedrohe. Die schutzzöllnerischen Tarife bezweckten, die Löhne auf ihrer Höhe zu erhalten und zu verhindern, daß dieselben auf das Niveau der in Europa gezahlten Löhne herabgedrückt würden. Er sei überzeugt, daß die freie Ausprägung des Silbers, wenn es in einem solchen Verhältnis zum Golde stehe, daß es die Gleichheit beider Metalle aufrecht erhalte, zum Segen aller wirtschaftlichen und Handel treibenden Nationen der Welt gereichen werde.

7. Dezember. Die in Gemäßheit des Bundesgesetzes vom 13. Januar 1845 am 8. November seitens der 44 Staaten der Union (mit 60 Millionen Einwohnern) gewählten 419 Wahlmänner („Elektoren") schreiten zufolge des Bundesgesetzes vom 1. März 1792 zur Wahl eines neuen Präsidenten der Union. Von den 419 stimmen 257 für Cleveland, der also am 4. März 1893 als vierundzwanzigster Präsident und zwar als achter mit zweimaliger Wahl die Regierung angetreten hat.

Mexiko.

28. Februar. Eine Versammlung der in der Hauptstadt lebenden Ausländer spricht den Wunsch aus, daß die bevorstehende Neuwahl des Präsidenten der Republik auf den jetzigen Präsidenten Porfirio Diaz fallen möge, unter dessen Regierung das Land eine Laufbahn wunderbarer Wohlfahrt begonnen habe. In der That haben die Vereinigten Staaten von Mexiko, die noch vor zwei Jahrzehnten den ständigen Schauplatz erbitterter Parteikämpfe bildeten, fortgefahren, in ruhigen Bahnen sich zu entwickeln. Der öffentliche Wohlstand nahm unter der umsichtigen Leitung des frühern revolutionären Generals Präsidenten Diaz weitern Aufschwung, hauptsächlich weil durch die immer mehr sich ausdehnenden Eisenbahnen die reichen

Erzeugnisse aus dem Innern abgeführt und zugleich die Gewalt der Regierung in Beschützung von Leben und Eigentum auch in den entlegensten Staaten erheblich gestärkt wurde. Dazu kam eine vorteilhafte Handelsverbindung mit Japan. Zucker, Kakao und wertvolle Hölzer wurden nach dem vielfach waldlosen Inselreiche ausgeführt, während Kohlen aus den dortigen reichen Lagern besser bezogen wurden als aus Nordamerika, wohin die nötigen Verbindungswege fehlten. Das Land erfreute sich steigenden Kredits, dessen Schmälerung durch falsche beunruhigende Nachrichten der Spekulanten sogleich Versammlungen besorgt entgegenzutreten pflegten. Ein durch Mißernte in den nördlichen Staaten entstandener Ausfall an Einnahmen vermochte das Gleichgewicht nicht zu stören.

Anfang April. Der Präsident Diaz schildert in einer Rede vor dem Kongreß die günstige Lage des Landes. Die Einnahmen seien um 1000 000 Dollar gegen das Vorjahr gestiegen, die Zinsen für die Anleihen wie bisher pünktlich beglichen, und das Ausland blicke mit Vertrauen auf die Solidität des Landes, welche auch durch Mißernten und böswillige Gerüchte nicht erschüttert sei.

2. Mai. Der Kongreß beschließt, daß der 12. Oktober d. J. in Erinnerung an die vor vierhundert Jahren stattgehabte Landung des Entdeckers der neuen Welt als ein nationaler Feiertag betrachtet werden soll. — Es findet die Eröffnung der Eisenbahn zwischen dem Golf von Mexiko und Monterey statt.

Anfang Mai. Nachdem die Mormonen am Salzsee sich außerordentlich vermehrt haben, werden ihnen, auf Wunsch ihrer Führer, unbebaute Gebiete im Norden Mexikos gegen fünfzehnjährige Abgabenfreiheit überwiesen.

12. Juli. Porfirio Diaz wird für die neue vierjährige Amtsdauer zum Präsidenten der Republik wiedergewählt.

16. September. Der Kongreß wird wieder eröffnet. Präsident Diaz führt vor demselben aus, daß die Beziehungen zu allen fremden Mächten freundschaftliche seien. Die Mineninduſtrie weist unter dem Schutze der neuen Minengesetzgebung erhebliche Fortschritte auf. Die Länge der Staatstelegraphen beträgt 35 500, die der im Betrieb befindlichen Eisenbahnen 10 660 Kilometer. Die Bareinnahmen des Staatsschatzes betrugen im abgelaufenen Finanzjahr über 37 Millionen Dollars. Die trotz der vorjährigen knappen Ernte und des niedrigen Silberpreises nur unbedeutende Abnahme in den Einnahmen beweist die Kraft der natürlichen Hilfsquellen des Landes und bestärkt die Regierung in ihrer Zuversicht, stets allen Verpflichtungen gerecht werden zu können.

12. Oktober. Es wird ein Dekret erlassen, wonach der Zoll auf Baumwolle um 20, der auf Druckpapier um 30 Prozent herabgesetzt, auch die Zölle auf Fette, Glas, Eisen, Tuche und Ackerbaugeräte erheblich verringert werden.

Mitte Dezember. Scharen von Freibeutern aus Texas dringen in den Norden der Republik ein und versuchen hier vergeblich einen Aufstand zu erregen.

Mittelamerika.

Im Januar. Der siebenunddreißigjährige General Barrios wird unter Zustimmung der Führer aller Parteien für die Zeit bis 1998 zum Präsidenten der Republik Guatemala gewählt. Er verspricht in einer längeren Ansprache „die Errichtung des unverfälschten demokratischen Regiments, ohne Unduldsamkeit der Sekten und ohne Übertreibung der Schwärmer", ferner Frieden im Innern, Freiheiten für alle und völlige Parteilosigkeit.

Im März. In San Salvador tagt wiederum ein Kongreß der fünf Republiken, es gelingt ihm aber nicht, deren Föderation wieder herzustellen.

24. Juni. In der Republik Honduras wird ein Aufstand des Obersten Ruila niedergeworfen.

13. September. In der Republik Costa Rica stürzt der Präsident Rodriguez die Verfassung um und erklärt sich zum Diktator.

Im September. Die Regierung von Honduras schließt mit einer amerikanischen Gesellschaft einen Vertrag zur Herstellung einer interozeanischen Eisenbahn, welche Puerto Cortez am Atlantischen Ozean und Aceituno am Stillen Ozean mit einander verbinden, also eine Strecke von etwa fünfundvierzig Meilen durchlaufen soll. — Der Präsidentenstuhl wir zum erstenmal seit 40 Jahren in Gemäßheit der Gesetze, und zwar mit dem General Leiva besetzt.

20. November. Die Regierung von Honduras schließt mit der Dampfschiffsgesellschaft, deren Schiffe zwischen Newyork und Honduras laufen, einen Vertrag, demzufolge der Gesellschaft von der Regierung in dem Gebiete von Santa Barbara umfangreiche Bezirke behufs Anlage von Plantagen und industriellen Unternehmungen überlassen werden. Die Gesellschaft beabsichtigt, 4 bis 5000 europäische Ansiedler kommen zu lassen, denen je eine Parzelle zum Anbau von Zucker, Tabak, Weizen und andern Artikeln gegen geringe

Vergütung abgetreten wird. Die Gesellschaft macht es sich ferner zur Aufgabe, die Produktion und die Betriebe des kolonialen Gemeinwesens im Großen zu leiten, Fabriken und Warenhäuser anzulegen, den Kolonisten ihre landwirtschaftlichen Erträge zum Marktpreise abzukaufen, und erwirbt während der Dauer von zehn Jahren das alleinige Recht, nach Europa auszuführen.

Colombia.

2. Februar. Dr. Nuñez wird zum fünftenmale, für die Zeit bis 1898 zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Colombia gewählt.

16. Juli. Colombien feiert den Jahrestag seiner Unabhängigkeitserklärung durch Eröffnung einer Ausstellung von Landeserzeugnissen in Bogota.

Ende Oktober. Nuñez wünscht von der Präsidentschaft zurückzutreten, der Nationalkongreß in Bogota versagt aber die Genehmigung und ermächtigt ihn, die Präsidentschaft in jeder Weise auszuüben, wie es die nationalen Interessen erfordern.

Im November. Der Kongreß beschließt, daß die Präsidentschaft der Republik fortan nicht mehr von zwei-, sondern von vierjähriger Dauer sein soll, und genehmigt die Einführung des Tabackmonopols. Infolge des nordamerikanischen Einfuhrzolls auf colombischen Kaffee findet dieser starken Absatz auf dem Markte von Triest.

Ecuador.

14. Januar. Dr. Cardero, ein aufgeklärter Fortschrittsmann, wird für die Zeit vom 30. Juni bis zum Jahre 1896 zum Präsidenten der Republik gewählt.

Im September. Obwohl der klerikale Geist bisher die öffentliche Meinung beherrscht hat, wird vom Nationalkongreß die Einsetzung eines päpstlichen Nuntius in Quito abgelehnt.

Bolivia.

Im Juli. Mariano Baptista wird für die Zeit vom 6. Auguſt an zum Präſidenten der Republik gewählt.

4. Auguſt. Präſident Arce erklärt die ganze Republik in Belagerungszuſtand und kommt auf dieſe Art dem für den Zeitpunkt des Präſidentſchaftswechſels beabſichtigten Ausbruch eines Aufſtandes des durchgefallenen Präſidentſchaftskandidaten, Generals Camacho, zuvor.

Anfang September. Der in Oruro verſammelte Kongreß ſtößt 21 ſeiner Mitglieder wegen Teilnahme an Aufſtänden aus.

Anfang Oktober. Der Kongreß genehmigt einen Vertrag mit Chile, dem zufolge Bolivia das von Chile im letzten Kriege eroberte Küſtengebiet abtritt und Chile die auswärtige Schuld Bolivias im Betrage von 6 604 000 Bolivianos bezahlt.

Peru.

Im Januar. Der Kongreß bewilligt der Regierung Mittel, um die deutſche Einwanderung zu fördern. Die betreffenden Familien ſollen in der Gegend von Iquitos im Quellengebiet des Amazonenſtroms zu einer Kolonie vereinigt werden. Dieſer Bezirk hat außer geſundem Höhenklima den Vorteil des Waſſerreichtums, welcher den ausgedehnten Küſtenſtrecken der Republik fehlt, dieſe ſind deshalb meiſt unbewohnt geblieben, könnten aber leicht durch künſtliche Bewäſſerung in ertragfähige Felder umgewandelt werden.

Im Oktober. Die Regierung beruft einen Kongreß von Landwirten, Bergleuten und Manufakturiſten, um mit ihnen die geeignetſten Mittel zu beraten, welche der Entwicklung der Republik förderlich ſein dürften. Die Beſchlüſſe ſollen beſonders die Verbeſſerung der Wege und Kommunikationsmittel, Herſtellung neuerer Bewäſſerung hochgelegener Gebiete durch Leitungen, Erleichterungen und Vorteile, welche die Einwanderung zu fördern vermögen, ins Auge faſſen; ferner die Hebung der Induſtriezweige und Anlage neuer, Einrichtung einer Nationalbank, jährliche Lokalausſtellungen in der Hauptſtadt jeder Provinz.

Venezuela.

Anfang Januar. Es werden Gesetze zur Erleichterung der Einwanderung erlassen. Die Regierung verpflichtet sich, die Ueberfahrt zu zahlen; sie erlaubt dem Einwanderer sein persönliches Eigentum zollfrei einzuführen, beköstigt ihn während der ersten sechzehn Tage, giebt ihm ein und eine halbe Manzana (= sechs Morgen) Land, stellt ihm ferner frei, alle Bedürfnisse zu halbem Preise und mit zweijährigem Kredit zu kaufen, befreit ihn vom Militärdienst.

Ende Januar. Ausbruch eines Verfassungsstreits und infolgedessen eines Bürgerkriegs ähnlich den vorjährigen Vorgängen in Chile. Laut einem von neun Staaten der Republik und den Gemeinderäten gefaßten Beschluß sollte nämlich noch vor der Wahl eines neuen Präsidenten der Republik, die am 20. Februar stattzufinden hatte, eine grundsätzliche Aenderung der Verfassung von 1881 in Kraft treten, wonach das frühere System von 20 Staaten mit weitgehender Dezentralisation und Selbständigkeit der Staaten und Gemeinden hergestellt werden sollte. Diesen Beschluß wollte der Präsident der Republik, Palacio, noch vor dem 20. Februar ausgeführt sehen; die Opposition im Kongreß verlangt aber die sofortige Vornahme einer Neuwahl eines Präsidenten aus den 17 Mitgliedern des Bundesrats nach dem bisherigen Verfahren. Um das zu verhindern, machen die Kontinuisten die Eröffnung des Kongresses, der jene Bundesratsmitglieder ernennt, dadurch unmöglich, daß sie nicht erscheinen, denn nach der Verfassung müssen mindestens zwei Drittel der Abgeordneten zugegen sein, damit die Verhandlungen beginnen können. Gestützt auf einen Beschluß des obersten Gerichtshofes, der die Fortdauer der Präsidentschaft Palacios für gesetzwidrig erklärt, erlassen 46 von 150 Kongreßmitgliedern einen Aufruf, worin sie zum Bürgerkriege auffordern, und Palacio für einen Verräter am Vaterlande erklären. Bald hiernach steht der Kandidat für die Präsidentschaft, General Crespo, mit notdürftig bewaffneten Scharen Aufständischer gegen die Regierungstruppen im Felde.

7. April. Im Nordwesten der Republik wird ein Teil der Aufständischen geschlagen.

24. Juni. Nach zwei unentschiedenen Schlachten in den Anden infolge Mangels an Geld zur weiteren Kriegführung, nach Englands Ablehnung eines Ankaufs des strittigen Teils von Guyana gegen Geld und Waffen, und nachdem General Monazas vorübergehend die Hauptstadt Caracas vor dem Andringen Crespos gerettet hatte,

verzichtet Palacio, nach einer vor den Thoren von Caracas erlittenen Niederlage, auf die Präsidentschaft, die nun verfassungsmäßig auf den Präsidenten des Bundesrats, Villegas, übergeht.

Anfang August. Palacio klagt von Martinique aus in einem offenen Briefe seine Anhänger an, ihn zwecklos zur Flucht bewogen zu haben.

8. August. In dem von Crespo fortgesetzten Kriege siegt dieser in einer blutigen Schlacht bei Ciudad de Cura.

17. August. Die Aufständischen nehmen Valencia ein.

22. September. Wegen Flucht Villegas' übernimmt der Senator Pullido die Regierung.

8. Oktober. Nachdem der Anführer der Regierungstruppen, General Mendoza, einen vergeblichen Versuch gemacht hatte, durch Gefangensetzung ausländischer, worunter deutscher Kaufleute, zu deren Schutz holländische, französische, spanische und deutsche Kriegsschiffe sich kampfbereit machten, Geld zu erpressen, ziehen die Aufständischen, 15000 Mann stark, unter General Crespo in die Hauptstadt Caracas ein. Crespo erklärt sich zum provisorischen Präsidenten der Republik, welche Stelle er schon 1884—86 bekleidet hatte. Zahlreiche Flüchtlinge kehren von der benachbarten holländischen Insel Curaçao zurück.

Ende Dezember. Die Regierung Crespos ist von allen Staaten anerkannt. So ist der Personenwechsel das einzige Ergebnis des siebenmonatlichen Bürgerkriegs.

Brasilien.

23. Januar. Die Kammern geben ihrem Vertrauen zum Präsidenten der Republik, dem General Peixoto, Ausdruck und erteilen ihm unbeschränkte Vollmacht.

Anfang Februar. Veröffentlichung eines Gesetzes, das die Zulässigkeit der gerichtlichen Untersuchung der Verwaltung des Präsidenten der Republik und der Minister gewährleistet.

19. Februar. Die Bevölkerung des Staates Ceara vertreibt den Gouverneur, worauf hier und im Staate Matto Grosso, unter Aufhebung der Verfassung, der Belagerungszustand verkündigt wird.

Ende Februar. Auch in einer Reihe andrer Staaten herrscht Verwirrung und Empörung, weil die aus der Zeit Fonsecas noch

im Amt befindlichen Gouverneure den neu ernannten nicht weichen wollen, oder weil die neu ernannten den Erwartungen der siegreichen Oppositionsparteien nicht entsprechen. — Veröffentlichung eines Gesetzes, wonach die Landmacht aus 25000, die Marinetruppen aus 3000 Mann bestehen sollen.

21. März. In der Provinz Rio Grande do Sul wird der aus der Verbannung heimkehrende Staatsmann Martins, Haupt der liberalen Partei, auf großartigste Weise und unter dem Jubel des Volks empfangen.

8 April. Der Präsident der Republik erläßt eine Ansprache, in der er sich gegen die Bittschrift von 13 Generalen und Admiralen um Anordnung einer Neuwahl des Präsidenten wendet.

13. April. Ausweisung höherer Offiziere wegen des Verdachts, eine Verschwörung angezettelt zu haben.

Mitte April. Im Staate Matto Grosso findet wieder eine revolutionäre Bewegung statt.

24. Mai. Eröffnung des Kongresses, an den Präsident Peixoto eine Botschaft über die Lage des Landes richtet. Darin legt er den revolutionären Bewegungen in mehreren Staaten keine große Bedeutung bei. Dann zählt er eine große Reihe bevorstehender gesetzgeberischer Aufgaben auf und schildert die Finanzen nicht ungünstig.

17. Juni. Im Staate Rio Grande do Sul findet eine Revolution statt. Der Gouverneur Pilotas wird gestürzt, und Anhänger Fonsecas gewinnen die Oberhand. Drei Parteien befehden sich hier aufs heftigste.

3. Juli. Der Kongreß beschließt, daß General Peixoto die Präsidentschaft der Republik nur bis zum 15. November 1894 auszuüben habe.

22. Juli. Die Kammern genehmigen ein Gesetz wegen Begnadigung aller aus politischen Ursachen Verbannten.

23. August. Der frühere Präsident der Republik, General da Fonseca, Führer der das Kaisertum stürzenden Revolution vom 15. November 1889, stirbt.

Ende November. Die Kammern genehmigen ein Gesetz, dem zufolge die Einwanderung chinesischer und japanischer Arbeiter gestattet wird, weil sich infolge der Aufhebung der Sklaverei ein erheblicher Mangel an Arbeitern herausstellte.

Uruguay.

15. Februar. Der Präsident der Republik, Herrera y Obes, erläßt eine Botschaft, in der er die Ursachen der Zahlungsunfähigkeit des Staates darlegt, ohne den Gläubigern Hoffnung auf Wiedererlangung ihres Geldes zu lassen. Die Kammern genehmigen die Gründung einer Nationalbank.

17. Juli. Abschluß eines Handels- und Schiffahrtsvertrags mit Deutschland.

Paraguay.

Anfang September. Der Präsident der Republik, Gonzalez, weigert sich wiederholt, ein von der Landesvertretung beschlossenes Gesetz zu verkündigen, wonach die öffentlichen Aemter fortan nur von Einheimischen besetzt werden dürfen.

Anfang Oktober. Es kommt ein Gesetz zustande, dem zufolge Kolonisten eine große Reihe wertvoller Belohnungen versprochen wird. Die Regierung hat mit Geldverlegenheiten zu kämpfen; das Defizit sucht sie durch Anleihen mit 18 Prozent Zinsen zu decken.

Argentinien.

Im Februar. Es werden etwa 600 jüdische Familien auf dem vom Baron Hirsch angekauften Gebiete angesiedelt.

3. April. Die Regierung verhängt den Belagerungszustand über die ganze Republik. In dem Erlaß heißt es, es sei der Regierung bekannt, daß eine politische Partei durch Bestechung der Offiziere in der Armee und Marine wie auf andern Wegen eine anarchistische Revolution herbeiführen wolle, deren Endziele die Ermordung der Zivilbehörden, der Generale und der leitenden Bürger mittels Dynamits und anderer Sprengstoffe sei.

9. April. Der Kandidat für die Präsidentschaft der Republik, Saenz Penna, legt in einer öffentlichen Ansprache die Grundsätze der von ihm beabsichtigten Regierung dar. Er will alle weiteren Anleihen vermeiden und die Mehrausgaben lediglich durch eine Nationalsteuer aufbringen lassen.

24. Mai. Der Kongreß wird eröffnet. Der Präsident der Republik, Pellegrini, richtet an ihn eine Botschaft, in der er die Besserung der finanziellen Lage des Staates betont, welche dank dem Steigen der Einnahmen und der Verminderung der Ausgaben weiter fortschreiten werde. Der Präsident führt aus, daß über dreitausend Leguas guten Landes habsüchtigen Konzessionären entzogen wurden, welche die Bedingungen nicht erfüllt hatten, die sie mit Uebernahme der Ländereien eingegangen waren. Für Parzellirung und Kolonisation der Staatsländereien sei vieles gethan, nur fehle es noch an landwirtschaftlichen Schulen. Die Auswanderung überschreite nicht den Zuzug, und es sei kein Grund für trübe Aussichten nach dieser Seite hin vorhanden. Die Auswanderung sondere die nomadisirenden Elemente und Schmarotzer der Städte aus; die guten verblieben. Dann führt die Botschaft aus, wie die Regierung seit dem Eintreten der Krisis fortwährend von den meisten Eisenbahngesellschaften, die einen gewissen Teil ihrer Einnahmen der Staatskasse auszuliefern hatten, hintergangen und geschädigt worden sei. Hinfort solle dies aber durch Inspektoren unmöglich gemacht werden.

12. Juni. Saenz Penna, Präsident des Bundesgerichts, wird zum Präsidenten der Republik gewählt. Die einflußreichsten Männer erklären, ihn unterstützen zu wollen, namentlich die Generale Mitre und Roca. Penna sagt in seiner Ansprache: Wir wollen uns, ohne Auszeichnung durch Parteifarben, unter den Falten unsers Landesbanners scharen, welches jeden erinnern sollte, dahin zu arbeiten, daß Parteihaß und Zwist vergessen werde. Möge jeder von uns und in seinem eignen Bereich zum Werke der Eintracht und Restauration beitragen, damit wir bald in der ganzen Republik wieder Frieden und Wohlstand mögen erblühen sehen.

Mitte September. Präsident Pellegrini gerät mit dem Kongreß in Zwist, weil er 1300 Leguas besten Landes an den Baron Hirsch behufs Ansiedelung jüdischer Kolonisten für 1300000 Pfd. Sterling ohne Erlaubnis des Kongresses verkauft hatte. Pellegrini will infolgedessen abdanken; der zu seinem Nachfolger gewählte Penna weigert sich jedoch, das Amt früher als zum gesetzlichen Zeitpunkt anzutreten.

22. September. Pellegrini verlegt die Truppen aus der Hauptstadt Buenos-Ayres aus Besorgnis vor einem zum 12. Oktober von den Offizieren beabsichtigten Handstreich.

12. Oktober. Saenz Penna tritt die Präsidentschaft an. Nach der Eidesleistung vor dem Kongreß verspricht er in einer Rede Herbeiführung von Reformen. Er erklärt ferner, er werde sich bei der Verwaltung seines Amtes nicht vom Parteigeist leiten lassen,

damit die Einigkeit unter allen Argentiniern aufrecht erhalten bleibe. Gegen Störenfriede aber werde er rücksichtslos vorgehen. Seine Regierung gedenke der Verwaltung der Finanzen besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und alle möglichen Ersparnisse zu fordern.

Ende Oktober. In der Provinz Santiago del Estero bricht eine Revolution aus. Die Regierungstruppen werden geschlagen. Der Kongreß überträgt dem Präsidenten unbeschränkte Vollmachten.

28. November. Der Finanzminister legt dem Präsidenten Penna eine Denkschrift über die Staatsschuld vor. Darnach beträgt sie 49000000 Dollars Papiergeld und 407000000 Dollars in Gold, und sie nimmt eine jährliche Verzinsung von 1500000 Dollars Papiergeld und 25250000 Dollars Gold in Anspruch. Der Minister erklärt, das Land werde die Barzahlung nicht wiederaufnehmen können; die Zahlungen in fundirten Obligationen müßten während des Moratoriums aufhören, weil sie für die Nation unheilvoll würden. Des weiteren betont der Finanzminister, es werde vorgeschlagen, die Emission in Papier zu $2^1/_2$ Dollars für einen Dollar Gold zu konvertiren. Die Aktiva im Betrage von 80 Millionen Dollars in der Nationalbank werden von dem Minister als verloren betrachtet.

Ende Dezember. Aufstand in der Provinz Corrientes.

Chile.

Anfang Januar. Ein neues Ministerium des Präsidenten Montt erklärt, den Wiederaufbau des durch den vorjährigen Bürgerkrieg zerrütteten Landes unter Mitwirkung aller politischen Parteien herbeiführen zu wollen.

Ende Januar. Ein Streit mit Nordamerika wegen der Angriffe chilenischer Matrosen gegen die des nordamerikanischen Kriegsschiffs „Baltimore" wird beigelegt, nachdem die chilenische Regierung eine von ihr im Dezember nach Washington gesandte, hier als beleidigend angesehene Note zurückgezogen hat.

14. März. Es wird ein neues Ministerium eingesetzt. Bisher waren in dem Versöhnungsministerium alle drei Parteien, Konservative, Liberale und Radikale, durch je zwei Ministersitze vertreten. Jetzt haben sich die beiden letzteren zur Verdrängung der konservativen Mitglieder der Regierung vereinigt, und der Führer der liberalen

Partei, Matte, hat unter Ausschluß der Konservativen ein neues Kabinett gebildet.

2. Juni. Bei Eröffnung des Kongresses spricht sich der Präsident der Republik, Montt, für Handelsverträge mit den übrigen Staaten Südamerikas, für Ersparungen durch Beschränkung des diplomatischen Dienstes und für Begnadigung der Anhänger des gestürzten Präsidenten Balmaceda aus, der sich in seinem Zufluchtsorte, dem Hause des argentinischen Gesandten zu St. Jago, das Leben genommen hatte.

Im Juni. Behufs Zurückziehung der von Balmaceda ausgegebenen Noten aus dem Verkehr wird eine Anleihe von 25 Millionen Dollars aufgenommen.

Internationale Versammlungen.

I

Fünfte Internationale Konferenz der Vereine vom Roten Kreuz.

21. April. Die Konferenz tritt in Rom, im Konservatorenpalast auf dem kapitolinischen Hügel zusammen. Es sind 180 Teilnehmer erschienen. Aus Deutschland sind anwesend als Vertreter des Zentralkomitees für das Reich der Fürst Stolberg-Wernigerode, der Kammerherr und Kabinettsrat v. d. Knesebeck, Geheimer Rat Dr. Gurlt, Stadtrat Dierich, Sanitätsrat Dr. Schüttc, Geheimer Legationsrat Dr. Hepke, Reichsbankpräsident Koch, der hanseatische Minister Dr. Krüger; die preußische Regierung ist vertreten durch den Generalarzt von Coler und den Stabsarzt Dr. Scheibe, das preußische Zentralkomitee durch den Regierungspräsidenten Schwarz, Geheimen Rat Dr. Mikulicz, Geheimen Kommerzienrat Molinari, Kommerzienrat Gustav Michels, Kommerzienrat Wegeler, Kammerherrn Matuschka-Greiffenklau und Konsul Mappes. Baden entsandte den Archivdirektor von Weech und den Geheimen Rat Dr. Hardeck, Bayern seinen Gesandten beim Quirinal Freiherrn von Podewils-Dürnitz, Mecklenburg den Ministerialrat Baron Blücher, Sachsen den Geheimen Rat Baron von Criegern-Thumitz und den Generalkonsul Rosenkrantz, Württemberg den Kommandanten des Freiwilligen-Sanitätskorps Hermann und den Prinzen Hermann von Sachsen-Weimar, das einzige anwesende Mitglied eines regierenden Hauses. Die europäischen Staaten sind alle vertreten, von außereuropäischen Ländern der Kongo-

staat, Japan, San Salvador und die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Außerdem sind besondre Vertretungen des Malteser- und des Johanniterordens anwesend. Der Senator Graf Gian Luca della Somaglio, Vorsitzender der italienischen Vereine vom Roten Kreuz, eröffnet die Sitzung mit einer Begrüßungsrede, in der er darauf hinweist, daß die stets fortschreitende Vervollkommnung der Kriegs- und Zerstörungsmittel es auch den Vereinen vom Roten Kreuz zur Pflicht machen, nicht still zu stehen, sondern unermüdlich nach Fortschritten in ihren Werken der Liebe und Menschlichkeit zu suchen. Er verliest sodann ein Schreiben des Königs von Italien, worin dieser dem Wirken des Roten Kreuzes das beste Gedeihen wünscht, und macht noch einige geschäftliche Mitteilungen. Hierauf begrüßen der Kriegsminister General Pelloux und der Bürgermeister, Herzog von Sermoneta, den Kongreß, ersterer im Auftrag des Königspaares und der Regierung, letzterer im Namen der Stadt Rom. Ihnen antwortet in deutscher Rede der Generalarzt von Coler als Vertreter der preußischen Regierung. Er erinnert an das Walten der Kaiserin Augusta für die Sache des Roten Kreuzes und an die Uebernahme dieser Erbschaft durch die jetzige deutsche Kaiserin, dann preist er das italienische Volk glücklich, an dessen Spitze auch ein Herrscherpaar stehe, dessen höchste Aufgabe die Bethätigung eines liebevollen Herzens sei. Indem er dann mitteilt, daß der deutsche Kaiser selbst den Wunsch ausgesprochen habe, es möge auf dem Gebiet des Sanitätswesens unter den Nationen kein Geheimnis geben, es solle jedenfalls alles, was in seinem Reich an Fortschritten auf diesem Felde gefunden werde, sofort zum Gemeingut aller Staaten werden, giebt er der Hoffnung Ausdruck, daß auch dieser fünfte Kongreß dazu beitrage, das gemeinsame Liebeswerk aller Kulturstaaten kräftig zu fördern.

22. April. Der erste Beratungsgegenstand ist die Thätigkeit des Roten Kreuzes in Seekriegen. Die Sache liegt so, daß 1888 das internationale Komitee damit begann, die Meinung der verschiednen Zentralvereine über die Möglichkeit einer Seeambulanz einzuholen. Von acht Zentralstellen, von Deutschland, Oesterreich, Frankreich, Dänemark, Rußland, Holland, Italien, Serbien liefen Antworten ein. Das serbische Komitee hielt die Anregung für überflüssig, das holländische wollte abwarten, bis die großen Seemächte gesprochen haben würden. Auch Rußland glaubte, es sei besser, eine Entscheidung zu verschieben. Die andern Zentralstellen aber, die gleichzeitig mit den Marinedepartements ihrer Länder Verhandlungen angeknüpft hatten, stimmten der Anfrage des internationalen Komitees bejahend zu. Die gegenwärtige Konferenz sollte sich nun schlüssig machen über die Opportunität einer diplomatischen

Verhandlung mit den Regierungen behufs der Neutralität einer Seeambulanz zu Gunsten der Verwundeten und Schiffbrüchigen. Der Bericht des Schweizer Komitees, verlesen durch Herrn d'Espine, hebt besonders hervor, daß der Vorschlag Deutschlands dahin geht, den kämpfenden Geschwadern auf hohem Meere ein Lazarettschiff folgen zu lassen; daß in Oesterreich die Frage vollständig gelöst sei, und Deutschland die Möglichkeit, daß den kriegführenden Geschwadern ein Hospitalschiff folge, zugegeben habe. Der Franzose de Vogué glaubt, daß das Rote Kreuz sich darauf beschränken müsse, seine Wünsche und Bitten zum Ausdruck zu bringen, da die Angelegenheit doch nur auf diplomatischem Wege geregelt werden könne, und schlägt namens des Ausschusses folgende Tagesordnung vor: „Der Kongreß des Roten Kreuzes spricht die Hoffnung aus, daß die Signatarmächte der Genfer Konvention die Wohlthaten derselben, soweit möglich, auch auf den Seekrieg ausdehnen werden." Der Chefarzt des Malteserordens meint dagegen, der Kongreß müsse diesen platonischen Liebeswerbungen ein Ende setzen und nachdrücklich fordern. Die Sache sei schon in Genf im Jahre 1868 diplomatisch erörtert worden. Redner schlägt vor, der Tagesordnung de Vogué folgende Worte vorauszuschicken: „In Anbetracht, daß die Wirksamkeit des Roten Kreuzes zur See schon im Jahre 1868 diplomatisch erörtert und der damalige Entwurf im Jahre 1870 praktisch verwertet worden ist, in Anbetracht ferner, daß ebenderselbe Entwurf im Jahre 1878 zu einem modus vivendi zwischen der Türkei und Rußland führte, spricht der Kongreß die Hoffnung aus ꝛc." Bocca beantragt, der Tagesordnung hinzuzufügen, daß es die Pflicht eines jeden Kulturstaates sei, diese Reform anzunehmen, zieht jedoch auf Ansuchen des Ausschusses seinen Antrag zurück. Der Kongreß lehnt hierauf den Antrag des Chefarztes des Malteserordens ab und nimmt die Tagesordnung des Ausschusses an.

Dann folgt die Beratung der Regelung der schleunigen Ueberführung der Verwundeten vom Schlachtfelde auf den Verbandplatz. Der Schweizer Ferrière verliest den Bericht des Ausschusses und schließt mit dem Danke an das italienische Königspaar, das auf die Lösung der Frage einen so hohen Preis gesetzt habe. Der Kongreß spricht hierauf dem Königspaar den Dank aller Vereine des Roten Kreuzes aus. Zur Prüfung der Frage selbst wird ein besondrer Ausschuß ernannt.

23. April. Es kommt zur Verhandlung der Antrag des Berliner Zentralvereins betreffs Hemmung des mit dem Vereinsabzeichen und dem Namen des Roten Kreuzes getriebenen Mißbrauchs. Der Vertreter des französischen Kriegsministeriums wünscht, daß den Regierungen das ausschließliche Recht

der Anerkennung von sanitären Hilfsvereinen überlassen bleibt. Die französische Regierung hat deshalb drei ähnlichen Gesellschaften wie der des Roten Kreuzes auf Grund der Genfer Konvention ebenfalls dieselben Privilegien zugesprochen. Die Italiener Luzzatti und Costari, Verfasser einer von dem Genfer Komitee preisgekrönten Schrift über dieselbe Frage, verlangen ein ausschließliches Verbot des Vereinsabzeichens als Fabrikmarke. Der deutsche Delegirte Koch erklärt dieses Unterfangen für gefährlich, von dem Kneseбeck führt aus, man solle sich darauf beschränken, den Mißbrauch des Roten Kreuzes ausschließlich für die Zeiten des Friedens zu hemmen. Im Kriege gelte das Zeichen des Roten Kreuzes ohnehin als geheiligt. Angesichts des Mangels jeder andern gesetzlichen Norm seien lediglich die Militärbehörden zur Anerkennung der Verwundeten-Hilfsvereine berechtigt. Der Antrag wird daraufhin angenommen.

24. April. Criegern-Thumitz erstattet Bericht über die Frage, wie die nicht transportirbaren Verwundeten und Kranken in unmittelbar am Schlachtfelde zu organisirende Heilstätten aufzunehmen wären und über ihre dauernde Ueberwachung in den Lazaretten ersten und zweiten Grades. Die Kommission verlangt, daß die Hilfsvereine in Friedenszeiten eine ausreichende Anzahl von Matratzen und Betten bereit halten und in ruhigen Zeiten bereits einen ständigen Dienst organisiren zur Verteilung von Lebensmitteln, Erfrischungen u. s. w. an die Verwundeten während der Schlacht, sofort nach oder während der Ueberführung vom Schlachtfelde. Der Vertreter Rußlands, Dorn, empfiehlt dringend den Anschluß an die Vorschläge der sächsischen Zentralstelle. Spatero, Italien, wünscht, daß man dem Zentralverein eines jeden Landes die beste Lösung der Frage überlasse, um je nach den Fällen Abhilfe zu schaffen. Die Versammlung nimmt schließlich den Antrag des Herrn Dorn an, dahin lautend: „Die Konferenz hat von dem Bericht des Herrn v. Criegern mit lebhaftem Interesse Kenntnis genommen und empfiehlt den Zentralvereinen der verschiednen Länder, diese Frage zu studieren."

Zur Frage betreffs der regelmäßigsten innern Ausrüstung transportirbarer Lazarettbaracken und Verwendung ihres Materials im internationalen Verkehr wird auf Antrag des italienischen Professors Postemzski beschlossen:

Die Konferenz, in der Ueberzeugung, daß sie zum größten Teile nicht kompetent genug ist, um ein absolutes Urteil über die vorliegende Materie zu geben, erkennt trotzdem an, daß die von Dreckersche Baracke eine der besten der Gegenwart ist, weil respektable technische Kommissionen dieselbe als solche anerkannt haben, glaubt jedoch, daß es das beste sei, die Wahl des Typus der Baracke jedem einzelnen Lande zu überlassen.

Die Frage, ob und wie die Vereine vom Roten Kreuze Hilfszüge in ferne Kriegsgegenden, auch nach Ländern jenseits der Meere entsenden könnten, selbst wenn die eigne Nation nicht in diese Kriege verwickelt ist, geht von dem niederländischen Zentralvereine aus, dessen Sprecher von Hardenbrock ist. Senator Vitelleschi hält die Materie für zu schwierig, als daß sie im Handumdrehen zu lösen wäre. Vor allem müsse entschieden werden, ob die Hilfsleistung von Neutralen im Kriege obligatorisch sein soll. Er ist der Meinung, daß für die Signatarmächte der Genfer Konvention diese Beihilfe, soweit sie das Material betrifft, obligatorisch sein muß. Die Versammlung nimmt sodann seinen Vorschlag, die Frage einer Kommission zu überweisen, an.

Die Vertreter Japans überreichen der Konferenz ein in japanischer Schrift hergestelltes Schriftchen über die Verbreitung des Roten Kreuzes in Japan. Aus der französischen Uebersetzung geht hervor, daß man im Jahre 1877, als in der Provinz Satsuma ein furchtbarer Aufstand ausbrach, dort an die Gründung eines Vereins vom Roten Kreuz ging. Das Rote Kreuz Japans zählte in jenem Jahre nur 38 Mitglieder, 1892 aber 28170 und verfügt ferner über ein sehr schönes Hospital sowie über ein Kapital von 1314000 Franken.

25. April. Ein Antrag des ungarischen Hilfskomitees, eine Teilnahme der Kolonnen des Roten Kreuzes an den militärischen Manövern herbeizuführen, wird von den Deutschen bekämpft. von Criegern-Thumitz erklärt, daß in Deutschland das Rote Kreuz niemals zur Entfaltung seiner Thätigkeit auf dem Schlachtfelde während des Kampfes zugelassen werden würde, es habe seine Thätigkeit ausschließlich erst nach dem Kampfe zu entwickeln. Eine Teilnahme an den Manövern sei daher überflüssig. Baron von dem Knesebeck sagt, man würde durch Annahme des Vorschlags der ungarischen Zentralstelle den militärischen Behörden große Verlegenheiten bereiten; in Deutschland würden nicht einmal die Sanitätszüge des Heeres zur Teilnahme an den Manövern herangezogen. Auch der italienische Abgeordnete Zerbi hält die Frage für noch nicht gereift. Es sei vorläufig noch nicht erwiesen, ob angesichts der modernen Kriegführung eine Fortschaffung der Verwundeten während der Schlacht überhaupt möglich ist. Zerbi ist der Ansicht, man solle von den Regierungen nicht zu viel verlangen. Der Gesandte Bayerns in Rom, v. Podewils-Durnits, weist auf das Beispiel der alten Spartaner hin, die ihre schwächlichen Kinder eher töteten, als sie zu einer unsichern Zukunft heranreifen zu lassen. Darauf wird von der Versammlung den einzelnen Zentralstellen des Roten Kreuzes empfohlen, sich mit ihren Regierungen behufs der

eventuellen Art und Weise einer Teilnahme an den Manövern ins Einvernehmen zu setzen.

Der deutsche Zentralverein hat den Antrag gestellt: man solle nach den in den letzten Jahren in Deutschland gemachten Erfahrungen, für die Friedenszeiten ein Korps von Krankenträgern und Pflegern ausbilden, das in Kriegszeiten alsdann für den Dienst des Roten Kreuzes zu benutzen ist. Auf den Bericht des Barons von dem Knesebeck wird dann folgende Erklärung beschlossen:

1. Eine der vornehmlichsten Pflichten der Vereine vom Roten Kreuz ist die Vorbereitung eines zahlreichen Korps möglichst disziplinirter und unterrichteter Krankenpfleger. 2. Diese Pflicht ist eine zweiseitige, nämlich: a) Unterrichtung eines Personals, das die physischen und moralischen Eigenschaften für den Dienst in den Hospitälern besitzt; b) Unterrichtung eines Personals, das über dieselben Eigenschaften für den Transport von Verwundeten verfügt. 3. Die Unterrichtung im Hospitaldienst umfaßt auch die grundsätzlichen Lehren für den Trägerdienst; diejenige des Krankenträgers zum mindesten auch die ersten Handreichungen an Verwundete. 4. Das Examen über die gehabte Ausbildung muß vor der Militärbehörde abgelegt werden. 5. Es ist wünschenswert, daß diese Organisation sich bereits in Friedenszeiten nützlich erweist.

II.

Internationale Sanitätskonferenz.

5. Januar. Auf Anregung der österreichischen Regierung wird in Venedig diese Konferenz eröffnet. Fünfzehn Staaten sind durch dreißig Abgesandte vertreten.

9. Juni. Die Generalakte dieser Konferenz wird unterzeichnet. Sie enthält folgende Abänderungen der früheren Vereinbarungen: Die Verpflichtung zur Zurückbehaltung als gesund erkannter Passagiere im Quarantänelazarett fällt weg. Die Desinfektion und Zurückbehaltung infizirter Schiffe wird auf das absolut Notwendige beschränkt. Noch größere Erleichterungen werden den Schiffen, die Aerzte an Bord haben, gewährt. Oesterreich-Ungarn wird den interessirten Mächten die Abänderungen mitteilen.

III.

Internationaler Bergarbeiterkongreß.

7. Juni. Bei der Eröffnung in London sind 150 Abgesandte anwesend. Das Unterhausmitglied Burt begrüßt die Versammlung

und spricht die Hoffnung aus, der Kongreß werde durch einträchtige Thätigkeit zur Besserung der Lage der Bergarbeiter in der ganzen Welt beitragen. Der französische Delegirte Lamendin wird zum Präsidenten gewählt. Ein Antrag, zu erklären, daß die Arbeitszeit für alle Arbeiter unter der Erde acht Stunden sei von Schicht zu Schicht, wird abgelehnt. Sodann werden Erklärungen beschlossen, in denen gemeinsames Vorgehen der internationalen Angelegenheiten empfohlen, das Streben, auf verfassungsmäßigem Wege gute Arbeitergesetze zu erlangen, befürwortet und die Anwendung aller gesetzlichen Mittel gefordert wird, um allen Ueber- und Untertagarbeitern gerechte Verträge und billige Behandlung zu sichern.

10. Juni. Es wird beschlossen, daß Vorbereitungen behufs Einleitung eines internationalen Streiks zu treffen seien für den Fall, daß die Regierungen sich weigern sollten, den Achtstundentag zu legalisiren.

IV.

Fünfter internationaler Binnenschiffahrtskongreß.

21. Juli. Der Kongreß wird in Paris eröffnet. Vertreten sind 18 Staaten, darunter das deutsche Reich mit 21 Abgesandten. Es werden technische und wirtschaftspolitische Fragen behandelt. Besonders lebhaft gestalten sich Verhandlungen über die Schiffahrtsabgaben. Sie führen zu einer Befürwortung der Freiheit von Abgaben für die Benutzung der Wasserstraßen. Wiederholt werden die gegenseitigen Beziehungen zwischen Wasserstraße und Eisenbahn erörtert. Der Kongreß hebt auf Grund der ihm vorgelegten umfassenden Berichte hervor, wie diese beiden Transportmittel sich gegenseitig ergänzen, Handel und Industrie heben und dadurch der Eisenbahn und der Wasserstraße wieder gleichmäßig Vorteile erwachsen. Dabei wird betont, daß das gegenseitige Verhältnis der beiden Transportweisen in einem bestimmten Lande von den natürlichen Bedingungen der Schiffahrt sowie von der Wirtschaftspolitik, die die Warenbewegung beherrscht, abhänge.

V.

Sozial- und handelspolitischer Kongreß.

8. August. Zu dem Kongreß, der sich offiziell „internationaler Kongreß über Zollgesetzgebung und Regulirung der Arbeit“ nennt,

finden sich 575 Teilnehmer in Antwerpen ein. Von diesen 575 Personen sind 150 Ausländer, unter den übrigen 450 Belgiern befinden sich 225 Antwerpener. Von den auswärtigen Regierungen haben die meisten ihre Konsuln oder Generalkonsuln zu Antwerpen beauftragt, sie bei dem Kongresse zu vertreten. Unter den Mitgliedern befinden sich Dr. Werminghaus von Berlin, Migerka aus Oesterreich, Yves Guyot, früherer französischer Minister, Ducrocq, Präsident der statistischen Gesellschaft in Paris, Ledeboer in Enschede, Bordt Trap von Kopenhagen, Raimondi von Mailand. Zweck dieser Zusammenkunft von Gelehrten und Kaufleuten ist, die Fragen zu studieren, die mit der allgemeinen Zollgesetzgebung in Zusammenhang stehen und auch die in letzter Zeit aufgeworfene und so sehr bestrittene Frage der Feststellung eines normalen Arbeitstages näher zu erörtern. Der Vorsitzende Strauß weist in seiner Ansprache auf die Gefahren der zunehmenden schutzzöllnerischen Tendenzen hin und bezeichnet als Ziel für den Kongreß die Befreiung der Handelsbeziehungen zwischen den zivilisirten Völkern von dem Joche der Prohibition und des engherzigen Schutzzolles. Professor Denis von Brüssel hält einen Vortrag über Arbeitsstatistik.

9. August. Der Sozialistenführer Vandervelde setzt auseinander, daß da, wo eine Regulirung der Arbeit stattgefunden habe, die Löhne in die Höhe gingen und die Produktion sich vermehre. Gleichwohl dürfe nicht verkannt werden, daß die Frage des Achtstundentages eine schwierige sei, die vorsichtig gelöst werden müsse. Man dürfe vor allem nicht für alle Industrien die gleiche Dauer des Arbeitstages, sondern nur ein Maximum festsetzen, das unter keinen Umständen zu überschreiten wäre. Den Ausführungen tritt Bellefroid von Seraing entgegen, der eine praktische Schilderung von der Lage des Arbeiters in Belgien giebt. Dieser habe alles, was sein Herz nur begehren könnte, sodaß man beinahe selbst wünschen möchte, in Belgien Arbeiter zu sein. Nicht die übermäßige Arbeit in den Fabriken richte den Arbeiter zu Grunde, sondern der Schnaps, der unter je 10 Arbeitern 9 Opfer fordere. Ein Antrag des Prinzen Cassano aus Italien, daß der Kongreß sich mit der Frage der Auswanderung von Arbeitern beschäftigen möge, wird abgelehnt.

VI.

Internationaler Friedenskongreß.

21. August. Der Kongreß versammelt sich in Bern und faßt eine Reihe von Beschlüssen.

24. August. Es wird Folgendes beschlossen:

1. Der Kongreß ist der Ansicht, daß die Möglichkeit eines Krieges sich beträchtlich vermindern würde, wenn das Recht der Kriegserklärung den Volksvertretern übertragen würde; 2. der Kongreß mißbilligt lebhaft das System der Aufnahme fremder Anleihen zu Kriegszwecken; 3. zur Frage der Gründung eines europäischen Staatenbundes tritt der Kongreß folgenden Ausführungen des Italieners Moneta bei: Der Grund für den durch den bewaffneten Frieden hervorgerufnen Schaden, sowie für die ganz Europa stets bedrohende Gefahr eines großen Krieges liege in dem Zustande der Rechtlosigkeit, in welchem die Staaten Europas einander gegenüberständen. Wie ein europäischer Staatenbund schon im Interesse der Handelsbeziehungen der Länder als wünschenswert zu bezeichnen sei, so sei er auch allein geeignet, den gegenwärtigen unsichern Zustand in dauernde Rechtsverhältnisse überzuführen. In die Unabhängigkeit der Nationen rücksichtlich ihrer innern Beziehungen greife ein solcher Bund nicht ein und berühre daher auch die Regierungsformen nicht. Es möchten daher der Kongreß der europäischen Friedensgesellschaften und ihre Anhänger als höchstes Ziel ihrer Propaganda einen Staatenbund auf der Grundlage des Völkerrechts anstreben. Ferner solle der Kongreß alle Gesellschaften der Welt einladen, daß sie namentlich zur Zeit politischer Wahlen auf die Notwendigkeit eines dauernden Völkerkongresses hinwiesen, welchem jede internationale Frage zu unterbreiten wäre, damit jeder Konflikt durch das Gesetz, nicht aber durch Gewalt seine Erledigung finde. 4. Die Konferenz ersucht ihre Mitglieder, in den Parlamenten, welchen sie angehören, dafür zu wirken, daß die Regierungen auf einer internationalen Konferenz das völkerrechtliche Prinzip der Unverletzbarkeit des Privateigentums zur See in Kriegszeiten zur Anerkennung bringen. 5. Beschlüsse in Sachen der Organisation der künftigen Kongresse: „Die verschiednen Kommissionen sollen die Fragen, welche zur Erörterung gelangen, vorberaten. Der Kongreß bestellt bei Beginn jeweilen so viel Kommissionen, als durch die Beratungsgegenstände erforderlich erscheinen Jeder besondre Vertreter einer Friedensgesellschaft hat Beratungs- und Stimmrecht. Die Vertreterzahl der Friedensgesellschaften des Landes, in welchem der Kongreß stattfindet, darf die Hälfte der anwesenden Vertreter der übrigen Friedensgesellschaften nicht übersteigen. 6. Auf Antrag des Professors Maineri wird der Erlaß einer allgemeinen Friedenspetition beschlossen. Der Aufruf soll der Ausdruck der Wünsche der Kongresses an alle Völker und Nationen sein und diese einladen, durch Petitionen an Parlamente und Regenten die Friedensbestrebungen nach Kräften zu unterstützen. Die Petitionen sollen einen allgemeinen Charakter haben, immerhin aber unter der Berücksichtigung der einzelnen Länder. Die unmittelbaren Agenten für diese Propaganda sollen die Friedensgesellschaften sein. Das internationale Bureau wird diese ersuchen, Komitees zu bilden. Den letztern sollen auch Damen angehören. Die Volkspetitionen sind dem Parlament vorzulegen, sobald dieselben von der größtmöglichen Zahl von Angehörigen des betreffenden Landes unterzeichnet sind.

27. August. Es wird ferner beschlossen: 7. Bezüglich der Nationalität: Der Kongreß bestätigt die Notwendigkeit, daß die Lücke in den Gesetzgebungen verschiedner Staaten, betreffend Gewährleistung der den Fremden durch Staatsverträge zugesicherten Rechte, ausgefüllt werde; er drückt seine lebhafteste Befriedigung aus über die Erklärungen, welche in dieser Angelegenheit durch den Präsidenten Harrison in der Botschaft vom 9. Dezember 1891 zu Händen des Kongresses der Vereinigten Staaten abgegeben wurden. Der Kongreß nimmt Kenntnis von dem Gesetzentwurfe des Senators Dolph und wünscht die Annahme dieser Vorlage durch den Kongreß der Vereinigten

Staaten, damit dieses Gesetz baldmöglichst einen Teil des öffentlichen Rechts bilde im höchsten Interesse der Gerechtigkeit und des guten Einvernehmens unter den Völkern. Der Kongreß beauftragt sein Bureau, diesen Beschluß allen beteiligten Regierungen zur Kenntnis zu bringen und denselben offiziell auch den Mitgliedern der interparlamentarischen Konferenz, welche sich demnächst versammeln wird, mitzuteilen.

VII.

Internationale Münzkonferenz.

22. November. Auf Veranlassung der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika tritt in Brüssel eine Versammlung von Vertretern zahlreicher Staaten zusammen.

Nordamerika hat sich zu dieser Anregung veranlaßt gesehen, nachdem die dortigen Bemühungen, den Silberpreis zu heben, vollständiges Fiasko gemacht haben. Der Wert des Silbers ist seit ungefähr zwanzig Jahren enorm gefallen, sodaß jetzt die Unze in London nur noch ungefähr 38 Pence kostet, während vorher lange Zeit der Preis ziemlich stabil 60 bis 61 Pence war, oder nach andrer Berechnung, daß jetzt der Wert des Silbers zu dem des Goldes wie 1 zu 25 steht, während das Verhältnis früher 1 zu $15^1/_2$ war. Die Gründe der Silberentwertung lagen in dem Uebergange Deutschlands und andrer Länder zur Goldwährung, in der Einstellung der unbeschränkten Silberprägung seitens der Länder der lateinischen Münzunion (Frankreich, Belgien, Italien, Schweiz, Griechenland) und Oesterreich-Ungarns, in dem verringerten Silberkonsum Ostasiens u. s. w., vor allem aber in der enormen Steigerung der Produktion gegenüber Abnahme oder Stillstand der Goldproduktion. In den Vereinigten Staaten wurde schon im Jahre 1878 im Interesse der Silberminenbesitzer versucht, dem Silberpreis durch die Gesetzgebung aufzuhelfen; die sogenannte Bland-Bill verfügte, daß der Staatsschatz jährlich für mindestens 24 Millionen Dollar Silber ankaufen und ausprägen mußte. Das neue amerikanische Gesetz von 1890 verdoppelte diese Ankäufe, sodaß dadurch fast die ganze damalige, seither wieder stark gesteigerte Produktion der Vereinigten Staaten absorbirt wurde. Trotz allem sind nur vorübergehende Preiserhöhungen erzielt worden. Jetzt soll ein internationales Abkommen helfen.

Nach Eröffnung des Kongresses hält der belgische Ministerpräsident Beernaert eine Ansprache, in der er die wertvollen Vorteile der lateinischen Münzunion rühmt, welche als Vorbild für zukünftige Abkommen gelten könnte. Zur Regelung der Frage sei ein internationales Uebereinkommen notwendig. Das Aufhören der lateinischen Münzunion würde eine außerordentliche Erschütterung herbeiführen.

25. November. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika legen dem Kongreß ein Programm vor, das aus folgenden Punkten besteht:

1. Wiederherstellung und Aufrechterhaltung eines steten Verhältnisses zwischen Silber und Gold und allgemeine Doppelwährung. 2. Abschaffung aller gesetzlichen Maßregeln, welche die freie Prägung von Silbermünzen hemmen, und internationales Uebereinkommen für die Herstellung der Doppelwährung wie vor 1873, auf einer Grundlage, die durch die Konferenz festzustellen ist. 3. Dieses internationale Abkommen müßte feststellen: a) ungehemmte Prägung von Gold- und Silbermünzen; b) Feststellung des Wertverhältnisses auf der Grundlage der Doppelwährung; c) Festsetzung einer Abgabe für Prägung durch Privatleute. Es ist, wie bekannt, wenig Aussicht vorhanden, daß dieses Programm angenommen wird.

Der als deutscher Bevollmächtigter an der Konferenz teilnehmende deutsche Gesandte in Brüssel, Graf von Alvensleben, giebt folgende Erklärung ab:

Deutschland, das mit seinem Münzsystem zufrieden ist, hat nicht die Absicht, dessen Grundlagen zu verändern. Die kaiserliche Regierung verkennt jedoch nicht, daß die unablässigen Schwankungen und der beträchtliche Preisrückgang des Silbers vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus sehr bedauerlich sind, und daß es den wirtschaftlichen Interessen des Reichs gleichfalls dienlich sein würde, wenn diesen Unzuträglichkeiten in einer dauerhaften Weise abgeholfen werden könnte. Von diesen Erwägungen ausgehend, glaubte die kaiserliche Regierung der Einladung der Vereinigten Staaten zu dieser Konferenz nachkommen zu müssen. In Anbetracht der zufriedenstellenden Lage des Münzwesens Deutschlands hat die Regierung jedoch die strengste Zurückhaltung für ihre Delegirten vorgeschrieben, die infolge dessen weder an der Verhandlung noch an einer Abstimmung über die von den Delegirten der Vereinigten Staaten eingebrachte Erklärung teilnehmen können.

5. Dezember. Der Vertreter Dänemarks, Tietgen, macht folgende Vorschläge:

Es soll eine internationale Vereinigung gebildet werden zwischen den Staaten, die sich bereit erklären, einer solchen beizutreten. Die Delegirten dieser internationalen Vereinigung sollen das erstemal das thatsächliche Verhältnis zwischen Gold und Silber auf der Grundlage des Durchschnittspreises für Silber in London in den letzten der Konstituirung der Vereinigung vorausgegangnen zwölf Monaten festsetzen. Den der Vereinigung angehörenden Staaten soll es gestattet sein, in unbegrenzter Menge Silberstücke im annähernden Werte der alten Thaler auszuprägen, d. h. im annähernden Werte von 5 Francs = 1 Dollar = 4 Mark = 4 Kronen. Diese Stücke sollen in denjenigen Ländern, in denen sie geprägt werden, als gesetzliches Zahlungsmittel gelten. Der Silberwert der Stücke wird dem von einer Kommission bestimmten Verhältnis zwischen Gold und Silber entsprechend unter Zurechnung von 10 Prozent als Münzgebühr festgesetzt. Die Kommission soll den Kurs des Silbermarktes überwachen. Wenn Silber bis auf 5 Prozent unter dem festgesetzten Verhältnis fallen sollte, soll die Kommission das Recht haben, wieder zusammenzutreten, um zu entscheiden, ob eine Umprägung erforderlich sei. Jede Emissionsbank soll das Recht haben, einen Teil ihres Barvorrates in Unionssilberstücken zu haben. Die Emissionsbanken sollen ferner das Recht haben, die Einlösung der in ihren Kassen befindlichen Silberstücke in Gold von demjenigen Lande zu verlangen, in dem dieselben geprägt sind, und zwar nach sechs- oder zwölfmonatiger vorheriger Ankündigung.

17. Dezember. Die Konferenz beschließt auf Antrag des italienischen Bevollmächtigten de Renzis Folgendes:

Die internationale Münzkonferenz erkennt den hohen Wert der Argumente, welche in den der Konferenz vorgelegten Berichten enthalten sind, sowie auch diejenigen, welche in den Beratungen zu Tage getreten sind, an, sie behält sich jedoch ein weiteres Urteil über die ihrer Prüfung vorgelegten Materien vor und spricht der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika ihren Dank dafür aus, daß dieselben die Konferenz angeregt hätten. Die Konferenz vertagt die Arbeiten nunmehr und beschließt unter dem Vorbehalte, daß die beteiligten Regierungen zustimmen, am 30. Mai kommenden Jahres weitere Sitzungen abzuhalten. Die Konferenz spricht den Wunsch aus, daß man während dieses Zeitraumes die Frage von Grund aus studire, damit man zu einem Einvernehmen gelange, welches den Grundprinzipien der Münzpolitik der verschiednen Länder keinen Eintrag thut.

Ergänzende Notiz.

Auf Seite 112 ist mitgeteilt, was der Jesuit Cathrein, der in München-Gladbach sozialpolitische Vorträge halte, 1882 in den „Stimmen aus Maria-Laach“ über „die Aufgaben der Staatsgewalt und ihre Grenzen“ ausgeführt habe.

Mit Bezug auf diese Notiz, die durch viele Zeitungen gegangen war, macht, nach dem Abschluß des Drucks unserer S. 112, der Jesuit Vict. Cathrein im ersten Blatt der Nr. 72 der Berliner „Germania“ vom 28. März 1893 darauf aufmerksam, daß jene seine Sätze aus dem Zusammenhang gerissen, willkürlich zusammengestellt und durch Auslassungen verstümmelt seien; insbesondre sucht er bezüglich seiner die Schule betreffenden Sätze auszuführen, daß er sich nur „gegen den einseitig staatlichen Schulzwang“ gewendet habe. — Hinsichtlich dieser Aeußerungen Cathreins heißt es sodann in der „Köln. Ztg.“ vom 28. März 1893, es sei in denselben nicht gelungen, darzuthun, „daß der Auszug den Sinn nicht richtig wiedergebe,“ und das Blatt versucht an Beispielen zu zeigen, auf welche „Wortklaubereien“ der Genannte verfalle.

Personen-Register.

Abbas II. Halil, Vizekönig v. Aegypten 350.
Abd-ur-Rahmân-Chan, Emir von Afghanistan 371.
d'Abreu de Sousa, portug. Ministerpräsident 321.
v. Achenbach, Oberpräsident v. Brandenburg 2.
Achmed Eyub Pascha, außerord. türk. Gesandter 351.
Adickes, Oberbürgerm. v. Frankf. a. M. 166.
Albert, König von Sachsen 23.
Albrecht, Prinz von Preußen 2.
Albrecht, Herzog v. Württemberg 226.
v. Alvensleben, deutscher Ges. in Brüssel 400.
Ahlwardt, antisemit. Agitator 87.
de Amaval, Ferreira, portug. Marineminister 321.
Andrieux, früherer Polizeipräf. von Paris 297.
Apponyi, ungar. Abg. 255. 260.
Arce, Präsident von Bolivia 382.
Armijo, span. Minister d. Aeußern 320.
Arnulf, Prinz von Bayern 218.
d'Aubigny, Graf, außerord. französischer Gesandter 367.
Aurelian, Pater 219.
Awakumowitsch, serb. Ministerpräs. 363.
Ayres de Gouvea, portug. Minister des Aeußern 322.

v. Bahnson, dänischer Kriegsminister 336.
v. Ballestrem, Graf, R.-T.-Abg. 101.
Banffy, Präs. des ungar. Abgh. 260.
Baptista, Präs. von Bolivia 382.
Barcuther, österr. Abg. 248.
Barthausen, Präs. des ev. Oberkirchenrats 150.
Barrios, Präs. von Guatemala 381.
Barth, R.-T.-Abg. 58.
Baumann, Afrikareisender 14.
v. Bauer, österr.-ungar. Reichskriegsminister 264.
Beernaert, belg. Ministerpräs. 325. 330. 399.
Bebel, R.-T.-Abg. 119. 172.
Behanzin, König von Dahomeh 299.
v. Bennigsen, R.-T.-Abg. 207.
Beranger, span. Marineminister 318.
Beyschlag, Professor in Halle 137.
Blaine, nordamerik. Staatssekr. 377.
v. Boetticher, Staatssekretär 213.
Boideffre, franz. General 282.
Boissy d'Anglas, franz. Abg. 289.
Bonacci, ital. Justizminister 309.
Borchert, Afrikareisender 15.
Bosse, preuß. Kultusminister 4. 116. 149.
Bourgeois, franz. Justizminister 293. 295.
v. Bray, Graf, deutscher Gesandter 323.
Breteuil, Marquis de 279.
Brialmont, belg. Gen. u. Abg. 330.
Brin, ital. Minister d. Aeußern 308. 312.
Brisson, franz. Abg. 273. 275. 291.
Brückner, Gen.-Superintendent 7.
Brockhaus, Prof. in Jena 47. 54. 57.
v. Bülow, deutscher Ges. in Rom. 7.

Camacho, boliv. General 382.
Canovas del Castillo, span. Ministerpräsident 317. 320.
v. Caprivi, Graf, deutscher Reichskanzler 7. 26. 28. 33. 36. 99. 130. 171. 175. 204. 207.
Cardero, Dr., Präs. von Ecuador 382.
Carnot, Präsident der franz. Republik 276. 278. 282. 298. 363.
de Carvalho, portug. Minister 321.
Cathrein, Jesuit 112. 401.

Cavaignac, franz. Marine-Min. 273.
Challemel-Lacour, franz. Senator 277.
Christian IX., König v. Dänemark 335.
Clemenceau, franz. Abg. 282. 295.
Cleveland, Präsidentsch.-Kand. f. Nordamerika 378.
v. Coler, preuß. Generalarzt 390.
Colombo, früh. ital. Minister 307.
Constans, franz. Senator 295.
v. Crailsheim, bayer. Min.-Präs. 216.
Crespo, venezuelan. Gen. u. Präs. 384.
Crispi, ital. Abg. 310.

Danvilla, span. Min. d. Innern 320.
Delahaye, franz. Abg. 289.
Delyannis, griech. Min.-Präs. 364.
Deroulède, franz. Abg. 289. 295. 297.
Diaz, Porfirio, Präs. v. Mexiko 379.
Dodds, franz. General 274. 298.
Dupuy, franz. Justiz-Minister 292.

Emin Pascha 369.
Emma, Königin-Reg. d. Niederl. 332.
Eötvös, ungar. Abg. 255.
Ernst Günther, Herzog v. Schleswig-Holstein 3. 6.
Ernst Ludwig, Großherz. v. Hessen 233.
v. Eulenburg, Graf, preuß. Min.-Präs. 156. 159.
v. Eulenburg, Graf, preuß. Gesandter in München 216.
Eym, österr. Abg. 262. 265.
Eyschen, luxemburg. Min. 334.

Falk, ungar. Abg. 267.
Farlane, Mac, hawaiischer Min. 373.
Ferdinand, Regent v. Bulgarien 352. 356.
Ferdinand, Prinz von Hohenzollern, Kronprinz v. Rumänien 358.
Fereira, Diaz, portug. Min.-Präs. 321.
Finger, hessen-darmst. Min.-Präs. 233.
Floquet, Präs. d. franz. Dep.-K. 277. 289. 296.
Fonseca, da, Expräs. v. Brasilien 386.
Foulon, franz. General 271.
Franz Ferdinand, Erzherzog 4.
Franz Joseph, Kaiser v. Oesterr. 256.
Frère-Orban, belg. Abg. 326.
Freycinet, franz. Kriegs-Min. 283. 289. 294. 298.
Friedrich, Großherzog v. Baden 231.
Genala, ital. Min. d. öff. Arb. 304.
Georg, König v. Griechenland 363. 365.
Giolitti, ital. Min.-Präs. 303. 307. 309.
Gladstone, brit. Min.-Präs. 300.
v. d. Goltz, Ob.-Konsist.-R. 7.
v. d. Goltz, Vizeadmiral 14.
Gonzalez, Präs. von Paraguay 387.
Goschen, brit. Schatzkanzler 299.
Grekow, bulgarischer Minister 354.
Grimaldi, ital. Schatzminister 303.
Gustav, Kronpr. v. Schwed.-Norw. 339.

Häckel, Professor in Jena 43.
Haffner, Bischof von Mainz 97. 234.
Harnack, Professor in Berlin 140. 147.
Harrison, Präs. der nordamerik. Union 377. 379.
Hauser, schweizer. Bundespräs. f. 1892 344.
d'Hausonville, Graf, 279.
v. Heereman, R.-T.-Abg. 9.
Heinrich, Prinz von Preußen 2. 3.
v. Helldorff-Bedra, R.-T.-Abg. 81. 84. 86.
Herrera, Präs. v. Uruguay 387.
Herrfurth, preuß. Minister d. Innern 7. 21. 164.
Hirth, Bischof in Uganda 368.
Hitrowo, russischer Gesandter 356.
Hitze, Kaplan, R.-T.-Abg. 112. 213.
Hochstetter, Afrikareisender 16.
Hoddister, Afrikareisender 371.
v. Hohenlohe-Schillingsfürst, Fürst, Statthalter 240. 242.
Houghton, Lord, Vizekönig v. Irland 301.
des Houx, franz. Journalist 75.
v. Huene, R.-T.-Abg. 204.
Humbert, König v. Italien 305. 311.

Jacot, Pfarrer in Fèves (Lothr.) 242.
Jaworski, österr. Abg. 250.
Ignatiew, Fürst, Panslawist 270.

v. Kalnoky de Körös-Patak, Graf, öst.-ungar. Min.-Präs. 262. 266.
v. Kaltenborn-Stachau, preuß. Kriegsminister 12. 204. 210.
Karl Alexander, Großherz. v. Sachsen-Weimar 235.
Karl, König von Portugal 322.
Karl, König von Rumänien 358.
Kayser, Wirkl. Geh. Leg.-Rat 20.

van Kerkhove, belg. Rittmeister 369. 371.
Knorr, Vizeadmiral 13.
v. Köller, elf.-lothr. Unter-Staatssekr. 240.
v. d. Knesebeck, preuß. Kammerherr 390. 395.
Konstantopulos, griech. Min.-Präs. 364.
Koffuth, Ludwig, Exdiktator v. Ungarn 257.
Krüger, Präs. d. südafrik. Republik 368.
v. Kuenburg, Graf, österr. Min. 253.
Kulenkamp, 1. Bürgermstr. v. Lübeck 240.

Lahovary, rumän. Minister 359.
v. Lanza, Graf, ital. Botsch. in Berlin 2.
Lavigerie, Kardinal 368.
v. Ledochowski, Graf, Kardinal 64.
Leiva, Präs. v. Honduras 381.
Leo XIII., Papst 94. 286. 304.
Leopold, König d. Belgier 327. 330.
Leprovost Delaunay, franz. Abg. 290. 294. 297.
v. Lesseps, Graf Ferdinand 287.
Lieber, R.-T.-Abg. 97. 99. 110. 113. 128. 134.
Liebknecht, R.-T.-Abg. 119. 283.
Loubet, franz. Min.-Präs. 276. 281. 284. 290. 292.
Lucifero, ital. Abg. 312.
Ludwig IV., Großherz. v. Hessen 233.
Ludwig, Prinz v. Bayern 216. 218.
Lugard, brit. Kapit. in Uganda 367.
Luitpold, Prinz-Regent v. Bayern 23.

de Marau, Baron 280.
v. Maltzahn-Gültz, deutscher Staatssekretär 170.
v. Manteuffel, R.-T.-Abg. 81. 204. 207.
v. Marquardsen, R.-T.-Abg. 210.
Maria, Prinzessin v. Großbrit. 358.
Martini, ital. Min. 303. 305.
Masaryk, österr. Abg. 247.
Menger, österr. Abg. 247.
Miceli, früherer ital. Min. 309.
Milan, Exkönig v. Serbien 361.
Millevoye, franz. Abg. 297.
Miquel, preuß. Finanz-Min. 8. 160. 163.
v. Mirbach, Graf, R.-T.-Abg. 173.
v. Mittnacht, württ. Min. 229.
Mönckeberg, 1. Bürgermstr. v. Hamburg 239.
Montijo, span. Adm. u. Marine-Min. 318.
Montt, Präs. v. Chile 389.
Morley, brit. Min. f. Irl. 301.
v. Münchhausen, hannov. Agit. 115.
Mustapha Fehmi Pascha 350.
Mwanga, König v. Uganda 367.

Nikolaus, Großfürst u. Thronfolger v. Rußland 363.
Nuñez, Präs. v. Colombia 382.

Oliveira Martins, portug. Min. 321.
Orterer, bayer. Abg. 216.
Oskar II., König v. Schwed. u. Norw. 339. 341.

Palacio, Präs. v. Venezuela 384.
v. Palmstierna, schwed. Kriegs-Min. 338.
Pap, reform. Bischof in Ungarn 259.
Paris, Graf von 279.
Pauncefote, brit. Ges. in Nordamerika 333.
Peixoto, Präs. v. Brasilien 385.
Pellegrini, Präs. v. Argentinien 388.
Pelloux, ital. Kriegs-Min. 307. 391.
Penna, Präs. v. Argentinien 388.
Petri, R.-T.-Abg. 210.
Peytral, franz. Abg. 297.
v. Plener, österr. Abg. 246. 250.
v. Plettenberg-Mehrum 77.
Pontus, belg. Kriegs-Min. 326. 330.
Porsch, Dr., R.-T.-Abg. 94.
Pourquey de Boisserin, französ. Abg. 291.
Prazak, österr. Min. 253.
Protisch, serb. Regent 363.

Quesnay de Beaurepaire, franz. Gen.-Staatsanw. 288.

Racchia, ital. Marine-Min. 313.
Rapp, schwed. Kriegs-Min. 338.
Ratzinger, bayer. Publizist 221.
v. Rauchhaupt, preuß. Abg. 84.
Ravachol, franz. Anarchist 281.
v. Rechberg, Graf 226.
v. Reuß, Prinz, d. Botsch. in Wien 27.
Ribot, französ. Min.-Präs. 292. 294. 298.
Ricard, franz. Min. 292.
Richter, R.-T.-Abg. 164. 170. 204. 209.
Rickert, R.-T.-Abg. 163. 172.

Rieunier, franz. Admiral 305.
Rintelen, R.-T.-Abg. 211.
Roche, früh. franz. Min. 298.
Rouvier, franz. Fin.-Min. 289. 293. 295. 297.
di Rudini, Marq., ital. Abg. 308.

Sagasta, span. Min.-Präs. 312.
Saint Bon, ital. Marine-Min. 313.
Salisbury, Marq. 300. 370.
Sattler, Dr., preuß. Abg. 164.
Scavenius, dän. Abg. 335.
v. Schele, preuß. Oberstl. in Ostafr. 18.
Schenk, schweiz. Bundespräs. für 1893 345.
v. Schlözer, früh. preuß. Ges. in Rom 7.
v. Schorlemer-Alst, R.-T.-Abg. 93. 96.
Schraut, els.-lothr. Unter-Staatssekret. 240.
Schurz, nordam. Senator 378.
v. Schwarzenberg, Prinz Karl 248.
v. Schweinitz, Graf, Offizier in Ostafrika 17.
Sequeira, da Costa, portug. Min. 322.
Sergius, Großfürst 314.
v. Sermoneta, Herzog, Bürgermstr. v. Rom 391.
Serpa Pimentel, früher portug. Min. 323.
Siegfried, franz. Handels.-Min. 292.
Smith, Sir Evan, brit. Ges. 366.
v. Soden, Gouvern. in Ostafrika 18.
v. Stablewski, Erzbischof v. Posen 64. 117.
Stairs, brit. Kapit. im Kongostaat 370.
Stambolow, bulgar. Min. 352. 356.
Stöcker, Hofpred. a. D. 79. 146. 252.
v. Stauffenberg, R.-T.-Abg. 208.
Steen, norweg. Min.-Präs. 341.
v. Stolberg-Wernigerode, Fürst 390.
v. Stumm, R.-T.-Abg. 204.
Szapary, ungar. Min.-Präs. 254. 258.
Szögenyi, österr.-ungar. Botsch. 5.
Taaffe, Graf, österr. Min.-Präs. 4. 248. 250.
Telles Pereira da Vasconcellas Pimentel, portug. Just.-Min. 322.
Tewfik Pascha, Khedive 350.
Thévenet, franz. Senator 295. 298.
Tirard, franz. Fin.-Min. 294.
v. Tisza, Koloman, ungar. Ex-Min. 259.
v. Tisza, Ludwig, ungar. Min. 258.
Trikoupis, griech. Min-Präs. 364.
Trouillot, franz. Abg. 293.
Tsching, chines. Prinz 372.

Vaszary, Primas v. Ung. 257. 259.
Viktor Emanuel, Kronpr. v. Ital. 305.
Viktor Napoleon 280.
v. Villaume, preuß. Gen.-Maj. 7.
Villaverde, span. Min. d. Inn. 320.
Villegas, Präs. v. Venezuela 385.
Virchow, Prof. in Berlin 129.
Volland, franz. Senator 275.
Vulkowitsch, bulgar. Agent 353.

Waddington, franz. Botsch. 278.
v. Walbersee, Graf, preuß. General 13.
Wekerle, ungar. Min.-Präs. 254. 261.
v. Wedell, deutscher Ges. in Bern 7.
v. Westarp, Graf 37.
Wilcox, hawaiischer Min.-Präs. 373.
Wilhelmine, Königin d. Niederl. 332.
v. Wißmann, Afr.-Reis. 15. 17.
Witte, russ. Fin.-Min. 270.
Wladimir, Großfürst 6.
Wyschnegradsky, russ. Fin.-Min. 270.

Zanardelli, ital. Abg. 308. 311.
v. Zedlitz-Neukirch, preuß. Abg. 164.
Zelle, Ob.-Bürgermstr. v. Berlin 3.
Zichy, Graf, ungar. Abg. 255.
Ziegler, Prof. in Straßburg 147.
Zuccaro-Floresta, ital. Senator 312.

Mit Rücksicht auf die Ausführlichkeit des Inhaltsverzeichnisses (S. V—XV) erscheint die Beifügung eines besondren Sachregisters überflüssig.

Neuigkeiten
aus dem Verlage von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig

Atlantis und das Volk der Atlanten

Ein Beitrag zur 400jährigen Festfeier
der Entdeckung Amerikas

von

A. F. K. Knötel

Preis broschirt 4 Mark 50 Pf.

Leopold von Rankes Leben und Werke

von

Eugen Guglia

Broschirt 4 Mark 50 Pf.

Weder Kommunismus noch Kapitalismus

Ein Vorschlag zur Lösung der europäischen Frage

von

Carl Jentsch

In Leinwand gebunden 4 Mark 50 Pf.

Geschichtsphilosophische Gedanken

Ein Leitfaden durch die Widersprüche des Lebens

von

Carl Jentsch

In Leinwand gebunden 4 Mark 50 Pf.

Drei Monate Fabrikarbeiter
und Handwerksbursche

von

Paul Göhre

Broschirt 2 Mark, gebunden 3 Mark

Neuigkeiten
aus dem Verlage von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig

Schlaraffia politica
Geschichte der Dichtungen vom besten Staate

Broschirt 2 Mark, gebunden 3 Mark

Wahrer Adel
Ein Zeitbild von J. Scheibert, Major z. D.

Broschirt 1 Mark

Wie kam es doch?
Ein von Eugen Richter vergessenes Kapitel

Aus glücklich bewahrten Briefen

Broschirt 1 Mark

Aus dänischer Zeit
Bilder und Skizzen

von

Charlotte Niese

Zierlich gebunden 3 Mark

Bilder aus dem Universitätsleben
von einem Grenzboten

In Lederpapier broschirt 2 Mark, gebunden 3 Mark

Skizzen aus unserm heutigen Volksleben
von

Fritz Anders

Gebunden 3 Mark 60 Pf.

Der Himmel auf Erden
in den Jahren 1901 bis 1912

von

Emil Gregorovius

Broschirt 1 Mark, gebunden 1 Mark 50 Pf.